



Peter Ullrich

## Die Linke, Israel und Palästina

Nahostdiskurse in Großbritannien  
und Deutschland

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Texte 48

Rosa-Luxemburg-Stiftung

PETER ULLRICH

# **Die Linke, Israel und Palästina**

Nahostdiskurse in Großbritannien und Deutschland

Karl Dietz Verlag Berlin

Peter Ullrich:

Die Linke, Israel und Palästina. Nahostdiskurse in Großbritannien und Deutschland  
(Reihe: Texte / Rosa-Luxemburg-Stiftung; Bd. 48)

Berlin: Karl Dietz Verlag 2008

Zugl.: Berlin, FU, Univ., Diss., 2007

ISBN 978-3-320-02156-6

© Karl Dietz Verlag Berlin GmbH 2008

Satz: Elke Sadzinski

Umschlag: Heike Schmelter, unter Verwendung eines Fotos von indymedia.uk

Druck und Verarbeitung: MediaService GmbH BärenDruck und Werbung

Printed in Germany

# Inhalt

Vorwort	7
<i>Einleitung</i>	11
Thema und Aufbau der Arbeit	12
Literaturlage/Forschungsstand	16

## TEIL A: THEORIE UND HINTERGRÜNDE

I	<i>Politische Bewegungen, Diskurs und Kultur</i>	21
1	Diskursforschung, Diskurstheorie und Deutungsmusteranalyse	23
2	Politische Kulturforschung – Tiefenbedingungen des Diskurses	29
3	Von politischen zu kulturellen und diskursiven Gelegenheitsstrukturen	31
4	Diskursive Gelegenheitsstrukturen – eine Synthese	36
5	Die Linke und der Nahostkonflikt – einige umstrittene Grundbegrifflichkeiten	38
II	<i>Nationale diskursive Gelegenheitsstrukturen</i>	46
1	Das Vergleichsdesign	46
2	Deutschland und Großbritannien im Kulturvergleich	48
3	Deutschland, Israel, Palästina	55
4	Großbritannien, das Empire und der Nahostkonflikt	68
III	<i>Die diskursive Gelegenheitsstruktur »links«</i>	78
1	Wer und was ist »links«?	78
2	Jüdinnen und Juden, Zionismus und der israelisch-palästinensische Konflikt in der Geschichte der Linken	83

## TEIL B: FALLSTUDIEN

IV	<i>Methoden</i>	97
1	Handlungen, Wissen und Diskurs	97
2	Datenerhebung	98
3	Auswertungsverfahren	101
4	Stichprobenbeschreibung	104
5	Methodenkritik	105
V	<i>Die deutsche Linke</i>	107
1	Wer ist die deutsche Linke?	108

2	Anschlussdiskurse: Aktuelle Themen	123
3	Der Haupt-Anschlussdiskurs: Deutschland und die (Anti-)Deutschen	128
4	Fazit	140
VI	<i>Die deutsche Linke und der Nahostkonflikt</i>	141
1	Die Geschichte eines schwierigen Verhältnisses	141
2	Der aktuelle Nahost- und Antisemitismusstreit	146
3	Die Akteure der Nahostdiskussion	147
4	Der Stil der Nahost-Antisemitismus-Diskussion	151
5	Bilder des Konflikts	162
6	Diskursverflechtungen: Deutschland	172
7	Die Diffusion der Auseinandersetzung	184
8	Deutungsmuster im linken Nahostdiskurs	190
9	Fazit: Lernprozesse?	193
VII	<i>Die britische Linke</i>	194
1	Wer ist die britische Linke?	194
2	Anschlussdiskurse I: Aktuelle Themen und Debatten	215
3	Anschlussdiskurse II: Kultureller Background	226
4	Fazit	232
VIII	<i>Die britische Linke und der Nahostkonflikt</i>	233
1	Die britische Linke und der Nahostkonflikt: Geschichte	233
2	Streit im Konsens über ein wichtiges Thema	241
3	Antizionismus und Palästinasolidarität	246
4	Heterodoxe: Solidarität auch mit Israel?	254
5	Diskursverflechtungen	263
6	Framing	275
7	Fazit	276

## TEIL C: VERGLEICH

IX	<i>Die linken Nahostdiskurse in Großbritannien und der Bundesrepublik im Vergleich</i>	279
1	Überblick	279
2	Ein Detailvergleich: Antiimperialistischer Antizionismus	281
3	Bewegungsdiskurs und diskursive Gelegenheitsstrukturen	290
X	<i>Linke Identität und Universalismus: Ein Fazit</i>	303
	Literatur	307
	Abkürzungsverzeichnis	326
	Abbildungsverzeichnis	327

# Vorwort

Diese Arbeit entstand zwischen 2003 und 2007 als Dissertation; abgefasst wurde sie im Wesentlichen 2006/2007. Inzwischen hat sich in der Linken wie auch in der Nahost- und Antisemitismusdebatte manches getan. So kommt es, dass im Text noch häufig von der PDS oder der Linkspartei.PDS die Rede ist, auch wenn sie sich mittlerweile als eine der Reaktionen auf die neoliberale Politik des Sozialabbaus mit der WASG vereinigt hat und nun erstarkt als DIE LINKE. in den Bundestag und viele Länderparlamente eingezogen ist. Die Euphorie der Gründungszeit ist jedoch recht schnell dem politischen Alltag gewichen. Wie zuvor die Antikriegsbewegung sind auch die Sozialproteste abgeflaut oder haben sich in den lokalen Bereich verlagert. Dies eröffnete aber Raum für andere Themen. Hohe Wellen schlug in der LINKEN und ihrem Umfeld auch die Diskussion um Israel. Eine Rede Gregor Gysis<sup>1</sup> zum 60. Jahrestag von Israels Staatsgründung, in der er mit dem Antizionismus und Antiimperialismus abrechnete, weil diese einen ideologischen Traditionsbestand darstellten, dessen ehemals gültige politökonomische Voraussetzungen nicht mehr gegeben seien, spaltete die Mitgliedschaft und fand ein weites Medienecho wie auch zuvor eine u. a. in der *UTOPIE kreativ*, dem *ND* und der *jungen Welt* geführte Debatte über Antisemitismus in der DDR, die sich vor allem an der Ausstellung »Das hat es bei uns nicht gegeben« entzündete.<sup>2</sup> Die israelbezogenen Aktivitäten sowie die gelegentlich schnell und kurz auflodernden Streitigkeiten in der parteifernen radikalen Linken haben stattdessen einen Status der Alltäglichkeit erreicht, in dem wirklich aufsehenerregende neue Ereignisse ausblieben. In immer breiteren Teilen scheint sich eine neue Normalität des Anti-Antizionismus zu verbreiten, während man sich wieder ganz anderen Themen zuwendet.

Dem Konsolidierungsprozess der deutschen Linken entsprechen eine Destabilisierung und Zerfaserung in Großbritannien. Die Labour-Linke hat die Chance verpasst, bei den Wahlen zur Nachfolge Tony Blairs für einen Richtungswechsel zu sorgen. Uneinigkeit zwischen dem gemäßigt linken Michael Meacher und dem linken John McDonnell sowie die allgemeine Schwäche der Parteilinken halfen Gordon Brown bei der Übernahme der Macht und der Beibehaltung der neoliberalen Inhalte. Und außerhalb Labours ist die Lage nicht weniger desaströs. In der Scottish Socialist Party haben sich doch wieder die sektiererischen Tendenzen durchgesetzt. Die Partei ist hochgradig zerstritten, viele der sie konstituierenden Strömungen und Plattformen haben ihre Mitarbeit aufgekündigt; das Idol Tommy Sheridan und die Parteiführung stritten sich gar vor Gericht. Folglich schaffte die

1 <http://www.hagalil.com/archiv/2008/04/gysi.htm> [3.6.08].

2 Dokumentation der Debatte von Horst Helas: <http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=13820> [3.6.08].

SSP bei den Wahlen im Mai 2007 nicht den Wiedereinzug ins Parlament. Das letzte große Ereignis war dann der Bruch in Respect. George Galloway und mit ihm große Teile der muslimischen Mitglieder zogen sich aus dem Respect-Bündnis mit der SWP zurück, um Respect Renewal zu gründen. Dass die SWP dies sogar als Gewinn umzumünzen versuchte, weil damit die traditionellen Muslime die Partei verlassen hätten, verdeutlicht nur noch einmal ihren Opportunismus. Die Geschwindigkeiten ihrer Positionswechsel sind angesichts der Strategie der Umgarnung der Muslime *als* Muslime, wie sie noch bis Mitte des Jahres 2007 propagiert wurde, beeindruckend. Hoffnung für die Verstärkung der gesellschaftlichen Relevanz linker Inhalte gegen die neoliberale Hegemonie macht keine dieser Entwicklungen. Die Nahostdebatte flammte vor allem in den Gewerkschaften auf; wie schon seit mehreren Jahren gab es hauptsächlich in der Universitätslehrergewerkschaft wieder Versuche, eine antizionistische Positionierung zu erreichen (zuletzt durch die Feststellung, dass die meisten israelischen AkademikerInnen mitschuldig an der katastrophalen Lage in Gaza seien und durch die Aufforderung an die Mitglieder, Kontakte zu israelischen KollegInnen »zu überdenken«<sup>3</sup>) und heftigen Widerstand, vor allem durch die Gruppe Engage.

Diese Entwicklungen beeinflussen nur am Rande die Argumentation dieses Buches, denn bei aller Schilderung von aktuellen Entwicklungen der vergangenen Jahre hat es doch die tieferen und stabileren Bedingungen im Blick, die für die Spezifik der so unterschiedlichen deutschen und britischen linken Nahostdiskurse ursächlich sind.

\*

Viele Personen haben direkt oder indirekt zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen. Großen Dank schulde ich zunächst meinen InterviewpartnerInnen. Die Gespräche mit ihnen sind nicht nur die Grundlage der vorliegenden Arbeit, sondern waren auch für mich persönlich sehr lehrreich. Besonders danke ich denen, die mir durch ihre Offenheit und den entspannten und unechauffierten Umgang mit den heiklen hier behandelten Themen Mut machten, dass eine solidarische Diskussionskultur auch beim Thema Palästina und Israel möglich ist.

Viele Personen standen mir zudem mit Rat und Tat zur Seite, korrigierten sprachliche Fehler, diskutierten inhaltliche Aspekte der Arbeit oder gaben mir Unterkunft bei Forschungsreisen in Großbritannien. Insbesondere danke ich (in zufälliger Reihenfolge): Susanne Kuhnt, Andreas Wulf, Alexander Behrens, Thomas Kachel, Andreas March, Daniel Bartel, Jan Zofka, David Spreen, Tina Becker, Donnie Nicholson, Benjamin Schweißinger, Susanne Gräbner, Rebecca Gibbs,

3 »Congress notes the ... apparent complicity of most of the Israeli academy« and »Congress resolves that ... colleagues be asked to consider the moral and political implications of educational links with Israeli institutions«, <http://www.stoptheboycott.org/about-the-boycott/ucu-motions> [5. 6. 2008].



Simon Teune, Irina Vogt, Thomas Jez, Mike-Steffen Schäfer, Ulrich Schuster, Stefan Müller, Siri Pahnke, Andreas Müller (Leipzig), Andreas Müller (München), Michael Arzt, Sebastian Berg, Ekkehard Petzold, Petra Knorr, Anja Thümmeler, Kyle Tebbutt, Janne Mende, Paula Roush, Judith Keszte, Tanja Schnurpfeil sowie den PraktikantInnen Gabriele Ziese, Carolin Blau, Benno Dopjans, Kristin Materna und Nadine Schulz. Eine kontinuierliche Begleitung waren die Methodenworkshops der Rosa-Luxemburg-Stiftung unter Leitung des auch sonst immer hilfsbereiten Dr. Frank Kleemann. Ohnehin wäre die Arbeit ohne das Stipendium und das umfangreiche Förderprogramm der Rosa-Luxemburg-Stiftung nicht möglich gewesen. Dank geht auch an den Promotionsstudiengang »Transnationalisierung und Regionalisierung« am Zentrum für Höhere Studien der Universität Leipzig, wo die Arbeit geschrieben wurde. Dessen Administrator Oliver Storch verdanke ich neben Hilfe in technischen Dingen vor allem die Idee, auf Freie Software umzusteigen. Die Arbeit wurde mit OpenOffice.org 2.0 geschrieben – und das ohne viele der Probleme der kommerziellen Konkurrenz. Nicht zuletzt geht Dank an meinen Betreuer Prof. Dr. Jürgen Gerhards von der FU Berlin, der mit kritischer Distanz den Fortgang der Arbeit begleitet hat. Ebenso danke ich dem Zweitgutachter Dieter Rucht, dessen wissenschaftliche Arbeit die meisten deutschen Bewegungs- und ProtestforscherInnen begleitet. Selbstverständlich trage ich allein die Verantwortung für den gesamten Text.

Leipzig, im August 2008



## Einleitung

*Frankfurt am Main, Juni 2005. Ich treffe mich zum Interview mit einer Bewohnerin eines linksalternativen Hausprojekts. Die Klingeln sind nicht beschriftet, also frage ich im Garten, wo ich die Betreffende finden kann; nur mürrisch wird mir Auskunft erteilt. Im Gespräch mit meiner Interviewpartnerin erfahre ich später die Hintergründe. Das Wohnprojekt ist in zwei Parteien gespalten, seit im dazugehörigen Café ein jugendlicher Prügel einstecken musste. Er hatte einen Davidstern auf einer Wand des Hauses hinterlassen. Über diese Frage zerstritten sich die BewohnerInnen. Die Gewalt, die einige als absolut nicht hinnehmbar ansahen, fanden andere adäquat, angesichts dieser – aus ihrer Sicht – groben Provokation. Auch wenn der Ärger möglicherweise dadurch angeheizt wurde, dass die Wand frisch gestrichen war, ging es im Streit doch auch um andere Fragen als die der Raumgestaltung, nämlich um Israel, Antisemitismus und den Nahostkonflikt. In der Folge tauchten andere Graffiti auf, in denen das alternative Hausprojekt als »antisemitisches Zentrum« titulierte wurde. Ein Teil der BewohnerInnen verlangte eine kritische Reflexion über die Motive und Ursachen für den Vorfall, ein anderer wiederum solidarisierte sich nachträglich noch mit dem handfesten Vorgehen gegen den pro-israelischen »Schmierfinken«. Im Ergebnis bleiben ein Patt und ein zerstrittenes Projekt.*

*London, Juli 2006. Die britische Socialist Workers Party (SWP) hat zu ihrer alljährlichen Sommerschule »Marxism« eingeladen. Eine Woche lang wird vorgetragen und diskutiert, agitiert und demonstriert. Zur Abschlussveranstaltung, die von mehr als 700 Menschen besucht wird, sprechen Führungsmitglieder der Partei, ein Gewerkschafter aus Lateinamerika, ein linker Parlamentsabgeordneter, eine Studierendenvertreterin, und – Azzam Tamimi. Tamimi ist der Leiter des islamistischen Institute for Islamic Political Thought. Schon länger steht er in der Kritik, weil er Selbstmordattentate in Israel unterstützt und auch sich selbst zu »opfern« bereit wäre. Er bekennt sich in seiner Rede auf der Veranstaltung dazu, Mitglied der Muslimbruderschaft und überzeugter Unterstützer der palästinensischen Hamas gewesen zu sein. Die Anwesenden sind begeistert. Tamimi erhält stehende Ovationen ob dieses Bekenntnisses. Anschließend gibt es noch ein conference fringe meeting der kleinen, SWP-kritischen Communist Party of Great Britain mit einem Dutzend BesucherInnen. Ein Teilnehmer äußert sich bestürzt über das gerade Erlebte, andere stimmen zu, wissen aber auch, dass sich im Kontext dieses Großevents kaum jemand für ihre Kritik interessiert.*

Diese beiden Geschichten stehen paradigmatisch für den Umgang der Linken in Großbritannien und der Bundesrepublik mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt. Und genau diesen je spezifischen Umgang, den deutschen und den britischen linken Nahostdiskurs, zu untersuchen, ist Aufgabe des Buches.

## Thema und Aufbau der Arbeit

Wie nur wenige andere Themen stand der Nahostkonflikt in den vergangenen Jahren im Zentrum der linken Aufmerksamkeit. Bei globalisierungskritischen Protesten und auf den großen Demonstrationen gegen den Irakkrieg – immer wurde auch »Freiheit für Palästina« gefordert und Israel für seine Besatzungspolitik kritisiert. Eine besondere Situation herrscht in der Bundesrepublik. Vernehmbarer auch über ihr eigenes enges Milieu hinaus wird eine Strömung innerhalb der radikalen Linken, die sich entgegen dem Mainstream als militant pro-israelisch versteht. Insbesondere durch deren Interventionen ist der Nahostkonflikt für viele deutsche Linke nicht nur ein wichtiges Thema, sondern zudem ein höchst umstrittenes, mit antagonistischen Identifikationen der AktivistInnen mit der einen oder anderen Konfliktpartei. Hier stoßen wir auf die Grundfrage dieser Untersuchung. Sie lautet, metaphorisch formuliert: Wie kommt es, dass man mit Karl Marx auf den Lippen sowohl Geld für die israelische Armee als auch für palästinensische Militante sammeln kann? Was also bedingt die verschiedenen Positionierungen der Linken in diesem Konflikt und insbesondere: Welchen Einfluss hat die Prägung durch den Diskurs des Herkunftslandes?

Das Interesse an der Erklärung des deutschen Falles stand während der Forschungsplanung zunächst im Zentrum, jedoch wurde schnell klar, dass eine Einzelfallanalyse schnell zu einer Falle werden könnte. Bisherige Arbeiten haben alle das Problem, dass sie in ihren Analysen jeweils spezifisch deutsche Bedingungen in Rechnung stellen, ohne über einen Vergleich zu verfügen. Militanter Antizionismus und antisemitische Entgleisungen der Linken werden mit nationalen Exkulpations- oder Identifikationsbedürfnissen infolge der NS-Zeit erklärt. Sie rührten aus dem Wunsch, wieder Frieden mit der »Nation« schließen zu können. Und das andere Extrem, die pro-israelischen sogenannten Antideutschen führen die gegen die »eigene« nationale Herkunft gerichtete Bestimmung nicht nur im Namen. Fast schon zum Standardrepertoire ihrer KritikerInnen gehört es nämlich auch, sie als ganz besonders deutsch zu klassifizieren. Diese Einschätzungen lassen sich nur in einer ländervergleichenden Untersuchung überprüfen.

Großbritannien wurde als Vergleichsland gewählt, weil es einen Fall maximalen Kontrasts in Bezug auf das Kernthema, den linken Umgang mit dem Nahostkonflikt, darstellt. Die britische Linke gilt als besonders pro-palästinensisch, die deutsche als eine, die besonders auf Israel und jüdisch-israelische Belange Rücksicht nimmt. Hinzukommt, dass bei beiden Ländern eine, allerdings sehr unterschiedliche, Involviertheit in den israelisch-palästinensischen Konflikt gegeben ist: im britischen Fall durch die knapp dreißig Jahre währende Ausübung des Völkerbundmandats (ein Quasi-Kolonialstatus) durch das Empire; im deutschen Fall durch die Shoah, die Ermordung von sechs Millionen Jüdinnen und Juden, jenes Menschheitsverbrechen der Deutschen im Zweiten Weltkrieg, das nicht zuletzt den Anstoß zur Gründung des Staates Israel gab und weiterhin eine wichtige Be-

gründung für die dem Land entgegengebrachte Solidarität darstellt. Diese unterschiedlichen Bezüge zum Konflikt lassen Differenzen im jeweiligen deutschen und britischen Umgang mit dem Themenbereich vermuten. Ansonsten konstituieren die Unterschiede zwischen beiden hochentwickelten, westeuropäischen Industriestaaten einen minimalen Kontrast. Die generellen Übereinstimmungen legen den Schluss nahe, dass sich Unterschiede im interessierenden Themenbereich eher auf subtilere Spezifika der beiden Länder zurückführen lassen. Die Untersuchung zeigt, dass es neben den divergenten Verbindungen zum Nahostkonflikt historisch geprägte, kulturelle Muster der Wahrnehmung und diskursiven Bearbeitung des Themas sind, die sich in *nationaler* Hinsicht deutlich unterscheiden. Die Uneinigkeit der deutschen Linken, die anders als die britische sowohl GegnerInnen als auch FreundInnen Israels respektive der PalästinenserInnen kennt, liegt in der hohen diskursiven Bedeutung der Shoah und ihrer Erinnerung begründet, denn dieser Diskurs und der über den Konflikt im Nahen Osten überlagern sich. Die ganz klar und lagerübergreifend pro-palästinensische britische Linke kennt solche Interferenzen kaum.

Mit der Studie werden zwei grundsätzliche Zwecke verfolgt: die Deskription und die deutende Analyse beider Fälle. Die Beschreibung des Diskurses stellt dabei einen Anteil dar, den man nicht unterschätzen sollte. Wenn auch zum Umgang der deutschen Linken mit dem Nahostkonflikt schon viel Papier bedruckt wurde, gibt es jedoch erst eine größere systematische Untersuchung (Kloke 1994). Diese ist ein Standardwerk, aber historisch ausgerichtet und der Untersuchungszeitraum endet bereits 1990/91 und verpasst somit hoch aufschlussreiche Wandlungen. Die meisten weiteren Publikationen stellen kursorische Überblicke mit Ad-hoc-Interpretationen dar oder haben nur einen spezifischen Teilaspekt, bspw. linken Antisemitismus und Antizionismus, nicht jedoch die Gesamtsituation zum Thema. Noch schlechter sieht die Quellenlage für Großbritannien aus. Die dort im Gegensatz zur Bundesrepublik fast nicht geführte Metadebatte, also die Debatte nicht über den Nahostkonflikt, sondern über den linken Umgang mit dem Konflikt, hat zur Folge, dass kaum eine wissenschaftlich-publizistische Reflexion des Themas erfolgte. Hier wird mit der ersten systematischen Analyse Neuland betreten. Daraus ergeben sich aber auch Einschränkungen für die Darstellung der Zeit vor dem Erhebungszeitraum. Der Schwerpunkt der Darstellung liegt wie die Erhebung auf der Zeit der zweiten Intifada (ab dem Jahr 2000) und endet im Jahre 2007.

Die empirische Basis der Untersuchung bilden 57 qualitative Interviews mit Linken aller Spektren aus beiden Ländern, die inhaltsanalytisch ausgewertet wurden.<sup>4</sup> Diese Analysen wurden durch weitere Quellen und methodische Zugänge, wie teilnehmende Beobachtung, Expertengespräche, Analyse von Grundlagentexten, Auswertung von Protokollen und – wo möglich – Sekundärliteratur, ergänzt. All dies wurde in einem weiteren Auswertungsschritt zu Deutungsmustern (*frames*)

4 Die Interviews wurde zwischen Frühjahr 2004 und Sommer 2006 geführt.

aggregiert, welche die grundlegenden Dimensionen, die verschiedenen Wahrnehmungs- und Thematisierungsweisen, der beiden linken Nahostdiskurse in eine analytische Gliederung bringen.

Die Studie verortet sich in einem kultur- und diskurstheoretischen Rahmen.<sup>5</sup> Dies liegt zunächst am wesentlichen Erkenntnisinteresse, das darin bestand, die Differenz der Ideen und Wahrnehmungsmuster im Nahostkonflikt zu untersuchen. Im Zentrum dieser Untersuchung stehen deshalb Deutungsmuster (*frames*). Frameanalysen sind nicht nur zu einem der wichtigsten Instrumentarien der Protestforschung geworden, sondern eignen sich, wie verschiedene jüngere Studien zeigen, ganz besonders für den internationalen Kulturvergleich (vgl. Gerhards/Rucht 2000, Ferree et al. 2002, Ullrich 2005d). Viele in politischen Ideologien wurzelnde Positionierungen unterscheiden sich zwischen den Ländern nicht grundsätzlich. Wohl aber differieren die Verteilung der Positionen und die Begründungsstrategien sowie Art und Weise der Problematisierung. Karl Rohe hat Letzteres sinnfällig formuliert. Politische Kulturen, so Rohe (1990: 335), unterschieden sich nicht notwendigerweise in ihren Problemlösungen, sondern zunächst in ihren Problem-sichten, also darin, was ihnen *überhaupt zum Problem wird*. Wie kommt das?

Hier wird davon ausgegangen, dass diskursive Deutungsprozesse für die Erklärung gesellschaftlicher Verhältnisse eine eigenständige Relevanz besitzen. Durch Bedeutungszuschreibungs- bzw. Rahmungsprozesse ist auch Handeln vermittelt. Es folgt weder nur zweckrationalen Erwägungen noch ist es bloßer Ausdruck antrainierter Reflexe (Lehmkuhl 1995: 18). Die Diskursforschung lehrt uns, dass auch das Feld der Politik interaktiv und kommunikativ konstruiert wird und eben nicht nur über Machtfragen<sup>6</sup> (Dörner/Rohe 1991: 40). Jedoch gibt es in allen gesellschaftlichen Bereichen immer nur eine begrenzte Bandbreite an Alternativen des Denk-, Sag- und Wahrnehmbaren (Jäger 2001) sowie kulturell mehr und weniger anschluss- bzw. resonanzfähige Themen. Dies gilt natürlich auch für das Feld der Politik (Elkins/Simeon 1979: 131). Hier setzt die vorliegende Untersuchung an. Die Selektionsmöglichkeiten im Diskurs und die die jeweiligen Selektionen bedingenden Kontextfaktoren werden als diskursive Gelegenheitsstrukturen für die politische Debatte konzeptualisiert und zur Erklärung der Differenzen zwischen der deutschen und der britischen Linken in Anschlag gebracht. Mit diesem genuin sozialwissenschaftlichen Ansatz verfügt man über einen empirisch überprüfbaren Zugang zu den Bedingungen des Diskurses und umgeht die zwar verbreiteten und plausiblen, aber empirisch nur schwer zu bewältigenden psychologisierenden Deutungen, die sich bspw. in der häufigen Konstatierung, der Nahe Osten fungiere als Projektionsfläche, finden (Haury 1992, Kloke 1994: 297, Ullrich 2001, Schmid 2006).

5 Interviews wurden als methodischer Zugang gewählt, weil die Akteurs- und Handlungsebene dennoch nicht herausfallen sollte.

6 Deren Bedeutung soll im Übrigen hier keinesfalls infrage gestellt werden.

Das Konzept der diskursiven Gelegenheitsstrukturen ist eine jüngere Entwicklung der sozialwissenschaftlichen Theorie (u. a. Ferree et al. 2002). Gefragt wird nach den Bedingungen, die bestimmte Wahlen aus dem kulturell insgesamt Möglichen nahelegen oder ausschließen. Im konkreten Forschungsdesign wird eine Gelegenheitsstruktur konstant gehalten. Es handelt sich um die Gelegenheitsstruktur »links«, somit um die Gelegenheiten, die die Verortung in der Linken für die beteiligten Akteure darstellt, denn die Dichotomie links/rechts ist normalerweise entscheidend für die Positionierungen zu einem Thema. Konkret zeigt sich dies in einer historisch dominanten linken Position der Unterstützung der palästinensischen Seite im Nahostkonflikt. Die (erklärende) Varianz wurde entsprechend durch die nationalen Gelegenheitsstrukturen erzeugt. Mit dem Ländervergleich ist die Voraussetzung geschaffen, zu ergründen, welche intervenierenden Einflüsse auf die Wahrnehmung des Konfliktes von den jeweiligen nationalen Spezifika (diskursiven Gelegenheitsstrukturen) ausgehen. Die jeweils zusammenkommen- den zwei Sets von Gelegenheitsstrukturen (linke und deutsche bzw. linke und britische) können eine bestimmte Ausrichtung des jeweiligen linken Nahostdiskurses gegenseitig verstärken (in Großbritannien) oder aber (in der Bundesrepublik) zu Dissonanzen mit interessanten Auswirkungen führen.<sup>7</sup>

Die Arbeit ist in Anbetracht dessen wie folgt gegliedert: Im konzeptuellen Teil A wird neben der theoretischen Grundlegung des Konzepts der diskursiven Gelegenheitsstrukturen (Kap. I) in die konkreten diskursiven Gelegenheitsstrukturen eingeführt. Das Kapitel II untersucht die nationalen Gelegenheitsstrukturen. Dabei wird ein Überblick über den Forschungsstand des deutsch-britischen Kulturvergleichs gegeben und erörtert, wie sich die Beziehungen beider Staaten zu den Konfliktparteien im Nahen Osten gestalten. Kapitel III stellt die Gelegenheitsstruktur »links« dar und versucht zu klären, was das Konzept »links« beinhaltet und wie sich der bisherige linke Umgang mit dem Nahostkonflikt, sowie damit verbundenen Aspekten (der linke Umgang mit Jüdinnen und Juden, Zionismus und Antisemitismus) gestaltet hat.

Dem folgt der empirische Hauptteil der Arbeit (Teil B) mit den beiden Fallstudien. Nach der Einführung in die Methode (Kapitel IV) wird jeweils die Linke im Untersuchungszeitraum (2000–2006) allgemein vorgestellt (Kap. V und VII). Diese Kapitel dienen dazu, der Gefahr entgegenzuwirken, dass die Linke allein aus dem Kontext der Beschäftigung mit dem Nahostkonflikt wahrgenommen wird. Vor allem aber sollen sie innerlinke Anschlussdiskurse explorieren. Die Kapitel VI und VIII analysieren dann den linken Umgang mit dem Israel-Palästina-Konflikt in beiden Ländern. Im Teil C werden die Ergebnisse kontrastierend zusammengefasst (Kap. IX) und wieder auf die theoretischen Vorannahmen rückbezogen. Zudem soll dort nach dem theoretischen Mehrwert der Arbeit gefragt

7 Ebenfalls relevante »harte« politische Gelegenheitsstrukturen werden wegen des diskurstheoretischen Erkenntnisinteresses nur am Rande berücksichtigt.

werden. Wie genau wirken diskursive Gelegenheitsstrukturen auf den Diskurs der Linken; wann sind sie Gelegenheiten, wann vielleicht auch Restriktionen? Eine der sich hier stellenden Hauptfragen wird die nach der Möglichkeit gesellschaftlicher Lernprozesse sein. Das abschließende Fazit (Kap. X) soll dazu beitragen, politische Schlussfolgerungen zu ziehen. Diverse Annahmen und Überzeugungen der Linken und zu wenig hinterfragte, oft national-partikularistische Prägungen, verdienen angesichts der Ergebnisse eine Überprüfung. Der linke Umgang mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt zeigt deutlich die Grenzen einer sich universalistisch oft nur wählenden Linken.

Diese Grundstruktur der Arbeit spiegelt den tatsächlich kreisenden Verlauf des qualitativen Forschungsprozesses nur ungenügend wider. Eine derartige Darstellung und gute Lesbarkeit sind schwer zu vereinbaren. Trotzdem soll nicht *ex post* ein deduktionslogisches Vorgehen suggeriert werden. Vieles, was sich im Anfangsteil der Arbeit findet, ist dort erst am Ende des Forschungsprozesses »hingelangt«. Welche Gelegenheitsstrukturen bspw. wichtig sein könnten, konnte nur zum Teil vorher aus der Literatur erschlossen werden und ist erst durch die Beschäftigung mit dem Material selbst deutlich geworden.

## **Literaturlage/Forschungsstand**

Eine Vielzahl unterschiedlichster Literaturen war zu konsultieren und einzuarbeiten. Dazu gehört die extensive historische Forschung über die Linke im Allgemeinen und ihren Umgang mit den Themen Nahostkonflikt, Jüdinnen und Juden, Zionismus und Antisemitismus (bspw. Silberner 1962, 1983, Traverso 1990, Keßler 1993, 1994, 1994a), die ein belastetes Erbe der Linken offenbart. Geringschätzung von Jüdinnen und Juden, Ungleichbehandlung ihrer nationalen Bestrebungen und Unterschätzung des Antisemitismus sind Teil des linken Erbes. Dazu kommt die Literatur zu spezifisch deutschen Aspekten dieses Verhältnisses (u. a. Klope 1994, Keßler 1995, Haury 2002, Ullrich 2007a). Dieses steht unter dem Schatten der grausamen Ereignisse der deutschen Geschichte, die mit dem Namen Auschwitz verbunden sind. Die Mehrheit der Texte kommt aus der linken Debatte selbst (Schneider/Simon 1984, Brumlik et al. 1990, Renger 1994, Neidhardt/Bischof 2000, Gerber 2003, Hagen 2004, Brosch et al. 2007). Zudem gibt es eine Vielzahl kürzerer Beiträge im Schnittbereich von wissenschaftlicher und politischer Publizistik (Claussen 1992, Haury 1992, 2004, Klope 2001, 2004, Ludwig 1992, Später 1994, Ullrich 2002, 2005, 2005a, Hanloser 2005, Weiß 2005). Die Debatte scheint so wichtig, dass sie in den Publikationen des Verfassungsschutzes öfter aufgegriffen wurde (BfVS 2004, VS NRW 2004: 32 ff., 2005, Senatsverwaltung für Inneres 2004).

Für den britischen Fall gibt es jedoch nur sehr wenig, und das bezieht sich schwerpunktmäßig auf die Labour Party<sup>8</sup> und ihren Umgang mit dem britischen



Palästina-Mandat und dem Zionismus (Gorny 1983, Kelemen 1996, 2000) sowie dem Nahostkonflikt bis in die achtziger Jahre (Edmunds 2000). Hier konnten auch nicht alle Lücken geschlossen werden; die historische Entwicklung bleibt Desiderat. Das Vorhandene ist aufschlussreich, weil mit der Entwicklung der prozessionistischen Orientierung der Labour Party in den ersten zwei Dritteln des 20. Jahrhunderts auch die Spaltung der sozialistischen Bewegung verdeutlicht werden kann. Das traditionell israelfreundliche Bild der Sozialdemokratie hat hier eine wichtige Quelle (die Labour Party spielte eine große Rolle bei der Bildung der sozialdemokratischen Sozialistischen Internationale) und somit auch das palästinafeindliche der linken (kommunistischen, trotzkistischen) Konkurrenz, die sich auch auf diesem Feld um Abgrenzung bemühte.

Auch die neuere soziologische Antisemitismusforschung (Holz 2001, Haury 2002) steuert wichtige Elemente zum Verständnis bei. Der Antisemitismus soll in dieser Arbeit als wichtiger Aspekt, nicht jedoch schon von vornherein als *der* zentrale Bezugspunkt der Analyse angelegt werden, wie es viele Arbeiten über die Linke und den Nahostkonflikt in unnötiger Selbstbeschränkung tun.

Für die methodische Ausrichtung konnte auf ein reichhaltiges Repertoire an Ansätzen zurückgegriffen werden. Leitfadeninterviews und ihre inhaltsanalytische Auswertung gehören längst zum Standard der Sozialforschung. Für den methodologisch diskurstheoretischen Rahmen konnten sowohl sich als konstruktivistisch und gesellschaftskritisch begreifende als auch eher positivistische Ansätze zusammengebracht werden, weil sie sich in den Möglichkeiten ihrer Applikation nicht entgegenstehen, was gerade bei der Deutungsmusteranalyse zutrifft (Ullrich 2005c).

Die für die Erklärung der Differenz genutzte theoretische Konzeption der diskursiven Gelegenheitsstrukturen bringt verschiedene Literaturen und Wissenschaftskulturen zusammen. Der Begriff der Gelegenheitsstrukturen entstammt der Bewegungsforschung und beschreibt die Chancen, die das politische System für das Agieren sozialer Bewegungen bereitstellt.<sup>9</sup> Seine Ausweitung auf kulturelle und diskursive Gelegenheiten war Ausdruck der Aufnahme öffentlichkeitssoziologischer und diskurstheoretischer Impulse sowie eines Aufmerksamkeitsschwenks in der Bewegungsforschung hin zu den ideationalen Aspekten von sozialen Bewegungen (Snow et al. 1986, Gamson/Modigliani 1989). Seine bisherige Anwendung – allerdings noch in wenigen Arbeiten – geht aber weit über die Bewegungsforschung hinaus. Die besonderen Stärken liegen wie bei der Anwendung in der Bewegungsforschung im *Vergleich* von diskursiven Gelegenheitsstrukturen politischer Systeme (vgl. Ferree et al. 2002).

8 Auf die in der Dissertation vorgenommene Kursivierung der behandelten Organisationen, Parteien und Gruppierungen der Linken wird hier aus satztechnischen Gründen verzichtet, nur die Namen von Zeitungen und Zeitschriften wurden kursiv gesetzt.

9 »These theories analyse the environment of social movements as a set of conditions which facilitate or restrict mobilization and movement success« (Rucht/Neidhardt 2002: 9).

Einen wesentlichen soziologischen Bezugsrahmen bildet die Frage nach der Prägung der Linken (also eines gesellschaftlichen Teilbereiches) durch den jeweiligen nationalen Kontext, was sich am Ende als eine Frage nach den Bedingungen kollektiven Lernens erweist. Verspätet, aber letztlich ähnlich wie vor ihr auch die Mehrheitsgesellschaft (Bergmann 1997) hat die deutsche Linke über diskursive Skandalisierungen eine Komplexitätssteigerung ihrer Sichtweisen auf den Nahostkonflikt erreicht. Die vorliegende Arbeit unterscheidet sich damit von bisherigen Arbeiten zum engeren Themenkreis »Die Linke und der Nahostkonflikt«. Diese wurden meist aus geschichtswissenschaftlicher Perspektive geschrieben, und analytische sowie erklärende Aspekte standen meist im Schatten beunruhigender Konstatierungen eines linken Antisemitismus (und Antisemitismustheorien bestimmten die Erklärungen). Das hier gewählte Vorgehen hat dagegen den Vorteil, über die untersuchten Fälle hinausgehendes Wissen zu produzieren, und neue Sichtweisen auf die Fälle zu liefern, die im Vergleich deutlich werden. Das hierzulande oft gehörte Lamento über die israelfeindliche oder antisemitische Linke muss in gewissem Maße relativiert werden.

Ein strukturelles Ungleichgewicht betrifft die gesamte Arbeit. Für die meisten Themenbereiche ist ungleich mehr an Literatur zur Bundesrepublik vorhanden. Hier reflektiert sich das schlichtweg größere deutsche Interesse an allem, was mit Israel zusammenhängt. Zur Geschichte des Umgangs der britischen Linken mit dem Nahostkonflikt findet sich wenig, ebenso zum Verhältnis Großbritanniens zu Israel und den PalästinenserInnen, zur Bedeutung der Shoah, zu kollektivem Gedächtnis und zu Antisemitismus. Auch das häufige Vorkommen des Wortes Antisemitismus in dieser »Mängelerklärung« ist ein Hinweis auf ein Ungleichgewicht. Bisher ist ein größerer Forschungsaufwand mit Bezug auf Jüdinnen und Juden sowie Israel betrieben worden, während die palästinensische Seite unterbeleuchtet bleibt und kaum Untersuchungen sich den linken Deutungsmustern unter dem Gesichtspunkt Orientalismus, antiarabischer Rassismus oder Islamophobie widmen. Ein anderer Mangel bisheriger Forschungen über linke Nahostdiskurse ist die jeweilige mononationale Perspektive (Kloke 1994 für die BRD, Reiter 2000 für Österreich und Späti 2005 für die Schweiz). Es gibt nur eine Ausnahme. June Edmunds (1997, 2000) untersucht in ihrem britisch-französischen Vergleich allerdings fast nur die Sozialdemokratie, und nur ein Kapitel ist den jeweiligen KPeu gewidmet (andere, z. B. trotzkistische Parteien kommen gar nicht vor). Die vorliegende Arbeit soll einen Beitrag dazu leisten, diesem Missstand abzuhelpfen.

Der Nahostkonflikt ist zudem ein sehr emotionales Thema; er hat eine lange und traurige Geschichte. Millionen palästinensischer Flüchtlinge, eine Bevölkerung, die unter militärischer Besatzung in ihren Städten eingesperrt ist, immer mehr in einen Bürgerkrieg gleitet und ohne Zukunftshoffnungen ist, eine erstarrkende islamistische Bewegung und eine zunehmende Nationalisierung der palästinensischen und der israelischen Gesellschaft, immer wieder neue Selbstmordanschläge in oder Raketenangriffe auf Israel, antijüdische Anschläge weltweit, der

vollkommen zum Erliegen gekommene Friedensprozess und die Feindschaft zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn – all dies sind Elemente, die großen Einfluss auf die linke Beobachtung des Konfliktes haben, aber auch auf seine Beobachtung insgesamt. Und auch ein wissenschaftlicher Beobachter, ein »Beobachter zweiter Ordnung«, ist von diesen Einflüssen und auch seinen spezifischen Prägungen nicht frei, und dies umso mehr, wenn es sich um einen Wissenschaftler aus dem Land der Täter der Shoah handelt. Deswegen soll zur Explikation impliziter normativer Orientierungen kurz der Zugang des Autors zum Thema geschildert werden.

Ich kam erstmals als Teilnehmer von Jugendaustauschprogrammen nach Bethlehem, Jerusalem, Akko – und so zunächst mit der palästinensischen Seite in Berührung. Wie so viele andere ließ mich das Interesse für Israel und Palästina nicht los, und nach der ersten herabwürdigenden Behandlung durch israelische SoldatInnen und den Berichten der palästinensischen Bekannten stellte sich schnell Sympathie für die augenscheinlich schwächere Seite ein. Spätere Erfahrungen mit Israelis, viel Dissens mit der traditionalistischeren arabischen Gesellschaft, antisemitische Vorkommnisse und die linke Debatte in der Bundesrepublik haben bald meinen Standpunkt verschoben. Immer wieder stolperte ich mit Missmut über die extremen Identifikationen der mit Palästina oder Israel sich Solidarisierenden, die zu oft keinen Raum für Selbstreflexion ließen und die mir aus einem intuitiven, etwas anarchistischen Individualismus und einer ebenso intuitiven Abneigung gegenüber nationaler Identifikation heraus immer suspekt blieben. Und immer mehr wurde aus meiner Beobachtung des Konfliktes eine distanzierte Beobachtung zweiter Ordnung. So ist der hier geschilderte Lernprozess innerhalb der deutschen Linken auch ein persönlicher.



# TEIL A: THEORIE UND HINTERGRÜNDE

## I Politische Bewegungen, Diskurs und Kultur

In diesem Kapitel sollen drei theoretische Richtungen (die Diskursforschung, der politische Kultur-Ansatz und die Theorie der politischen Gelegenheitsstrukturen) auf ihre Möglichkeiten hin befragt werden, zur Erklärung der Differenz zwischen deutschem und britischem linken Nahostdiskurs beizutragen. Da die politikwissenschaftliche Literatur über die Linke mehr auf institutionelle und ideologische als auf kulturelle und diskursive Aspekte abstellt, kommen sehr viele Anregungen in diesem Abschnitt aus der Bewegungsforschung. Die unterschiedlichen Ansätze sollen zu einem Konzept der diskursiven Gelegenheitsstrukturen zusammengeführt werden, das die Gestaltung des deutschen und des britischen linken Nahostdiskurses erklärt.

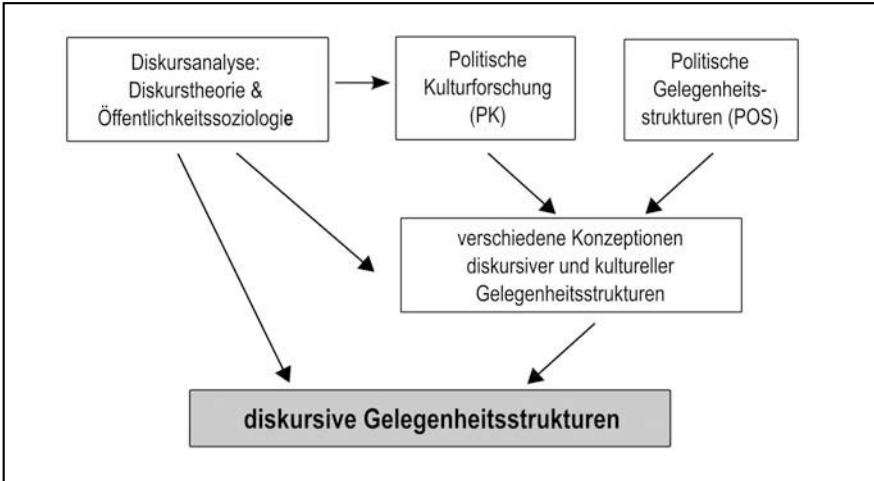
Eine Vielzahl von Theorien erklärt das Ob und das Wie sozialer und politischer Bewegungen, als die die politische Linke im hier gemeinten Sinne (siehe Kap. III.1) auch gefasst werden kann. Dabei liegt der Fokus vieler Untersuchungen auf den Erfolgsbedingungen für sozialen Protest, also auf der Frage, ob und wie die Bewegungen es schaffen, ihre Deutungen zu verbreiten und in Entscheidungen des politischen Systems zu überführen. Der Bezugspunkt der Analyse von Bewegungen ist somit ihre gesellschaftliche (Außen-)Wirkung. Doch, wie die NSB-Forschung betont, handelt es sich bei sozialen Bewegungen auch um eine Wirgruppe (Rucht 1995), die eine Identität begründet (Außengrenzen zieht) und gewissen Eigendynamiken unterliegt (Melucci 1995). Manche (bspw. religiöse) Bewegungen legen sogar mehr Wert auf Selbstveränderung als auf den Wandel der sie umgebenden Welt. Sie sind somit Akteure der Veränderung ihrer eigenen Wahrnehmungsweisen und Ansichten, ihres Wissens. Auch für die Beschäftigung politischer Bewegungen mit dem Nahostkonflikt gilt: Sie sind nicht nur strategische Akteure der Wissensproduktion der Gesellschaft, sondern auch (Mit-)ProduzentInnen ihres eigenen Wissens. Während die Diskursforschung im Bereich sozialer Bewegungen bisher verstärkt gefragt hat, wie soziale Bewegungen ihre Inhalte *erfolgreich* kommunizieren, soll hier also das Augenmerk mehr darauf gerichtet werden, wie diese Inhalte entstehen.

Bewegungen agieren dabei nicht kontextlos, sondern sind in ihren Wahrnehmungsmustern durch ihre Umwelt geprägt und strukturiert (vgl. Ullrich 2005b). Die Grundannahme dieser Arbeit ist, dass *kulturelle* und *diskursive Gelegenheitsstrukturen*, die im Folgenden näher definiert werden sollen, einen entscheidenden Einfluss darauf ausüben, wie linke Akteure Realität deuten und Wissen über den Nahostkonflikt produzieren können. Dabei geht es um interne Diskursdynamiken,

aber auch um die grundlegenden kollektiv geteilten Formen des Weltverständnisses, dessen, was Galtung (1994) die Tiefenkultur von Gesellschaften nennt. Offensichtlich ist, dass Bewegungen und politische Gruppen nicht nach frei gewählten Zielen arbeiten, dass ihre politischen Analysen nicht, wie von ihnen selbst oft beansprucht, Ausdruck theoretischer Einsichten sind, sondern Folge spezifischer Prägungen und Kontextbedingungen, die den Bewegungsakteuren kaum bewusst sind. Diese Prägungen sind der von Land zu Land unterschiedliche Gebrauch von Sprache und anderen Symbolen und historische Erfahrungen jeder Art. Dazu gehören weiterhin prägende Ereignisse und Institutionen. Dieses Kapitel fragt nach den Bedingungen dieser verschiedenen Prägungen und konzentriert sich dabei auf ihre kulturellen und diskursiven Aspekte.

Die *Verschiedenheit* dieser Kontextbedingungen des Diskurses, der kulturellen und diskursiven Gelegenheitsstrukturen in den beiden untersuchten Ländern, soll wesentlich die Unterschiede zwischen den auf den Nahostkonflikt bezogenen Auseinandersetzungen und Deutungsprozessen der deutschen und der britischen Linken erklären. Was sind nun diese Gelegenheitsstrukturen konkret? Ferree et al. (2002) meinen mit dem Begriff die ideationalen und institutionellen Vorbedingungen des Diskurses. Sie stellen das Gesamt der verfügbaren diskursiven Denk-, Wahrnehmungs- und Verhaltensmuster samt der sie ermöglichenden materiellen und institutionellen Bedingungen dar, sowie die Mechanismen (Anreize) der Bevorzugung bestimmter Selektionen aus diesem Repertoire bei der Produktion von Beiträgen zum Diskurs. Aus dieser Perspektive scheint es sich bei diesem Gelegenheitsstrukturkonzept um den um institutionelle Aspekte erweiterten Begriff des Archivs aus der Diskurstheorie zu handeln, den Bublitz (2001: 255) als System diskursiver Regelmäßigkeiten definiert, als die »Gesetze« dessen, was in einer Kultur gesagt werden kann. Und tatsächlich entstand das Konzept als eine Erweiterung einer anderen Theorie um diskursive und kulturelle Faktoren. Es ist, wie es hier verfolgt wird, eine Synthese dreier Wurzeln (Abb. 1). Eine ist die Theorie der *politischen Gelegenheitsstrukturen* (*political opportunity structures*, kurz POS). Insbesondere gehören dazu auch die Spezifizierung für deren kulturelle und diskursive Aspekte durch Ferree et al. (2002) und weitere im Konzept der diskursiven (DOS) bzw. kulturellen (COS) Gelegenheitsstrukturen (Abschnitt 3). Die DOS- und COS-Konzepte nehmen neben Anregungen aus der POS-Theorie Elemente der Diskurstheorie (Abschnitt 1) und der politischen Kulturforschung (Abschnitt 2) auf. Diese Theoriestränge richten aber nicht nur ihr Augenmerk auf divergente Objektbereiche, sondern verfolgen auch Zielstellungen, die sich zusammenführen lassen. Gemeinsam ist ihnen der Versuch der Untersuchung dessen, was in einer spezifischen Zeit und Gesellschaft (erfolgreich) kommuniziert wird bzw. überhaupt kommunizierbar ist.

Abbildung 1: Quellen des Konzepts »diskursive Gelegenheitsstrukturen«



## 1 Diskursforschung, Diskurstheorie und Deutungsmusteranalyse<sup>10</sup>

Die Erweiterung des Modells der politischen Gelegenheitsstrukturen um kulturelle und diskursive Faktoren, wie sie im Kapitel I.3. dargestellt werden soll, hat ihre Ursache auch im immer populärer werdenden Paradigma der Diskursanalyse. Einigendes Band aller wissenschaftlichen Ansätze, die mit dem Diskursbegriff arbeiten, ist die Annahme, dass kommunikative Prozesse, Sprache und Texte, entscheidenden Anteil an der Konstitution der sozialen Welt haben. Für die in dieser Arbeit verwendeten Konzepte scheint es wissenschaftsgeschichtlich angebracht, zwischen zwei Hauptsträngen zu differenzieren, die beide wichtige Teilaspekte für das hier zu verwendende Analysemodell beisteuern. Diese Stränge sind Idealtypen und instruktiv für das Verständnis zweier Wissenschaftskulturen,<sup>11</sup> deren vorhandene Schnittmengen diese Arbeit unterstützen will.<sup>12</sup> Es wird unterschieden zwischen der (»kritischen«) Diskurstheorie Foucaults und seiner Nachfolger sowie der demokratietheoretisch inspirierten Analyse öffentlicher Debatten. Beide Stränge tragen zum Verständnis des Raumes bei, in dem soziale und politische Bewegungen debattieren und Deutungsmuster ausbilden.

<sup>10</sup> Zwangsläufig wird es hier Überschneidungen mit dem Methodenkapitel geben, ist doch die Diskursanalyse sowohl Theorie als auch Methode.

<sup>11</sup> Zu der Unterscheidung vgl. Angermüller (2001); anders untergliedern Keller et al. (2001a).

<sup>12</sup> Als Überblick empfiehlt sich das Handbuch von Keller et al. (2001, 2003), vgl. außerdem Brünner et al. (1999, 1999a), Angermüller et al. (2001) sowie Ullrich (2008).

Entscheidend für jenen mit dem Poststrukturalismus verknüpften ersten Strang ist die Verwobenheit von Kognition, Perzeption und Handeln mit kommunikativen Praxen – dem Diskurs. Der französische Philosoph Michel Foucault (1995 [1973], 1974) entwickelte das Konzept der Diskursanalyse, auf das insbesondere im deutschen Sprachraum von den meisten DiskursanalytikerInnen immer wieder Bezug genommen wird. Entscheidende Quelle seiner Theorieentwicklung war die strukturalistische Sprachtheorie von de Saussure.<sup>13</sup> Ausgangspunkt der diskursanalytischen Sicht ist die Erkenntnis, dass sprachliche Zeichen ihre Bedeutung aus den strukturierten Relationen bzw. der Differenz zu anderen Zeichen erhalten und nicht als Abbild einer den äußeren (nichtsprachlichen) Dingen anhaftenden Realität.<sup>14</sup>

Die Vertreter dieser Theorie verwiesen darauf, dass die vorhandenen sprachlichen Kategorien bestimmen, was denk- und wahrnehmbar ist. Was nicht sprachlich bezeichnet ist, existiert quasi nicht. Jäger (2001: 91) illustriert das mit einem weidmännischen Beispiel: Der vom Förster bemerkte Vogel ist für den unbedarften Wanderer nur ein roter Fleck. Andererseits kann ein Brett oder ein Baumstamm auf dieser Wanderung durchaus ein »Tisch« sein, jedoch nur für den hier rastenden Wanderer. Aber: »Ein Ding, dem ich keine Bedeutung zuweise, ist für mich kein Ding, ja, es ist für mich völlig diffus, unsichtbar oder sogar nicht existent; ich sehe es nicht einmal, weil ich es übersehe« (ebd.). Und wenn es nicht übersehen wird, ist die kommunikative Selektion wichtig. Fleck oder Vogel, Baumstumpf oder Tisch – das sind handlungsrelevante Unterscheidungen.

Diese Position ist eine konstruktivistische, beinhaltet jedoch nicht notwendigerweise ein Bekenntnis zum *radikalen* Konstruktivismus und postmodernen Relativismus, auch wenn solche Auffassungen in der Diskurstheorie verbreitet sind. Michel Foucault (1973: 182) sagte, er sei ein »glücklicher Positivist«. Ohne sich in dieser Auseinandersetzung, ob es überhaupt eine außersprachliche Realität gibt, zu entscheiden – wichtig ist das Bewusstsein dafür, dass der sprachlich vermittelte Diskurs die Realitätsdefinitionen der Menschen und damit auch Machtstrukturen in der Gesellschaft (mit)bestimmt. Der methodische Zugang ist an den schriftlichen und mündlichen Texten (den Medien des Diskurses) ausgerichtet. Das Untersuchungsfeld sind jedoch nicht einzelne Äußerungen oder einzelne Texte, denen sich inhaltsanalytisch zugewandt wird, als vielmehr Konstellationen von Äußerungen, die Beziehungen zwischen Diskursbeiträgen und die Koalitionen von Diskursen (Anschlussdiskurse).

Die Diskurstheorie fand ihre Zuspitzung im Dekonstruktivismus. Damit ist die gegen die Annahme überhistorischer Universalien gerichtete und mit diskursana-

13 Foucault stand natürlich nicht allein am Anfang dieser Linie. Zu nennen sind ebenso Althusser, Lacan und Derrida, die (zumindest im Fall Lacans und Derridas) für die US-amerikanische Rezeption und Konstruktion des Poststrukturalismus vielleicht sogar wichtiger waren als Foucault.

14 Diese Einschätzung wurde auch in neueren Erkenntnissen über den Spracherwerb bestätigt, wo gezeigt werden konnte, dass Kinder ihren Wortschatz eben nicht durch Verweise auf Dinge aufbauen, sondern durch Verinnerlichung gebräuchlicher Kombinationen (Donati 2001:149).



lytischen Mitteln praktizierte »Historisierung« von Wissen (Bublitz 2001: 256), das Aufzeigen der Macht-, Zeit- und Ortsbezogenheit von Vorstellungen über die Realität gemeint. So sind Ideen der Einheit/Zusammengehörigkeit gesellschaftlicher Phänomene diskursive Produkte. Kategorien wie »geisteskrank« bspw. spiegeln keinen natürlichen oder notwendigen Zusammenhang der damit bezeichneten Phänomene wider (in dieser Arbeit geht es vor allem um die national verschiedenen Grundvorstellungen über die »Realität«). Der Wille, scheinbar ahistorische Universalien zu dekonstruieren und scheinbar Substanzielles zu deontologisieren, ist denn auch »theoriepolitische Entscheidung« (Bublitz 2001: 225) der DiskursanalytikerInnen. Dass die dem Sozialen eingeschriebenen Vorstellungen zu (negativen) Folgen für bestimmte Gruppen führen können, die systematisch von Machtpositionen ausgeschlossen werden, verweist darauf, dass Diskurse nicht einfach »Reden« und »Diskussionen« sind, sondern machtbestimmte soziale Prozesse, die als materiell wirksam begriffen werden. Die Diskurse, so Michel Foucault, sind »Praktiken [...], die systematisch die Gegenstände bilden, von denen sie sprechen« (Foucault 1995: 74).<sup>15</sup> Dieser Strang der Diskursanalyse begreift sich als gesellschaftskritisch, weil er gegen die Macht marginalisierten Diskursen zur Wahrnehmbarkeit verhelfen will. Entsprechend gibt es auch Konzeptionen, die *Kritik* im Namen führen wie die *Kritische Diskursanalyse* (Fairclough/Wodak 1997, Jäger 1999).

*Diskurs* wird verstanden als der Prozess der sprachlichen Erzeugung von Realität. Er ist mehr als die simple Auseinandersetzung über ein Thema, sondern eine strukturierte (regelgeleitete) und strukturierende kommunikative Praxis. Den äußeren Rahmen für Diskurse bildet das *Archiv*. Mit diesem Begriff ist die Gesamtheit des verfügbaren Diskursrepertoires zu einem bestimmten Zeitpunkt und in einer bestimmten Kultur gemeint. Hier besteht eine auffällige Ähnlichkeit des diskurstheoretischen Instrumentariums zu Aspekten des Begriffes der (politischen) Kultur und der diskursiven Gelegenheitsstrukturen. Zwei Elemente steuert die Diskurstheorie somit zu einer Theorie diskursiver Gelegenheitsstrukturen bei: den Aspekt der Regelgeleitetheit und den Aspekt der Sagbarkeit. Zum Begriff des Diskurses gehört nämlich nicht nur das Gesagte und Geschriebene, sondern auch das, was zu sagen und zu schreiben nicht erwünscht und erlaubt ist, sowie auch all das durch Nichtthematisierung überhaupt Undenk- und Unsagbare. Entsprechend ist anzunehmen, dass auch oppositionelle »Gegenentwürfe«, wie linke Gesellschaftskritik sich in den Grenzen des Diskurses ihrer Umwelt bewegen. Inwiefern sie ein bloßes Abbild oder vielleicht eine Radikalisierung, Umkehrung oder son-

15 Zur Illustration sei hier auf eine Studie von Musolff (1996) verwiesen. Seine Rekonstruktion der Diskurse über Terrorismus in Deutschland und Großbritannien legt den Schluss nahe, dass diese Diskurse selbst entscheidenden Anteil an der Entstehung des Phänomens hatten, das sie thematisierten. Sowohl die IRA als auch die RAF (so seine Beispiele) entstanden aus einer nicht bewaffneten, mehrheitlich gewaltlosen Protestbewegung heraus, die aber von PolitikerInnen und Medien der Gewaltbereitschaft beschuldigt wurde. Erst diese Stigmatisierung führte zur Aufnahme des bewaffneten Kampfes und zu einer Quasi-Kriegsdynamik zwischen »den Terroristen« und dem Staat, die Zwischentöne, Verständigung und Ausgleich nicht mehr zuließ (ebd. 297).

stige Spezifizierung des Diskurses der sie umgebenden Mehrheitsgesellschaft darstellen (alles Thesen, die in Bezug auf die Nahostrezeption ihre empirische Unterfütterung haben), soll hier im Einzelnen geklärt werden.

Während die generelle sprachlich-konstruktivistische Orientierung sowie die Kritik diskursiv verfestigter Machtverhältnisse Dreh- und Angelpunkt der »kritischen« Diskurstheorie ist, gibt es im zweiten Strang der Diskursforschung einen anderen Grund für die Aufmerksamkeit, die den kommunikativen Aspekten des Sozialen zuteil wird. Dieser Strang, der nicht zuletzt mit der Bewegungsforschung verknüpft ist, unterscheidet sich vom ersten durch seine wissenschaftstheoretischen (positivistischen) Positionen und fachliche Herkunft (aus Soziologie, Politik- und Medienwissenschaften). Diskurs interessiert unter dem Gesichtspunkt der Herstellung von Öffentlichkeit bzw. öffentlicher Meinung. »Diskurs« wird im traditionellen Sinne als Bezeichnung für die öffentliche Diskussion oder Auseinandersetzung verwendet. Beispielhaft Ferree et al. (2002: 9, Hervorh. i. Orig.): »*Public discourse* is public communication about topics and actors related to either some particular policy domain or to the broader interest and values that are engaged.« Dies findet seinen Ausdruck darin, dass hier weniger »herrschende Diskurse« oder »gesellschaftlich verbindliche Sinnhorizonte«<sup>16</sup> beschrieben (und kritisiert) werden, als vielmehr die Prozesse der Ausfechtung von *Deutungskonflikten*. Theoretische Wurzeln finden sich im symbolischen Interaktionismus, im Pragmatismus und der ethnomethodologischen Konversationsanalyse.

Der Aufmerksamkeitsschwenk zum Diskurs hat seine Grundlage weniger in theoretischen Entwicklungen (obwohl Einflüsse aus der Diskurstheorie durchaus vorliegen), als in der Bedeutung, die öffentlichen Meinungsbildungsprozessen in Demokratien westlichen Musters zukommt, welche ihren Mitgliedern formal Partizipation und Gestaltungsrechte (über Wahlen) zugestehen. Dieses formale Recht bedeutet jedoch keineswegs, dass autonome, selbstbestimmte Individuen »frei« die ihren Interessen am besten entsprechende Wahl treffen. Vielmehr ist davon auszugehen, dass viele Akteure, ausgestattet mit unterschiedlichen Mitteln, versuchen, öffentliche Deutungsmacht zu erlangen und ihre Meinung als hegemoniale, allgemein gültige zu platzieren. An diesem Prozess beteiligt sind PolitikerInnen, Parteien, Medien, soziale Bewegungen, Verbände, LobbyistInnen, Bürgerinitiativen und viele mehr. Öffentlichkeit wird, zumindest was die Forschungsschwerpunkte angeht, primär als politische Öffentlichkeit begriffen (vgl. Gamson/Modigliani 1989, Gerhards 1993, Bergmann 1997, Gerhards et al. 1998, Ferree et al. 2002).

16 So Maasen (2003: 126) über Luhmanns »Liebe als Passion«. Insgesamt fallen einige Parallelen zwischen der Diskurstheorie und der Luhmann'schen Systemtheorie auf, so die konstruktivistische Orientierung, der Fokuswechsel von Handeln zu Kommunikation (Luhmann) oder Diskurs (Foucault) in Sinne des linguistic turn und die Untergliederung der Gesellschaft in distinkte (Wissens-)Bereiche, die eigenen, internen Regeln (Foucault) bzw. Unterscheidungen (binäre Codes, Luhmann) folgen.

Die meisten der empirischen Arbeiten konzentrieren sich dabei auf den massenmedialen Diskurs, der als die Hauptarena der Bildung öffentlicher Meinung und als wichtiger Ort politischen Konfliktaustrags gilt. Als besonders produktiv erwies sich die Anwendung diskursorientierter Ansätze in der Forschung zu sozialen Bewegungen und ihres Beitrags zur öffentlichen Meinung. Das hier am stärksten zum Tragen kommende Konzept war das der Deutungsmuster- oder *Frame*-analyse.

Es geht zurück auf Erving Goffmans »Rahmenanalyse« (*frame analysis*, Goffman 1980). Mit dem Konzept des Rahmens beschreibt Goffman ein Organisationsprinzip von Alltagserfahrungen. Rahmen sind Interpretationsschemata, die es ermöglichen, Vorkommnisse und Dinge wahrzunehmen, zu identifizieren und zu kategorisieren. Dabei handelt es sich um Schablonen, die komplexe Sachverhalte auf einen Begriff bringen und in Handeln umsetzbar machen. Ein *frame* beinhaltet allerdings nicht notwendigerweise eine bestimmte Positionierung zu einem Thema, sondern erklärt, *was eigentlich Thema ist*. Dies sei an der Untersuchung von Ferree et al. (2002) über die Abtreibungsdebatten in Deutschland und den USA veranschaulicht. Sie identifizieren im Diskurs (also der öffentlichen Auseinandersetzung) verschiedene *frames* als Dimensionen der Debatte. Die Abtreibungsdiskussion wird häufig anhand der Frage »Entscheidend ist, wann das Leben beginnt« gerahmt. Innerhalb dieses Deutungsmusters gibt es sowohl Pro-, als auch Contra-Abtreibungspositionen; außerdem unterscheiden sich die angebotenen Konzepte deutlich. Innerhalb der Contra-Abtreibungs-Fraktion, die ihre Argumentation innerhalb dieses *frames* gestaltet, plädieren einige Diskursbeiträge für strikte Strafen bei Abtreibung, andere hingegen für soziale Unterstützung alleinerziehender Mütter.

Mit Ferree et al. (ebd.) kann man sich dem Deutungsmuster-Begriff über die Metaphorik des Wortes *frame* nähern. Die erste Bedeutung »Bilderrahmen« weist auf die Abgrenzung von Innen und Außen, also Wichtigem und Unwichtigem hin. Die zweite Bedeutung ist Struktur, Gerüst oder Muster und verweist auf ein Ordnungsprinzip »hinter den Dingen«. So kann das gleiche Ereignis prinzipiell in ganz unterschiedlichen Schemata wahrgenommen werden. So wurde bspw. der Abzug der israelischen Armee aus dem Gaza-Streifen in verschiedenen linken Zeitungen ganz unterschiedlich dargestellt (Bartel/Ullrich 2008). Israelfreundliche Medien wählten den *frame* »Antisemitismus« und zeigten PalästinenserInnen, die trotz des als israelisches Entgegenkommen gedeuteten Abzugs verlassene Synagogen anzündeten. Israelkritische Medien verschwiegen diesen Aspekt und deuteten den Abzug als bloß strategisches Manöver Israels, um andere besetzte Gebiete besser halten zu können. Das gleiche Ereignis kann also unter völlig verschiedenen Gesichtspunkten gedeutet werden. Am gewählten Beispiel wird aber auch deutlich, dass es durchaus Affinitäten zwischen einem Deutungsmuster und dahinterliegenden ideologischen Positionierungen geben kann (Oliver/Johnston 2000), gleichzeitig können sich aber verschiedene Positionen und Ideologien auf

das Deutungsmuster Antisemitismus einlassen, diese Einschätzung des Berichteten aber sowohl bejahen als auch bestreiten. Auch wenn der Begriff des Deutungsmusters wegen seiner Fokussierung auf die Bedeutungs-Organisation eine höhere Strukturiertheit aufweist als das diskurstheoretische Konzept Foucaults, kann von begrifflicher Eindeutigkeit und allgemein gebräuchlichen Definitionen noch nicht die Rede sein.

Am häufigsten angewendet wurde die Framingperspektive bisher in der Forschung zu sozialen Bewegungen. Der Deutungsmusterbegriff wurde von Snow et al. (1986) eingeführt, um ideationalen Faktoren bei der Beschäftigung mit Protest stärkeres Gewicht einzuräumen. Jedoch geht es den Autoren nicht um Wissensproduktion oder Ideologiebildung, sondern um strategische Überlegungen über die erfolgreiche Kommunikation von Deutungsmustern in der Öffentlichkeit. Danach muss Protestpotenzial von BewegungsunternehmerInnen gebündelt werden, da Unzufriedenheit der Menschen alleine nicht ausreicht, um tatsächlichen Protest zu aktivieren. Zudem ist es nötig, Problemsichten, Wahrnehmungs- und Verhaltensmuster anzugleichen, was mit Hilfe von vier verschiedenen Mechanismen, oder besser Strategien, des *frame alignment* erfolgt.<sup>17</sup> Implizit enthalten diese Mechanismen Elemente des Konzeptes der diskursiven Gelegenheitsstrukturen. Insbesondere bei *frame amplification* wird dies deutlich. Es geht dabei um die Verdeutlichung und Verstärkung von *frames* mit Hilfe des Bezugs auf allgemeine Werte (*value amplification*) und Glaubensannahmen (*belief amplification*). Die Beschwörung anerkannter Vorstellungen mit hoher Glaubwürdigkeit erhöhe demnach die Legitimität von Protestakteuren. Mustertypisch dafür ist der Bezug auf Grundwerte wie Gerechtigkeit und Demokratie, die ins Zentrum für als erfolgreich erachtete Mobilisierungen gestellt werden. Egal ob man diesen strategischen Fokus beibehält<sup>18</sup> oder diskurstheoretisch zusätzlich davon ausgeht, dass Kommunikation eigenen, diskursiven Regelmäßigkeiten folgt, ergibt sich die Annahme, dass bestimmte kommunikative Selektionen durch ihre diskursive Umgebung wahrscheinlicher als andere sind.

Der Deutungsmuster-Begriff bietet eine Möglichkeit der Dimensionierung von Diskursen, die die Vorteile beider Diskursforschungsstränge verbindet (Wissensproduktion und strategische Orientierung), sowie ein Konzept, das in besonderem Maße für den Kulturvergleich geeignet ist. Gemäß der erwähnten Rohe'schen Feststellung ist es eben die Art der Deutung und der semantische und normative Zusammenhang, in den Deutungen gestellt werden, und nicht die konkrete Entscheidung, worin Kulturen sich unterscheiden. In Bezug auf den Nahostkonflikt ist in der ehemaligen Kolonialmacht Großbritannien bspw. das Deutungsmuster Kolonialismus prominenter, im Land der Täter von Auschwitz ist das Deutungsmuster Antisemitismus ein prominenter Zugang zum Thema.

17 Zusammenfassend Ullrich (2003: 20 ff.).

18 So bspw. Snow/Benford (1988), Klandermans (1988) und Gerhards (1992). Für eine Zusammenfassung der Konzepte vgl. Ullrich (2003: 23-25).

## 2 Politische Kulturforschung – Tiefenbedingungen des Diskurses

Der Beginn der politischen Kultur-Forschung wird vor allem mit dem Erscheinen der Studie »The Civic Culture« von Almond/Verba (1963) identifiziert. In dieser untersuchen die Autoren die »Demokratiefähigkeit« der Bewohner von fünf Ländern der Nachkriegswelt über die Erhebung von Einstellungen zu politischen Objekten (so definierten sie streng individualistisch politische Kultur). Die Autoren unterscheiden drei Grundtypen der Klassifikation dieser Gesellschaften: parochiale, Untertanen- und beteiligungsorientierte politische Kultur. Die parochiale Kultur ist die traditionale, lokal verwurzelte, in der das politische System nicht unterstützt wird, während auch keine Ansprüche an dieses gestellt werden; es gibt überhaupt nur wenig kognitive, evaluative oder affektive Orientierungen auf das politische System. Die beiden anderen sind moderne Formen, jedoch inhaltlich verschieden. Deutschland bspw. sei ein typischer Vertreter der Untertanenkultur (wenn auch mit partizipativen Elementen), die nur auf die Outputseite des Systems orientiert ist (was bringt das System für Ergebnisse?), sich aber für die Inputseite (wie werden Entscheidungen getroffen und Interessen vermittelt?) und insbesondere eigene Partizipation der BürgerInnen nicht interessiert, was sie von der beteiligungsorientierten politischen Kultur unterscheide. Der deutschen Untertanenkultur steht bei Almond und Verba die spezifische angloamerikanische civic culture gegenüber, die demokratischen Systemen besonders förderlich sei (vgl. Kap. II.2.).

Seit dieser Pionierstudie geht es der PK-Forschung um die subjektive und Bedeutungs-Seite des politischen Prozesses. Sie fragt nach den »kollektiv geteilten ›assumptions« (Dörner 1999: 95), die die jeweilige Spezifik einer politischen Kultur ausmachen. Für Wehling (1993: 9) ist PK hingegen ein *System* von Werten, Glaubensüberzeugungen, Einstellungen, die bestimmte Verhaltensweisen nahelegen. Berg-Schlosser (2002: 389) definiert PK als die »subjektive Dimension der gesellschaftlichen Grundlagen politischer Systeme«. Zu dieser Vielfalt wissenschaftlicher Definitionen kommt noch die Alltagssprachliche und politische Verwendung des Wortes, insbesondere in der Rede vom »Verfall der politischen Kultur«, die sich meist auf das negativ bewertete Verhalten politischer Eliten bezieht. Verschiedene Verwendungsweisen des Begriffs lassen sich unterscheiden.<sup>19</sup> Gemeinsam ist den meisten wissenschaftlichen Bestrebungen unter dem Label politische Kultur der Versuch zu bestimmen, welche grundlegende Vorstellung vom Wesen des Politischen und vom Ablauf des politischen Prozesses in verschiedenen Gesellschaften existiert und welche kulturellen, also nicht in erster Linie in-

19 Erstens eine normative/alltagssprachliche Verwendung; zweitens PK als spezifisches Modell der verschiedenen möglichen subjektiven Orientierungen auf das politische System (parochial, subject, participant), gewonnen in Umfragen in strikt individualistischer Methodologie bei Almond und Verba (1963); drittens verschiedene andere individualistische und psychologisch orientierte Deutungen des Phänomens (wie bei Dörner 1999, Berg-Schlosser 2002); viertens neuere kollektivistische bzw. Makrodeutungen der politischen Kultur als emergentes System von Zeichen, Symbolen und Werten (Elkins/Simeon 1979).

teressensbezogenen Faktoren (Werte, Normen, Riten, Bräuche, Symbole) einen Einfluss auf die Ausgestaltung des politischen Prozesses haben.

Die politische Kulturforschung wandelte sich in den vergangenen Jahrzehnten stark. Von behaviouristisch-individualistischen Auffassungen des PK-Konzeptes, die mittels Surveys erhoben werden konnten, erfolgte die Hinwendung zu kollektivistischen und emergenten Vorstellungen,<sup>20</sup> die verbreiteten Kulturkonzepten nahestehen, denn »Political culture is the property of a collectivity. [...] Individuals have beliefs, values, and attitudes but they don't have cultures« (Elkins/Simeon 1979). Es geht also um Kultur als Instanz der Prägung des Individuums und als symbolisches Angebot an das Individuum (Seck 1992: 25). Dieser Wandel ist nicht zuletzt auf den Einfluss der Diskurstheorie zurückzuführen, den die linguistischen (Dörner/Rohe 1991, Seck 1992) bzw. diskurstheoretischen (Herz 1995, Keller 2000, 2003) Zugänge zum Phänomen politische Kultur illustrieren (vgl. auch Opp de Hipt/Latniak 1991). Diese Arbeiten zeigen, dass Diskurs Wissen definiert, auf dessen Basis politische Entscheidungen gefällt werden und Macht verteilt wird. Es ist davon auszugehen, dass die (politische) Sprache und andere (politische) Symbole Ausdruck bestimmter in den jeweiligen Kulturen vorherrschender Auffassungen sind. Erstaunlich ist, dass die Konvergenz von PK-Forschung und Diskurstheorie nur selten in Forschungen mündete, was z. T. mit der Skepsis gegenüber postpositivistischen Methoden in den Politikwissenschaften zu begründen ist (Nullmeier 2001: 285). Beide interessiert, in welchem Zusammenhang der vorhandene Vorrat an Symbolen und deren für bestimmte Gesellschaften typische Verwendung mit dem Kern der Politik, der Ausübung von Macht, stehen.

Kaase (1983) bewertete das Unterfangen der PK-Forschung wegen der Unklarheit ihrer Begriffe und der nicht eindeutigen Herausarbeitung der Kennzeichen politischer Kultur als den »Versuch, einen Pudding an die Wand zu nageln«. Dass unter dem Label PK-Forschung so gut wie alles verhandelt werden konnte (beispielhaft dafür Greiffenhagen et al. 1981), erwies sich als Hemmschuh. Ein weiteres Manko im Sinne der hier verfolgten Zwecke ist ihre Orientierung auf ganze Gesellschaften. »Ganz« bedeutet i. d. R., dass Nationalstaaten als Untersuchungseinheiten dienen. Es gibt jedoch kaum Arbeiten, die gesellschaftliche Teilbereiche wie die politische Linke behandeln.

Nach einem relativen Bedeutungsverlust der PK-Forschung in den Neunzigern sind in den letzten Jahren Entwicklungen zu verzeichnen. Die Forschungsarbeiten unter den Labels »diskursive« und »kulturelle Gelegenheitsstrukturen« nehmen Elemente der Diskurstheorie ebenso wie Teile des Programms der PK-Forschung auf. Sie unterscheiden sich auch durch ihre Herkunft (mehr aus der Soziologie als aus der Politikwissenschaft) von den älteren Arbeiten zur PK und dadurch, dass der Objektbereich erweitert wird und auch über den engeren politischen Rahmen hinausgehende kulturelle Phänomene in den Blick geraten (gleichwohl weiter ihre

20 Vgl. die Übersicht über die PK-Konzepte bei Iwand (1985).

politische Behandlung interessiert). Und sie unterscheiden sich dadurch, dass sie größtenteils komparativ angelegt sind, was auch die PK-Forschung forderte (Fenner 1992: 365), aber in ihrer Konzentration auf »Ein Schwieriges Vaterland« (Greiffenhagen/Greiffenhagen 1993) kaum ausreichend leistete.

### 3 Von politischen zu kulturellen und diskursiven Gelegenheitsstrukturen

Die Hauptquelle des hier zu entwickelnden Begriffs von diskursiven Gelegenheitsstrukturen ist die Protest- und Bewegungsforschung. Sie prägte den Begriff der politischen Gelegenheitsstrukturen und auch ein Großteil der bisherigen Versuche, dieses Konzept um kulturelle und diskursive Aspekte zu erweitern, kommt aus den *social movement studies*.

Anfang der siebziger Jahre dominierten dort noch *collective-behavior-* und *relative-deprivation-*Ansätze, die bei aller Differenz gemein hatten, dass ihnen psychosoziale Variablen wie (Un-)Zufriedenheit, Deprivation, Anomie u. ä. zur Erklärung sozialer Bewegungen dienten (Smelser 1963, Gurr 1978). Von KritikerInnen dieser Ansätze wird nicht bestritten, dass Unzufriedenheit eine Voraussetzung für sozialen Protest darstellen könne, andererseits aber betont, dass Unzufriedenheit immer existiere und keine hinreichende Erklärung für das tatsächliche Zustandekommen von Protest darstelle (Gerhards/Rucht 1992: 556). Zwei Hauptströmungen wurden im Sinne dieser Kritik entwickelt: der *ressource mobilization approach* (RM), der auf die Ressourcenallokationsmöglichkeiten von BewegungsunternehmerInnen fokussiert, und das *political process model* mit der Theorie der political opportunity structures. Für Tarrow füllt dieses Konzept die Lücke, die zwischen dem mikroorientierten Blickwinkel des RM-Ansatzes und den Makro-Theorien klappt, die sozialen Wandel als erklärende Variable verwenden (vgl. Tarrow 1988). Seine Leistung ist die Einbeziehung des politischen Prozesses in die Erklärung des Ob und des Wie sozialen Protests. Tarrow definiert POS als »consistent – but not necessarily formal or permanent – dimensions of the political environment that provide incentives for people to undertake collective action by affecting their expectations for success or failure« (Tarrow 1994: 85). Die Theorie untersucht also die institutionellen und informellen Rahmenbedingungen des politischen Aushandlungsprozesses als Anreizstrukturen und Restriktionen. Entscheidende erklärende Variablen sind die Offenheit des politischen Systems, die Stabilität von politischen Koalitionen, das Vorhandensein von Alliierten, der Grad der Geschlossenheit/Einheit der gesellschaftlichen Eliten und die Implementationsfähigkeiten der Exekutive.

Das Konzept der politischen Gelegenheitsstrukturen in der Bewegungsforschung hat seine Vorläufer in Fallstudien der frühen Siebziger (Lipski 1970, Lowi 1971, vgl. Eisinger 1973) und wurde dann von Jenkins/Perrow (1977), Tilly (1978), McAdam (1982), Tarrow (1983) und Kitschelt (1986) als Theorie der

*political opportunity structures* spezifiziert und formalisiert. Koopmans und Stattham (2000: 33 f.) unterscheiden zwei Hauptrichtungen der POS-Theoriebildung. Die »Amerikanische« mit Tarrow als Hauptvertreter habe die Öffnung und Schließung von *windows of opportunity* für ein Politikfeld im Zeitverlauf im Blick. Für die »Europäische« hingegen seien Typologisierungen durch internationalen Vergleich charakteristisch. Die »europäische« Tradition konzentriert sich mehr auf die relativ stabilen Elemente der verglichenen politischen Systeme, wie gesellschaftliche Konfliktlinien, Institutionen sowie informelle Prozeduren und vorherrschende Strategien.

Die erste bedeutende und Arbeit, die den institutionenorientierten und international vergleichenden »europäischen« Ansatz verfolgt, ist die Untersuchung von Kitschelt (1986) über die Anti-Atom-Bewegungen in Frankreich, Schweden, den USA und Deutschland. Kitschelt (ebd.: 58) definiert POS als »comprised of specific configurations of resources, institutional arrangements and historical precedents for social mobilization, which facilitate the development of protest movements in some instances and constrain them in others.« Er argumentiert, dass POS den Erfolg von Bewegungen durch Erweiterung oder Einengung ihres Spielraumes beeinflussen können. Drei Aspekte fördern demnach die Mobilisierungschancen: 1. der Bezug auf weit verbreitete Werte und Normen und der Zugang zu Ressourcen, Informationen und Geld, 2. der Zugang zur öffentlichen Sphäre und zu Institutionen und 3. das Vorhandensein von Vorläufern, deren Demonstrationseffekte zu nutzen seien. Unter diesen Grundannahmen will er erklären, warum sich die Bewegungen der vier untersuchten Länder trotz hoher inhaltlicher Gemeinsamkeiten so unterscheiden. Dazu werden die Input- und Outputfaktoren der politischen Systeme untersucht. Die Inputebene ist der Grad der Zugänglichkeit des politischen Systems. Offenheit für Bewegungsakteure hat demnach positive Effekte auf Mobilisierung, während Schließung (Repression) Mobilisierungschancen senke. Ebenso wichtig wie die Input- ist die Output-Seite des politischen Systems, seine Durchsetzungsstärke, ohne die Einflussnahme nicht zu realen Veränderungen führen kann. Erst Offenheit *und* Stärke führen zu politischen Innovationen. Mit diesem analytischen Instrumentarium wurden bspw. Hypothesen über die spezifische Strategiewahl der Bewegungen in den vier Ländern aufgestellt und im Wesentlichen bestätigt. In den Ländern mit offenem politischem System kommt es zu weniger konfrontativem Protest (bei Gefahr von Kooptierung), aber auch zur Suche nach neuen Politiken, während die POS geschlossener Systeme (bspw. Deutschlands) militante Proteststrategien fördern, andererseits der Protest die Regierungen kaum beeinflussen konnte.



Traditionell sehen POS-Ansätze als erklärende Variable die Struktur des politischen Systems, also Institutionen, Aushandlungsmuster, Kräfteverhältnisse. Kitschelts POS-Konzeption beinhaltet jedoch auch schon kulturelle und diskursive Elemente in Form der »historischen Vorläufer« und der »verbreiteten Werte und Normen« (s.o.). Allerdings spielen diese Punkte in der Argumentation nur eine Nebenrolle. Eine Reihe von AutorInnen, die sich durchaus in die Tradition der POS-Forschung stellen, nimmt deshalb eine Erweiterung des Konzepts vor. Sie argumentieren, dass die für die Strategiewahl und den Erfolg von Bewegungen relevanten POS sowohl institutioneller als auch kultureller Art seien. Sie bilden damit eine Symbiose aus Kultur- und Diskursanalyse sowie POS-Theorie. Sie prägen dafür die sich inhaltlich sehr überlappenden, und deshalb hier gemeinsam behandelten Begriffe diskursive Gelegenheitsstruktur (*discursive opportunity structure*<sup>21</sup>) bzw. kulturelle Gelegenheitsstruktur (*cultural opportunity structure*<sup>22</sup>). Bisher gibt es jedoch nur wenige Arbeiten, die diese Begriffe als analytische Konzepte elaboriert ausarbeiten. Bei Dunaway/Clelland (o. J.) und Elias (2003) handelt es sich lediglich um eine diskursiv-kulturalistische Metapher für die POS, »a notion we have coined to parallel political opportunity structures« (Dunaway/Clelland o. J.: 22). Die früheste Fundstelle eines solchen kulturell und diskursiv gewendeten Begriffs der Gelegenheitsstrukturen scheint ein Aufsatz von Doug McAdam (1994) zu sein. Er nimmt an, dass sich erweiternde kulturelle Gelegenheitsstrukturen einen positiven Effekt für bestimmte Mobilisierungen haben. »By »expanding cultural opportunities« we have in mind specific events or processes that are likely to stimulate the kind of collective framing efforts mentioned above«. (ebd.) Vier Typen solcher Gelegenheitsstrukturen bietet er an:

- 1) ideologische oder kulturelle Widersprüche
- 2) plötzlich auftretende Missstände
- 3) dramatische Zuspitzung der Systemverletzlichkeit
- 4) Verfügbarkeit von Masterframes.

Diese Punkte werden von McAdam kaum weiter elaboriert, auch ist die Unterscheidung von den politischen Gelegenheitsstrukturen besonders beim dritten Punkt nur sehr vage. Wie Goldberg (2001: 189 ff.) berechtigterweise kritisiert, bedeutet der Fokus auf »Ereignisse und Prozesse« zudem eine Geringschätzung struktureller und dauerhafter Aspekte des Kulturellen. Zwar erwähnt McAdam, dass der Erfolg von Deutungsrahmen, die Bewegungen anbieten, von der *cultural ressonance* in der jeweiligen Gesellschaft abhängig sei, fasst dies jedoch nicht (wie die meisten anderen AutorInnen) als eine Gelegenheitsstruktur.

Goldberg (2001) zeigt am Beispiel einer Untersuchung über New Yorker Arbeitslosenunterstützungsprogramme die Bedeutung tiefer kultureller Muster und ihres

21 Ferree et al. (2002), Koopmans/Statham (2000), Koopmans/Kriesi (1997), Giuraudon/Statham (2003), Elias (2003), Skenderovic (2001)

22 Koopmans/Statham (2000), Keller (2000, 2003), Dunaway/Clelland (o. J.), Goldberg (2001), Muukkonen (2001), Skenderovic (2001), Winkler (2001)

diskursiven Wandels für die Entstehung von kollektivem Protest. Er untersuchte die Folgen einer Änderung in der New Yorker sozialpolitischen Strategie, die im Kern in der Umstellung von *welfare* auf *workfare* bestehen. Das ältere *welfare*-System basierte auf einer kulturell hoch legitimen Unterscheidung zwischen ArbeiterInnen und WohlfahrtsempfängerInnen. Im Zuge der zunehmenden Bindung der Bezugsmöglichkeit von Sozialleistungen an die Teilnahme an *workfare*-Programmen (dem Work Experience Program, kurz WEP), begann diese Trennung jedoch an Schärfe zu verlieren. Dies hatte seine Ursache nicht nur in der zunehmenden Abhängigkeit der Stadt von diesen »Nicht-ArbeiterInnen«, sondern auch im Wandel ihrer Selbstwahrnehmung. Je mehr sich die Tätigkeitsgebiete der »normalen« städtischen Angestellten und der deutlich schlechter gestellten WEP-TeilnehmerInnen überschneiden, umso mehr forderten Letztere für sich Rechte ein, die sie nun erst als legitim begriffen. Ursache dieses Legitimitätsgewinnes und damit der beginnenden Organisierung in Interessensverbänden und Mobilisierung zu Protest und Öffentlichkeitsarbeit war die Erosion dieser kulturellen Grenze zwischen Arbeit und *workfare*.

Auch Arbeiten zum Thema Rechtsradikalismus verwenden diskursive und kulturelle Gelegenheitsstrukturen als erklärende Variable. Die Grundannahme hierbei ist, dass die Verbreitung autoritärer, ethnisch-nationalistischer und kollektivistischer Wertvorstellungen einen Einfluss auf die diskursiven Erfolgsmöglichkeiten rechtsradikaler Politik hat (Winkler 2001). Koopmans und Kriesi (1997) konnten zeigen, dass die Erfolge rechtsextremer Parteien in Bezug auf die Durchsetzung restriktiver Einwanderungspolitik in den Ländern am größten waren, in denen tief kulturell verankerte ethnisch-exklusivistische Staatsbürgerschaftsvorstellungen existieren wie in Deutschland und der Schweiz. In Ländern mit einem multikulturellen Modell wie den Niederlanden waren ihre Erfolge gering. Entscheidend hierbei ist der Glaubwürdigkeitsgewinn, den die Rechte durch Anschluss an den dominanten Diskurs bzw. seine Zuspitzung erlangt.

Dass die Begriffe kulturelle und diskursive Gelegenheitsstrukturen sich häufig auf gleiche und ähnliche Inhalte beziehen, soll beispielhaft an der Begrifflichkeit Reiner Kellers (2000) in seiner Untersuchung über die Mülldiskussionen in den Öffentlichkeiten Frankreichs und Deutschlands gezeigt werden. Er spricht von »sozio-kulturellen Gelegenheitsstrukturen«, die im Wesentlichen historisch geprägte »nationale Diskursgefüge« seien. Ihre Verschiedenheit in den beiden Ländern erkläre die trotz hoher Integration (EU) und gleicher Problemlagen (Müllflut) doch unterschiedliche Müllpolitik der beiden Länder. Auch dieses Beispiel illustriert die materielle und institutionelle Elemente zur Erklärung von Politik nicht obsolet machende, sondern ergänzende Funktion kulturalistischer Ansätze und ihrer (Mindest-)Annahme einer gewissen Eigenständigkeit der Sphäre des Diskurses und der Symbole, sprich der Kultur.

Der engeren Bedeutung des Begriffs »Gelegenheitsstruktur« folgend, haben fast all die erwähnten Arbeiten den Erfolg politischen Handelns als Konsequenz

der Gelegenheiten im Sinn. Es soll also etwas anderes erklärt werden als in den (»kritischen«) diskurstheoretischen Arbeiten. Allerdings könnte es sich als gewinnbringend erweisen, die Perspektiven zusammenzuführen. Die politischen, aber auch die diskursiv-kulturellen Gelegenheitsstrukturen einer Gesellschaft können nicht nur erklären, welche Bewegungsthemen und -inhalte sozial erfolgreich sind (gesellschaftsbezogener Fokus), sondern auch, welche Dinge für politische Akteure überhaupt Thema werden und wie (gruppen-, z. B. bewegungsbezogener Fokus). In diese Richtung einer Erweiterung des kulturell-diskursiven Gelegenheitsstrukturkonzeptes geht die vergleichende Studie über die Debatten zum Thema Abtreibung in Deutschland und den USA von Ferree, Gamson, Gerhards und Rucht (2002). Sie ist sicher die wichtigste und umfangreichste Veröffentlichung, die mit den hier behandelten Konzepten arbeitet. Politische Gelegenheitsstrukturen definieren die AutorInnen als institutionelle und kulturelle Zugangspunkte für Akteure, um ihre Anliegen in das politische Forum zu tragen. Diskursive Gelegenheitsstrukturen beziehen sich auf das *framework* von Ideen und ideengenerierenden Institutionen und sollen erklären, warum bestimmte Akteure und Deutungsmuster im öffentlichen Diskurs prominenter sind als andere. Sie betonen ferner, dass Struktur nicht als zwangsläufig stabile gemeint ist, sondern sich gerade *windows of opportunity* oft kurzfristig und nicht dauerhaft öffnen. Ihre Befunde zeigen eine unterschiedliche Dynamik der Debatte in beiden Ländern, in denen bspw. unterschiedliche Typen von Akteuren in den Medien überhaupt zu Wort kommen (*standing*) und die Deutungsmuster und Begründungsstrategien anders verteilt und strukturiert sind (*framing*). Die Erklärung der Differenzen erfolgt über eine Einführung in den jeweils spezifischen historischen Kontext der Abtreibungsdebatten und anhand politischer (Jurisdiktion, Verhältnis Staat/Parteien) sowie sozio-kultureller Faktoren. Dazu gehören erstens Werte, Normen und Weltbilder, zweitens die kulturelle Resonanz bestimmter Themen sowie drittens deren institutionelle Verankerung. Dabei werden Befunde der PK-Forschung erneut bestätigt, so das deutsche Vertrauen in einen als »Übervater« konzeptualisierten Staat im Gegensatz zur amerikanischen Staatsferne, oder die hierzulande starke Institutionalisierung des Klassenkonflikts, die im Gegensatz zur geringen Akzeptanz von Kollektivrechten in den USA steht. Von besonderer Relevanz für die vorliegende Untersuchung ist die Tatsache, dass in der Deutung von Ferree et al. die NS-Erinnerung als wichtige diskursive Gelegenheitsstruktur für ein Thema deutlich wird, das zunächst nicht offensichtlich damit verknüpft scheint. Die Analyse zeigt, dass gerade Lebensschutzargumente legitimatorisch auf die NS-Zeit und insbesondere das Euthanasieprogramm verweisen, um sich normativ abzusichern. Am Leitbild dieser Studie soll sich auch der hier verwendete Begriff der diskursiven Gelegenheitsstrukturen orientieren.

#### 4 Diskursive Gelegenheitsstrukturen – eine Synthese

Die bis hier geschilderten theoretischen Wurzeln sollen nun synthetisiert werden. Mit diesem Unterfangen wird kein grundsätzliches Neuland betreten. So sind die verschiedenen vorgestellten Konzepte der kulturellen und diskursiven Gelegenheitsstrukturen in gewissem Sinne schon eine Synthese, die auf Grundlage der POS-Theorien auch Einflüsse sowohl der PK-Forschung als auch der Diskursanalyse aufgenommen haben. Ebenso in die hier angestrebte Richtung weist das Konzept Reiner Kellers »Wissenssoziologische[r] Diskursanalyse« (Keller 2003). Es vereinigt Elemente der Diskursanalyse beider hier nachgezeichneten Zweige mit dem Begriff der Gelegenheitsstruktur. Auch Arbeiten zur politischen Kultur arbeiten gelegentlich mit Elementen der Diskursanalyse, bzw. verweisen auf die diskursive Produktion zentraler Elemente der politischen Kultur, z. B. Herz (1995), demzufolge eine »Basiserzählung« den Kern der politischen Kultur darstellt. Diese habe in Deutschland bspw. eine spezifische Sicht auf den Nationalsozialismus und den Umgang mit ihm zum Inhalt und bestimme, wie über Deutschland geredet werde (vgl. Keller 2000: 260). Ohnehin war für die PK-Forschung der achtziger und frühen neunziger Jahre die Beschäftigung mit dem Zusammenhang zwischen politischer Sprache und politischer Kultur ein zentrales Thema.

Nun sollen noch einmal die verschiedenen Aspekte zusammengefasst werden, welche die beschriebenen Theorierichtungen für den Zweck dieser Arbeit beisteuern. Aus der Diskursanalyse kommt die Beschäftigung mit Sprache als wichtigem Medium der politischen Auseinandersetzung im demokratischen Prozess (Öffentlichkeitssoziologie) und als Prozess der Konstitution von Wissen (Diskurstheorie). Die Diskursperspektive steuert Aufmerksamkeit für das Repertoire und die Regeln des Sagbaren (Archiv) und sinnvoll Anschlussfähigen (Anschlussdiskurse) bei. Die politische Kulturforschung schließt hier an und verweist in ihrer zumindest konzeptionell komparatistischen Ausrichtung auf die Bedeutung kulturell bedingter und auch diskursiv tradierter Differenzen zwischen Nationen (insbesondere in ihren politischen Grundvorstellungen). Die theoretischen Konzepte der diskursiven und kulturellen Gelegenheitsstrukturen schlussendlich fassen sowohl den Diskurs als auch die grundlegenden (tiefen-)kulturellen Orientierungen – dem Namen des Ansatzes entsprechend – als Gelegenheiten auf, die sich gesellschaftlichen Akteuren bieten, um bestimmte Themen überhaupt aufzugreifen bzw. erfolgreicher vertreten zu können (Abb. 2).

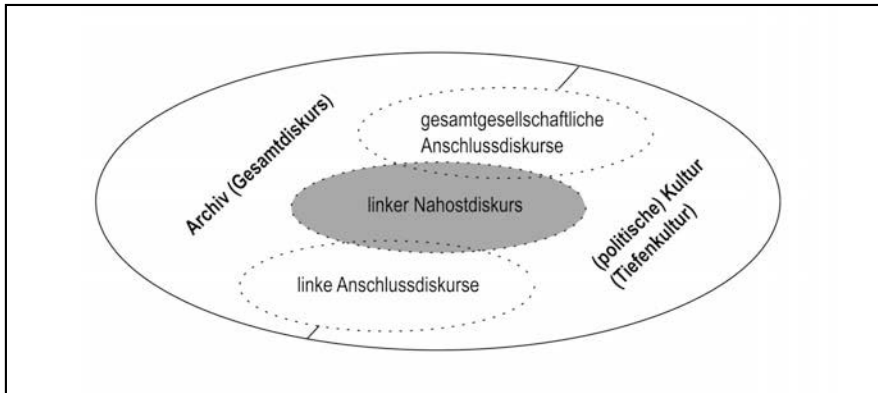
Dass sich hier nunmehr auf die Begrifflichkeit *diskursive Gelegenheitsstrukturen* beschränkt werden soll, muss begründet werden. Natürlich ist der Diskurs Teil der Kultur. So gesehen, wäre das ebenfalls mögliche Begriffspaar »kulturell-diskursiv« auch tautologisch. Der in dieser Arbeit verwendete Begriff diskursive Gelegenheitsstruktur steht in der Tradition der beiden begrifflichen Alternativen, ein Wortungetüm wie diskursiv-kulturelle Gelegenheitsstrukturen wird aber vermieden. Hier wird der Bestandteil »diskursiv« verstanden als Gelegenheit für *den*

*Diskurs*, wobei diese den Diskurs bedingenden Gelegenheiten ursächlich selbst kulturell in einem umfassenden Sinne oder auch auf der Oberfläche des Diskurses angelegt sein können. Die beiden Ausprägungen dieser Gelegenheitsstrukturen zu unterscheiden bleibt notwendig, weil sich zeigt, dass die zu Hilfe genommenen Theorien auf unterschiedlichen Ebenen ansetzen (vgl. Abb 2). So ist das, was die PK-Forschung beisteuert, größtenteils auf einer grundlegenden Ebene angesiedelt (vgl. Kap. I.2.) und dementsprechend in spezifischen Diskursen aber auch schwieriger zugänglich. Die Gelegenheitsstrukturen *im Diskurs* sind stattdessen offener und für die Erforschung zugänglicher, weil sie sich auf der Oberfläche des Diskurses direkt materialisieren.

Diskursive Gelegenheitsstrukturen seien also die kulturellen (ideationalen, diskursiven, normativen) Kontextbedingungen für einen themenspezifischen Diskurs. Sie bestehen aus dem Gesamt der in einer Kultur vorhandenen auf das Thema beziehbaren Denk-, Wahrnehmungs- und Kommunikationsmuster, kollektiv geteilten Annahmen, Weltbilder, Ideologien, Werte, Überzeugungen, deren innerer Regelstruktur und den diese konstituierenden diskursiven Praxen (das System des Sag- und Unsagbaren und der wichtigen Erzählungen) und die diese fundierenden kulturellen Konflikte. Die diskursiven Gelegenheitsstrukturen wirken als Selektionsfilter (Anreiz bzw. Restriktionen) bei der Wahl von Deutungsmustern im Diskurs. Nicht inbegriffen seien hier die sie ermöglichenden materiellen und institutionellen Bedingungen (wie bspw. bei Ferree et al. 2002). Dies liegt nicht an der Geringschätzung dieser, sondern daran, dass über die gewählte Art des Zugangs zum Thema (also die Diskursanalyse) über andere Elemente nur schwerlich Aussagen getroffen werden können.

Die Gelegenheiten für den linken Nahostdiskurs in beiden Ländern aufzuspüren ist Aufgabe dieser Untersuchung. Dabei ist zunächst zu schauen, was die vorhandene Literatur zum Kulturvergleich der beiden Länder an Interpretationsangeboten macht und wie beide Länder historisch zum Nahostkonflikt und seinen Parteien stehen. Dies geschieht in Kapitel II mitsamt einer Beschreibung der diskursiven Gelegenheitsstrukturen aus mit dem Nahostkonflikt verschränkten Diskursen. Die spezifische Gelegenheitsstruktur, die das historische Erbe der politischen Linken bietet, behandelt Kap. III. Doch zunächst noch zu einigen weiteren Grundbegriffen.

Abbildung 2: Der linke Nahostdiskurs und die diskursiven Gelegenheitsstrukturen



## 5 Die Linke und der Nahostkonflikt – einige umstrittene Grundbegrifflichkeiten

In der Arbeit wird eine Vielzahl von Begriffen verwendet, die sowohl Bestandteil des wissenschaftlichen Diskurses als auch des Objektbereichs, des linken Diskurses sind. Es geht um Antisemitismus, Antizionismus, Israelkritik, Philosemitismus und Islamophobie. Von eindeutigen Definitionen musste bei einigen Begriffen angesichts der sie begleitenden Kontroversen abgesehen werden. Stattdessen geht es darum, die Begriffe zu entfalten und dann am Material auf ihr Potenzial zu überprüfen. Aber es geht auch darum, Grenzen zu setzen, zu bestimmen, wann so emotionsgeladene Konzepte wie Antisemitismus oder Islamophobie in dieser Arbeit verwendet werden können und wann deren Verwendung in Abgrenzung zum Bewegungsdiskurs nicht gerechtfertigt ist. So wird an einigen Stellen eine Aussage, eine Handlung oder ein Akteur der Linken nicht als klar »antisemitisch« oder »islamophob« bezeichnet werden können, weil strukturelle, semantische und subjekttheoretische Ansätze zu unterschiedlichen Einschätzungen gelangen können, in dieser Arbeit aber eine Entscheidung in dieser Kontroverse nicht erstes Erkenntnisinteresse ist. Im Zweifelsfall werden deshalb die identifizierbaren *möglichen Anschlüsse* an Antisemitismus oder Islamophobie als solche benannt.

Insbesondere ist damit auch die begriffliche Voraussetzung für die Untersuchung der Hauptgelegenheitsstruktursets (linke und nationale) gegeben. Was hier abstrakt eingeführt wird, wird in den Kapiteln II und III historisch konkret.

### 5.1 Antisemitismus, Antizionismus und Israelkritik in der Linken

Siegfried Jäger (2005: 110) konstatiert im Diskurs über den Antisemitismus eine »babylonische Sprachverwirrung« und zudem den weit verbreiteten Irrglauben, der Begriff sei von einem Wahrheitsgehalt, der äußere Verhältnisse im 1:1-Ver-

hältnis widerspiegele. Angesichts dieser Situation soll hier mit einem weiten Antisemitismusbegriff gearbeitet werden, der sich nicht auf einzelne Merkmale reduzieren lässt, sondern jede Form von Diskriminierung oder Feindschaft gegenüber Jüdinnen und Juden erfasst.

Bewusst wird hier ein Containerbegriff des Antisemitismus gewählt, der psychologische Dispositionen, individuelle Ein- und Vorstellungen, semantische Strukturen auf Diskursebene sowie institutionelle Praktiken zusammenfasst. Dies ergibt sich schlicht aus dem weiter gefassten Erkenntnisinteresse der Arbeit, die sich nicht nur für Antisemitismus interessiert. Ein solcher Containerbegriff ist eine Vermittlung von vor allem zwei anderen Polen. Der eine Pol ist die alltagsnahe Vorstellung des Antisemitismus als Einstellungsmuster oder Vorurteil über Jüdinnen und Juden, wie er durch die Umfrageforschung repräsentiert wird. Der zweite ist die Vorstellung vom Antisemitismus als bloße Struktur. Diese Antisemitismusauffassungen neigen entweder zu einer inhaltsindifferenten Konzeption, in der Antisemitismus ohne Judenfeindschaft möglich wäre, was eine nicht sinnvolle Übergeneralisierung des Begriffs darstellt. Problembehaftet sind auch sozialwissenschaftliche Antisemitismusbegriffe, die tendenziell die Struktur über den Inhalt stellen und so Jüdinnen und Juden stereotypisierende und diskriminierende Phänomene nicht erfassen, weil sie in ihrer dem Begriff nicht entsprechenden Struktur nicht als antisemitische eingestuft werden.<sup>23</sup>

Unter dem Begriff Antisemitismus werden also in dieser Arbeit alle Strukturen, Handlungen, Äußerungen, Einstellungen, Diskursbeiträge, Weltbilder und Ideologien usw. gefasst, mithin alle psycho-sozialen Erscheinungen, die Jüdinnen und Juden aufgrund ihrer Gruppenzuordnung diskriminieren sowie Abneigung oder Feindschaft ihnen gegenüber ausdrücken. Insbesondere fallen darunter Manifestationen, in denen Jüdinnen und Juden als solche für Probleme dieser Welt verantwortlich gemacht werden.

Zudem wird der gängigen Praxis gefolgt, spezifische Formen des Antisemitismus (sei es in Bezug auf ihre gesellschaftliche Bedingtheit oder ihr zeitliches Auftreten) durch ein zusätzliches Attribut zu bezeichnen. Da wären als wichtigste Formen zu unterscheiden: der *christliche Antijudaismus*, der vor allem religiös begründet ist (in der Ablehnung des Jüdisch-Bleibens der Jüdinnen und Juden) und eine Jahrhunderte währende Geschichte hat. Als Haupterscheinungsform des Judenhasses wurde dieser jedoch durch den *modernen Antisemitismus* abgelöst. Sein Spezifikum ist die »Erklärung« von Erscheinungen der Moderne (Kapitalismus, Geldwesen, Massenmedien, Sozialismus, Psychoanalyse, Individualisierung), die als Bindungsverlust und Entwurzelung erlebt werden durch eine jüdische Verschwörung, gegen die sich eine Wir-Gruppe konstituiert. Nach Ansicht von Holz (2001) ist dieser moderne Antisemitismus nicht von der Entstehung des

23 Dafür steht Thomas Haury (2002), für den die umstrittenen Äußerungen Marxens aus dem Grunde nicht als antisemitisch gewertet werden, dass sie die Strukturmerkmale des nationalen Antisemitismus nicht erfüllen. Vgl. dazu Kap. III.2.1.

bürgerlichen Staats und der diesen Prozess begleitenden Ideologie des Nationalismus zu lösen und somit immer notwendig *nationaler Antisemitismus*. Diesem ist das »Jüdische« das absolute Gegenprinzip, weil es nicht nur als äußerer Feind wahrgenommen wird (wie andere Nationen), sondern als Bedrohung gleichsam von innen und durch seine Internationalität als Bedrohung des nationalen Prinzips als solches, was in der semantischen Figur des Dritten (Holz 2005: 30 ff.) zum Ausdruck kommt. Der *Vernichtungsantisemitismus* der Nationalsozialisten, der in der Ermordung von sechs Millionen europäischer Jüdinnen und Juden gipfelte, hat kein Ende des Antisemitismus bewirkt, aber die Bedingungen öffentlicher antisemitischer Kommunikation verändert. Der Post-Shoah-Antisemitismus tritt insbesondere in Deutschland, dem Land der Täter, als sogenannter *sekundärer Antisemitismus*, als Antisemitismus wegen Auschwitz, auf. Der Begriff entstand im Umfeld der Frankfurter Schule. Seine Bedingungen liegen in der Problematik, die Auschwitz für die nationale Identifikation in Deutschland aufwirft, also in Scham und Schamabwehr. Dieser Antisemitismus versucht die deutsche Schuld zu relativieren oder sie Jüdinnen und Juden zuzuschreiben. Dies geschieht bspw. durch Leugnung von Auschwitz und die Unterstellung, es handele sich hierbei um eine jüdische Erfindung, die gegen die Deutschen benutzt würde, sowie andere Arten der Täter-Opfer-Umkehr. Die öffentliche Diskreditierung des Antisemitismus, nicht zuletzt durchgesetzt mit Hilfe der anfänglichen Zensur durch die alliierten Besatzungsorgane (Bergmann 1994: 300), führte auch zu dem Phänomen, das unter dem Schlagwort Kommunikationslatenz behandelt wurde (Bergmann/Erp 1986, 1991). Dabei wird davon ausgegangen, dass die semantischen Strukturen der antisemitischen Ideologie versteckt, aber durch Andeutungen der antisemitischen Kommunikation erhalten werden und jederzeit – entsprechendes Wissen vorausgesetzt – als offener Antisemitismus wieder aktualisiert werden können.<sup>24</sup> Eine solche Möglichkeit, den (sekundären) Antisemitismus auf Umwegen zu kommunizieren, stellt das antizionistische Weltbild dar (s. u.).

Aus dem Bewegungsdiskurs stammen die Schlagworte *Anschlussfähigkeit für Antisemitismus*, *verkürzte Kapitalismuskritik* und *struktureller Antisemitismus*. Letzterer liegt nach Ansicht der Vertreter dieser Richtung (Schmidinger o. J.) vor, wenn in Ideologien typische Momente des modernen Antisemitismus auftauchen, auch wenn sie nicht gegen Jüdinnen und Juden gerichtet sind. Das häufigste angeführte Beispiel ist die verschwörungstheoretische Deutung weltpolitischer Probleme als von den USA oder wenigen Personen in den USA gesteuertes Komplott (im Gegensatz zu einer strukturellen Analyse der Zusammenhänge). So kann über die Gemeinsamkeit der Verschwörungstheorie der Antiamerikanismus als Spielart des Antisemitismus gedeutet werden. Ein weiteres Element des modernen Antisemitismus ist die (begriffliche und normative) Trennung von Industrie- und Finanzkapital in »schaffendes« und »raffendes« Kapital. Das Vorkommen dieser

24 Vgl. Holz (2001: 483 ff.).



und weiterer ähnlicher Unterscheidungen im Kontext der Globalisierungskritik oder in zinsablehnenden Bewegungen wird deshalb auch gelegentlich als struktureller Antisemitismus gedeutet. Diese Verwendungsweise des Begriffs struktureller Antisemitismus ist jedoch vor allem eine popularisierte und ausgeweitete Variante einer ursprünglich neomarxistischen Antisemitismusanalyse, wie sie vor allem von Moïse Postone (1992) inspiriert wurde und die die Existenz des Antisemitismus aus der Warenförmigkeit kapitalistischer Gesellschaften ableitet (Kap. V.3.). Im gleichen Zusammenhang wird auch der Begriff der verkürzten Kapitalismuskritik verwendet (Schmidinger o. J.), nämlich zur Charakterisierung von Weltbildern, die anstelle einer werttheoretischen Kapitalanalyse in der Anschauung der Oberflächenphänomenen verharren und so zu verschwörungstheoretischen Deutungen der kapitalistischen Wirklichkeit gelangen, die eine Nähe zum Antisemitismus aufweisen.

Weniger apodiktisch (und deshalb wird die Terminologie in dieser Arbeit übernommen) wird unter dem Stichwort *Anschlussfähigkeit für Antisemitismus* Ähnliches behandelt, nämlich all das, was zwar in Form oder Inhalt Parallelen zu antisemitischen Mustern aufweist, diese jedoch im eigenen Verwendungskontext nicht antisemitisch aktualisiert (kein Bezug zu »Jüdischem«). Im Begriff der Anschlussfähigkeit kommen die *Potenzialität* der antisemitischen Aktualisierung und der Koalitionsbildung mit dem Antisemitismus zum Ausdruck.

Ein wichtiger Aspekt der Auseinandersetzungen über den Konflikt zwischen Israel und den PalästinenserInnen war in den vergangenen Jahren die Frage nach einem entstehenden *neuen Antisemitismus* (Rabinovici et al. 2004). Die These hinter dem Begriff des neuen Antisemitismus ist, dass dieser sich von seinen Vorläufern dadurch unterscheidet, dass er den Nahostkonflikt als Ursache oder Auslöser habe, jedoch trotzdem eine generalisierte Judenfeindschaft impliziere, die sich in Anschlägen auf Jüdinnen und Juden, Synagogen und jüdische Friedhöfe ebenso zeige wie im Hass auf Israel. Neben muslimischen FundamentalistInnen wurde auch die politische Linke zur Zielscheibe der Kritik (Herf 2004, Haury 2004). Wieder einmal kam es in dieser Debatte zum Versuch, Kriterien zu bestimmen, die eine antisemitische Kritik an Israel ausmachen (Heyder et al. 2005, Kreis 2005, Lerman 2004, Walzer 2004, vgl. a. Broder 1986: 36 ff., Billig 1984: 4). Verschiedene Vorschläge für Kriterien wurden benannt. Antisemitisch sei Kritik an Israel, wenn sie mit zweierlei Maß messe, Israel mit dem Nationalsozialismus gleichsetze, das israelische Existenzrecht bestreite, antisemitische Stereotype verwende oder sich als vermeintlicher Tabubruch inszeniere.

Die Vorsicht, die hier im Umgang mit der Verwendung des Antisemitismusbegriffs im Kontext von Israelkritik geübt werden soll, resultiert aus der Tatsache, dass keines dieser Kriterien eine *eindeutige* Zuordnung ermöglicht. Es ist darauf hingewiesen worden, dass die Gleichsetzung mit dem NS zwar relativierend wirken kann, aber nicht aus diesem Grund eingesetzt werden muss, gilt doch der Nationalsozialismus als allgemeine Chiffre für besonders skandalisierungswürdige

Zustände (Kreis 2005: 24, vgl. Levy/Sznajder 2001). Unterschiedliche Standards kommen auch in anderen Fällen zur Anwendung (Kreis 2005: 25), ebenso die echauffierte Zurschaustellung eigenen Muts im Tabubruch. Das Existenzrecht Israels kann auch aus universalistischer, antinationaler Perspektive bestritten werden (dann jedoch für alle Staaten!). Selbst die Anspielung auf antisemitische Stereotype ist kein klarer Maßstab, da sie u. U. nicht als solche bekannt waren bzw. sowohl die *Reproduktion einer antisemitischen Semantik* als auch gleichzeitig wahr sein können. Die als Anspielung auf das antisemitische Motiv der Kindermörder gedeutete (Jäger/Jäger 2003a: 22) Berichterstattung über die Tötung eines palästinensischen Kindes durch die israelische Armee ist im realen Konflikt u. U. die tatsächliche Tötung eines Kindes durch eine/n jüdischen Israeli. Antisemitisch wird dies erst, wenn auf der Subjektebene ein motivationaler Nexus bzw. auf der sozialen Ebene ein kontextueller Zusammenhang zwischen dem Jüdischsein des/r Täters/Täterin und der Tötung hergestellt wird. Entsprechend kann nur bei Verbindung mehrerer der genannten Kriterien zu einem weltbildhaften Syndrom eindeutig antisemitische Israelkritik attestiert werden. Eine spezifische Ausformung findet dies in der Linken im antisemitischen Antizionismus.

*Antizionismus* soll die Ideologie heißen, die Feindschaft zu Israel zum zentralen Inhalt hat. Dieses ist abzugrenzen von bloßer Kritik an Israel oder auch verschiedenen Formen der Kritik am Zionismus. Erst die Verdichtung zum Weltbild, dem die Existenz Israels als Grundübel gilt, rechtfertigt diese Bezeichnung. In der Linken tritt der Antizionismus in der Regel im Kontext des Antiimperialismus auf. Der *Antiimperialismus* ist eine auf Lenin zurückgehende ideologische Spielart des Marxismus, die im sogenannten Marxismus-Leninismus (ML) einen dogmatischen Zuschnitt erhielt und von dort ausgehend auch die Neue Linke, die K-Gruppen und die Autonomen erreichte. Davon zu unterscheiden ist die generelle Ablehnung aller Formen von Kolonialismus, Okkupation und Besatzung, was ebenso als Antiimperialismus bezeichnet wird. Grundlage des hier behandelten Antiimperialismus im engeren Sinne ist die Analyse Lenins, dass der Kapitalismus im höchsten Stadium seiner Entwicklung (Monopolkapitalismus) zum Imperialismus geworden sei, der durch gewaltsame Expansion gekennzeichnet ist (Lenin 1987). Dem werden im ML-Antiimperialismus pauschal und affirmativ die »Völker« entgegengesetzt, die für ihre nationale Unabhängigkeit kämpfen und so gegen den Imperialismus stehen. Die Ausdifferenzierung als spezifische Form marxistischer Theorie liegt im Aufmerksamkeitsschwenk vom Klassenkampf zum internationalen System, politisch-strategisch von der *sozialen* zur *nationalen* Befreiung, im Austausch des affirmierten Subjekts vom Proletariat zu nationalen Befreiungsbewegungen. Dabei bleibt eine Ambivalenz in den Begriffen »Volk« oder »Nation«, die sowohl klassentheoretisch<sup>25</sup> als auch ethnisch-national bestimmt

25 Die Kategorie Volk »umfaßt alle jene Klassen und Schichten, die daran interessiert und objektiv dazu fähig sind, den gesellschaftlichen Fortschritt zu verwirklichen. Die anderen Klassen oder Schichten ... gehören ... zur Kategorie der Volksfeinde.« (Philosophisches Wörterbuch, Bd. 2, S. 1128).

werden können. So ist durch die nun mögliche Auswahl der Bestimmung von »Volk« oder »Nation« die Voraussetzung gegeben, zwischen »unterdrückten« und »unterdrückenden« Nationen klassentheoretisch zu unterscheiden (Holz 2001: 453-456). Als Vertreter des *antiimperialistischen Antizionismus* sollen in dieser Arbeit jene Akteure bezeichnet werden, die den Zionismus in diesem Raster interpretieren (imperialer israelischer Staat vs. unterdrücktes palästinensisches Volk) und gruppenbezogene Rechte nur der einen Seite (den PalästinenserInnen) zustehen. Es fallen also diejenigen darunter, die den Zionismus nicht als israelischen *Nationalismus* (oder Staatlichkeit oder Gewaltförmigkeit oder Militarismus – um nur einige mögliche Alternativen zu nennen) kritisieren, sondern eben als *jüdischen*. Dies geschieht bspw. durch Nichtanerkennung des nationalen Status ausschließlich der Jüdinnen und Juden oder durch antisemitische Kritik des Zionismus.

Nicht zwingend ist der antiimperialistische Antizionismus antisemitisch, aber wie auch diese Arbeit zeigen wird, gibt es eine solche Tradition des *antisemitischen Antizionismus*. »Der Zionismus ist in der Weltsicht des Marxismus-Leninismus [der Stalin-Ära] eine ›Agentur des amerikanischen Imperialismus‹« (Haury 2002: 442 f., vgl. Holz 2001: 463). Hier tritt komprimiert eine Auffassung des Zionismus zutage, in der von Israel und dem Zionismus als Besiedlungs- und Kolonisierungsprojekt in Palästina zugunsten einer Verschwörungstheorie abstrahiert wird. Es wird eine dichte semantische Verwobenheit von »Jüdischem« und »Zionistischem« hergestellt, in der der Begriff Zionismus letztlich synonym für »Jüdisches« steht und für Probleme aller Art verantwortlich gemacht wird. Deutlich wurde dieses Verwischen z. B. dadurch, dass Zionismus als Vorwurf vor allem an jüdische Personen gerichtet wurde. Die Camouflage, also, dass auf »Jüdisches« nur, wenngleich kaum verhüllt, *angespielt* wird, liegt in dem Problem begründet, dass der Antiimperialismus »Völker« ja eigentlich affirmiert und die Anerkennung eines jüdischen Volkes somit antisemitischen Äußerungen entgegenstehe. Antisemitisch erfolgt daher die klassentheoretisch-affirmative Bestimmung der »Völker« gegen eine klassentheoretisch-pejorative Bestimmung des Judentums bzw. Israels. Dies ist der vor allem während des späten Stalinismus vorherrschende antisemitische ML-Antizionismus, dessen Spuren aber bis in die heutige Linke reichen.

## 5.2 Philosemitismus und Islamophobie

Schwierig ist auch der Begriff des Philosemitismus, weil umstritten ist, ob er etwas Entgegengesetztes zum Antisemitismus darstellt oder aber eine Spielart desselben ist. Auch im Philosemitismus wird »Jüdisches« oder als solches verstandenes besonders behandelt, allerdings in zumindest oberflächlich affirmativer Absicht. Wie beim Antisemitismus liegen auch hier die Wurzeln im Verhältnis des Christentums zu der Religion ihres Stifters, dem Judentum. Auch heute noch ist christlicher Philosemitismus verbunden mit der Hoffnung auf eine Bekehrung der

Jüdinnen und Juden zum Christentum oder mit der Attribuierung einer heilsgeschichtlichen Funktion an »das Volk Israel« im christlichen Zionismus (Stern 1991a: 59 f., Bartholomew 2006).<sup>26</sup> In seiner säkularen Form tritt der Philosemitismus oft als Idealisierung und Verherrlichung Israels auf, bezieht sich aber auf allgemein Jüdisches wie die hebräische Sprache, jüdische Symbole und kulturelle Praktiken. Es gibt auch säkulare Varianten der an Israel geknüpften Heilserwartung, bspw. in der israel solidarischen Linken. Durch die lange Tradition und über bloße Zuneigung hinausgehende Hypostasierung sowie durch die Opposition gegen den Antisemitismus ist der Philosemitismus auch von affektiver Zuwendung zu bestimmten Bevölkerungsgruppen oder Ländern (wie bspw. Anglophilie) zu unterscheiden.

Die Vorstellung, dass es sich beim Philosemitismus um eine Spielart des Antisemitismus handele, liegt darin begründet, dass das Verhältnis zum Judentum letztlich instrumentell bleibt und, zumindest in Teilen des christlichen Philosemitismus, auch die Aufhebung des Judentums angestrebt wird. In der Bundesrepublik entstanden neben dem christlichen Philosemitismus Post-Shoah-Spielarten im konservativen Milieu, nach allgemeiner Deutung als Abwehrreaktion gegen Scham und eigene Verstrickung in den Nationalsozialismus, aber auch in der Linken (hier als Idealisierung der sozialistischen Elemente in der jüdischen Besiedlung Palästinas). Die schnelle Umkehr des Antisemitismus in eine servile Bewunderung begann 1945 im Angesicht der Besatzungstruppen (Stern 1991). In dieser Variante stellt der Philosemitismus also einen nicht judenfeindlichen Umgang mit dem Problem des deutschen Nationalismus nach Auschwitz dar (die andere Variante ist der sekundäre Antisemitismus), fällt aber nach der hier eingeführten Definition nicht unter den Begriff Antisemitismus. Es gibt auch Versuche, den Antisemitismus inhaltlich schlicht umzukehren. Hasste der Antisemitismus die Jüdinnen und Juden für Erscheinungen der Moderne wie Liberalismus und Kosmopolitismus, so werden sie in Spielarten des Philosemitismus für die gleichen zugeschriebenen Eigenschaften verehrt. Im Kontext des Nahostkonflikts besteht im Sinne der Identitätslogik häufig eine Affinität zwischen philosemitischen Einstellungen und der Abwertung von Arabischem und/oder Islamischem.<sup>27</sup>

Unter dem Begriff *Islamophobie* werden hier alle Strukturen, Handlungen, Äußerungen, Einstellungen, Diskursbeiträge, Weltbilder und Ideologien gefasst, also alle psychosozialen Erscheinungen, die Muslime aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit diskriminieren sowie Abneigung oder Feindschaft ihnen gegenüber ausdrücken. Dazu gehören insbesondere pauschale Ängste, Vorurteile und Hass gegenüber Muslimen (Leibold/Kühnel 2003: 101) sowie die entdifferenzierende,

26 Die Positionen lassen es nicht an Klarheit mangeln; vgl. dazu bspw. Fritz Mays (1993) Buch mit dem sprechenden Titel »Israel heute – ein lebendiges Wunder«, in dem auch gefragt wird, wem das Heilige Land gehöre. Die Antwort: »Die Frage lässt sich nur biblisch-theologisch beantworten« (ebd.: 79). Die Westbank wird dieser Diktion folgend als 1967 *befreites* Gebiet behandelt (ebd.: 210).

27 Ein Beispiel dafür ist die Gleichsetzung des Korans mit Hitlers »Mein Kampf« in der israel solidarischen Zeitschrift *Bahamas* (<http://www.redaktion-bahamas.org/aktuell/terror.htm> [18.01.07]).

homogenisierende, separierende Sicht auf den Islam (Runnymede Trust o. J., 1997) und diskriminierende Verhaltensweisen und institutionelle Arrangements (FAIR o. J.).<sup>28</sup> Islamophobie taucht in der Linken insbesondere in Form der Homogenisierung der arabischen oder muslimischen Welt in einem Bedrohungsszenario auf, wobei tiefe Brüche zwischen religiösen und säkularen Kräften, zwischen Schiiten und Sunniten, aber auch zwischen Klassen, Schichten und Generationen verschwinden.

Die empirischen Befunde zur Islamophobie sind widersprüchlich. Während in Großbritannien nach den Anschlägen des 11. 9. 2001 eine Zunahme von Angriffen auf Muslime oder als Muslime wahrgenommene Personen zu verzeichnen war,<sup>29</sup> gibt es für die Bundesrepublik unterschiedliche, aber insgesamt weniger drastische Einschätzungen.<sup>30</sup> Ohne Zweifel sind jedoch negative Einstellungen zu Muslimen weit verbreitet. Laut dem Bielefelder GMF-Projekt würden 15 Prozent der Befragten Muslimen jegliche Religionsausübung untersagen. Zwischen 60 und 80 Prozent sind zu keiner Differenzierung innerhalb des Islam bereit oder fähig, unterstellen Muslimen pauschal Segregationsabsichten oder breite Unterstützung für fundamentalistisch-islamistischen Terror (Leibold/Kühnel 2006: 143). Hohe Werte gibt es ebenso bei den Items für kulturelle Abwertung, generelle Abneigung und distanzierende Verhaltensabsichten (dies. 2003: 101).

Ob es Islamophobie als *eigenständiges* soziales Phänomen gibt, ist dabei umstritten. Vielmehr scheint es sich um eine spezifische Ausprägung des allgemeinen Faktors Rassismus zu handeln, auf den Islamophobie sehr hoch lädt. Anders gestaltet sich dies schon auf der diskursiven Ebene. Hier lassen sich eher spezifisch islamophobe Muster erkennen, wenn bspw., wie Schiffer (2005) dies konstatiert, das Wort Moschee heute nicht mehr mit Raum des Gebets und der Begegnung, sondern als Ort der Konspiration assoziiert wird. Die dabei vorkommende Entmenschlichung der Muslime, die teilweise auch destruktive Handlungsoptionen nahelegt (ebd.), kann sich zu einem dem Antisemitismus nicht ganz unähnlichen Gegenbild verdichten (Gräfe 2002).<sup>31</sup> So ist der Islam im heutigen Diskurs die Antithese zum trügerischen Selbstbild des »Freien Westens« (ebd., Rommelspacher 2005). Dass diese binäre Ausprägung nach dem Wegbrechen des antikomunistischen Feindbildes aus der Zeit des Kalten Krieges gelingen konnte, baut auf der langen Tradition dessen auf, was Edward Said (1979) in seinem paradigmatischen Werk »*Orientalism*« beschreibt – die alte Sicht des Westens auf ei-

28 Der ursprünglich psychologische Begriff der Phobie (Angststörung) ist irreführend, entspricht aber dem allgemeinen Gebrauch, ähnlich Xenophobie (Leibold/Kühnel 2003).

29 Vgl. Leibold/Kühnel (2006: 135); Islamophobia »explosion« in the UK, BBC News, 24.05.2002, [http://news.bbc.co.uk/2/hi/uk\\_news/2005943.stm](http://news.bbc.co.uk/2/hi/uk_news/2005943.stm) [12.12.06]; UK »Islamophobia« rises after 11 September, BBC News, 29.08.2002, [http://news.bbc.co.uk/2/hi/uk\\_news/3768327.stm](http://news.bbc.co.uk/2/hi/uk_news/3768327.stm) [12.12.06]; Islamophobia pervades UK – report, BBC News, 02.06.2004, [http://news.bbc.co.uk/2/hi/uk\\_news/3768327.stm](http://news.bbc.co.uk/2/hi/uk_news/3768327.stm) [12.12.06].

30 Eher skeptisch gegenüber der Idee einer zunehmenden Islamophobie sind Seidel (2003) und Leibold/Kühnel (2006), während Noelle/Petersen (2006) auf hohem Niveau weitere Anstiege verzeichnen.

31 Die Ähnlichkeit rührt daher, dass Antisemitismus und Islamophobie sich von Feinden bedroht fühlen, die von außen und von innen wirken und denen die Fähigkeit zu nationaler Loyalität abgesprochen wird.

nen essentialisierten Orient, den es so außerhalb der im kolonialistischen Interesse grundierten orientalistischen Konstruktionen von Rückständigkeit, Fanatismus, Lüsterheit, Despotismus gar nicht gibt. Als Modus der Selbstvergewisserung kann dieses unbedingte Andere wieder aufgerufen werden. Die Sprache im »Krieg gegen den Terror« verdeutlicht dies. Erinnerung sei nur an George Bushs Deklaration des Kampfes gegen die sogenannte Achse des Bösen (Berg 2007), zu der er vorrangig »orientalische« Länder rechnete. Auch die Medienberichterstattung über den Nahostkonflikt transportiert solche Bilder für die palästinensische Seite (Jäger/Jäger 2003). Medieninterne Kriterien sorgen dafür, dass die häufige Repräsentation von Gewalt verhindert, dass aus Konfliktgebieten friedliche, »normale« Menschen gezeigt werden (Schiffer 2005, Hafez 2002, Philo/Berry 2004).<sup>32</sup>

## II Nationale diskursive Gelegenheitsstrukturen

### 1 Das Vergleichsdesign

Durch den Vergleich erst ergibt sich die Möglichkeit des Erkennens der Spezifika zu untersuchender Gegenstände. Schiller (2002: 30 f., vgl. Hartmann 1995) folgend wird ein *focused comparison design* verfolgt, der Vergleich nur weniger Fälle, ein Verfahren, das mit seinen Ansprüchen und Möglichkeiten zwischen der Fallstudie und der statistischen Analyse liegt. Während Erstere möglichst alle Aspekte eines Falles so dicht wie möglich schildert, ist Letzterer an der Generalisierung statistischer Zusammenhänge gelegen, ohne sich (nötig bei der großen Fallzahl) zu sehr in Details zu verstricken. Der hier gewählte Paarvergleich ermöglicht eine in-depth-analysis (nach Dogan/Pelassy 1990), mit verstehendem Zugang gemäß dem gesetzten Hauptziel vergleichender Analysen »die ›unsichtbaren‹ Unterschiede aufzudecken« und tatsächlich das »Denken und Verhalten anderer (Teil)-Gesellschaften zu verstehen« (Fenner 1992: 365).

Prinzipiell gibt es zwei Möglichkeiten für eine *focussed comparison* (vgl. Hague et al.: 280 ff.): *most similar* und *most different designs* (Przeworski/Teune 1970: 31 ff.). Beim *most similar design* werden Fälle gewählt, die sich in möglichst vielen Punkten ähneln, im Hinblick auf die abhängige Variable unterscheiden. Mit

32 Islamophobie kann wie jeder normativ aufgeladene Begriff auch missbraucht, also einer empirischen Erklärungskraft entledigt werden. In der Diskussion um islamophobe Tendenzen neigen Kritiker einer »Islamophobiehysterie« dazu, den Vorwurf der Islamophobie als eine Strategie abzutun, mit der von strukturellen Problemen der islamischen Welt abgelenkt oder schlicht auch Religionskritik das Wasser abgegraben werden soll (Seidel 2003, Wolter 2005, Darwish 2007).

diesem Verfahren können also Variablen, die nicht für eine Erklärung der abhängigen Variable taugen, aussortiert werden, also all diejenigen, die in beiden Fällen gleich sind. Welche Variable aber entscheidend für die Varianz zwischen den Vergleichseinheiten ist, muss mittels zusätzlicher Annahmen plausibilisiert werden, da es kaum einen Fall geben wird, in dem alle möglichen Variablen kontrolliert werden können. Die hier erfolgte Auswahl der deutschen und britischen Linken als Objekte des Kulturvergleichs konstituiert tendenziell ein solches *most similar design*. Erste Vorstudien wiesen schon darauf hin, dass die Linke sich in beiden Ländern auf unterschiedliche Art und Weise mit dem Nahostkonflikt beschäftigt, während grundlegende Merkmale der Länder ähnlich sind, also als erklärende Variablen kulturelle Differenzen eher feiner Art detailliert zu untersuchen wären.

Neben diesen Überlegungen zur *Erklärung* der Differenz muss auch der Gewinn beachtet werden, den die Deskription aus dem Vergleichssetting zieht. Der Diskurs und die ihn bedingenden kulturellen Gelegenheitsstrukturen, so die Theorie, bestimmen ja auch die Grenzen des Sagbaren und somit das nicht Sagbare. Empirisch ist nicht Kommuniziertes kaum zu erheben, will der Forschende nicht zum Erfinder empirisch nicht vorhandener Aussagen werden. Außerdem wäre auch dieses Erfinden nur im Rahmen des in der Kultur des Forschenden vorhandenen diskursiven Materials und vielleicht noch in dessen Umkehrung möglich. Der Vergleich bietet die Möglichkeit, herauszufinden, was nur in bestimmten Kulturen gesagt wird, in anderen jedoch ausgeschlossen ist.

Während es zum engeren Vergleich (dem der linken Nahostdiskurse) bisher keine Literatur gibt und zum Vergleich der deutschen und der britischen Linken im Allgemeinen auch fast nichts<sup>33</sup>, sind die beiden nationalen Gesellschaften durchaus schon Gegenstand kulturvergleichender Forschung gewesen, die auf generelle Ähnlichkeiten bei spezifischen kulturellen und institutionellen Unterschieden hingewiesen hat. Beide Länder sind als parlamentarische Demokratien verfasste westeuropäische Industrieländer mit hohem Entwicklungsstand, Mitgliedschaft in EU und Nato, mit einer christlich geprägten Tradition und werden im Untersuchungszeitraum beide von sozialdemokratischen Regierungen geführt, die einen Abbau des Sozialstaats nach neoliberalen Muster betreiben. Sie unterscheiden sich aber in mancher kulturellen Hinsicht deutlich. Die vergleichenden Untersuchungen von Rohe zeigen bspw. eine grundlegend unterschiedliche Haltung zum Politischen an sich, die besonders im Gegensatz zwischen Staats- und Gesellschaftskulturen zum Ausdruck kommt. Ferner gibt es Unterschiede im Hinblick auf den israelisch-palästinensischen Konflikt. Großbritannien war Kolonial-/Mandatsmacht in Palästina und hat mit seiner Politik einen entscheidenden Anteil an der Entstehung des Nahostkonflikts. Über die britische Verantwortung gibt es jedoch kaum Debatten. Ganz anders sieht dies in Deutschland aus. Denn *einer* der wesentlichen Gründe für die Entstehung des Staates Is-

33 Ausnahmen sind Koelble (1991), Berger (1997) und Hörnle (2000) zum Vergleich Sozialdemokratie/Labour.

rael und damit einer immensen Zuspitzung des Konfliktes war die Shoah, die von Deutschen geplante und durchgeführte nationalsozialistische Judenvernichtung, die fortan die deutsche Diskursstruktur im Hinblick auf alle Fragen, die mit Israel zusammenhängen, prägte (Hafez 2002: 167).

Aus den Betrachtungen ausgeschlossen wird im Übrigen Nordirland. Dabei ist dies kein uninteressanter Fall, werden doch gerade dort die Symbole des Nahostkonflikts gelegentlich ganz offensichtlich für eigene Zwecke verwendet. Die Unionisten benutzen israelische und die pro-irischen Katholiken palästinensische Symbole, um ihre Anliegen symbolisch zu bekräftigen. Die Dominanz der dortigen Auseinandersetzungen wäre dem Forschungsvorhaben nicht dienlich. Die Einbeziehung Nordirlands würde die Binnenvarianz des einen Falles unnötig erhöhen, die durch die englisch-schottischen Differenzen ohnehin recht hoch ist.

## 2 Deutschland und Großbritannien im Kulturvergleich

Zu den beiden Ländern und ihrer jeweiligen (politischen) Kultur existiert eine reiche Literatur. Die aktuelle Literatur, die sich dem systematischen *Vergleich* zwischen Deutschland und Großbritannien widmet, ist schon deutlich überschaubarer. Neben historischen<sup>34</sup>, juristischen und wirtschaftswissenschaftlichen<sup>35</sup> Gegenüberstellungen, gibt es aus sozialwissenschaftlicher Sicht nur einige Arbeiten, die sich höchst speziellen Teilbereichen im direkten Vergleich BRD-Großbritannien widmen, die aber hier kaum von Interesse sind, insbesondere aus dem Bereich Medien und Kommunikation<sup>36</sup>. Den hier interessierenden Problemen des Diskurs- und Kulturvergleichs widmet sich allerdings nur eine überschaubare Anzahl zumeist älterer Arbeiten. Diese stammen zum großen Teil aus der politischen Kulturforschung und verbinden sich mit wenigen Namen, so dem des *spiritus rector* der deutsch-englischen PK-Forschung Karl Rohe sowie Herbert Döring<sup>37</sup>. Insgesamt ist die Literatur geprägt von einem Stil des historisch und politikwissenschaftlich gut informierten Essayismus, der in seiner Abstraktheit und begrifflichen Unschärfe oft eine schwierige Gratwanderung zwischen methodisch kontrolliertem Kulturvergleich und dem Aufwärmen von Stereotypen darstellt.

Zwei grundlegende kulturelle Unterscheidungen bietet die Literatur zu Deutschland und Großbritannien an. Es ist die inzwischen in die Jahre gekommene Unterscheidung zwischen der deutschen Untertanen- und der britischen Zivilkultur sowie die zwischen Staats- und Nicht-Staatsgesellschaften, nebst einigen verwandten Differenzierungen im Spannungsfeld von deutschem Etatismus und (verfallendem) britischem Individualismus.

34 Vgl. die Beiträge in Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung (1988), Rohe et al. (1992).

35 Vgl. Luber (2003), Sturm (2002), Aufsätze in Rohe et al. (1992).

36 Thomaß (1998), Esser (1998), Kamps (1999), Schmitt-Beck (2000), Schiller (2002).

37 Vgl. Rohe 1982, 1992, Rohe et al. 1992, Rohe/Dörner 1990, Dörner/Rohe 1991, Döring 1986, 1988.



## 2.1 Staats(bürger)kulturen

Die Unterscheidung von *subject* und *civic culture* ist mit der Gründungsstudie der politischen Kulturforschung (»The Civic Culture« von Almond/Verba 1963) zum Ausgangspunkt kulturvergleichender politikwissenschaftlicher Studien geworden.<sup>38</sup> Deutschland ist in dieser Typologie ein Vertreter der Untertanenkultur (wenn auch mit partizipativen Elementen). Die Deutschen, wie andere VertreterInnen des Untertanentypus auch, interessieren sich dafür, was das politische System ihnen bringt, aber nicht dafür *wie man selbst* darin Ziele durchsetzen kann. Die britische politische Kultur ist demnach deutlich beteiligungsorientierter, vor allem aber ist sie, wie die US-amerikanische Kultur auch, eine Vertreterin der *civic culture*, einer den normativen Orientierungen der Forscher nahestehenden Mischform der drei Grundelemente lokale Primärbeziehungen, passive Untertanenorientierung und aktive Teilnahmeorientierung.

Doch beide politischen Kulturen unterlagen in den letzten Jahrzehnten einem Wandel, in dem sie sich in den entscheidenden Dimension annäherten (Seck 1991: 4, 155; Schiller 2002: 149). Mittlerweile gilt die Bundesrepublik als stabile Demokratie, der die Neuen Sozialen Bewegungen neue Partizipationsmuster brachten (Dörner/Rohe 1990a), für Großbritannien hingegen wird ein Verfall der *civic culture* diagnostiziert (Kavanagh 1980, Rohe 1984, Schiller 2002: 151 f.). Gabriel (1994: 128) kommt im Vergleich empirischer Studien über alle Länder Westeuropas gar zu dem Schluss, dass dem Ideal der Staatsbürgerkultur mittlerweile Dänemark am besten entspreche, mit gewissen Abstrichen gefolgt u. a. von Deutschland. Die Konvergenzprozesse bedeuten allerdings nicht das Verschwinden kultureller Unterschiede; nur wurden diese fortan auf tieferen Ebenen gesucht. Sie kreisen alle um die Unterscheidung zwischen Staats- und Nichtstaatsgesellschaften.

»Staatlich verfasste Gesellschaften«, so Dyson (1980: 488), sind Gesellschaften, die »eine historische Tradition des Staates als Rechtsinstitution aufweisen. Sie anerkennen staatliche Organe, die Gesetzesnormen aufstellen und/oder sie auf bestimmte Fälle anwenden«. Typische Vertreter sind die kontinentaleuropäischen Mächte Frankreich und Deutschland, die früh eine Bürokratie ausbildeten. Diese institutionelle Seite hat auch ein kulturelles Korrelat. In diesen Gesellschaften gibt es eine abstrakte Vorstellung vom Staat, der besonders im deutschen Fall als Gegensatz zu Gesellschaft gedacht wird, als Entität, die Ordnung garantiert, das Gemeinwohl und verbindliche Werte zum Inhalt hat, nicht jedoch einen Sinn für Konfliktaustrag und Dissens. »Die autoritären Implikationen der Staatstradition folgen aus der Annahme, dass die Staatskonzeption oder eine einzelne Theorie des Staates eine Leitidee anbietet, nach der Politik vollkommen zu verstehen ist und von der sie geleitet werden soll« (ebd.: 500). Der Staat ist ein entpersonalisiertes Gebilde (Schiller 2002: 149), das die Richtlinien der gesellschaftlichen

38 Ausführlichere Darstellungen finden sich in Kaase (1983) und Schiller (2002: 128 ff., 148 ff.), Kritik in Almond/Verba (1980), Seck (1992).

Entwicklungen realiter und in der Vorstellungswelt der Menschen bestimmt. Dies steht im Gegensatz zu »nicht staatlich verfassten« Gesellschaften. Hier sind die angelsächsischen Länder Großbritannien und USA die Standardbeispiele. *State* ist in diesen Kulturen kein so entscheidendes Konzept. Die Vorstellungen des Politischen sind viel mehr mit konkreten Institutionen (Parlament, Ministerien, kommunalen Behörden) bzw. Personen verbunden als mit abstrakten Prinzipien (Dyson 1980: 488).<sup>39</sup>

In der Tradition der Unterscheidung von Staats- und Nicht-Staatsgesellschaften stehen eine Reihe weiterer verwandter Begriffspaare. Der unterschiedliche Grad der Abstraktheit der Vorstellungen vom Staat hängt mit einer Unterscheidung zusammen, die Dörner/Rohe (1991), eine ältere Begrifflichkeit Rohes (1987) aufgreifend, vornehmen. Die politische Kultur Deutschlands sei von mehr *organisationslegitimierendem* Charakter. Dies bedeutet, dass es in dieser Kultur wichtig ist, über eine abstrakte und stimmige Begründung und Rechtfertigung des politischen Systems zu verfügen, was diese Kulturen anfällig mache für Ideologie und letztendliche Begründungen. Demgegenüber sei die britische PK *handlungsleitend*, also mehr bestimmt durch eine pragmatische Regulierung des Verhaltens von Akteuren durch Konventionen. Schiller (2002: 153, vgl. Rohe 1982) bezeichnet diese Differenz als *legalistische* (Deutschland) vs. *konventionalistische* (Großbritannien) PK und verdeutlicht dies mit den Bildern vom »deutschen Paragraphenhengst« und dem »pragmatische[n] Brite[n]«.

Dieser Lebensweiseorientierung entspricht auch die hohe Bedeutung, die die *class cleavage* in Großbritannien im Gegensatz zur scheinbar »nivellierten Mittelstandsgesellschaft« Deutschland (Schelsky 1967: 218 ff.) besitzt (Rohe 1984: 180 ff.). »Unten« bedeutet in Großbritannien *working class*. Und dieser rechnen sich in Umfragen konstant etwa zwei Drittel aller BritInnen zu. Etwa 70 Prozent gehen davon aus, dass sie von ihren Mitmenschen nach dem Kriterium *class* eingeordnet werden (Sturm 2003: Kap. 9). Großbritannien gehört auch zu den Ländern Europas, in denen Klassenwahlverhalten am ausgeprägtesten ist (Nieuwbeerta 1996).

Besonders die Krone und ihre Symbole und all der von AusländerInnen oft als Relikt empfundene Traditionalismus mit seinen Roben, Perücken und Inszenierungen entfalten eine große Integrationskraft für das britische politische System, sodass die hohe Bedeutung des Klassenkonfliktes nicht im Widerspruch zur Integration der Gesamtgesellschaft steht, die als eine Kultur der *deference* beschrieben wird – eine Kultur der Achtung und Respektierung von Eliten und Statusunterschieden. Diese gründet nicht zuletzt auch im großen Stolz auf eine als steter Fortschritt mit stets zunehmender sozialer Inklusion interpretierte Geschichte: »Das Selbstwertgefühl der Briten ruht auf historischen Fundamenten, die letztlich auch durch keine wissenschaftliche Kritik zu erschüttern sind; das der Deutschen

39 Dem entspricht die in Deutschland häufigere Assoziation der Begriffe links und rechts mit Personen als mit Begriffen (vgl. Kap. III.1.).

war hingegen schon immer fragil, nicht zuletzt bedingt durch die religiöse und politisch-territoriale Zerrissenheit, und ist durch die Katastrophen der jüngsten Geschichte erst recht beeinträchtigt worden.« (Kettenacker 1988: 132). Dieses britische Selbstvertrauen könne aber in Realitätsblindheit umschlagen, in der die »warme Geschichte« die »kalte Wirklichkeit« verdränge (ebd. 139).

## 2.2 Luther vs. Calvin: Zwei Kulturen der Moderne

Ein groß angelegter Vergleich der beiden Kulturen findet sich in Richard Münchs (1993, 1993a) »Kultur der Moderne«. Zielstellung des Werkes ist es, die Entwicklungsdynamik der Moderne in einem Parsonianischen Rahmen zu beschreiben und ihre unterschiedliche Ausprägung in den USA, England, Frankreich und Deutschland aufzuzeigen. Damit weist er über die mehr beschreibenden Arbeiten zur politischen Kultur hinaus – obwohl die Merkmale sich in der Tendenz gleichen –, indem er eine weit ausholende Fundierung der Mentalitäten, Geisteshaltungen und Kulturmuster in der Geschichte der Konflikte und ihrer spezifischen Bewältigung in den Gesellschaften vornimmt. Dabei kommt der religiösen Entwicklung besondere Bedeutung zu. So wie die jüdisch-christliche Tradition eine wichtige Quelle für die Moderne ist, sei die je nach Land spezifische Ausprägung der Religion während und nach der Reformation entscheidend für die ja spezifische Formung des »Codes der Moderne«. Kultur wird dabei in Münchs Deutung der Weberschen Protestantismusthese nicht als *Ursache* für die jeweilige gesamtgesellschaftliche Entwicklung angesehen, sondern die spezifische Kultur als passendes ideelles Gegenstück zur materiellen Welt und beides als zwei Seiten einer Medaille. Die Lutherische pessimistische Innerlichkeit, gepaart mit dem autoritären Anstaltcharakter der deutschen Kirchen (und anderen Institutionen) bildet den Gegenpol zum weltzugewandten Aktivismus in freier Assoziation in der modernen Kultur Calvinistischer Prägung, wie ihn teilweise England und in Reinform die USA verkörpern. Durch seine Wertschätzung des kulturellen Modells der USA als insgesamt modernstem, verfügt Münch also zusätzlich zu seinem AGIL-Analyse-Schema auch über einen Vergleichsmaßstab.<sup>40</sup>

Einen Kern der Unterschiede zwischen beiden Ländern bildet die Einschätzung, dass die Moderne in Deutschland von traditionellen Werten überformt wurde, während sie umgekehrt in England eine lange Tradition besitze (Rose 1965: 83). Die englische (nicht britische!) Modernität basiere auf einer gruppenübergreifenden »gesellschaftlichen Gemeinschaft« von *citizens* (Münch 1993: 181), die sich noch vor den Prozessen der Industrialisierung, Rationalisierung und

<sup>40</sup> Einschränkung muss man zu den Münch'schen Ausführungen anmerken, dass es sich um einen geistesgeschichtlichen Überblick über einen Zeitraum von *mehreren hundert Jahren* handelt. So sind die konstatierten Differenzen heute bestenfalls Tendenzen. Sie drücken historische Prägungen aus. Deutlich wird dieses Manko bei den zu Rate gezogenen sozialwissenschaftlichen Quellen, so Dahrendorfs »Gesellschaft und Demokratie in Deutschland« oder die *Civic-Culture*-Studie von Almond/Verba. Diese Werke stammen aus den Sechzigern und erfassen gerade nicht den durch die PK-Forschung seit spätestens Anfang der achtziger Jahre konstatierten Wandel.

Bürokratisierung gegen die Macht der Krone konstituiert habe. Dabei steht das calvinistisch geprägte Bürgertum im Zentrum. Die meisten großen englischen Intellektuellen gehören zu diesem, aber nicht nur in einer Funktion als Intellektuelle, sondern als Vertreter des aktiven Wirtschaftsbürgertums, die ihren ethischen Universalismus in der aktiven Gestaltung der Welt manifestieren. Gerade die Rolle des Bürgertums gestaltete sich in Deutschland ganz anders. Auf Basis der Lutherischen Zwei-Welten-Lehre trennte es strikt zwischen der inneren Freiheit im Glauben und der äußerlichen, weltlichen Herrschaft, der man sich zu unterwerfen habe, was anders als in England keine öffentlichen Tugenden ausprägte (Rohe 1984: 183). Die Institutionen und Entwicklungslogiken der Moderne brachte dieses Bürgertum nicht aus sich und gegen Widerstände hervor. Im Gegenteil – es war der preußisch-deutsche Staat, der die Modernisierung aufgrund äußerer Konkurrenz von oben verordnete. Aus dieser Grundkonstellation bildeten sich verschiedene Spezifika der beiden Kulturen. Die Obrigkeitsorientierung der Deutschen (Greiffenhagen/Greiffenhagen 1993: 73 ff.) findet ihren Gegensatz in der aktivistischen Beteiligung der EngländerInnen, die deutsche Orientierung auf staatliche Umverteilung in einem englischen Liberalismus, der die Idee der gleichen Ausgangsbedingungen bevorzugt.

Aufschlussreich sind vor allem die unterschiedlichen Vorstellungen von gesellschaftlicher Rationalität und Wissen. Münch arbeitet eine angelsächsische Tradition der Rationalität als *common sense* heraus. Dieser bilde sich im fairen Wettstreit von Hypothesen und zeichne sich durch konkreten Wirklichkeitsbezug aus. Anders die deutsche Wissenschaft als säkularisierter Lutherischer Protestantismus: Ihr Ideal ist der einsame Gelehrte, der ein hochabstraktes Gedankengebäude, oft an der Grenze zur Esoterik, schafft, das eine innere Wahrheit repräsentiert und sich allzu oft nicht an schnöden Fakten zu messen braucht. Hier kulminiert der deutsche Idealismus der Innerlichkeit und Unpolitizität. Wie Kants Moraltheorie könne ein solches Gebäude immerwährende Gültigkeit beanspruchen, auch wenn sich keine konkreten Handlungsanweisungen aus ihm gewinnen lassen. Doch solcherart allumfassender Universalismus sei im angelsächsischen Raum fremd. Deswegen ist radikales, revolutionäres Gedankengut in England auch nie sonderlich verbreitet gewesen.

Aus dieser Grunddisposition ergeben sich Folgen für Wahrnehmungsmuster. »Individuellen Motiven politischen Handelns wird [in England, P. U.] oftmals mehr Gewicht beigemessen oder zumindest mehr Interesse entgegengebracht als den strukturellen Wandlungsprozessen.« (Kettenacker 1988: 137). Auch Rohe (1984: 179) äußert sich in diesem Sinne und attestiert Großbritannien handlungsnahe Erklärungsmuster, eine Abneigung über den unmittelbaren pragmatischen Aspekt einer politischen Handlung hinauszusehen, eine Antipathie gegenüber Ideologie und die Unfähigkeit Politik systematisch zu denken. Abstraktheit und normative Orientierung am Ewig- und Allgemeingültigen schaffen dagegen in Deutschland eine Kultur des ideologischen Streits. Weil die *common sense*-Orien-

tierung keine allgemeinen und exklusiven Systeme hervorbringt, neigt sie weniger zu Schulenburg und -befindung. Kritik wird nicht wie in Deutschland als Herabsetzung der Person verstanden, sondern als harter, fairer Wettbewerb. Die Gentleman-Regeln der Fairness und des Wettstreits zeichnen, so Münch, das britische Wissenschafts- wie auch Rechtssystem und die Politik aus. Die Deutschen hingegen neigen demnach immens zu Ideologisierung und streiten erbittert, wenn der Staat ihrer »Sehnsucht nach Synthese« (Dahrendorf 1965: 159 ff.) nicht entspricht. Denn »eine Fähigkeit zur Relativierung der eigenen Position sucht man häufig ebenso vergeblich wie ein Gefühl für die Position des Andersdenkenden« (Münch 1993a: 754), denn das »weltanschauliche Ideal zählt noch oft mehr als die Regeln der Konfliktaustragung« (ebd.: 755).

Fatal wurde dies in der deutschen Geschichte insbesondere durch die Kombination ungenügender Streitkultur mit der Orientierung auf den alles vereinigenden Staat. Statt auf Kompromiss und *common sense* basierende freie Assoziation hieß Gemeinschaft in Deutschland Volksgemeinschaft. Sie verkörperte die Aufhebung der ungeliebten Widersprüche. Die Folgen sind bekannt und haben im behördlich-bürokratisch von deutschen Beamten und anderen Untertanen geführten Vernichtungslagersystem Millionen Opfer gefunden. Wie Bielefeld (2006) betont, hat sich das »reine Volk als fiktive Gemeinschaft der Angehörigen« erst im Untergang wirklich realisiert. »Nie zuvor und nie wieder war die Bevölkerung Deutschlands so homogen wie nach Krieg und Massenvernichtung«.<sup>41</sup> Die Nachfolgestaaten bilden sich somit in der nun gewaltförmig Realität gewordenen Zuspitzung der Elemente deutscher Kultur. Der einzigartig radikale Antikommunismus setzt dies in den fünfziger Jahren in ideologischer Hinsicht fort und trug dazu bei, dass die deutsche Linke einen so elitären Charakter erhielt (vgl. Kap. V.3.).

### 2.3 Undeutliche Unterschiede

Die Betrachtungen Münchs legen nicht den Schluss nahe, einfach zwischen einer kollektivistischen deutschen und einer individualistischen englischen Kultur unterscheiden zu können. Den Individualismus verkörpere vielmehr die USA. »Im Vergleich zu den Vereinigten Staaten hat die Differenzierung der Gesellschaft in gemeinschaftlich abgegrenzte Klassen und Schichten eine viel größere Auffälligkeit, die eine individualistische Auffassung der politischen Teilnahme als nicht mehr realisierbar erscheinen lässt und eine kollektivistische Deutung nahelegt« (Münch 1993: 230). Die Gemeinschaftlichkeit der Engländerinnen und Engländer, ihre hohe Akzeptanz von traditionellen Riten und von Symbolen, ihre Kultur der Ehrerbietung und Achtung gegenüber den gesellschaftlichen Eliten basiere auf gemeinsam geteilten Normen und Werten. Ihre Basis, die Vorstellung von Frei-

41 Der Ausländeranteil betrug 0,2 Prozent und stieg bis 1960 auf nur 1,2 Prozent; die displaced persons wurden als nicht dazugehörig gesehen, Jüdinnen und Juden lebten kaum noch in Deutschland, zur Welt kommende farbige »Besatzungskinder« wurden ausgesetzt, nur Sorben und Dänen wurden zu »symbolisch geschützten Minderheiten« – all dies ein »paradoxe Erfolg« des Nationalsozialismus (Bielefeld 2006).

heit, ist in England ein gegen den Staat gerichtetes Konzept, in Deutschland ein vom Staat zu garantierendes (Döring 1990: 77). Die englische Individualität zeige sich im Einbringen des Partikularen in die Diskussion auf zivilisierte Gentleman-Art, nicht im Glauben an die absolute innere Freiheit. Insgesamt bleibt auch bei Münch der kategoriale Unterschied zwischen dem »deutschen Untertanen« und dem englischen »konformen Idealisten« samt seiner *deference* undeutlich.<sup>42</sup> Auch Karl Rohe (1984: 170), selbst Vertreter dieser Unterscheidung, gibt die Schwierigkeiten zu. Er verdeutlicht den Unterschied zwischen *deference* und Obrigkeitsstaatsorientierung folgendermaßen: Letztere sei im Gegensatz zur *deference* viel abstrakter und entpersonalisierter und Ersterer fehle die Erfahrung mit dem Anstaltsstaat und seinen ausdifferenzierten Rollen und Ämtern.

Die hier erläuterten Vergleiche der britischen und deutschen politischen Kultur haben entscheidende Schwächen. Sofort springt die Vielzahl der verwendeten Kategorien ins Auge, ihre Trennschärfe ist unbefriedigend, ihr Nachweis in empirischen Studien erst recht. Hinzu kommen die Konvergenz der beiden politischen Kulturen und die Tatsache, dass neuere Untersuchungen gänzlich fehlen.

Auch nur vereinzelt finden sich Äußerungen zum Vergleich zwischen deutschen und britischen sozialen Bewegungen oder die Linke im Vergleich. Britische Reformbewegungen seien immer sehr moralisch fundiert gewesen, appellierten lieber an Gerechtigkeit und das Fairnessgefühl der breiten Massen anstatt an den Verstand (Rohe 1984: 174). Dies mag einen Gegensatz zu den hochtheoretischen und radikalen Auseinandersetzungen innerhalb der deutschen Linken bilden, wie dies auch allgemein für den deutschen Streit um Wissen und Theorie bereits geschildert wurde.

Einen Vergleich der politisch-kulturellen Gelegenheitsstrukturen nimmt Brand (1985: 325 f.) vor und kommt zu dem Schluss, dass »die reformistisch-partizipative politische Kultur Großbritanniens, trotz einer traditionell hohen Intensität der industriellen Konflikte, sowohl auf Seiten der Neuen Sozialen Bewegungen als auch auf Seiten des Staates und seiner Sicherheitsorgane, eine überwiegend moderate Handlungsstrategie« hervorbringe. Die deutsche Bewegungsszenerie sei hingegen mehr geprägt von obrigkeitsstaatlichen Überhängen und den historischen Brüchen, die ihr eine größere Generationenprägung verleihen. Die relative Geschlossenheit des politischen Systems leiste dabei einer Fundamentalopposition Vorschub (vgl. Kitschelt 1986).

42 Die Einordnung der Deutschen in der PK-Forschung ähnelt der historischen Sonderwegthese, die auf der schwachen Rolle des Bürgertums bei der deutschen Modernisierung fußt. Interessanterweise haben britische linke Intellektuelle ähnliche Deutungen der britischen Geschichte entwickelt. In einer Debatte zwischen E. P. Thompson auf der einen und den Herausgebern der *New Left Review* Perry Anderson und Tom Nairn auf der anderen Seite, vertraten Letztere die Ansicht, dass die bürgerliche Revolution sich in England nur unvollständig vollzogen habe, während die aufstrebende Bourgeoisie sich mit der Aristokratie verbündete, von ihr abhängig blieb und somit besonders konservativ wurde (Chun 1996: 129 ff.).

Vielleicht sind aber auch der jeweilige konkrete (historische) Bezug zum eigentlichen Thema, dem Nahostkonflikt, und dessen Implikationen für die (politische) Kultur entscheidender. Beide Länder sind auf unterschiedliche Weise in die Genese und Gegenwart des Konfliktes verstrickt, Großbritannien als Mandatsmacht in Palästina nach dem Ersten Weltkrieg und Deutschland durch den Mord an den europäischen Jüdinnen und Juden, der einen weiteren wichtigen Impuls für die immense Steigerung der jüdischen Immigration nach Palästina und letztlich auch den Ausschlag für die Zustimmung vieler UN-Mitglieder zur Gründung des Staates Israel gab. Die jeweiligen Beziehungen zwischen den beiden untersuchten Ländern und Palästina/Israel sollen hier im Überblick geschildert werden. Die Darstellung kann jedoch nicht auf die engeren Beziehungs-Aspekte beschränkt bleiben, sondern muss noch einen weiteren Kontext in Rechnung stellen. So muss das britische Palästina-Mandat als Teil des britischen Empires betrachtet werden, das folgenreich für die politische Kultur im *United Kingdom* geblieben ist. Ebenso ist mit dem Ende des Nationalsozialismus und der mittlerweile über sechzig Jahre zurückliegenden Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz die Problematik deutsch-jüdischer Beziehungen nicht beendet. Es mag ungewöhnlich erscheinen, diese beiden unterschiedlichen Arten der Verflechtung nebeneinander zu präsentieren, wo sie doch historisch höchst ungleiche Geschehnisse darstellen. Die Ergebnisse werden dann auch zeigen, dass nicht nur die jeweiligen Verflechtungen, sondern die Wirkungen und Folgen für den linken Diskurs recht unterschiedlich sind, aber sie sind national spezifische Quellen für den linken Umgang mit dem Israel-Palästina-Konflikt.

### **3 Deutschland, Israel, Palästina<sup>43</sup>**

Die folgenden Ausführungen sollen sich dem Beziehungsdreieck Deutschland, Israel, Palästina widmen. Im Zentrum steht das deutsch-israelische Verhältnis, das quantitativ und qualitativ umfangreicher (und ausführlicher erforscht) ist als andere Beziehungsaspekte. Vielfältige diskursive Verschränkungen mit dem deutschen Erinnerungsdiskurs müssen mit beleuchtet werden. Doch auch Realpolitik spielte eine Rolle. Zunächst ist aber auf die Vorgeschichte der Beziehung einzugehen. Die Kenntnis der Verflechtungen ermöglicht ein tieferes Verständnis der generell hohen Bedeutung Israels und des Nahostkonflikts im deutschen Diskurs.

#### **3.1 Palästina und die Nationalsozialisten**

Unbestritten ist neben dem Konflikt um Herrschaft und Land auch eine ideologische Komponente Bestandteil des Nahostkonflikts. Der Antisemitismus vieler Gegner Israels ist offensichtlich und ebenso hatte der Zionismus immer chauvini-

<sup>43</sup> Für die DDR vgl. Kap. III.2.

stische und rassistische Elemente. Ersteres steht u. U. im direkten Zusammenhang mit deutscher Außenpolitik.

Historiker sehen antisemitische Elemente schon in der frühen Phase der jüdisch-arabischen Konfrontation. Die Forschung hat sich erst jüngst intensiver damit befasst und herausgestellt, dass der Antisemitismus in den arabischen Ländern einen Import aus Europa darstellt, der nicht zuletzt auf Bestrebungen der Nationalsozialisten zurückzuführen ist. Zudem wurde auf die Kollaboration arabischer Führer mit den Achsenmächten hingewiesen. Dies betont Küntzel in seinem Buch »Jihad und Judenhass« (Küntzel 2003). Dort führt er eine Vielzahl ideologischer Übereinstimmungen, Kontakte und Beeinflussungen zwischen Muslimen und dem Nationalsozialismus auf. Dies betrifft vor allem die in Ägypten entstehende Muslimbruderschaft, deren Führer Sympathien für den Nationalsozialismus hegten. In arabischen nationalistischen Bewegungen blühten Anleihen an die faschistischen Bewegungen und die HJ auf – Strenge, Führerkult, Gemeinschaft waren Ideale arabischer Jugendbewegungen, die sich auch der Symbole des NS bedienen (vgl. Kiefer 2003: 75). Der Jerusalemer Mufti Haj Amin al-Husseini ist das gewichtigste Argument für die Verstrickungsthese. Dieser wichtigste Führer des palästinensischen Nationalismus während der britischen Mandatszeit verbrachte die Kriegsjahre in Berlin. Seine nationalsozialistischen Gastgeber bewunderte er (ebd.: 81), teilte er doch mit ihnen einen radikalen Antisemitismus. Deswegen beteiligte er sich am Krieg durch rege Propagandatätigkeit für den NS im arabischen Raum und an der Aufstellung einer muslimischen SS-Einheit. Nach Küntzels (2004a) Meinung entstand ein arabisch-islamischer Antisemitismus während einer Hochphase des Ideologietransfers zwischen 1937 und 1945 unter der Ägide der Nazis, die sowohl al-Husseini als auch die ägyptische Muslimbruderschaft mit Finanzmitteln und dem Propaganda-Kurzwellensender Zeesen ausstatteten (Küntzel 2004), der ein antisemitisches Radioprogramm für die arabische Welt betrieb.

Die Verwicklungen zwischen dem arabischen Raum, dem Islam und NS-Deutschland sind nicht nur von historischem Interesse. Diejenigen, die sie betonen, sehen in der Regel Zusammenhänge mit dem Konflikt, die bis in die Gegenwart reichen. Ein früher Import des Antisemitismus hätte Folgen für die heutige Bewertung des Nahostkonflikts, in welchem dem Antisemitismus eine Anerkennung als ursächliche Konfliktdimension zugesprochen werden müsste, während die Gegenposition Antisemitismus im Nahostkonflikt eher nicht zu den Ursachen, sondern zu den Folgen der arabisch-israelischen Konfrontation zählt (Holz et al. 2002). Virulent bleibt die Frage durch die Popularität von Machwerken wie den »Protokollen der Weisen von Zion« oder Hitlers »Mein Kampf«, die in der arabischen Welt in vielen Ausgaben verbreitet sind oder gar als Fernsehserie dem Publikum vorgesetzt werden (Wistrich 2002: 3, 48). Doch es werden weitere Folgen konstatiert. Die Rückwärtsgeandtheit der *heutigen* islamistischen Bewegungen, ihre antimodernen, antiwestlichen, antiindividualistischen Aspekte kommen umso mehr zur Geltung, wenn sie in eine Kontinuität zum Nationalsozialismus gesetzt



werden, wie dies im Begriff des Islamofaschismus geschieht (Wien/Wildangel 2004: 13).

Dabei ist nicht die Beeinflussung des Islamismus und arabischen Nationalismus durch die Nazis umstritten, wohl aber die relative Bedeutung dieser Beziehung für Entwicklungen im Nahen Osten. Dan Diner meint, dass »marginale ... und ... abseitige Kollaborationshandlungen ... regelrecht zu einem Forschungszweig aufgewertet« (Diner 2003: 222) würden. Deswegen verweisen die Skeptiker auch auf viele Gegentendenzen. So habe es im arabischen Raum durchaus harsche Kritik am Nationalsozialismus gegeben (bspw. Gershoni 2005). Außerdem sei die Kooperation mehr durch traditionell gute Beziehungen zum Deutschen Reich begründet gewesen, mit dem man sich in gemeinsamer Gegnerschaft zu britischen und französischen Kolonialinteressen im Nahen Osten wusste. Die Kollaboration folgte also vielleicht mehr dem Kalkül, dass der Feind meines Feindes mein Freund sei (Kiefer 2002: 75, Wien/Wildangel 2004, Baida 2004). Wildangel (2004) betont, dass die Forschung einseitig sei, weil sie sich anstatt auf die palästinensische Gesellschaft auf die Nahostpolitik der Nazis und die Aktivitäten des Muftis konzentriere, der sich aber im Exil befand. Ohnehin sei rassistischer Antisemitismus, für den die NS-Ideologie steht, vor 1948 in Palästina kaum vertreten gewesen. Und schließlich solle man auch nicht verkennen, dass auch viele arabische Menschen Opfer des rassistischen NS-Terrors wurden (Höpp 2004) und somit die arabische Welt nicht einfach fruchtbarer Boden für die Nazi-Ideologie sein konnte.

Der Streit kann hier nicht entschieden werden, wo doch in Grundlagen Übereinstimmung besteht. Dieser Beziehungsgeschichtsaspekt ist im politischen Diskurs über den Nahostkonflikt nur am Rande vertreten, sicher auch aus dem Grund, weil er allzu simple Solidarisierungen mit der palästinensischen Nationalbewegung zumindest graduell in ein anderes Licht stellt. Über eine mögliche Kollaboration von palästinensischen AraberInnen an einem »Holocaust in Palästina« (wenn die Wehrmacht das Gebiet erobert *hätte*) kann zwar spekuliert werden (Mallmann 2006), jedoch sicher ohne große Erkenntnisgewinne für den heutigen Konflikt. Was allerdings nicht zu bestreiten ist, das ist die häufige Weigerung, nicht nur die eigene, arabische und islamische Verquickung mit dem Nationalsozialismus anzuerkennen, sondern sogar die virulente Leugnung der Shoah durch muslimische Politiker und Intellektuelle (Zimmer-Winkel 2000, Wistrich 2002).

### **3.2 BRD-Israel-Palästina: Die Quadratur des Dreiecks<sup>44</sup>**

Nicht in der arabischen Welt, sondern in Deutschland und Europa kam es zur systematischen, bürokratisch geplanten, industriellen Vernichtung von sechs Millionen europäischen Jüdinnen und Juden. Die Shoah ist nicht nur der Tiefpunkt jü-

<sup>44</sup> So der Titel des Buches zum Thema von Kinan Jaeger (1997). Vgl. außerdem: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 15/2005, Mertens (2006), Jelinek (2004), Schleker/Wacker (1990), Wojak (1985), Wetzel (1983), sowie die in FN 45 angegebenen Werke.

discher Verfolgungsgeschichte, sondern hat in ihrem einmaligen Charakter, der sinnfällig besonders in der Todesfabrik Auschwitz zur Geltung kommt, eine weit über ihren spezifischen Kontext hinausgehende Verunsicherung der Moderne zur Folge. Folglich war die Shoah einer der Beweggründe für viele Länder, insbesondere die beiden Großmächte, letztlich die Gründung des Staates Israel zu unterstützen, und sie ist der Ausgangspunkt der sich langsam entwickelnden deutsch-israelischen Beziehungen. Dass diese nach der Gründung Israels (1948) und der Bundesrepublik (1949) von deutscher Seite im Zeichen der Abgrenzung vom NS sowie Lehren und Verpflichtungen aus der deutschen Geschichte standen und letztlich zu sehr stabilen, freundschaftlichen Beziehungen der beiden Länder führten, resultiert zumindest indirekt aus dem Bewusstsein der den Jüdinnen und Juden angetanen Verbrechen. Die Vorgeschichte der arabisch-nationalsozialistischen Kollaboration rückt in den Hintergrund. Die PalästinenserInnen verschwinden zunächst sogar ganz aus der Wahrnehmung. Sie tauchen nur gelegentlich als »arabische Flüchtlinge« auf (Jaeger 2000). Die bundesdeutsche Nahostpolitik steht im Zeichen *historischer deutscher Verantwortung* und eigener außenpolitischer Ziele, die sich nicht immer leicht unter einen Hut bringen ließen.<sup>45</sup> Einflussgrößen sind zudem der Nahostkonflikt selbst, der Ost-West-Konflikt, die Ölproblematik, die europäische Einigung und nicht zuletzt auch deutschlandpolitische Zielsetzungen der BRD.

Erste Kontakte zwischen beiden Ländern führten zwar nicht zu der schnellen »Normalisierung« der Beziehungen, aber zum Abschluss des Luxemburger Abkommens über Entschädigungszahlungen, die in Deutschland die euphemistische Bezeichnung »Wiedergutmachung« erhielten. Die sich im Verlauf der fünfziger Jahre abzeichnende Annäherung der beiden Staaten war in Israel hoch umstritten und auch von deutscher Seite ambivalent. Aus Rücksicht auf die mit Israel verfeindeten arabischen Staaten erkannte die Bundesrepublik Israel nicht offiziell an, versuchte dies aber mit geheimer Rüstungskooperation (1956–1965) auszugleichen. Überschattet wurde das Verhältnis von einer Vielzahl antisemitischer Vorfälle und Schlussstrichtendenzen in der Bundesrepublik Ende der fünfziger/Anfang der sechziger Jahre (Weingardt 2005: 24). Im Zuge der deutsch-deutschen Auseinandersetzungen während des Kalten Krieges um diplomatische Anerkennung in der arabischen Welt, die sich auf die DDR zubewegte, wurden schließlich 1965 diplomatische Beziehungen aufgenommen. Die Kontakte der Länder vertieften sich, Deutschland unterstützte Israel im Sechs-Tage-Krieg materiell und die bundesdeutsche Öffentlichkeit auch ideell durch klare Parteinahme für Israel. An der philosemitischen Idealisierung durch das Establishment während des Krieges und an der relativierenden Wortwahl (Vergleich der israelischen Armee mit der Wehrmacht: »Erben Rommels«, »Israelische Wüstenfuchse«, vgl. Klope 199: 111 ff.)

45 Die folgenden Ausführungen stützen sich vor allem auf die ausführlichen Studien von Jaeger (1997) und Weingardt (2002), sowie Jaeger (2000), Borowy (2004) und Weingardt (2005), dem hier in der Periodisierung gefolgt wird.

wird die Entlastungsfunktion deutlich, welche die freundliche Beziehung zu Israel auch hat. Dieser Philosemitismus bildete von da ab ein konstantes Element in der politischen Kultur der Bundesrepublik. Er hat seine Basis in der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, Teilen der Kirche, christlich-jüdischen Gesellschaften aber auch VertreterInnen in allen anderen ideologischen Richtungen (Stern 1991a). Er bildete sich als Reaktion auf die Unterdrückung des Antisemitismus durch die Alliierten, aber auch aus ernsthafter Reue angesichts des Antisemitismus der Nazis (Stern 1991: 16, 1991a: 59). Ganz offen postulierten die Gründer der ersten christlich-jüdischen Gesellschaften jedoch auch ihr eigentliches Ziel der *Wiederherstellung des deutschen Ansehens in der Welt* (Foschepoth 1991: 66 f.).

Im Laufe der sechziger Jahre zeichnete sich eine Perspektiverweiterung ab, da es immer schwerer möglich war, die palästinensische Nationalbewegung in Form der PLO zu ignorieren. Die Ost-West-Konstellation wirkte sich auch aus. Der Ostblock und mit ihm die DDR unterstützten die PalästinenserInnen und hetzten gegen Israel, der Westen hingegen ergriff eher dessen Partei oder lavierte zwischen den Konfliktseiten. Angesichts der arabischen »Ölwaffe« sahen sich jedoch auch die israelfreundlichen Staaten, inklusive der Bundesrepublik seit Beginn der siebziger Jahre immer mehr zu Zugeständnissen an die arabische Seite genötigt. Gleichzeitig fügte sich die bundesdeutsche Nahostpolitik immer mehr in den Zusammenhang der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ), der es der BRD ermöglicht, zu Israel auf größere Distanz zu gehen, ohne der Geschichtsvergessenheit geziehen zu werden und der ihr die Möglichkeit eröffnete, als Gegenpol zum mittlerweile stark pro-arabischen Frankreich mäßigend auf anti-israelische Bestrebungen einzuwirken (Borowy 2004, Weingardt 2005: 26). Die sich abzeichnende Erweiterung der bundesdeutschen Nahostpolitik zu einer Anerkennung *auch* palästinensischer Rechte hat neben der Bemühung um Entspannung im Verhältnis zu arabischen Staaten auch deutschlandpolitische Hintergründe. Jaeger (1997) hat darauf hingewiesen, dass die Anerkennung palästinensischer *nationaler* Rechte, die die BRD seit Anfang der siebziger Jahre offensiv und teilweise im Alleingang betrieb, aus dem Bestreben resultiert, die eigene als ungelöst empfundene nationale Frage auf weltpolitischem Parkett zu präsentieren. Nicht die Entfernung von Israel steht dahinter, sondern die forcierte Benutzung des Konzeptes »nationaler Selbstbestimmung« als Konstante der Nahostpolitik der siebziger und achtziger Jahre, da diese auch für DDR-BürgerInnen gefordert wurde und in diesem Kontext auch den PalästinenserInnen kaum zu verweigern war. Letztlich lässt sich der Eindruck einer Instrumentalisierung der unter Besatzung lebenden PalästinenserInnen kaum verhehlen – wenn es diese auch, wie Jaeger (2000) treffend bemerkt, nicht gestört haben dürfte –, aber konkrete Schritte zu ihrer Unterstützung blieben aus, ganz anders als von Seiten der DDR. Derweil bildete sich aber eine Vielzahl von bilateralen deutsch-israelischen Kontakten heraus, die von Jugendaustausch über Städtepartnerschaften bis hin zu intensiver Wissenschaftskooperation reichten.

Die achtziger Jahre waren zwar wieder von Problemen überschattet, so durch die Begin-Schmidt-Kontroverse (1981) und erinnerungspolitische Fehltritte Helmut Kohls in den Anfangsjahren seiner Kanzlerschaft und schließlich durch die ablehnenden Reaktionen, die Israel während des Libanon-Krieges und während der ersten Intifada erfuhr. Dennoch erhielten unter Kohl und im Rahmen seiner Politik der Anlehnung an die USA die kulturellen und wissenschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel neue Impulse. Auf Grundlage einer Verantwortung für Israel und eines Strebens nach einer gesicherten Existenz für den jüdischen Staat als »Teil der deutschen Staatsräson« (Dreßler 2005) wurde unter Kohl ein engmaschiges Netz an Kontakten auf staatlicher, halbstaatlicher, zivilgesellschaftlicher und privater Ebene gelegt, das seinesgleichen sucht.

Die Bundesrepublik ist heute Israels zweitwichtigster Handelspartner, mit keinem Land außerhalb der NATO arbeitet sie so eng militärisch zusammen (Dreßler 2005: 6). Auf der internationalen Bühne gilt auch das wiedervereinigte Deutschland als »Israels guter Botschafter in Europa« (Ehud Barak, zit. n. Weingardt 2005: 29). Trotz dieser guten Beziehungen treten gelegentlich Probleme auf, wenn auch nicht mehr mit der Vehemenz früherer Jahre. Große Verstimmungen verursachte so in Israel die zu Beginn des Golfkrieges offenbar werdende Tatsache, dass deutsche Firmen Geräte zur Giftgasproduktion an den Irak geliefert hatten. Auch die israelfeindlichen Äußerung des grünen Abgeordneten Ströbele führten zu Debatten und hier zu seinem Rücktritt (Weingardt 2002: 345 f.).

Nicht zuletzt die auch nach der Amtszeit Kohls nicht gebrochene Kontinuität enger und guter Beziehungen zu Israel (Borowy 2004: 451) ermöglichte es der Bundesrepublik, nach Beginn des nahöstlichen »Friedensprozesses« eine ebenfalls gute Beziehung zur palästinensischen Autonomiebehörde zu entwickeln. Zuvor hatte sich die Bundesrepublik mit Rücksicht auf Israel in der Anerkennung der PLO lange zurückgehalten und ihr erst 1996 die Eröffnung einer »Generaldelegation« erlaubt, während die offiziell anerkannte Botschaft der PLO in der DDR 1990 schließen musste. Im Versuch des Ausgleichs und auf ausdrücklichen Wunsch Israels entwickelte sich die Bundesrepublik zum größten Geldgeber der palästinensischen Gebiete. Deutschland fördert auch Infrastrukturprojekte und druckt die palästinensischen Briefmarken und Pässe. (Jaeger 2000, Generaldelegation Palästinas o. J.).

Die Gesamttenenz, die große Nähe zwischen der Bundesrepublik und Israel und die Stabilität einer *besonderen und verpflichtenden Beziehung* aufgrund der Shoah sind nur ein Teil der Wahrheit. Die Rolle Israels als Besatzungsmacht, seine Politik der Unterdrückung palästinensischer Selbstbestimmung, die Völkerrechtsverletzungen des Siedlungs- und Mauerbaus verweisen auf eine Kehrseite. Während die offiziellen und öffentlichen Beziehungen gut sind, ist das Bild Israels in der Bevölkerung ambivalenter. Neben den Freunden und Verteidigern Israels gibt es hier auch ambivalente und neutrale Einschätzungen sowie stark ablehnende und israelfeindliche.

### 3.3 Antisemitismus und Nahostkonflikt

Eine Euro-Barometer-Umfrage ermittelte, dass, wie die meisten Europäer, auch die Deutschen Israel für die größte Bedrohung des Weltfriedens halten – noch vor den USA. 65 Prozent der Bundesbürger fühlten sich von Israel bedroht (Ridderbusch 2003). Es ist anzunehmen, dass dabei nicht nur Kritik an der Besatzungspolitik zum Ausdruck kommt. Denn trotz aller Erfolge bei der *öffentlichen* Ausschließung antisemitischer Diskurse (Bergmann 1997) bleiben weiter kontinuierlich antisemitische Einstellungen in der Bevölkerung verbreitet. Bergmann (2004: 28) geht von einem steten Anteil von 15 bis 23 Prozent Personen mit judeophoben Einstellungen aus. Der Rückgang antisemitischer Einstellungen seit dem Ende des Nationalsozialismus ist jedoch dramatisch (ebd. 26). Mit dem angegebenen Wert scheint allerdings eine Schwelle erreicht zu sein, die nicht unterschritten wird. In Abhängigkeit vom aktuellen Kontext kommt es u. U. auch zu weit höheren Werten (Brähler/Decker 2003). Diese Phänomene erscheinen typischerweise als Syndrom abwertender Einstellungen (Heitmeyer 2003, 2006). Sie treten gehäuft in Kombination mit xenophoben, homophoben, rassistischen, sexistischen und nationalistischen Orientierungen auf. Diese Ergebnisse sind besorgniserregend. Der Antisemitismus geht zudem auch Koalitionen mit der »Israelkritik« ein, ja bedient sich ihrer als Camouflage. So vergleicht mehr als die Hälfte der Deutschen die Politik Israels mit der des Dritten Reichs. Über 30 Prozent stimmen der Aussage zu oder eher zu, dass ihnen durch die israelische Politik Jüdinnen und Juden immer unsympathischer werden. Fast 45 Prozent können angesichts der israelischen Politik gut verstehen, wenn man etwas gegen Juden hat! Solche Zahlen verdeutlichen die Schwierigkeit einer Trennung zwischen Israel und Jüdinnen und Juden und begründen den Antisemitismus als wichtige Kontextstruktur der deutschen Israelwahrnehmung. Selbst bei Menschen, die sich keiner Verwischung der beiden Dinge schuldig machen, ist dieser Kontext wichtig, denn die einzelne Position (die klar zwischen Israel und den Jüdinnen und Juden unterscheidet) muss mitbedenken, dass ein großer Teil der Bevölkerung in genau dieser Unterscheidung undeutlich ist. Der Philosemitismus steht dazu in keinem Widerspruch. Er stellt mit seiner Verehrung von Jüdischem und Israelischem einen alternativen Ausweg aus dem Dilemma dar, vor das Auschwitz den deutschen Nationalismus stellt. Antisemitismus ist die Ursache von Auschwitz; der sekundäre Antisemitismus und der Philosemitismus sind nationale deutsche Reaktionen auf Auschwitz.

Entsprechend gilt die Undeutlichkeit der Unterscheidung zwischen »israelisch« und »jüdisch« keineswegs nur für die Bevölkerungsmeinungen; auch die Medien sind nicht davor gefeit, in ihrer Berichterstattung über den Konflikt Stereotype zu verwenden, die Anschluss für antisemitische (und islamophobe) Deutungen bieten. Die Untersuchung der Bilder vom Nahostkonflikt in der deutschen Medienöffentlichkeit hat eine Studie des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung in Angriff genommen (Jäger/Jäger 2003). Danach dominiert eine

Darstellungsweise des Nahen Ostens, in der die wehrlosen PalästinenserInnen die Opfer der gewalttätigen und hochgerüsteten israelischen BesatzerInnen sind. Während der Wahrheitsgehalt dieser Sicht in der Diskursanalyse weder bestätigt werden kann noch soll, sind doch die darüber hinausgehenden Befunde höchst aufschlussreich. Denn die Art der Berichterstattung gestattet vielfältige antisemitische und antiislamische Anschlüsse, d. h., es gibt neben allgeingebräuchlichen diskursiven Zuschreibungen für den Diskurs spezifische. Die Konfliktparteien werden durchgehend negativ charakterisiert; eine Vielzahl von Kollektivsymbolen (besonders Natur-, Technik- und Körpersymbole) kommt zum Einsatz. Die Negativcharakterisierung der palästinensischen Seite erfolgt häufig durch die islamophoben Präsentationen hysterisierter, amorpher Massen und islamistischer Fanatiker. So wird Anschluss an ethnozentrische und rassistische Diskurse gewonnen (ebd. 126). Die antisemitische Charakterisierung Israels erfolgt aus dem Arsenal der Bilder sowohl des klassischen christlichen als auch des modernen Antisemitismus. Die klassisch antijudaistischen Motive der Kindermörder, des alttestamentarischen Zorns und Elemente des sekundären Antisemitismus finden in der Berichterstattung über den heutigen Konflikt Verwendung. Die Berichterstattung ist insgesamt paternalistisch. »Ausgeglichenheit« wird i. d. R. durch Gegenüberstellung von Gewaltakten der beiden Seiten erreicht.

Die AutorInnen der Studie betonen, dass es sich bei den diagnostizierten Antisislamismen und Antisemitismen um eine Potenzialität handelt. Sie als antisemitisch zu dekodieren, verlangt entsprechendes Wissen. Die semantische Struktur des Antisemitismus zu reproduzieren ist jedoch unabhängig davon möglich. Der Anschluss an antisemitische und rassistische Diskurse ergibt sich häufig durch die Verschränkung mit anderen Diskurssträngen.

Einen der wichtigsten politisch-kulturellen Hintergründe dieses problematischen Verhältnisses zu Israel und den Jüdinnen und Juden und letztlich auch den PalästinenserInnen bildet das Erbe des Nationalsozialismus und seine Rolle für die politische Kultur der Bundesrepublik, weil es zwischen diesen Themen eine Diskursverschränkung gibt. Die Berührung des Themas Nahostkonflikt mit erinnerungspolitischen Themen, dem »interne[n] Anschlussdiskurs über Holocaust/Shoah« (Hafez 2002: 162) ist dabei empirisch gut bestätigt (ebd.). Dieser Anschluss sei durch drei Merkmale gekennzeichnet. Er ist *diachron*, d. h., interne Anschlüsse werden zur abgeschlossenen Vergangenheit hergestellt (z. B. Nasser mit Hitler verglichen), aber – der Aspekt der *Nichtlinearität* – nicht zu bestehenden Nachwirkungen oder aktuellen internen Problemen (kein Vergleich der hoch unterschiedlichen Flüchtlingsschicksale). Zudem – der *pädagogische* Aspekt – gilt die Medienberichterstattung in ihren israelfreundlichen Aspekten als Ersatzhandlung der politischen Kultur (ebd.: 165 ff.). In Ermangelung jüdischer Staatsbürger suchte die deutsche Demokratie ihre Läuterung (und zwar auch in Werten, nicht nur formalen Arrangements) am Ersatzobjekt Israel unter Beweis zu stellen (vgl. Stern 1991: 265). Die Deutungsmuster der deutschen Nahostberichterstat-

tung werden dabei, so Hafez, auch von denen des »Holocaustdiskurses« »geschichtslogisch« determiniert (wenngleich dies keineswegs den einzigen Faktor für die Deutungsmusterbildung darstellt, Hafez 2002: 167).<sup>46</sup>

Der Nahostkonflikt habe als Katalysator kontinuierlich Anschlüsse geboten, um die eigentlich interessierenden Fragen der deutschen politischen Kultur zu behandeln. Die Einstellung der Bevölkerung zum Nahostkonflikt folgen dabei weitgehend den Wandlungen der Medienberichterstattung, erweisen sich aber als disponibler und gehören als (vom erinnerungspolitischen Standpunkt aus) Thema zweiter Ordnung nicht mehr zum Kernbereich der politischen Kultur (ebd.: 177), wenngleich dieser bei Nahostthemen immer mit aktualisiert wird. Für den linken Subdiskurs ist also anzunehmen, dass von der Medienöffentlichkeit her keine Determination erfolgt, wohl aber eine Bereitstellung von Bildern und die »Erinnerung« an die umstrittenen Kernthemen der politischen Kultur, was auch ein latentes Konfliktpotenzial einschließt.

### **3.4 Auschwitz und die politische Kultur der Bundesrepublik**

Die Erinnerung an den Nationalsozialismus ist der »main anchoring point of West German collective memory and identity« (Diez Medrano 2003: 179). Für alle Nachfolgegesellschaften (also die DDR, die BRD und Österreich) stellt der Nationalsozialismus *den* Kontrastbezug für die Legitimierung der neuen politischen Ordnung dar (Lepsius 1988: 248, Lutz 2000: 346), denn erst »die Abgrenzung zum Nationalsozialismus verleiht politischen Handlungen oder Ereignissen Legitimität; wirkliche oder vermeintliche Nähe hingegen stellt die bestehende Herrschaftsordnung entweder als Ganze oder in Teilaspekten in Frage« (Schwab-Trapp 1996: 7). Wo diese Abgrenzung infrage gestellt wird, gibt es einen Legitimierungszwang (ebd.: 12). Dies schlug sich zunächst in den institutionellen Ordnungen nieder. Die Gestaltung des Grundgesetzes und andere rechtliche Regelungen erklären sich aus der spezifischen bundesdeutschen Deutung der NS-Erfahrung.

Untersuchungen zu den verschiedensten Themenbereichen zeigen, dass die NS-Erinnerung auch starke Auswirkungen auf Themen hat, die man zunächst nicht (zumindest außerhalb Deutschlands) mit dem »Dritten Reich« in Verbindung bringen würde. So zeigten Ferree et al. (2002), dass in der deutschen Abtreibungsdebatte viele Argumente mit Rückgriff auf den NS begründet werden. Im Mittelpunkt stand die Diskussion um »Lebensschutz«, die Lehren aus der NS-Euthanasie gezogen zu haben beansprucht (Gerhards/Rucht 2000: 180 ff.).

46 Auch wenn der wissenschaftliche Diskurs über die Nahostberichterstattung sehr oft durch die erinnerungspolitische Brille schaut – die Medienwelt hat doch ihre eigenen Gesetze und prägt auch mit diesen die Bilder vom Konflikt, wo allgemeine Faktoren wie Nachrichtenwerte, Gewaltfokus, Oberflächlichkeit von Fernsehberichterstattung usw. behandelt werden müssten. Dies legt sehr deutlich auch die Studie von Philo/Berry (2004) nahe. Während bspw. der Antisemitismus sich in Kritik an Israel ausdrücken kann, ist die Wissensbasis für diese Camouflage schlicht nicht gegeben, wenn Befragte davon ausgehen, dass die PalästinenserInnen die Besatzer seien. Nur etwa 10 Prozent der Befragten britischen Studierenden und etwas weniger als 30 Prozent der deutschen und US-amerikanischen wussten um die genaue Nationalität der Besetzten und der Siedler (ebd. 217 f.).

Zur Bedeutung für die politische Kultur und die institutionelle und rechtliche Verfassung der Bundesrepublik treten auch Einflüsse auf die Familie und die psychische Konstitution. Erst in den letzten Jahren ist diese Seite erforscht worden. Aufsehen erregte die Studie »Opa war kein Nazi« (Welzer et al. 2002). Sie zeigt die Gespaltenheit im Erinnern. Die Deutschen erinnern im *Lexikon* zwar negativ bewertete Taten, also Wissen um NS-Verbrechen, das in der Schule erworben wurde. Doch anders sieht es in dem aus, was die Forschergruppe *Album* nennt. Denn dort, im Familiengedächtnis, gibt es keine Täter. Täterschaft wird auch zwei Generationen später externalisiert. Mitglieder der eigenen Familie, die den NS erlebt haben, werden als Gegner des NS (Heroisierung) oder als Opfer (Viktimisierung) geschildert, während ihre Taten nicht erinnert werden. Stattdessen werden Motive aus Literatur und Film in die private Erinnerung übernommen und in einer *Wechselrahmung* sogar Bilder der Shoah auf die Erfahrungen der deutschen Vertriebenen übertragen. Die Studie zeigt eindrucksvoll das kaum bewusste, aber die meisten Deutschen durchaus noch betreffende Wirken des Nationalsozialismus bis in das Private hinein.<sup>47</sup> Und sie zeigt, dass das Vorhandensein von Bildern die Gelegenheit ihrer beliebigen Verwendung und Übertragung (Dekontextualisierung) eröffnet.

Ein anderer Aspekt, der kaum ausreichend erforscht ist, sind die Spätfolgen der NS-Zeit für die direkte psychische Entwicklung der Nachfahren. Die Gleichschaltung, der Autoritarismus, die Gewalterfahrungen (insbesondere selbst ausgeübte Gewaltexzesse in HJ, SA, SS und Wehrmacht), die Indoktrination mit Irrationalität, Antiindividualismus und grenzenlosem Hass haben Individuen geprägt, die diese Anteile intergenerational weitergeben (Müller-Hohagen: o. J., Ahlheim 1985, Sichrovsky 1987).<sup>48</sup> Forschungen weisen auf die heute noch bestehende Befangenheit vieler Deutscher im Umgang mit Jüdinnen und Juden hin (Brendler 1997); der philosemitische Ausweg aus dieser Situation wurde schon erwähnt.

Themen, die mit dem Nationalsozialismus und seinen Folgen zusammenhängen, waren ganz besonders in der Bundesrepublik – und seit 1990 im vereinigten Deutschland – immer wieder Ausgangspunkt öffentlicher Auseinandersetzungen.<sup>49</sup> Dabei waren die ersten Jahre eher von einer Nichtbeschäftigung mit dem NS in der Öffentlichkeit geprägt (Bergmann 1994: 302). Personelle Kontinuitäten bestimmten das Bild (Loth/Rusinek 1998; Hachmeister 2002, Bergmann 1994: 303). Während der Blick nach vorn (»Wirtschaftswunder«) und der auf das Leid der Vertriebenen und überhaupt der Deutschen als Opfer der Nazi-Diktatur die Deutungen der NS-Zeit dominierten. Deren eigentliche Opfer kamen erst später ins Bild. Die heute im Zentrum des Erinnerns stehende Shoah, nahm diese Stelle

47 In diesem Zusammenhang interessant ist der Maler Gerhard Richter, der in den sechziger Jahren in einem Bilderzyklus Täter und Opfer des NS-Euthanasieprogramms aus seiner Familie zusammenbringt, ohne *bewusst* um die realen Hintergründe zu wissen (Schreiber 2005).

48 Einen guten Einstieg und Überblick über die psychischen Dimensionen des NS-Erbes eröffnet die Homepage des *Daachau-Instituts Psychologie und Pädagogik* (<http://www.dachau-institut.de> [06.12.06]).

49 Lutz (2000: 348) zeigt, dass die Westsicht in Fragen der PK nun gesamtdeutsch dominiert.



erst Ende der siebziger Jahre, nicht zuletzt ausgelöst durch den Film »Holocaust«, ein (Bergmann 1994: 309). Über verschiedene Skandale löste sich in einem Jahrzehnte währenden Prozess langsam das »Kommunikationsverbot« über den NS (Lepsius 1988: 262) auf. Erinnert sei dabei an die Rede Philipp Jennings zum Gedenktag an die Reichspogromnacht, die 1988 zu seinem Rücktritt führte, oder an den Streit um die Aufführung von Rainer Werner Faßbinders Stück »Der Müll, die Stadt und der Tod«, dem antisemitische Tendenzen vorgeworfen wurden. Den Höhepunkt dieser Auseinandersetzungen markiert der Historikerstreit ab dem Jahre 1986, in dem es um die Frage nach der Einmaligkeit der Shoah und um Tendenzen der Relativierung deutscher Schuld in der deutschen Historiographie ging (Wippermann 1997). Nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten im Jahre 1990 kam es zu einer weiteren Zahl an derartigen öffentlichen Deutungskonflikten. Auf die rassistischen Pogrome Anfang der neunziger Jahre und die Abschaffung des Asylrechts folgte 1995 der Streit um Daniel Jonah Goldhagens (1995) Buch »Hitlers willige Vollstrecker«. Die einhellige Kritik konzentrierte sich weniger auf die fachlichen Mängel, sondern auf den Vorwurf, der Autor würde eine Neuauflage der Kollektivschuldthese betreiben (Wippermann 1997: 7). Einen mehrjährigen Streit gab es um die Ausstellung »Verbrechen der Wehrmacht« (Thiele 1997, Heer 1997, Landeshauptstadt München 1998), deren Diskreditierung von konservativen Kreisen betrieben wurde. Es war nicht die vorgebliche »Unwissenschaftlichkeit«, sondern die Aussage, dass die Wehrmacht an massiven Kriegsverbrechen beteiligt war, welche die Kritiker erregte. Im Jahre 1999 gab die Friedenspreisrede Martin Walsers (Holz 1999, Zuckermann 1999: 9-32), der sich u. a. gegen den Bau eines Holocaust-Mahnmals aussprach, weil es die »Zementierung unserer Schande« darstelle, den Anstoß zur sogenannten Walser-Bubis-Kontroverse, ausgelöst durch Walsers Bedürfnis nach einem Schlussstrich und seine Vorwürfe, die Shoah werde gegen die Deutschen instrumentalisiert. NS-bezogene öffentliche Auseinandersetzungen fanden auch im Untersuchungszeitraum statt. Die antisemitischen Politiker-Äußerungen von Jamal Karsli, der Israel mit NS-Deutschland verglich, Jürgen Möllemann, der jüdische Persönlichkeiten für Antisemitismus verantwortlich machte, und Martin Homann, der nahelegte, man könne von den Juden als einem »Tätervolk« sprechen, wurden skandalisiert und führten zur jeweiligen öffentlichen, jedoch keineswegs einmütigen, Ausgrenzung ihrer Urheber. Ein Großteil dieser Debatten, Skandale und Affären drehte sich auch um Antisemitismus und das Gedenken an den NS-Judenmord. Da sowohl für die Jüdinnen und Juden, aber eben auch für die Deutschen Auschwitz zu einem Angelpunkt der eigenen Identität wurde, entstand, was Dan Diner »negative Symbiose« genannt hat. »Ob sie es wollen oder nicht«, es herrscht eine »Art gegensätzliche Gemeinsamkeit« (Diner 1987: 185) und speziell in Deutschland »eine Kultur, die von einem durch Auschwitz hervorgerufenen Schuldgefühl geprägt wird, das ständig nach Entlastung sucht.« Doch gleichzeitig, so Diner weiter, stehe dem Versuch des Entweichens eine Allgegenwärtigkeit des Erinnerns ge-

genüber. Der Prozess des notwendigen Flüchtens – denn eine Identifikation mit Deutschland wird durch Auschwitz stets konterkariert – ist aber nicht unbeeinflussbar vom Erinnern. Bergmann (1997) hat in einer Untersuchung dieser »Konfliktgeschichte« um das Thema Antisemitismus einen Lernprozess der politischen Kultur ausgemacht. Über die Jahrzehnte führte dieser zu einer Senkung der Skandalisierungsschwelle bei antisemitischen Vorfällen, die im Zeitverlauf auf ein immer weniger positiv-rezeptives Klima, stattdessen aber auf eine hochaufmerksame und sensibilisierte, wenn auch keineswegs unbefangene, Öffentlichkeit stießen. Besonders seit der zweiten Hälfte der achtziger Jahre sei somit öffentliches Äußern von Antisemitismus nicht mehr möglich gewesen.

Nicht mehr Inhalt seiner Arbeit waren die Verschiebungen im Diskurs nach 1989, die ereignishaft hier bereits benannt worden sind. Ging es bspw. im Historikerstreit noch erfolgreich um die Herausarbeitung der Singularität der Shoah<sup>50</sup> und des Rassenkrieges gegen die Sowjetunion, zeigen die Debatten der letzten Jahre etwas an, was Moshe Zuckermann (1999: 8) als »Zeitenwende« bezeichnet. Es ist nicht nur mittlerweile üblich, die DDR und den Nationalsozialismus zu vergleichen und Übereinstimmungen zwischen Hitler und Honecker zu suchen, was eine Trivialisierung des »Dritten Reiches« darstellt (Wippermann 1997: 124). Es scheint als schicke sich die Geschichtsaufarbeitung der SED-Diktatur und das aktive *othering* der DDR an, dem NS im deutschen Geschichtsbild ernsthafte Konkurrenz zu machen. Am auffälligsten manifestierte sich diese Wende in der Gründung der »Berliner Republik«, dem Umzug der Bundesregierung, die nun eine rot-grüne war, nach Berlin. Auschwitz und der NS werden von diesen Nachgeborenen, der 68er- Generation, mittlerweile sogar zur Legitimierung deutscher Weltmachtpolitik genutzt. Aus dem »Nie wieder Krieg« von Deutschland aus, wurde im Jugoslawienkrieg von 1999 ein Krieg wegen Auschwitz. Der grüne Außenminister Joseph Fischer begründete sein hoch umstrittenes Eintreten für den Krieg gerade mit der Notwendigkeit, ein neues Auschwitz (diesmal Serbiens an den KosovarInnen) zu verhindern! Diese Zeitenwende ist, wie nicht zuletzt das Beispiel des ehemaligen linksradikalen Fischer zeigt, ein Umschwung im links-intellektuellen Milieu, dessen postnationales Beharrungsvermögen im Insistieren auf einem Wachhalten der NS-Vergangenheit mit der Wiedervereinigung wegbriecht.

Bergmann/Heitmeyer (2005: 73) konstatieren, dass der Antisemitismus in einer zunehmenden Ingroup-Outgroup-Dynamik zwischen Deutschen einerseits und Jüdinnen und Juden andererseits zunehmend wieder aus der Latenz heraustritt. In den letzten Jahren kann zudem auch der immer erfolgreichere Versuch der Darstellung der Deutschen als Opfer konstatiert werden. Dies zeigt sich in den trivialen Geschichtsshows des Guido Knopp, die von Berichten deutscher Zeitzeugen<sup>51</sup>

50 Die Rede von der Singularität meint nicht ein Vergleichsverbot, sondern dass es bisher nirgends sonst die geplante, ideologisch motivierte, bürokratisch organisierte und industriell durchgeführte Vernichtung einer ganzen Bevölkerungsgruppe gab.

51 Frei (2005: 7) nennt diese »Dekade der Zeitzeugen«, einen erinnerungspolitischen Rückfall in die fünfziger Jahre.

dominiert werden, in der großen Resonanz auf J. Friedrichs Buch »Der Brand« und der jährlichen Inszenierung des Tags der Bombardierung Dresdens, aber auch im Roman, z. B. in Günter Grass' »Im Krebsgang«, der den Untergang der »Wilhelm Gustloff« (die mit Soldaten, Waffen und auch Flüchtlingen beladen war) thematisiert.

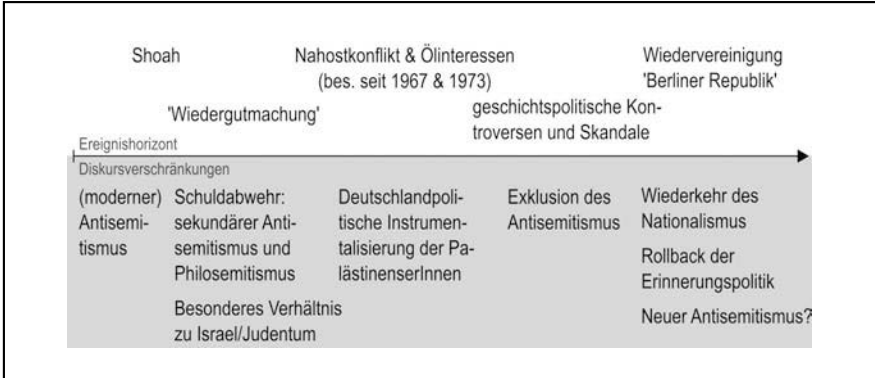
Trotz aller Wandlungstendenzen – der Nationalsozialismus bleibt Referenzpunkt der politisch-kulturellen Debatten. Noch immer sind NS-Geschichte und Shoah zudem ein »unerschöpfliches Argumentationsreservoir« (Lutz 2000: 348). All diese Debatten und Probleme, die gesamtgesellschaftlichen Anschlussdiskurse, die als diskursive Gelegenheiten fungieren, werden durch die Nahostdiskussion immer wieder mit aufgerufen.

### **3.5 Fazit**

Welche Schlussfolgerungen ergeben sich aus diesen Darstellungen für diese Studie? Zunächst einmal sind die verschiedenen, teilweise widerstrebenden Elemente deutlich geworden, die die deutsche Nahostpolitik kennzeichnen. Deutlich wurde aber auch, dass sich aus dem belasteten historischen Erbe, also trotz und wegen der Shoah, ein tiefe Beziehung zwischen der Bundesrepublik und Israel sowie verspätet und in Grenzen auch zu den PalästinenserInnen entwickelt hat. Die aufgrund weltweiter Medienpräsenz ohnehin kaum zu vermeidenden Kontakte mit dem Thema Nahostkonflikt sind in der Bundesrepublik so hoch wie nirgends – auf Basis vielfältigster Beziehung auf fast allen Ebenen des politischen, gesellschaftlichen, und zum Teil auch privaten Lebens. Anders formuliert: Einer Berührung mit dem Thema Nahostkonflikt und seinen Anschlussdiskursen zu entkommen ist schwer möglich. Der Kontakt mit Israel und Palästina ist aber immer Kontakt mit einem immensen Konflikt, was zu Positionierung zwingt, wobei aus dem allgemeinen politischen Kontext keine spezifischen Richtungsvorgaben, wohl aber eine allgemein hohe Aufmerksamkeit und emotionale Besetzung folgen. Dass die Frage auch emotional ist, hängt wiederum mit dem Urgrund der tiefen deutschen Anteilnahme zusammen – der deutschen Schuld, welche die Kultur der Bundesrepublik prägt.

Zudem ist davon auszugehen, dass Prägungen und Einflüsse aus dem deutsch-israelischen Verhältnis und seinen Hintergründen sich auf mindestens zwei Ebenen zeigen, einmal auf der offensichtlicher Phänomene (Medienpräsenz des Nahostkonflikts, bilaterale Beziehungen, Vergangenheitsdiskurs/Antisemitismusdebatten) als auch in psychisch und sozial tiefer gelegenen Schichten (latenter Antisemitismus, Rassismus/Islamophobie, unaufgearbeitete Kollaboration von NS und Muslimen, unbewusste Konflikte im Familiengedächtnis). All dies prägt auch die Linke, gleichwohl das Thema dort spezifisch (eben »links«) gefiltert wird. Abbildung 3 soll diese Einflüsse noch einmal im Überblick zeigen.

Abbildung 3: Diskursverschränkungen – Deutsche Geschichte und Nahostkonflikt



#### 4 Großbritannien, das Empire und der Nahostkonflikt

So wie die Verbindung der Bundesrepublik mit dem Nahostkonflikt im Nexus zwischen dem deutschen Judenmord und der Gründung des Staates Israel liegt, liegt die spezifisch britische Verbindung mit dem Konflikt in Großbritanniens Vergangenheit als weltumspannendes Empire und dies auf zwei Ebenen. Da ist der offensichtliche und direkte Link durch das britische Mandat. Großbritannien bestimmte als Besatzungsmacht rund 30 Jahre lang die Geschehnisse Palästinas – vom Ende des Ersten Weltkriegs bis zum überstürzten Abzug seiner Truppen im Jahre 1947. Wesentliche Elemente der Konfliktstruktur entstanden in dieser Zeit unter britischer Aufsicht. Die zweite Ebene ist die generelle Problematik des imperialen Erbes. Wie zu Recht herausgestellt wurde, kann der Kolonialismus und Imperialismus kaum ohne Rückwirkungen auf die Ausgangsländer bleiben. In den Kolonisierern und in den Kolonisierten hinterlässt er vielfältige Spuren. Großbritannien zu untersuchen, ohne das Empire mit einzubeziehen, erscheint als absurd, zumindest der Verflechtungsaspekt müsse Bestandteil jeder historischen Untersuchung sein (Burton 2003, Hall 1996). Vor allem Antoinette Burton hat immer wieder darauf hingewiesen, dass es eine Fiktion eines Teils der britischen *Little-Englandism*-Historiker war, die glaubten, klar zwischen England und *out there* unterscheiden zu können. Das Verdienst, auf der Wirkung der kolonialen Vergangenheit auf die britische Gesellschaft zu beharren, kommt insbesondere den *post-colonial studies* zu (Hall 2000). Durch sie ist es »now increasingly common to assert that Empire was crucial ... and that imperial dimensions continue to be relevant in Britain« (Buettner 2002). Nicht zuletzt die Deutungsmuster der britischen Linken im Nahostkonflikt sind, wie zu zeigen ist, ein weiterer Beweis für die Richtigkeit dieser Sichtweise.

#### 4.1 Postkolonialismus

Die Geschichte der Beziehung Britanniens zu den Ländern des Nahen Ostens ist auch die Geschichte vom Ende des Empire und des teilweise schmerzhaften Lernprozesses, den die britische Öffentlichkeit durchmachen musste, um einzusehen, dass für eine Großmachtpolitik die Grundlage (politische und ökonomische Macht) abhanden gekommen war (Darwin 1990: 215, Altmann 2004). Die fehlgeschlagene Suez-Invasion an der Seite Frankreichs und Israels gegen die Verstaatlichung des Suez-Kanals durch Ägypten war für dieses überholte »great power« thinking« (McNamara 2000: 619) ein Beweis, ebenso Großbritanniens Versuch, eine Rolle im Sechs-Tage-Krieg zu spielen. Stattdessen wuchsen die Abhängigkeit von den USA sowie die ökonomischen Probleme, und dies führte schließlich zur Hinwendung zur EG. Doch der Niedergang des Empire bedeutet keineswegs das Ende von Wirkungen der imperialen Vergangenheit auf die britische Gesellschaft. In diesen ist ein Teil der Erklärung der links-britischen Nahostwahrnehmung enthalten. Dazu ist zunächst kurz auf die Art dieser Auswirkungen einzugehen, vom Centre for Contemporary Cultural Studies (1982) ironisierend zusammengefasst als »*The Empire strikes back*«.

Vier Ebenen sind zu unterscheiden, zwei eher offensichtliche und zwei in der sozialen Tiefenstruktur angesiedelte. Die erste Ebene ist die der Beeinflussung der britischen Alltagskultur durch Produkte und Kulturgüter aus den Kolonien bzw. die Verwendung bestimmter kolonialer Bilder in Film und Literatur. Wenn eines der (i. d. R. historischen) Bücher über das Empire überhaupt nach den Folgen und Fortwirkungen fragt, dann wird wohl am ehesten darauf hingewiesen, dass indisch-pakistanische *chicken tikkas* mittlerweile zu den britischen Nationalspeisen gehören oder dass viele englische Wörter den Sprachen der Kolonialbevölkerungen entstammen.<sup>52</sup> Diese Produkte kamen nicht nur mit den in den Kolonien Beschäftigten ins »Mutterland« zurück, sondern auch – die zweite Ebene – mit MigrantInnen, die in Großbritannien vorzugsweise aus den ehemaligen Kolonien stammen und mittlerweile einen wesentlichen Teil der britischen multiethnischen Gesellschaft (Baringhorst 1998: 146) ausmachen. Acht Prozent werden in der Statistik als »Nichtweiße« geführt (Modood 2004: 85). Natürlich ist die Anwesenheit von MigrantInnen keine britische Besonderheit, doch die meisten stammen aus den ehemaligen britischen Kolonien und erinnern die BritInnen daran, wo einst überall der Union Jack wehte. Diese Menschen prägen auf verschiedene Art und Weise das Leben in Großbritannien, man denke nur an die fast ausschließlich von MigrantInnen betriebenen kleinen Läden und Imbisse oder an die Viertel, wie das Londoner Brixton, wo sich MigrantInnen bestimmter Herkunftsgebiete konzentrieren und das Bild nachhaltig prägen, aber auch an die überdurchschnittliche Betroffenheit der MigrantInnen von sozialen Problemlagen (ebd. 152, Berg 2003: 35) und die in der britischen Geschichte immer wieder auch hervorgebrochene rassistische Gewalt.

52 Z. B. in Hall (1996: 66), Judd (2004: 423 ff.), Porter (2004: 299 f.).

Im Verhältnis der Mehrheitsgesellschaft zu diesen Minderheiten führt sich – dies ist die dritte Ebene – etwas fort, was im kolonialen Herrschaftsverhältnis seine chauvinistischen Ursprünge hat. Nach Pionierleistungen aus den achtziger Jahren (Centre for Contemporary Cultural Studies 1982, Rich 1986) gibt erst jüngst eine wachsende Beschäftigung mit diesen tieferen Spuren und dem kulturellen Erbe des britischen Empire, die von HistorikerInnen und aus den *cultural studies* und *postcolonial studies* wichtige Impulse erhielt. Erforscht werden die Prägungen britischer Kultur und Identität durch das Empire, die über Migration und asiatisches Essen hinausgehen.<sup>53</sup> Dies bleibt aber ein kleiner Spezialdiskurs, das Empire spielt bspw. fast keine Rolle im Schulunterricht (Porter 2004: VII). Seine Auflösung habe sich, so die verbreitete Meinung, ohne Aufregung im Mutterland abgespielt (Darwin 1991: 1), wie es nebenbei und ohne großartige Anstrengungen entstanden sei, so Porter (2004) in seinem Buch mit dem programmatischen Titel »Absent-minded imperialists«. Die gelegentlich suggerierte Vorstellung von einem schlichten Nebeneinanderher der Entwicklung des Königreichs auf der Insel und des weltweiten Empire kann ebenso wenig befriedigen wie eine geläufige konservative Variante der Empire-Geschichte, die britische Herrschaft über große Teile der Welt schön zeichnet, als organische Ausbreitung durch Handel, Verbreitung von Zivilisation und grundsätzlicher Orientierung auf das baldestmögliche Entlassen der besetzten Gebiete in die Selbstverwaltung und Unabhängigkeit (Porter 2004: VII). Auch wenn es als Zivilisierungsmission verbrämt wird, die Kolonisierung anderer Länder und Menschen hat als Apriori eine Vorstellung der eigenen Überlegenheit. Auf der einen Seite steht das britische Imperium zwar für freien weltweiten Handel und Wandel, auf der anderen aber für Sklaverei und Menschenhandel (Kowalewski-Wallace 2006), Massaker an der Zivilbevölkerung und Millionen Tote durch Hungersnöte (Davis 2002), Erzeugung einseitiger Abhängigkeiten und Monokulturen in zuvor subsistenzfähigen Wirtschaften, in der Verweigerung von Selbstbestimmungsrechten für hunderte Millionen von Menschen. Denn in der Zeit der größten imperialen Ausdehnung herrschte die britische Krone immerhin über ein Viertel der Weltbevölkerung. Immer war Herrschaft im Empire zudem im engeren Sinne rassistisch (entlang *colour bar*) codiert. So war die Anpassung der weißen Siedler und Kolonialbeamten an Kleidungsstil und Gebräuche der Einheimischen verpönt (Porter 1996: 356), galten diese doch als unzivilisiert und unterlegen (Colley 1992), ja als Wilde oder Tiere. Diese tiefsitzenden Bilder sind heute keineswegs verschwunden (Ware 1996: 148 f.). Im langsamen Dekolonisierungsprozess traten zudem die Unterschiede zwischen den weißen Siedlerkolonien (den *dominions* mit früher Selbstverwaltung) und denjenigen Kolonien, in denen eine nichtweiße Bevölkerung die Mehrheit stellte, offen zutage (Boyce 1999: 234 f.). Selbst in den sechziger Jahren, als in Großbri-

53 Und die bisherige Forschung bezieht sich dabei auch zum größten Teil auf das 19. Jahrhundert bzw. die Zeit bis zum Zweiten Weltkrieg (Ward 2001a: 1); vgl. Rich (1986), Chambers/Curti (1996), MacKenzie (1999), Codell (1998), Burton (2003).

tannien erste Einwanderungsbeschränkungen eingeführt wurden, verlief die Markierung entlang rassistischer Grenzen (die irische Bevölkerung bspw. war nicht betroffen, obwohl auch sie nur *ehemalige* UntertanInnen der Krone darstellten, ebd.: 349 f.).

Dies führt zur vierten Ebene, nämlich der Frage, ob es überhaupt eine britische Identität ohne das Empire gibt oder ob *Britishness* sich nicht gerade erst im Angesicht des kolonisierten Anderen formte. Porter (1996: 359) konstatiert, dass mit dem Zusammenbruch des Empires wesentliche Bezugspunkte der nationalen Identität wegbrachen, dessen, was so lange mit dem Union Jack verbunden worden war. Britische Identität musste demzufolge in einem gewissen Sinne gegen die imperiale Zeit neu bestimmt werden. Überlegungen dieser Art gehen vor allem auf einen Aufsatz von Linda Colley (1992) zurück.<sup>54</sup> Angesichts der kulturellen Heterogenität auf der Insel fragt sie, wie es möglich war, erfolgreich eine übergreifende Identität zu konstruieren. Sie findet dabei drei entscheidende *others*, in deren Angesicht erst britische Gemeinsamkeit erfahren wurde. Diese drei waren der Katholizismus, Frankreich und das Empire. Vor allem gegenüber den als rückständig stigmatisierten Kolonisierten erfuhren sich englische, walisische und schottische Soldaten, Händler, Angestellte der Kolonialverwaltungen und Forschungsreisende als Einheit: »Possession of such a vast and obviously alien empire encouraged the British to see themselves as a distinct, special, and – often – superior people« (Colley 1992: 324). Für Colley ist dies entscheidend, um Prozesse innerhalb Großbritanniens verstehen zu können, die zur *devolution* in Schottland, Wales und Nordirland führten, gerade als das imperiale Andere weggebrochen war. Dies ist auch wichtig für das Verständnis einer Linken, deren Anderes sich zwar auch in den Kolonisierten des Empire fand, mehr jedoch im Empire selbst, das am konsequentesten von der politischen Linken kritisiert und bekämpft wurde. Mit diesen Folgen des Empire als kultureller Gelegenheitsstruktur konfrontiert, muss sich die britische Linke mit Fragen auseinandersetzen, die sich deutschen Linken schlicht nicht stellen.

Die ideologische Rechtfertigung des Imperialismus stellte neben dem nicht verhohlenen Eigeninteresse der tiefverwurzelte Glaube an Mission zum besten der Kolonisierten dar, die ihnen Wohlstand, Entwicklung und eine Höherentwicklung hin zur Demokratie bringe (Porter 1996: 293). Nur solange die Bevölkerung zur Selbstregierung noch nicht reif sei, springe Großbritannien als Treuhänder ein. Treuhänderschaft wurde so zu einem Euphemismus, der es auch manchem Gegner des Kolonialismus leichter machte, das Empire letztlich doch zu akzeptieren (Owen 1999: 193 f.), so bspw. die sozialtechnokratischen Fabianer (ebd.: 191) und andere in der Labour Party. Der antikolonialen Eindeutigkeit der Linken standen verschiedene Ambivalenzen gegenüber. Diese bestanden in der durch den Ko-

54 Vgl. zur Debatte Ward (2001, 2004). Auch das Schaffen des linken Intellektuellen Tom Nairn widmet sich diesen Fragen.

lonialismus relativ begünstigten Lage der britischen ArbeiterInnen («Arbeiteraristokratie», ebd.: 208) und im Patriotismus, dem größten ideologischen Konkurrenten des Sozialismus, der selbst die im leninistischen Antiimperialismus meist konsequent antikoloniale CPGB zu gelegentlichen Konzessionen bewegen konnte, als diese sich nach dem Zweiten Weltkrieg zur wahren Hüterin der nationalen Interessen stilisierte (Howe 1993: 162). Trotz dieser Beeinflussung besteht doch die sozusagen dominante linke Wahl in der Bekämpfung des Kolonialismus, der dem Traum von der Gesellschaft der Gleichen diametral entgegensteht. Auch hier zeigt sich wieder die engere und die weitere Bedeutung des Begriffes links. Die Labour Party, die bestenfalls von einem weiten Begriff von Linkssein erfasst wird, zeigte sich gespalten, aber doch eben auch mit Sympathien für das Empire. Von ihren linken Rändern jedoch, insbesondere der Independent Labour Party, und der Linken außerhalb Labours, also der CPGB und den TrotzkiInnen, gingen die entscheidenden Impulse des linken Antikolonialismus aus.<sup>55</sup> Deutlich verworrener waren die Haltungen zum Zionismus und dem britischen Palästina-Mandat.

## 4.2 Das Empire in Palästina

Die britische Präsenz im historischen Palästina und seinen Nachbarländern ist gekennzeichnet von widersprüchlichen Versprechungen und Verpflichtungen, mit denen das Empire versuchte, eigene Interessen mit denen lokaler Akteure zu verbinden. Die Zusicherung eines arabischen Staates in Syrien und auf der arabischen Halbinsel im MacMahon-Hussein-Abkommen von 1916 brachte Großbritannien zwar die erhoffte Unterstützung im Kampf gegen das Osmanische Reich, den arabischen Nationalisten allerdings keinen Staat. Der Nahe Osten wurde nach dem Ende des Ersten Weltkriegs vielmehr zwischen Frankreich und Großbritannien aufgeteilt, auf Basis des Sykes-Picot-Abkommens von ebenfalls 1916 (Herz/Steets: 29).

Fast zeitgleich (1917) wurde ein weiteres und durchaus folgenreicheres Versprechen gegeben, um eine weitere Gruppe als Unterstützung im Krieg zu gewinnen – die zionistischen Jüdinnen und Juden (Shepherd 1999: 7). Der britische Außenminister Balfour versprach ihnen die Schaffung einer »nationalen Heimstätte«. Großbritannien war somit zu einem der wichtigsten Förderer des Zionismus geworden. Nachdem ihm 1920 das Völkerbundmandat für Palästina gegeben wurde, hatte es also die Aufgabe, zwischen den Bevölkerungsgruppen (muslimische und christliche AraberInnen, DrusInnen sowie alteingesessene und neuzugewanderte Jüdinnen und Juden) und den sich entwickelnden nationalen Bewegungen zu vermitteln. Nicht nur die ohnehin verfolgten strategischen Interessen an einer eigenen Präsenz in der Nähe der nahöstlichen Ölvorkommen und entlang

<sup>55</sup> Es gab auch liberalen und christlichen Antiimperialismus und Antikolonialismus. Der Widerstand gegen das Empire war ohnehin weniger in einer festen Ideologie als in moralischen Erwägungen begründet war (Howe 1993: 170, Owen 1999: 208 f.).



wichtiger Handelswege,<sup>56</sup> sondern auch die Interessengruppen vor Ort erwiesen sich dabei als hinderlich. Sowohl der Zionismus als auch der noch junge panarabische und palästinensische Nationalismus standen den Briten und ihrem Schwanken zwischen Zugeständnissen und Forderungen an die verschiedenen Seiten ablehnend gegenüber und verweigerten sich weitgehender Partizipation. Größter Streitpunkt war die Frage der jüdischen Einwanderung. Dies gestaltete sich zunächst jedoch als vorrangig *sozialer Konflikt* (Beck 2002: 167), da arabische Landbesitzer den jüdischen Siedlern Land verkauften, was den Entzug der Lebensgrundlage für viele palästinensische Bauern bedeutete. Diese Tendenz wurde verstärkt von der ideologischen (und wirtschaftlich irrationalen) Maxime der »hebräischen Arbeit«, dem Versuch der jüdischen Unternehmen, möglichst unabhängig von arabischen Arbeitskräften zu sein (ebd. 168). Unter anderem dies war Anlass für arabische Aufstände, in deren Verlauf erst sich ein *politischer Herrschaftskonflikt* entwickelt, weil die palästinensische Nationalbewegung erst im Konflikt entscheidende Entwicklungsimpulse erfuhr (Sela 1998: 221) und sich aus dem panarabischen Nationalismus als spezifisch palästinensische Bewegung ausdifferenzierte. Die von Großbritannien, besonders unter dem ersten Hochkommissar Herbert Samuel, aktiv geförderte jüdische Besiedlung Palästinas, die nur phasenweise strategisch unterbrochen wurde, legte frühzeitig den Grundstein zu »einem ausgeprägten Konflikt zweier ethnischer Gruppen über ein Territorium« (Beck 2002: 171).

Gelegentliche Eruptionen, zuerst bei den Zusammenstößen in Jahre 1921 (Shepherd 1999: 179), kulminierten in den antijüdischen Ausschreitungen des Jahres 1929 und dem arabischen Aufstand von 1936–1939. Großbritannien reagierte mit der militärischen Niederschlagung und – wie auch schon öfter zuvor – mit der Entsendung einer Kommission. Die Peel-Kommission schlug die Teilung des Landes in einen jüdischen und einen arabischen Teil vor. Während es, wie auch später beim UN-Teilungsplan, begrenzte Zustimmung in der zionistischen Organisation gab, lehnte dies die arabische Seite kategorisch ab. Die Lage spitzte sich zu, als aufgrund der deutschen Judenverfolgung immer mehr Flüchtlinge nach Palästina migrieren wollten und nun aber Großbritannien aus kriegsstrategischen Gründen trotz der Shoah eine restriktive Einwanderungspolitik betrieb, um die arabische Seite nicht weiter aufzubringen. Eine weitere Stufe der Eskalation stellten schließlich die militanten jüdischen Gruppen und ihr Kampf gegen die Mandatsmacht dar. Das durch den Krieg geschwächte Großbritannien suchte deshalb die Exit-Option, gab das Mandat auf und verließ es in bürgerkriegsähnlichen Zuständen im Mai 1948.<sup>57</sup> Israel erklärte sich für unabhängig, und die arabischen Armeen der umliegenden Länder erklärten ihm den Krieg, den sie jedoch unkoordiniert führten und gegen eine mittlerweile gut geführte israelische Armee verloren,

56 Im Zentrum der britischen Interessen stand neben dem Öl der Suezkanal als Transport- und Kommunikationsweg nach Asien und Australien sowie die Verfügung über militärische Basen südlich des sich vergrößernden sowjetischen Einflussbereichs (vgl. Ulfkotte 1984: 197, Owen 1998: 5, Shepherd 1999: 6).

57 Vgl. Pappe (1990), Bialer (1992), Tzohar (1993), Levey (1995).

die aus den schon in der Mandatszeit operierenden Einheiten der Haganah hervorgegangen war. Deren bessere Aufstellung und überlegene Strategie resultierte nicht zuletzt aus den in britischen Einheiten gemachten Erfahrungen.

Der überstürzte Abzug hinterließ das heutige Problem in seinen Grundzügen; er überließ die PalästinenserInnen dem Machtkampf zwischen Israel und den arabischen Staaten und schuf somit die Voraussetzungen für die Existenz so vieler von ihnen als Flüchtlinge (vorrangig in den arabischen Staaten) oder Staatsbürger zweiter Klasse (in Israel oder Jordanien), indem er die Implementierung der UN-Teilungsresolution von 1947 effektiv verunmöglichte (Sela 1998: 221). Der Konflikt zwischen dem Zionismus und der arabischen Welt hatte sich inzwischen ausgeweitet – zu einem »moralischen Schlüsselthema im arabischen Leben« (ebd.).

Shepherds (1999: 244) Einschätzung einer Sicherung des Erfolgs des zionistischen Projekts durch die Briten soll nicht darüber hinweg täuschen, dass das Verhältnis zwischen der zionistischen Bewegung sowie ihrem neugegründeten Staat und Großbritannien trotz allem hochproblematisch war. Die Feindseligkeiten kamen am deutlichsten in der jüdischen und zionistischen Ablehnung des Weißbuches von 1939 zum Ausdruck. Mit diesem ging die britische Administration auf Forderungen der palästinensisch-arabischen Seite ein und beschränkte die jüdische Immigration nach Palästina. Dies gewann angesichts der Flüchtlinge, die versuchten, den Schrecken der NS-Judenvernichtung u. a. auch nach Palästina zu entkommen, zusätzliche Brisanz. So sprechen denn auch manche Autoren von einer radikal antizionistischen Position der britischen Weißbuch-Politik während des Zweiten Weltkrieges (Tzohar 1993: 97, Karsh/Miller 2004: 316). Auch die britischen Opfer der Anschläge zionistischer Militanter, z. B. auf das King-David-Hotel im Jahre 1946, sorgten nicht für britische Sympathie für den Zionismus. Und selbst die Zeit, in der die britische Politik den Zionismus vorrangig unterstützte, ist weniger Ausdruck humanistischer Ideale oder ideologischer Bewunderung – auch nicht aus Sicht der relativ Zionismus-affinen Labour Party. Denn während die pro-zionistische Haltung Verstärkung durch die in den dreißiger Jahren zunehmenden deutschen und italienischen Aktivitäten im arabischen Raum (Sela 1998: 222) und durch die Nähe des Führers der palästinensischen Nationalbewegung Mufti Haj Amin al-Husseini zu den Nazis erfahren haben mag, basierte sie andererseits auch selbst zum Teil auf antijüdischen Ressentiments. Der Glaube an jüdische Verschwörungen und »jüdische Macht« zählt ebenso zu den Motiven britischen pro-zionistischen Engagements (Shepherd 1999: 8) wie die Abneigung gegenüber einer weiteren Migration osteuropäischer Jüdinnen und Juden nach Großbritannien (Kelemen 1996: 346, 2000: 147).

### **4.3 Großbritannien, Israel, Palästina**

Die Regierung, die ab 1945 von der Labour Party gestellt wurde, vollzog dann eine pro-arabische Wende. Hier setzten sich nationale Interessen gegenüber ideologischen Affinitäten durch. Insgesamt ging es in den Beziehungen beider Länder

vorrangig um strategische Fragen im Kontext materieller und politische Interessen. Diesen Eindruck vermittelt die Literatur, die Fragen der militärischen Kooperation, Ölinteressen und Finanzstabilität als Kontexte britisch-israelischer Beziehungen anbietet. Dieser Befund kann Ausdruck von Defiziten der Forschung sein, die kulturellen Dimensionen bisher wenig Aufmerksamkeit gewidmet hat.<sup>58</sup> Sicher ist, dass die Beziehung zwischen beiden Staaten nie eine so besondere Qualität oder Tiefe erreicht hat wie die zwischen der Bundesrepublik und Israel.

Offiziell wurde Israel von Großbritannien erst zwei Jahre nach der Gründung (1950) anerkannt. Während die britische Regierung militärisch vor allem mit Ägypten und Transjordanien kooperierte, wurde sie in Israel als feindlich gesonnen angesehen (Tzahor 1993: 75, 97). Selbst der gemeinsame Angriff Israels, Frankreichs und Großbritanniens gegen Nassers Ägypten, das den Suezkanal verstaatlicht hatte, gilt nur als eine Episode (Levey 1995: 772). Denn um seinen Einfluss in der arabischen Welt nicht zu gefährden, gab sich das Vereinigte Königreich zwar möglichst neutral, ein pro-arabischer Bias ist jedoch offensichtlich (Ulfkotte 1984: 202). Trotzdem versuchte es immer wieder eine Patt-Situation zu erhalten. Waffen lieferte das Vereinigte Königreich an alle Länder der Region (im Sechs-Tage-Krieg 1967 und im Oktoberkrieg 1973 wurde hingegen ein Waffenembargo gegen alle kriegführenden Parteien verhängt). Trotzdem verbesserten sich die Beziehungen Schritt für Schritt. Dazu trug auch der Sieg Labours bei den Parlamentswahlen 1964 bei. Später traten jedoch wieder wirtschaftliche Motive in den Vordergrund. So war Großbritannien in den achtziger Jahren Israels zweitwichtigster Waffenlieferant, und dies blieb ein Hauptinteresse hinter den britisch-israelischen Beziehungen, neben denen Großbritannien grundsätzlich die gleichen formuliert, wie andere westliche Länder auch: Ölversorgung, Kampf gegen islamistisch-radikale Bewegungen und Abwehr von Bedrohungen aus der Region durch Terrorismus (Rhyndhold 2005: 1). Insbesondere in der Zeit des Friedensprozesses (seit 1991) wurde die militärische Kooperation ausgebaut. Heute ist Israel Großbritanniens wichtigster Handelspartner in der Region (British Embassy o. J.). Und in Israel wird wahrgenommen, dass Großbritannien israelische Verhandlungspositionen und Sicherheitsbedenken sehr ernst nehmen (ebd: 4) und einer der wenigen verlässlichen Unterstützer israelischer Positionen sei (Taipei Times 2003). All dies ist Ziel von Kritik der Linken. Die guten Beziehungen, die Waffenlieferungen, die israelischen Hauszerstörungen mit Bulldozern der US-Firma Caterpillar, die auch in Großbritannien vertreten ist, oder die Erschießung des britischen Friedensaktivisten Tom Hurndall: für die Linke ist das gute Verhältnis ein Skandal (Curtis 2006).

Das britisch-palästinensische Verhältnis war bisher nicht Gegenstand der Forschung. Ein anderer Aspekt hat zumindest begrenzte Aufmerksamkeit erfahren, nämlich das Verhältnis Großbritanniens zur Shoah. Großbritannien kann mit Fug

58 Das britisch-israelische und das britisch-palästinensische Verhältnis bleiben ein Forschungsdesiderat..

und Recht behaupten, einen gewaltigen Teil der Last an der Niederringung Nazi-deutschlands getragen zu haben. Viele Jüdinnen und Juden fanden in England oder Palästina Zuflucht. In diesem Sinne ist der nationalsozialistische Genozid ein wichtiges other britischen Nationalstolzes (Cole 2004). Andererseits gibt es immer wieder Vorwürfe, die britische Regierung habe angesichts des Wissens um die Verbrechen versagt, zu wenige Flüchtlinge aufgenommen, Auschwitz nicht bombardiert und Angst vor zu vielen Jüdinnen und Juden im eigenen Land gehabt.<sup>59</sup>

Kushner (1989, 1990) sieht eine ambivalente Grundtendenz, die von Mitgefühl mit dem Leiden der Jüdinnen und Juden über Desinteresse bis zu Ablehnung reicht. Schon 1947 gab es wieder antisemitische Krawalle in England. Während der Nürnberger Prozesse und der Berichterstattung über die Lager blieb der Antisemitismus unterbelichtet, die Auschwitzprozesse fanden kaum noch Beachtung. Kushner deutet dies kulturell. Ein spezifisch individualistisch-liberaler britischer Diskurs sei Ursache für den Assimilationismus bezüglich der Jüdinnen und Juden, weil er deren rassistische Unterdrückung ihrer betonten Gruppendifferenz zusprach. So wurden die Juden meist nur als Angehörige der Staaten behandelt, aus denen sie stammten, ihre spezifische Verfolgung nicht betont (ders. 1989: 11) – auf Basis britischer Interessen, aber auch aus der Unfähigkeit heraus, Minderheitenprobleme mit dieser individualistischen Sicht überhaupt zu thematisieren (ebd. 14). Der vorherrschende britische Pragmatismus (für Kushner mit deutlich parochialen Zügen) zeichne verantwortlich für eine Ignoranz gegenüber den zentralen philosophischen Fragen, die sich durch Auschwitz stellen. Kushners (1989: 4) Fazit ist eindeutig: »[There is] a lack of interest and concern over the Holocaust«. Und dieser Mangel »emanates from the very nature of British culture« (ebd. 14).

Anders als in Deutschland ist es also nicht die Shoah, die als »interner Anschlussdiskurs« (Hafez 2002: 162) interveniert. Trotzdem muss bspw. die Medienberichterstattung über den Nahostkonflikt als eher israelfreundlich bewertet werden, so Philo/Berry (2004). Die britische Nachrichtenberichterstattung, besonders auf BBC1, unterstütze deutlich eine Sichtweise des Konfliktes, die der israelischen Regierung genehm sein kann. Israelis werden mehr als doppelt so lange und oft interviewt wie PalästinenserInnen. Israelische Handlungen werden eher erklärt, meist als Reaktion auf palästinensische, während die palästinensische Konfliktseite eher als Urheberin gewalttätiger Ereignisse erscheint. Israelischen Opfern wird mehr Raum gewährt, obwohl ihre Zahl geringer ist. Auch die Art der Präsentation unterscheidet sich. Wörter wie »Grausamkeit« oder »kaltblütige Tötung« kommen nur zur Schilderung von palästinensischen Gewaltakten vor. Das Wort »Terrorist« ist nur für PalästinenserInnen vorbehalten. Zusätzlich wird US-Offiziellen, die Israel unterstützen, großer Raum gelassen. Die Berichterstattung werde von Gewaltereignissen dominiert, während Informationen über die Hinter-

59 Zur historischen Debatte um dieses Thema Cesarani (1998, 2002), Sompolsky (1999), Shatzkes (2000), Kushner (1989, 1990).

gründe des Konfliktes fast komplett fehlen. So werden die israelischen Siedlungen eher als verletzte Gemeinden dargestellt, denn als strategische Elemente der Besatzungspolitik. Diese Elemente tauchen auch in den Vorstellungen der MedienrezipientInnen wieder auf, *diese* Präsentation der Nachrichten hat Folgen. Sie ist die Ursache für ein desinformiertes Publikum. Personen unterschiedlichen Alters und unterschiedlicher sozialer Herkunft wurden in Fokusgruppen zum Nahostkonflikt befragt bzw. diskutierten das Thema unter Anleitung eines Moderators mit JournalistInnen. Zusätzlich wurden Fragebögen unter Studierenden verteilt. Erstaunlich ist das Ergebnis, dass nur wenige die grundlegendsten Aspekte des Konfliktes kennen. Viele wissen nicht, wer die beteiligten Parteien sind und welchen Konflikt diese ausfechten. Einige denken, die PalästinenserInnen wären die Besatzungsmacht, andere halten den Konflikt für eine Grenzstreitigkeit zwischen souveränen Staaten. Die Mehrheit überschätzt die Zahl israelischer Opfer und unterschätzt die palästinensischen.

Interessant ist der sehr kurze internationale Vergleich (UK, USA, D), der bedauerlicherweise auch nur die Rezeptionsanalyse umfasst. Danach sind die deutschen und die US-amerikanischen StudentInnen jeweils *deutlich* besser informiert als ihre britischen Pendants. Hier zeigt sich möglicherweise wieder die geringe Bedeutung der Shoah (und somit sekundär das Interesse für Israel) in der politischen Kultur Großbritanniens.

#### **4.4 Fazit**

Die Kolonialgeschichte Großbritanniens in den arabischen Ländern ist Ursache seiner Involvierung in den Nahostkonflikt, zudem in der entscheidenden Phase seiner Prägung. Andererseits war Palästina nur *ein* Gebiet im britischen Weltreich. In dem Jahr, in dem die UNO die Teilung Palästinas und Großbritannien seinen baldigen Rückzug beschlossen, fand auch die dramatische Entlassung Indiens und Pakistans in die Unabhängigkeit statt. Entsprechend verwundert es nicht, dass die Beziehungen zu Israel und den PalästinenserInnen keine aus den Außenbeziehungen Großbritanniens herausragenden waren, wo es zudem noch länger über Kolonien verfügte sowie mit dem Commonwealth weitere weltumspannende Bande hat. Entsprechend sind die Beziehungen Großbritanniens mit den Konfliktparteien des Nahen Ostens nicht emotional, sondern strategisch orientiert. Auf einer allgemeineren Ebene jedoch hat das Empire seine Spuren hinterlassen, in der Formung britischer Identität, in den Fragen von Migration und Rassismus und in der Bereitstellung der diskursiven Gelegenheitsstruktur »Imperialismus« für die Entwicklung der Linken.

### III Die diskursive Gelegenheitsstruktur »links«

Eingangs ist vorgeschlagen worden, auch Linkssein als eine diskursive Gelegenheitsstruktur zu begreifen. Das folgende Kapitel soll diese darstellen, indem zunächst der Begriff »links« erläutert wird, die dazugehörigen Diskurse, Akteure, Meinungen und Themen benannt werden, vor allem diejenigen, die als Anschlussdiskurse für den Nahostdiskurs fungieren. Dabei wird in zwei Hauptteile unterteilt. Der erste untersucht die Frage »Was ist links?« im Allgemeinen, der zweite untersucht »links« im Hinblick auf das engere Thema der Untersuchung, den linken Umgang mit dem Nahostkonflikt. Es gilt herauszufinden, welche die dominanten linken Orientierungen sind, die durch die nationalen diskursiven Gelegenheitsstrukturen spezifisch gebrochen werden können.

#### 1 Wer und was ist »links«?

Die Benennung von politischen Lagern mit den Begriffen rechts und links geht auf die Sitzordnung in der revolutionären französischen Nationalversammlung zurück. In der Politikwissenschaft beschreiben die Begriffe »links« und »rechts« politische Koalitionen, die auf verschiedenen gesellschaftlichen Konfliktlinien (*cleavages*) basierten. Dieses Konzept geht auf die Arbeiten von Rokkan, Lipset (1967) und Pappi (1973) zurück und beschreibt Grundkonflikte, die im Prozess der Modernisierung auftauchen und sich mit der Parlamentarisierung meist in Parteibildungen niederschlagen. Es handelt sich um die Konflikte zwischen aufgeklärt-städtischer und traditional-ländlicher Lebensweise, zwischen Religiosität und Säkularisierung, zwischen nationaler Zentrumsorientierung und älterer regional/peripherer Orientierung und nicht zuletzt zwischen Kapital und Arbeit (Mielke 2004: 7). Die Wertewandelsforschung (Inglehart 1971) fügte dem als jüngste Konfliktlinie die zwischen materialistischen und postmaterialistischen Wertorientierungen hinzu, die sich in genügend wohlhabenden Gesellschaften im letzten Drittel des vergangenen Jahrhunderts bildete und die Orientierung weiter Bevölkerungsteile auf Werte wie Selbstverwirklichung, selbstbestimmte Identität, aber auch die Sorgen um gesellschaftliche Entwicklungen wie Umweltverschmutzungen auch im Wahlverhalten und Parteiensystem reflektiert (Fuchs 1990).

Die Grundlage des Links-Rechts-Schemas ist immer noch der Konflikt zwischen Kapital und Arbeit, heute meist in Form des Konflikts zwischen (neo-)liberalen Konzeptionen, die auf die »freie Kraft des Marktes« vertrauen und anderen Vorstellungen, die in unterschiedlichem Maß, gesellschaftliche Steuerung der Wirtschaft und Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums befürworten. Dahinter stehen reale Interessenskonflikte zwischen gesellschaftlichen Gruppen wie die

*class cleavage* (Brand 1985: 321). Allerdings ist es heute realistischer von einer Koalition verschiedener Konfliktlinien auszugehen, die mit rechts und links assoziiert werden. Insbesondere die Spaltungslinie religiös – säkular ist mit der Spaltung zwischen Kapital und Arbeit verschmolzen, wobei die Linke starke Affinität zum Säkularen aufweist (Fuchs/Klingemann 1990: 225). Die Materialismus-Postmaterialismus-Konfliktlinie zieht sich durch die Linke, wenn diese auch mehr postmaterialistische Werte aufgenommen hat als die Rechte. Die Linke bleibt zwischen den klassischen Organisationen der ArbeiterInnenbewegung (materialistischer Pol) und den vielfältigen Themen der Neuen Sozialen Bewegungen (postmaterialistischer Pol) gespalten.

Das Links-Rechts-Schema ist eine Raummetapher, die im politischen Feld die Funktion einer komplexitätsreduzierenden Orientierungshilfe hat. Fuchs und Klingemann sprechen von einem generalisierten Kommunikationsmedium im Parsonianischen Sinn, das nur bei einem geringen Teil der Bevölkerungen westlicher Länder die Qualität eines ausdifferenzierten ideologischen Systems habe. Trotzdem ist es mit konkreten Inhalten assoziiert: »The semantic space of left-right is inhabited by a *limited* repertory of *generalized* meaning elements with largely binary associations« (ebd. 233, Hervorh. i. Orig.). Für die meisten EuropäerInnen ist es kein Problem, sich selbst auf einer links-rechts-Skala zu verorten (Noelle-Neumann 2003, Fuchs-Klingemann 1996) und ebenso ordnen sie den beiden Labels Eigenschaften zu. Danach stehe im Zentrum des Begriffs links der Wert der Gleichheit aller Menschen, während rechts für Differenzierungen nach individuellen, sozialen, nationalen und anderen Merkmalen stehe. Linke Werte seien Nähe, Wärme, Formlosigkeit im Umgang mit anderen Menschen und Spontaneität; rechts stehe für Distanz, Disziplin und förmlichen Umgang. Auch im Wissen um die Funktionsweise der Gesellschaft gebe es eine linke und eine rechte Sicht. Links attribuiere Ursachen an die Gesellschaft und an Milieus, rechts mache eher die/den Einzelnen/n verantwortlich. Diese wertbezogene Bestimmung der Begriffe links und rechts ohne Bezug auf das Konfliktlinienmodell bestimmt das Gros der Literatur. Besonders Anfang der neunziger Jahre widmeten sich dem Thema viele Neuerscheinungen, die fragten »Was ist heute links?« (Dietzel/Irmischler 1991)<sup>60</sup>. Den Hintergrund dieser Publikationen bilden der Zusammenbruch des Ostblocks und die damit zusammenhängende Krise der Linken. Übereinstimmend wird festgestellt, dass die Rechts-Links-Unterscheidung immer mehr angegriffen werde, meist von sich selbst als rechts oder nicht mehr links befragenden AutorInnen. Doch ebenso wie die Bevölkerung in den Meinungsumfragen wollen auch viele der AutorInnen diese Unterscheidung nicht aufgeben. Generell lässt diese Literaturlage den Schluss zu, dass sich Linkssein auch als dis-

60 Lochner 1990, Gorholt/Kunz 1991, Fischer 1992, Bobbio 1993, 1998 [1994], Zwerenz 1994, Hörnle 2000, und die Beiträge in Dietzel/Irmischler 1991, O. A. 1993, Gorz/Kallscheuer 1991, Klein et al. 1991, Kowalsky/Schroeder 1993.

kursive Gelegenheitsstruktur mit hoher Deutungs- und Bindekraft hinsichtlich des Nahostkonflikt verstehen lässt.

Eine entscheidende Differenz besteht im Übrigen zwischen der deutschen und der britischen Vorstellungswelt von links und rechts. Döring (1990: 76) zeigt, dass beide Begriffe in Großbritannien so sehr wie in keinem anderen an der Studie teilnehmenden Land (USA und Westeuropa) mit *Personen* assoziiert werden, während seltener als in allen anderen Ländern *Begriffe* assoziiert werden. Umgekehrt stellt sich der deutsche Fall dar – mit der höchsten Assoziation von Begriffen und zumindest seltenerer Nennung von Personen als in Großbritannien. Deutsche Abstraktion und deutscher Anspruch allgemeiner Geltung stehen dem britischen lebensweltlichen Pragmatismus gegenüber (siehe dazu Kap. III.2).

Was es in der Literatur überraschenderweise so gut wie nicht gibt, sind systematisch gliedernde Beschreibungen und Typologien der Linken. Untersuchungen zu spezifischen Fragen der Linken arbeiten mit unterschiedlichen Füllungen des Begriffs, meist ohne klare Definitionen.<sup>61</sup> Im Widerspruch zur Stabilität der Links-Rechts-Selbstidentifikation steht auch die Auflösung dieser Dichotomie im Parteiensystem (Knobloch 1999), dessen Akteure im Kampf um die »Neue Mitte« häufig bestrebt sind, Links-Rechts-Einordnungen zu negieren. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die Stärke dieser Orientierungen gerade außerhalb der mehrheitlich um die Mitte gruppierten Teile der Bevölkerung, also für viele radikalere Gruppen, Bewegungen und Parteien weiterhin ein bedeutendes Selbstidentifikationslabel darstellt, das auch Entsprechungen in der realen Interaktionsdichte bzw. gegenseitigen Relevanzzuschreibung der Akteure hat. Erinnert sei bspw. an die noch detailliert zu schildernde Diskussion zwischen Antideutschen und AntiimperialistInnen um ihre Vorstellungen darüber, was und wer links ist. Die bleibende Relevanz dieser Selbstidentifikation wird auch von neueren Studien zur Globalisierungskritik bestätigt (Andretta et al. 2003: 200). Die gewählte Operationalisierung für diese Arbeit geht deswegen von der Wichtigkeit der Selbsteinschätzung der Akteure aus, die zu den Konfliktlinien, wie sich zeigen wird, in enger Beziehung steht. Keinesfalls sollte eine essentialistische Bestimmung des Linksseins vorgenommen werden, deswegen wurde die Grundgesamtheit erst im Prozess des theoretischen Samplings klar. Ausgehend von konsensual als links bestimmten Akteuren wurde sich Schritt für Schritt zu weiteren Akteuren »vorgearbeitet«, nicht zuletzt durch die Befragung der Interviewpartner, wer von ihnen noch als zugehörig zur Linken gewertet wird (Vgl. Fallauswahl Kap. IV.2.).

In der gebotenen Kürze sollen hier einige Worte zur weltweiten Entwicklung der Linken folgen, damit Tendenzen und vor allem Anschlussdiskurse, welche die deutsche wie die britische Linke betreffen, an den entsprechenden Stellen nicht doppelt ausgeführt werden müssen. Hier ist zwischen globalen Rahmenbedingun-

61 Manche untersuchen unter dem Label links sozialistische und kommunistische Parteien (Azcarate 1989, Ludwig 1995), andere die Sozialdemokratie (Hörnle 2000, Sassoon 1997, Koelble 1991), Grüne (Weichold 1991, 1991a, Ludwig 1995) oder auch die Bürgerrechtsbewegung (Lochner 1990).



gen und der Organisations- bzw. Bewegungsebene der Linken selbst zu unterscheiden. Eindeutig dominierten die weltweiten Entwicklungen der Linken am Beginn des neuen Jahrtausends auf beiden Ebenen zwei Themenfelder: erstens der Neoliberalismus und seine Kritik, insbesondere das Aufkommen der globalisierungskritischen Bewegungen (oder *global justice movements*) sowie die neuen Weltordnungskriege und die Antikriegsbewegung. Beide sind sowohl wichtige allgemeine Kontextfaktoren als auch Anschlussdiskurse der Deutungen zum Nahostkonflikt.

Zu den wichtigsten Rahmenbedingungen zählt sicher das, was mit dem Begriff »Globalisierung« nur unzureichend gefasst werden kann (Ullrich 2005e). Letztlich stehen hinter diesem *catch-all-term* reale Tendenzen, die für die Linke strukturbildend wirken. Da wäre zunächst der Zusammenbruch des Ostblocks, der selbst für dem Staatssozialismus ferne Linke schlechtere Kampfbedingungen schuf, weil die Systemalternative als Drohpotenzial und Konkurrent weggefallen war. Im Jahre 1990 schien es plötzlich, als sei keine Alternative zum Kapitalismus mehr denkbar und der Westen auf einem Siegeszug um die Welt; der Sozialismus hingegen schien angesichts der Misere vollständig delegitimiert. Die innere Struktur dieses »freien Westens« hatte sich ohnehin längst gewandelt. Im Zuge der postfordistischen Krisenbewältigungsversuche, die alle mit dem Ende der Vollbeschäftigung und Strukturproblemen der sozialen Sicherungssysteme zu kämpfen hatten, setzten sich immer mehr marktliberale Deregulierungskonzepte durch, die begannen den Keynesianischen Nachkriegskonsens in Europa und Nordamerika ideologisch aufzubrechen – und zwar auch in den Parteien der gemäßigten Linken (Engartner 2006).

Die aufgrund der neoliberalen Konzepte als standortkonkurrenzbedingte Sachzwänge verstandenen Bestrebungen der wichtigsten Industrienationen gingen immer mehr dahin, das neoliberale Paradigma von Deregulierung und Sozialabbau auch auf internationaler Ebene zu implementieren. Neben Staatenbündnissen wie der Nafta und der EU wurden deshalb auch Organisationen der globalen Wirtschafts(de-)regulierung wie die WTO wichtiger. Dieser Übergang der politischen Gelegenheitsstrukturen auf die transnationale Ebene markiert auch den wichtigsten Einschnitt auf der Ebene sozialer Bewegungen (Tarrow 1994, Tarrow/Imig 1999). Der diesbezügliche Restrukturierungsprozess der Linken fand seinen stärksten Ausdruck in linken europäischen Parteibildungsprozessen und vor allem im Beginn eines neuen Zyklus linken Protests.<sup>62</sup>

Die Rede ist von den GlobalisierungskritikerInnen. Mediale Aufmerksamkeit erreichten sie erstmals in großem Umfang durch die Proteste gegen die WTO-Tagung in Seattle 1999 und während des 2001 in Genua stattfindenden G8-Gipfels (Andretta et al. 2003, Ullrich 2003). Bei diesem Treffen der Regierungschefs der reichsten Staaten und Russlands, wie auch bei anderen Gipfeln fand sich eine

62 In mehreren Ländern Lateinamerikas konnten sich sogar linke oder linkspopulistische Kandidaten bei Präsidentschaftswahlen durchsetzen, was für großes Interesse der europäischen Linken sorgte.

heterogene Protestbewegung ein, die diese Institutionen für die ungerechte Weltordnung anklagt. Die Globalisierungskritik wurde als ein neuer Aufschwung und als Ausdruck neuer Akzeptanz für linke Gesellschaftsentwürfe (Leggewie 2004) nach dem postulierten »Ende der Geschichte« (Fukuyama 1992) gewertet. Diese neue »Bewegung der Bewegungen« unterscheidet sich von früheren in vielerlei Hinsicht. Zum einen hat sie sehr viele globale Themen im Blick. Andererseits ist die Bewegung selbst ein transnationales Phänomen. Proteste werden länderübergreifend koordiniert. Aus der Globalisierungskritik entstanden globale Netzwerke wie die Weltsozialforen die zu riesigen Treffen sozialer Bewegungen wurden. Der kleinste gemeinsame Nenner all der verschiedenen Akteure innerhalb der Globalisierungskritik ist ein Anti-Neoliberalismus (Ullrich 2003: 62, 86). Ebenso hoch im Kurs stehen aber auch allgemeine Themen wie Umweltschutz, Demokratie, Minderheitenrechte, Nachhaltigkeit und Frieden. Die Bewegung umfasst radikale AntikapitalistInnen, AnarchistInnen und KommunistInnen ebenso wie reformistisch orientierte BürgerrechtlerInnen, Gewerkschaften, NGOs und christliche Gruppen. Es gibt Akteure mit allgemeinen politischen Zielen ebenso wie Single-Issue-Groups aller Bereiche. Dies wird auch bewusst genutzt, indem gerade die Verschiedenheit und Vielfalt als konstitutiv und als Stärke gedeutet werden (Ullrich 2004: 171 f.).

Neben den eventhaften Gipfelprotesten kam es zu einer Institutionalisierung globalisierungskritischer Kollektivakteure. Organisationen wie Attac (Eskola/Kolb 2002, Kolb 2003) gründeten sich, die Globalisierungskritik zu ihrem Hauptthema machten. Auch in Großbritannien und der Bundesrepublik gründeten sich UnterstützerInnen des weltweiten antiautoritären antikapitalistischen Netzwerkes People's Global Action (Habermann 2002). Britische wie bundesdeutsche Linke beteiligten sich am Sozialforumsprozess auf europäischer und globaler Ebene. In London fand im Jahr 2004 das dritte europäische Sozialforum statt, und in der BRD gab es nach mehreren lokalen Vorläufern 2005 schließlich auch das erste »Sozialforum in Deutschland«. Manche Gruppen, zum Beispiel aus dem Antifa-Bereich, nahmen die Bewegung zum Anlass einer thematischen Umorientierung und machten Gipfelproteste zum Inhalt ihrer Politik. Eines der wichtigsten Produkte aus der neuen Bewegung ist das Nachrichtenportal *indymedia*. Das alternative Internet-Newsportal wurde 1999 aus Anlass der Proteste gegen den WTO-Gipfel in Seattle gegründet. Mittlerweile gibt es neben dem globalen auch über 150 nationale/regionale IMCs (*independent media centres*). Entscheidender Unterschied zu traditionellen Medien ist die Offenheit. Jeder kann auf *indymedia* publizieren; nur die Regeln verletzende Texte (bspw. mit rassistischem Inhalt) werden entfernt. Die NutzerInnen sind vor allem jüngere Menschen, besonders, aber nicht nur, aus der libertären Linken. Jeden Tag erscheinen Berichte zu den verschiedensten Themen. Viel Platz nimmt dabei mittlerweile die Berichterstattung über lokale Proteste ein. Lange Zeit standen auch auf *indymedia* die Antikriegsproteste im Zentrum der Aufmerksamkeit.

Diese, oder allgemein die Ereignisse, die auf den mit vollbesetzten Flugzeugen ausgeführten terroristischen Anschlag auf das New Yorker World Trade Center und das Pentagon in Washington am 11.9.2001 folgten, sind das zweite große Thema Erhebungszeitraum. Eine große Einigkeit herrscht in der Ablehnung der infolge der Anschläge in den meisten westlichen Ländern entstandenen grundrechtseinschränkenden sogenannten Anti-Terror-Gesetze.

Im Mittelpunkt der Post-9/11-Politik stand das Thema Krieg und Frieden. Mit den Kriegseinsätzen im von der US-Administration ausgerufenen »Kampf gegen den Terror«, dem Krieg gegen das Taliban-Regime in Afghanistan im Jahre 2001 und dem Krieg gegen den Irak im Jahre 2003, war das Thema fast immer auf der Tagesordnung und führte weltweit zu Mobilisierungen in beachtlichen Größenordnungen, u. a. am globalen Aktionstag gegen den Irakkrieg am 15.02.03. Allerdings unterschied sich die Situation in Großbritannien von der in der Bundesrepublik. Dort demonstrierten auf der größten Demo zwei Millionen Menschen gegen die eigene im Irakkrieg führende Regierung, hier etwa 500 000 gegen einen Krieg, der von der eigenen Regierung offiziell abgelehnt wurde. Die Linke in beiden Ländern prägte diese Bewegung mit und bekam aus dieser Bewegung selbst entscheidende Impulse. In Großbritannien kam ein neues Thema auf die Tagesordnung, die Islamophobie, und es bildeten sich neue (links-muslimische) Koalitionen. In der deutschen Linken gab es einen Streit zwischen KriegsgegnerInnen und -befürworterInnen (wie schon beim zweiten Golfkrieg), doch bald wurde das Kriegsthema von sozialen Protesten aus dem Zentrum des Interesses verdrängt. Tatsächlich stellt sich die Situation für viele Linke als ein Dilemma dar. Einerseits führte die größte Imperialmacht einen völkerrechtswidrigen Krieg mit vielen, auch zivilen Opfern. Andererseits kämpfte sie gegen Saddam Hussein, einen Diktator, der Linke im eigenen Land genauso verfolgte wie die nichtarabischen KurdInnen und die schiitische Bevölkerung. Die Schwierigkeiten in der Bewertung dieses Konfliktes spiegeln viele Unsicherheiten und Unklarheiten wider, die auch das Verhältnis der Linken zum israelisch-palästinensischen Konflikt, der immer auch im Rahmen der Antikriegsaktivitäten mitthematisiert wurde, seit langem betreffen. Dies soll im Folgenden ausgeführt werden.

## **2 Jüdinnen und Juden, Zionismus und der israelisch-palästinensische Konflikt in der Geschichte der Linken**

### **2.1 Vom Frühsozialismus bis zum Beginn des Kalten Krieges**

Gibt es typische linke Sichtweisen auf Judentum, Zionismus und Nahostkonflikt, die als historisch-ideologisches Erbe eine dominante linke Sicht, eben eine linke diskursive Gelegenheitsstruktur darstellen? Zur Beantwortung dieser Frage war die Sichtung und Zusammenführung einer breiten historischen Literatur nötig, die sich vorrangig enger abgegrenzten Bereichen widmete (meist einzelnen ideologi-

schen Strömungen oder Ländern in begrenzten Zeiträumen).<sup>63</sup> Das Ergebnis war so umfangreich, dass es an dieser Stelle nur zusammengefasst werden kann. Für eine detaillierte Darstellung muss auf die separate Publikation dieser Forschungen hingewiesen werden (Ullrich 2007a).

Umreißen lässt sich das Ergebnis wie folgt: In der Linken gibt es (mit Ausnahme von Teilen der Sozialdemokratie, besonders des rechten Flügels) eine weit zurückreichende Tradition, die durch eine *besondere* Ablehnung des jüdischen Nationalismus und die Unterschätzung des Antisemitismus, also spezifisch jüdischen Leids, gekennzeichnet ist. Dies problematische Verhältnis der Linken zum Judentum bildete die Basis für einen antizionistischen Bias, der unabhängig vom realen Nahostkonflikt ist, durch diesen jedoch verstärkt wurde. Dieses Erbe fand seine stärkste Zuspitzung im antiimperialistischen Antizionismus (besonders im sowjetischen Machtbereich unter Stalin), der mehrfach die Schwelle zum Antisemitismus klar überschritt. Die Linke trägt noch heute schwer an diesem Erbe.

Die Wurzeln dieser Tradition reichen bis in den Frühsozialismus. Bei Fourier oder Bakunin finden sich antisemitische Vorstellungen. Immer wieder wurde auch Karl Marx' Schrift »Zur Judenfrage« Gegenstand der Debatte.<sup>64</sup> Edmund Silberner, ein Pionier auf diesem Gebiet, zieht ein vernichtendes Fazit. Seine Arbeit habe gezeigt, »dass mit Ausnahme der Saint-Simonisten, die den Juden freundlich gesinnt waren, die meisten bedeutenden Sozialisten des 19. Jahrhunderts die Juden als Verkörperung sozialen Schmarotzertums betrachteten.« (Silberner 1962: 286). Diesen Anschuldigungen steht entgegen, dass sich die meisten bedeutenden SozialistInnen, wenn auch erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts, deutlich gegen den Antisemitismus aussprachen, am prominentesten unter ihnen Engels und Bebel (Haury 2002: 160-178). Doch sie unterschätzten den Antisemitismus, den sie für ein Relikt einer absterbenden Gesellschaftsformation hielten. Aufgrund dieser Analyse umwarb die ArbeiterInnenbewegung (in Gestalt der KPD noch bis in die NS-Zeit hinein) AntisemitInnen als verkappte SozialistInnen und machte diesen in der Umwerbung inhaltliche Konzessionen. Viele Führerfiguren der sozialistischen Bewegung hatten zudem selbst stereotype Vorstellungen von reichen »Geldjuden« und waren gegenüber der Existenz eines jüdischen Proletariats ignorant. Die um die Jahrhundertwende zum 20. Jahrhundert immens große Revolutionsgewissheit war für sie ein weiterer Grund, das partikulare Interesse der Jüdinnen und Juden, gegen Antisemitismus vorzugehen, als weniger wichtig zu

63 Die wichtigsten Arbeiten sind Silberner (1962, 1983), Wistrich (1982), Traverso (1990), Poliakov (1992), Jacobs (1992), Keßler (1994, 1994a), Haury (2002).

64 Vgl. Silberner (1962: 107-142; 1984 16-56), Klope (1990: 30 ff.), Keßler (1994: 42-44), Haury (2002: 14, 160-182). Dabei ist es höchst umstritten, ob man aufgrund dieser Schrift Marx Antisemitismus vorwerfen kann. Die meisten Marx eher wohlgesinnten Autoren raten zu metaphorischen Deutungen, in denen das Judentum nur zur Explikation von Marx Religionskritik benutzt wird, oder lesen den Text, in dem u. a. der Schacher zum »weltlichen Gott« des Judentums erklärt wird als ironisierende Persiflage auf den Antisemitismus Bruno Bauers (Fine 2006). Die Schrift sei außerdem kaum wirkmächtig geworden und wurde in der ArbeiterInnenbewegung wenig rezipiert (Haury 2002: 160-178, Miller 1994: 4).

erachten, verband sich doch mit dem Revolutionsgedanken die Erlösungshoffnung auf einen alle nationalen wie religiösen Partikularismen überwindenden harmonischen Zustand im Kommunismus.

Zur praktischen Frage wurde dies im vorrevolutionären Russland, wo eine große jüdische Bevölkerungsgruppe in großer Armut lebte und ständig von Pogromen bedroht und betroffen war. Die jüdische ArbeiterInnenbewegung, organisiert im BUND, war mit Lenin, dem Führer der russischen Sozialdemokratie uneins darüber, wie viel organisatorische Autonomie die speziellen jüdischen Belange und Zugehörigkeitsgefühle erforderten. Lenin versuchte Autonomiebestrebungen beim Aufbau seiner straffen Kaderpartei so weit wie möglich zu verhindern. Dabei war man sich im Prinzip durchaus einig. Die dominante sozialistische Vorstellung zur Lösung der »jüdischen Frage« war auch unter den Jüdinnen und Juden selbst, dass sie sich assimilieren müssten und spätestens mit der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft auch würden, da diese ohnehin die nationalen und religiösen Schranken niederreißen und somit auch das Ende des Antisemitismus bringen würde. Der Zionismus hingegen, der ja eine Reaktion auf den Antisemitismus darstellte, galt dem Marxismus als bürgerlicher Nationalismus mit einer Massenbasis im entwurzelten Kleinbürgertum, der im Ringen um die Unterstützung der Massen eine Konkurrenz für die sozialistische Bewegung darstellte.<sup>65</sup> Die SozialistInnen vor dem Ersten Weltkrieg, so Paul Kelemen (1996: 331) »considered Zionism, simultaneously, as a diversion from the class struggle and a peripheral issue«.

Während die sozialistische Distanz zum jüdischen Nationalismus im 19. Jahrhundert eine Verbindung aus Vorurteil und Geringschätzung mit einer universalistischen Befreiungshoffnung bildete, die meist nicht judenfeindlich war, zeichneten sich im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts zwei neue und gegensätzliche Entwicklungen ab, von denen eine zu genuin linkem Antisemitismus führte. Die andere war die Entstehung einer linken zionismusfreundlichen Position. Zunächst zu dieser zweiten.

Nicht nur in einem kleinen Teil des osteuropäischen jüdischen Sozialismus (vor allem bei der Gruppe Poale Zion), sondern auch in Teilen der westlichen Sozialdemokratie finden sich Anzeichen einer Neubestimmung des Verhältnisses zum jüdischen Nationalismus und seinem Siedlungsprojekt in Palästina. Eine der Hauptquellen des Wandels war die Herausbildung einer revisionistischen Kolonialpolitik in den rechten Kreisen der ArbeiterInnenbewegung vor und während des Ersten Weltkrieges, die auch der sogenannten Zivilisationsmission des Zionismus positiv gegenüberstand (Keßler 1994: 182). Die nationalistische Welle in den ArbeiterInnenparteien während des Krieges und das damit besiegelte Auseinanderbrechen der sozialistischen Bewegung in einen kommunistischen und einen sozialdemokratischen Flügel verstärkte dann die Polarisierung in der Diskussion

65 Ausführlich dazu Keßler (1994, 1996).

um den Zionismus. Die nichtkommunistische ArbeiterInnenbewegung, wie sie aus dem Ersten Weltkrieg hervorging, unterschied sich von ihren marxistischen Vorläufern in zwei entscheidenden Punkten, nämlich durch die Abkehr vom Prinzip des Klassenkampfes und die Abwendung vom Internationalismus hin zur *national ausgerichteten* Reformpolitik, wozu die Zustimmung zum Krieg den Grundstein gelegt hatte. Und diese Politik schloss eben auch Kolonialpolitik mit ein sowie die Aufgabe der Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht der Nationen, das nach Ansicht wichtiger Vertreter der Sozialistischen Arbeiter-Internationale nurmehr entwickelten Nationen zustand.

Die stärkste Unterstützung für zionistische Ideen fand sich bei der britischen Labour-Party. Kelemen (1996, 2000: 146 ff.) macht vier Gründe aus, die zu dieser Position führten. Erstens galt das Programm des Zionismus als »benign, social democratic form of colonisation« (ebd.), die Fortschritt und Zivilisation zum Nutzen aller in den "Orient" brachte. Zweitens, so Kelemen weiter, bestimmte ein rassistischer Blick auf die AraberInnen die Zionismusrezeption. Arabische Kultur und Traditionen galten wenig, sodass bedenkenlos vom Transfer der arabischen Bevölkerung die Rede war. Den dritten Grund sieht Kelemen in der später wachsenden Zahl von jüdischen Flüchtlingen aus dem nationalsozialistischen Deutschland, die man in anderen Ländern Europas nicht aufnehmen wollte, nicht zuletzt aus Angst vor dadurch ansteigendem Antisemitismus. So war Pro-Zionismus eine Mischung aus »Eigennutz, humanitären Anliegen und antisemitischen Vorurteilen« (ebd. 148, Übersetzung PU). Der vierte Grund schließlich lag im politisch gemäßigten Charakter des Zionismus. Als ein reformistisches sozialdemokratisches Programm stellte der Zionismus einen positiv bewerteten und gleichzeitig auch realen Gegenentwurf zum Kommunismus bolschewistischer Prägung dar, was besonders dem rechten Flügel der Sozialdemokratie imponierte.

In dieser Konkurrenz zwischen der sozialistischen und der kommunistischen Internationale, die auch um die Mitgliedschaft der Poale-Zionisten in einer der Bewegungen geführt wurde, verfestigten sich bald stereotype und dichotomisierte Deutungen des Konfliktes, der nun real in Palästina entstand. Beide Richtungen hatten in Palästina ihre *blind spots* (Kelemen 1996: 150). Die antizionistischen KommunistInnen nahmen ihre Kritik an den rückständigen arabischen Feudalherren und den antisemitischen Elementen der arabischen Aufstände in Palästina zurück (Keßler 1994: 183 f., Keßler 1994a: 40-65) und die Sozialdemokratie idealisierte das jüdische Besiedlungsprojekt als auch für die arabische Seite fortschrittsbringend, trotz der arabischen Landarmut und der beginnenden Ausgrenzung arabischer ArbeiterInnen aus jüdischen Betrieben. So luden sich der Antizionismus antisemitisch und der Prozionismus antiarabisch auf.

Die zweite der angesprochenen Entwicklungen vollzog sich in der Sowjetunion.<sup>66</sup> Anders als bei Lenin, der aus *strategischen* Gründen und ohne negative Einstellungen gegenüber Jüdinnen und Juden deren Autonomiebestrebungen ablehnte, entwickelte sich in Stalins Herrschaftsbereich eine Ideologie und Praxis,

deren Antizionismus sich zu offen antisemitischen Ausbrüchen steigerte. Theoretisch fixierte Stalin (1950 [1913]) bereits früh, dass die Jüdinnen und Juden kein »Volk« seien und somit keine nationalen Ansprüche hätten. Schon früh begann er auch, den Antisemitismus strategisch einzusetzen (Keßler 1994: 185). Jüdinnen und Juden gehörten zu den von den Repressalien der Stalin'schen Säuberungen am stärksten betroffenen Gruppen. Gerade ParteifunktionärInnen wurden oft wegen »jüdischem Nationalismus« verurteilt, doch die Säuberungen trafen auch viele andere kulturell oder ethnisch definierte Gruppen.

Im Zuge der Anstrengungen des Regimes, den Zweiten Weltkrieg zu überleben, ging der Stalin'sche Terror zurück, auch an jüdische Organisationen gab es Zugeständnisse. Dies änderte sich aber bald nach dem Krieg. Eine neue Terrorwelle begann mit der Vorbereitung neuer Schauprozesse, welche die neuen osteuropäischen Volksdemokratien überziehen sollte. Als am deutlichsten *spezifisch* antisemitisch gefärbt muss diese Spätphase des Stalinismus gewertet werden. Antizionismus und Antisemitismus wurden gegen Ende der vierziger und zu Beginn der fünfziger Jahre zu »prägnanten Komponenten Stalin'scher Politik« (Timm 1997: 111). In den osteuropäischen Ländern fanden Schauprozesse gegen kommunistische Funktionäre statt. Besonders der Prozess gegen Rudolf Slánský in der ČSSR (1952), in dem 11 der 14 Angeklagten Juden waren, verbarg seine antisemitische Stoßrichtung nicht. Zionismus wurde in diesem Prozess neben Kosmopolitismus, Trotzismus und Titoismus zu einem der wichtigsten Anklagepunkte. Er wurde aber jetzt nicht mehr als jüdischer *Nationalismus* kritisiert (Holz 2002: 431), wie im klassischen Marxismus, sondern stattdessen als »Agentur des amerikanischen Imperialismus« (vgl. Timm 1997: 114, Haury 2002: 442 f.) und wurde in tatsächlich verschwörungstheoretischer Art für vielfältige Probleme in den Volksdemokratien verantwortlich gemacht, die von Jüdinnen und Juden zu verantworten seien. In der Sowjetunion deckte zeitgleich die kommunistische Parteizeitung Prawda eine angebliche Ärzteverschwörung auf. Mehrheitlich jüdische Kreml-Ärzte hätten sowjetische Führer umgebracht und auch die Ermordung weiterer geplant – im Auftrag der jüdischen Hilfsorganisation Joint.

Das Klima dieser Zeit ist heute kaum vorstellbar. Die volksdemokratischen Führungen schürten, was Haury (2002: 403) »Agentenhysterie« nannte. Jede Abweichung von der Parteilinie, jeder von Moskau unabhängige Weg wurde als konterrevolutionär diffamiert. Erschütternd lesen sich die Berichte über die Denunziationen, Selbstbezeichnungen, Kotaue und fingierten Verstrickungen von FunktionärInnen mit »dem Imperialismus«, die häufig sogar bei der eigenen Ausschaltung kooperierten. In der DDR wurden alle Parteimitglieder in mehreren

66 Vgl. Schwarz (1972), Brod (1980), Levin (1988, 1988a), Rapoport (1992), Vaksberg (1994), Vetter (1995), Lustiger (1998).

67 Damit unterscheidet sich Stalin deutlich von den jüdischen KommunistInnen wie Trotzki, Luxemburg u. a. die aus antinationalen Gründen die Identifikation mit ihrem Jüdischsein ablehnten. Stalin hingegen vertrat einen objektivistischen Nationenbegriff und stand für immer stärkere Nationalisierung von Partei, Staat und Gesellschaft bis hin zu einem großrussischen Chauvinismus.

Wellen von Parteikontrollkommissionen überprüft, wobei jüdische Herkunft zunächst gesondert vermerkt wurde, was später vielen von ihnen zum Verhängnis wurde. Insbesondere diejenigen, die während des NS in der Westemigration waren, also während der Terrorwellen in den dreißiger Jahren nicht im Einflussbereich Stalins, galten als verdächtig und sollten weitgehend ihres Einflusses beraubt werden. Sie waren mehrheitlich jüdisch (Hartewig 2000: 2).

Paul Merker, der bereits 1950 kaltgestellte prominente (nichtjüdische) Westremigrant und bis dahin hohe Parteifunktionär, sollte die Hauptfigur eines für die DDR geplanten Schauprozesses werden.<sup>68</sup> Mit der Forderung nach »Entschädigung des den jüdischen Staatsbürgern zugefügten Schadens«, so wurde ihm vorgeworfen, betreibe er »die Verschiebung von deutschem Volksvermögen« (Keßler 1995a: 37). Ihm wurde gerade sein unermüdlicher Einsatz für die Wiedergutmachung des NS-Unrechts an den Jüdinnen und Juden zum Verhängnis. In der vom ZK der SED 1952 veröffentlichten Broschüre zu den »Lehren aus dem Prozess gegen das Verschwörerkernzentrum Slánský« wird ein antisemitisches Bedeutungsgeflecht aufgebaut. Neben Tiraden über die »Agententätigkeit« und die »Hetze« des Zionismus findet sich mehrfach Kritik an »jüdischen Kapitalisten«. Im Rahmen der Kampagne, in der die Bedeutungsdimensionen der ausschließlich pejorativ gebrauchten Begriffe »jüdisch« und »zionistisch« verschwimmen, verlieren viele hohe jüdische Funktionäre ihre Posten, werden die Wohnungen von Jüdinnen und Juden durchsucht, und die Betroffenen langen Verhören unterzogen. Es kommt zu Verhaftungen und einer Fluchtelle, um sich diesen zu entziehen; mehrere hundert Jüdinnen und Juden verlassen in dieser Zeit die DDR (Offenberg 1998: 84-90, vgl. Holz 2001: 438, 442).

Erst Stalins Tod beendete diese antisemitische Terrorphase, doch ihre Bewertung spaltet noch heute die Gemüter. Uneinigkeit in der Frage, ob Stalins Antisemitismus eine ideologische Überzeugung oder eben doch »nur« gelegentlich genutzte Strategie war. Wie man diese Frage auch beantwortet, es bleibt, dass Jüdinnen und Juden im Stalinismus als solche diskriminiert wurden und es bleibt, dass die traditionelle Blindheit einiger MarxistInnen beim Thema Antisemitismus und der antizionistische Bias sich in einen genuinen Antisemitismus im realen Sozialismus verwandelt hatten. Dabei ist es immer umstritten, welche Äußerungen und Handlungen der Linken tatsächlich das Attribut antisemitisch verdienen. Klar und eindeutig liegt der Fall jedoch in dieser Periode. Zionismus wurde von seiner ursprünglichen Bedeutung abstrahierend sinnentleert zur Formel für einen zerstörerischen Dämon; bei den des Zionismus Beschuldigten wurde jeweils die jüdische Herkunft betont. Dabei erfolgte ihr nachträglicher Ausschluss aus allen gemeinschaftlichen Zusammenhängen (Holz 2001: Kap. VII). Die Verurteilten waren oft hohe Parteifunktionäre; aber rückwirkend wurde eine Geschichte langjähriger Zersetzungstätigkeit konstruiert. Zudem wurden sie auch als nicht eigentlich dem »Volk« zugehörig, sondern als interne »Volksfeinde« ethnisiert.

68 Vgl. dazu Kießling (1993), Keßler (1995: 85-98) und Meining (2002, Kap. 2).



Nun darf man dieses Bild nicht zu sehr verallgemeinern und den gesamten realen Sozialismus als ein antisemitisches System dämonisieren. Auch wenn in Polen Ende der sechziger Jahre eine Repressionswelle zur Flucht fast der gesamten jüdischen Bevölkerung führte oder sich in die Bewertung der israelischen Politik immer wieder antisemitische Stereotype mischten (o. A. 1979, Haury 2005), muss doch das weitere Verhalten des Ostblocks, dessen Antizionismus sich nunmehr am Staat gewordenen Objekt Israel ausagierte, ebenso auch im Kontext der Blockkonfrontation gesehen werden, welche die Rhetorik mitbestimmte (Polkehn 1999). Auch zu erwähnen ist, dass es wohl kaum subjektiven Hass auf Jüdinnen und Juden unter den KommunistInnen gegeben hat, vielmehr eine breite und ehrliche antifaschistische Grundhaltung. In der DDR gab es neben dem radikalen Antizionismus keinerlei Diskriminierungen der jüdischen Bevölkerung mehr, sondern sogar eine starke finanzielle Förderung der Gemeinden (Timm 1993). Deswegen drängt sich umso mehr die Frage auf, wie es innerhalb des Sozialismus zum Ausbruch von Antisemitismus kommen konnte. Schließlich vertrat er den Anspruch, alle Verhältnisse umwerfen zu wollen, »in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist« (MEW, Bd. 1: 385) – also auch und vor allem gegen die Ungleichbehandlung von Menschen aufgrund ihrer Gruppenzugehörigkeit einzutreten.

## **2.2 Antisemitismus und die Linke – über die Auflösung eines Widerspruchs**

Einen Schlüssel zum Verständnis dieser Situation bildet der historische Kontext. In den osteuropäischen Volksdemokratien bestand die Funktion der antisemitischen Aktionen in der Präsentation eines Sündenbocks für Probleme beim Aufbau des Sozialismus. Zudem konnte der in der Bevölkerung verbreitete Antisemitismus strategisch für die Selbstlegitimation des neuen Systems genutzt werden, das sich als *nationale* Herrschaft etablieren musste. Dieser nationale, oder besser nationalistische Aspekt kommt in der DDR noch deutlicher zum Tragen, da hier die SED politische Legitimität und Unterstützung in einem der NS-Nachfolgestaaten anstrebte. Und die neuen DDR-Bürger waren bis vor kurzem noch zum großen Teil fanatisierte Anhänger des NS-Systems gewesen.

Eine theoretisch überzeugende Deutung, die ein Verständnis des linken Antisemitismus und weltbildhaften Antizionismus ermöglicht, legte der Soziologe Thomas Haury (2002) vor. Haury zeigt, dass das Weltbild des Marxismus-Leninismus – das nicht mit dem Marxismus und allen Marxismen gleichzusetzen ist, sondern die herrschende erstarrte Doktrin der staatssozialistischen Länder bezeichnet (vgl. Elbe o. J.) – *strukturelle* Gemeinsamkeiten mit dem antisemitischen Weltbild aufweist, die unter bestimmten Bedingungen manifesten Antisemitismus hervorbringen können. Der moderne Antisemitismus, so Haury (2002: 105 ff.), sei eine Semantik, die sich unabhängig vom konkreten Inhalt durch drei Strukturmerkmale auszeichne: Personifizierung, Manichäismus und Konstruktion identitärer Kollektive (vgl. Holz 2005: 12 f., 23 ff.). Jüdinnen und Juden gelten dem

Antisemitismus als Personifizierung der modernen Gesellschaft, insbesondere ihrer ungeliebten und unverstandenen Seiten. Manichäisch trennt der Antisemitismus zudem zwischen »den Juden« einerseits und dem als gut konstruierten Gegenstück, bspw. dem »Volk«. Im Gegensatz zum Rassismus wird das jüdische »Anderere« nicht als Unterlegenes konstruiert, sondern als bedrohlich überlegen, woraus auch die Vernichtungsperspektive rührt. Wenn der Antisemitismus auch an den jahrhundertealten (christlichen) Antijudaismus anknüpft, so gewinnt er doch seit seiner Herausbildung als moderner Antisemitismus im 19. Jahrhundert noch ein entscheidendes Strukturmoment in seiner Rolle bei der Schaffung als homogen imaginierter, vor allem nationaler Kollektive. Gerade im Fall der deutschen Nationalbewegung im 19. Jahrhundert ist der von Beginn an virulente Antisemitismus (neben der Feindschaft zu Frankreich) offensichtlich, worauf Haury mit Nachdruck hinweist. Die Jüdinnen und Juden stellen das Gegenbild für den Nationalismus dar, da sie nicht nur ein Feindbild im Inneren abgeben, sondern durch die Spezifik der jüdischen Existenz als Gegenprinzip zur Nation an sich fungieren.

Wie Haury zeigt, bestehen schon im Lenin'schen Weltbild diese Strukturelemente, auch wenn dieser sich nie antisemitisch äußerte, sondern ein klarer Gegner des Antisemitismus war. Aber er ist grenzenlos in seinem manichäischen Hass gegen die Feinde des Kommunismus oder gegen »Abweichler« von seiner Position, die er immer hart bekämpft – und das alles auf Basis seiner orthodoxen Theorie mit absolutem Geltungsanspruch. In der DDR-Ideologie der fünfziger Jahre spitzt sich dies noch einmal zu. Die zwei als in unüberwindlichem Gegensatz zueinander stehend konstruierten Lager sind der »Imperialismus« auf der einen Seite und die »friedliebenden Völker« auf der anderen. Auf die deutsche Situation heruntergebrochen, standen sich die sozialistische DDR und die »faschistische« BRD gegenüber. In diesem Bild war, besonders in der heißen Phase des Kalten Krieges Anfang der fünfziger Jahre, kein Platz für Zwischentöne (Strukturtyp 1: Manichäismus). Auch die Personalisierung (Strukturtyp 2) der gesellschaftlichen Verhältnisse fand Anfang der fünfziger Jahre in der Anti-Kosmopolitismus-Kampagne ihren Höhepunkt, sowohl in der Deutung des NS als Werk einiger Vertreter der Finanzoligarchie als auch der Darstellung des neuen Feindes als »Clique« von »Wallstreet-Kapitalisten«, in der Rede von der »okkulten Herrschaft« der »Dollarkönige« (Zitate aus Haury 2002: 351). Zugleich wurde in der Terrorwelle ein innerer Feind, vertreten durch die »Agenten«, »Saboteure«, »Parasiten« und »Volksfeinde«, konstruiert. Dazu trat nun ab Ende der vierziger Jahre ein extremer Nationalismus (Strukturtyp 3: Konstruktion identitärer Kollektive, vgl. Haury 2004 a,b,c), der zum Teil auf der kommunistischen Ideologie basierte, die ihren Antinationalismus schon lange abgelegt hatte, und zum Teil auf der strategischen Herausforderung der Legitimation der SED-Herrschaft, da mit ihren sozialistischen Programmpunkten alleine nicht die erhoffte Zustimmung zu erzielen war. Diese Strukturmerkmale wurden durch die betroffenen *jüdischen* Personen und Organisationen auch inhaltlich antisemitisch gefüllt.

»Haury's Arbeit legt nahe, dass die Schaltstelle einer dem Antisemitismus affinen Struktur-erweiterung des Marxismus-Leninismus dort liegt, wo realpolitisch die ›Nation‹ zum Problem, bzw. der Kommunismus zur *Staatsideologie* wird« (Maubach 2003, Hervorh. P. U.) und er damit seinen Universalismus – verstanden als universelle Befreiungsbewegung – zugunsten eines nationalen, herrschaftsstabilisierenden Partikularismus aufgibt. Ganz klar widerspricht der Antisemitismus dem Inhalt linker Weltbilder,<sup>69</sup> und doch wurde er in dieser Situation manifest, wo sich eine manichäisch-verschwörungstheoretische ML-Version des Marxismus mit der Notwendigkeit der nationalen Legitimierung konfrontiert sah. Keineswegs ist dies als deterministische Beziehung misszuverstehen, daher Maubachs Wortwahl (»Affinität«). Bewusst und unbewusst an den weit verbreiteten Antisemitismus in der Bevölkerung anzuschließen, war zunächst nur eine Potenzialität, die sich in der zugespitzten Konfliktsituation des Kalten Krieges manifest aktualisierte. Zu der strukturellen Anschlussfähigkeit kommt als konkrete *inhaltliche* Voraussetzung der traditionelle linke Bias: die teilweise Ignoranz gegenüber dem Antisemitismus und der ideologisch begründete Antizionismus. Das Phänomen des sekundären Antisemitismus, des Antisemitismus nach und wegen Auschwitz, hat zusätzlich als Katalysator fungiert, da die Verbrechen der NS-Volksgemeinschaft die Vorstellung einer deutschen Nation nachhaltig desavouiert hatten, weswegen die DDR im Akt der nationalen Neukonstituierung also auch kein Interesse an einer kritischen Aufarbeitung des eigenen Versagens bzw. der eigenen Verbrechen haben konnte.

Dass der Marxismus-Leninismus durch seine ideologische Struktur und ganz besonders, wenn eine nationale Frage auf der Tagesordnung steht, für eine antisemitische Aktualisierung anfällig ist, bleibt auch in der sich ausdifferenzierenden, aber auch aus diesem Erbe schöpfenden Linken in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine drängende Problematik.

### **2.3 Die weltweite Linke und der Nahostkonflikt in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts**

Das Verhältnis der Linken zu Judentum/PalästinenserInnen und Nahostkonflikt bekam in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg eine neue Dynamik, weil mit der Gründung Israels eine gänzlich neue Situation entstanden war. Die entscheidende Änderung dieser Jahre besteht im Übergang vom auch intern gebrauchten verschwörungstheoretischen Antizionismus zum auf den Nahostkonflikt fokussierten. Doch diese Entwicklungen sind bisher historisch – mit der Ausnahme der deutschsprachigen Länder (Kloke 1994, Reiter 2000, Späti 2005) – nur unzureichend erforscht (Wistrich 1990, Cesarani 2004). Die Grundtendenzen der Entwicklung sind bekannt – mit Differenzierungen vor allem hinsichtlich der ideologischen Strömungen der Linken. Angesichts der längeren spezifischen Aus-

69 Zu den Techniken, mit diesem Widerspruch umzugehen vgl. Holz (2001: 453-456).

führungen zu Großbritannien und den deutschen Staaten in den entsprechenden Kapiteln wird dieser Überblick hier knapp gehalten.

Die kommunistischen Parteien folgten mehrheitlich weiter der Linie der KPdSU, was zunächst kurzzeitige Anerkennung und Annäherung an das eben gegründete Israel bedeutete, doch spätestens mit der Suez-Krise 1956 in Distanz (Edmunds 1997: 2) und dann in antizionistische Hetze umschlug (Camus 2006). Wie im Falle der bundesdeutschen KP (Staritz 1995) gilt wohl auch für die anderen westlichen KPen, dass sie nicht ganz die Auswüchse und Extreme des osteuropäischen und besonders des sowjetischen Antizionismus teilten (Wistrich 1990: 49). An dieser Ausrichtung ändert sich bis zur Perestroika und Glasnost unter Michail Gorbatschow wenig (ders. 1990a).

Die sozialdemokratische Linke hingegen hatte weiter starke Sympathien für das junge Israel (Cesarani 2004: 63). Der Sechs-Tage-Krieg markierte allerdings auch für sie einen Einschnitt. In seiner Folge erreichten die PalästinenserInnen die Beachtung ihrer Forderungen, die nun in Konkurrenz zu den traditionellen pro-israelischen Orientierungen standen und innerhalb der Sozialdemokratie zu abwägenden und vermittelnden Positionen führten (Rubinstein 1982: 112 ff., Jaeger 1997, Edmunds 1997).

Ebenso einen Einschnitt stellte der 1967er-Krieg für die entstehende Neue Linke dar. Die außerparlamentarische Opposition, die Bürgerrechtsbewegung, die »Achtundsechziger« entwickelten in der Tradition des antikolonialistischen und antizionistischen Erbes stehende, stark israelfeindliche und pro-palästinensische Positionen. Dies war ein schneller Prozess, der sich im Wesentlichen im letzten Drittel der sechziger Jahre vollzog. Erst durch die kriegerischen Auseinandersetzungen um Israel wurde der Nahostkonflikt überhaupt zu einem *wichtigen* Thema für Linke. Im Laufe dieses Prozesses wurde aus Israel ein »zionistisches Gebilde«, dem der Kampf der internationalistischen Linken galt. Israel hatte sich nämlich als gar nicht so schwach wie oft angenommen erwiesen. Das ehemals bedrohte Land war zudem zu einer Besatzungsmacht geworden. Angesichts des Vietnamkrieges und der nationalen Bestrebungen in anderen Ländern des Trikont setzte die metropolitane Neue Linke ihre revolutionären Hoffnungen stärker als die alte auf nationale Befreiungsbewegungen, auf Kämpfe in der »Dritten Welt«, die den Funken der Revolution auch in die Zentren des Kapitalismus tragen sollten. Es wurde eine tatsächliche Verbindung der verschiedenen Kämpfe gesehen und in der militanten Linken auch praktiziert. Der Slogan der amerikanischen SDS »Hoh, Ho, Ho Chi Min, *al-Fatah* will win« (zit. n. Cesarani 2004: 64) bringt dies in aller Deutlichkeit zum Ausdruck. In den USA bildeten sich Allianzen der antizionistischen Linken mit der antirassistischen und Bürgerrechtsbewegung (Weißbrod 1968). Ereignisse im Nahostkonflikt, wie die Libanon-Invasion Israels 1982 und die erste Intifada in den israelisch besetzten Gebieten ab 1987, führten jeweils zu neuen Eruptionen von Palästinasolidarität und Israelfeindschaft. Erst der Anfang der neunziger Jahre beginnende Friedensprozess auf Grundlage einer

Zwei-Staaten-Lösung ließ viele neue Hoffnungen schöpfen und führte zu einer Beruhigung des Streits um Israel, die nicht lange anhielt und mit dem Ausbruch der Intifada im September 2000 zusammenbrach.

Was waren die Gründe für die Annahme einer so klaren und eindeutigen antiisraelischen Politik der Neuen Linken?<sup>70</sup> Das rezeptive Klima in einer nun vorrangig *antiimperialistischen* und *antikolonialen* Linken ist sicherlich eine wesentliche Bedingung. Dies bot für die Besetzung der Westbank und die Militarisierung Israels ein fertiges Wahrnehmungsmuster. Ebenso ausschlaggebend mag die Nähe zwischen der imperialen Hauptmacht USA – die den Vietnamkrieg führte! – und Israel sein. Dazu kommt noch ein Wandel des Zionismus. Die sozialistischen Elemente desselben bekamen größere Konkurrenz durch national-religiöse Begründungen und mit der Rechtsentwicklung im Lande in den siebziger Jahren (Ende der Labour-Regierungszeit) wurde dies offenbar. Zudem zeichnete sich auch im Westen eine immer größere Hinwendung der Konservativen zum Staat Israel ab (Rubinstein 1982: 77). Die PalästinenserInnen konnten zudem identitäre Bedürfnisse der Westlinken stillen. Als nichtweiße, schwache, aber kämpfende Seite im Konflikt, die eine Guerilla-Romantik bediente, war sie idealer Bezugspunkt für die Neue Linke. Dem stand zwar die noch junge Erinnerung an die Shoah entgegen, weshalb es auch keinen reibungslosen Übergang gab. Aber es konnte an das klassische linke Erbe der Distanz zum Judentum als Nation bzw. der Unterschätzung des Antisemitismus angeknüpft werden. Dabei zeigte sich die westliche Neue Linke in ihrer Feindschaft zu Israel stellenweise sogar radikaler als die Sowjetunion (Wistrich 1990: 48 f., Rubinstein 1982: 103). Die siebziger Jahre waren die Zeit der Hochkonjunktur von Vergleichen Israels mit dem Nationalsozialismus, der Denunzierung des Zionismus als Rassismus, der Gleichsetzung Israels mit dem Apartheidregime in Südafrika. Dass die im deutschen Kontext entstandene Deutung dieser Ideologien als Ausdruck nationaler Identifikation und somit Abwehr der Erinnerung an deutsche Täterschaft als Erklärung nicht ausreicht, zeigt die Tatsache, dass diese Strategien weltweit Anwendung fanden. Dieses Element ist, wie viele Äußerungen beweisen,<sup>71</sup> trotzdem von großem Einfluss. Hinzu kommt die zeitgeistige Inflationierung des Faschismusbegriffes in der Post-NS-Linken, deren absolutes Anderes der Faschismus darstellte. Und nicht zuletzt war es durch die immense Idealisierung antikolonialer Befreiungsbewegungen und -regimes auch wieder die nationale Frage, die virulent wurde und somit strukturelle Anschlüsse für den Antisemitismus bereitstellte, auch wenn sich der Pro-nationalismus der Linken nur projektiv an Ersatzobjekten im Trikont entlud.

All diese Elemente fanden Eingang auch ins Erbe der Achtundsechziger, das in den Neuen Sozialen Bewegungen, der libertären und autonomen Linken sowie den neuen dogmatischen Gruppen und Grüppchen in unterschiedlicher Prägnanz

70 Diese Darstellung folgt Wistrich (1990).

71 Analysen in Kloke (1994) und Haury (2004a) zeigen die relativierenden Argumentationen der deutschen Linken.

seine Spuren hinterließ. Eine herausragende Rolle in dieser antizionistischen Radikalisierung spielten die sich aus der Neuen Linken entwickelnden neuen dogmatischen K-Gruppen maoistischer und trotzkistischer Provenienz. Der Trotzkismus stand dem Staat Israel schon lange ablehnend gegenüber. 1967 kam das Thema jedoch auch in dieser Strömung mit neuem Schwung und neuer Radikalität zum Tragen. Für den Trotzkismus wurde der Antizionismus zu einer »pathologischen Obsession« (Rubinstein 1982: 77).<sup>72</sup> Der Trotzkismus unterscheidet sich in seinen Positionierungen von der Moskauer Linie des Mehrheits-Kommunismus und ist zudem von großer Relevanz für die britische Linke. Er verdient deshalb hier eine gesonderte Betrachtung. Großbritannien stellt neben Frankreich und den USA eines der Zentren des weltweiten Trotzkismus dar; Britanniens Linke ist insgesamt stark trotzkistisch geprägt (Callaghan 1984). Die wenigen bisher systematisch zur trotzkistischen Sicht auf Jüdinnen, Juden und den Nahostkonflikt zusammengetragenen Erkenntnisse verdanken wir Werner Cohn (1991).

Der frühe Trotzkismus unterscheidet sich vom späteren nicht zuletzt in der Bewertung des Palästinaproblems. Zunächst galt der Trotzkismus aufgrund seiner dissidenten Stellung als deutlich intellektueller als der kommunistische Mainstream. Zugleich gab er sich radikaler, bestand doch eine der Hauptdifferenzen zwischen Trotzki und Stalin in der Debatte zwischen Weltrevolution (Trotzki) und Sozialismus in einem Land (Stalin). Die erklärten Hauptfeinde waren dem Trotzkismus der Stalinismus *und* der Faschismus. Dem Kampf gegen beide – und natürlich die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft, in deren Existenz sie auch die Ursache für und die stete Gefahr des Umschlags in den Faschismus sahen – widmeten die TrotzkistInnen ihre ganze Energie. Das Palästinaproblem spielte in dieser Hinsicht eigentlich keine Rolle. Anders als die bolschewistischen Führer war Trotzki gegenüber dem Phänomen des Antisemitismus wachsam; er registrierte die antisemitischen Implikationen der Moskauer Schauprozesse und auch der Stalin'schen Kampagnen gegen ihn. Grundsätzlich teilten aber die Anhänger Trotzki die marxistische Ablehnung des Zionismus. Den sich innerhalb dieser Grundpositionierung abspielenden Wandel zeigt Cohn am Schrifttum des einflussreichen britischen Trotzkisten Tony Cliff (Yigal Gluckstein), des langjährigen Führers der Socialist Workers Party. Cliff selbst beschreibt seine Entwicklung in seiner Autobiografie folgendermaßen:

It took me a few years to make the transition from being an orthodox Zionist to being a semi-Zionist with a pro-Palestinian position and then to making a complete break with Zionism.<sup>73</sup>

Cliffs Äußerungen zum Palästinaproblem aus den dreißiger Jahren sind von Offenheit und Distanz geprägt. Kritik des Zionismus geht in diesen Schriften einher mit Kritik am antisemitischen Charakter der arabischen Ausschreitungen. Er

<sup>72</sup> Die Politik der anderen K-Gruppen ist bisher nicht dahingehend untersucht.

<sup>73</sup> Das Buch (Cliff 2002) ist komplett online:

<http://www.marxists.org/archive/cliff/works/2000/wtw/ch01.htm> [22.12.06].

nennt diese in einem Text aus dem Jahre 1938 Pogrome. In einem Text aus dem Jahre 1946 holt er zu einem Rundumschlag gegen die KommunistInnen, den Zionismus, den britischen Imperialismus, die feudalen arabischen Landbesitzer und die Verbindungen des Jerusalemer Muftis zu den Nationalsozialisten aus. Cliff argumentiert hier gewissermaßen von einer *third-camp*-Position des Nicht-Parteiergreifens, deren Anwendung auf die Weltsituation im Kalten Krieg später zum Spezifikum des von ihm vertretenen Trotzkismus wird (*»third camper«*). Dieses Element (bezogen auf das Palästina-Problem) verschwindet jedoch. Cliffs Texte aus der Zeit des Sechs-Tage-Krieges (1967) – dazwischen, so Cohn, lag eine Latenzperiode mit geringem Interesse – lassen die ehemalige Distanz vermissen und die Parteinahme für die palästinensische Seite geht nun mit der Dämonisierung der israelischen einher. Diese Entwicklung koinzidiert mit dem deutlichen pro-palästinensischen Schwenk bei den linken Parteien und Bewegungen im Westen und der Zuspitzung des Antizionismus in den Ostblockstaaten. Sämtliche sozialistischen Länder, außer Rumänien, beendeten in diesem Jahr ihre diplomatischen Beziehungen mit Israel; im Westen entstand die linke Palästina-Solidaritätsbewegung, die, wie geschildert, den palästinensischen Kampf idealisierte und Israel dämonisierte.

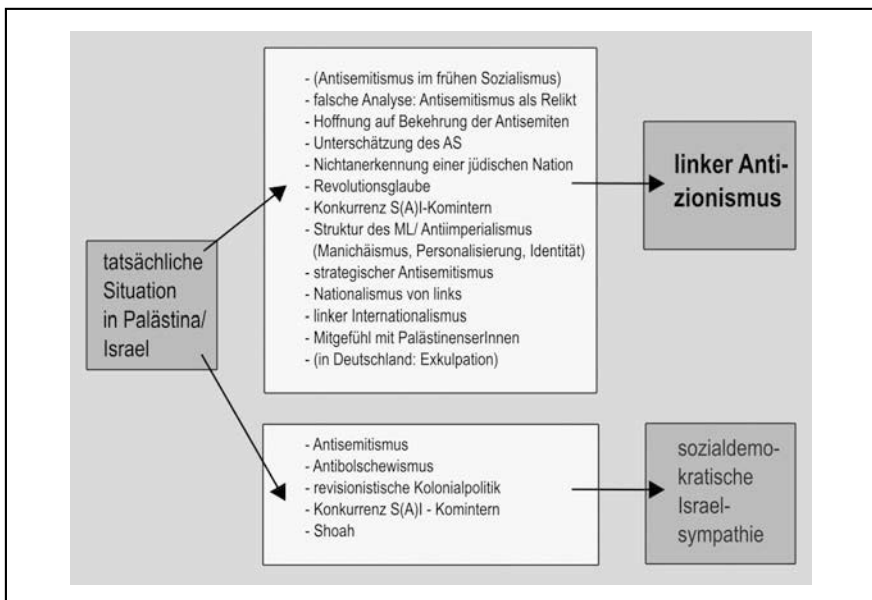
Die Verweise auf arabische Gewalt finden sich nun in Cliffs Schriften nicht mehr, dafür werden aber die israelischen ArbeiterInnen für ihr angebliches Versagen kritisiert, sich nicht den »arabischen Kräften« angeschlossen zu haben. Der Großteil des Trotzkismus bewegt sich weg von einer klassentheoretischen Deutung des Konfliktes in Nahost zu einer imperialismustheoretischen. Israel wird nun generell als »oppressor nation« gesehen. Die Stärke und Feindlichkeit der Wendung wird an einem Beschluss der US-SWP von 1971 deutlich, worin erklärt wird, dass die »Zerstörung des israelischen Siedler-kolonialistischen, expansionistischen, kapitalistischen Staates« eine zentrale Aufgabe der »arabischen Revolution« darstelle. Den israelischen Jüdinnen und Juden sollten künftig nur noch Minderheitenrechte, aber keine nationale Selbstbestimmung mehr gewährt werden. Die Entscheidung darüber stehe den derzeit unterdrückten PalästinenserInnen unilateral zu (Cohn 1991). Diese Grundausrichtung hat sich im Trotzkismus bis heute nicht wesentlich verändert. Ziel bleibt für viele trotzkistische Gruppen weiterhin die Zerstörung Israels (Stellman 1982). Darauf wird an verschiedenen Stellen zurückzukommen sein, nicht zuletzt im Kapitel über die britische Linke.

## **2.4 Die Linke und der Nahostkonflikt in der Geschichte**

In der bisherigen Darstellung des Verhältnisses der Linken zum Nahostkonflikt ist die Situation in Palästina/Israel selbst kurz geraten. Dies soll sie keineswegs geringerschätzen. Es ist nur zu klar, dass die Sympathien der Mehrheit der Linken, als sie denn der PalästinenserInnen gewahr wurden, auf deren Seite lag, da sie unter der israelischen Besatzung und deren Schikanen leben mussten sowie weiter an den Folgen von Krieg und Vertreibung litten. Doch die Frage, die hier zu beant-

worten war, war die, warum diese Sympathie oft so weit ging, alles Palästinensische kritiklos gutzuheißen und alles Israelische in teils antisemitischer Manier zu dämonisieren. Es zeigte sich, dass die Linke ein altes Erbe der Ignoranz gegenüber Partikularproblemen der Jüdinnen und Juden und eine traditionelle Geringschätzung der Problematik des Antisemitismus mit sich trug. Es zeigte sich aber auch, dass die antiimperialistische Ideologie insbesondere im dogmatischen Marxismus-Leninismus (an den auch heute noch viele Linke anschließen) einen strukturellen Anschluss fand, der besonders in Zeiten von Staats- und Nationsbildungsprozessen zum Antisemitismus aktualisiert werden konnte, wenn er auf Israel oder den Zionismus angewendet wurde. Die folgende Übersicht soll noch einmal die Elemente auflisten, die verzerrend als Brechungsfaktoren zwischen der linken Deutung und dem eigentlichen Konflikt stehen und so das traditionelle israelfeindliche Bild der Linken schufen – die linken diskursiven Gelegenheitsstrukturen für aktuelle Nahostdiskurse.

*Abbildung 4: Die Gelegenheitsstruktur links – Brechungsfaktoren der linken Wahrnehmung des Nahostkonflikts*





# TEIL B: FALLSTUDIEN

## IV Methoden

### 1 Handlungen, Wissen und Diskurs

Das Hauptziel der Arbeit ist die Beschreibung der britischen und deutschen linken Auseinandersetzung mit dem Nahostkonflikt, um beide Länder anschließend auf Ähnlichkeiten und Differenzen hin zu analysieren und die Differenz durch die diskursiven Gelegenheitsstrukturen zu erklären. Dabei ist klar, dass »Erklären« hier in einem weiteren Sinne gemeint ist als in der auf statistischen Analysen basierenden Forschung im deduktionslogischen Paradigma, nämlich als Erkennen von Regelstrukturen und Deutung der Beobachtungen mit Hilfe soziologischen Wissens. Dazu kommt das Interesse an einer dichten Beschreibung und einem lebensweltnahen Verstehen der Akteursmotivationen und ihrer Sinnstrukturen »von innen heraus«. Damit verortet sich die Studie im Kontext der qualitativen *Methodologie* (Flick et al. 2003a). Angesichts der Komplexität und relativen Unergeschlossenheit des Feldes (zumindest für Großbritannien) verböte es sich ohnehin, direkt Methoden der quantitativen Sozialforschung zum Einsatz zu bringen; deshalb kommt mit Leitfadeninterviews und inhaltsanalytischer Auswertung eine qualitative *Methode* zur Anwendung. Andererseits weist das Vorgehen in seiner Diskursorientierung auch weit über die qualitative Forschung und das interpretative Paradigma im engeren Sinne hinaus (Keller 2001: 114 ff.). Diese Zuordnungs-Unsicherheit resultiert aus dem Doppelcharakter der qualitativen Forschung als Methode und Methodologie. Denn sie ist einerseits gewissermaßen ein Set an Strategien und Instrumenten (Methoden), derer sich im Forschungsprozess bedient werden kann, andererseits eine forschungspolitische und wissenschaftstheoretische Grundausrichtung, auf der die qualitativen Methoden basieren, ohne jedoch auf sie beschränkt zu sein. Am deutlichsten wird dies im Falle der Diskursanalyse sichtbar. Ihr grundlegendes forschungspraktisches Vorgehen ähnelt oft sehr der qualitativen Inhaltsanalyse (Gerhards/Lindgens 1995, Ullrich 2005d); auch andere qualitativ-interpretative Erhebungsmethoden, wie die Objektive Hermeneutik, können in ihrem Rahmen zum Einsatz kommen (Diaz-Bone/Schneider 2003, Keller 2001: 135 f.). Bei diesen wie auch bei der Diskursanalyse wird induktionslogisch und abduktionslogisch geschlossen, d. h., das Material wird mit Hilfe vorhandenen theoretischen Wissens plausibilisiert oder durch Bildung neuer Regelannahmen (Theorien) gedeutet. Andererseits hat die Diskursanalyse im Gegensatz zur auf Handlungen abzielenden qualitativen Methodologie ei-

nen genuinen Makro-Blick auf ihr Untersuchungsobjekt, der als Diskurs zwar durchaus unter Beteiligung von sinnhaft handelnden Menschen entsteht, aber als überindividuelles, emergentes Phänomen mit eigenen (sozialen und kommunikativen) Regelstrukturen gedacht wird (Foucault 1974). Aus der Verbindung der beiden Perspektiven im Sinne von Reiner Kellers (2001) Vorschlag einer »wissenssoziologischen Diskursanalyse«, also der interpretativen (wissenssoziologischen) Handlungsorientierung und der emergenzorientierten Diskursanalyse, ergibt sich ein zweistufiges Vorgehen. Dieses besteht einerseits in der inhaltsanalytischen Auswertung von Interviews und andererseits in der Ergebnisaggregation auf der Diskursebene zu Deutungsmustern (*frames*), die vor allem unter Rückgriff auf soziale Makrophänomene (den Diskurs der Gesamtgesellschaft, die diskursiven Gelegenheitsstrukturen) erklärt werden. Die Interviews dienen zunächst der Ermittlung der verschiedenen Sichtweisen, der unterschiedlichen Motivationen für die Wahl eines Arguments. Der anschließende, aggregierende, diskursanalytische Teil hingegen fragt nach dem kulturell an Wahlmöglichkeiten überhaupt zur Verfügung Gestellten bzw. den Anreizen für bestimmte Selektionen und deren Bedingungen.

## 2 Datenerhebung

Dass Untersuchungen zum Thema »Linke und der Nahostkonflikt« in Großbritannien gänzlich fehlen, gab den Ausschlag für die Wahl des fokussierten Leitfaden-/ExpertInneninterviews als Erhebungsinstrument, und damit eines Standard-Verfahrens (Bogner/Menz 2002: 33), das sich als Hauptmethode einer Untersuchung wie als Explorationsinstrument großer Beliebtheit erfreut (ebd.: 37, Ullrich 2006a). Die widerstrebenden Zielsetzungen größtmöglicher Tiefe und Ergiebigkeit des Materials und der aus der Anlage der Studie resultierende Imperativ der bestmöglichen Vergleichbarkeit sind ein weiteres Argument. Denn das Leitfadeninterview ermöglicht sowohl Offenheit, also gegenstandsangemessene Steuerung des Forschungsprozesses (offene Fragen, situative Ergänzung des Leitfadens, keine Fixierung der Fragereihenfolge), als auch eine gewisse Vergleichbarkeit, weil der Leitfaden eine (aber erweiterbare) Dimensionierung des Feldes ergibt und somit eine strukturiertere Inbezugsetzung der Interviews möglich ist als bei gänzlich offenen Erhebungsformen. Zudem erleichtert das fokussierte Interview die hier gewählte Art der Felderschließung.

Als methodische Referenz für Interviews dieser Art gilt im deutschen Sprachraum oft die Konzeption des ExpertInneninterviews von Meuser und Nagel (1991), wohl nicht zuletzt, weil sie ein umfassendes Rezept liefern.<sup>74</sup> Ihr Konzept beschreibt sowohl eine Erhebungsmethode als auch eine Auswertungsstrategie, die letztlich der qualitativen Inhaltsanalyse (Mayring 1999) nahesteht, und sie verbinden dies mit einer wissenssoziologischen Fundierung. In der Praxis wird es

häufig als bloßes Erhebungsinstrument rezipiert und dient auch in dieser Arbeit als eine solche Orientierung. Die Methode wird, wie sie hier Anwendung findet, im Folgenden beschrieben; zusätzlich soll auch noch die konkrete »technische« Umsetzung expliziert werden, die in der methodischen Literatur i. d. R. sehr kurz ausfällt.

Die wesentlichste Abweichung des Leitfadeninterviews von den Idealvorstellungen der qualitativen Forschung ist die vom Prinzip der absoluten Offenheit. Durch die Verwendung eines Leitfadens wird eine Vorstrukturierung auf bestimmte Aspekte vorgenommen. Die Fragen sollen die Antwortmöglichkeiten eingrenzen, aber trotzdem offen sein und möglichst nicht bestimmte Antwortmöglichkeiten implizieren. So wurde zuerst eine erzählgenerierende Frage gestellt (»Was fällt dir/Ihnen zuerst zum Thema ›Linke und Nahostkonflikt‹ ein?«), an die Nachfragen und vertiefende Fragen ansetzten; erst dann kamen andere Fragen wie »Ist der Nahostkonflikt wichtig für die britische/deutsche Linke?« und »Wie äußert sich das?« und »Woran könnte das liegen?«

Im konkreten Diskursverlauf ist der Leitfaden nur eine Orientierung. Die Fragen werden nicht in starrer Reihenfolge vorgelesen, sondern an passender Stelle in anschlussfähiger Form gestellt. Diese Vorgabe dient dazu, dass sich die/der InterviewerIn auf die Relevanzstrukturen der Befragten einlässt und keine unangemessenen, künstlichen Brüche das Gespräch behindern. Neue und unbekannte Punkte werden in Erweiterung des Fragenkatalogs möglichst vertieft. Praktiziert wurde auch die Möglichkeit der Ergänzung des Leitfadens nach dem Bekanntwerden neuer und wichtiger Bereiche in bereits geführten Interviews.

Ein Nachteil, der aus dem Aufwand qualitativer Befragungen resultiert, ist die meist notwendige Beschränkung auf kleine Samples. Nicht zuletzt um dies zu kompensieren, wurde die Technik des ExpertInneninterviews entwickelt. Dahinter verbirgt sich die Annahme, dass es von Laien unterscheidbare ExpertInnen in Handlungsfeldern gibt, Akteure, die über privilegierte Zugänge zu Wissen verfügen, u. a. weil sie an entscheidender Stelle die zu untersuchenden Prozesse mitgestalten, also »Insiderwissen« haben. In der Untersuchung wird davon ausgegangen, dass bestimmte Akteure der Linken aussagefähiger für diese insgesamt sind, da sie Organisationen oder Strömungen repräsentieren und an prominenter Stelle die Politikgestaltung mitbestimmen. Die Befragten sind aber keine ExpertInnen, die wie Gutachter von außen auf das Feld schauen, wenn auch einige unter ihnen als WissenschaftlerInnen und PublizistInnen zusätzlich professionelle BeobachterInnen ihres eigenen politischen Handlungsfeldes sind. Es geht also, in der Terminologie von Meuser/Nagel (2002: 76), zuerst um ihr *Betriebswissen*. Die meisten

74 Vgl. a. Merton/Kendall (1946, dt. 1979), Witzel (2000). Zum ExpertInneninterview Meuser/Nagel (1991, 1994, 1997, Bogner et al. 2002, Liebold/Trinczek o. J.). Eine klare Trennung zwischen dem »normalen«, als teilstrukturiert, halb offen, fokussiert oder leitfadenbasiert bezeichneten Interview mit spezifischer Zielgruppe (in diesem Fall der Zielgruppe ExpertInnen in einem Feld) und dem »eentlichen« ExpertInneninterview ist kaum möglich (vgl. Deeke 1995, Kassner/Wasserman 2002).

der interviewten ExpertInnen sind aber nicht nur aktiv beteiligte, sondern auch Beobachter der (in dem Fall politischen) Szenerie insgesamt und verfügen dementsprechend auch über *Kontextwissen* (ebd.) und persönliche Einschätzungen. Letztlich werden auch im ExpertInneninterview beide Ebenen erhoben: das ExpertInnenwissen als solches und die immer wieder mit einfließenden persönlichen Wertungen der Interviewperson. Das Berichten über persönliche Sichtweisen ist nicht, wie Meuser/Nagel (2002: 78) meinen, ein Kennzeichen für das Misslingen des Interviews, sondern erschließt vielmehr eine zweite Ebene, die jedoch analytisch von der anderen getrennt werden muss. Die Rolle als *ExpertIn* kommt insbesondere dann zum Tragen, wenn über konkrete Entscheidungsfindungen, organisationsinterne Abläufe oder Standpunkte der eigenen Organisation berichtet wird.

Bei allgemeinen politischen Einschätzungen sind die Befragten nur Individuen, ggf. solche mit größerer Deutungsmacht, wenn sie herausgehobene Positionen bekleiden. Wie beim ExpertInneninterview nach Meuser/Nagel kommt es für die Auswertung *in erster Linie* auf das allen/vielen Gemeinsame an, auf die Einigkeit in der Einschätzung des Untersuchungsfeldes und nicht nur auf das Individuelle als spezifisch-komplexe Ausprägung einer Struktur, da die Theoriebildung den Ländervergleich im Fokus hat und nicht zuerst die Tiefenanalyse der Binnenstruktur des Phänomens in den beiden Ländern. Diese Einigkeit besteht jedoch nicht unbedingt in der gleichen Einschätzung des Themas Nahostkonflikt, sondern oft nur in der Art und Weise der Problematisierung.

Um an passende InformantInnen zu kommen, wurde ein zweistufiges Auswahlverfahren angewendet, das von theoretischen Vorannahmen und Alltagswissen über das Forschungsfeld ausging und sich dann von den Hinweisen der ersten Feldforschungen, ähnlich einem Schneeballsystem, weiterleiten ließ. Hintergrund dafür ist die erläuterte Schwierigkeit der objektiven oder definitorischen Bestimmung, wer denn zur Grundgesamtheit »die Linke« gehört. Demzufolge wurden als links bekannte Organisationen eines relativ breiten Spektrums und persönliche Bekannte mit der Bitte der Vermittlung kompetenter InterviewpartnerInnen angeschrieben. Dabei wurde auf Basis von Vorwissen darauf geachtet, möglichst unterschiedliche Strömungen der Linken aufzunehmen. Aus den Beschreibungen der Linken durch die InterviewpartnerInnen wurden dann Anhaltspunkte für weitere passende GesprächspartnerInnen (als VertreterInnen bestimmter Richtungen oder Strömungen) gesucht. Teilweise erfolgte auch eine direkte Weitervermittlung durch Empfehlung oder Weitergabe von Kontaktdaten. Als indirekte Empfehlung wurden auch das Abraten vom Interviewen bestimmter Gruppen/Personen gewertet, da diese offensichtlich doch als Referenzpunkt relevant sind – und sei es nur aus Gründen der Abgrenzung. Das weitere Vorgehen orientierte sich dann am theoretischen Sampling der *grounded theory* (Strauss/Corbin 1996), es wurde also versucht, jeweils möglichst ähnliche und kontrastierende Fälle zu finden.

Interviewt wurden also AktivistInnen, die an politischen Prozessen der linken Szene entscheidend beteiligt sind und die Szenerie auch beobachten. Am geeig-

netsten hierfür erschienen an prominenterer Stelle Tätige, vorzugsweise im Mittelfeld der Hierarchien. Diese Personen verfügen über ausreichende Kompetenz, Handlungsmacht, Erfahrung, sind aber auch nicht so sehr von der Basis und Alltagsarbeit entfernt wie Ikonen der Linken.

### **3 Auswertungsverfahren**

Alle Interviews wurden aufgenommen, Kontextinformationen (Bedingungen, Störeinflüsse, allgemeine Eindrücke) und statistische Angaben (Alter, Wohnort, Geschlecht, Rechts-Links-Selbsteinschätzung) schriftlich festgehalten. In folgenden Auswertungsschritten wurde dann vorgegangen (für die deutsche und die britische Linke getrennt).

Die Interviews wurden vollständig in einfacher Transkription verschriftlicht und gleich beim Verschriftlichen um Wortredundanzen, abgebrochene Sätze, Pausen, Wiederholungen, Geräusche u. ä. reduziert. An einigen Stellen kam es auch zu noch größeren Kondensierungsschritten bereits während der Transkription. So wurden Stellen, die für die Forschungsfrage zunächst irrelevant erschienen, nur kurz zusammengefasst. Besonders wichtige und aussagekräftige Stellen hingegen wurden originalgetreu transkribiert, auch mit Berücksichtigung von starken Betonungen und Abbrüchen (wenn sie bspw. als Ausdruck von Erregung gewertet werden konnten). Bei Zitaten aus den Interviews stehen Fettdruck für Betonungen, Kursivdruck für Fragen des Interviewers, Bindestriche für Abbrüche, runde Klammern ohne Text für Unverständliches und mit Text für schwer verständliche Passagen mit dem wahrscheinlich Gemeinten. Eckige Klammern dienen Anmerkungen und Einfügungen durch den Autor, drei Punkte in selbigen stehen für Auslassungen. Ansonsten orientiert sich die Transkription an der gültigen Rechtschreibung.

Auch wenn die meisten Befragten keine Anonymisierung für nötig erachteten, wurden alle Interviews einheitlich anonymisiert. Namen und gelegentlich auch das Geschlecht der Interviewten bzw. weiterer Personen, über die berichtet wurde, sowie alle Hinweise, die einen Rückschluss auf die Person zulassen, wurden geändert. Dies erfolgte nicht nur aus Gründen der Einheitlichkeit, sondern auch, um mit den vielen sehr expliziten und persönlichen Äußerungen nicht erneut die linke Debatte anzukurbeln.

Der nächste Schritt diente dazu, die begrifflichen Grundlagen für den thematischen Vergleich zu schaffen. Die Interviewtranskripte wurden durchgelesen; inhaltlich relevante und zusammengehörige Textstellen markiert und mit – u. U. mehreren – Überschriften/Themenbezeichnungen versehen. Nach der Sichtung eines Teils der Interviews jeder Stichprobe (etwa die Hälfte) wurde ein fixes Codesystem eingeführt, da sich zeigte, dass kaum mehr neue Themenbereiche angesprochen wurden. Die Codes, die für Kategorien stehen, basieren auf den bis

dahin gefundenen Überschriften, die zusammengefasst und thematisch gegliedert wurden. Sämtlichen Kategorien wurde dann ein Code zugeordnet. Zu diesem frühen Zeitpunkt schon offensichtliche variiierende Teilaspekte wurden als Subcodes vermerkt. Ein Großteil der Codes orientierte sich dabei an den Fragen des Interviewleitfadens und groben Untergliederungen derselben. Weitere Codes wurden zu Themen gebildet, die in verschiedenen Interviews neu auftauchten.

Eine Erleichterung der weiteren Auswertung mit der begrenzten Kategorienanzahl stellten Auswertungs-Masken dar. Diese bestehen im Wesentlichen aus Tabellen, in denen für jeden Interviewten einzeln die relevanten Textstellen den entsprechenden Kategorien/Codes zugeordnet werden, unabhängig von ihrem Auftauchen in der Chronologie des Interviews. Letztendlich sind Auswertungsmasken eine Art Fragebogen an das Interview, bei dem Antwortmöglichkeiten nicht schon vorgegeben sind (»halboffen«)<sup>75</sup>. Als praktikabel hat sich erweisen, in einer Datei pro Interview eine zweisepaltige Tabelle für jede Kategorie anzulegen. In die eine Spalte werden die Textsequenzen kopiert, in die andere überträgt man die Überschriften der einzelnen Textsequenzen (wenn der Text schon mit Teilüberschriften versehen wurde) bzw. bildet nun eine Überschrift für die Sequenz. Diese Masken dienen vor allem dazu, später bestimmte Äußerungen schnell wieder aufzufinden oder bspw. herauszufinden, welche Interviewten sich zu welchem Thema (nicht) geäußert haben und eröffnen auch die Möglichkeit späterer fallimmanenter Interpretationen bzw. des Herstellen von Zusammenhängen, bspw. durch Kreuztabellen.

Im nächsten Schritt wurden alle Textpassagen aller Interviews, die einem Code zugeordnet worden sind, zusammengestellt. Zu jedem Code (Themenbereich) gab es nun eine lange Liste mit Zitaten und zugeordneten Überschriften, an denen nun der wichtigste Teil der Analyse begann. Dazu wurde erneut das gesamte Material gesichtet, aber nicht mehr nach Interviews, sondern nach Themenbereichen gegliedert. Ähnliche Zitate konnten gruppiert werden; zur Differenzierung nach Themenbereichen kommt nun noch verstärkt jene nach unterschiedlichen Ausprägungen. Eine große Hilfe sind dabei die Überschriften, die als Ausgangspunkt der Gruppierung und Zusammenfassung zu einer höheren Abstraktionsstufe fungieren. An dieser Stelle konnte überprüft werden, ob die entsprechenden Textstellen allen relevanten Kategorien zugeordnet wurden, denn häufig gehören einzelne Sequenzen zu mehreren Codes. Wenn im Laufe des Forschungsprozesses noch neue Kategorien gebildet wurden, musste das gesamte Material noch einmal unter diesem Gesichtspunkt durchgesehen werden.

Themen, insbesondere solche mit Faktizitätsanspruch, zu denen nur sehr wenige ExpertInnen etwas berichtet haben, obwohl das Wissen darüber auch den anderen hätte zugänglich gewesen sein müssen, oder die durch nur sehr vage Darstellungen auffielen, wurden, um Eingang finden zu können, durch andere Quel-

75 Vgl. zur Auswertung von Leitfadeninterviews Schmidt (2003).

len abgesichert.<sup>76</sup> Dies gilt natürlich nicht, wenn das Wissen des/r befragten Expert/in exklusiv ist und ohnehin nicht für die Signifikanz dieser Äußerung als *Meinung*.

Die Ergebnisdarstellung wird stellenweise mit Zitaten unterstützt, nämlich dann, wenn diese einen Sachverhalt sehr typisch oder besonders eindrücklich formulieren und eine Paraphrase Authentizität rauben würde. Viele Informationen ergeben sich aber aus Nebensätzen und kleinen Bemerkungen, die nur in der Gesamtschau signifikant sind. Aus Gründen der Lesbarkeit wurde auf solche Zitate verzichtet. Als Hauptkriterium für die Bedeutung einer Textstelle gilt jedoch, wie erwähnt, die Gegenseitigkeit, also die Bestätigung eines Themas durch andere Interviews. Wenn Einigkeit nur darin besteht, dass viele Interviewte einen bestimmten Aspekt sehr differenziert ausbauen, sie ihn aber ganz verschieden füllen, kann dies vor allem als Indikator für die hohe Relevanz des Themas verwendet werden. Sehr vorsichtig kann die Relevanz von Themen/Kategorien bzw. Ausprägungen dann auch quantifiziert werden. Ausgeschlossen ist bei der geringen Größe der Studie und dem gewählten Samplingverfahren eine Angabe von prozentualen Verteilungen. Die Gliederung der Ergebnis-Darstellung (vor dem eigentlichen Vergleich) folgt dabei induktiv den Ergebnissen der Befragung. Der Aufbau der Kapitel entspricht damit nicht einer theoretischen Logik, und demzufolge unterscheiden sich die Darstellung des deutschen und des britischen Falles in ihrer Struktur, da sich die Fälle selbst stark unterscheiden.

Im letzten Schritt erfolgt die Ablösung von Text (Meuser/Nagel 2002: 88): »Das Gemeinsame im Verschiedenen wird – im Rekurs auf soziologisches Wissen – begrifflich gestaltet.« Zusammenhänge zwischen den Kategorien werden untersucht und Interpretationen formuliert. Dieser Schritt ist hier die Aggregation des Materials zu Deutungsmustern und deren Rückbezug auf die diskursiven Gelegenheitsstrukturen.

Der Begriff Deutungsmuster oder *frame* ist, wie im Theorieteil geschildert, eine Möglichkeit der empirischen Konzeptualisierung des Diskurses, die sich besonders für den Kulturvergleich eignet (Ullrich 2005d), weil nicht nur Positionierungen zu einem Thema erfasst werden, sondern eben die Art und Weise der Deutung und der Deutungskonflikt, der Blickwinkel auf die interessierenden Fragen, die ordnende Struktur hinter den einzelnen Diskursbeiträgen. Der Deutungsmusterbegriff ist also lediglich eine bestimmte Perspektive auf den Diskurs, die andere nicht ausschließt.<sup>77</sup> Anders als in Studien, in denen Deutungsmuster als di-

76 So fanden Zeitungsberichte, Akten, Sitzungsprotokolle, Flugblätter, eigene Beobachtungsprotokolle u. ä. Eingang.

77 Die empirische Diskursforschung verfügt über eine Vielzahl von kombinierbaren Konzepten. Die Vielfalt der Perspektiven liegt in den heterogenen wissenschaftlichen Hintergründen und somit oft schlichter Unkenntnis ähnlicher Begrifflichkeiten anderer DiskursforscherInnen begründet. Manche Ansätze sind eher linguistisch und literaturwissenschaftlich geprägt (Link 1983, Teubert 2003, Niehr/Böke 2000), andere stärker sozialwissenschaftlich ausgerichtet, wenn auch mit starkem Bezug zur Linguistik (Foucault 1974, Jäger 2001) oder klar soziologische Programme (Keller 2001, Gerhards 2003).

rekte Analyseeinheit dienen (Gamson/Modigliani 1989),<sup>78</sup> wird hier noch mehr auf den gesellschaftlichen Charakter der Deutungsmuster fokussiert und eine begrenzte Zahl für den Diskurs besonders wichtiger *frames* entlang der Konfliktlinien der Nahostdiskussion aggregiert. Konkrete inhaltliche Standpunkte innerhalb eines *frames* sollen hingegen als *Positionen* bezeichnet werden. Für die deutsche Linke ist bspw. der *frame* »Antisemitismus?« (definiert durch die Unterscheidung »Ist ein Akteur antisemitisch oder nicht?«) wichtig, z. B. für die Bewertung des palästinensischen Widerstands. Eine Position wäre dann die konkrete Einordnung des zu Bewertenden als (generell, strukturell, subjektiv) antisemitisch oder eben nicht. Eine Position ist auch eine israelkritische oder palästinasolidarische. Doch sie kann innerhalb verschiedener organisierender Deutungsmuster vorkommen, bpsw. im Besatzungsframe (Leiden die PalästinenserInnen unter der Besatzung durch Israel?) oder im Deutungsmuster »deutsche Verantwortung« (Sind die PalästinenserInnen indirekte Opfer der deutschen Geschichte?). Die Unterschiede im Vorkommen der Deutungsmuster in beiden Ländern werden dann durch die eingeführten diskursiven Gelegenheitsstrukturen plausibilisiert

#### 4 Stichprobenbeschreibung

Im Rahmen der Studie wurden 28 Deutsche und 29 BritInnen interviewt. Die systematisch ausgewerteten Stichproben sollen im Folgenden beschrieben werden. Viele weitere Gespräche wurden als Flankierung und kommunikative Validierung herangezogen.

Eingang in das deutsche Sample fanden 28 Interviews, wobei nur 27 der Linken zuzurechnen sind.<sup>79</sup> Alle Interviews wurden zwischen April und August 2005 geführt. Um den unterschiedlichen Gegebenheiten gerecht zu werden, wurden für die Interviews PartnerInnen in mehreren Städten gesucht (vor allem Leipzig, Berlin, Frankfurt/M.), die sich hinsichtlich der politischen Szenerie und des Ost-West-Gegensatzes unterscheiden. Dazu kamen vier Interviews mit vorrangig in kleineren Städten oder auf dem Land Aktiven. Das Durchschnittsalter der Befragten betrug 42 Jahre. Fast alle bewegten sich, relativ gleichmäßig verteilt, zwischen 25 und 57 Jahren, mit drei Ausreißern (80, 73 und 19 Jahre). In der Links-Rechts-Selbsteinschätzung (auf einer Fünfer-Skala) votierten 9 für »links«, 9 für »extrem/radikal links« und 10 machten keine oder widersprüchliche Angaben. Die Mitgliedschaften und weitere Merkmale lassen darauf schließen, dass sich

78 Feree et al. (2002) schalten noch eine Stufe davor und erheben als kleinste Einheiten zunächst Ideeelemente, die dann zu Deutungsmustern geordnet werden, die in einem dritten Schritt quantitativ in großen Textkorpora erhoben werden. Dies liegt (abgesehen von der Quantifizierung) näher am hier praktizierten Vorgehen.

79 Ein Interview wurde mit einem Vertreter der palästinensischen Generaldelegation geführt. Seitens der israelischen Botschaft bestand keine Bereitschaft zu einem Gespräch. Zusätzlich zu den Interviews hatte der Autor die Gelegenheit, eine große Zahl von Konferenzen, Diskussionsveranstaltungen, Mailinglisten, Internetforen, Zeitschriftendebatten usw. zu verfolgen.



von diesen einige als »mitte-links« verorten würden. In der politischen Lagerverortung ergibt sich ein Ungleichgewicht zugunsten des außerparlamentarischen Bereichs. Dies liegt an der relativ höheren Bedeutung des Themas für diesen und an der Problematik, in diesem Feld privilegierte SprecherInnen zu finden. Nach wesentlichen politischen Lagern gruppiert (siehe für die Lagerbildung Kap. V.1), ergibt sich folgendes Bild: Sozialstaatslinke (Linkspartei.PDS, SPD-Linke): 5, Traditionskommunismus (DKP, TrotzistInnen): 4, radikale außerparlamentarische Linke: 9, NSB-Feld: 7. Drei Personen konnten schlecht einem der Lager zugeordnet werden, doch auch bei den anderen bewegen sich viele an den Grenzen der politischen Lager, was zu einem insgesamt ausgeglicheneren Bild führt.

Eingang in das britische Sample fanden 29 Interviews.<sup>80</sup> Die meisten wurden im Oktober 2004 interviewt, einige im Frühjahr desselben Jahres. Die Mehrzahl der ergänzenden Gespräche fand hingegen im Sommer 2005 und im Frühjahr und Sommer 2006 statt. Der Schwerpunkt der Interviewtätigkeit lag auf dem unbestrittenen politischen Zentrum London, sowie Manchester und Glasgow. Insgesamt 24 der Befragten lebten zum Interviewzeitpunkt in London, vier in Schottland und einer in der Bundesrepublik. Von den in England Lebenden stammen drei aus Schottland und kennen somit beide Teile der britischen Insel. Zwei der Interviewten, ein Brite und eine Deutsche, kennen die Bundesrepublik und Großbritannien sehr gut; leben im jeweils anderen Land und engagieren sich dort politisch und haben so auch den direkten Vergleich. Diese beiden Interviews wurden auf Deutsch geführt, alle anderen in englischer Sprache. Das Durchschnittsalter liegt bei 45 Jahren. Es sind aber mehr »Alte« vertreten als im deutschen Sample (fünf über 60, niemand unter 25). Die Mehrheit der Interviewten (21) sind männlichen, acht weiblichen Geschlechts. In der politischen rechts-links-Selbsteinschätzung dominiert klar »radikal/extrem links« (14 Interviewte, außerdem zwei links, vier Mitte-links, neun k. A.), dies scheint jedoch mehr in der Tradition des *English radicalism* begründet zu liegen, denn tatsächlich enthielt diese Gruppe auch eher reformistisch Eingestellte. In der politischen Lagerzuordnung repräsentieren vier die reformistische Traditions-Linke, acht den Traditionskommunismus/Trotzkismus, neun die libertäre Linke und sieben die gemäßigte außerparlamentarische Linke.

## 5 Methodenkritik

Gütekriterien in der qualitativen Forschung (Steinke 1999) sind anders als in der quantitativen Forschung weniger standardisiert. Dies darf nicht zur Ablehnung jeder Gütebewertung führen (vgl. Steinke 2003: 321). Die qualitative Forschung

<sup>80</sup> Dazu kamen noch knapp 15 kürzere oder stark fokussierte Expertengespräche zu Spezialthemen mit WissenschaftlerInnen, Journalistinnen, Funktionären und AktivistInnen, die nicht systematisch nach der hier beschriebenen Methode ausgewertet wurden, sondern ergänzenden Charakter besitzen.

kann jedoch nicht die deduktionslogischen Kriterien übernehmen, die eine andere methodologische Einbettung haben und durch die qualitative Forschung kaum erfüllbar sind. Vielmehr müssen Gütekriterien wie Methoden dem Gegenstand angemessen sein. Die Deutungen sind so gut als möglich zu plausibilisieren und in ihrem Entstehungsprozess nachvollziehbar zu machen. Dies geht jedoch auf Kosten der Lesbarkeit und Generalisierung oder würde extensives Textmaterial produzieren. Deswegen kann Gütekontrolle schon an früheren Punkten einsetzen und muss aufgetretene Schwierigkeiten und somit Grenzen der Deutungen benennen. Kleinere Einschränkungen, die diskutiert werden müssen, ergaben sich für diese Studie insbesondere in den Bereichen der Fallauswahl, der Erhebung und der Interpretationsgültigkeit.

Grundsätzlich sollten gerade interpretative Verfahren mit mehreren KodierInnen arbeiten und dabei Regeln entwickeln, die sich intersubjektiv prüfen lassen. Dieser Anforderung wurde insofern nachzukommen versucht, als eine Zeit lang fünf PraktikantInnen den Auswertungsprozess begleiteten. Mit diesen erfolgte eine regelmäßige Diskussion der vergebenen Codes an einzelnen Interviews. Stichprobenhaft wurden Interviews von mehreren Personen codiert. Zudem wurde das Material mit Interpretationen mehrfach in Methodenworkshops anderen qualitativ arbeitenden ForscherInnen vorgelegt und mit einem Teil der Befragten auch kommunikativ validiert (jeweils zwei Befragte aus beiden Ländern gaben Einschätzungen der Ergebnisdarstellung). Die Einschätzung eines möglichen Bias des Forschers sollte durch die kurze Selbstskizzierung in der Einleitung möglich sein.

Kleinere Einschränkungen, die kaum umgangen werden können, traten bei der Erhebung auf. Bedacht werden muss, dass die Interviewten sich teilweise in Konkurrenz zueinander befinden und dementsprechend über andere Akteure schwerlich mit kühler Distanz berichten können. Nicht zuletzt sind bei einigen Fragen Erwünschtheitseffekte zu erwarten und deren Ergebnisse also besonders vorsichtig zu interpretieren. Dies kann bspw. beim Thema Selbstmordattentate der Fall sein, da dieses Thema moralisch hoch aufgeladen ist.

Zudem ergaben sich bei der Auswahl der InterviewpartnerInnen gewisse Einschränkungen für VertreterInnen der libertären/autonomen/anarchistischen Linken, in deren von Informalität geprägten Strukturen besonders geeignete ExpertInnen aus mittleren und höheren Hierarchieebenen schwieriger zu kontaktieren waren. Dies konnte durch eine höhere Anzahl von Interviews in diesem Bereich korrigiert werden. Ein weiteres Problem ergibt sich durch die hohe Zahl von näher mit dem Thema Israel-Palästina-Konflikt Befassten unter den Interviewten. Sehr stark vertreten sind zudem großstädtische Akteure, wobei dies wohl auch ihrer realen Bedeutung für den Gesamtdiskurs entspricht. Der Auswahlprozess für InterviewpartnerInnen war wegen der zeitlichen Begrenzung der Forschungsaufenthalte und der höheren Zugangsbarrieren für den Outsider in Großbritannien etwas weniger extensiv möglich als in der Bundesrepublik. Deshalb mussten bei einigen Interviews Kompromisse im Setting eingegangen werden. Gelegentlich

war die Umgebung zu laut und einzelne Informationen konnten nicht transkribiert werden. Bei zwei Interviews wurden zudem jeweils zwei Partner gleichzeitig befragt. Die Paarkonstellation als Störeinfluss ist nur bei einem dieser Interviews zu befürchten, wo beide GesprächspartnerInnen stark aufeinander Bezug nahmen und sich häufig gegenseitig widersprachen. Das andere Interview mit zwei Teilnehmern wurde von einem dominiert, und nur gelegentlich warf der zweite Teilnehmer etwas ein. Bei fast allen Interviews konnten alle Themen des Leitfadens angesprochen werden, nur wenige Male erfolgte aus Zeitgründen eine Konzentration auf Kernaspekte. Sechs Interviews mit BritInnen wurden per E-Mail geführt, orientierten sich im Diskursverlauf dementsprechend starrer am Leitfaden und waren kürzer, prägnanter und boten keine Möglichkeit der Nachfrage. Solcherart Probleme sind nie ganz auszuschließen, ihre Offenlegung an dieser Stelle soll daran erinnern, dass keine Erkenntnis unverbesserbar ist.

## V Die Deutsche Linke

Aufgabe dieses Kapitels ist die Beschreibung der deutschen Linken, ihrer wichtigsten Akteure, Themen und Ideologien, Kampagnen und Debatten, um Anschlussdiskurse für den linken Nahostdiskurs zu explorieren. Die Linke in der Bundesrepublik ist eine vielfach fragmentierte Szenerie. Sie lässt sich nicht verstehen ohne den Umbruch von 1989, der linke Entwicklungen im Untersuchungszeitraum noch immer maßgeblich mitbestimmt. Die Wirkungen des Zusammenbruchs des Realsozialismus und des Anschlusses der DDR an die BRD veränderten die Linke in ideologischer wie organisatorischer Hinsicht. Die dadurch aufkommenden Themen und Konflikte hängen zu großen Teilen mit tieferen und älteren Problemlagen zusammen. Dazu gehören das Erbe des Nationalsozialismus und die damals erfolgte fast vollständige Zerschlagung der Linken in Deutschland. Dazu gehören weiterhin die Nachwirkungen des lange wirkenden Klassenkompromisses und die große Ferne eines Teils der deutschen Linken gegenüber der sozialen Frage, was erst mit der Globalisierungskritik aufzubrechen scheint.

Spätestens durch die rot-grüne Regierungskoalition (1998–2006) ist deutlicher als zuvor eine Außengrenze der Linken gezogen: SPD und Bündnis 90/Die Grünen sehen sich selbst nicht als vorrangig *linke* Kräfte und werden von links nicht (mehr) der Linken zugerechnet.<sup>81</sup> Mit der gleichen Gewissheit wird aber aner-

<sup>81</sup> Die SPD begreift sich als »Neue Mitte« (Niedermayer 2006: 105); die Grünen grenzen sich als die eigentliche moderne Linke von der LINKEN ab, obwohl die Selbstbezeichnung links kein wichtiges Selbstidentifikationslabel darstellt.

kannt, dass es sowohl bei den Grünen als auch in der SPD (aber relativ marginalisierte) Linke gibt. Zwei Einschnitte vertieften und verfestigten diese bereits zuvor etablierte Trennlinie. Der erste war die Kriegspolitik der rot-grünen Bundesregierung, die den Nachkriegskonsens, dass von deutschem Boden kein Krieg ausgehen dürfe, begrub und den Umbau der Bundeswehr von einer Verteidigungs- zu einer Interventionsarmee betrieb. Der zweite Einschnitt war die Sozialpolitik, die mit der Agenda 2010 von Kanzler Schröder zu den sogenannten Hartz-Gesetzen und damit zu einem massiven Einschnitt in die Systeme der sozialen Sicherung führte. Während der Krieg gegen Jugoslawien vor allem Zerwürfnisse bei den Grünen zur Folge hatte, führten die Hartz-Gesetzgebung und die diese begleitende Protestwelle zu Brüchen in der SPD, dem Entstehen einer neuen linken Partei (der Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit) und somit der Neuorganisation der parlamentarischen Linken im Einigungsprozess von Linkspartei.PDS und WASG. Auch wenn die Abgrenzung zur Mitte in dieser Legislaturperiode neu justiert wurde, ist das nicht als relative Homogenität der verbleibenden linken Akteure misszuverstehen.

Etwas prekär ist die Literaturlage über die Linke. Zwar ist einiges vorhanden; besonders die sich als herrschaftskritisch oder antikapitalistisch verstehende Linke wird jedoch – eine noch immer wirkende Folge des tiefsitzenden Antikommunismus – fast ausschließlich pejorativ behandelt (wenn man von der Literatur aus der Linken selbst absieht). Regelmäßige Beiträge über diese Akteure liefern vorrangig der Verfassungsschutz und die »Extremismusforschung«, die sich darin einig sind, dass den betreffenden Gruppen und Parteien keine Legitimität zukommt, da sie die »Freiheitlich-Demokratische Grundordnung« ablehnen würden.<sup>82</sup> Dieser Ausgangslage einer Literatur, die sich auf stark normative Extremismus- und Totalitarismustheorien beruft, muss man sich bewusst sein. Sie wird deshalb nur vorsichtig und ergänzend zu Rate gezogen.

## 1 Wer ist die deutsche Linke?

### 1.1 Konfliktlinien

Die grundsätzliche Strukturierung der deutschen Linken erfolgt anhand zweier Konfliktlinien. Sie sollen hier *Radikalität* und *Materialismus/Postmaterialismus* genannt werden. Auch wenn theoretische Begriffe eingehen, wurden die Dimensionen und Abgrenzungen vor allem aus den Akteursidentitäten, also aus dem Interviewmaterial, bestimmt.

Die erste Konfliktlinie (Materialismus – Postmaterialismus) vereint eine inhaltliche und eine organisationsstrukturelle Ebene. Am materialistischen Pol ste-

<sup>82</sup> Sehr sinnfällig wird dies beim Antifaschismus, der einen Kern jeder linken Identität darstellt. In der entsprechenden Literatur (z. B. Agethen/Jesse 2002, fast alle Verfassungsschutzberichte) wird dieser als inhaltliches Anliegen abgewertet und nur instrumentalisiert dargestellt.

hen diejenigen Organisationen, die ihre Ursprünge in der ArbeiterInnenbewegung haben. Ihr Kernziel besteht in der Wahrung der materiellen Interessen derjenigen Gruppen, die in der nationalen gesellschaftlichen Reichumsverteilung strukturell benachteiligt sind, der abhängig Beschäftigten und Arbeitslosen. Andere Unterdrückungs- und Herrschaftsverhältnisse, die sich auf Lebensweisedenken oder die Umwelt beziehen, werden von ihnen als nachrangig betrachtet. Diese Organisationen waren und sind zudem i. d. R. bürokratisch und hierarchisch (bspw. parteiförmig) organisiert; es gibt in ihnen klare Strukturen und Weisungsbefugnisse.<sup>83</sup> Dieser Teil der Linken hat auch immer den Staat und seine Institutionen als Handlungsrahmen seiner Politik gesehen (Palamentarismus), wenn der Staat vielleicht auch »übernommen« und revolutioniert werden sollte. Die klassischen Vertreter dieser Seite der Konfliktlinie sind die SPD- und die Gewerkschaftslinken, der größte Teil der Linkspartei und die weiteren traditionellen sozialistischen und kommunistischen Parteien. Dementsprechend liegt auch ihr Arbeitsschwerpunkt im sozialpolitischen Feld. Dabei gibt es Konkurrenz und Zusammenarbeit; die Spaltung der ArbeiterInnenbewegung in Sozialdemokratie und revolutionären Flügel ist dabei prägend.

Diesen Traditionslinien stehen am postmaterialistischen Pol Akteure gegenüber, die eine Vielzahl von Zielen verfolgen. Diese reichen von den Themen der Neuen Sozialen Bewegungen wie Umweltschutz, Gleichberechtigung und Lebensweisedenken bis hin zu antifaschistischer Politik, Antirassismus und Antikapitalismus. Einigend sind für diese Akteure nicht die Zielstellungen, wenngleich in einer Art Arbeitsteilung die Ziele der anderen oft geachtet und unterstützt werden, sondern oft eher kulturelle Fragen. Die Heterogenität der Ziele und eine Verknüpfung mit historisch jüngeren Konfliktlinien sorgen dafür, dass die Politikinhalte nicht mit einer großen gesellschaftlichen Gruppe verbunden sind. Sicherlich besteht ein Zusammenhang zwischen dieser Situation und der internen Kultur dieser vielfältigen Gruppen, Bewegungen und Netzwerke. Sie sind eher kleine, außerparlamentarische Organisationen, nicht parteiförmig und nicht hierarchisch organisiert. Vielmehr stehen sie für Basisdemokratie und Konsensentscheidungen (bzw. angesichts fehlender realpolitischer Handlungszwänge Entscheidungsabstinenz). Sie neigen zu sogenannten unkonventionellen Politikstilen, insbesondere Protest (Demonstrationen, Direkte Aktion). Die Ferne dieser Akteure von der sozialen Frage ist keine Gleichgültigkeit gegenüber dieser, tritt doch die radikale Linke mit dem Anspruch der Abschaffung des Kapitalismus an. Die Ferne von der sozialen Frage besteht also in der relativen Bedeutung, die Selbstverwirklichungs- und Identitätsthemen sowie theoretische Debatten einnehmen und in der tatsächlichen Abstinenz von sozialen Kämpfen sowie in der Ferne gegenüber den klassischen Kollektivakteuren der Lohnabhängigen-Interessensvertretung. Wichtige Vertreter dieses postmaterialistischen oder libertären Flügels sind die Neuen So-

83 Vgl. Rucht et al (2007: 165).

zialen Bewegungen, die Autonomen, die radikale studentische Linke, anarchistische Gruppierungen und die Antifa. Sie stehen in der Tradition von 1968, der APO, der Neuen Linken (Rucht et al. 2007: 159). Doch auch auf dieser Seite muss eine Binnendifferenzierung betont werden. Denn nur die radikale Linke steht durchaus *auch* in der Tradition des Kommunismus und Anarchismus (Rucht et al. 2007: 158 f.), ist also in ihrer antikapitalistischen Grundorientierung nicht gänzlich unverbunden mit der sozialen Frage. Aber viel mehr als bei Traditionslinken steht die Gegnerschaft zum Staat und seinen Organen im Mittelpunkt. Diese bilden einen der Hauptgegner linksradikaler und besonders autonomer Agitation. Die radikale Ablehnung der bestehenden Verhältnisse ist konstituierendes Merkmal für diesen Teil, nur schwach ist die Bereitschaft, mit reformistischen oder traditionslinken Bewegungen zusammenzuarbeiten. Umgekehrt wird die Radikalität und Militanz, die linksradikales Vorgehen oft auszeichnet, außerhalb dieses Feldes i. d. R. nicht akzeptiert, selbst dort, wo die anderen Akteure durchaus Nutznießer der durch Militanz gesteigerten Medienaufmerksamkeit sind. Daher auch die hohe Bedeutung der zweiten Konfliktlinie »Radikalität«.

Diese zweite Konfliktlinie steht für die Frage nach Reform oder Revolution, unterscheidet also zwischen die Verhältnisse nicht grundsätzlich infrage stellenden oder auf einen Gradualismus in der Überwindung setzenden und revolutionärsystemüberwindend orientierten Linken. Aktuell tritt die Radikalitäts-Konfliktlinie in der Diskussion um die Regierungsbeteiligungen der LINKEN zu Tage. Was von innerparteilichen Exponenten dieser Option als »Realitätssinn« verstanden wird, wird von Seiten der KritikerInnen – ganz gleich ob libertäre oder traditionelle – als Ausverkauf linker Positionen gesehen. So wird der Partei vorgeworfen, dass sie einerseits eine bundesweite Kampagne gegen die Hartz-IV-Gesetze organisiert, andererseits deren Umsetzung in Berlin exekutiert hat (Reißig 2005).

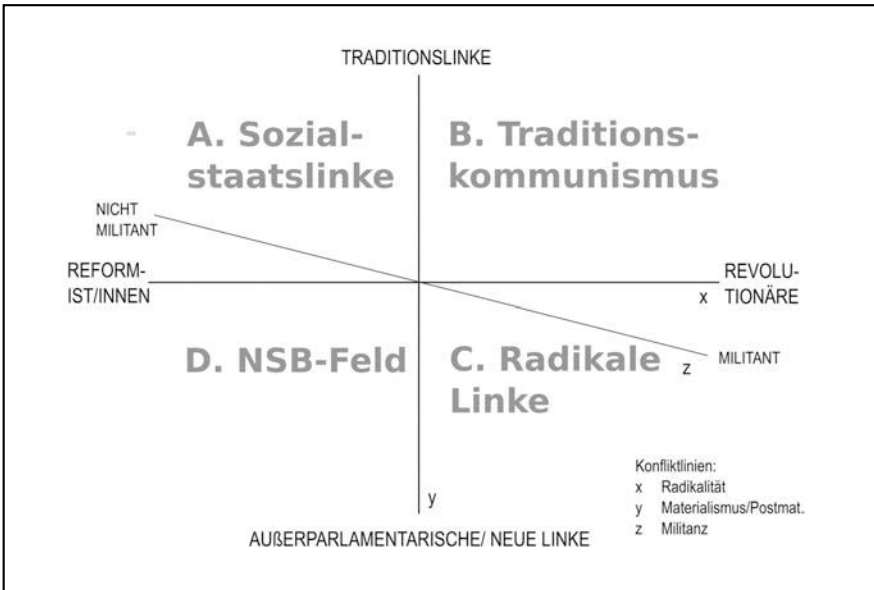
Nicht deckungsgleich, aber doch in einer *cleavage*-Koalition verlaufen die Konflikte um die Legitimität von Militanz. Der reformistische Pol setzt zur Erreichung von Vorstellungen auf streng legale Wege und nicht militante Auseinandersetzungsformen. Die andere Seite hingegen begreift legale Mittel des Kampfes bestenfalls als *eine* strategische Option, verweist aber auf die Korrumpierung durch Mitarbeit in den Institutionen des eigentlich bekämpften Systems. Die Hochzeiten konspirativer, illegalisierter Politik sind sicherlich vorbei, seitdem die Gruppen des »bewaffneten Widerstands« (RAF, RZ) nicht mehr existieren und die DKP kaum mehr in der Lage ist, verdeckt Parteimitglieder an gesellschaftlichen Schlüsselpositionen unterzubringen. Zudem sind die traditionelleren der revolutionären Organisationen zurückhaltender gegenüber »Gewalt«.<sup>84</sup> Der Widerspruch im Verhältnis zur Militanz grenzt deshalb vorrangig die radikale, autonome Linke

84 So verfechten kommunistische Parteien zwar ein revolutionäres Programm und verfügen auch über gewaltsame Strategien, neigen aber doch zu konventionellen und konformistischen Protestformen.

ab, aber auch im NSB-Feld (s. u.) wird militantes Vorgehen gelegentlich akzeptiert. Sowohl bei Gipfelprotesten als auch bei Antifa-Mobilisierungen erweist sich die »Gewaltfrage« immer wieder als Knackpunkt bestehender oder potenzieller Bündnisse. Die Konfliktlinie in der Frage militanten Protests verläuft deshalb leicht schräg zur Radikalitätskonfliktlinie.

Die Grundstruktur der deutschen Linken lässt sich anhand der Hauptkonfliktlinien grafisch wie folgt darstellen (inklusive der im Weiteren verwendeten Begrifflichkeiten für die Felder, Abb. 5).

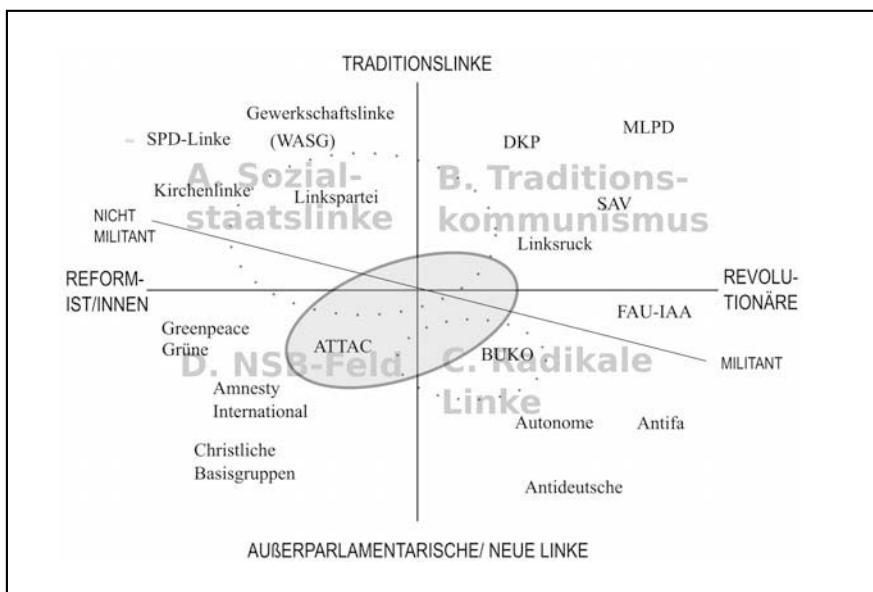
Abbildung 5: Untergliederung der deutschen Linken: Vier-Felder-Modell



Durch Kreuztabellierung der Dimensionen entsteht eine Vier-Felder-Tafel. Zwischen den Feldern gibt es fließende Übergänge. Die Abtragung der wichtigsten Organisationen und Strömungen auf das Schema zeigt Abb. 6.<sup>85</sup> Im Folgenden werden die einzelnen Felder sowie die intermediären Netzwerke beschrieben.

<sup>85</sup> Zu einer ähnlichen Konfiguration kommen Rucht et al. (2007). Ihre Daten erwiesen sich als zusätzliche Bestätigung der hier entwickelten Dimensionierung des linken Feldes. Sie haben allerdings nicht die gesamte Linke im Blick, sondern nur die *Global Justice Movements*. Die Materialismus/Postmaterialismus-Konfliktlinie heißt dort »organisierte/spontaneistische Organisationsform«. Dies erleichtert zwar die zweidimensionale Darstellung, ignoriert aber die Bedeutung des inhaltlichen Faktors alte (soziale Frage) vs. neue Politik (Identität).

Abbildung 6: Wichtigste Organisationen im Vier-Felder-Modell



### Intermediäre Netzwerke

Drei Organisationen müssen vorab behandelt werden, weil sie neben ihrem Charakter als eigenständige Organisationen als intermediäre Netzwerke über die Lager hinweg eine Vermittlungsfunktion wahrnehmen. Das ist zum einen Attac und zum anderen die PDS (jetzt DIE LINKE.). Beide sind für die Gesamtlinke von Bedeutung. Etwas eingeschränkt, mehr für die radikale Linke, gilt dies auch für die BUKO.

Die Linkspartei schöpft ihre Wichtigkeit aus der Tatsache, dass sie durch ihre Verankerung in der ostdeutschen WählerInnenschaft seit 1990 in allen Bundestagen vertreten war und die wichtigste parlamentarische Verankerung linker Politikan-sätze darstellt. Zusätzlich ist sie in allen ostdeutschen Landtagen vertreten und an zwei Landesregierungen beteiligt. Sie ist eine Strömungspartei, die durch Plattformen und andere Gliederungen Anschluss an fast alle anderen Bereiche der Linken hat. Übergänge in das traditionskommunistische Feld sind durch die Kommunistische Plattform und das Marxistische Forum gegeben. Durch ihre Jugendorganisationen bzw. ihr nahestehende Jugendverbände und die bunte und heterogene Mitgliedschaft im Westen besteht Anschluss an das linksradikale Feld. Durch die parteinahe Rosa-Luxemburg-Stiftung und Gliederungen wie die Ökologische Plattform hat sie auch Anschluss an das NSB-Feld. Zudem fungiert sie mit ihrer Infrastruktur gelegentlich als Dienstleister für andere Linke.<sup>86</sup> Somit steht die LINKE. im Zentrum eines umfassenderen Netzwerkes.



Noch viel ausgeprägter ist dieser lagerübergreifende Netzwerk-Charakter in Attac. Wie auch auf die LINKE. kam das Gespräch in mehr als zwei Drittel der Interviews an der einen oder anderen Stelle auf Attac. Attac ist neben der LINKEN. die medial wahrnehmbarste linke Organisation (Kolb 2003). Sie ist seit ihrem rasanten Aufstieg ab 2001, dem Jahr der G8-Proteste in Genua, Auffangbecken für längst aus der Politik ausgestiegene AktivistInnen, Politisierungsfaktor für junge Leute und von einer gewissen Attraktivität über Lagergrenzen hinweg, außerdem thematisch und ideologisch äußerst breit gefächert und auch für nicht in Attac Involvierte zumindest argumentativer Bezugspunkt. Attac ist strukturell als Netzwerk angelegt. Es gibt Einzelmitglieder und Ortsgruppen, dazu bundesweite AGs und Gremien. Ferner sind Organisationen aller Art Mitglieder und Unterstützer von Attac (diese kommen tatsächlich aus allen Lagern der Linken). Noch ist nicht ausgemacht, ob die Sozialforen eine ähnliche Funktion erfüllen können.<sup>87</sup> Attac steht zu Recht mit im Zentrum, wenn man versucht ein Bild der deutschen Linken zu zeichnen.

BUKO, die Bundeskoordination Internationalismus, hat die Funktion als intermediäres Netzwerk vor allem für die radikale und globalisierungskritische Linke sowie die Übergänge in die angrenzenden Bereiche. Ihr jährlicher Kongress zieht einige hundert AktivistInnen an. Die BUKO ist im linken Internationalismus der siebziger Jahre beheimatet, gestaltet aber auch neue Debatten aktiv und agil mit. Sie vereint reformistische als auch radikale Kräfte und genießt über die linksradikalen Kreise hinaus große Anerkennung.

### *A. Sozialstaatslinke*

Es handelt sich um die Organisationen aus der ArbeiterInnenbewegung mit reformerischem Anspruch. Vertreter sind die SPD-Linke in einzelnen Gliederungen der Jusos oder der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen. Ebenso dazu gehört der nichtkommunistische Teil der linken GewerkschafterInnen und die Mehrheit der LINKEN., insbesondere ihre Funktionärs- und Mandatsträgerschicht. Die LINKE. ist die wichtigste Kraft in diesem Feld.<sup>88</sup> Die Akteure verfolgen meist keynesianische Steuerungsansätze. Es werden konventionelle, wenig konfrontative Mittel politischen Agierens bevorzugt. Der Nationalstaat und die Kommune stellen den Hauptrahmen für sozialstaatslinke Politik dar, wenngleich die Bedeutung der internationalen, besonders der europäischen Ebene wächst. Die

86 Mandatsträger melden Demonstrationen für andere Gruppierungen an. Teilweise dienen Abgeordnetenbüros auch als Treffpunkte für außerparlamentarische Linke. Aus Partei- und Fraktionsgeldern bzw. Mitteln der parteinahen Stiftung werden viele parteiexterne Projekte unterstützt.

87 Seit 2001 gab es jährlich ein Weltsozialforum, seit 2002 auch im fast jährlichen Rhythmus Europäische Sozialforen und im Jahre 2005 auch das erste Sozialforum in Deutschland. Auf internationaler Ebene waren verschiedenste linke Akteure aus der Bundesrepublik beteiligt, doch das deutsche Forum blieb hinter den Erwartungen zurück. Auf lokaler Ebene gibt es große Unterschiede, aber teilweise sehr gut arbeitende Foren, vgl. Haug et al. (2007).

88 Man kann sicherlich den größten Teil ihrer über 70.000 Mitglieder hier zuordnen. Allerdings sorgt der hohe Anteil alter Menschen dafür, dass die Mitgliederzahl als Relevanzkriterium irreführend wäre.

Beschäftigung mit dem Nahostkonflikt ist weniger bedeutsam als in den anderen Feldern.

### *B. Traditionskommunismus*

Eine Vielzahl sozialistischer und kommunistischer Gruppen konkurriert um das ideologische Erbe der KPD, die 1956 verboten wurde. Ihnen allen geht es um die revolutionäre Überwindung des kapitalistischen Systems und die Errichtung der klassenlosen Gesellschaft ohne Privateigentum an Produktionsmitteln. Sie stellen sich zumeist in bewusste Kontinuität zum real existierenden Sozialismus, und der Streit um die Charakterisierung dieses Erbes ist wesentlicher Bestandteil der kollektiven Identitätsbildung, ebenso die Auseinandersetzung mit dem Reformismus (»Revisionismus«) in der ArbeiterInnenbewegung.<sup>89</sup> Auf lokaler Ebene gibt es aber auch Zusammenarbeit über gemeinsame Wahllisten. Die meisten der traditionskommunistischen Parteien sehen einen Pfeiler ihres Engagements in der Gewerkschaftsarbeit und wirken so auch in die breitere Gesellschaft, allerdings regional höchst unterschiedlich. Zweites Standbein ist die Antikriegspolitik und der antiimperialistische Kampf, der hier eine deutlich größere Rolle spielt als bei der Sozialstaatslinken. Die Zentralstellung des Antiimperialismus und der Solidarisierung mit »nationalen Befreiungsbewegungen« wie der palästinensischen ist fast ein Alleinstellungsmerkmal dieses Feldes.

Die einzigen größeren Parteien in diesem Feld sind die DKP und die MLPD. Die DKP operiert seit ihrer (Neu-)Gründung 1968 vorrangig legalistisch und in breiten Bündnissen und Listenvereinigungen. Sie hat ihren 1989/90 begonnenen Erneuerungsprozess, der nicht zuletzt eine Debatte über die Einschätzung des realen Sozialismus darstellt, noch immer zu keinem Abschluss gebracht. Die MLPD ist eine maoistische Organisation und gilt als isolierte Sekte; sie ist aber sehr aktiv in Sozialprotesten. Innerhalb der Linkspartei.PDS wirken die Kommunistische Plattform und das Marxistische Forum. Daneben gibt es jedoch noch trotzkistische Gruppierungen. Die wichtigsten sind Linksruck<sup>90</sup> und die Sozialistische Alternative. Mit derzeit nur noch wenigen hundert Mitgliedern spielen sie keine so große Rolle wie die TrotzkiInnen in Großbritannien. Durch ihre strategische Ausrichtung an Massenprotesten und ihre entrivistischen Strategien, sind sie jedoch sehr sichtbar. Sie beteiligten sich an der Gründung von Attac und WASG, sowie vielen Mobilisierungen der vergangenen Jahre. Durch ihre junge Mitgliedschaft und ihr Auftreten sind Anschlüsse zur radikalen Linken gegeben. Intern bestehen jedoch hierarchische Strukturen. Auch wenn die TrotzkiInnen dem Erbe des Realsozialismus kritisch gegenüberstehen, teilen sie mit den anderen Gruppierungen

89 Einigkeit besteht in einer begrenzten Verteidigung der DDR/UdSSR. Stalinistische Akteure wie die MLPD unterstützen diese nur für die Zeit bis zu Stalins Tod. Danach wurde ihrer Meinung nach der sozialistische Weg verlassen. Andere, wie die DKP, gehen begrenzt kritisch mit der (eigenen) stalinistischen Geschichte um.

90 2007 *formell* aufgelöst und (möglicherweise entristisch) in der LINKEN. aufgegangen.

die Zuschreibung hoher Relevanz an Klassentheorie und -kampf, meist als Empathie mit dem »einfachen Volk« verstanden, sowie den traditionellen ML-Antiimperialismus. Durch dieses Thema besteht Anschluss des traditionskommunistischen Feldes vor allem an traditioneller ausgerichtete Teile der autonomen Linken. Der traditionslinke Antiimperialismus umfasst also das Feld B (den Traditionskommunismus) und Randbereiche der angrenzenden, besonders des radikal-linken Feldes.

### *C. Radikale Linke*

Die »radikale Linke«, so die einigende Selbstetikettierung, ist ein Kind der herrschafts- und kapitalismuskritischen Teile der Neuen Linken. Radikale Linke stehen in konsequenter Gegnerschaft zum »System«, zu Kapitalismus und Staat, gegen die auch militant agiert wird. Sie engagieren sich in verschiedenen Politikbereichen, in der HausbesetzerInnenszene, Infoläden und alternativen Treffpunkten. Die Szene setzt damit auf eine eigene, alternative Gegenkultur. Das wichtigste Aktionsfeld ist die Antifa-Politik. Ideologische Quellen liegen auch im Kommunismus und Anarchismus, prägender war jedoch die spontaneistische Abwendung von den starren Organisationsstrukturen bestehender linker Organisationen. Damit erfolgte auch eine Lossagung vom Klassenbegriff als ideologischer Kategorie. Mehr als Ideologien ist ein Lebensgefühl der Gegnerschaft gegen die Verhältnisse einigend. Es konkurrieren Ansichten, welche die kapitalistische Wertvergesellschaftung als Grundwiderspruch sehen, mit solchen, die ein Nebeneinanderher verschiedener Unterdrückungsmechanismen (im Triple-Oppression-Ansatz: Patriarchat, Rassismus, Kapitalismus) konstatieren. Den Kern der radikalen Linken bildeten die sogenannten Autonomen.<sup>91</sup> Da deren Potenzial im Vergleich zu den Achtzigern stark abgenommen hat und dies mit interner Kritik an Antiimperialismus, Antizionismus, sexistischen Strukturen (Männerdominanz) und dem autonomen Gewaltkult einherging, wird heute oft vom postautonomen Spektrum gesprochen. Zu diesem gehören feministische, queere, Antifa-, Studierenden- und Antirassismusgruppen. Die wohl einige hundert Mitglieder zählende FAU-IAA ist als explizit anarchistische Organisation die Ausnahme; Anarchismus ist in der Bundesrepublik nur schwach verwurzelt.

### *D. NSB-Feld*

Das vierte und letzte Feld schließlich, die reformistisch-libertäre, postmaterialistische Linke steht in der Tradition der post-68er Protest- und Bürgerbewegungen (Umweltbewegung, Friedensbewegung, Frauenbewegung, LesBiSchwule Bewegungen, Landkommunen usw.) und in den letzten Jahren im Zeichen der Globali-

<sup>91</sup> Der Verfassungsschutz (2004a: 110 ff.) schätzt den Kern auf etwa 6000 mit einem einige Tausend zählenden Umfeld. Zur Behördensicht vgl. Verfassungsschutz Hessen (1999), für eine autonome Selbstreflexion vgl. A.G. Grauwacke (2003). Es liegt auch eine Dissertationsschrift über die Autonomen vor (Schwarzmeier 2001).

sierungskritik. Hierher gehören auch die vielen links-christlichen Basisgruppen, die in der Dritte-Welt-Politik und Friedensarbeit aktiv sind.<sup>92</sup> Die Themenvielfalt ist unerschöpflich; die ArbeiterInnenbewegung und ihre Revolutionshoffnungen sind keine wichtigen Quellen. Wie auch bei der radikalen Linken ist die Politik werte- und moralbasiert. Wichtig sind Organisationen wie der BUND und Pax Christi, vor allem jedoch tritt dieses Feld anlassbezogen und bewegungsförmig auf. Ein Großteil der Nichtregierungsorganisationen hat in diesem Feld seinen politischen Hintergrund. Deren Finanzmittel, hierarchische Strukturen und Zielbezogenheit stellen sie wiederum an die Grenze des NSB-Feldes in die Nähe der hierarchisch organisierten Sozialstaatslinken, wobei die thematische Differenz zu diesen bestehen bleibt. Die betrifft etablierte NGOs wie den BUND, WEED, Greenpeace und auch die amtskirchlichen Kampagnen und Hilfswerke. Diese können auch nicht ohne Weiteres der Linken zugeordnet werden, wenngleich eine gewisse Affinität auch nicht zu leugnen ist. Insgesamt ist in diesem Feld die Bezeichnung links wohl am umstrittensten, was die ambivalente Stellung der Grünen und Umweltbewegung illustriert.

## 1.2 Ost-Linke, West-Linke

Die Differenzierung zwischen der Linken im Osten und der im Westen überlagert die anderen Konfliktlinien. Zwei Ebenen sind zu unterscheiden. Die eine hängt mit der LINKEN und ihrer spezifischen Funktion im ostdeutschen Parteiensystem, die zweite mit dem Neubeginn außerparlamentarischer Linker nach dem Ende der DDR zusammen.

Die damalige PDS hat sich nach Startschwierigkeiten als Nachfolgepartei der DDR-Staatspartei SED eine gefestigte Position im Parteiensystem erarbeitet, allerdings bis 2007 fast ausschließlich auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. Sie versteht sich als antikapitalistische Partei, die eine sozialistische Gesellschaft anstrebt.<sup>93</sup> Intern ist sie, wie geschildert, heterogen. Insbesondere die Führungspositionen der Partei und die Mandate werden von sogenannten »ReformerInnen« dominiert, die für pragmatische Politik stehen und stetig für die Zurückdrängung revolutionärer Anteile in der eigenen Partei und einen »transformatorischen« und »modernen Sozialismus« (Int. 07) streiten. Diesen transformatorischen Sozialismus setzt der befragte Vertreter affirmativ gegen den von ihm kritisierten Traditionsmarxismus. Für den pragmatischen Kurs stehen vor allem die Programmautoren um Michael und André Brie sowie Dieter Klein, aber auch der langjährige Parteivorsitzende Lothar Bisky und die mediale Galionsfigur der Partei Gregor Gysi. Zu ihren KritikerInnen gehören weite Teile der Basis und verschiedene parteiinterne Gruppierungen, besonders die Kommunistische Plattform um Sahra

92 Es gibt sozialistische ChristInnen, wie die ChristInnen für den Sozialismus, den Bund der religiösen Sozialistinnen und Sozialisten (West), die Initiative Christliche Linke und die Weißenseer Blätter (Ost) und mehrheitlich thematisch orientierte Teilbereichs-Arbeit im NSB-Feld.

93 Programm der PDS vom 26.10.2003, Präambel.

Wagenknecht und das Marxistische Forum, außerdem Teile der Jugendorganisationen. Sie kritisieren die Entfernung von sozialistischen Inhalten in der programmatischen Entwicklung und die realpolitischen Kompromisse (vgl. Lang 2001). Die Basis der Partei besteht aus mehrheitlich älteren Menschen, von denen viele nicht politisch aktiv sind und die ein eher konservatives Sozialismusbild in sich tragen, das sie sich in der DDR angeeignet haben. Sie können dem eloquenten Führungspersonal oft wenig entgegensetzen.

Bei den WählerInnen der LINKEN. handelt es sich keineswegs ausschließlich um SozialistInnen. Vielmehr drückte sich in der Wahl der PDS immer auch Unzufriedenheit mit ostdeutschen Deklassierungserfahrungen aus. Die Linkspartei.PDS bedient als Regionalpartei mit ihrer programmatischen und infrastrukturellen Ausrichtung aktiv eine Ostidentität und versucht ostdeutsch definierte Interessen zu vertreten (Roesler 2003: 1081 ff.). Erst mit dem Beginn des Vereinigungsprozesses mit der WASG begann eine wachsende gesamtdeutsche Orientierung (vgl. Kap. V.2.3.).

Die Folge der Ostorientierung ist, dass die LINKE. als Bezugspunkt für ungebundene Akteure dort wichtiger ist als im Westen. Die außerparlamentarische Westlinke, und dieses Feld ist quantitativ insgesamt ganz klar westdominiert, hat nur einen schwachen Bezug zur Linkspartei. Dies wurde in allen Interviews mit außerparlamentarischen westdeutschen Linken deutlich. Noch mehr als die Gewerkschaften und kleine kommunistische Parteien wird hier die Linkspartei z. T. ignoriert. Dies erklärt sich nicht nur aus inhaltlichen Gegensätzen in der Bewertung der DDR, sondern auch aus der bisher schwachen Verankerung der Linkspartei im Westen, wo sie lange nur über kleine Ortsverbände und wenige Aktive verfügte. Im Ergebnis verfestigt sich durch diese Ost-West-Differenz aber der allgemeine Lagergegensatz, da die libertäre Westlinke nicht mit der stärksten Kraft der traditionellen Linken in Berührung kommt. Gerade innerhalb der LINKEN. im Osten wird deshalb die Ost-West-Spaltung häufig mit der Konfliktlinie um die soziale Frage (Materialismus/Postmaterialismus) in eins gesetzt. Viele postmaterialistische Debatten werden aus dieser Perspektive als ein Ausweichen von der sozialen Frage interpretiert, ein Manöver, das vorrangig die Westlinke ausführen würde. Dies betrifft insbesondere auch die Debatte um Antisemitismus, um die Nation und nicht zuletzt um den Nahostkonflikt. Diese geografische Unterscheidung lässt sich so allerdings nicht halten. Die Themen der postmaterialistischen Linken (z. B. die Nations- oder die Antisemitismusdebatte) finden in traditionellen Westmilieus ebenso wenig Beachtung. Der Unterschied besteht darin, dass die traditionellen Kräfte West nur von sehr kleinräumigem regionalem Einfluss sind. DKP und MLPD stellen nur einige lokale Mandatsträger und sind im Osten marginal. Der Osten stellt sich in dieser Hinsicht für die Linke als wichtiger dar, als es seinem Bevölkerungsanteil entspricht. Dies zeigt sich auch im Medien-sektor. Die einzigen linken Tageszeitungen (die *junge Welt* und das *Neue Deutschland*) kommen aus dem Osten, erschienen schon in der DDR und sind auch heute noch schwerpunktmäßig im Osten verbreitet.

Die letzte Manifestation dieses Ungleichgewichtes waren die Proteste gegen das Hartz-IV-Gesetz. Die sich teilweise in die Tradition von 1989 stellenden Montagsdemos hatten ihren Schwerpunkt eindeutig im Osten. Proteste fanden zwar auch im Westen statt, jedoch mit geringerer Resonanz. Aufgrund sozialistischer Prägung und schlechterer sozialer Lage wird der Osten deshalb auch als Beharrungsmoment gegen den Neoliberalismus gesehen. Diese Beharrung basiert auch auf der nach wie vor weit verbreiteten Ost-Identität, die aber nicht, wie im Falle Schottlands, secessionistische Zielstellungen gebiert. Ähnlich wie dort wirkt eine regionale kollektive Identität, die Benachteiligung in den Mittelpunkt stellt, als kulturelle Gelegenheitsstruktur für die Linke.

Auch die außerparlamentarische Linke ist durch eine Ost-West-Spaltung gekennzeichnet. Im Osten, wo die PDS ambivalent an die SED-Politik angeschlossen hat, kam es im außerparlamentarischen Bereich der Neuen Linken zum fast völligen Neuanfang. Die DDR-Oppositionellen (Friedens- und Umwelt- und Bürgerrechtsgruppen) haben sich in alle politischen Richtungen entwickelt oder aus der Politik zurückgezogen. Eine außerparlamentarische radikale Linke neben der Bürgerrechtsbewegung hat sich im Osten erst in der Zeit der Wende und des Anschlusses der DDR an die Bundesrepublik konstituiert. Während im Westen die Nachfolgeprodukte der 68er-Bewegung noch existieren und von neueren Entwicklungen überformt wurden, stellte sich der Osten für junge Politik als (zumindest organisationsstrukturell) wenig vorgeprägt dar, sodass neue Entwicklungen der neunziger Jahre, wie das Aufkommen der Antideutschen, zum unmittelbaren Politisierungsfaktor wurden, der mit weniger Alternativen konkurrieren musste.

Überdeutlich wurde die Relevanz der Bezugsrahmen West-Ost in den Interviews mit außerparlamentarischen Westlinken, die aufgrund ihrer Erfahrungshintergründe i. d. R. ganz explizit nur von der *westdeutschen* Linken sprachen. Insbesondere der klassische linksradikale internationalistische Antiimperialismus (das Lager der stärksten Palästinasolidarität), ist im außerparlamentarischen Bereich dominant ein Phänomen der *westdeutschen* Großstädte.

### **1.3 Konflikte und Selbstbezüglichkeit**

Weitere Differenzierungen sind hier kurz zu erwähnen. Es gibt eine deutliche generationelle Spaltung. Die radikale Linke und besonders die Antifa wird mehrheitlich von unter Dreißigjährigen getragen, während den Traditionskommunismus eine ältere Anhängerschaft prägt. Natürlich gibt es Unterschiede zwischen der Situation in größeren Städten und der ländlichen bzw. kleinstädtischen Umgebung. Während sich Diskussionen und ideologische Differenzierungen dominant in den Großstädten abspielen, kommen diese nur verzögert auf dem Lande an. Außerdem treffen sie dort auf eine weniger stark gegliederte Linke. Für die sind oft akute Handlungszwänge, bspw. die Konfrontation mit Angriffen von Neonazis, die Ursache dafür, dass ideologische Differenzen weniger wichtig genommen werden. Außerdem ist es plausibel anzunehmen, dass sich der auf dem Lande ge-

ringere AkademikerInnenanteil negativ auf die Neigung zu ideologischer Differenzierung auswirkt.

Eine weitere Konfliktlinie wurde in den Interviews häufig erwähnt, und zwar der Konflikt zwischen der sogenannten antideutschen Linken auf der einen Seite und länger bestehenden Strömungen auf der anderen, die teilweise als antiimperialistische Linke, teilweise als Traditionslinke, teilweise als anti-antideutsch beschrieben wurden.<sup>94</sup> Sie scheint aber in gewissem Maße quer zu allen anderen Konfliktlinien zu verlaufen und hat eine besondere Bedeutung im revolutionären und dort besonders im linksradikalen Feld.

Es lässt sich konstatieren, dass die Felder und Strömungen innerhalb der Felder stark selbstbezüglich sind, wenngleich dies nicht so ausgeprägt ist wie die Distanz zwischen der traditionellen und der libertären Linken in Großbritannien, wo intermediärer Netzwerke fehlen. Die Konfliktlinien wurden in den Interviews häufig explizit benannt. Häufig jedoch wurden sie auch durch *Nichtbenennung* des jeweiligen anderen Pols deutlich. Dies zeigt sich, wenn der DKP-Vertreter im Interview von der Überwindung alter Trennungen der Linken spricht, damit aber nur kommunistische, reformkommunistische und trotzkistische Gruppierungen meint. Ein ähnlich enger Horizont zeigt sich, wenn die Zeitschriften *ak* und *jungle world* als lagerübergreifende Medien charakterisiert werden, obwohl sie tatsächlich beide nur im Bereich der radikalen Linken rezipiert werden. Entsprechend gibt es viele Aussagen, in denen die Linke als zersplittert, marginal und selbstbezogen charakterisiert wird. Dies wird als Folge des Abschwungs der Linken seit 1989/90 gewertet. Vielfach wurden weitere Strömungen erst auf Nachfrage auch als linke Akteure anerkannt. Inmitten der entscheidenden Polarisierungen gibt es aber einen sehr großen Übergangsbereich, in dem politikfeldbezogene Arbeitsteilung statt spannungsgeladener Differenzierung herrscht.

#### 1.4 Linke Öffentlichkeiten

Meinungsbildung findet auch für die Linke in hohem Maße in einer medialen Öffentlichkeit statt. Auch die linke Nahostdebatte wird medial ausgetragen; bestimmte Medien können deutlich einzelnen Positionen mit spezifischen ideologischen Hintergründen zugeordnet werden (Bartel/Ullrich 2008) – daher ist eine ausführliche Darstellung der Foren und Medien der linken Teilöffentlichkeit vonnöten.

Printmedien spielen eine bedeutende Rolle. Die Spaltung in die verschiedenen Lager zeigt sich hier deutlich; die Zersplitterung ist jedoch nicht so immens wie in Großbritannien, wo Parteiblättchen das Bild bestimmen. Die in den Interviews am häufigsten genannten Medien sind die *junge Welt* und die *jungle world* (je 17

<sup>94</sup> Die Häufigkeit der Nennung dieses Konfliktes als grundsätzliche Beschreibungsdimension der deutschen Linken (explizit in 10 der 28 Interviews) erklärt sich zum Teil wohl auch daraus, dass die Befragten auf das Thema Nahostkonflikt eingestellt waren. An ihrer Wichtigkeit besteht trotzdem kein Zweifel (vgl. Senatsverwaltung für Inneres 2005:84 ff.).

Nennungen), gefolgt von *konkret* (15), *indymedia* (10) und der *taz* (8). Mit diesen Medien (außer der *taz*) sind diejenigen genannt, denen in einigen Interviews auch die Fähigkeit strömungsübergreifenden Wirkens zugesprochen wurde. Doch häufiger wurde die Frage nach verbindenden Medien verneint, oder es wurden Medien genannt, deren Reichweite sich letztlich doch fast nur auf jeweils eines der vier Felder beschränkt.

Mit der *jungen Welt* und dem *Neuen Deutschland* (ND) gibt es zwei linke Tageszeitungen. Das *ND* lebt von seiner weiten Verbreitung im PDS-nahen und somit sozialstaatslinken Milieu in Ostdeutschland. Mit einer Auflage von zirka 50 000 ist das ehemalige »Zentralorgan der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands« die größte linke Zeitung. Sie steht inhaltlich der Linkspartei und dem Reformkurs der Parteiführung nahe. Der Partei gehören auch Mehrheitsanteile des Blattes. Die *junge Welt*, ebenso ein DDR-Relikt, steht im traditionskommunistischen und antiimperialistischen Lager, wird aber darüber hinaus rezipiert. Ihre Auflage beträgt 14 000 bis 16 000 Exemplare; deutlich höher sei außerdem die Zahl der InternetleserInnen. Sie verkauft zwei Drittel ihrer Auflage im Osten. Die strikte Orientierung der *jungen Welt* am traditionskommunistischen Lager hat sich erst Mitte der neunziger Jahre gefestigt. Nach redaktionsinternen Streitigkeiten kam es damals zum Bruch, und ein Teil der Redakteure gründete nach einer Redaktionsbesetzung Wochenzeitung *jungle world*. Diese ist die wohl bedeutendste Zeitung im linksradikalen Spektrum. Ihre Auflage lag 2004 bei 12 000, nach 17 000 noch drei Jahre zuvor. Laut Presseberichterstattung haben dazu vor allem die prekäre Lage ihrer studentischen LeserInnenschaft und in der Zeitung vertretene antideutsche, z. T. offen bellizistische Positionen beigetragen (Döll 2004).<sup>95</sup> Trotz antideutscher Ausrichtung lässt sie verschiedene linke Positionen zu Wort kommen.

Eine ähnliche Auflagenhöhe hat die linksintellektuelle »Ost-West-Wochenzeitung« *Freitag*.<sup>96</sup> Sie ist ideologisch sehr breit und strömungsübergreifend angelegt.

Die Monatszeitschrift *konkret* bezeichnet sich selbst als einzige linke Publikumszeitschrift. Diese Einschätzung kann sich u. a. auf die vergleichsweise hohe verbreitete Auflage von über 40 000 Stück stützen. Sie wird nicht nur im Feld der radikalen Linken gelesen, obwohl auch viele AutorInnen ebenso in der *jungle world* schreiben. Sie wurde 1957 gegründet und gilt als die traditionell einflussreichste linke Zeitschrift. Zu ihren AutorInnen zähl(t)en Größen der bundesdeutschen kritischen Intelligenz unterschiedlicher Lager, wie Hermann Kant, Klaus Theweleit, Herrman Gremliza, Ingrid Strobel, Heinrich Böll, Wolf Biermann, Günther Wallraff, Winfried Wolf, Wolfgang Pohrt, Sahra Wagenknecht und viele mehr. Auch in der *konkret* sind antideutsche Positionen prominent vertreten, nicht zuletzt durch die Person des Herausgebers und Kolumnisten Hermann Gremliza.

<sup>95</sup> Vgl. den Offenen Brief in der *jungle world* (12.2.2003), S. 3, in dem sich AutorInnen vom Bellizismus distanzieren.

<sup>96</sup> <http://www.zeitschrift-abc.de/seite/p/titel/titelid/1015581860> [28.11.05].



Seit 1990 beschäftigt sich *konkret* »in besonderer Weise mit den Folgen der deutschen Wiedervereinigung: dem Erstarken des Nationalismus, Antisemitismus und Rassismus.«<sup>97</sup> Dies beinhaltete auch Gremlizas Eintreten für den zweiten Golfkrieg, weil dieser dem Schutz Israels diene. Solche Argumente führten damals zu einer Welle von Abonnementkündigungen. Die traditionelle Bedeutung der Zeitschrift und diese neuen umstrittenen Positionierungen, die von weiten Teilen der Linken abgelehnt werden, generieren eine ambivalente Bewertung der *konkret* von außen.

Die *junge Welt* auf der einen und *konkret* sowie die *jungle world* auf der anderen Seite gelten als Antipoden innerlinker Auseinandersetzungen. Während die beiden letztgenannten antideutsche Positionen vertreten, gilt die *junge Welt* als prototypische Vertreterin des traditionellen Antiimperialismus, dem innerlinken Antipoden der Antideutschen. Ein antideutscher *jungle world*- und *konkret*-Autor formuliert im Duktus dieser Auseinandersetzung seine Ablehnung der *jungen Welt*:

Die junge Welt ist 'n nationalsozialistisches Kampfbüchlein in großen Teilen. (16)

In dieser Ablehnung in Form der Bezeichnung nationalsozialistischer Umtriebe wird uns die Bedeutung der diskursiven Gelegenheitsstrukturen des deutschen Erinnerungsdiskurses gewahrt. Umgekehrt urteilt der Vertreter der *jungen Welt* über *konkret*, *pars pro toto* für die antideutsche Strömung:

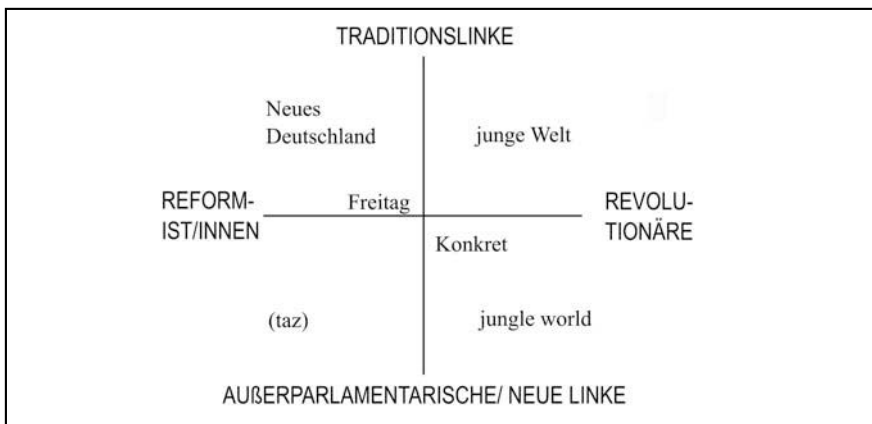
Ich kenne nur noch Leute, die sie abbestellt haben ... wegen der Haltung zum Irakkrieg ... und dann der Blödsinn mit den Antideutschen, das wollen ... nur wenige lesen. (04)

Tatsächlich ist es so, dass die meisten Interviewten beide Seiten als wichtige Publikationen nannten. Das LeserInnen-Spektrum überlappt also, und die jeweils andere Seite wird zumindest zur Kenntnis genommen.

Eine Besonderheit stellt die *Tageszeitung (taz)* dar. Sie gehört mit acht Nennungen in die Gruppe der oft Erwähnten. Ihre Nennung erfolgt aber meist mit dem Zusatz, dass sie für linke Öffentlichkeit *nicht mehr* bedeutsam sei oder dass sie mittlerweile keine linke Zeitung mehr darstelle. Ihre Bedeutung liegt nun wohl mehr in der Vergangenheit, wo sie aus einem links-grünen Alternativmilieu entstand. Im Zuge ihrer Professionalisierung setzte jedoch eine Entfernung von der Linken ein.

97 <http://www.konkret-verlage.de/kvv/media.php> [28.11.05].

Abbildung 7: Printmedien der Linken



Zu diesen wichtigsten linken Medien kommt noch eine Vielzahl kleinerer Zeitungen, Zeitschriften und Magazine, die oft einen kleinen LeserInnenkreis oder ein sehr spezifisches Anliegen vertreten. Darunter befinden sich wissenschaftlich-theoretische Zeitschriften wie *Das Argument*, *iz3w*, *Prokla*, *Z* oder *Berliner Debatte Initial*, die PDS-nahe *UTOPIE kreativ* der Rosa-Luxemburg-Stiftung, die *Marxistischen Blätter* aus dem DKP-Umfeld. Aus der radikalen Linken stammen die alle zwei bis drei Monate erscheinenden Magazine *Arranca*, *Phase II* und *Fantômas* und eine Vielzahl von Antifa-Zeitschriften, wie das *Antifaschistische Infoblatt*. Ein ob seiner relativ weiten Verbreitung Aufsehen erregendes Phänomen im harten Kern des traditionskommunistischen Feld ist der *Rotfuchs*. Diese »antirevisionistische« Zeitschrift mit stalinistischen Tendenzen hat nach Schätzungen des jW-Vertreters eine Auflage von 10 000 Stück. Weiterhin erwähnenswert sind die Zeitschrift *Sozialismus* und das Internetportal *Labournet* als Organe der Gewerkschaftslinken. Eine große Zahl von Zeitschriften ist nicht in erster Linie ideologisch gegliedert, sondern dient politischen Szenen in einzelnen Städten zur Information und Diskussion. Auch solche Blätter finden sich in allen Lagern.

Die Forschung hat verschiedentlich schon auf die Wichtigkeit verwiesen, die das Internet für die Möglichkeit des Zustandekommens weltweiter Protestbewegungen hat, weil die Organisationsprozesse mit E-Mail, Homepages, Newsgroups, Weblogs usw. die Mitarbeit einer großen, weit verstreuten Zahl von OrganisatorInnen ermöglichen (Ayres 1999, Schulz 2000, Ullrich 2004: 170, Barisic/Reinhard 2004) und eine neue Bühne für *net activism* bereitstellt. Das Internet hat aber auch im nationalen Rahmen eine zunehmende Bedeutung, während viele Zeitschriften ums Überleben kämpfen. Kaum überschaubar ist das Web-Angebot. Von herausragendem Interesse sind daher Portale, die Inhalte verschiedener Akteure bündeln wie *links-net.de* (viele linke Zeitschriften, spektrrenübergreifend) und *nadir.org* (Zeitschriften

und Gruppen, radikale Linke). Natürlich muss *indy-media* erwähnt werden. Das alternative Newsportal wird in zehn Interviews von VertreterInnen verschiedener Lager genannt, die aber eint: Sie gehören mehrheitlich der jüngeren Generation an. Durch die direkte Kommentierbarkeit aller Beiträge wird *indymedia* zum Ort des Aufeinandertreffens unterschiedlicher politischer Ansichten und nicht selten auch derber Beschimpfungen. Gerade die Diskussion um die Antideutschen, Antisemitismus, Israel und Palästina war im Untersuchungszeitraum mehrfach Anlass für *flame-wars*. Neben diesen Foren gibt es natürlich auch im Internet die Einzelseiten, Zeitschriften-Onlineausgaben, Newsgroups und Weblogs der einzelnen Parteien und Gruppen ohne übergreifende Diskussion oder Austausch.

Eine Bedeutung haben zudem Präsenzöffentlichkeiten. So ist die jährliche Attac-Sommerakademie eine Plattform für breite Diskussionen, und der BUKO, der Kongress der Bundeskoordination Internationalismus, gewinnt zunehmend an Bedeutung als intermediäres Netzwerk zwischen radikalen und globalisierungskritischen Linken. Noch immer gehören auch die Pressefeste, bspw. der DKP-Wochenzeitung *uz* zu den größten Treffen von Linken, wenn auch wohl nur bescheidene Impulse von ihnen ausgehen. Aktuell stehen die Sozialforen, die sich aus der Globalisierungskritik und ihren Gegengipfeln entwickelt haben, im Fokus.

## 2 Anschlussdiskurse: Aktuelle Themen

Bei allen Differenzen lassen sich doch einige zentrale Themen ausmachen, welche die aktuellen politischen Debatten und das politische Handeln bestimmten und in fast allen Lagern auf die eine oder andere Art behandelt wurden. Es handelt sich um die drei im engeren Untersuchungszeitraum akuten Themen Globalisierung/Globalisierungskritik, Krieg, Sozialabbau und Antifaschismus sowie um den eher als stetes Hintergrundthema zu sehenden Bereich »Deutschland« (Antisemitismus/Israel, Erinnerung und Geschichtspolitik). Sie alle waren auch Anlass für Diskussionen des Nahostthemas und stellen somit wichtige Anschlussdiskurse dar.

### 2.1 Globalisierung und Kritik

Auch die deutsche Linke begriff die Globalisierungsdebatte und die aufkommende transnationale Protestbewegung als eine rare Gelegenheitsstruktur. Für sie ist das Label Globalisierung seit 2001 eines der wichtigsten, unter dem linke Politik gemacht wird (Rucht et al. 2007, Ullrich 2003). Der Erfolg von Attac und der kurze Boom von *Linksruck*<sup>98</sup> liegen hier begründet. Die Globalisierungskritik

98 Die trotzkistische Organisation, Mitglied der International Socialist Tendency, hatte sich Anfang der neunziger Jahre nach einem kurzen entristischen Intermezzo bei den Jusos wieder von diesen getrennt und seit Seattle auf die globalisierungskritischen Bewegungen als entscheidendes politisches Aktionsfeld gesetzt. So waren sie für einige Zeit mit ihren Plakaten und Zeitungen omnipräsent, allerdings nur bis zu ihrer Spaltung 2002, welche die Organisation deutlich schwächte.

führte viele Menschen zum aktiven politischen Engagement. Die Gipfelproteste zogen Junge, besonders Studierende, an. Gleichzeitig sahen aber auch viele ältere Linke mit dem Aufkommen dieser Bewegung eine Möglichkeit des (Wieder-)Einstiegs in die politische Betätigung. Auch Parteien wie die Linkspartei.PDS beteiligten sich, um den programmatisch selbst gesetzten Bewegungsbezug einzulösen. Doch es dauerte nicht lange, bis zur Euphorie auch Kritik kam. Aus der radikalen Linken wurde der Globalisierungskritik Eventhopperei und Beliebigkeit oder eine Tendenz zu antisemitisch motiviertem Antizionismus vorgeworfen (Bewernitz 2003, vgl. auch Kendler/Ullrich 2004, Ullrich 2004: 172 f.). Antideutsche KritikerInnen monierten einen strukturell antisemitischen Charakter der globalisierungskritischen Kernforderungen nach Finanzmarktkontrolle. Diese Argumentation schließe durch die Trennung von »schaffendem und raffendem Kapital« an NS-Ideologie an. Solche Kapitalismuskritik verstünde es nicht, die komplexe Struktur der kapitalistischen Vergesellschaftung zu erfassen und neige stattdessen simplifizierend dazu, ihre Abneigung zu personifizieren oder bestimmten Ländern, i. d. R. den USA, oder Personen, sehr oft US-Präsident George Bush, zuzuschreiben. Hier vermischt sich der globalisierungskritische Diskurs mit dem Vergangenheitsdiskurs und somit der Debatte um Israel und Antisemitismus.

## **2.2 »Krieg gegen den Terror«**

Krieg und Frieden war schon immer ein Hauptthema der deutschen Linken, was reflektierte, dass beide Weltkriege von deutschem Boden ausgegangen waren. In den achtziger Jahren wurde gegen Raketenstationierung demonstriert und 1990/91 gegen den Irakkrieg. 1999 stand das Thema erneut auf der Tagesordnung, als sich die rot-grüne Bundesregierung anschickte, sich unter konstruierten Vorwänden am Krieg gegen Jugoslawien zu beteiligen (Elsässer 2004).

Eine ganz zentrale Rolle bekam das Thema Krieg und Frieden nach den Anschlägen auf das World Trade Center und das Pentagon am 11.9.2001. Mit den folgenden Kriegseinsätzen im von der US-Administration ausgerufenen »Kampf gegen den Terrorismus« war das Thema fast immer auf der Tagesordnung. Beim Irakkrieg hatten sich jedoch auch die Vorzeichen verändert. Es war nicht mehr nur die Linke, die sich gegen den Krieg wandte, sondern anders als im Afghanistankrieg ebenso die Bundesregierung. Es kam zu einer Protestwelle. Am weltweiten Antikriegs-Aktionstag am 15.2.2003 demonstrierten in Berlin 500 000 Menschen.<sup>99</sup> Trotz des Dilemmas mit dem Protest effektiv den irakischen Diktator zu stützen, überwog in weiten Teilen der Linken die Anti-Kriegs-Stimmung. Und wenn auch die in Interviews geäußerte Einschätzung, dass das irakische System von einigen linken KriegsgegnerInnen »hoch gelobt« wurde, deutlich zuspitzt, so waren doch einige aus dem traditionskommunistischen Spektrum mit Kritik an Hussein zumindest sehr zurückhaltend. u. a. waren es diese neuen Aspekte, die in-

<sup>99</sup> Demo-Marathon, *Der Tagesspiegel* 29.03.03.

nerhalb der radikalen Linken einen Teil zu ambivalenten oder kriegsbefürwortenden Positionen führte. Besonders antideutsche und antideutsch beeinflusste Gruppierungen und einzelne AutorInnen in *konkret*, *jungle world* und besonders der *Bahamas* nahmen eine bellizistische Position ein. Sie führten verschiedene Gründe dafür an: die Grausamkeit des irakischen Diktators und die Verbrechen seines Regimes, aber auch weniger anlassbezogene ideologische Argumente. Eine in dieser Zeit prominente Denkfigur stellte die Vorstellung dar, dass die Möglichkeit der Errichtung des Kommunismus von vorher errichteten bürgerlich-demokratischen Verhältnissen abhängig sei, die der Krieg bringen werde. Außerdem sollte mit dem irakischen Regime eine Bedrohung Israels verschwinden. Manche begriffen den Krieg auch als Kampf gegen den Islamismus, dessen antisemitische Elemente betont wurden, um einen Krieg zum Schutze Israels und des westlichen Liberalismus zu legitimieren. Doch es ging diesen Akteuren nicht nur um eine Pro-Kriegs-, sondern auch um eine Anti-Friedensbewegungs-Position. Die sogenannten linken Bellizisten rezipierten die Friedensbewegung als regressive oder volksgemeinschaftliche Bewegung, die sich aus Antiamerikanismus, Antizionismus und Antisemitismus speise. Und auch hier gibt es wieder eine Überlagerung von spezifischer Teilbereichspolitik mit dem Thema des Verhältnisses der deutschen Linken zu Deutschland und seiner Geschichte:

Bei der deutschen Massenhysterie und Mobilisierung gegen den Irakkrieg war's eindeutig ... Man musste sich nur in Berlin die Demonstrationen am 15. Februar angucken, wo wirklich alles ... was die deutsche Gesellschaft aufzubieten hat, da Seite an Seite durchs Brandenburger Tor marschiert ist, von der Grünen Jugend über die Antiimperialisten über die Gewerkschaften über Teile der SPD über irgendwelche ich weiß nicht was, bis hin zu Vertretern der Baath-Partei, der Hamas, der Hisbollah, alles zusammen, ne? ... und die Linke war sozusagen immer nur diejenige, die so 'n ganz bisschen die Avantgarde der ... volksgemeinschaftlichen Erhebung gemacht hat. (16)

Die Tatsache der relativen Breite der Bewegung wurde von Antideutschen als »volksgemeinschaftliche Erhebung« kritisiert, in der sich offizielle Politik, Linke, Zivilgesellschaft und fundamentalistische Gruppierungen wie die Hamas einig seien in ihrer regressiven Formierung (die sich gegen Israel richte). Dem Entstehen solcher Bilder, die dem klassischen Bild linker Politik doch recht deutlich entgegenstehen, widmet sich das folgende Kapitel ausführlich.

### **2.3 Sozialabbau: Hartz-IV und die neue Linkspartei**

Nach der Erklärung des offiziellen Kriegsendes im Mai 2003 rückten wieder soziale Themen in den Vordergrund. Aktueller Auslöser waren Gesetzesvorhaben der rot-grünen Bundesregierung. Der Bundeskanzler verkündete im Frühjahr 2003 die »Agenda 2010«, die Linke als Großangriff auf soziale Rechte interpretierten. Am 1.11.2003 fand eine Großdemo mit zirka 100 000 TeilnehmerInnen gegen den Sozialabbau in Berlin statt. Im April 2004 demonstrierten, inzwischen

auch mit Unterstützung der Gewerkschaften, 500 000 Menschen in Berlin, Köln und Stuttgart im Rahmen eines europaweiten Aktionstages. Es handelte sich um die größten Sozialproteste seit Bestehen der BRD. Seine in der Öffentlichkeit am meisten diskutierte Konkretisierung fand das Programm der Regierung Schröder in der Arbeitsmarktreform des sogenannten Hartz-IV-Gesetzes. Die sozialen Einschnitte (Kürzung des Arbeitslosengeldbezugs, Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe, Einführung von Ein-Euro-Jobs, Erhöhung des Kontrolldrucks, insgesamt eine Senkung der Sozialleistungen usw.) wurden als Zumutung empfunden. Das Unbehagen mit dieser Politik führte ab dem Sommer 2004 zu einem Anschwellen der Proteste, die, wie im Falle des Irakkrieges auch, weit über die Linke hinaus wirkten und die von breiteren sozialen Spektra getragen wurden. Doch die Folgen für die Linke waren immens.

Den Schwerpunkt der Proteste bildeten ab August 2004 die »Montagsdemos«, die vor allem in ostdeutschen Städten stattfanden und tatsächlich Betroffene und nicht nur Bewegungsprofis einbanden. Getragen wurden die Proteste von Unorganisierten, lokalen Sozialforen, Gewerkschaften, christlichen Gruppen, aber auch Attac und der PDS. Im Rahmen der breiten Debatte um diese Reformen kam es zu Zerwürfnissen in der SPD. Mehrheitlich aus Kreisen von SPD-Linken und GewerkschaftsfunktionärInnen entstand im Jahre 2004 die neue Partei Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG). Diese grenzte sich deutlich von der PDS ab. Als jedoch Kanzler Schröder im Mai 2005 die Auflösung des Bundestages ankündigte, überstürzten sich die Ereignisse. Der ehemalige Bundesfinanzminister und Parteilinke Oskar Lafontaine verließ die SPD und kündigte eine Kandidatur für die WASG an, wenn diese sich mit der PDS zusammen tue, um eine starke anti-neoliberale Linke in den Bundestag zu bringen. Als Entgegenkommen an die mehrheitlich westdeutschen WASGlerInnen beschloss die PDS ihre Umbenennung in Linkspartei.PDS, und daraufhin kam es zur gemeinsamen Kandidatur der Linken bei der Wahl zum Deutschen Bundestag 2005, in den sie schließlich mit 8,7 Prozent als die Linksfraktion einzogen. Für die Sozialstaatslinke war dieses Thema denn auch bestimmend. Große Hoffnungen wurden in die entstehende neue Partei gesetzt; auch aus einigen Gewerkschaften kam vorsichtige Unterstützung. Nach schwierigen Verhandlungen wurde die neue Partei DIE LINKE. im Juni 2007 schließlich auf einem gemeinsamen Gründungsparteitag der beiden Gründungsorganisationen aus der Taufe gehoben.

Insgesamt waren die Sozialproteste sehr von Betroffenen bestimmt. Unter den politischen Akteuren waren die traditionellen Sozialstaatslinken bestimmend, also PDS und WASG; aber auch trotzkistische Gruppen und die MLPD versuchten in einigen Städten die Bewegung zu prägen. Doch Wirkungen gingen sogar auf die radikale linke Szene aus. Einzelne Gruppen, wie die anarchosyndikalistische FAU oder »WertkritikerInnen« aus dem Umfeld der Zeitschrift *Krisis*, beteiligten sich z. B. mit eigenen Blöcken an den Demonstrationen. Von anderen Teilen der radi-

kalen Linken wurden die Proteste mehr kritisiert als unterstützt. Den MontagsdemonstrantInnen wurde Reformismus, Staatsgläubigkeit und Standortnationalismus vorgeworfen. Zu bestätigen schien diese Einschätzung der neue linke Politstar Oskar Lafontaine, der auf einer WASG-Veranstaltung in Chemnitz sagte, dass es nicht sein könne, dass »Fremdarbeiter« deutschen Familienvätern und Frauen die Arbeit wegnehmen würden (Lau 2005). Doch trotz dieser Debatten und populistischer Momente war das Thema Protest gegen Sozialabbau nun auch in der radikalen Linken, auf deren Prioritätenliste die soziale Frage, wie geschildert, nicht ganz weit vorne steht, ein wichtiges. Aus der radikalen Linken wurden auch eigene Ansätze verstärkt. Es gab eine Debatte und 1.-Mai-Proteste unter dem Schlagwort der Präkarisierung der Arbeitsverhältnisse<sup>100</sup>, und in vielen Städten entstanden sogenannte Umsonst-Kampagnen. Diese betreiben unter dem Schlagwort der »Aneignung« die symbolische Benutzung kostenpflichtiger öffentlicher Einrichtungen (Bäder, Verkehrsmittel) ohne zu bezahlen, um auf die Exklusivität der Nutzungsmöglichkeiten für diejenigen, die über Geld verfügen, hinzuweisen.

## 2.4 Antifa

Während die bisher beschriebenen Themenfelder eher durch aktuelle Anlässe bestimmt waren, ist Antifaschismus mehr Hintergrundthema. Den Kern antifaschistischer Arbeit bestreitet die sogenannte autonome Antifa. Es handelt sich dabei meist um Jugendgruppen aus dem links-alternativen und autonomen Milieu. Solche Gruppen gibt es in den meisten Städten, oft auch außerhalb der Zentren. Das Hauptaktionsfeld besteht im militanten Protest gegen Neonazistrukturen und gegen Demonstrationen rechtsradikaler Parteien oder freier Kameradschaften. Dazu kommen Recherche, Beratung und Aufklärung im Themenfeld.

Zwei jüngere Entwicklungen prägten die Antifa. Es handelt sich um die Auflösung der bundesweiten Organisation autonomer Antifa-Gruppen (Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation, AABO) im Jahre 2001 und den sogenannten Antifa-Sommer. Zur Spaltung der AABO führten Meinungsverschiedenheiten über die interne Struktur und die Frage der Verbindlichkeit, über das äußerliche Auftreten, über Sexismus in den eigenen Reihen und auch der Nahost- und Antisemitismusstreit. Zusätzliche Verwirrung in die Szene brachte der »Antifa-Sommer«, in dem der damalige Bundeskanzler Schröder nach antisemitischen und rassistischen Anschlägen zum »Aufstand der Anständigen« aufrief und die Bundesregierung Mittel für antifaschistische Projekte bereitstellte (Szymansky 2005). Daraus resultierte zum Teil ein Eingehen auf staatlich finanzierte Projekte, zum Teil auch einen Rückzug aus der Antifa-Politik.

Es gibt Antifa-Arbeit aber auch durch andere Akteure wie die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten e.V. (VVN-BdA). Ihrer Herkunft entsprechend – ehemalige KZ-Häftlinge wirk(t)en

100 Vgl. [www.prekarisierung.de](http://www.prekarisierung.de) [18.04.08].

im VVN-BdA –, ist die Mitgliedschaft eher älter und das Auftreten auf Demonstrationen anders als das der autonomen Antifas. VVN-BdA engagiert sich in der Gedenkstättenarbeit, gegen Treffen ehemaliger Wehrmachtssoldaten und gibt die Zeitschrift *antifa* heraus.

Wenn es auch Streit um die konkrete Ausführung von Antifa-Politik gibt, bspw. um die breite der Bündnisse und die Militanz der autonomen Antifa, ist doch Antifaschismus insgesamt eher ein einigendes Thema der Linken. Mobilisierungen gegen Nazi-Aufmärsche beschäftigen fast alle linken Gruppen. Für die autonome Antifa ist im Gegensatz zu den frühen neunziger Jahren, in denen ihr Kampf hauptsächlich der rechten Hegemonie auf der Straße galt, der Bereich Geschichtspolitik immer mehr in den Vordergrund getreten. Antirassistische und Asylthemen scheinen hingegen an Relevanz verloren zu haben, was sich bspw. am Zerfall des Grenzcamp-Zusammenhangs zeigt. Dies gilt nicht für den Bereich Antisemitismus. Dieser war ein eigenes Diskursfeld im Rahmen einer größeren Debatte. Es geht um die Linke und ihr Verhältnis zum eigenen (un)geliebten Land, den Hauptanschlussdiskurs für die Nahostdiskurse.

### 3 Der Haupt-Anschlussdiskurs: Deutschland und die (Anti-)Deutschen

In einer Zeit, in der wir groß geworden sind, hat das Wort Deutschland schon niemand mehr verwendet, der sich nicht gerade als rechtsradikal positionieren wollte. Das Kind hieß Bundesrepublik ... Das kippte alles so bei der Weltmeisterschaft [1990], also auch die Optik einfach, mit Fahnenmeer und so. Und in dieser Situation entstand bei so bestimmten Fraktionen, eher autonomen, älteren Linken – Dann war Rostock-Lichtenhagen, diese ganzen Pogrome, kippte das sozusagen; wir müssen gegen diese Wiedervereinigungseuphorie einen Antinationalismus, einen antideutschen platzieren. Und daraus wiederum wird dann erst im Laufe der Zeit, das, was man heute unter antideutsch versteht. (10)

Wenn es ein Alleinstellungsmerkmal der deutschen Linken gibt, dann ist es wohl ihr Verhältnis zur Nation und zur Vergangenheit des eigenen Landes. Sie trägt schwer an den Folgen des Nationalsozialismus. Dieser unterscheidet das deutsche historische Erbe nicht nur durch die unfassbaren Verbrechen, sondern auch durch die Art der Vergesellschaftung im NS-Staat, die bis heute nachwirkt. Es geht um die Formierung der Deutschen zur Volksgemeinschaft, die, zusammengehalten von Antisemitismus und Antikommunismus, einherging mit der fast vollständigen Zerschlagung einer linken Opposition (Deppe 2000, Oertzen 1998). In gewissem Sinne überdauerte diese Konstellation auch die Nachkriegszeit, in der im Zeichen des im sozialen Kompromiss stabilisierten »Wirtschaftswunders« die Integration vieler NS-Täter erfolgte, und linke Opposition im Zeichen der Ersatzideologie Antikommunismus (Joppke 1995: 197) marginalisiert wurde (Graf 1976: 101 ff., Redaktion *Fantômas* 2002). Somit stand die BRD-Linke von Anfang an im Schat-



ten der deutschen Vergangenheit. Doch auch viele Debatten und Diskussionen in der Linken sind direkt mit dem Vergangenheitsdiskurs verflochten; sie bilden die Haupt-Anschlussdiskurse für den linken Nahostdiskurs.

Zwei Themenbereiche müssen hier behandelt werden: das Verhältnis zur *eigenen* Nation und das Verhältnis zur Nation *an sich*. Beide sind seit 1989/90 von diskursiver Relevanz für einen Teil der Linken und durch deren beharrliche Intervention auch für den Gesamtdiskurs. Auslöser der Diskussion war der Zusammenbruch der DDR und der folgende Anschluss an die Bundesrepublik. Diese Zeit hatte tiefgreifende Veränderungen für die Linke zur Folge. Die Vereinigungseuphorie der Wendejahre und die gleichzeitig auftretenden Pogrome gegen Nichtdeutsche waren der Hauptgrund dafür, dass das Thema Nation wieder auf die linke Tagesordnung kam. Viele Linke stimmten damals mit ein; ohnehin schien die Linke nach dem Zusammenbruch des Ostblocks diskreditiert und schrumpfte.<sup>101</sup> Die deutsche Linke dieser Zeit wird allgemein als desolat beschrieben.<sup>102</sup>

Aus zwei Richtungen standen marginalisierte Linke der Renaissance des Nationalen entgegen. Da waren einerseits Noch-DDR-BürgerInnen in der SED-PDS und unabhängigen Gruppierungen wie der Vereinigten Linken angetreten, diesen Staat zu erhalten und mit ihm den Versuch eines tatsächlich demokratischen Sozialismus zu wagen (Joppke 1995, Gehrke/Rüddenklau 1999). Sie wurden von der Begeisterung der Bevölkerungsmehrheit für eine Ausweitung des politischen und ökonomischen Systems der BRD überrollt. Der andere Widerspruch kam von Westlinken. Während die SPD unter Oskar Lafontaine nur für eine langsame und vorsichtige Vereinigung plädierte, bildete sich in der radikalen Linken eine Strömung, die darüber debattierte »Weshalb die Linke anti-deutsch sein muß«, so der programmatische Titel eines Artikel von Jürgen Elsässer in der Zeitschrift *ak*.<sup>103</sup>

Besonders im Umfeld des Kommunistischen Bundes und seiner Zeitschrift *ak* und der sich hier formierenden Radikalen Linken, die einen Wirkungskreis von den Autonomen bis zu linken Grünen hatten, kam es zu Aktivitäten gegen die Vereinigung, mit der vielfältige Gefahren assoziiert wurden. Es herrschte Angst vor einem Vierten Reich, vor einem in Europa hegemonialen Deutschland, das die Fesseln der Vergangenheit abstreifen könnte, sowie davor, dass Deutschland – so formulierte es Jürgen Elsässer in dem erwähnten Artikel – Atombomben besitzen, das Asylrecht abschaffen und wieder Krieg führen könnte. Zumindest zwei der Befürchtungen haben sich inzwischen erfüllt, wenngleich die Angst vor dem »Vierten Reich« heute überzogen wirkt. Den Höhepunkt der Aktivitäten der Radikalen Linken stellt eine Demonstration unter dem Titel »Nie wieder Deutschland« im Jahre 1990 in Frankfurt am Main dar. In eine ähnliche Richtung zielte die Tour

101 Das Personenpotenzial des »Linksextremismus«, so der Verfassungsschutz, sei von 63 000 Personen (1986) auf 31 000 (2002) geschrumpft (Ceynoglou 2004).

102 Vgl. Kap. III.1.

103 *ak*, Nr. 315 (05.02.1990), S. 32.

der *Wohlfahrtsausschüsse*, eine Initiative vor allem der sogenannten Poplinken um Bands wie *Die Sterne*, die 1992 mit Konzerten gegen die Pogrome gegen Flüchtlinge in Ostdeutschland vorgehen wollten. Kulturlinke und AntifaschistInnen sollten zusammengebracht und der Nationalismus angegriffen werden. Das Motto der Tour lautete »Etwas Besseres als die Nation«. Diese Kampagnen mit ihren fortan häufig benutzten Slogans stellen auch den Beginn einer neuen Strömung innerhalb der radikalen Linken dar. Das Label »antideutsch«, wenn auch damals noch häufiger in seiner universalistischen Fassung als »antinational« verwendet, war geboren. Das Thema Nation und insbesondere die deutsche Nation war seit diesen Ereignissen der Nachwendejahre immer präsent, und zwar nicht zuletzt durch diese neue Strömung.

Ein Kapitel über »die« Antideutschen oder Antinationalen zu schreiben steht vor einigen Schwierigkeiten. Zum einen handelt es sich keineswegs um einen homogenen Block. Die entscheidende Schwierigkeit besteht jedoch in der Tatsache, dass es sich bei der Bezeichnung mittlerweile um einen Kampfbegriff handelt. »Antideutsch« kann mancheR mit Stolz sein, manch andereR jemandem vorwerfen, ohne jedoch damit unbedingt wiederum das Selbstverständnis des/r so Bezeichneten zu treffen. Außerdem hat die antideutsche, i. d. R. proaktive Diskursführung mit ihren Waffen der »Polemik und Denunziation« (Int. 16) auch Diskurse okkupiert, die tatsächlich ebenso von anderen Strömungen ausgingen.<sup>104</sup> »Antideutsch« wird also hier dem Dilemma entsprechend als eine typisierende Begrifflichkeit verwendet, die gewisse Ideologien, Personen, Gruppierungen und deren symbolische Repräsentation zusammenfasst, wohl wissend, dass die Grenzen fließend und umkämpft sind.<sup>105</sup> Ein weiteres Problem ergibt sich aus der Frage, welche Stellung ihnen innerhalb der gesamten Untersuchung zukommt. Denn einerseits sind sie ein laut auf sich aufmerksam machender Akteur in allen Diskussionen, die sich auf den Nahostkonflikt beziehen. Andererseits sind sie nur ein Teil der radikalen Linken und in der Gesamtlinken eine kleine Strömung unter vielen.<sup>106</sup>

Ihre ProtagonistInnen rekrutierten sich teils aus den Autonomen, teils aus den Resten der sich auflösenden K-Gruppen, besonders dem KB – schon das ein erklärender Hinweis auf die später hohe Bedeutung theoretisch-dogmatischer Auseinandersetzungen für die Strömung. Es gibt wichtige Vordenker wie den Publizisten Wolfgang Pohrt, den Historiker Eike Geisel (gest. 1997), den marxistische Theoretiker Moishe Postone und den Auschwitzüberlebenden und Philosoph Jean Améry (gest. 1978). Ihnen, aber auch anderen, die man im Verlauf der neunziger Jahre kaum mehr der Linken i. e. S. zurechnen würde, wie Dan Diner, Micha Brumlik oder Henryk M. Broder, war gemein, dass sie die Linke für den Umgang mit dem Nationalsozialismus und den aus ihm zu ziehenden Lehren kritisierten. Sie

104 So gab es die vorrangig mit Antideutschen assoziierte Kritik am Antizionismus auch schon vorher.

105 Zu diesem Mehrebenenkomplex von Bewegungsidentitäten vgl. Ullrich (2005b).

106 Ausführlich zu den Antideutschen s. Hanloser (2004, dort v. a. Schmidt 2004) und Hagen (2004).

prangerten in ihren Polemiken die nationalistischen Elemente der Friedensbewegung der achtziger Jahre sowie das Desinteresse der deutschen Linken an der Beschäftigung mit der Shoah an (Hagen 2004: 4-11). Wolfgang Pohrt (1982: 71), dessen Polemiken stilprägend wurden, nannte die Friedensbewegung eine »deutsch-nationale Erweckungsbewegung«. Diese Intellektuellen gehörten auch zu den profiliertesten Kritikern antisemitischer Ausfälle des linken Antizionismus der siebziger und achtziger Jahre. Schon bei ihnen war wenig Sympathie für die palästinensischen Bestrebungen zu finden. Wichtige Elemente des antideutschen Weltbildes finden sich bereits hier.

Wegen dieser Positionen waren sie von Beginn an umstritten, gerade der Polemiker Pohrt, der während des zweiten Golfkrieges zusammen mit *konkret*-Chefredakteur Hermann Gremliza die kleine Pro-Kriegs-Fraktion anführte. Zum Synonym für die Antideutschen ist mittlerweile die Zeitschrift *Bahamas* geworden, da sie zusammen mit der ISF aus Freiburg die zugespitztesten und am weitesten von den Überzeugungen der sonstigen Linken entfernten Positionen beziehen. Die Bedeutung von Zeitungen und Zeitschriften verweist darauf, dass es sich bei der antideutschen Linken schwerpunktmäßig um eine »publizistische Linke« (Int. 22) handelt. Sie wirkten zwar auch in bestehende linksradikale, besonders Antifa-Gruppen, hinein, doch erst seit 2000/2001 entstanden in fast allen Großstädten aktive antideutsche Gruppierungen und somit eine breitere organisatorische Basis.

In den neunziger Jahren waren es mehrheitlich erinnerungspolitische Themen, also wieder die Kernfragen der deutschen politischen Kultur und die damit verbundenen Deutungskonflikte, mit denen sich Antideutsche beschäftigten. Ihre Kritik richtete sich gegen die mit der nationalen Einheit fast zwangsläufig einhergehenden Versuche, die deutsche Vergangenheit zumindest graduell umzudeuten. Einen Anhaltspunkt dafür bildeten bspw. die Gedenkfeierlichkeiten zur Erinnerung an die Bombardierung Dresdens. In Umkehrung der neuen Stilisierung der Deutschen als Opfer forderten die antinationalen Protestierenden in Anspielung auf ein Zitat des Air-Marshalls Sir Arthur Harris, der die Dresden-Bombardierungen befahl, »Bomber-Harris, do it again!«. Einen Einschnitt stellte die Diskussion um Goldhagens Buch »Hitler's willing executioners. Ordinary Germans and the Holocaust« dar. Damit war eine wissenschaftliche Unterstützung der eigenen politischen Positionen gefunden: dass Auschwitz ein Projekt der zur Volksgemeinschaft verschmolzenen Deutschen darstellte und nicht nur eines der über die Deutschen gekommenen Nazis. An der deutschen Diskussion um das Buch (auch der linken) wurde kritisiert, dass sie von Schuldabwehr geprägt sei. Die AutorInnen eines Buches, in dem diese (antideutsche) Kritik geäußert wird, diagnostizieren eine »Verstrickung der deutschen Linken in ein Sozialisationsgeflecht, das mit Hitlers freiwilligen VollstreckerInnen untrennbar verbunden ist« (Becker et al. 1997: 10). Diese Annahme dient als Ausgangspunkt der Vorstellung, dass gerade von den Deutschen eine besondere Gefahr ausgehe. Dieser Gedankengang manifestiert sich in Konzepten wie dem des »nationalen« oder »rassistischen Konsen-

ses«, der die deutsche Gesellschaft beherrsche und hier emanzipatorische Politik unmöglich mache.

Zudem beginnt die (post)marxistische sogenannte Wertkritik großen Einfluss auf die antideutsche Strömung auszuüben.<sup>107</sup> Die Wertkritik vertraten und vertreten in der Bundesrepublik besonders die nicht antideutsche Gruppe Krisis um Robert Kurz<sup>108</sup> und die ISF um Joachim Bruhn, wobei die einzelnen Strömungen sich auch untereinander uneins sind. Ihr theoretischer Furor richtet sich in aller Radikalität gegen die warenproduzierende Arbeitsgesellschaft – den Kapitalismus. Diese Auffassungen grenzen sich deutlich vom sogenannten Traditionsmarxismus ab, von dem besonders die Klassen- und Revolutionstheorie, der ökonomische Determinismus sowie die Geschichtsphilosophie als überholt betrachtet werden. Im Gegensatz zur Überzeugung des Sozialismus, dass das Proletariat das Subjekt des Untergangs des Kapitalismus darstelle, begreift die Wertkritik auch dieses als Teil des Ganzen. Der Kapitalismus wird als unpersönliches Verhältnis verstanden, das sich hinter dem Rücken der Menschen abspiele (»automatisches Subjekt«). Die eigentlich sozialen Verhältnisse stellen sich den Menschen aber als Verhältnisse zwischen Sachen (den Waren als Trägern des alles gleich machenden, abstrakten Werts), also verdinglicht, dar. Diese fasst Marx im Begriff des Warenfetischismus (MEW 23: 85 ff.). Der Kapitalismus ist somit ein mystifiziert erscheinender Zusammenhang ohne reale Subjekte im Sinne des orthodoxen Marxismus, d. h. ohne Herrschende und ohne Beherrschte, die ein revolutionäres Potential darstellen könnten. Diese Subjektkritik wurde ebenso auf die linke Idealisierung nationaler Befreiungsbewegungen bezogen. Von großem Einfluss auf antideutsches Gedankengut war die Kritische Theorie, deren schonungslose wie radikale Kritik stilbildend wirkte. Fast den Status eines Gründungsmanifests erlangte die bereits in den achtziger Jahren entstandene Schrift »Nationalsozialismus und Antisemitismus« des US-amerikanischen Theoretikers Moishe Postone (1995). In ihr wird der Versuch unternommen, den Antisemitismus als Resultat aus dem Kapitalverhältnis und der damit einhergehenden Verschleierung der wirklichen Triebkräfte der Gesellschaft darzustellen.

Diese kurze Charakterisierung der theoretischen Hintergründe soll genügen, um einige Implikationen zu verdeutlichen. In der pessimistischen Tradition der Flaschenpostschreiber<sup>109</sup> Horkheimer und Adorno zeichnet sich bei der antideutschen Strömung eine Abkehr von praktischer Politik ab – hin zu Theoriearbeit, bloßer Kommentierung gesellschaftlichen Geschehens und der Selbstinszenierung als radikale *KritikerInnen*. Daraus resultiert eine Nichtbeteiligung an sozialen Kämpfen und die Distanzierung von der ArbeiterInnenbewegung. Dabei wen-

107 Zum neueren Marxismus vgl. Heinrich (2004), Elbe (o. J.).

108 Interne Differenzen führten 2004 zum Bruch und dem Austritt der beiden Köpfe Robert Kurz und Roswita Scholz, die dann die Zeitschrift *exit* gründeten.

109 Wegen fehlender AdressatInnen wurde die »Dialektik der Aufklärung« von Horkheimer und Adorno (1998), die wohl wichtigste Schrift der Kritischen Theorie, Flaschenpost genannt.

det sich die »kritische Kritik« hauptsächlich an die Linke selbst, nicht an die Mehrheitsgesellschaft. Wie in den Auseinandersetzungen der K-Gruppen erscheint der politisch näher Stehende als das eigentliche Übel, die Ambiguitätstoleranz ist minimal und Metadiskussionen überwiegen:

Also in meinem politischen Spektrum [radikale Linke, PU] wird dann immer mehr über die Bewegungen diskutiert als über das Thema an sich. Die Debatte dreht sich darum, ob die Bewegung emanzipatorisch ist oder reaktionär und nicht darum, was hinter dem Thema steckt, ob wir das bekämpfen müssen oder nicht. (02)

Ob eine Bewegung von Antideutschen oder antideutsch beeinflussten Akteuren als reaktionär oder nicht eingestuft wird, entscheidet sich immer öfter an ihrem Verhältnis zu Jüdinnen und Juden und dem Antisemitismus. Wie bei Horkheimer/Adorno, aber auch Postone und den anderen Vordenkern spielt der Antisemitismus eine zentrale Rolle für gesellschaftskritisches Denken. Für KritikerInnen der Strömung ist dies jedoch nur eine Ersatzbefriedigung einer radikalen Linken, die an jeglicher sonstiger gesellschaftliche Relevanz verloren hat:

Also wird [...] Antisemitismus vollkommen aufgebauscht und zu einem Problem gemacht – für andere Niederlagen und andere Felder, wo man nichts mehr zu bestellen hat. (01)

Oder: Auschwitz wurde zur »simplifizierende[n] Welterklärungsformel« (Holz et al. 2002). Denn historisch stellte sich die Herausbildung einer spezifisch antideutschen kollektiven Identität als Radikalisierungsprozess bestimmter Kritiken dar. Die Kritik am deutschen Nationalismus und am innerlinken Antisemitismus spitze sich zu einem Weltbild zu, das sich nunmehr um Auschwitz, den Nationalsozialismus und Antisemitismus drehte. Die ideologische Fortentwicklung im Erhebungszeitraum skizziert Hagen (2004: 43 ff.). Seit dem Beginn der Al-Aksa-Intifada gelangte Israel wieder in das Zentrum des Interesses. Der Antisemitismus, insbesondere in der Form des strukturellen Antisemitismus, gewann seit den Anschlägen des 11.9., die als antisemitische gedeutet wurden, an Bedeutung. Im Afghanistankrieg schält sich als neues Feindbild der Islam bzw. der Islamismus heraus, der fortan als faschistische Bewegung begriffen wird (»Islamofaschismus«). Mit dem Irakkrieg hingegen kommt mit der Kriegsbefürwortung die Figur der Schaffung bürgerlich-demokratischer Verhältnisse als Voraussetzung der Möglichkeit des Kommunismus auf.

In den Namen der sich nun zahlreicher gründenden Gruppen kommen die identifikatorischen Momente deutlich zur Geltung: Antideutsche Kommunisten, Bündnis gegen Antisemitismus und Antizionismus, Prozionistische Linke oder auch Gruppe Morgenthau. Mit dem Bezug auf Marx und nicht den Realsozialismus bezeichnen sich Antideutsche wieder zunehmend und offensiv als KommunistInnen (trotz ihrer Kritik an der traditionskommunistischen Linken). Der Kampf gegen Antisemitismus und Antizionismus wird zu einer Pro-Israel-Haltung mit höchster Salienz für die eigene politische Identität. Der letzte der vier aufgeführ-

ten Gruppennamen versinnbildlicht die häufige Perpetuierung der Situation des Zweiten Weltkrieges in antideutschen Wirklichkeitsdeutungen. Die pro-amerikanische Orientierung vereint sich mit einer prinzipiell deutschlandskeptischen im Sinne des Morgenthau-Planes, der u. a. die Reagrarisierung Deutschlands vorsah, um jeden weiteren deutschen Aggressionskrieg auszuschließen.<sup>110</sup>

Viele linke Gruppen innerhalb der Antifa-Szene und an Unis entwickelten in gewissem Grad antideutsche Orientierungen, nicht selten kam es auch zum Bruch anhand auch dieses Themas (Spaltung der Antifa[M] in Göttingen und der Antifaschistischen Linken Berlin). Vielen Befragten gilt es mittlerweile als ausgemacht, dass der Zenit der antideutschen Bewegung überschritten ist. Sie berichten davon, dass entweder die Reviere zwischen Antideutschen und Traditionslinken abgesteckt sind und beide Seiten sich nicht mehr an gleichen Szenetreffs begegnen, aber auch von inzwischen gelegentlich wieder möglichen lagerübergreifenden Kooperationen, weil sich die Wogen der harten Auseinandersetzung etwas geglättet haben.

Und tatsächlich ist der Streit zwischen Antideutschen und der traditionellen Linken eine harte Auseinandersetzung (Vgl. Kap VI). Kaum eine linke Strömung außerhalb des orthodoxen Marxismus betreibt und erfährt so viel Abgrenzung wie die Antideutschen. Dabei zerfließen die Grenzen zwischen inhaltlicher Auseinandersetzung, Polemik und Unterstellungen auf beiden Seiten. Aufgrund der vielfältigen Distanzierungen von der Linken und Angriffen auf die Linke ist es nur folgerichtig, dass sich mittlerweile einige nicht mehr als links, sondern nur noch antideutsch bezeichnen, wie Clemens Nachtmann auf einer pro-israelischen Demonstration:

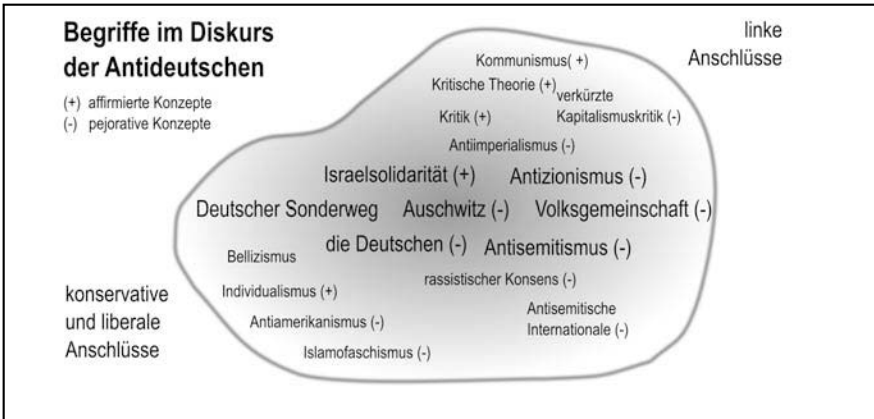
Diese Demonstration ist also eines bestimmt nicht und kann es logischerweise auch gar nicht sein: links. Vielmehr ist es ihr erklärter Zweck, die Linke zu delegitimieren und deren Schmach noch schmachvoller zu machen, indem sie ihr das Bewußtsein der Schmach hinzufügt.<sup>111</sup>

Die Verabschiedung von der Linken zeigt sich in verschiedenen Bereichen, so dem konsequenten Individualismus, aber auch der elitären Ferne von sozialen Fragen. So bestehen, implizit und von Antideutschen auch selbst expliziert, Anschlüsse an liberale und konservative Diskurse. Die Kernelemente des antideutschen Diskurses samt dieser Anschlüsse sollen hier noch einmal summiert werden.

110 Während es hier um ein pro-amerikanisches Label geht (und diese dominieren), kam es auch zu antideutschen Glorifizierungen der Sowjetarmee, bspw. zum 60. Jahrestag von Stalingrad.

111 Clemens Nachtmann, 24.04.2004, »Befreien Sie Ihr Land«, Redebeitrag auf der Demonstration »Flagge zeigen: Für Israel!«, <http://www.antideutsch.com/texte/hh-24042004-02.htm> [10.12.05].

Abbildung 8: Der Antideutsche Diskurs



Es wäre falsch, alle Diskurselemente als gültig für alle Antideutschen zu benennen. Es wäre auch falsch anzunehmen, nur »bekenkende« Antideutsche würden sich mit den angesprochenen Themen befassen. Durch antideutsche Akteure erlangen diese Themen aber emotionale Bedeutung, ideologische Aufladung und radikale Zuspitzung.

Mittlerweile hat sich die Unterteilung in gemäßigte und sogenannte Hardcore-Antideutsche durchgesetzt, was sich im unterschiedlichen Grad der Schließung gegenüber der linken Umwelt manifestiert. Besonders offensive Pro-US- und Kriegspositionen und die Verabschiedung aus dem Gesamtzusammenhang der Linken und damit verbunden das Gefühl, ohne potenzielle Bündnispartner außer Neokonservativen oder Neoliberalen dazustehen, ist Kennzeichen der »Hardcore«-Variante.<sup>112</sup>

Zurück zur Nation. Diese, insbesondere die »eigene«, ist nicht nur Konfliktstoff für antideutsche Linke. So gab es schon vor deren Erscheinen linken Antinationalismus. Dies verdeutlicht auch das einleitende Zitat über die undogmatischen Linken der Achtziger. Gleiches gilt für viele Linksliberale, für die bestenfalls Verfassungspatriotismus eine »nationale« Identifikationsmöglichkeit darstellte, aber nicht die affirmative Bezugnahme auf die vorgestellte Herkunftsgemeinschaft (Habermas 1992) und daraus folgende Notwendigkeit nationalstaatlicher Einheit. Im Historikerstreit 1986 schien diese Sicht noch zu dominieren, doch das war vor der Vereinigungseuphorie.<sup>113</sup>

112 Weil es sich bei dem von den Antideutschen kritisierten Problematiken (wie dem linken Antisemitismus) um tatsächliche Probleme handelt, die nun weiter reflektiert werden (neben anderen Spuren, welche die Antideutschen in der radikalen Linken hinterlassen haben), habe ich vorgeschlagen, von einer »antideutsch geläuterten Linken« zu reden (Ullrich 2005a: 238).

113 Vgl. bspw. Gorholt/Kurz (1991: 7 f.) »Deutsche Zweistaatlichkeit galt vielen Linken als zwingende Konsequenz aus Auschwitz und deshalb als historisch endgültig.« Konträr dazu Seebacher-Brandt/Elitz (1991).

Die SED hingegen war immer national eingestellt; die DDR verstand sie nach offizieller Doktrin als eigene sozialistische deutsche Nation,<sup>114</sup> die an das Beste aus der deutschen Nationalgeschichte anknüpfe, womit das Negative externalisiert wurde. Noch in der DDR geprägte Linke neigen denn auch eher zu Positionen, die zwar Nationalismus und »Chauvinismus« ablehnen, aber nicht nationale Identität als solche. Junge, während und nach der Wende politisierte AktivistInnen haben ihre Politisierung jedoch schon unter dem (teilweisen) Einfluss der antinationalen Strömung erfahren. So spielt sich der innerlinke Konflikt um das Thema Nation heute hauptsächlich zwischen den Polen radikale Linke (autonom, eher jung) und Traditionsinke oder Sozialstaatslinke ab. Einige Zitate sollen dies verdeutlichen, zuerst traditionellere Positionen:

Und sie hat ebenso Solidarität zu üben mit dem israelischen Volk. (07)

Wenn schon eine pro-palästinensische Agitation stattfinden sollte, dann nur in dem Kontext Irakkrieg, Besatzung, Antiglobalisierung, Kapitalismuskritik, Völkerfreundschaft. (21e)

Abgesehen von der unterschiedlichen Stoßrichtung der Zitate hinsichtlich des Nahostkonflikts, haben wir hier Äußerungen vor uns, die vielen radikalen Linken nie über die Lippen kommen würden, denn es ist vom »Volk« die Rede, und von »Völkerfreundschaft«. Die Verwendung der Begrifflichkeiten entspricht gesellschaftlichem Mainstream, aber ebenso auch der traditionellen ML-Ideologie. Für diese sind spätestens seit Lenin »Völker« Subjekte der Befreiung. Doch in der (post)autonomen (antideutsch geläuterten) Linken, ist mittlerweile ein antinationaler Dekonstruktivismus weit verbreitet, eine Auffassung, dass »Nationen« nicht per se existieren, sondern ein immer wieder reproduziertes Zwangsverhältnis darstellen. Damit einher geht das Abweisen der auf »Nation« und »Volk« verweisenden Begrifflichkeiten. Es geht dabei um eine Kritik derjenigen, die

den Menschen nicht als Menschen wahrnehmen, sondern als zugehörig zu irgendeiner Religions-, Volks- oder sonstigen Gruppe. [...]

Ich bin nicht solidarisch mit dem palästinensischen Volk, ich hab das vor 20 Jahren gesagt, aber ich würde das heute nicht mehr sagen, hab da auch was gelernt dabei. Aber ich bin solidarisch mit der Bevölkerung. (12)

Der Traditionsinken hingegen wird von Antinationalen verübelt, dass sie diese (konstruktivistische) Kritik nicht teilt:

Sie haben ML-Wurzeln, die sie einfach nie losgeworden sind, keine wirkliche Skepsis oder gar Kritik entwickelt zu so Kategorien wie Volk und Nation und so was. Haben also oft in so einem Spektrum von nationaler Befreiung argumentiert, ohne das zu reflektieren. (10)

Doch während der hier zitierte sowohl das Nationsdenken kritisiert, als auch die Tür zur Traditionsinken deshalb nicht ganz verschließt, ist genau das die Reak-

114 »In der deutschen Demokratischen Republik entwickelt sich die deutsche Nation« (SED-Parteiprogramm, zit. nach Hofmann 1989: 5).



tion bei anderen Gruppen. Für diese ist die Nichtdistanzierung von nationalen Bezügen absolutes Ausschlusskriterium und Antinationalismus eigentlicher Politikinhalt.

Und was wir uns vorstellen konnten, war eine Thematisierung dieser Frage [Hartz-IV, PU] gegen den nationalen Konsens. Es ist ja nicht so, dass wir nicht kapitalismuskritisch wären und nicht die Entwicklung des Neoliberalismus sehen, aber es wird immer so diskutiert, von der Mehrheit der linken Gruppen, mit den Leuten was zusammen zu machen, weil die das Subjekt der Veränderung sind, weil die die Opfer praktisch sind. Dann wird halt immer ausgeblendet, auf welcher politischen Grundlage die sich schon zusammenfinden. Wir sagen, wenn das so ist, müssen wir die politische Grundlage kritisieren, von Anfang an. Und das dividiert uns auseinander. (03)

Der hier zitierte Vertreter des Leipziger Bündnis gegen Realität weist die Möglichkeit der Zusammenarbeit (»Intervention«) mit der Mehrheit der SozialprotestlerInnen der Montagsdemos von 2004 deutlich von sich, obwohl es Schnittmengen in der Kritik an Kapitalismus oder Neoliberalismus gibt. Das gleichzeitige Vorhandensein von nationalen Bezügen (also bspw. Standortrhetorik) auf den Montagsdemos führte diese Gruppe wie andere auch zu einer komplett ablehnenden bis feindlichen Haltung gegenüber den SozialprotestlerInnen, in denen sie kein Subjekt für progressiven gesellschaftlichen Wandel sehen.

Die antinationale Position als solche – selbst wenn sie sich nicht in Distanzierungen von den anderen Linken äußert – stößt bei traditionellen Linken auf absolutes Unverständnis und wird gelegentlich als Ablenkungsmanöver von den »eigentlichen« Problemen denunziert, noch dazu, weil von den nicht postnational orientierten, nicht zwischen universalistischen antinationalen und partikularistischen antideutschen Positionen unterschieden wird. Doch da besteht ein klarer Unterschied. Die grundsätzlich antinationale Position wurzelt zwar historisch in der antinationalen/antideutschen Bewegung, unterscheidet sich aber von ihr. Der allgemeine Antinationalismus ist ein weiterer Bestandteil linksradikaler Grundsätze geworden, wie auch Antisexismus, Antirassismus, Antikapitalismus. Gerade diesen universalistischen Antinationalismus haben Antideutsche *in praxi* oft aufgegeben; das gilt sowohl für Israel, dem eine besondere Existenzberechtigung zugesprochen wird, wie es zu Zeiten des Jugoslawienkrieges für Jugoslawien/Serbien galt, als bspw. der damals noch antideutsche Jürgen Elsässer serbischen Nationalismus gegen den gemeinsamen Gegner (die Krieg führende BRD) unterstützte. Sieht man von Israel ab, begreifen sich aber doch die meisten antideutschen Linken auch als antinationale.

Nur in Teilen der *radikalen Linken* ist Antinationalismus ein Kernbestandteil der Identität. Man kann sagen, dass die reformistische und traditionskommunistische Linke mehrheitlich gegen starken Nationalismus und Chauvinismus eingestellt ist, in der radikalen Linken aber zusätzlich das Konzept Nation an sich und die deutsche Nation insbesondere als gefährliche Identitätskonstruktionen abge-

lehnt werden. Diese komplette Ablehnung in dieser Radikalität, die entsprechend einen Großteil der Linken, der selbst nicht antinational ist, mit in die Kritik einbezieht, führt zu einer Verfestigung der Differenzen zwischen traditionellen und radikalen Linken.

Diese Fragen wurden während des Irakkrieges und während der Sozialproteste diskutiert und ebenso im Rahmen der Globalisierungskritik. Doch Debatten um die Nation und das Nationsverständnis brechen an verschiedenen Stellen auf. Ein Beispiel für die hier auftretende unversöhnliche Härte der Auseinandersetzung, die gänzlich verschiedenen Deutungsmuster, Wissenschaftsverständnisse und politischen Relevanzstrukturen zeigt die Debatte um zwei Studien zum Thema Nation, die die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Auftrag gegeben hatte (Crome 2002, Löttsch 2001). Nach Protest aus den Reihen der StipendiatInnen der Stiftung gegen die Studie kam es zu einer öffentlichen Diskussion mit einem der Autoren, Erhard Crome. Dabei zeigt sich beiderseitiges völliges Unverständnis für die verschiedenen Positionen.<sup>115</sup> Gegen die »nationale« Position wurde unterschiedlich argumentiert. Sie verschleierte die soziale Frage, meinte Sahra Wagenknecht, Winfried Wolf fürchtete imperialistische Tendenzen und Michael Jäger verwies auf Auschwitz, das immer mit der deutsche Nation verbunden sei. Es ist offensichtlich, dass die universelle Nationskritik aus der partikularen Problematik der deutschen Geschichte starke Impulse bezog und somit eine spezifisch linke Aktualisierung der Probleme der deutschen politischen Kultur darstellt. Dementsprechend stellt Unsicherheit für viele das bestimmende Moment im Umgang mit dem Thema Nation dar. Beides (Auschwitz als auslösendes Moment und die daraus folgende Unsicherheit) zeigt das folgende Zitat deutlich:

Die Frage ist einfach der Bezug der Linken zur Nation, also der deutschen Linken zum Thema: Deutschland – Nation – Volk – Heimat. Also so die ganzen netten Schlagworte, mit denen irgendwie Konservative einfach sehr gut (handeln) können- äh, umgehen, einfach. Die ja auch sicherlich für viele Menschen- also sozusagen, ich glaube, dass es relativ menschlich ist, sich dieses Bezugssystem zu schaffen. ... Und die Linke bombardiert sich da sozusagen selber. Das ist dieses Spannungsfeld eben, den Bezugsrahmen, den man da hat, den man gestalten könnte, eben an sich abzulehnen, sondern eben mit dem NS-Regime immer in Verbindung zu bringen. ... Das geht mir selber so, also ich habe auch ein schwieriges Verhältnis zum Thema »Nation«. ... Viele verbinden es mit so Worten wie Stolz oder Zugehörigkeitsgefühl. Das ... würde ich für mich ablehnen. Ja, und da gibt es eben dieses ganze Spannungsfeld von den Verfassungspatrioten, die sagen: Stolz – nein!, aber die Art und Weise, in der wir zusammenleben, finde ich gut, und das kann man gestalten, bis hin zu: Deutschland verrecke! ... Dieser Bezug zu Deutschland resultiert- also andere

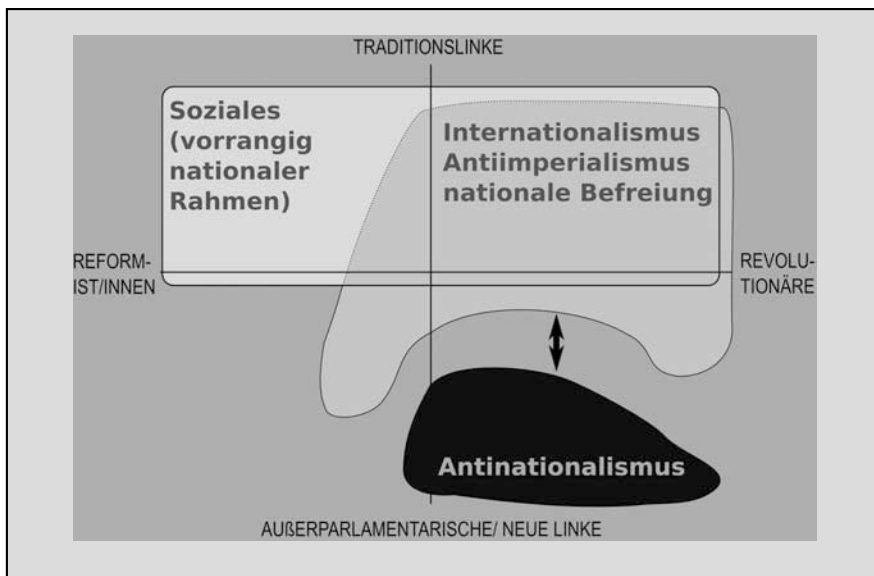
115 Die Diskussion mit Crome ist in Hertzfeldt (2002) dokumentiert. Sie wurde zum Teil auch im *Freitag* geführt (ausgelöst durch Crome 2002a) und ist dokumentiert in Jäger (2003).

Linke in Europa können ja wesentlich (unbefangener) mit ihrem Staat oder mit ihrer Nation umgehen. Wir haben das Problem, oder wir leben damit, dass es ein Drittes Reich gab, und da, dass es den Holocaust gab und eine maschinelle Vernichtung von Menschen. So, und das ist einfach verknüpft mit ... Deutschland. (26)

Hier tritt ein emotionales Unbehagen mit deutscher Identität aufgrund der NS-Geschichte zutage, das gleichzeitig mit Überlegungen der gesellschaftlich hegemonialen Deutung gepaart ist, dass Nationen eben etwas normales, »relativ menschliches« darstellen. Die eigene intuitive Ablehnung nationalen Stolzes wird im Zitat aber nicht als eigene Position, die gut begründet und berechtigt ist, vertreten, sondern eher als zu überwindende Befangenheit und als ein Nachteil gegenüber der Rechten, die diese Befangenheit nicht teilt, verstanden.

Hier tritt ganz klar das grundlegende Dilemma der nationalen politischen Selbstlegitimierung der Bundesrepublik zutage. Einerseits wird von den Eliten wie auch der Bevölkerungsmehrheit eine nationale Einheit über die Zeit hinweg (Tradition etc.) konstatiert, was jedoch nur tragen kann, wenn Negatives, noch dazu von der Art wie Auschwitz, ausgegrenzt oder als überwunden angesehen wird. Das abstrakte, habitualisierte positive Nationalgefühl scheitert notwendig an konkreten Inhalten. Genau diese Unbestimmtheitslücke führt zu den Irritationen um das Thema deutsche Nation – gesamtgesellschaftlich, wie auch in der Linken. Dabei hat Andrea Ludwig (1995) gezeigt, dass es sich bei der Annahme, die Linke würde das Nationale tabuisieren und somit die Erfolgchancen der Rechten stärken, um einen Mythos handelt. Sie zeigt, dass auch die Mehrheit der Linken immer nur bestimmte Formen des Nationalismus abgelehnt hatte und attestiert der linken Tradition sogar eine Mitverantwortung für die Konjunktur des Nationalismus nach 1989. Der Nations-Streit deckt sich nicht vollständig mit anderen Konfliktlinien der Linken. Das traditionskommunistische Feld ist das am meisten auf nationale Befreiungsbewegungen orientierte und das mit der stärksten Affirmation der deutschen Nation (in einem internationalistischen Rahmen). Aus diesem Feld gibt es Überlappungen in den Bereich der Neuen Sozialen Bewegungen (Dritte-Welt-Solidarität) und den traditionelleren Teil der radikalen Linken; dies betrifft vor allem den klassischen autonomen Antimperialismus. Innerhalb der radikalen Linken hat sich mit den Antideutschen und Antinationalen ein Gegenpol dazu gebildet, der auch bis in den NSB-Sektor reicht, wo postnationale Orientierungen neben nationalen vorkommen. Insgesamt spielt die Diskussion in der reformistischen Linken keine herausragende Rolle. Der Nationalstaat ist insbesondere in der Sozialstaatslinken, unhinterfragter Handlungsrahmen des politischen Denkens, eine Idealisierung nationaler Befreiungsbewegungen wie im traditionskommunistischen Feld ist jedoch nicht gegeben. Folgende grafische Darstellung dieser Konflikte ergibt sich beim Übertrag in das Vier-Felder-Schema. Die hier auftretenden Differenzierungen finden sich direkt im linken Nahostdiskurs wieder, bzw. wurden durch diesen geprägt.

Abbildung 9: Nation, Nationalismus und Antinationalismus in der deutschen Linken



#### 4 Fazit

Die deutsche Linke gliedert sich anhand der Konfliktlinien Materialismus/Postmaterialismus und Radikalität in die vier Felder Sozialstaatslinke, Traditionskommunismus, radikale Linke und Neue Soziale Bewegungen. Auf organisatorischer Ebene waren die Entstehung von Attac als intermediärem Netzwerk und das Zusammengehen von Linkspartei.PDS und WASG zur LINKEN. wichtig. Thematisch wurde die Linke im Untersuchungszeitraum von weltpolitischen Ereignissen wie dem »Krieg gegen den Terror« und der neuen Globalisierungskritik bestimmt, aber auch immer noch vom Umbruch 1989/90, der wieder die deutsche Geschichte und Nation zum Thema machte. Seinen Ausdruck fand dies nicht zuletzt im Aufkommen der antideutschen Strömung und der Differenzierung zwischen Antinationalen und auf nationale Befreiung setzenden (antiimperialistischen) Akteuren in der revolutionären/radikalen Linken. Dies sind Anschlussdiskurse für die linken Nahostdebatten.

# VI Die deutsche Linke und der Nahostkonflikt

## 1 Die Geschichte eines schwierigen Verhältnisses

Die Geschichte der Beziehung der deutschen Linken zum Nahostkonflikt ist durch die Arbeit von Klope (1994) aufgearbeitet. Sie ist, sofern nicht auf andere verwiesen wird, die Quelle dieser Darstellung. Die Untersuchung Klopes endet Anfang der neunziger Jahre. Diese zeitliche Begrenzung betrifft auch die Arbeit Haurys (1992). Einige Ergänzungen konnte die eigene Forschung beisteuern.<sup>116</sup> Die Darstellung orientiert sich an Abschnitten, an deren jeweiligem Ende/Beginn sich offensichtliche Umschwünge und Neuorientierungen, ja Paradigmenwechsel in der Linken abzeichneten. Diese betreffen nicht immer die gesamte Linke, fügen aber dem verfügbaren Repertoire an Deutungsmustern und Positionen Neues hinzu. Die Grundlinien entsprechen der weltweiten Entwicklung, weswegen sich hier auf die bundesdeutschen Spezifika konzentriert wird.

Bis zum Juni-Krieg 1967 war die Linke der Teil Deutschlands, der Israel unterstützte. Linke setzten sich aus der Erfahrung des Nationalsozialismus für Solidarität mit Israel ein. *Nahostwahrnehmung* war *Israelwahrnehmung*. Und selbst die imperialistischen Implikationen der Suez-Krise konnten der Solidarität wenig anhaben. Der Hauptmotor für diese Positionierung waren die Verbrechen der jüngsten *deutschen* Vergangenheit und die restaurative Politik der Adenauer-Ära, in der Kontinuitäten mit dem Nationalsozialismus in personeller, ideeller und ökonomischer Hinsicht das Bild prägten. Somit war Israel-Solidarität auch innenpolitische Opposition durch Annäherung an die Opfer, die man im Staate Israel verortete. Dies war die weit verbreitete Sicht insbesondere der unabhängigen, wenig organisierten Linken, studentischer sowie gemäßigter linksliberaler und linkschristlicher Kreise. Die dominante Kraft der alten Linken, die SPD (und mit ihr die Gewerkschaften), neigte wie ihre europäischen Schwesterparteien ohnehin zu einer Übernahme der zionistischen Sicht auf den Konflikt (Vgl. Kap III.2.). Insgesamt konstatiert Klope (1994: 79, 2004: 166) einen pro-zionistischen, philosemitischen Konsens der Linken (außer der KPD), der fortan immer seine VertreterInnen haben sollte.

Eine Verschiebung in diesem Verhältnis zeichnet sich seit 1965, dem Jahr der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und der BRD, ab, welche die Trägerschaft der deutsch-israelischen Kontakte von der Basis auf die Ebene der Eliten anheb. Pionier der Repositionierung war der SDS, die 1961 aus der nach rechts driftenden SPD ausgeschlossene Keimzelle der Neuen Linken. Der Sechs-Tage-Krieg 1967 markiert schließlich eine radikale Wendung weg vom is-

<sup>116</sup> Für die DDR vgl. Ullrich (2007, 2007a).

raelfreundlichen Konsens der Linken. Die gegen die Elterngeneration bewusst geübte Solidarität mit Jüdinnen und Juden (in Gestalt des Staates Israel) ließ sich nicht mehr ohne Weiteres durchhalten. Denn nun schien Israel imperiale Ansprüche zu vertreten und wurde zudem vom »US-Imperialismus« unterstützt. Damit erwiesen sich die Israelis nicht, wie erhofft und erwartet, als die besseren Menschen.

Die entstehende Neue Linke<sup>117</sup> entdeckte in dieser Zeit die nationalen Befreiungsbewegungen in Afrika, Asien und Lateinamerika für sich, die enttäuschte metropolitane Revolutionshoffnungen in der Peripherie zu verwirklichen schienen (Später 1994). »In das theoretische Korsett des Antiimperialismus eingezwängt, traten die historischen Besonderheiten und Widersprüche der einzelnen Konfliktgebiete zugunsten antikolonialer ›Eindeutigkeit‹ zurück.« (Kloke 1994: 288). In diesem Raster – gute nationale Befreiungsbewegung, böser westlicher Imperialismus – wurde fortan auch die palästinensische Nationalbewegung wahrgenommen. Doch auch dieser Wandel wurde von innenpolitischen Gelegenheitsstrukturen mitbestimmt. Die geschilderte Hinwendung des konservativen Establishments zu Israel während des Sechs-Tage-Krieges führte zu linken Spiegelreaktionen:

Ein wesentlicher Grund für unsere Zurückhaltung in der Kritik an den Terrorakten palästinensischer Gruppen und überhaupt prägend für unsere Einstellung zum palästinensisch-israelischen Konflikt war unsere entschiedene Abneigung, mit den Wölfen zu heulen. Die bundesdeutschen Medien und Hauptparteien waren ... in einer Weise pro-israelisch und anti-palästinensisch, die man sich heute überhaupt nicht mehr vorstellen kann.<sup>118</sup>

Wurde Israel eben noch verherrlicht, konnte es nun sogar als faschistischer Staat bezeichnet werden. Es muss festgehalten werden, dass sich in die nun aufkommende »Israelkritik«<sup>119</sup> immer dominanter antizionistische und antisemitische Töne mischten. Die Kritik am Zionismus und am Staat Israel verdichtete sich zu einem geschlossenen Weltbild, zu dessen Standardrepertoire die Gleichsetzung mit dem Nationalsozialismus gehörte. Nahtlos fügte sich in dieses Muster die *Selektion* von *jüdischen* Geiseln bei der Flugzeugentführung von Entebbe durch die palästinensischen Entführer und ihren deutschen Mitstreiter Wilfried Böse, Mitglied der Revolutionären Zellen (RZ), im Juli 1976. Die RZ waren die am klarsten antizionistische Organisation der militanten Linken. Tragischerweise, die genauen Umstände sind weiter ungeklärt, war die einzige Geisel, die im Rahmen der Entführung zu Tode kam, eine KZ-Überlebende (Weiß 2005: 231). Eines der eklatantesten verbalen Beispiele dieser Weltanschauung gewordenen Israelfeind-

117 Das sind im Wesentlichen der SDS und die »APO« sowie deren Nachfolger und Spaltprodukte, insbesondere die vielen, in den siebziger Jahren immer öfter vom Maoismus beeinflussten, K-Gruppen, die Stadtguerilleros sowie die Alternativkultur um Stadtteil- und Kinderläden mitsamt der aufkommenden Ökobewegung und den Grünen.

118 O. A. 1996: Als die Katzen Laila hießen, Überlegungen zur »Nahostpolitik« des KB, ak 397 (12.12.).

119 Schon das Wort ist bezeichnend; man stelle sich stattdessen »Kongokritik« oder »Polenkritik« vor.

schaft ist die Befürwortung des Anschlags des palästinensischen »Schwarzen September« auf die israelische Olympiamannschaft 1972 durch die gerade verhafteten RAF-Mitglieder Ulrike Meinhof und Horst Mahler. Sie nannten die Aktion in einer Erklärung aus dem Gefängnis ein »mutiges Kommando gegen zionistische Soldaten, die in München als Sportler auftraten«. Die Person Ulrike Meinhof steht dabei sinnbildlich für die Veränderungen weiter Teile ihrer politischen Generation. Denn noch wenige Jahre vorher hatte auch sie für Solidarität mit Israel geworben (Meinhof 1968), was kaum zum neuen Auftreten passte. Doch nicht nur die radikale Linke war betroffen, auch bspw. evangelische Studentengemeinden beteiligten sich nun zahlreich am neuen Engagement für Palästina.<sup>120</sup>

Das national Entlastende dieses relativierenden Antizionismus und die Rigidität, mit der Israel angegriffen wurde, kann nicht allein aus der israelischen Politik erklärt werden, denn es kontrastiert mit der Zurückhaltung, die »linke« Diktatoren erfuhren. Damals selbst Beteiligte oder dem militanten Widerstand heute noch Nahestehende deuten diese Verfehlungen, besonders die NS-Relativierungen, nicht als Ausdruck von Antisemitismus oder Exkulpationsbedürfnissen, sondern verweisen darauf, dass der NS, in den verstrickt zu sein ja gerade von dieser Generation den eigenen Eltern vorgeworfen wurde, ganz simpel als Symbol für *das Schlechte* Verwendung fand, während die analytische Borniertheit dieser Analogien völlig unbeachtet blieb. Das folgende Zitat zeigt, dass man das für diese Generation so wichtige Thema NS auf der moralischen Ebene mit aktuellen Erfahrungen wie dem Antikommunismus und dem Vietnamkrieg verband:

Ich hab mit 10 Jahren zum ersten Mal Fernsehen geguckt und gleichzeitig mit 10 Jahren zum ersten Mal Zugang zum Bücherschrank von meinem Vater gehabt. Das erste Buch, das ich mir rausgezogen hab, war Schuld oder Verhängnis von Hannah Arendt und mit Fotos aus KZs, und da hab ich zum ersten Mal KZ-Bilder gesehen und auch gleichzeitig zum ersten Mal Fernsehen geguckt und das war 62. Ich hab Bilder vom Vietnamkrieg gesehen, Bilder von brennenden Kindern und das war für mich ein Schockerlebnis und das gemeinsam mit Bildern aus den KZs. Die beiden Wahrnehmungen haben mich dann für den Rest meines Lebens geprägt. Die Grausamkeiten und Brutalitäten, wie Kriege geführt werden und Menschen vernichtet werden und natürlich die Wahrnehmung, dass das alle Erwachsene waren, die dafür verantwortlich waren, um mich rum. Dass auch keiner das Recht hatte, mir moralische Regeln aufzuzwingen. Denn die waren alle im Faschismus. (12)

Mögliche unbewusste Exkulpationsbedürfnisse trafen auf Generationenkonflikte, spezifische nationale diskursive Gelegenheitsstrukturen und eine zugespitzte weltpolitische Situation.

Doch neben »unglücklichen« Gleichsetzungen traten auch offen antisemitische Stereotype zutage, zum Beispiel in der Einschätzung Israels als »parasitärer

120 Zur Nahostrezeption der militanten Linken vgl. Weiss (2005).

Staat« durch den SDS und migrantische Gruppen im Jahre 1970 (Kloke 2004: 173), und es kam zu Aktionen, denen der antisemitische Charakter auch beim besten Willen nicht abgesprochen werden kann, wie dem Brandanschlag auf die Berliner Synagoge und den diesen begleitenden Schmierereien an jüdischen Mahnmalen am 30. Jahrestag der Reichspogromnacht (Kraushaar 2005).<sup>121</sup> Deswegen muss nicht der gesamten antiimperialistischen Bewegung subjektiver Antisemitismus unterstellt werden. Entscheidend ist der mit den Gleichsetzungen, Stereotypen und der Fokussierung auf Israel transportierte kommunikative Sinn und somit die antisemitische, weil Jüdinnen und Juden diskriminierende Struktur. Erschwerend hinzu kommt die Tatsache des weitgehenden Ausbleibens von Kritik an diesen Tendenzen bis in die achtziger Jahre.

Ein zweiter Hauptvorwurf an die Linke jener Zeit bezieht sich auf deren Verhältnis zur anderen Konfliktpartei. Während nämlich Israel verdammt wurde, seien die PalästinenserInnen idealisiert und heroisiert worden, wurde vielfach konstatiert. Doch auch dieser Punkt ist umstritten. Selbst Beteiligte heben hervor, dass die linken palästinensischen Organisationen stattdessen auch stärker als andere internationalistisch ausgerichtet gewesen seien und dies sich im weltweiten (also nicht nur deutschen Interesse) an Zusammenarbeit und Auseinandersetzung mit ihnen widerspiegelte.

Die Achtziger bezeichnet Kloke (2004: 177) als eine Zeit der Zerreißproben und Lernprozesse. Denn während es weiterhin antizionistische Positionierungen im alten Stil gab, besonders zur Zeit des Libanon-Feldzuges, und weiterhin Israel Hauptziel der Kritik blieb, begann auch eine Diskussion um die rechten Auswüchse linken Denkens. Intellektuelle wie Wolfgang Pohrt, Heryk M. Broder, Daniel Cohn-Bendit und Dan Diner polemisierten gegen einen linken Antizionismus, die kaum seine antisemitischen Anteile verbarg, wenn bspw. in einer Hetzschrift im Grünen Kalender, einem Organ aus dem Umfeld der Grünen, unter der Überschrift »Israel, die Mörderbande« der Standpunkt vertreten wurde, dass Israels Politik grausamer sei und mehr Opfer erfordere als der Nationalsozialismus. In polemisierender Umkehrung dessen und gleichzeitiger Dekontextualisierung des Nahostkonfliktes durch Verwendung bundesdeutscher Deutungsmuster bezeichnet Wolfgang Pohrt die Palästina-Solidarität als Parteinahme für einen »großen militanten Heimatvertriebenenverband« (zit. nach Später 2003). In den achtziger Jahren kommt es zu den ersten größeren Antisemitismusk Diskussionen bei den Grünen und im autonomen Milieu. Anlässe sind neben den Ereignissen im Nahen Osten die deutschen Reaktionen, bspw. das berühmt-berüchtigte Bild in der Hamburger Hafenstraße mit der Schriftzug »Boykottiert ›Israel‹« [sic!]. Auslöser einer anderen Diskussion war die *ak*-Schlagzeile »Endlösung der Palästinenserfrage«. In Freiburg, Frankfurt, Hamburg und anderen Städten kommt es zu Antisemitismusdebatten. Zu den vehementesten Kritikern gehörten neben den erwähnten Publizisten u. a. die Freiburger ISF und der

121 Für weitere Beispiele vgl. Kloke (1994: 133 ff., 2004: 169-177) und Haury (1992).



Kommunistische Bund (KB), die sich bspw. von antizionistischen Demonstrationen distanzierten und zu den Kernen der entstehenden antideutschen (pro-israelischen) Strömung wurden. Die Antisemitismus- und Nahostdiskussionen müssen aber im Kontext anderer linker Auseinandersetzungen gesehen werden. Der wichtigste Anschlussdiskurs ist der Streit um die Friedensbewegung der achtziger Jahre, der Heimattümelei vorgeworfen wurde. Die achtziger Jahre waren somit eine Zeit des Pendelns zwischen beginnender linker (Selbst-) Kritik und antizionistischer/pro-palästinensischer Kontinuität. Eine neue linke Position ist nun die der »innerlinken Antisemitismus- und AntizionismuskritikerInnen«.

Anfang der neunziger Jahre wurden Israel und Palästina wieder zum großen Streitthema. Die Krise der Linken nach dem Ende des Realsozialismus 1989 verstärkte die Reflexionsprozesse, bei denen das Nachdenken über den antiimperialistischen Antizionismus einen zunehmend wichtigen Platz einnahm. In der Nahostwahrnehmung kam es zu einer radikalen Umorientierung in einigen Teilen insbesondere des linksradikalen Spektrums. Der Staat Israel erwies sich damit erneut als »jener libidinös besetzte Fixpunkt [...], an dem sich links-deutsche Geister noch immer kraß [sic!] voneinander scheiden.« (Kloke 1994: 321). Die Wende manifestiert sich im zweiten Golfkrieg gegen den Irak, der in der konkret begrüßt wird, weil er die Bedrohung des Staates der Überlebenden der Shoah abwenden helfe. Die große Mehrheit der deutschen Linken unterstützte hingegen die Friedensbewegung. Die Situation wurde komplizierter, als der damalige irakische Diktator Hussein drohte, Israel mit Giftgas zu beschießen und einige Scud-Raketen tatsächlich das israelische Staatsgebiet erreichten. Zudem waren deutsche Firmen in die Gasproduktion verwickelt und die Bundesregierung wies ein militärisches Hilfesuch Israels ab. Die entstehende und auf entschiedenen Widerspruch treffende Pro-Kriegs-Fraktion argumentierte mit der Formulierung, man unterstütze das »Richtige im Falschen«, also den Schutz Israels vor dem mit Vernichtung drohenden Hussein, aber in einem imperialen Krieg, der durchaus – dies wurde anerkannt – nur wegen Öl geführt würde.<sup>122</sup> Die »bellizistische« Fraktion warf der Friedensbewegung eine auf Geschichtsvergessenheit basierende Ignoranz gegenüber den Bedrohten in Israel vor, während die in Deutschland unbedrohten KriegsgegnerInnen stark eigene Angst in den Vordergrund stellten und auch stereotypen Antizionismus wieder aktiviert hätten (Gerber 2003: 21 ff.). Umgekehrt kam der Vorwurf, dass die irakischen Opfer des Krieges von den IsraelunterstützerInnen keinerlei Beachtung erführen (Ullrich 2001: 106). Die Diskussion flackerte auch noch nach dem Golfkrieg gelegentlich auf, z. B. durch die viel diskutierte Erklärung der Revolutionären Zellen zum Tod des von seinen palästinensischen GenossInnen hingerichteten Gerd Albartus, (»Gerd Albartus ist tot«, RZ 1993), in der die RZ sich kritisch mit der eigenen antizionistischen Vergangenheit auseinandersetzen.

122 Gremliza, Hermann L. 1991: Richtig falsch, konkret 3/91, S. 8.

In dieser Zeit entsteht die aktuelle Konstellation in der innerlinken Nahost- und Antisemitismusdebatte. Die antinationale oder antideutsche Strömung machte sich in der Folge die pro-israelischen Positionen zu eigen. Traditionelle AntiimperialistInnen blieben auf der klaren pro-palästinensischen Linie, während andere sich schlicht von diesen Themen abwandten. Interessant ist, dass wie bei der Wende 1967 persönliche Biografien kippen, wie Kloke (2004) zeigt. Ein Teil der sich nun militant antideutsch und pro-israelisch Positionierenden hat selbst eine antiimperialistische Vergangenheit hinter sich.<sup>123</sup> Somit muss die Radikalität der sich nun abzeichnenden pro-israelischen Positionen auch als Konversionsphänomen betrachtet werden.

Die Zeit nach dem Golfkrieg ist insgesamt von einer relativen Ruhe und Gelassenheit geprägt. Es gibt vereinzelte antizionistische Ausbrüche und Kritik daran, aber vor allem ein Desinteresse. Dies hat seine Ursachen auch im beginnenden »Friedensprozess« und der in ihn gelegten Hoffnungen auf eine Beendigung des Konfliktes zwischen Israel und den PalästinenserInnen. Dieses kurzzeitige »Ende der Funktionalisierungen« (Kloke 2004: 180) fand sein Ende mit dem Ausbruch der zweiten Intifada. Seit deren Beginn im September 2000 und verstärkt nach den Anschlägen des 11.9.2001 traten die Antideutschen mit einer militanten Israel-solidarität auf und verstärkten die Abgrenzung zu den meisten anderen Linken so sehr, dass es zum offenen Konflikt kam. Von diesem aktuellen Konflikt handelt dieses Kapitel.

## 2 Der aktuelle Nahost- und Antisemitismusstreit

Der Nahostkonflikt ist ein Thema, dem in Deutschland generell ein hohes Maß an Aufmerksamkeit zukommt und dies gilt auch für die deutsche Linke im Untersuchungszeitraum. Ein Befund der Untersuchung ist da recht eindeutig. Neunzehn der Befragten finden, dass der Nahostkonflikt ein wichtiges Thema für die deutsche Linke darstelle, während nur einer dies verneint und vier weitere Interviewte unsichere bzw. ambivalente Einschätzungen abgeben.

Ein weiterer Befund ist auch eindeutig. Als der zentrale Grund für die Wichtigkeit des Konfliktes gilt den Befragten die von den meisten hergestellte Verbindung mit dem Themenkomplex deutsche Vergangenheit. Erst danach folgen andere Begründungen, wie die Tatsache, dass der Nahostkonflikt durch diskursive Präsenz auch unbeteiligte zur Positionierung zwingt. Erst weit abgeschlagen folgen Begründungen, die sich direkt auf den Konflikt selbst bzw. seine politische Bedeutung für die Welt oder den Nahen Osten beziehen. Diese hauptsächlich *indirekte Beschäftigung* mit dem Konflikt spiegelt sich besonders in den Antworten

123 Kloke erwähnt den antideutschen Publizisten Karl Selent; Hagen (2004: 6) zeigt Eike Geisels Wandlung. Der KB, die Keimzelle der Antideutschen, gehörte aber nie zum harten Kern des Antizionismus.

auf die allen Interviewten Frage, was sie zuerst mit dem Thema assoziierten. Dabei dominieren auf innerlinke Fragen und auf Deutschland bezogene »Problemkategorien«. Diese sprechen einerseits von Funktionalisierung des Konfliktes in der Selbstbeschäftigung mit eigenen (linksdeutschen) Bedürfnissen oder von Ratlosigkeit und Überforderung, von harten Streitereien und Spaltungen. Andererseits assoziieren die Interviewten das Thema Antisemitismus, NS-Aufarbeitung in Deutschland und das daraus resultierende besondere Verhältnis zum Staat Israel. Auch bei den ersten Assoziationen bezogen sich nur ganz wenige direkt auf den Konflikt selbst.

Doch die relative Homogenität dieser Einschätzungen – also, dass der Nahostkonflikt im Raster spezifisch deutscher Bedürfnisse behandelt wird, und zwar auf eine hoch konflikthafte Art und Weise – markiert schon das Ende der Übereinstimmungen. Dahinter verbirgt sich ein vielschichtiges und kompliziertes Bild. Einerseits zählen einige der Interviewten den Nahostkonflikt und die damit verbundenen Diskussionen zu den wichtigsten Themen der deutschen Linken in den letzten Jahren. Andererseits zeigt sich, dass die Diskussion mit Verve vorrangig im Sektor der radikalen Linken (in Auseinandersetzung mit Akteuren aus dem Sektor des Traditionskommunismus bzw. der gesamten Traditionslinken) geführt wird. Es handelt sich um »einen der virulentesten Konflikte innerhalb des linksextremistischen Spektrums« (BfVS 2004: 197). Außerdem ist das Thema immer wieder wichtig für die publizistische Linke, ist in allen Organen, die in erstaunlicher Eindeutigkeit anhand dieses Themas in Lager eingeteilt werden können (Bartel/Ullrich 2008), häufig vertreten. Doch große Teile der Sozialstaatslinken werden nur gelegentlich von der Thematik tangiert.

### **3 Die Akteure der Nahostdiskussion**

In bestimmten Situationen habe ich das Gefühl gehabt, es wird leichter sein, PalästinenserInnen und Israeli zusammen zu kriegen als diese beiden Solidaritätsgruppen! (Raheb 2001)

Nach weit verbreiteter Ansicht ist die Nahostdiskussion vor allem eine zwischen den sich befehdenden pro-israelischen Antideutschen und den pro-palästinensischen sogenannten AntiimperialistInnen (im Szenejargon: Antiimps). Diese Sicht auf den Diskurs ignoriert, dass es weite Teile der Linken gibt, die eine zentristische Position einnehmen oder eine Positionierung vermeiden bzw. kein Interesse an dem Konflikt haben. Zudem finden sich eher pro-israelische und eher pro-palästinensische Positionen in fast allen Feldern der Linken. Aktuell ausgehend vom Streit innerhalb der Linksradiakalen, aber fundiert in einer Grundstruktur der bundesdeutschen Nahostwahrnehmung, ist die Nahostfrage eine eigene Konfliktlinie und ein andauerndes Dilemma in der deutschen Linken. Bevor nun der linke Nahostdiskurs im Einzelnen analysiert wird, soll ein überblicksartiges Raster der pro-

israelischen, pro-palästinensischen, zentristischen und desinteressierten Akteure und ihrer Positionen gezeichnet werden.

Die pro-israelische Position vertreten heute hauptsächlich radikale Linke, die sich meist als Antideutsche bezeichnen. Die antideutsche Strömung hat AnhängerInnen fast nur im dadurch tief gespaltenen linksradikalen Lager. Ihre Anhänger sind z. T. Intellektuelle und Publizisten und finden sich bei autonomen und Antifa-Gruppierungen und in der studentisch geprägten Linken. Doch sie wirken auch in andere Felder der Linken bzw. in den Mainstream hinein. Diese Wirkung besteht darin, Interesse zu wecken bzw. zumindest Debatten anzustoßen oder besser: zu provozieren. Auf antideutsche Gruppierungen gehen die meisten pro-israelischen Demonstrationen und anderen Proteste zurück. Ferner gründeten sie eine Vielzahl von lokalen Aktionsbündnissen gegen Antisemitismus und treten mit Diskussionen, Vorträgen und Gedenkveranstaltungen auf. Hier gibt es Überschneidungen zu den noch immer bestehenden traditionellen israelsolidarischen Gruppen und Initiativen im NSB-Sektor. Diese entstammen zumeist der christlichen Friedens- und Solidaritätsbewegung oder verschiedenen deutsch-israelischen bzw. christlich-jüdischen Begegnungsprojekten wie der Aktion Sühnezeichen, dem Deutsch-Israelischen Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten (DIAK) oder der katholischen Friedensbewegung Pax Christi. Ferner muss erwähnt werden, dass aufgrund der vielfältigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel viele einzelne Vertreter oder Gliederungen von Organisationen für pro-israelische Positionen stehen. Hier sind die guten Kontakte der Gewerkschaften, der SPD und der Jusos nach Israel zu erwähnen. Die antideutsche Strömung ist der Ausgangspunkt einer erneuten Diffusion israelsolidarischer Diskurse. Die pro-israelische Positionierung geht i. d. R. mit einer hohen Aufmerksamkeit für Antisemitismus und einer relativ hohen Neigung Antisemitismus zu konstatieren oder anderen vorzuwerfen einher.

Etwas schwieriger ist die pro-palästinensische Linke einzugrenzen. Zunächst ist festzustellen, dass eine gewisse Empathie für die als Opfer von Besatzung wahrgenommenen PalästinenserInnen in allen Feldern weit verbreitet ist. Zudem ist Sympathie für die Palästinenserinnen und Palästinenser, wie geschildert, die historisch begründete dominante linke Wahl. Das konkrete palästinasolidarische Engagement (also Engagement in der Region oder Unterstützungsarbeit hier) ist jedoch weniger eine Sache der Linken im Allgemeinen, als vielmehr – wie auch im Falle der Israelsolidarität – christlicher Kreise (und einiger anderer Akteure im NSB-Sektor). Viele Kirchgemeinden betreiben Projekte und viele Organisationen der Palästina-Solidarität kommen aus einem kirchlichen Umfeld oder sind im kirchlichen Umfeld entstanden und stark von diesem geprägt. Das betrifft bspw. die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft, den wichtigsten bundesweit tätigen pro-palästinensischen Verein. Diese Organisationen arbeiten öffentlichkeitsbezogen und betreiben Hilfsprojekte, bspw. für Flüchtlinge, traumatisierte Kinder usw. Der palästinensische Kampf hat FreundInnen auch in anderen Feldern der Linken, wenngleich diese mehr diskursive als praktische Unterstützung geben. Ein klar

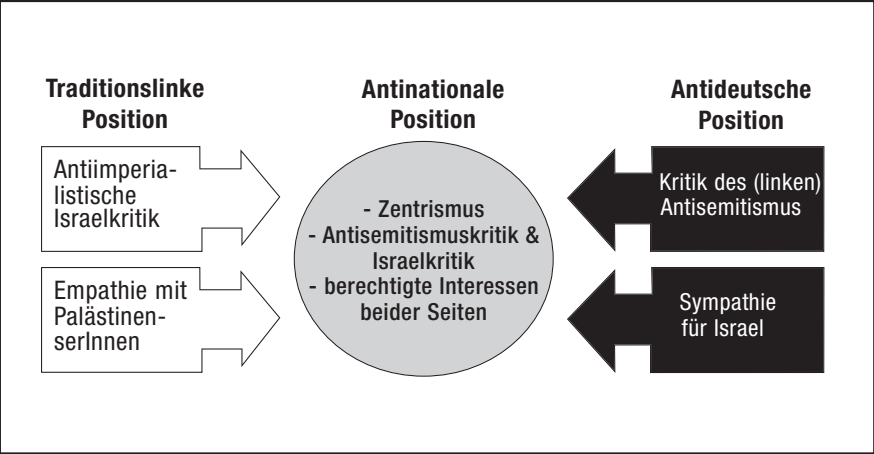
pro-palästinensisch ausgerichtetes Feld ist das traditionskommunistisch-antiimperialistische (Linksruck, DKP). Ferner gibt es Pro-Palästina-Positionen im traditionelleren Teil der radikalen Linken, also bei einem Teil der (Post-) Autonomen/Antifa. In diesen beiden Feldern finden sich teilweise auch militante Unterstützer, die gelegentlich sogar bedingungslose Solidarität mit dem verherrlichten palästinensischen Kampf vertreten. Diese Gruppen bilden in vielerlei Hinsicht das tatsächliche Spiegelbild der antideutschen Israelsolidarität.

Neben den jeweils auf eine Seite orientierten Lagern können große Bereiche der Linken ausgemacht werden, in denen der Nahostkonflikt und die damit zusammenhängende Antisemitismusdiskussion nur eine untergeordnete Rolle spielen. Dies betrifft den zahlenmäßig wohl größten Bereich der Linken, die Sozialstaatslinke. Auch wenn es innerhalb der entsprechenden Organisationen UnterstützerInnen beider Konfliktseiten gibt, betonen doch die meisten ganz andere Themen. Die hohe Bedeutung, die das Engagement dieser Organisationen wie der Linkspartei und der Gewerkschaftslinken für die sozialen Rechte ihrer Klientel einnimmt, lässt weniger Raum für ferne Konflikte (Nahost) bzw. für als etwas abseitig oder aufgebauscht begriffene Themen (Antisemitismus, Geschichtspolitik).

Dazu kommen noch Personen und Gruppen, für die der Nahostkonflikt durchaus Engagement und Debatte wert ist, die sich aber einer strikten Parteinahme enthalten bzw. von der Diskussion wegen der Heftigkeit, mit der sie geführt wird, abgeschreckt sind. Innerhalb der radikalen Linken ist dies die sogenannte antinationale Position. Sie hat Äquivalente in weiten Teilen der Linken, die zwar keine Antinationalen sind, aber Israel wie auch die PalästinenserInnen kritisieren – typischerweise Israel für seine Besatzungspolitik und die PalästinenserInnen für die Selbstmordattentate – und auch beiden Seiten eine gewisse Empathie oder gar Sympathie entgegenbringen. Doch der harte Streit zwischen pro-israelischen und pro-palästinensischen Gruppen wird in einer Massivität geführt, vor der die »ZentristInnen« die Augen nicht verschließen können. Der »neue Antisemitismusstreit der deutschen Linken« (Haury 2004) diffundiert auch in die anderen Bereiche der Linken, wo z. T. ein weniger starkes Interesse am Nahostkonflikt besteht, und hat dort sowohl Verhärtungen als auch Lernprozesse zur Folge. Für die Lernprozesse stehen insbesondere diejenigen Positionen, die zwar israelkritisch sind, die Äußerungen im deutschen Diskurs aber von dessen Bedingungen abhängig machen, also von der Frage, ob mit einer bestimmten Kritik an Israel nicht sekundärem Antisemitismus Vorschub geleistet werde. Des Weiteren unterscheiden sich diese Positionen von traditionslinken Positionierungen, in denen eine Idealisierung oder Heroisierung der PalästinenserInnen stattfand. Diese Zwischenposition bildete sich auf Basis des generellen linksradikalen Antinationalismus, wurde als eigenständige Position jedoch erst im Rahmen der aktuellen Nahostdebatte sichtbar. Dieses Lager übernahm von den Antideutschen etwas mehr Verständnis für Israel und Wachsamkeit gegenüber dem Antisemitismus, ohne jedoch bei der Ab-

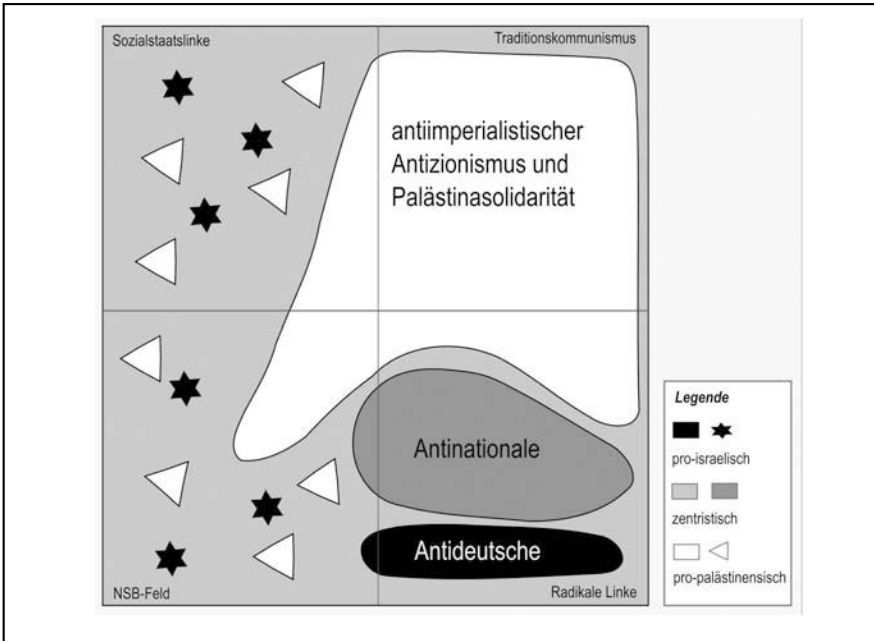
schwächung der pro-palästinensischen Positionen der traditionellen Linken eine komplette Kehrtwende zu vollziehen.

Abbildung 10: Die Entstehung der antinationalen Position im Nahostdiskurs



Die Gliederung der Akteure im Nahost- und Antisemitismusstreit der Linken entspricht nicht einfach dem Grundscheina der Gliederung der deutsche Linken, wie es im letzten Kapitel vorgestellt wurde. Wie beim Thema Nation gibt es Differenzen in allen Feldern und sehr starke Überlappungen, wenngleich doch Zentren in bestimmten Feldern ausgemacht werden können. Das Grundmuster gleicht dem beim Thema Nation. Das Zentrum linker Palästinasolidarität ist das traditions-kommunistische Feld (mit starken Überhängen in das NSB-Feld und die traditionelleren Autonomen-Bereiche im linksradikalen Feld). Das Zentrum der aktuellen Israelsolidarität ist ein Teil des linksradikalen Feldes (Antideutsche). Dazwischen stehen die Antinationalen. In allen anderen Feldern gibt es bei weit verbreiteter Sympathie für die PalästinenserInnen und Palästinenser auch pro-israelische und sämtliche Zwischenpositionen. Die hochgradig enge Verknüpfung des Nahostdiskurses mit den erinnerungspolitischen diskursiven Gelegenheitsstrukturen führt zu der diffusen Verteilung über alle anderen Konfliktlinien hinweg.

Abbildung 11: Positionierungen der deutschen Linken im Nahostkonflikt



#### 4 Der Stil der Nahost-Antisemitismus-Diskussion

Also das Thema, wo also auf jeden Fall darüber diskutiert wurde früher oder später, war das Thema Antideutsche oder Israel, wie du es nennen willst. Also wenn [...] Leute sonst nie Diskussionen geführt haben, spätestens dann hat es richtig gekracht und es wurde sich angebrüllt, oder Leute haben nicht mehr miteinander geredet. (14)

Unzweifelhaft hatte die Nahost- und Antisemitismusdebatte ab dem Jahr 2000, durch mehrere äußere Ereignisse angestoßen, einen neuen Höhepunkt. *Auslöser* waren die zweite Intifada in den palästinensischen Gebieten und die anderen Ereignisse im Nahen und Mittleren Osten (Afghanistankrieg, Irakkrieg), die sich mit dem Israel-Palästina-Konflikt auch in Deutschland in einer diskursiven Verschränkung befinden. Dieser Zeitabschnitt, also genau der Untersuchungszeitraum, ist gekennzeichnet von einem besonders starken Anschwellen der Diskussion. Kennzeichnend für diese Phase ist auch eine neue Qualität der Debatte, weil die Auseinandersetzung teilweise offen gewaltförmig ausgetragen wurde. Doch auch, wo es nicht zu physischer Gewalt kam, klagten Beteiligte über den harten Stil der Auseinandersetzung, über Drohungen, Diffamierungen und regelrechte Hetze.

#### 4.1 Polemik und Denunziation

Man muss jetzt sozusagen auch die taktischen Vorgehensweisen von Leuten sehen, ich mein', die *Bahamas* verfolgt eine gewisse Strategie, eine gewisse Diskussionsstrategie, die in Spalten, andere Leute zum Schäumen bringen, Leute zu Überreaktionen veranlassen [besteht], um so sozusagen im besten ... darüber einen Aufklärungsprozess, Erkenntnisprozess voranzutreiben und eben durchaus bis zum Mittel der ganz gezielten Denunziation zu gehen. (16)

Die pro-israelischen Antideutschen sehen sich in der Minderheitenposition gegenüber einer in ihrer Sicht israelfeindlichen und antisemitischen Mehrheit. Auch aufgrund dieser so nicht haltbaren Lageeinschätzung wird zu scharfen rhetorischen Mitteln gegriffen: Polemik und Denunziation. Auch wenn mit diesem Zitat einer der profiliertesten Vertreter der Antideutschen als Kronzeuge präsentiert werden kann, wäre es falsch, nur eine Seite im Streit solcher Strategien zu bezichtigen. Doch Anti-Antideutsche fühlen sich verletzt durch diesen offensiven Stil:

Also es gibt sicherlich auch innerhalb des antiimperialistischen Spektrums Kreise, die nicht gerne an den Antisemitismus im arabischen Raum erinnert werden möchten, aber ich habe da doch den Eindruck, dass also diese Verblendung und vor allem auch die Unmöglichkeit einer Diskussion, Diskurs eher auf Seiten der Antideutschen angesiedelt ist. (22)

Das Zitat verweist auf ein vergiftetes Klima, in dem die Diskussion unterschiedlicher Standpunkte unmöglich erscheint, da zu verhärtete Fronten aufeinanderprallen. Alles, was geeignet erscheint, der anderen Seite Munition zu liefern, geht in diesem identitären Wettstreit verschütt. Die analytischen Probleme der eigenen Position werden nicht im befruchtenden Wettstreit mit der anderen Seite zu lösen gesucht. So kommt es zu der angesprochenen Dynamik, dass Palästina-Freunde arabischen Antisemitismus oft ignorieren, um die innerlinken Strömungsgrenzen nicht zu verwischen. Ganz klar korrelieren in der Linken Sympathien für Israel und Wachsamkeit gegenüber Antisemitismus. Im stark pro-palästinensischen Bereich der Linken gibt es dagegen häufig eine Abwehr gegenüber der Beschäftigung mit Antisemitismus. Dies liegt nicht zuletzt im traditionellen Erbe des linken Antizionismus begründet. Verstärkt wurde diese Tendenz dadurch, dass das Engagement der Antideutschen von Anfang an von dem Versuch geprägt war, sich denunziatorisch und polemisch gegen eine Linke zu profilieren, deren Politik und Inhalte man mitzutragen nicht mehr gewillt war, was den Streit eskalierte und die Bereitschaft zu Auseinandersetzung mit den Themen der anderen senkte. Und die Reaktionen waren nicht minder hart. Dazu bediente man sich der heftigsten diskursiven Waffen, die in der (linken) deutschen politischen Kultur zur Verfügung stehen, nämlich des Faschismus- und Antisemitismusvorwurfs.

Viele Betroffene berichten davon, wegen ihrer Ansichten in die Nähe von Faschismus und Nationalsozialismus gestellt worden zu sein. Das Interview mit einem antideutschen Journalisten ist durchsetzt mit diesen Gleichsetzungen. Dabei kommt eine Vielzahl von Stigmawörtern aus dem Erinnerungs- und NS-Diskurs



zum Einsatz (Antisemitismus, regressiv, barbarisch, nationalsozialistisch, ressentimentgeladen, Volksgemeinschaft, Massenhysterie). Mit Hilfe dieses Bedeutungsgeflechts versucht der Interviewte die gesamte Linke zu diskreditieren. Für dieses Unterfangen werden von ihm mehrere Diskurse vermischt. Die Globalisierungskritik, die Antikriegsbewegung, die Palästinasolidarität – all dies ist ihm Ausdruck einer Linken, die eine Avantgarde der »volksgemeinschaftlichen Erhebung« darstelle, die antiamerikanisch, antisemitisch, ressentimentgeladen die »Barbarei« als »globale Lösung« vor sich hertrage (siehe Zitat S. 178). Gleiches gilt für die palästinensische Intifada, die im antideutschen Spektrum primär als antisemitisch wahrgenommen wird:

von einer Intifada, die keinerlei emanzipatorischen Ansatz mehr hatte, sondern ein hochregressives, antisemitisches, zerstörerisches Werk vollführen wollte. (16)

An dem Interview wird eines deutlich: Zentraler Bestandteil antideutschen Denkens ist es, die deutsche Linke oder Teile von dieser sowie neuerdings auch die weltweiten sogenannten globalisierungskritischen Bewegungen in die ideologische Nähe dessen zu rücken, was von fast jedermann als das Synonym des Bösen schlechthin anerkannt ist – in die Nähe des Nationalsozialismus. Stets entdecken Antideutsche bei Linken Antisemitismus, völkisches Denken, regressive Ressentiments und, sehr beliebt in der immer mehr auch psychologisierenden Sprache der Denunziation, »pathische Projektionen«. In ähnlicher Weise werden die PalästinenserInnen bzw. im obigen Zitat die palästinensische Intifada in diesen Schemata wahrgenommen, d. h. letztlich darauf reduziert. So wie der Antizionismus Israel oft mit dem Nationalsozialismus gleichsetzt(e), setzen Teile der Antideutschen heute die PalästinenserInnen mit den Nazis gleich. An dieser Stelle ist klar die Schwelle einer rassistischen und homogenisierenden Islamophobie überschritten.

Dabei sind die Vorwürfe nicht bloßer Verfolgungswahn, sondern rühren ja tatsächlich an wunde Punkte, zeigen sich aber überdreht und verselbständigt, bspw. wenn die *Bahamas* »die Palästinenser und ihre islamistischen Freunde« einen »antizionistischen Vernichtungskrieg«<sup>124</sup> führen lässt und erklärt, dass diese damit ihrem »nationalsozialistischen Vorbild auf qualitativer Ebene durchaus ebenbürtig«<sup>125</sup> seien. Der immer präsente Antisemitismusvorwurf und der NS-Verdacht operieren hier mit inhaltsleer gewordenen Begrifflichkeiten, die aber den deutschen Erinnerungs- und NS-Diskurs als Gelegenheitsstruktur voraussetzen. Allerdings gibt es Abstufungen. Nur der harte Kern einiger Antideutscher, die sogenannte Bahamas-Fraktion, vertritt so klar abgeschlossene Positionen gegenüber einer fast komplett als antisemitisch wahrgenommenen Umwelt. Die abgeschwächte Variante stellen die Vorwürfe der »verkürzten Kapitalismuskritik« bzw. der »offenen Flanke für Antisemitismus« dar.

124 Uli Krug: Pazifistische Bruderschaft, *Bahamas* 37 (2000), S. 13-16, hier S. 16.

125 Redaktion Bahamas: Hinter dem Ruf nach Frieden verschanzen sich die Mörder, <http://www.redaktion-bahamas.org/aktuell/terror.htm> [13.02.2007].

Diese starken Vorwürfe, die dem grundlegenden Selbstverständnis von Linken diametral entgegenstehen, sind nun häufig Anlass tiefster Verärgerung und Verbitterung, zumal sie sogar Menschen treffen, in deren politischen Engagement der Kampf gegen Antisemitismus einen zentralen Platz einnimmt. Dazu kommt bei vielen, die sich in der Diskussion exponiert haben, das Gefühl, mit Unterstellungen, Lügen und auch sehr persönlichen Angriffen bloßgestellt, »fertiggemacht« zu werden. Eine Autorin kommt aufgrund der Erfahrungen, die sie mit dem inneren Kern der Antideutschen gemacht hat, zu einem harschen Schluss:

Wie sich das äußert, meine ich, kann man nachlesen, und bei völlig nüchternem nachmittäglichem Verstand, sag ich, wenn die [Antideutschen/Bahamas] jemals Macht kriegen, das sind Folterknechte. Also ein Teil von denen physisch auch, ein Teil nur im Kopf. Ich mein's wirklich jetzt ohne jede blöde Polemik (ohne sie als Verrückte) zu stilisieren, das mein ich nicht, sondern – Um ein Beispiel zu nennen, in einer Rezension über [einen von den Antideutschen hart kritisierten Text], die endet mit dem Satz: wir werden ihn weiter beobachten. Wörtlich. (10)

Dieserart Schilderungen liegen viele konkrete Erfahrungen und Erlebnisse zugrunde. Auch aus ihrem Bekanntenkreis berichtet sie:

Wolfgang war neulich zu einem Vortrag bei der \*\*\*-Stiftung eingeladen und da waren dann ... vier Antideutsche so aus der zweiten Reihe, die kamen dann also völlig vorbereitet, und wie wenn du auf 'nen Knopf drückst, waren die furchtbar aufgeregt und echauffiert, schreiend, wutentbrannt, wirklich so auch in dem Publikum von weit über hundert Leuten, ... und haben ihn einfach versucht niederzubrüllen. Einfach so. Und es war nicht die Aufregung, weil er irgendwas gesagt hat, was dann Leute aufregt, die sagen, so geht's nicht oder so, sondern die kamen vorbereitet, immer wieder was laut aus [einem Text von ihm] vorgelesen, weil sie das für so übel halten. (10)

Oder wenn du die Schrift von dem \*\*\* liest, oder einfach anguckst, was der mit meinen Sachen macht, das hat mit Kritik oder Polemik oder so, oder anderer Auffassung zu sein, einfach nichts mehr zu tun, das ist Fertigmachen! (10)

Es gibt ein weit verbreitetes Gefühl blockiert, diffamiert und persönlich beeinträchtigt zu werden. Ähnliches berichtete eine andere Interviewte, selbst aktiv in der Antirassismus- und Anti-Antisemitismusbewegung.

Also klar, die Antideutschen bringe ich schon auch mit diesem sehr schlechten Umgang ... in Verbindung, wobei – Die Antideutschen, das ist auch nicht so ein homogenes Grüppchen, das ist mir schon klar, aber sind ja oft so selbsternannt so aufgetreten, haben bei Veranstaltungen versucht zu stören oder für sich einzunehmen. ... Das Krasseste, was ich erlebt habe, ich wurde auch schon als Faschistin beschimpft, wenn ich gesagt hab, ich finde, dass es grundsätzlich eine Lösung geben muss in Sachen Rückkehrrecht, und ich hab da immer klar die Meinung vertreten, dass es eine politische Lösung geben muss. ... Da hat man keine Lust mehr, das ist keine Diskussionsgrundlage. (06)

Doch auch die andere Seite weiß von Angriffen zu berichten und sieht stetes »Antideutschen-Bashing« am Werk:

An irgendwie all diese Bücher, ob das nun die Krisis gewesen ist, oder diese ewigen Aufsätze in der Jungen Welt, oder auf Trend Infopartisan Net, also ... diese Leute, die sich noch in einem, sag ich mal, traditionell antiimperialistischen oder wie auch immer Weltbild bewegen, kommen ohne das ununterbrochene Bashing gegen die Antideutschen gar nicht mehr aus.

Ich hab in der Zeit ... Mails gekriegt, dass auch in Auschwitz noch ein Ofen auf mich wartet, Drohmails, Bombendrohungen (16)

Auch in diesem Fall sieht man, wie der Erinnerungsdiskurs eine Gelegenheitsstruktur darstellt, deren Repertoire an Schärfe und kultureller Resonanz kaum zu überbieten ist und wie der Diskurs gelegentlich auch tiefe Ängste, wie im Fall dieser antisemitischen Morddrohung, auslöst.

Klar ist, dass keine dieser Geschichten einfach für bare Münze genommen werden kann; die Erzähler sind tiefverwickelt und nur für bestimmte Deutungen ihrer Erfahrung zugänglich. Es ist anzunehmen, dass aufgrund der Erzählwänge im Rückblick eine zusätzliche Eskalation vorgenommen wird. Dies ändert nichts an dem Befund, dass die Nahost- und Antisemitismusdebatte den Begriff Debatte fast nicht mehr verdient. Um einen Eindruck vom aggressiven Klima der Auseinandersetzungen zu bekommen, kann man sich auf *indymedia* eine Seite anschauen, die in irgendeiner Beziehung zu der Diskussion steht (z. B. die zum Hamburger Fahnenstreit, vgl. Kap. VI.4.4.). In diesen Diskussionen kommt es zu gegenseitigen Unterstellungen, komplett verschiedenen Schilderungen von Sachverhalten, aber immer auch zu Beschimpfungen, zu Gewaltandrohungen oder zumindest Aufkündigung innerlinker Solidarität. Der Streit um Israel und Palästina ist nur zum Teil eine Auseinandersetzung um den dortigen Konflikt, sondern die Austragung eines eigenen kleinen Nahostkonflikts hier in Deutschland (Viola Raheb).

Die Abwehrreaktion ist eindeutig: Viele vermeiden es, sich zu dem Thema zu äußern oder ehrlich ihre Standpunkte mitzuteilen, zu groß ist die Gefahr, einer unerfreulichen Tortur ausgesetzt zu werden.

Solang ich politisch aktiv war und in öffentlichen Debatten und Artikel geschrieben hab, ich fand's absolut belastend und u. a. hab ich die Entscheidung getroffen, also es war eine persönliche, auch aufgrund meiner Lebenssituation, aber auch aufgrund dessen, was da ablief, nicht weiter öffentlich zu dem Thema zu arbeiten. [...] Also, warum sollte man das tun, das ist ja anstrengend ... weil ich da keine Wertschätzung gesehen habe, kein Vorankommen, keine positive Diskussion. (06)

Also ich persönlich habe viel Energie auf den Konflikt verwendet, auf die Auseinandersetzung damit. Da kam relativ wenig Produktives dabei rum, deswegen habe ich überhaupt keinen Nerv mehr, den Konflikt zu führen. In der politischen Arbeit führe ich den Konflikt überhaupt nicht mehr, suche als Betätigungsfelder, wo der Konflikt einfach nicht vorhanden ist. (14)

Es ist zu beachten, dass die in diesem Abschnitt mehrfach zitierten Interviewten 6 & 10 jeweils Personen sind, die dem vermeintlichen Gegenbild der Antideutschen nicht entsprechen, weil sie selbst eben nicht von der Pro-Palästina-Fraktion kommen, sondern sich einer solchen einseitigen Parteinahme bewusst enthalten. Beide sind der Ansicht, dass am Existenzrecht Israels nicht gerüttelt werden darf, sind Kritikerinnen eines deutschen bzw. auch linksdeutschen Antisemitismus, aber eben auch Kritikerinnen der israelischen Politik und ihrer Apologeten. Somit ist es ein Leichtes nachzuvollziehen, wie verhärtet erst die Fronten zwischen den wirklich gänzlich gegensätzlichen Lagern sind, wo es zusätzlich zu den Verletzungen auch noch am bloßen Verstehen des *gemeinten* Sinns der anderen Position mangelt. Das geht so weit, dass der Gegenseite oft mehr unterstellt wird, als dass sich tatsächlich mit ihr auseinandergesetzt würde. Den Antideutschen wird bspw. oft vorgeworfen, sie würden die Deutschen für quasi *genetisch* zum Antisemitismus und völkischer Barbarei prädisponiert halten.<sup>126</sup> Umgekehrt interessieren sich antideutsche AntisemitismuskritikerInnen kaum für die tatsächlichen Motivationen der Antiimperialisten und belassen es bei der Analyse ihrer Ansicht nach »objektiver« ideologischer Strukturen, und unterstellen linken Judenhass. Dies jedoch trifft heute – anders als harsche Israelkritik und strukturelle Anschlussmöglichkeiten – kaum auf linke Akteure zu.

## 4.2 Gewaltakte

Von mehreren Akten massiver körperlicher Gewalt wurde im Zusammenhang mit dem Nahost- und Antisemitismusstreit berichtet. Es ist kaum möglich, diese »wie es wirklich war« zu rekonstruieren. Man kann sich aufgrund der konkurrierenden Erzählungen denken, dass sich der tatsächliche Verlauf von den kolportierten Geschichten aller Seiten unterscheidet. Das hier Berichtete sind entsprechend nur die Vorgänge umreißende Anmerkungen.

Bundesweite Schlagzeilen machten besonders zwei Vorfälle. Bei dem einen kam es zu Handgreiflichkeiten auf einer Demonstration in Hamburg. Der Streitgrund war wohl eine Gruppe von DemonstrantInnen mit israelischen Fahnen. Der Streit drehte sich darum, an welcher Stelle der Demonstration bzw. ob überhaupt eine Teilnahme der Gruppe möglich war. Währenddessen kam es zu handgreiflichen Auseinandersetzungen. Die zweite Begebenheit ist die Berliner »Messer-attacke«. Berichtet wird, dass in Berlin-Kreuzberg während des »Karnevals der Kulturen« am 30.5.04 ein Mitglied einer antideutschen Gruppe von einem anderen Linken mit einem Messer attackiert wurde (Senatsverwaltung für Inneres 2004: 33). Auslöser war möglicherweise, dass der spätere Angreifer von den Antideutschen auf sein T-Shirt mit der Aufschrift »Antizionistische Aktion« angespro-

126 Dies trifft ganz klar auf die elaborierten Ideengebäude der antideutschen Protagonisten nicht zu. In der alltäglichen Auseinandersetzung, wo Floskeln anstatt philosophischer Texte die Diskussion bestimmen, kann jedoch so ein Eindruck entstehen, der aber durch die beiderseitige Kommunikationsunwilligkeit nicht ausgeräumt werden kann.

chen oder als Antisemit beschimpft wurde. Solcherart Aktionen werden besonders der antiimperialistischen RIM (Revolutionary International Movement, in der Bundesrepublik Revolutionäre Kommunisten) angelastet<sup>127</sup>.

Während Messerattacken eine Ausnahme darstellen, wird von kleineren Handgreiflichkeiten oder übergriffigen Situationen zu den verschiedensten Anlässen berichtet. Eine Demonstration von antideutschen Gruppen, die sich gegen die Kreuzberger Bevölkerung richtete, weil man hier im traditionell links und migrantisch geprägten Umfeld einen antizionistischen Konsens und antisemitische Gewalt verortete, musste von der Polizei vor den anrückenden GegendemonstrantInnen geschützt werden (VS NRW 2004: 36). Der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz berichtete, dass auf der pro-palästinensischen Konferenz »Stop the Wall« Antideutsche, die durch Beiträge auffielen, mit körperlicher Gewalt vom Veranstaltungsort entfernt worden seien (ebd. 37). Von vergleichbaren Handgreiflichkeiten wird auch aus anderen Städten berichtet (VS NRW 2004: 35). Der antideutschen Georg-Weerth-Gesellschaft sei im Detmolder autonomen Zentrum Alte Pauline Hausverbot erteilt worden. Daraufhin sei es zu »tätlichen Auseinandersetzungen« (ebd.) gekommen. Aus Frankfurt gibt es Berichte über zwei Schlägereien, die in der Stadt viel diskutiert wurden. So kam es im Infoladen Exzess zu gegenseitigen Beschimpfungen und einer Schlägerei, die sich wohl entspann, als Anwesende als Mossad-Mitglieder bezeichnet wurden und sich im Gegenzug wiederum für Gewaltakte der israelischen Armee aussprachen. Ausgangspunkt der anderen Begebenheit im alternativen Szenetreff »Au«, einem besetzten Haus mit Kneipe, wo gelegentlich Veranstaltungen stattfinden, war ein Graffito (wohl ein Davidstern und der Schriftzug »Save Israel«). Zwischen dessen Urheber und anderen kam es zu einer Schlägerei. Die wiederholten Handgreiflichkeiten waren Thema von Diskussionsveranstaltungen, die auf so großes Interesse stießen, dass nicht alle Interessierten in den Veranstaltungsort passten, sondern auch Ausgangspunkt einer Verwerfung im Projekt »Au« selbst. Noch heute sind die BewohnerInnen zerstritten, ob die Gewaltakte gegen die Antideutschen Ausgangspunkt für Reflexion und Selbstkritik sein sollten oder in Ordnung waren. Eine Bewohnerin der gewaltablehnenden Fraktion, berichtet:

Also wir, wir fanden das überhaupt nicht gut, dass es so lief. Wir haben Plenum gemacht dazu ... Und seither ist praktisch das Haus gespalten. ... Und wir haben auch 'n Papier dazu geschrieben, zu der Sache. Und die andere Seite vom Haus, die da beteiligt war, die hatten das aber weiter aufrechterhalten. Wenn diese Leute das Haus betreten [lacht], kriegen sie wieder eine aufs Maul. Und die haben gesagt, wir wollen das nicht. Wir wollen die auch einladen zu Diskussionen.<sup>128</sup>

127 Die VS-Berichte erwähnen den Vorfall. Für eine antideutscher Sicht vgl. <http://www.nadir.org/nadir/initiativ/aanb/aano.html> [9.2.06]. Auf verschiedenen antideutschen Internetseiten, wird der RIM zusätzlich noch ein Überfall mit Baseballschlägern und Messern auf eine Veranstaltung der *Bahamas*-Redaktion in Neukölln vorgeworfen, bei dem neben Sachschaden eine Person verletzt worden sein soll.

128 Aus Anonymisierungsgründen ohne Interviewnummer.

Die zwei Parteien haben den Kontakt im gemeinsamen Hausprojekt auf ein Minimum reduziert und führen keine Veranstaltungen mehr durch. Wie auch anderswo sind WGs innerhalb des Hauses an diesem Streit zerbrochen.

Auffällig ist zunächst, dass die berichteten Akte *physischer* Gewalt höchstwahrscheinlich nicht von Antideutschen ausgingen. Es gibt zwar viele Erzählungen, in denen Antideutsche als Gewaltopfer dargestellt werden, aber kaum Schilderungen, in denen Antideutsche selbst des physischen Angriffs beschuldigt wurden (Ausnahme: eine der Versionen zum Hamburger Fahnenstreit, vgl. Kap. VI.4.4.). Dies heißt nicht, dass sie keinerlei Schuld am Zustandekommen der Gewaltdynamik trifft, wohl aber, dass sie eher nicht zum direkten Einsatz körperlicher Gewalt neigen, während dies militanten traditionellen Autonomen oder Anti-imperialisten nicht so fern liegt. Andererseits wird aber auch das Auftreten von Antideutschen als massive Gewalt empfunden, die allerdings mehr auf psychischem Druck basiert. Dabei entstehen Verletzungen auf zwei Ebenen. Sowohl der Angriff Antideutscher auf die eigene linke Identität als auch die auf absolutes Unverständnis treffende Israelapologie führen häufig zu Abwendung und Diskussionsverweigerung.

### 4.3 Spaltungen und Revierbegrenzungen

Die Heftigkeit der Diskussion und ihre Bedeutung für die politische Identität im Lager der radikalen Linken führen dazu, dass in der Hälfte der Interviews von Spaltungsprozessen wegen der Nahost- und Antisemitismuskussion die Rede ist. Diese Tendenzen betreffen verschiedene Ebenen und es beginnt bei der persönlichen. Vielfach sind Freundschaften oder Wohngemeinschaften zerbrochen. Die wichtigere Ebene ist wohl die der politischen Strukturen. Vielfach wird berichtet, dass politische Gruppen und Projekte sich entlang dieser Konfliktlinie spalten. Die Aufsehen erregendsten Fälle war das Auseinanderbrechen der Göttinger Antifa [M] und der Antifaschistischen Aktion Berlin, zwei der größten und über ihre Städte hinaus einflussreichen Antifa-Gruppen. Beide Trennungen hängen nicht ausschließlich, aber auch mit der Nahostdiskussion zusammen. Ein Redakteur der Zeitschrift *Phase II* berichtet, dass die Redaktion überlegt habe, eine Ausgabe über diesen Streit mit einem symbolträchtigen Titelbild zu versehen. Geplant war die Abbildung eines Adressbuches mit lauter herausgestrichenen Namen. Selbst von Gruppen wie den Berlinern von fels, die schon lange und kontinuierlich mit explizit undogmatischem Anspruch zusammenarbeiten, werden solche Tendenzen berichtet. Die vorhandene Vertrauensbasis führte im Falle von fels aber dazu, dass die Gruppe trotz harter Auseinandersetzung und sehr divergierender Meinungen bestehen blieb, wenn sich auch einzelne Mitglieder verabschiedeten. Gleiches berichtete auch die Vertreterin von Linksruck, in diesem Fall allerdings, weil deren Linie ziemlich klar und eindeutig pro-palästinensisch ist und für grundsätzliche Zweifel an der politischen Linie in dieser trotzkistischen Organisation kein Platz ist. Dies bedeutet, dass die Haltung zum Israel-Palästina-

Antisemitismustreit für einige linke Organisationen trotz Übereinstimmung in anderen Fragen über die Möglichkeit der Mitgliedschaft entscheiden kann. Diese Spaltungsprozesse führten aber gleichzeitig zu einer gewissen »Flurbereinigung«. Viele berichten, dass die Diskussion ab etwa 2004 etwas an Schärfe verloren habe, der Höhepunkt der Auseinandersetzungen also überschritten und die Trennung der verfeindeten Parteien weit fortgeschritten sei. Wichtige Treffpunkte für die radikale Linke sind Infoläden. Und so gibt es in den größeren Städten denn auch eher antideutsch orientierte Infoläden und eher antinationale oder traditionell antiimperialistisch-autonom orientierte. Dies ist jedoch nicht in allen Fällen eine Folge der Auseinandersetzungen der letzten Jahre.

#### 4.4 Identifikation und Emotion

Eine Voraussetzung dieser aggressiven, verletzenden und hochemotionalen Diskussion sind das Maß an starker Identifikation mit den Konfliktparteien im Nahen Osten (Ullrich 2008a) und die emotionale Besetzung der zugehörigen Symboliken, sowie deren *zusätzliche* Aufladung mit Bedeutungen, die nicht mit dem Nahostkonflikt selbst, sondern nur mit der innerlinken Diskussion zu tun haben. Auffälligstes Merkmal der Identifikation ist die Übernahme von Symbolik der nahöstlichen Konfliktparteien (bei gleichzeitiger expliziter Positionierung für die jeweilige Seite).

VertreterInnen antideutscher Strömungen begannen in den letzten Jahren sich mit einem neuen Erkennungssymbol zu präsentieren. Vor allem Israelfahnen und Flaggen der Alliierten des Zweiten Weltkrieges waren nun immer präsent, wo antideutsche und antideutsch beeinflusste Linksradikale demonstrierten. Die Fahnen sind immer wieder Anlass für Auseinandersetzungen. Die Verwendung der Flaggen der Alliierten entspricht im Prinzip dem »Bomber-Harris, do it again!«, das schon Mitte der neunziger Jahre gefordert wurde. Neu war die so deutlich gezeigte Solidarität mit Israel in Form der israelischen Flagge. Die Reaktionen auf diese Symbolik sind heftig.

Weiter oben wurden die Handgreiflichkeiten auf einer antifaschistischen Demonstration in Hamburg am 31.1.2004 bereits erwähnt. Anlass der Gewalttätigkeiten war die Berliner Gruppe Kritik und Praxis. Aus ihrer Sicht wurden sie beim Auftauchen auf der Demo wegen ihrer Fahnen und Transparente sofort beschimpft und angegriffen. Die Gegenseite hingegen sieht es eher so, dass Leute mit Israelfahnen sich an die Spitze der Demonstration drängen wollten, obwohl es eine Abmachung gab, dass keine Nationalfahnen auf der Demonstration mitgeführt werden sollten, und mit ihren Fahnen auf die Demo einschlugen. Auf *indymedia* kann man die grundverschiedenen Augenzeugenberichte und Meinungen nachlesen.<sup>129</sup> Ein Standardrepertoire an Vorwürfen und Gegenvorwürfen kommt hier zutage.

129 <http://de.indymedia.org/2004/02/74754.shtml>, <http://de.indymedia.org/2004/02/73389.shtml>, <http://de.indymedia.org/2004/02/75183.shtml> [13.02.2006].

Gegen die antideutsche Seite richtet sich der Vorwurf des Nationalismus (wegen der Israelverherrlichung), des Rassismus (wegen der Zuschreibungen an die Palästinenser bzw. die Deutschen), ferner Vorwürfe des Spaltens der Linken und des Dogmatismus. Auch wurden die Antideutschen – wohl in Karikierung der antideutschen Idealisierung von Hedonismus, Luxus und Individualität, als Millionärssöhnchen bezeichnet. Dazu kommt noch die Annahme, dass die Antideutschen mit ihrem Auftreten geradezu Gewalttätigkeiten provozieren wollten, um sich hinterher als Opfer stilisieren zu können.

Die antideutschen Gruppen hingegen deuten das Ganze als zum Ausbruch gekommenen antisemitischen oder anti-israelischen Hass, der durch die Fahnen nur abgerufen worden sei. Ferner werfen sie den anderen Linken verschwörungstheoretische Welterklärungsmodelle, hemmungslose Personalisierungen abstrakter gesellschaftlicher Verhältnisse sowie das Verbreiten »aberwitziger Szene-Gerüchte« vor. Die pro-israelische Weltsicht kommt in einer Erklärung zum Ausdruck, die nach den Vorfällen von einigen antideutschen Gruppen veröffentlicht wurde. Denn in diesem Aufruf ist es eine nicht weiter zu hinterfragende Basisbanalität – so der Titel –, dass »mit dem Angriff auf die Israel-Fahne [...] nicht die ›antideutschen Provokateure‹, sondern Israel direkt gemeint«<sup>130</sup> war. Die Nichtakzeptanz der Israelflagge wird als Aktualisierung von Antizionismus und Antisemitismus verstanden. Diese Argumentation kann erst einmal weder bestätigt noch widerlegt werden. Nötig ist aber zumindest eine Ergänzung. Die Argumentation, dass das Auftauchen *der Flagge selbst* Auslöser sei, ist sicher berechtigt, wenn man sich die Auseinandersetzungen anschaut. Doch steht die Flagge eben symbolisch mittlerweile in der linken Auseinandersetzung nicht mehr nur für Israel, sondern ebenso für die Strömung der Antideutschen und alles, was zu dieser Strömung gehört bzw. gezählt wird. Das heißt, die Israelfahne und andere antideutsche Marker stehen auch für die Unterstützung der US-Kriege und für den desolaten Zustand der radikalen Linken, der mit den Antideutschen in Verbindung gebracht wird. Auch diese Bedeutungsebenen können Ablehnung motivieren, wie Interviews berichten.

Die Fahndiskussion zeigt beispielhaft die Funktionsweise der gesamten Auseinandersetzung. Akteure, die diese für wichtig halten, reagieren in der Regel auf bestimmte Reizsymbole, die auch beileibe nicht so offensichtlicher Natur sein müssen wie eine Gruppe mit israelischen Fahnen. Wenn es möglich ist, einen Reiz innerhalb des jeweiligen Wahrnehmungsmusters zu interpretieren, wird ein Automatismus ausgelöst, der die weitere Entwicklung determiniert, ohne eine *ergebnisoffene* Auseinandersetzung zuzulassen. Dies spiegelt sich auch in der sehr stereotypen und oft fast wahnwitzig anmutenden gegenseitigen Fehlwahrnehmung, in der regelmäßig die Grenze zwischen Faktenbericht, Meinung, Polemik und Denunziation verschwimmt.

130 Basisbanalitäten, CEE IEH #109 (2004), online: <http://www.conne-island.de/nf/109/27.html> [13.02.2004]



Etwas anders gestaltet sich die Situation beim »Gegenstück« zur Israelfahne, der Kuffijah. Die Kuffijah ist das in vielen arabischen Ländern übliche Kopf- und Halstuch, das durch die PLO-Fedayyin und den langjährigen PLO-Vorsitzenden und ersten palästinensischen Präsidenten Arafat zum Symbol des palästinensischen Kampfes gegen die Besatzung wurde. Während es als solches Symbol von der Linken aufgenommen wurde, ist es über die Jahre in den Grundkanon linken Distinktionsgehaltens übergegangen und hat einen Bedeutungswandel zum generellen linken Symbol erfahren. Zudem gehörte es zum Standard-Kleidungsreertoire im (nicht nur linken) Alternativmilieu, in der Indie-Szene, bei Punks, Gruf-tis, Autonomen und teilweise auch bei »stinknormalen« Leuten. Doch nicht zuletzt der gebräuchliche deutsche Name (»Palituch«) hält die Assoziation an die Herkunft wach. Im Zuge der sich verschärfenden Antisemitismusk Diskussionen und der sich zuspitzenden Rezeption der palästinensischen Intifada durch pro-israelische Linke als antisemitische Erhebung kam es zu Anti-Kuffijah-Kampagnen. Begründet wurde dieses Engagement mit der durch das Tuch wachgerufenen Verbindung zu den Selbstmordattentaten palästinensischer TerroristInnen. Flugblätter mit dem Titel »Coole Kids tragen kein Palituch« kursierten. Es gibt Orte, an denen das Tragen einer Kuffijah nicht toleriert wird, wie das Alternative Jugendzentrum Conne Island in Leipzig, einer Hochburg der antideutschen Linken. Das Tuch stelle das offizielle Symbol des »Kampfes gegen Israel« dar, so die Begründung.

Identifikation mit Israel und emotionale Besetzung bspw. Israels<sup>131</sup> sind jedoch nicht ausschließlich bei den Antideutschen anzutreffen. Verschiedene linke und linksliberale Intellektuelle sind in der Geschichte der Bundesrepublik mit Israelbegeisterung hervorgetreten. Selbst Israel kritischer gegenüberstehende Linke können trotzdem dazu tendieren, dem Land einen ganz besonderen Status zuzumessen.

[Die Möglichkeit für Jüdinnen und Juden immer nach Israel gehen zu können] ist einfach **richtig**, so. Es ist 'ne, das ist was, was aus der Geschichte entstanden ist, so wie andere Dinge auch, und von daher muss das auch auf ewig so bleiben. (05)

Also Israel – das ist ein Faszinosum. (26)

Die Identifikation einiger antideutscher Akteure geht so weit, dass sogar gemäßigte Antideutsche die Positionen der Hardliner als Zumutung empfinden, wie der Redakteur der *Phase II*, der solche Zuspitzungen der antideutschen Positionen als übertrieben kritisiert:

Es ist uns klar, dass es eine antideutsche Hardlinerposition gibt, die mit Israel identitäre Politik betreibt, d. h., die sich unter Fahnen sammeln, die so eine Art paternalistische Politikberatung mit Israel betreiben, indem sie halt den Linken

131 Die Begriffe wurden gewählt, weil eine rein strategische Verwendung der Israelfahnen mittlerweile ausgeschlossen werden kann. Mit der Verwendung der Symbolik geht i. d. R. eine Positionierung als UnterstützerIn Israels und eine Verklärung der israelischen Politik einher.

dort vorwerfen, sie würden Israel gefährden, also auch so eine Position vertreten, man dürfe nicht verhandeln mit den Palästinensern, das wäre eine Gefährdung. [...] Und das ist eine Position, die wir nicht teilen, aber wo wir in einem Dilemma sind, wenn solche Leute auf Demos auftauchen mit ihren Fahnen oder wenn sie Solidarität einfordern in einer relativ platten Art und Weise, dass sie trotzdem Antisemitismus und Antizionismus abrufen, also sowohl von der Linken als auch von der Gesellschaft

[...] Ein Teil der identitären antideutschen Position ist schon ein bisschen ekelig, wo man sich ein bisschen in die Opferrolle hinein halluziniert. (03)

Selbst diesen recht Wohlgesinnte konstatieren bei einem Teil der Antideutschen, dass die Solidarität mit Israel in einen identitären Philosemitismus umgeschlagen sei und dass die Antideutschen Positionen einnehmen, mit denen sie durch Forderungen an Israel bzw. durch Einnahme von Positionen Israels die Trennlinie zwischen sich und dem Identifikationsobjekt verschwimmen ließen bzw. selbst als die Bedrohten erschienen, für deren angebliche Interessen sie mit so viel Verve eintreten. Die palästinensische Seite hingegen ist heute weit weniger präsent als Objekt solcher Identifikationen, als dies in den sechziger bis achtziger Jahren der Fall war. Natürlich ist dies in der Palästina-Soli-Szene und auch bei linken Gruppierungen nicht plötzlich verschwunden. Dafür sprechen nicht zuletzt die berichteten Gewalttätigkeiten gegen pro-israelische Kräfte, die zeigen, dass sich auch hier dem Thema keineswegs kühl und abgeklärt gewidmet wird.

## **5 Bilder des Konflikts**

Wenn man die linke Metadebatte verlässt, bleibt die Frage offen, wie der Konflikt selbst gedeutet wird. Die Sichtweisen sollen im Folgenden typisiert werden. Die Gruppen/Konfliktparteien, über die Bilder auftreten, sind zunächst die PalästinenserInnen, Israel und die Israelis, sowie AraberInnen und Islam. Einige Befragte schließlich deuten den Konflikt zusätzlich hinsichtlich seiner Beteiligten aus anderen Ländern, insbesondere den USA oder hinsichtlich seiner Bedeutung für das Völkerrecht.

### **5.1 Die PalästinenserInnen und »Palästina«**

In diesem Abschnitt werden Äußerungen untersucht, die sich auf die PalästinenserInnen beziehen (vorrangig Formulierungen à la »Die Palästinenser sind...«, »in Palästina herrscht...« usw.). Diese werden in den meisten Interviews erwähnt. Sie tauchen in bestimmten Kontexten auf, die das Bild von ihnen bestimmen. Diese Fundstellen lassen sich grundsätzlich drei Gruppen zuordnen. Es gibt positive, gelegentlich idealisierende Schilderungen der PalästinenserInnen; es gibt Äußerungen von Kritik und Distanzierungen, und Darstellungen der PalästinenserInnen als Opfer und Leidende – dies ist die quantitativ bedeutendste Kategorie.

Die positiven Äußerungen über PalästinenserInnen beziehen sich meist auf die Vergangenheit, in der eine internationalistische deutsche Linke sich noch intensiv mit dem Thema Palästina beschäftigte und es auch tatsächliche Verbindungen zwischen deutschen Linken und palästinensischen Gruppierungen gab. Die wenigen Äußerungen über PalästinenserInnen in einem positiven Zusammenhang, die sich aufs Heute beziehen, gehen in eine ähnliche Richtung. Dabei wird der Kampf gegen die israelische Besatzung in den Kontext weltweiter Kämpfe wie bspw. der Globalisierungskritik gerückt oder es wird erwähnt, dass die palästinensische Gesellschaft trotz aller Kritik immer noch die laizistischste der nahöstlichen Gesellschaften sei und immer wieder auch Basisorganisationen, Frauengruppen usw. hervorbringe. Doch auch diese Äußerungen erfolgen nur von Linken, die noch stark vom traditionellen linken antiimperialistischen Internationalismus geprägt sind. Dem gegenüber stehen Äußerungen, die wie auf der israelischen »Seite« auch bei den PalästinenserInnen das Fehlen von Akteuren beklagen, auf die man sich positiv beziehen könnte. Beklagt werden auch Entwicklungen innerhalb der palästinensischen Autonomiebehörde und der palästinensischen Zivilgesellschaft, die linken Wertevorstellungen entgegenstehen – im Übrigen auch von jenen internationalistischen Linken, von denen es auch positive Äußerungen über die PalästinenserInnen gab. Kritisiert werden die Selbstmordattentate, der Autoritarismus und die Menschenrechtsverletzungen der palästinensischen Behörden sowie der islamistische Antisemitismus. Die weitaus meisten Fundstellen lassen die PalästinenserInnen jedoch als Opfer erscheinen. Insbesondere gelten sie als Opfer des israelischen Besatzungsregimes, als Opfer innerisraelischen Rassismus, als Leidende und Verzweifelte, denen der Zugang zu Land, Wasser und Bildung verwehrt und mit dem Bau der Mauer Bewegungsfreiheit genommen wird. Doch auch wenn dies dominiert, wird die Schuld an dieser Situation nicht nur Israel attribuiert. Die antideutschen und antideutsch beeinflussten Befragten bspw. erkennen alle auch begrenzt palästinensisches Leid an. Sie attribuieren aber entweder keine Schuld oder suchen diese eher bei den anderen arabischen Ländern und dem Islamismus bzw. islamisierten Antisemitismus. Für die erste Position steht der Vertreter der *Phase II*:

Wir wissen, dass es diese Ungerechtigkeit gibt, wir wissen um die schwere Lebensrealität in Palästina, das ist offensichtlich, wie dort Wasserpolitik betrieben wird, dass es da eine Menge Ungerechtigkeiten und repressive Politik gibt, aber wie gesagt: der Zugang zu dem Thema ist die politische Wirklichkeit hier. (03)

Seine Gruppe beschäftigt sich mit dem Nahostkonflikt nur wegen seiner Implikationen im deutschen Diskurs, also wegen der von ihnen attestierten Begleiterscheinungen der Nahostdebatte – dem Wachrufen von Antisemitismus in Deutschland. Sie interessieren sich jedoch nicht für den Konflikt und die beteiligten Parteien im dortigen, nahöstlichen Kontext und verweigern bspw. eine direkte Schuldattribuierung (also die Beantwortung der Frage, wer die Wasserknappheit

verursacht). Eine solche nimmt aber ein anderer Antideutscher mit pro-israelischer Orientierung vor:

Also die Palästinenser sind in meinen Augen- leiden unter Antisemiten. ... Also, es gibt ein schönes Zitat von einem ... arabischen Schriftsteller... Der sagt sinngemäß: Die Arabische Liga ... kämpft so lange gegen Israel bis zum letzten Palästinenser. Also ich sehe das schon so, dass die Palästinenser in dem Konflikt eher als Opfer zu betrachten sind; allerdings als Opfer von Antisemiten wie z. B. von der Hamas, die halt wirklich die Leute da verheizen, die die Leute aufwiegeln und verheizen, oder auch von Muslim-Brüdern, oder der-. Als Beispiel nehme ich jetzt mal raus, es gibt ja diese Flüchtlingslager, an der Grenze zu Jordanien usw., die werden ja ganz bewusst nicht aufgelöst, sondern die Leute müssen weiterhin in diesen Flüchtlingslagern, in Anführungszeichen, leben. Mittlerweile seit 50 Jahren. ... Man hätte die Leute auch einfach aufnehmen können. ... Israel hat auch 600 000 Flüchtlinge aufgenommen damals. Aber stattdessen war es politischer Wille, diese Flüchtlingslager aufrechtzuerhalten als Faustpfand gegen Israel, um ein Argument zu haben. (14)

Zwei Akteure werden als Schuldige an der Lage der PalästinenserInnen benannt: die anderen arabischen Länder, welche die palästinensischen Flüchtlinge als Faustpfand gegen Israel benutzen, anstatt sie zu integrieren und der Antisemitismus der Islamisten für den PalästinenserInnen »verheizt« werden. Israel hingegen wird von ihm in Schutz genommen und als besser als die arabischen Staaten gedeutet, da es im Gegensatz zu diesen ja Flüchtlinge aufgenommen habe. Israel wird somit zwischen den Zeilen von Schuld am Konflikt freigesprochen.

Was in diesen Zitaten besonders deutlich wird, gilt für viele Interviews. Die PalästinenserInnen erscheinen eher als unterdrückte, passive Objekte, denn als handelnde Subjekte. Die Ausnahme in diesem Bild sind jedoch die palästinensischen SelbstmordattentäterInnen.

## **5.2 Islam, Islamismus, Selbstmordattentate**

Diese Themen werden angesprochen im Kontext eines allgemeinen Diskurses über den Islam und den Islamismus. Zeitgleich mit dem Aufkommen des Themas in der allgemeinen politischen Öffentlichkeit nach den Anschlägen des 11. 9. 2001 wurde auch in der Linken über den Themenkomplex Islam/ Islamismus/islamistischer Terrorismus diskutiert. Insbesondere antideutsche oder antideutsch beeinflusste linksradikale Akteure machten diese Themen zu ihrem Anliegen. Ohne Zweifel finden dieser Diskurs und die ihn auslösenden Ereignisse ihren Ausdruck in der Reserviertheit einiger linker Akteure den PalästinenserInnen gegenüber, und dies trägt zu dem Bild von Palästina bei, in dem außer versprengten Frauengruppen keine positiven Bezugspunkte mehr gesehen werden. Eine besondere Relevanz erhält der Themenkomplex für deutsche Linke, weil er fast immer in Zusammenhang mit dem Thema Antisemitismus gesehen wird. Und während in der Palästina-Soli-Szene das Thema arabischer/islamischer Antisemitismus gelegent-

lich wortspielerisch wegdefiniert wird,<sup>132</sup> wird es für einige Antideutsche zum Dreh- und Angelpunkt der Beschäftigung mit der derzeitigen arabischen Welt. Insbesondere Matthias Küntzel hat sich immer wieder in diese Richtung positioniert (Küntzel 2003).

Ein Journalist und Kritiker der Antideutschen sieht Positionen,

die sagen, wir dürfen jetzt im Grunde nicht mal jetzt die Politik, die Sharon zu gehen scheint [Gaza-Abzug, P. U.], gutheißen, weil im Grunde die Existenz eines palästinensischen Staates nichts anderes bedeutet, als dem Antisemitismus einen weiteren Nationalstaat als Grundlage zu geben. Also das sind ja im Grunde militaristische Positionen, die sogar hinter der realen Politik Sharons und Israels zurückbleiben und sozusagen auf einen Siedlerfundamentalismus zusammenschrumpfen. (22)

Der Vertreter der antideutschen Hardcore-Fraktion sieht dementsprechend eine ideologische Einheit der PalästinenserInnen und des Islamismus, samt AntiimperialistInnen und der globalisierungskritischen Bewegung.

Es ist der Versuch mit den kämpfenden Völkern dieser Welt, allen voran mal den Palästinensern oder den Islamisten, so eine Art von informeller Gegenhegemonie gegen die USA aufzubauen. (16)

Man muss zum Verständnis dieses Zitats wissen, dass die »kämpfenden Völker« für den Interviewten etwas eindeutig Negatives sind, während sich auf die USA affirmativ bezogen wird. Die den Antideutschen im Gegensatz zur restlichen Linken als Garant wenigstens bürgerlicher Freiheit geltenden USA werden hier als Gegenstück zu Regression und Barbarei der antisemitisch-islamistischen Ideologie positioniert. Dabei besteht in der Linken eine grundsätzliche Einigkeit und kaum Diskussionsbedarf über die Ablehnung des Islamismus und der besonders mit diesem assoziierten Selbstmordattentate. Keiner der Befragten sprach sich – trotz der Heterogenität des Samples – für Attentate aus oder gestand diesen Legitimität zu. Von der Existenz solcher Positionen wurde lediglich berichtet – jedoch meist ohne konkret Akteure zuordnen zu können.<sup>133</sup> Es gibt diesbezüglich drei auf den ersten Blick nicht so grundverschiedene Positionen. Die eine ist die *ethisch-moralische Ablehnung* der Selbstmordattentate. Die zweite Position besteht im Wesentlichen darin, die grundsätzliche moralische Ablehnung um den Versuch des Verstehens bzw. Erklärens, wie es dazu kommen könne, zu ergänzen, während die dritte auf die Ablehnung von Attentaten gegen Zivilisten begrenzt ist. So beur-

132 Gerade bei PalästinenserInnen beliebt ist die Aussage, dass man ja nicht antisemitisch sein könne, weil man selbst ein Semit sei. Soetwas findet sich aber auch in linksdeutschen Äußerungen (bspw. Marxistische Blätter 4-01: 3); weitere Beispiele bei Gerber (2003: 255), Weiß (2005: 232) und Ullrich (2005: 21).

133 Die direkte Unterstützung auch militanten Widerstands für »nationale Selbstbestimmung« gab es in den letzten Jahren eher in Bezug auf den Irak. Traditionelle AntiimperialistInnen, in Deutschland bspw. vertreten durch das Heidelberger Antikriegsforum, auch unterstützt von anderen antiimperialistischen Gruppen, starteten die Kampagne »10 Euro für den irakischen Widerstand«, der vielfach vorgehalten wurde, auch für Attentate Unterstützung zu geben. Neben sehr harscher Kritik von Antideutschen distanzieren sich auch Organisationen der Friedensbewegung und gemäßigte AntiimperialistInnen von der Kampagne.

teilt der DKP-Vertreter (Int. 11) Attentate gegen Zivilisten als »barbarisch«, hält aber militärischen Widerstand gegen Besatzungssoldaten für legitim. Ein Linkspartei.PDS-Funktionär verweist auf die Gewaltspirale und die »Lebensbedingungen«, unter denen PalästinenserInnen zu »verzweifelte[n] Aktionen greifen«. Eine andere Befragte beklagt, dass über diese Ursachen der Attentate zu wenig geredet werde, und ein Befragter verweist auf die Komplexität der Situation, die dadurch entsteht, dass die islamistischen Organisationen sich zeitgleich auch als karitative Einrichtungen betätigen und somit zu legitimieren versuchen.

### 5.3 Israel und die Israelis

Meinungen und Ansichten über Israel und die Israelis nehmen anders als in der britischen Teilstudie einen großen Raum ein und sind deutlich detaillierter als die über die PalästinenserInnen und Palästina. Der Staat Israel (und mit ihm die Israelis) erscheint dabei als Aggressor und Besatzer, als Folge der Shoah, als Schutz für Jüdinnen und Juden im Kontext des derzeitigen Antisemitismus, als ein Faszinosum und ein Land, zu dem für Deutsche eine spezifische Beziehung besteht sowie als fragmentierte und intern problemreiche Gesellschaft.

Eine große Zahl von Äußerungen fasst Israel vorrangig als den Staat, der die Palästinensergebiete okkupiert hält und für die miserable Lage der dortigen Bevölkerung (mit) verantwortlich zeichnet. Dabei muss aber zwischen moderater und abwägender Kritik sowie harschen Anklagen unterschieden werden. In die Kritik gerät Israel insbesondere wegen der Besatzung, inkl. des Baus der Mauer, seiner ungerechten Wasserpolitik, der Abriegelungen der Autonomiegebiete, Völkerrechtsverletzungen, Zerstörung palästinensischen Besitzes und palästinensischer Infrastruktur (Olive[n]bäume, Häuser), aber auch wegen eines attestierten Rassismus im Inneren (Ungleichbehandlung der arabischen Israelis). Zu diesen konkreten Anschuldigungen treten generellere, die dem Nahostkonflikt und der israelischen Politik eine besondere Stellung zuweisen. Das heißt, gelegentlich wird Israel als »rassistischer Staat«, als »Kolonialregime« oder als »Apartheidstaat« bezeichnet. Eine Negativdeutung israelischer Politik wie die folgende ist die Ausnahme:

Aber gut, weil wirklich die israelische Politik systematisch die Existenz der palästinensischen Gesellschaft als Gesellschaft angreift. Das ist mehr als eine spezifische oder rassistische oder diskriminierende Politik ... Es geht nicht um Holocaust, die physische Vernichtung, sondern Vernichtung der palästinensischen Gesellschaft **als Gesellschaft**. Deswegen ist es ein Sonderfall, nicht einfach vergleichbar mit irgendeinem Konflikt ... Es zeigt, wie die Geschichte einfach irrsinnig ist. (19)

Doch trotz dieser unmissverständlichen Kritik am israelischen Vorgehen, die eine Systematik der Zerstörung der palästinensischen Gesellschaft durch Israel attestiert, ist der Urheber des Zitats überzeugt, dass Israelkritik von Deutschland aus mit Vorsicht zu behandeln ist, da die Gefahr besteht, dass die Kritik am jüdischen

Staat zum Vehikel antisemitischer Bedürfnisse wird. Genau deswegen gehörte er auch zu denjenigen, die innerhalb von Attac die Antisemitismuskritik mit angestoßen haben und die vor Gefahren des Antisemitismus in der Globalisierungskritik warnen. Dieses Beispiel zeigt eine der Zwischenpositionen, welche die Nahostdebatten hervorgebracht haben, in diesem Fall eine, wo radikale Kritik an Israel auch mit einer radikalen Kritik der Gefahren linken Antisemitismus einhergeht. Die Ursache für diese Sensibilität für das Thema Antisemitismus einerseits und andererseits die Zurückhaltung mit öffentlicher Kritik an Israel, obwohl man dessen Politik zutiefst verabscheut, liegt im grundlegenden deutschen Framing Israels als Folge und Lehre aus dem Nationalsozialismus und der Shoah. In vielen Interviews wird hervorgehoben, dass die Existenz des Staates Israel eine direkte Konsequenz aus den deutschen Verbrechen der NS-Zeit darstelle. Israel gilt als Zufluchtsort für Juden weltweit, die von Antisemitismus bedroht waren und sind. Und dies erkennen i. d. R. auch diejenigen an, die Israel gegenüber sehr kritisch sind. Dies wird sehr oft als grundlegende Ambivalenz, wie im folgenden Zitat, dargestellt.

Israel war natürlich als Gesellschaft oder als sich organisierende Gesellschaft trotz aller rassistischen, chauvinistischen, kolonialistischen Momente auch immer Zufluchtsort. Das, finde ich, darf man nicht vergessen. (13)

Die Ambivalenz, die in dieser Einschätzung zum Tragen kommt, wird klar, wenn man sich verdeutlicht, welche stark negative, aber trotzdem hohe Bedeutung Schlagworten wie »Rassismus«, »Chauvinismus« und »Kolonialismus« im linken Denken typischerweise zukommt. Doch es besteht eben eine Sensibilität für die andere Seite, dafür, dass gerade Jüdinnen und Juden auch Opfer waren und sind und dass der Staat Israel diesen potenziellen Schutz bietet. Noch eine wichtige Aussage ist dem Zitat zu entnehmen. Die Einsicht, dass Israel auch Zufluchtsort ist, ist im Bewusstsein deutscher Linker nicht immer so verbreitet gewesen. Dass das heutige, weniger manichäische Bild des Nahostkonflikts inzwischen auch bei traditionell geprägten AntiimperialistInnen existiert, ist eine Folge der verschiedenen innerlinken Diskussionen zum Thema seit den achtziger Jahren.

Die stark betonte Verknüpfung von NS-Massenmord, heutigem Antisemitismus und dem Staat Israel führt so weit, dass selbst prinzipiell antistaatlich eingestellte Linke Israel eine gewisse Sonderposition zubilligen und Israels Staatlichkeit als Einzige weltweit nicht kritisieren. Falsch wäre es allerdings, Positionen, die sich für Israel stark machen, nur im antideutschen Lager zu vermuten, wie die nächste Interviewte zeigt, die selbst den Antideutschen sehr kritisch gegenübersteht.

Diese Möglichkeit- also ich weiß das aus meinem eigenen Bekanntenkreis-, diese Möglichkeit, nach Israel zu gehen, ist so was von wichtig. So, und das weiß ich einfach, und da krittel' ich auch nicht dran rum, dass das übertrieben ist oder irgendwie so was, sondern ich fühl' das, dass das richtig so ist. Das ist einfach richtig, so. Es ist 'ne, das ist was, was aus der Geschichte entstanden

ist, so wie andere Dinge auch, und von daher muss das auch auf ewig so bleiben. (05)

Interessant ist hier die, auch durch die nachdrückliche Betonung noch einmal deutlich werdende Emotionalität und die Hypostasierung Israels zur überhistorischen Notwendigkeit. Solcherart Positionen finden sich gelegentlich, sind aber keinesfalls Ausdruck eines linken Mainstreams. Denn ihnen entgegenstehen solche, die die Verknüpfung Israels mit der Shoah als Last verstehen, wenn es um das Verständnis des Nahostkonflikts geht.

Das ist aber auch eine ideologische Frage, weil, ich glaub viele von denen sehen den Konflikt, den es heute in Israel und Palästina gibt, ausschließlich aus einer deutschen Perspektive, die dann natürlich ausschließlich den Holocaust mit einbezieht und einbeziehen muss, und da hab ich einfach eine andere Meinung zu. Man kann die Perspektive haben, aber ich fand's eben sehr ausschließlich, also meine Erfahrung war, dass die Menschen, u. a. zähle ich mich da auch dazu, die klar versucht haben, den Konflikt auch aus der regionalen Konfliktlage zu begreifen, dass es dann sehr schwierig war, weil du dann immer sehr schnell den Vorwurf hattest, nicht nach dem Antisemitismus zu gucken und die Shoah zu vernachlässigen. (06)

In diesem Zitat kommt ein Unbehagen zum Ausdruck, dass der Konflikt in Deutschland zu wenig in der Bedeutung gesehen werde, die er für die Beteiligten vor Ort hat. Die Bedeutung der Shoah für Deutsche in moralischer, emotionaler, politisch-kultureller Hinsicht wirkt in dieser Auffassung als übermächtiger Störfaktor, der Möglichkeiten des Verständnisses für die direkt am Konflikt Beteiligten auch verbaut. Insgesamt dominiert ein »Israel ja, aber...«:

Der Staat Israel, der ist nicht nur der Staat der Verfolgten des Naziregimes, sondern ... auch ein kolonialistischer Staat, ein kapitalistischer Staat, der ... auch Mechanismen hat, um andere sozusagen zu marginalisieren und seine Vorrechte, sei es durch Krieg, oder sei es ökonomisch, ... versucht auszubauen. Das muss ich natürlich auch sehen. Insofern ist die Solidarität mit Israel nicht uneingeschränkt, obwohl ich das Existenzrecht des Staates in keiner Weise infrage stelle, aber die Art und Weise, wie dort regiert wird, und wer dort regiert, ist natürlich auch für mich als Linker nicht unproblematisch. (18)

An diesem wie auch den vorherigen Zitaten wird deutlich, dass das Thema Israel die Potenz in sich birgt, linken Universalismus aufzubrechen. Viele linke Akteure solidarisieren sich in gewisser Weise mit Israel, obwohl Zustand und Politik dieses Staates ihren Grundwerten nicht entsprechen. Und genau darin liegt eine der Ursachen für den steten hochemotionalen Streit, denn die meisten Beteiligten müssen beim Beziehen klarer Positionen für eine Seite kognitive Dissonanzen aushalten. Diese Verunsicherung ist der Kern des Wirkens der diskursiven Gelegenheitsstrukturen, die die NS-Erinnerung für den Nahostdiskurs darstellt.

Wie immer in der Geschichte des linksdeutschen Verhältnisses zu Israel gibt es auch Menschen und Gruppen, die Israel emotional besetzen, wie teilweise schon



jene Zitate zeigten, die Israel als Konsequenz der NS-Verbrechen schilderten. Dabei ist die von einer Befragten geäußerte Faszination der sozialistischen Kibbutz-Bewegung heute sicher nicht mehr der entscheidende Grund. Und doch kommt es zu so hingebungsvollen Lobpreisungen Israels wie der folgenden:

Also für mich ist Israel, wie soll ich sagen, was Erstaunliches. Ein Land im Nahen Osten, was anders funktioniert als die umliegenden Länder, kulturell, politisch- ,wo ein-, wo so verschiedene Leute zusammenleben wie in keinem anderen Land der Welt, was politisch sozusagen so-, so 'ne große Spannweite hat, wie ich's auch nirgendwo erlebe und das auf kleinstem Raum mit nur sechs Millionen Menschen. ... Ich hab immer das Gefühl, wenn ich in Israel lande, wird der dritte Gang eingelegt. Das Leben wird schneller, heftiger, heißer, tiefer und komischer. (05)

Seine Fundierung findet dies in den vielfältigen interorganisationellen Kontakten, Jugendaustauschen und Einsätzen deutscher Jugendlicher in Israel, die oft den ersten Kontakt mit dem Land und den Quell für die Begeisterung bilden. Die militante Idealisierung dieses Staates durch einige Antideutsche erscheint somit als spezifisch linksradikaler Ausdruck und spezifische, theoretisch verbrämte Zuspitzung einer gesellschaftlichen Struktur, also der besonderen Beziehungen zu Israel und einer ohnehin vorhandenen Faszination für dieses Land.

Doch Lob für Israel gibt es auch in weniger emotionaler Form. So wird Israel von seinen UnterstützerInnen häufig wegen seiner demokratischen Verfassung gelobt, immer wieder auch im Namen von Homosexuellen und anderen mit »abweichenden« Lebensentwürfen, die im traditionelleren Palästina nicht ausgelebt werden könnten. Dieses Lob Israels als »einzige Demokratie im Nahen Osten« ist aufschlussreich für den Identifikationsgrad, denn es kommt häufig aus einem linksradikalen Milieu, das eigentlich wenig für die bürgerliche Demokratie übrig hat. Auch hier zeigt sich wieder die Potenz zum Aufbrechen universalistischer Orientierungen beim Thema Israel. Palästina-UnterstützerInnen halten oft entgegen, dass dieses Bild vom demokratischen Israel trügerisch sei, da ein innerstaatlicher Rassismus große Teile der Bevölkerung systematisch benachteiligt und Israel eine Demokratie nur wirklich für die israelischen Juden sei, von den BewohnerInnen der besetzten Gebiete ganz zu schweigen. Denjenigen Haltungen, die Israel sehr positiv darstellen, wird Vereinfachung, Idealisierung und blinde Identifizierung vorgeworfen.

Israel wird schwerpunktmäßig über seine Rolle als Konfliktpartei oder Besonderheit im Nahen Osten wahrgenommen, wenngleich diese Sicht schon durch das Thema des Interviews dominierte. In den Köpfen einiger Befragter existiert Israel aber auch als Gesellschaft außerhalb des Konfliktes. Dabei überwiegt jedoch das Wissen um Probleme. Israel gilt insbesondere als eine Gesellschaft mit vielfältigen Brüchen und interner Ungleichheit. Thematisiert werden in diesem Kontext Israel als Einwanderungsland (speziell für äthiopische und russische Jüdinnen und Juden), die Spaltung zwischen orthodoxem und säkularem Israel, innerstaatlicher

Rassismus, die Probleme, die sich aus dem jüdischen Charakter des Staates ergeben, sowie Israels ökonomischer Charakter und die Probleme des Sozialstaats. Positiv vermerkt werden Israels Verfasstheit als Demokratie und die Tatsache, dass israelische Linke einen Gegenpol zur Besatzungspolitik des offiziellen Israel bilden. Ganz offensichtlich ist jedoch Wissen über negativ Bewertetes weiter verbreitet oder wird als wichtiger erachtet und trägt somit zum Bild des Aggressors nach außen die Sicht des auch im Inneren schlecht verfassten Staates bei.

#### **5.4 Der Konflikt als Weltkonflikt**

In der bundesdeutschen Linken wird der Nahostkonflikt auch antiimperialistisch gedeutet. In den Interviews werden klar antiimperialistische Deutungen des Nahostkonflikts von den traditionslinken Vertretern von Linksruck, der DKP, der Linkspartei, der *jungen Welt* sowie von traditionellen antiimperialistisch-autonom Geprägten und VertreterInnen der Palästina-Solidarität aus dem NSB-Feld vertreten. Solcherart Deutungen sind also weit verbreitet, aber sie stehen hinter solchen zurück, die sich vorrangig im Erinnerungsdiskurs positionieren.

Einige Akteure betrachten den Konflikt dabei als Abbild des Gegensatzes zwischen dem reichen Westen und dem Trikont oder sehen imperialistische Interessen vor Ort im Spiel. Dabei wird auf die Unterstützung Israels durch die USA verwiesen und beider mangelndes Interesse an einer Beilegung des Konflikts beklagt. Als Grund dafür werden die westlichen Interessen am Öl der arabischen Länder gesehen. Israel diene diesen beim Erhalt einer politischen Instabilität in der Region oder zumindest als ein Fuß in der Tür. Auch die Rolle des Westens bei der Entstehung islamistischer und anderer Bewegungen wird diskutiert.

Die Besatzung wird von der Linksruck-Vertreterin als Kolonialismus bezeichnet und in diesem Zusammenhang, wie von anderen auch, mit der Situation der Besatzung im Irak verglichen, die man ebenso ablehne. Gelegentlich wird auch die Bezeichnung der Apartheid zur Charakterisierung der Besatzungsverhältnisse gewählt, insbesondere in Zusammenhang mit dem Bau der Mauer/Sperranlage in der Westbank. Antiimperialistische Positionen werden genauso oft auch von ihren KritikerInnen diskutiert. Sie gelten ihnen als veraltet, schematisch, vereinfachend, dem Konflikt nicht angemessen. Die antiimperialistischen Deutungen des Nahostkonflikts bzw. die Vorstellung, die sich die KritikerInnen davon machen, stellen einen der wichtigen Punkte der innerlinken Nahostdiskussion dar. Die Vertreter der Linkspartei bspw. verweisen sämtlich darauf, dass sie mit ihrer DDR-Sozialisation von einem solchen Bild geprägt wurden, und sind sämtlich auch der Ansicht, dass diese Prägung eine vereinfachende Einseitigkeit zur Folge gehabt haben könne, die möglicherweise falsch sei.

Was an dieser Position als falsch gesehen wird, ist bspw. die Unterstützung des Konzepts der nationalen Befreiung. Gerade die Desillusionierung mit nationalen Befreiungsbewegungen, die tatsächlich die Macht übernommen haben, ohne jedoch emanzipatorische Visionen zu verwirklichen, hat dieses Konzept in Verruf

gebracht. Deswegen grenzt sich selbst ein Teil derjenigen, die den Nahostkonflikt antiimperialistisch deuten, von den zu groben Vereinfachungen und Fehldeutungen der siebziger Jahre ab. Unter diese Selbstkritik fallen auch die Vorstellung von Israel als »Kettenhund« der USA und die Gleichsetzung israelischer und US-amerikanischer Politik mit dem Nationalsozialismus sowie die Nichtanerkennung des israelischen Existenzrechts. Die ehemals hegemoniale Position der Parteilinie für die PalästinenserInnen scheint auch hier deutlich gegenüber einer Position an Boden verloren zu haben, die sich einer simplen Parteilichkeit enthält. Diese Selbstkritik wird außer von den Linkspartei-Vertretern auch von den autonom-antiimperialistischen Gesprächspartnern geteilt. Allerdings erfolgt die Kritik auf unterschiedlicher Basis. Linksruck bspw. kritisiert, dass mit der Unterstützung nationaler Befreiung die Aufgabe eines Klassenstandpunktes erfolgt sei. Linksradikale hingegen kritisieren die Tendenz zur Relativierung der deutschen Verbrechen durch die Gleichsetzungen mit Israels Politik (inklusive die Nichtbeachtung von Israels Charakter als potenzieller Schutz für bedrohte Jüdinnen und Juden) und die Gefahr, die von einem islamisierten Antisemitismus ausgehe.

Insgesamt zeigt sich, dass selbst viele antiimperialistisch positionierte IsraelkritikerInnen beachten, dass aktuelle (Antisemitismus und Islamismus) und historisch bedingte (Shoah) Einflüsse die Frage der Parteilichkeit im Nahostkonflikt zumindest erschweren. Israelische Belange werden also in Erwägung gezogen und erörtert. Weiterhin bleiben jedoch die Hauptelemente antiimperialistischer Deutungen des Nahostkonflikts bestehen. Die Traditionsinke ist dabei aber gespalten. Nur im Bereich des Traditionskommunismus – und auch da nicht unangefochten! – finden sich Positionen, die unbedingte Solidarität mit den PalästinenserInnen fordern, wie bei der trotzkistischen Gruppe Linksruck, oder Äußerungen im Stile des klassischen Antizionismus, wie bei der Gruppe Arbeitermacht.

Die bei Weitem meisten Äußerungen in den Interviews zum Thema »antiimperialistische Deutungen des Konfliktes« beziehen sich allerdings auf die siebziger und achtziger Jahre und die Kritik an den damaligen linken Positionen zum Nahen Osten. Die bereits erwähnte Fokussierung Klokes (1994) auf die direkt mit Nahostfragen beschäftigten Akteure korrespondiert mit Teilen der heutigen Diskussion. Am Antizionismus und Antisemitismus gibt es nichts zu beschönigen, aber man sollte deswegen die damalige Linke nicht auf ein fragwürdiges Pro-Palästina-Engagement reduzieren, wie es im folgenden Zitat anklingt:

die antiimperialistische Bewegung, die in den Achtzigern in Deutschland entstanden ist und auch sehr groß war, wo jedermann, jede Frau mit 'nem Pali[-tuch] rumgerannt ist und sich dadurch sehr revolutionär gefühlt hat. (15)

Abgesehen davon, dass der Betreffende hier die Hochzeit des linken Antiimperialismus um reichlich zehn Jahre nach hinten verschiebt, drückt er eine mittlerweile in der radikalen Linken verbreitete Sicht aus – eine, die die heutige Wichtigkeit der Israeldebatte für diese Linken unter anderen, diesmal pro-palästinensischen Vorzeichen nach hinten verlängert. Dabei ist es keineswegs falsch, dem Nahost-

konflikt eine hohe Bedeutung zuzusprechen, doch galt dies auch damals nur für bestimmte Kreise und bestimmte Zeitabschnitte. Denn *mindestens* ebenso wichtig war Engagement bspw. für Vietnam, Lateinamerika und Südafrika.

Nicht alle Positionierungen, die vorrangig die Weltebene im Blick haben, sind nur im antiimperialistischen Deutungsmuster begründet. Eine weiterer Grund für die Verurteilung Israels ist die Betonung der Errungenschaften und Möglichkeiten des Völkerrechts. Hier gerät die israelische Nichtanerkennung verschiedener UN-Resolutionen in den Blick, jedoch nicht nur wegen der direkten nahöstlichen Implikationen, sondern wegen des exemplarischen Charakters, denn die Anerkennung des Völkerrechts wird als fortschrittliche Politik gedeutet, weil dieses auch den kleineren »Nationen« und faktisch weniger Mächtigen zumindest formale Sicherheiten gewährt bzw. gewähren könnte. Somit besteht zwischen der Völkerrechtsorientierung und antiimperialistischen Deutungen kein Konflikt, beide Begründungsstrategien für Israelkritik kommen oft parallel zur Anwendung. Die positive Bezugnahme auf das Völkerrecht im Kontext der Israelkritik ist am verbreitetsten im traditionslinken und damit etatistischen Teil der Linken, kaum jedoch bei den linksradikalen Akteuren, die staatlichen wie auch suprastaatlichen Institutionen kritisch bis ablehnend gegenüberstehen.

## **6 Diskursverflechtungen: Deutschland**

### **6.1 Linke Erinnerungspolitik und Nahostkonflikt – der Nationalsozialismus als Verpflichtung**

Ohne Auschwitz lässt sich nicht ernsthaft und ernstlich über Nahost nachdenken. (23e)

Ein omnipräsenter wie expliziter Deutungsrahmen der Diskussion um den Nahostkonflikt ist Deutschland und die Erinnerung seiner Vergangenheit. Das eigene Land ist zunächst entscheidend für das Verhältnis zu Israel. Und auch auf der Ebene der weit verbreiteten meta-kommunikativen Beschäftigung mit dem Thema geht es häufig um Problemlagen, die mit dem Deutschsein oder mit als spezifisch deutsch konzeptualisierten Problemen zusammenhängen.

Zunächst einmal wird allgemein und lagerübergreifend anerkannt, dass die deutsche Geschichte der Diskussion um den Nahostkonflikt eine spezifische Relevanz verleiht. Die herausragendste Manifestation dessen ist die weit verbreitete Meinung, dass die Deutschen aufgrund ihrer Geschichte eine besondere Verantwortung tragen oder zur Beherzigung gewisser Lehren verpflichtet seien, die dem Imperativ folgen, dass sich so etwas wie der Nationalsozialismus nicht wiederholen möge. Deutlich wird, dass die NS-Zeit in Deutschland in vielerlei Hinsicht den Bezugsrahmen politischer Legitimität darstellt und dass die NS-Erinnerung als Gelegenheitsstruktur im deutschen linken Diskurs wirkt. Die konkrete inhaltliche Ausgestaltung dieser Lehren und Verpflichtungen kann aber auf unterschiedli-

che Weise erfolgen. Zwei Hauptfoci lassen sich ausmachen, die man auf die Schlagworte »Nie wieder Krieg!« und »Nie wieder Auschwitz!« bringen kann.

Die erste Position hat ihre Hochburg im traditionslinken, insbesondere traditionskommunistischen Feld. Die Charakterisierung des Nationalsozialismus folgt im traditionskommunistischen Feld noch immer Georgi Dimitroff, der einst für die Komintern formulierte:

Der Faschismus an der Macht ... ist ... die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals.

Die reaktionärste Spielart des Faschismus ist der Faschismus deutschen Schlages. ... Der Hitlerfaschismus ist nicht bloß bürgerlicher Nationalismus, er ist ein tierischer Chauvinismus. Das ist ein Regierungssystem des politischen Banditentums, ein System der Provokationen und Folterungen gegenüber der Arbeiterklasse und den revolutionären Elementen der Bauernschaft, des Kleinbürgertums und der Intelligenz. Das ist mittelalterliche Barbarei und Grausamkeit, zügellose Aggressivität gegenüber den anderen Völkern und Ländern. (Dimitroff 1958: 523 f.)

Die für den traditionskommunistischen Umgang mit dem NS entscheidenden Elemente sind die Vorstellung vom Faschismus als Diktatur des Finanzkapitals, ferner die Fixierung auf die Person Hitlers (Hitlerfaschismus) und die Vorstellung, dass er sich gegen das Proletariat gerichtet habe. Als klar schlimmste Folge des NS wird der Zweite Weltkrieg gesehen. Die Lehren aus ihm lauten also »Nie wieder Krieg!« (symptomatisch) und »Nieder mit dem Kapitalismus/Imperialismus!« (ursächlich). Die nicht antikapitalistische Traditionsinke teilt diese Einschätzungen teilweise auch (nicht im Hinblick auf die Ursächlichkeit des Kapitalismus), weil sie a) ihr traditionskommunistisches Erbe teils weiter mit sich trägt und b) aufgrund ihrer vorrangig nationalstaatlichen Orientierung auch auf den Dualismus Hitler/die Deutschen angewiesen ist. Genau dagegen wendet sich die andere Position, die von neueren Strömungen der außerparlamentarischen Linken getragen wird, Ursprünge in der Kritischen Theorie hat und wiederum starke Impulse durch die Antideutschen erfährt. Ihr Fokus liegt mehr auf der Verstrickung der Deutschen in den NS und der Betonung des NS als *Projekt der Deutschen* und nicht *gegen die Deutschen*. Diese Betrachtung legt anders als der marxistisch-leninistische ökonomische Determinismus der Komintern mehr Wert auf ideologische Faktoren und stellt im Einklang mit der Verschiebung der NS-Erinnerung in der bundesdeutschen Gesamtöffentlichkeit zunehmend den Antisemitismus und Auschwitz als Hauptcharakteristika des Nationalsozialismus heraus, der nun eben nicht mehr als nur deutsche Unterart des Faschismus begriffen wird. Dafür steht »Nie wieder Auschwitz!«. Wenn auch für viele beide Imperative untrennbar verbunden bleiben, folgt doch aus der Nähe zu einem der erinnerungspolitischen Pole eine Ausrichtung der zu ziehenden Konsequenzen. Die traditionskommunistische Erinnerung kann problemlos den NS in Anschlag bringen, um die israeli-

sche Besatzung und von Israel geführte Kriege abzulehnen; im Kampf gegen den Kapitalismus ist der Kampf gegen den Antisemitismus als Nebenwiderspruch enthalten und verlangt keine herausragende Behandlung. So wird eine Sonderrolle Israels als Folge auch des Nationalsozialismus abgelehnt.

Ich denke, dass man den Satz von Fischer unterschreiben kann, dass Deutsche eine besondere Verantwortung haben, dass es Rassismus nicht mehr geben darf, Massenmord, Genozid usw. Aber warum man diese Frage auf Israel so zuschneidet, das scheint mir eine Verletzung des Prinzips des Universalismus zu sein. (01)

Diese universalisierende Position geht oft einher mit einer regelrechten Aversion gegen eine Betrachtung der Besonderheiten von Nationalsozialismus und Antisemitismus. Hier zeigt sich der Unwillen eines Teils der traditionellen MarxistInnen(-LeninistInnen) zur Erweiterung ihres Horizontes, obwohl in anderen Teilen der Linken und der Mehrheitsgesellschaft seit langem alternative Deutungen konkurrieren. Der andere Pol ist offener für das jüdische Partikularleid und somit eher geneigt, außenpolitisch Israel als Folge des NS zu unterstützen und innenpolitisch Antisemitismus als gesellschaftlich höchst wichtiges und *eigenständiges* Problem zu behandeln.

Verantwortung oder historisch begründete Solidarität deutscher Linker bezieht sich angesichts dieser Gespaltenheit auf Israel, auf »die Juden«, auf die PalästinenserInnen, auf beide Konfliktseiten zugleich oder verlangt eine spezifische Beachtung des deutschen Kontextes bei der Beschäftigung mit dem Nahostkonflikt:

Meine Position ist, dass wir verpflichtet sind und ich das auch richtig finde, immer als Deutsche, äh, als nichtjüdische Deutsche, auf dem Hintergrund in die Welt zu gucken und auch auf dem Hintergrund nach Israel/Palästina zu gucken, aber die Shoah nicht zu benutzen, um zu verstehen, was dort passiert. (06)

Meine Solidarität [bezieht] sich nicht auf das Land Israel ..., sondern grundsätzlich auf alle Juden weltweit. (15)

Diese Mehrheit [bei Attac], die uns zustimmt, die sehen das auf einer moralischen Ebene ein. Die sehen sofort ein, dass man in Deutschland, in Deutschland jedenfalls nicht sagen kann: Boykottiert Waren aus Israel! (19)

Mit der Shoah wird Israel-Solidarität oder Solidarität mit Jüdinnen und Juden allgemein begründet (erstes und zweites Zitat oben) bzw. ein historisches Taktgefühl, jedwede Assoziation an die anti-jüdische Politik der Nazis zu vermeiden (drittes Zitat), doch gelegentlich auch Solidarität mit den PalästinenserInnen, die als verspätete Leidtragende der deutschen Verbrechen gesehen werden können, für die noch heute kollektive Verantwortung übernommen wird.

Nur hier in Deutschland müssen wir auch sehen, dass die Palästinenser uns 'nen ganz großen Teil der Verantwortung abnehmen, was mein Verhältnis zu den palästinensischen Menschen ziemlich beeinflusst, weil ich bin der Meinung, eigentlich hätte Israel auf deutschem Staatsgebiet existieren müssen. Wir sind dafür verantwortlich für die Shoah. (12)

In christlichen Solidaritätszusammenhängen, besonders bei Pax Christi, ist aufgrund dieser Verquickungen nahöstlicher und deutscher Geschichte der Begriff der »Doppelten Solidarität« entwickelt worden (vgl. Biestmann-Kotte 2004). Doppelte Solidarität geht von dem Grundsatz aus, dass Israel, der Staat der Jüdinnen und Juden Solidarität als Zufluchtsort verdient und die PalästinenserInnen Solidarität als unter Besatzung lebende. Doppelte Solidarität versteht sich dabei als Solidarität »jenseits von entweder oder« (Zimmer-Winkel 2002), die zum Ziel hat, eine für alle Menschen in Nahost akzeptable Lösung zu erreichen, durch Verständigung, Ausgleich, Hilfe. Von beiden Seiten – also der pro-palästinensischen und der pro-israelischen – ist dieses Konzept Angriffen ausgesetzt, weil es über die partikularen Interessen und Erinnerungen der Konfliktseiten hinaus will. Andere, die keine historische Verpflichtung sehen, anerkennen aber i. d. R. die Verknüpfung und Beeinflussung der beiden Themen.

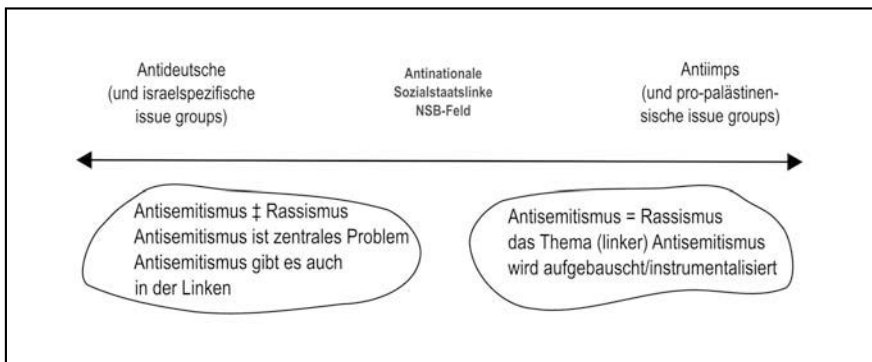
Einerseits ist klar, es gibt sozusagen diesen historischen Bezug zu Israel und die Frage, ob dieser Konflikt jetzt. Also es ist sicherlich die Frage, ob dieser Konflikt ohne diesen historischen Bezug und damit den Bezug zu Israel so 'ne starke Aufmerksamkeit finden würde. (24)

Die diskursive Verflechtung betrifft neben der allgemeinen Israelsolidarität besonders die antideutsche Linke, da sie verstärkt Kategorien, die aus dem Verständnis des Nationalsozialismus gewonnen worden sind, auf die Situation der PalästinenserInnen überträgt. Die spezifisch deutsche Komponente kommt nicht zuletzt in der hohen Bedeutung des Themas Antisemitismus für die Nahostdiskussion und im Streit um seine Bewertung zum Ausdruck, die im folgenden Abschnitt deshalb ausführlich geschildert werden soll.

## 6.2 Antisemitismus

In der Mehrheit der Interviews wird Antisemitismus thematisiert, und zwar meist, ohne dass der Komplex vom Interviewer angesprochen wurde. Das Problem Antisemitismus ist für die deutsche Linke lagerübergreifend präsent. Die entscheidende Frage, an der die Positionen deutlich auseinandergehen, ist, welche Bedeutung dem Thema zugemessen wird und ob auch Linke selbst unter Antisemitismusverdacht geraten. Lagerübergreifend wird anerkannt, dass es in der Bundesrepublik Antisemitismus gibt. Er wird vor allem als in der Bevölkerung verbreitetes Vorurteil gesehen, das in Kontinuität zum Nationalsozialismus noch immer besteht. Ferner taucht Antisemitismus im linken Blickfeld im Kontext der arabisch-muslimischen Migration in Europa und der Diskussion um den internationalen und arabischen Islamismus auf, die seit dem 11.9.2001 geführt wird, sowie im Zuge der geschichtspolitischen Debatten in der Bundesrepublik. Dabei ist ein Befund deutlich: Antisemitismus ist ein zentrales Thema vorrangig für die radikale Linke sowie für einige israelspezifische *issue groups*. Von traditionellen, antiimperialistischen Linken kommt am ehesten Kritik am Antisemitismus *als Thema*. Letztlich gibt es ein Kontinuum mit zwei Polen.

Abbildung 12: Antisemitismus als Thema der Linken



Das bedeutet, dass bei nur kleinen Übereinstimmungen in der Einschätzung und Bewertung (allgemeine Ablehnung) des Antisemitismus der Zugang ein grundverschiedener ist. Während also von einigen das Thema gepusht wird, neigen andere zur Abwehr, weil sie mit dem Thema Antisemitismus bereits antideutsche Positionen und Angriffe auf ihre linke Identität verbinden. Dieser Widerspruch zeigt sich in den unterschiedlichen Verwendungsweisen des Begriffs Antisemitismus. Traditionslinke sehen in ihm eine Spielart des Rassismus. In der radikalen Linken sind, auch unter dem Einfluss der Antideutschen, verschiedene Versuche unternommen worden, den Antisemitismus als einen spezifischen Exklusionsmechanismus neben dem Rassismus zu begreifen, und dementsprechend wird der Begriff Antisemitismus höher elaboriert und schließlich immens ausgeweitet.

### *Antisemitismus für Antideutsch-Linksradikale*

Während also Traditionslinke über die Ablehnung des Antisemitismus als rassistisches Vorurteil nicht hinausgehen, es somit innerhalb ihrer universalistischen Deutungsmuster eingliedern, erfolgte in der radikalen Linken *zunächst* eine Partikularisierung, bevor dann die Antideutschen wiederum auch eine Universalisierung unternahmen. Die Partikularisierung besteht in der Betonung der konkreten Verortung des Antisemitismus in Deutschland und seiner Bestimmung als *das* Spezifikum des Nationalsozialismus, und zwar in direkter Abkehr von den traditionell anti-imperialistischen Deutungen des Nationalsozialismus als Faschismus. Der deutsche Faschismus wird heute als einmalig und besonders begriffen. Die Volksgemeinschaft und der Vernichtungsantisemitismus heben ihn deutlich von anderen faschistischen Regimes ab. Vom »deutschen Faschismus« oder gar im kommunistischen Slang »Hitler-Faschismus« sprechen nur noch Traditionslinke, während ansonsten die Bezeichnung Nationalsozialismus dominiert. Wie in der Mehrheitsgesellschaft auch rücken der Antisemitismus und die Shoah in den Mittelpunkt dieser Erinnerung



und Auseinandersetzung. Dementsprechend rückt bspw. die Kritik am sekundären Antisemitismus ins Blickfeld, der von radikalen Linken bei verschiedenen deutschen geschichtspolitischen Debatten konstatiert wird. Im Hinblick auf die Vergangenheit wurden linke Varianten der Sonderwegsthese vertreten, die begründen sollen, warum es gerade und nicht zufällig in Deutschland zum NS und zur Shoah kam.

Den Keim zur dann folgenden Universalisierung des Antisemitismus legte schon die Auseinandersetzung mit Moishe Postones (1992) Schrift, die den Antisemitismus aus der kapitalistischen Wertvergesellschaftung ableitet, ihn also zum inhärenten Bestandteil kapitalistischer Vergesellschaftung erklärt. Den Durchbruch dieser Deutung brachten aber erst die Anschläge des 11.9.2001. Die Bedeutung der Beschäftigung mit Antisemitismus nahm für antideutsche und andere WertkritikerInnen jedoch schon im Laufe der neunziger Jahre immer weiter zu. Die für Handeln und politische Identität ohnehin hohe Bedeutung wurde nun auch theoretisch fixiert – durch den Begriff des strukturellen Antisemitismus (vgl. Kap. I.5.1.). Dieser Begriff entstand in Auseinandersetzung mit dem antizionistischen Antiimperialismus der siebziger und achtziger Jahre. Demnach gleichen sich die basalen Strukturen rechter antisemitischer und linker antiimperialistischer Weltbilder. Aus den konstatierten strukturellen Übereinstimmungen resultiert nach dieser Auffassung auch zwangsläufig eine inhaltliche.

Beeinflusst durch den Aufmerksamkeitsschwenk auf den islamischen Terrorismus, dessen Drohungen gegen Israel und tatsächliche Anschläge auf Jüdinnen und Juden sowie jüdische Einrichtungen weltweit, also den sogenannten Neuen Antisemitismus, und insbesondere durch die damit zusammenhängende antideutsche Deutung der Anschläge des 11.9. als antisemitische erfolgte schließlich die Universalisierung, mittels der alle mittlerweile wichtig gewordenen Objekte der Kritik in einer Linse wahrgenommen werden konnten: die deutsche Gesellschaft, die Linke und der arabisch-islamische Fundamentalismus, wie es im nächsten Zitat deutlich zum Ausdruck kommt.

Bei der deutschen Massenhysterie und Mobilisierung gegen den Irakkrieg war's eindeutig, die reichte wirklich von ... der Grünen Jugend über die Antiimperialisten über die Gewerkschaften über Teile der SPD über irgendwelche ich weiß nicht was, bis hin zu Vertretern der Baath-Partei, der Hamas, der Hisbollah, alles zusammen, ne? Dazu klampfte Reinhard Mey Über den Wolken muss die Freiheit wohl grenzenlos sein und Habermas schrieb am nächsten Tag in der Frankfurter Rundschau, das neue Europa ist geboren ... und die Linke war sozusagen immer nur diejenige, die so 'n ganz bisschen die Avantgarde der ... volksgemeinschaftlichen Erhebung gemacht hat. (16)

Auch wenn das Wort Antisemitismus hier nicht fällt, ist klar, dass völkischer Antisemitismus genau das ist, was deutsche Linke und Linksliberale (Grüne, SPD, Antiimperialisten, Habermas, FR, »die Linke als Avantgarde« – alle auf einer maßgeblich von den Gewerkschaften und Attac initiierten Demonstration) mit arabischen Fundamentalisten (Hisbollah, Hamas) sowie israelfeindlichen arabi-

schen Parteien (Baath-Partei) gemein haben können in der attestierten »volks-gemeinschaftlichen Erhebung«. Dazu muss man lediglich wissen, dass den Antideutschen der Antisemitismus als *das* zentrale Moment der Volksgemeinschaftsideologie gilt. Ähnliche Äußerungen findet man in den antideutschen Schriften zuhauf. So schreibt Mario Möller<sup>134</sup> unter der Überschrift »Die antisemitische Internationale als Faschismus 2002 im globalen Maßstab«:

Da meiner Meinung nach der ursprüngliche Begriff des Faschismus hier eher verharmlost, als dass er Klarheit schafft, plädiere ich für den Begriff der »Antisemitischen Internationale«, als erweiterten Begriff von Faschismus auf der Höhe der Zeit, der bereits von Jochen Bruhn (ISF Freiburg) in Anschlag gebracht wurde und der den zu kritisierenden Gegenstand meines Erachtens nach wesentlich besser trifft. ...

Die neue Antisemitische Internationale, die von islamistischen Klerikalfaschisten über die säkulare Diktatur des Irak reicht; die von der EU, die die Palästinensische Autonomiebehörde großzügig finanziert, bis zur UNO reicht, die nicht müde wird, Resolutionen gegen Israel zu debattieren; die sich über NGOs mit antirassistischer Rhetorik erstreckt; die gemeinschaftstaumelnde Bewegungslinke und Globalisierungskritiker – »die Entrechteten weltweit« – umfasst, verbindet letztlich ein Element, welches nicht barbarischer sein könnte: die mehr oder minder offene Feindschaft gegen Israel, gegen den entfesselten Kapitalismus, gegen das »jüdische Prinzip«.

Die grundlegende Entwicklung des Themenstranges für radikale Linke verlief also von einer neuen Sensibilität für linken Antisemitismus hin zu einer Situation, in der Antisemitismus für antideutsche und antideutsch beeinflusste Teile der Linken ins Zentrum der Ideologie rückte und zum Schlüssel des Weltverständnisses universalisiert wurde. Von diesem Diskurs beeinflusste Linke, besonders die radikale Linke, stehen für die erwähnte »Nie wieder Auschwitz!«-Position, ohne »Nie wieder Krieg!«.

### *Antisemitismus? Überbewertet! Die antiimperialistische Sicht*

Der klassische Antiimperialismus (Schwerpunkt traditionskommunistisches Feld) fungiert als tatsächliches Gegenstück zu den Antideutschen und ist ihr Hauptkontrahent in der innerlinken Debatte. In diesen Kreisen wird der Antisemitismus als eine Spielart des Rassismus begriffen. Gegen eine besondere Elaborierung des Antisemitismusbegriffs bestehen Vorbehalte. Die Reflexionsarbeit eines Teils der Linken wie der Antisemitismusforschung unter den Schlagworten »linker Antisemitismus« und »offene Flanke für Antisemitismus« ist von einem Teil der AntiimperialistInnen nicht mitgemacht worden. Es mangelt an grundlegendem Verständnis für diese Positionen.

134 Möller, Mario 2003: Die unheimliche globale Allianz, Cee Ieh 95, <http://www.conne-island.de/nf/95/17.html> [7.2.06]. Ähnlich die Konferenzankündigung der Bahamas-Redaktion mit dem Titel »Gegen die antisemitische Internationale«, <http://www.redaktion-bahamas.org/aktuell/Konferenz-Ank.htm> [7.2.06]

Wenn mir zum hundertsten Mal irgendwelche Szene-Nachrichten erklärt werden, dass also insbesondere bei den Antideutschen: Jede Kapitalismuskritik ist antisemitisch, zum Beispiel. Wenn mir so was erzählt wird, dann halte ich das wirklich für ein absolutes Ablenkungsmanöver. Ich sehe natürlich mit Interesse, dass diese Position in einem Blatt wie der Zeit oder bis hin zum Spiegel breitgetreten wird und großen Einfluss auf Debatten bis in die DKP hat. Dass dann gesagt wird, man kann z. B. über den bewaffneten Widerstand im Irak nicht reden, ohne erst mal zu sagen, das sind alles Antiamerikaner und Antisemiten. Da werden Debatten verschoben. (04)

Hier wird vom Befragten – und dies zieht sich durch das ganze Interview – mit keiner Silbe Verständnis für die Antisemitismuskritik gezeigt, vielmehr wird sie diffamiert (»Szenenachrichten«, »Ablenkungsmanöver«) und sehr verzerrt, nur in ihrer krudesten Zuspitzung wahrgenommen (»jede Kapitalismuskritik ist antisemitisch«). Der Debatte wird jeder rationale Kern (also bspw. ein Problem der Linken mit Antisemitismus oder Anfälligkeit dafür) aberkannt, die Debatte wird ausschließlich als Ablenkungsmanöver begriffen, was im obigen Zitat damit begründet wird, dass Mainstream-Zeitschriften wie Spiegel und Zeit die Debatten der Linken aufgreifen, um linke Positionen zu diskreditieren.<sup>135</sup>

Auch in diesem Milieu wäre es falsch von weit verbreitetem subjektivem Antisemitismus auszugehen, also dem rassistischen Vorurteil gegenüber Jüdinnen und Juden. Was aber existiert, ist eine relative Sorglosigkeit dem Gesamtkomplex Antisemitismus gegenüber und eine Diskussionsverweigerung, ja eine Abwehrhaltung gegen das Thema und seine Protagonisten. Die mangelnde Problemsicht findet ihren Ausdruck bspw. in den während des Libanon-Feldzuges und der innerpalästinensischen Auseinandersetzungen nach dem Wahlsieg der Hamas auftretenden Demonstrationen und Konferenzen, wo traditionskommunistische Akteure und einzelne VertreterInnen der beiden Linksparteien sich mit den offen antisemitischen Organisationen Hamas und Hisbollah solidarisch erklärten. Gleiches gilt für die Versuche innerhalb von Attac, eine Boykottkampagne gegen Israel zu starten (vgl. dazu auch Kap. VI.6). Die Abwehrhaltung kommt auch in den Übergriffen auf Antideutsche oder Israel-Symbolik mit zum Ausdruck. Andere, die auch die hohe Bedeutung des Themas Antisemitismus in der linksradikalen Auseinandersetzung kritisieren, halten die Debatte für ein Ausweichmanöver einer einflusslosen Linken.

Also wird die Sicherheit Israels und das damit zusammenhängende Problem des Antisemitismus vollkommen aufgebauscht und zu einem Problem gemacht – für andere Niederlagen und andere Felder, wo man nichts mehr zu bestellen hat. (01)

135 Auch dies wiederum entbehrt nicht einer realen Grundlage, da auch diese Blätter die gleichen diskursiven Gelegenheitsstrukturen aus dem Vergangenheitsdiskurs haben und politisch missliebige Strömungen damit einfach dasavouiert werden können. Berichterstattung über Antisemitismus und Antizionismus in der Globalisierungskritik, insbesondere Attac, gab es in mehreren großen Zeitungen.

Interessant ist auch bei diesem Interviewten die Verquickung seiner Einschätzung, dass die Themen ›Sicherheit Israels‹ und ›Antisemitismus‹ aufgebauscht würden, mit seiner prinzipiellen Abwehrhaltung gegenüber dem Problem Antisemitismus. Im weiteren Verlauf leugnete der Betreffende auch die bloße Möglichkeit der Verwicklung der Linken in Antisemitismus. Denn das sei ein Aufgeben des linken Universalismus und somit *per definitionem* nicht möglich.

Es bleibt zu konstatieren, dass zwischen den Polen »Ignoranz gegenüber dem Antisemitismus« und »Zentralstellung des Antisemitismus« ein Kontinuum besteht, in dem es unterschiedliche Grade der Aufmerksamkeit und der Sensibilisierung für Antisemitismus gibt. Entsprechend gehen denn auch die Auffassungen auseinander, wo denn Antisemitismus beginnt und somit die als legitim erachtete Kritik an Israel aufhört.

### **6.3 Zionismus, Antizionismus, Existenzrecht**

Ein von verschiedenen Befragten benannter Streitpunkt in der Nahost-Antisemitismus-Debatte der deutschen Linken ist die »Existenzrechtdebatte«. Dabei geht es um die Legitimität des jüdischen Staates und die Frage, wie verschiedene linke Akteure sich zu dem Thema positionieren. Auch wenn immer wieder um das Thema gestritten wird und Linke sich gegenseitig schwere Vorwürfe machen, bleibt ein prinzipieller Befund festzuhalten. Alle Befragten aus allen Spektren, wie kritisch auch immer sie Israel gegenüberstehen mögen, erkennen prinzipiell das Existenzrecht Israels an. Warum dann die Diskussion? Zum einen muss betont werden, dass sich die Situation bei Leibe nicht immer so gestaltete. Es gab Zeiten, in denen Antizionismus mit zu den linken Grundprinzipien gehörte. Verschiedene Beteiligte erinnern sich noch an diese Zeit und ihr eigenes Mittun. Doch auch bei vielen von ihnen gab es einen Wandel:

Wir haben zum Beispiel über Jahre den Namen Israel in Anführungszeichen gesetzt, um deutlich zu machen, dass Israel ein Gebilde ist, das eigentlich keine Daseinsberechtigung hat, so wie es existiert, das ist falsch. Wir gehen natürlich als Anarchistinnen davon aus, dass 'ne staatliche Organisation, 'ne staatliche Verfasstheit der Bevölkerung, der Gesellschaft immer auch ein Machtverhältnis ist. Und der israelische Staat hat sich dem westlichen Lager, sprich dem Kapitalismus, zugeordnet, und er hat sich auch, was heute nicht mehr bekannt ist, gegen die palästinensische Bevölkerung teilweise sehr brutal und sehr ausgrenzend durchgesetzt. Nur hier in Deutschland müssen wir auch sehen, dass die Palästinenser uns 'nen ganz großen Teil der Verantwortung abnehmen. (12)

Die Phase der Nichtanerkennung ausschließlich und gerade Israels ist für die Interviewte vorbei, weil ihr der Zusammenhang von Israels Existenz und deutscher Geschichte bewusst wurde. Dies ist bei ihr direkte Folge der linken Antisemitismusdebatten. Israel prinzipiell das Existenzrecht abzuspochen ist heute eine Position, die nur wenige, extrem marginale Gruppen tatsächlich tei-

len,<sup>136</sup> ferner ein Vorwurf an politische Gegner sowie eine gesellschaftlich aktualisierbare Deutungsmöglichkeit für ein subjektiv nicht so Gemeintes.

Die meisten linken Akteure würden wohl das folgende Statement des DKP-Vertreters unterschreiben:

■ Wir sind für die Existenz des Staats Israel. (11)

Eines der vorrangigen Ziele innerlinker Kritik an Antisemitismus und Antizionismus ist die Tageszeitung *junge Welt* und ihr Nahostautor Werner Pirker. Doch auch der *jW*-Vertreter verneinte im Interview rigoros, dass Positionen, die Israels Existenzrecht nicht anerkennen, im Blatt geduldet würden. Offensichtlich hat die Debatte einen anderen Kern als das bloße Bekenntnis zum Existenzrecht des israelischen Staates. Die verhandelte Frage scheint eher zu sein, ob und inwiefern Israel kritisiert werden kann, wo die Grenzen der Legitimität dieser Kritik liegen und ab wann Kritik an Israel nur mehr Vehikel antisemitischer und antizionistischer Ideologien ist. Dabei hängt es vom jeweiligen Standpunkt des Bewertenden hinsichtlich Israels ab, wo die Grenze gezogen wird. Für sogenannte Hardcore-Antideutsche ist somit u. U. jede Kritik an Israel Antisemitismus oder zumindest Wasser auf die Mühlen des Antisemitismus. Dieser Vorwurf wird inflationär als diskursive Waffe eingesetzt. So erklärt sich, dass sogar Menschen, die seit vielen Jahren in ihrem politischen Engagement den Schwerpunkt auf die Bekämpfung von Antisemitismus setzen, mit dem Vorwurf konfrontiert werden, sie würden das Existenzrecht Israels nicht anerkennen.

■ Meine persönliche Erfahrung ist z. B. auch, dass ich eingeladen war für eine Podiumsdiskussion explizit was über die Strukturen der Palästinenser in der zweiten Intifada zu sagen, was ich dann politologisch nach meinem Ermessen getan habe und die Reaktion vom Publikum war, ich würd Selbstmordattentate rechtfertigen und dadurch das Existenzrecht Israels nicht anerkennen.

Ich kenn' so Vorwürfe auch persönlich, wo das ganz schnell einfach geht, wo meine Aufgabe doch explizit war, über die Infrastruktur der palästinensischen Seite zu berichten. Das sind für mich die Knackpunkte, und es mag tatsächlich, das weiß ich aber zu wenig, so ganz holzschnittartige Aussagen geben, dass die einen tatsächlich sagen – das ist bestimmt so! (06)

Auffällig ist, dass die hier zitierte Person zwar die gegenseitigen Vorwürfe kennt, aber nicht wirklich sicher ist, wer denn wirklich eine Position der Nichtanerkennung des Existenzrechts vertritt. In diesem Fall ist es offensichtlich, dass die Betreffende nicht die richtige Adressatin eines Antizionismusvorwurfs ist. Doch es gibt schwierigere Fälle. So kam es bspw. innerhalb von Attac zu der Forderung, eine Kampagne gegen die Besatzung der palästinensischen Gebiete inklusive eines Aufrufs zum Boykott israelischer Waren zu starten. Innerlinke Antisemitismuskritiker warnten davor, dass die Assoziation zum nationalsozialistischen

136 Gerber (2003), der immer wieder die Virulenz dieser Positionen betont, bringt auch nur Beispiele von kleinen traditionskommunistischen Gruppierungen.

»Kauft nicht bei Juden!« zu naheliegend sei und demzufolge die Kampagne nicht stattfinden könne, solange dieses Thema hier in Deutschland, bei konstant vorhandenen antisemitischen Strukturen, anschlussfähig für Antisemiten sei. Hier scheiterte die Verständigung schon am Vokabular, was die folgende Geschichte von den Verständnisschwierigkeiten von D., einer Unterstützerin einer stark israelkritischen Position, demonstrieren soll.

Der andere war Klaus ..., der ganz engagiert ist in dieser internen Antifa-, Antisemitismus- usw. Auseinandersetzung in ATTAC. Und die beiden haben sich dann in einer Diskussion auf der ATTAC-Sommerakademie, auf der letzten, sich ganz lange (behakt) und dann ... war's der Punkt, dass ihr Klaus wieder vorwarf, doch das Existenzrecht von Israel nicht anzuerkennen. ... Dann hat sie mich gefragt, ob sie mich sprechen dürfte und so weiter und hat dann gesagt, ich **verstehe** es schlicht und einfach nicht. Und ... als ich ihr dann sagte, dass die Anerkennung des Existenzrechtes Israels nicht gleichzeitig bedeutet, dass man sämtliche konkrete politische Praxis dieses Staates. Da hat sie dann gesagt, dann habe ich kein Problem damit. ... Für sie bedeutete Anerkennung des Existenzrechtes Israels prinzipielle Anerkennung der momentanen in Israel-Palästina herrschenden Situation und dazu war sie nicht bereit. (19)

D., die also prinzipiell das Existenzrecht des Staates Israel im eigentlichen Wortsinne akzeptieren kann, assoziierte mit der Forderung nach dem Bekenntnis zum Existenzrecht die Forderung nach Anerkennung der konkreten Politik dieses Landes. Diese Geschichte soll illustrieren, dass auch die Weigerung der Anerkennung zumindest subjektiv keine Aberkennung des israelischen Existenzrechtes sein muss. Der Berichterstatter selbst deutet denn auch den Konflikt berechtigt als eine Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Generationen der Linken. Diejenigen, die die Diskussionen der letzten Jahre um linken Antisemitismus und Antizionismus mitbekommen oder gar mitgestaltet haben, sind mittlerweile für das Thema sensibilisiert und wissen um die Probleme und Gefahren. Für andere wiederum, gerade für Menschen, die sich eine Zeit lang aus der Politik zurückgezogen hatten und nun im Rahmen der Globalisierungskritik wieder aktiv werden, kann der Vorwurf des Antisemitismus oder auch nur der der Anschlussfähigkeit für Antisemitismus eine grundlegende Verletzung des eigenen linken Selbstverständnisses darstellen, weil er schlicht nicht verstanden wird.

Leute, die in gewisser Weise ungebrochen an den Antiimperialismus der siebziger Jahre anknüpfen, die sind jetzt 20 Jahre älter, haben davon 10 Jahre lang keine Politik gemacht, kommen zurück und denken nach wie vor in diesen Schemata, und das hat in der Antisemitismusdebatte in ATTAC zu absurden, wirklich absurden und jetzt psychologisch auch schwer zu ertragenden Situationen geführt, wie es zum Beispiel jemand, der 'ne führende Rolle im Berliner SDS gespielt hat, der ist ... einfach wirklich subjektiv radikaler Linker geblieben ist, die ganze Zeit, jetzt zwischenzeitlich seinen Aktivismus eingestellt hat, jetzt bei ATTAC ist und eine relativ wichtige Rolle in der AG Globalisierung

und Krieg spielt. Der ... knüpft ungebrochen an seinen maoistisch geprägten Antiimperialismus der siebziger Jahre an. Dann kriegt er von mir und anderen gesagt, dass das, 'ne beliebte Formulierung, 'ne offene Flanke zu antisemitischen Positionen hat, **fällt aus allen Wolken**, das ist ein Angriff, zutiefst, auf seine politische Identität, die er auch tatsächlich über Jahre erhalten hat. Er versteht das überhaupt nicht. (19)

Ähnliches beschreibt ein ehemaliges RAF-Mitglied. Ihm ist die Kritik am linken Antizionismus als Weltbild, die er besonders von Antideutschen hervorgebracht sieht, durchaus bewusst und dies hat bei ihm zur erneuten Reflexion seiner eigenen Geschichte geführt. Er distanziert sich mittlerweile von verschiedenen Aktionen der RAF, wie der den Anschlag verherrlichenden Erklärung zum Olympia-Attentat in München. Bei einer großen Zahl seiner GenossInnen sieht er aber auch Unwillen, sich mit dem Thema selbstkritisch zu befassen, weil diese das als komplette Delegitimierung ihrer politischen Biografien empfinden.

Das Phänomen des Antizionismus ist also nicht ausschließlich in der Vergangenheit angesiedelt. In den Interviews kommen aber sehr wenige konkrete Beispiele zutage, die eine Anschlussfähigkeit für Antisemitismus und Geschichtsrelativierung aufweisen, auch die harten AntizionismuskritikerInnen befürchten da mehr, als sie an konkret zu Inkriminierendem wissen. Vereinzelt finden an den Nationalsozialismus angelehnte Begrifflichkeiten zur Charakterisierung Israels noch Anwendung, wie in der Zeitschrift *Gegenstandpunkt*, wo Israel die Verfolgung eines »völkischen Programms« unterstellt wurde.<sup>137</sup> Das eine Beispiel für die Forderung nach der Zerschlagung Israels, das Gerber (2003: 44) anführt, ließ sich nicht bestätigen (die Seite mit dem »zitierten« Aufruf existiert, aber nicht [oder nicht mehr] eine solche anti-israelische Parole).<sup>138</sup> Solche radikal israelfeindlichen Positionen finden sich nur im Zusammenhang mit der Forderung nach einem binationalen Staat.<sup>139</sup> Die Diskussion um eine solche Lösung ist in der deutschen Linken marginal.

## 6.4 Fazit

Ein stark antiimperialistisch geprägtes Weltbild erweist sich also als Hemmschwelle bei der Sensibilisierung für das antisemitische Potenzial bestimmter ideologischer Positionen. Ebenso trägt dazu aber auch die komplette Delegitimierung jedweder Kritik an Israel durch die Antideutschen bei. Auf die beiden Pole (antideutsch-antiimperialistisch) zugespitzt, könnte man formulieren: Die eine Seite kann nicht zwischen Israelkritik und Antisemitismus/Antizionismus unter-

137 O. A. 2000: Israel, die Palästinenser, die arabischen Staaten, die USA – vier unvereinbare Versöhnungsprogramme, *Gegenstandpunkt* 4, S. 127-141, hier S. 128.

138 <http://www.arbeitermacht.de/international/palaestinaberichte1.htm> [24.4.08].

139 »Marxistische RevolutionärInnen unterstützen daher die Intifada des palästinensischen Volkes. Eine Lösung kann es nur geben, wenn der Staat Israel zerschlagen und ein gemeinsamer, arabisch-jüdischer Staat auf sozialistischer Grundlage errichtet wird.« (Gruppe ArbeiterInnenstandpunkt/Wien, <http://www.arbeiterinnenstandpunkt.net/alt/32.htm> [14.02.07]).

scheiden, während die andere Seite jeglichen möglichen Zusammenhang bestreitet. Die Antiimp-Seite beharrt zu ihrer Selbstlegitimierung stark auf der Unterscheidung von Israel – Juden – Zionismus. Und es kommt auch innerhalb dieses Lagers zu Kritik an Essentialisierungen des Zionismus, zum Beispiel als Reaktion auf Werner Pirkers Anwurf, dass es keine rechten und linken Zionisten gebe, sondern eben nur Zionisten<sup>140</sup>:

Es gibt vielleicht, es gab vielleicht- ja (dagegen habe ich auch polemisiert): Werner Pirker in der *Jungen Welt*. Dessen (Position) ich sehr schätze. Der hat mal einen Artikel losgelassen, so nach dem Motto, es gibt keine (rechten und linken Zionisten). Zionisten sind Zionisten. Der Meinung bin ich gar nicht. Es gibt auch unter Zionisten Links-Zionisten, die gibt es. Es gibt gewisse Gemeinsamkeiten aller Zionisten, aber es gibt eben darunter – auch vom klassenmäßigen her gesehen – Differenz. (11)

Während also im Vergleich zu den siebziger bis achtziger Jahren der Hass auf Israel und die geschichtsrevisionistischen NS-Gleichsetzungen aufgrund einer lang anhaltenden linken Debatte eindeutig zurückgegangen sind, hat der Umgang mit der nationalsozialistische Geschichte Deutschlands trotzdem nichts an Relevanz als intervenierender Diskurs verloren. Die Anschläge sind vielfältig.

## 7 Die Diffusion der Auseinandersetzung

In meiner Erinnerung hat das vor sieben Jahren keine Rolle gespielt und ist gerade 2000–2005 ganz stark in den Vordergrund gerückt, jetzt im postautonomen Spektrum. Und dadurch ging das so ein bisschen rein in Attac und so, aber ich glaube so linke Gewerkschafter diskutieren da glaube ich nicht besonders viel drüber. (02)

Die Diffusion, also das Eindringen der Auseinandersetzung und der gegensätzlichen Positionen in Zusammenhänge, die sich bisher nicht mit dem Thema befasst hatten, betrifft besonders die intermediären Netzwerke wie Attac, die Linkspartei und andere heterogene Organisationen sowie Bündnisse. Das Thema diffundiert aus der radikalen und traditionskommunistischen Linken in den Bereich der Sozialstaatslinken und innerhalb des NSB-Sektors. Die Grundlage dafür ist aber, dass die verschiedenen Identifikationsmöglichkeiten historisch als Repertoire in allen Feldern schon zur Verfügung stehen, also zum Teil auch nur wach gerufen werden müssen.

Bei Pax Christi bspw. ist ein innerorganisationeller Nahostkonflikt institutionalisiert. Dort schwelt seit Jahren die Auseinandersetzung zwischen der israelkritischen Nahostkommission und der israelfreundlichen Kommission Nationalismus/Antisemitismus. Der Vertreter der Nahostkommission berichtet, dass sich die

140 Werner Pirker 2002: Einen anderen Zionismus gibt es nicht, *junge Welt* vom 24.04.



organisationsinternen Gegenspieler ohne vorherige Absprache bei der israelischen Botschaft von einem Beschluss der Gesamtorganisation Pax Christi distanzieren, der ihnen zu einseitig erschienen war. Dieser Vorstoß führte wiederum zu großem Unfrieden bei Pax Christi. Andererseits berichtet er auch, wie die neuen pro-israelischen Akteure, hier in Gestalt der Aktion Dritte Welt Saar in das Feld der kirchlichen Internationalismusarbeit hineinzuwirken beginnen. Selbst das bisher stets gute und unproblematische Zusammenwirken in der Asylarbeit wurde durch die massiven im Laufe der zweiten Intifada in den Vordergrund tretenden Meinungs-differenzen in Bezug auf den Nahostkonflikt unmöglich gemacht. Das Beispiel verdeutlicht den Konfliktliniencharakter dieser Frage. Uneinigkeit beim Nahost-/ Antisemitismus-Thema macht in vielen Fällen Kooperation unmöglich – auch in davon nicht tangierten Politikfeldern.

Die Linkspartei zeigt deutlich, dass es sich bei dem Thema auch um ein Generationenproblem handelt. In diese Partei kommen pro-israelische Positionen durch die Partei-Jugend, die in vielen Fällen Kontakte und teilweise auch personelle Überschneidungen mit der linksradikalen Szene hat, die ja sehr jugendlich geprägt ist.<sup>141</sup> Abgesehen von einigen Nahoststreitigkeiten der StipendiatInnen der Rosa-Luxemburg-Stiftung, war der Nahostkonflikt kein großes Thema,<sup>142</sup> aber es ist ein Steckenpferd einiger Funktionäre, wie des Bundestagsabgeordneten Norman Paech, die versuchen, das Thema in der Partei im Sinne ihres traditionellen Antiimperialismus zu forcieren. Damit stießen sie auf Basis weit verbreiteter Palästina-Sympathie zunächst kaum auf Widerstand, bis sich im Jahr 2006 nach einigen zu extremen Positionierungen doch eine Debatte zu entwickeln begann.

Hintergrund war der Libanon-Krieg. Norman Paech bezichtigte Israel, einen »Vernichtungskrieg« zu führen.<sup>143</sup> Bei pro-palästinensischen Demonstrationen kam es, über die Kritik am israelischen Militäreinsatz hinausgehend, auch zu Solidarisierungen mit der radikalislamischen und antisemitischen Hisbollah-Miliz und zur Einladung eines Hamas-Regierungssprechers zu einer Nahostkonferenz der Partei im November 2006 (wo dieser nur nicht erscheinen konnte, weil er als Mitglied einer terroristischen Vereinigung kein Visum für die Bundesrepublik erhielt). Die Einladung rief einige Kritik hervor. Die stellvertretende Parteivorsitzende Katja Kipping schrieb ein Papier unter dem Titel »Für einen linken Zugang zum Nahostkonflikt jenseits von Antizionismus und antideutschen Zuspitzungen«<sup>144</sup>, in dem sie unter anderem die bedingungslose Anerkennung des israelischen Existenzrechtes fordert und dazu aufruft, den Antizionismus zu verwerfen.

141 Dabei soll hier ignoriert werden, dass der Interviewte von der stark pro-palästinensischen *jungen Welt* auch die Positionen der PDS-Führung für »antideutsch« hält, weil dort eine etwas vorsichtigere Parteinahme für die PalästinenserInnen mit Betonung auch der israelischen Rechte erfolgt, was getrost dem Zentrismus zugeordnet werden kann.

142 Im Programm spielen internationale Themen keine zentrale Rolle, traditionell antiimperialistische Positionierungen (die Völker gegen den Imperialismus) fehlen.

143 Norman Paech 2006: »Deutsche Soldaten in Israel nicht denkbar«, *taz* vom 26.7., S. 4.

144 [www.katja-kipping.de/nahost.htm](http://www.katja-kipping.de/nahost.htm) [14.2.07].

Der Berliner Landesverband und die Abgeordnetenhausfraktion, die dem Reform-Flügel zugerechnet werden, sowie einzelne vor allem jüngere Bundestagsabgeordnete sprachen sich gegen islamistische Bündnispartner aus und forderten, nicht Israel zum Alleinschuldigen zu erklären.<sup>145</sup> Einige sächsische Parteimitglieder, die dem linksradikalen Parteiflügel angehören, meldeten sich in einem Offenen Brief<sup>146</sup> und der Erklärung »Hamas raus aus den Köpfen« zu Wort, wo eine Distanzierung der Linkspartei von Hamas und Hisbollah gefordert wurde, und organisierten eine bundesweite Reihe von Diskussionsveranstaltungen zum Umgang der Linkspartei mit dem Nahostkonflikt. Aus diesem Impuls entstand 2007 der Bundesarbeitskreis Shalom als »Plattform gegen Antisemitismus, Antizionismus, Antiamerikanismus und regressiven Antikapitalismus« innerhalb der Linkspartei.

Auseinandersetzungen gab es auch in der WASG. Die Linksruck-Aktivistin Christine Buchholz, die auch Mitglied im Bundesvorstand der WASG ist, erklärte während des Libanon-Kriegs im Interview mit der *taz*, dass die »Dämonisierung der Hisbollah« ein »Teil der Kriegführung« sei. In dem asymmetrischen Konflikt kämpfe auf der einen Seite Israel mit Unterstützung und für die USA. »Auf der anderen Seite stehen in diesem Konflikt die Hisbollah, die Friedensbewegung in Israel und die internationale Antikriegsbewegung. Das ist die Seite, auf der auch ich stehe.«<sup>147</sup> WASG-Vorstandskollege Fritz Schmalzbauer distanzierte sich umgehend in einer Erklärung und sprach sich für friedliche Lösungen und ausgewogenere Standpunkte aus. Doch die Positionsbestimmung ist nicht abgeschlossen. Mit WASG-Star Oskar Lafontaine steht an der Spitze der Linksfraktion im Bundestag jemand, der sich in die gleiche Richtung profilieren will. Lafontaine äußerte im Interview mit dem *ND*, dass der Islam wegen seiner Verpflichtung zur Hilfe für Arme und wegen des Zinsverbotes für Linke ein natürlicher Partner sei.<sup>148</sup> Angekreidet wurde ihm in diesem Kontext eine geplante Reise zum iranischen Präsidenten Ahmadinedschad, der als Unterstützer des islamistischen Terrorismus und unbelehrbarer Holocaustleugner gilt (Holz 2006).<sup>149</sup> Radikalen Linken im Umfeld der Linksparteien stieß dies auf, weil Lafontaine damit erneut eine populistische Haltung mit Anschlüssen nach ganz rechts offenbarte. Seine, weiter oben erwähnte Rede gegen die »Fremdarbeiter« und sein Engagement für die Einrichtung von Auffanglagern für Flüchtlinge in Nordafrika gingen dem voran.<sup>150</sup> Der stärkste Vertreter einer solchen traditionslinken und antiimperialistischen Po-

145 Bozic, Ivo 2006: Hamas im Bundestag, *jungle World* vom 25.10., S. 9.

146 Offener Brief an Mitglieder der Linksfraktion im Deutschen Bundestag, [http://www.linxxnet.de/aktuell/07-08-06\\_offener-brief-israel.htm](http://www.linxxnet.de/aktuell/07-08-06_offener-brief-israel.htm) [14.02.07].

147 Buchholz, Christine 2006: Im Krieg muss sich die Linke positionieren, *jW* vom 15.8., S. 2.

148 O. A. 2006: Lafontaine fordert Nichtangriffsgarantien für den Iran, *ND* vom 12.2., <http://www.presseportal.de/story.htx?nr=784861> [15.2.07].

149 Der Zweck seiner Reise lag sicher mehr in der Verhinderung eines weiteren völkerrechtswidrigen Angriffskrieges, pro-israelische Kritiker wiesen dies aber Appeasement zurück (Bozic 2006).

150 DPA 2004: Lafontaine findet Schilys Lager gut, *taz* vom 5.8., <http://www.taz.de/pt/2004/08/05/a0157.1/text.ges,1> [15.02.07].

sition im Umfeld der Linksparteien ist mittlerweile der Journalist Jürgen Elsässer. Als Autor der *jungen Welt* und Mitarbeiter des Magazins *Clara* der Linksfraction fordert er explizit einen neuen linken Populismus. Dies ist erstaunlich, zählte er doch bis zur Jahrtausendwende zu den profiliertesten Vertretern der Antideutschen. Doch er trifft mit seiner Forderungen des Anschlusses nach rechts auf unterschiedenen Widerspruch in Teilen der Basis und der Parteiführung.<sup>151</sup>

Noch ist nicht abzusehen, dass diese Tendenzen die Linie der Linkspartei so beeinflussen und populistische wie nationale Elemente antisemitische Akteure bündnisfähig machen oder die strukturelle Anschlussfähigkeit durch linksnationalistischen, personifizierenden, antiamerikanischen Antiimperialismus wieder erhöhen. Die Debatte schlug keine hohen Wellen. Die Nahost- und Antisemitismusdiskussion, die hier mit der Frage eines neuen Populismus diskursiv verschränkt auftrat, ist nur ein weiteres problematisches Element in der immer angespannten und von Reibungen geprägten Atmosphäre einer Strömungspartei, die hier interessanterweise junge, libertäre Radikale und sogenannte Reformer zusammenbrachte – gegen die Traditionslinken.

Für Attac, die immer wieder in der Diskussion standen, ist der Nahostkonflikt kein Kernthema. Laut Selbstverständnis widmet sich Attac bei einem an sich breiten Interesse doch vor allem Fragen der ökonomischen Globalisierung bzw. nimmt bei anderen Themen die »Perspektive ökonomischer Globalisierung« ein.<sup>152</sup> Selbst eine allgemeine Ablehnung von Besatzung ist in den wichtigen Grundsatzpapieren zum Selbstverständnis nicht zu finden, geschweige denn eine explizite Erwähnung des Nahostkonflikts. In den wichtigsten Mitteilungen Attacs für Mitglieder und Interessierte auf Bundesebene (dem Attac-Rundbrief und der Mailingliste Attac-D) gibt es kaum Erwähnungen des israelisch-palästinensischen Konfliktes – er ist kein Top-Thema für Gesamt-Attac zwischen Anti-Privatisierungskampagnen und Neoliberalismuskritik. Und doch ist der Konflikt zwischen Israel und den PalästinenserInnen auf einer anderen Ebene ein wichtiges Thema. Eine Auswertung der Attac-Homepage<sup>153</sup> (incl. der der regionalen und lokalen Attac-Gruppen) zeigt ein anderes Bild, nämlich dass Israel und Palästina extrem häufig erwähnt werden. Abgesehen von den USA und Frankreich hat kaum ein anderes Land in den verschiedenen Papieren, Berichten und Stellungnahmen eine so große Bedeutung<sup>154</sup>. Weder Brasilien, das Land, das wegen der Sozialforen in

151 Breitenbach, Elke; Schubert Katina 2006: Auf den Inhalt kommt es an, *UTOPIE kreativ* 194, S. 1137 f.; Petra Pau 2006: Sinn stiften und Mut machen, [http://www.linkspartei-berlin.de/partei/parteitage/10\\_landesparteitag/basiskonferenz/beitraege/pau/](http://www.linkspartei-berlin.de/partei/parteitage/10_landesparteitag/basiskonferenz/beitraege/pau/) [15.2.07].

152 <http://www.attac.de/ueber-attac/was-ist-attac/selbstverstaendnis/> [17.2.07].

153 Suche mit der Suchmaschine Google am 19.1.2004. Gesucht wurde nach Seiten mit den Ländernamen oder den möglichen Adjektivformen. Nicht erfasst wurde dabei die zusätzlich hohe Anzahl von Erwähnungen unter dem Namen Nahostkonflikt.

154 Andere hohen Werte (Irak, USA, Frankreich) erklären sich wohl wie folgt: Irak wurde seit 2002 zum Schwerpunktthema, und nicht nur in diesem Zusammenhang spielt die Supermacht USA eine entscheidende Rolle. Frankreich erfüllt als Ort der Gründung von Attac und Heimat eines der größten und aktivsten Attac-Verbände eine entsprechende Orientierungsfunktion.

Porto Alegre, wegen der Präsidentschaft Lulas und wegen der sozialen Kämpfe dort, ein wichtiges Attac-Thema darstellt, noch Argentinien oder Russland, die wegen der Finanzkrise immer wieder in Attac-Analysen und -Flugblättern auftauchten, können da mithalten. Dazu muss man sich vor Augen halten, dass die Nennung Brasiliens oder Argentinien i. d. R. mit den eigentlichen Kernthemen Attacs verbunden ist. Wo Israel und Palästina erwähnt werden, geschieht dies jedoch fast ausschließlich im Kontext des Nahostkonflikts und der Besatzung, nicht bspw. in Hinblick auf Globalisierungskritik oder Globalisierungsfolgen in der Region, was nahe an den Kernthemen von Attac läge. Dabei überwiegt eine israel-kritische Sicht, die die Besatzungspolitik angreift.

Wie in der Linkspartei geht die Beschäftigung mit dem Nahostkonflikt von einigen Kräften aus, die mit aller Macht versuchen, diesen in seiner Bedeutung für die Attac-Arbeit aufzuwerten. Doch noch bevor der Nahostkonflikt kontrovers diskutiert wurde, hatte Attac bereits eine Antisemitismuskritik. Sie begann etwa 2002, und wie im Falle der Linkspartei.PDS wurde die Debatte vom linken Rand und interessierten Einzelpersonen hereingetragen. Die Kritikpunkte an Attac entsprachen den neuen Themen der antideutsch beeinflussten Linken. Diese fanden, die auf eine Zügelung der Finanzmärkte abzielenden Kernforderungen von Attac seien in ihrer Fixierung auf die Sphäre der Zirkulation anschlussfähig für den Antisemitismus – oder in der radikaleren Diktion gar strukturell und notwendig antisemitisch –, weil damit die antisemitische Unterscheidung zwischen raffendem und schaffendem Kapital reproduziert werde. Und tatsächlich musste auch in einem internen Bericht »die prinzipielle Haltung Attacs gegenüber Antisemitismus und Nationalismus mehrfach in Zweifel gezogen«<sup>155</sup> werden. Auslöser für die Einschätzungen waren die Teilnahme von Neonazis an Attac-Demonstrationen, die Verteidigung der antisemitischen Äußerungen von Jürgen Möllemann und Jamal Karsli auf Attac-Mailinglisten und die vereinzelt Aktivitäten von rechtsextremen Organisationen und Personen in Attac, insbesondere der Bürgerrechtsbewegung Solidarität (BüSo) und zinsablehnender Gesellianer-Zusammenhänge.<sup>156</sup> Eine ausgiebige Berichterstattung mit Enthüllungen fand sich in der linken und linksliberalen Presse (v. a. in der *jungle world* und in der *taz*, aber auch in den Mainstream-Medien). In der zitierten Erklärung des Koordinierungskreises wurden diese Vorwürfe ernst genommen, jedoch in ihrer Pauschalität zurückgewiesen. Von dieser Zeit an etablierte sich innerhalb von Attac eine Fraktion von AntisemitismuskritikerInnen, die von nun ab für eine Wachsamkeit gegenüber den möglichen rechten Anschlüssen der Attac-Ideologie und -Arbeit stritten.<sup>157</sup> Sie

155 Grenzen der Offenheit. Eine Klarstellung. Diskussionspapier des Attac-Koordinierungskreises zu Antisemitismus, Rassismus und Nationalismus, 18.12.2002, in: Globalisierungskritik und Antisemitismus. Zur Antisemitismuskritik in Attac, Raeder Nr. 3 des Wissenschaftlichen Beirats von Attac Deutschland.

156 ebd., Int. 19.

157 Neben Sebastian Wertmüller, der Attac in der Presse kritisierte, waren dies auf Bundesebene die Funktionsträger Thomas Seibert, Werner Rätz und auch Peter Wahl sowie viele weitere Einzelpersonen. Auch einzelne Ortsgruppen oder lokale AGs (u. a. in Würzburg, Göttingen, Köln, Bonn) beschäftigten sich fortan mit dem Thema und positionierten sich in der Folge explizit selbstkritisch und anti-antisemitisch.

betonen neben den strukturellen ideologischen Anschlüssen vor allem die Bedeutung des deutschen Kontextes, der eine besondere Verantwortung impliziere.

Bei diesem Thema gibt es freilich Grenzen der Offenheit und Essentials, die nicht verhandelbar sind. Zu diesen Essentials gehört zuallererst, dass wir als Deutsche nicht von der Singularität des Holocausts, von einer historisch einmaligen Konstellation, in der wir uns bewegen, und von einer besonderen Verantwortung abstrahieren können. Das gibt es in dieser Weise in keinem anderen Land. Daher können wir auch nicht einfach die Positionen von Kollegen aus Frankreich oder sonst woher übernehmen. Das ist die Konsequenz des deutschen Sonderwegs 1933-45. ...

Wir können aus dieser deutschen Geschichte nicht einfach austreten. Dies bedeutet nicht, um Missverständnissen vorzubeugen, die Übernahme einer Kollektivschuldthese, von der Adorno einmal sagte, dass sie aus dem gleichen Geist kommt, gegen den sich zu richten sie vorgibt.

Angesichts all dessen versteht es sich, dass es bei ATTAC keinen Platz für Antisemitismus gibt. Sollte es einzelne Personen geben, die antisemitische Position vertreten, muss das zur Trennung von diesen führen.<sup>158</sup>

Einen neuen Impuls bekam die Diskussion während des Irakkrieges. Es bestand und besteht in Attac *eine* relative Einmütigkeit in der Ablehnung desselben aus verschiedenen Gründen. Eine Fraktion, die sich zu großen Teilen aus älteren antiimperialistischen Linken und dem Linksruck rekrutierte, versuchte jedoch eine klassisch antiimperialistische Positionierung Attacs zu erreichen. Zudem begannen diese Akteure, die sich in der bundesweit tätigen AG Globalisierung und Krieg sammelten, eine Verknüpfung mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt vorzunehmen. Auf einer sogenannten Speaker-Tour u. a. mit der Friedensaktivistin Yvonne Ridley von der britischen Stop The War Coalition kam es zum Skandal. Gleich zu Beginn dieser Tour, bei der Auftaktveranstaltung in Göttingen, gab es heftige Vorwürfe gegen Yvonne Ridley, die immer wieder Verbindungen zwischen dem Thema Irakkrieg und dem Nahostkonflikt herzustellen versuchte und der anschließend vorgeworfen wurde, von der »faschistischen israelischen Regierung« und dem »kolonialen Konstrukt Israel« gesprochen zu haben.<sup>159</sup> Die zu diesem Zeitpunkt offen ausgebrochene Debatte führte zu Tumulten auf Veranstaltungen, ausgiebiger Presseberichterstattung und hitzigen Diskussionen im Internet. Ein mehrtägiger Workshop und ein Reader zum Thema konnten die Fronten eines ohnehin bestehenden, letztlich nur in Attac ausgetragenen Konfliktes erwartungsgemäß nicht auflösen. Ebenso ausgemacht war jedoch, dass der Versuch, Attac antiimperialistisch-antizionistisch zu positionieren, keine Mehrheit finden würde. Die AntisemitismuskritikerInnen bei Attac sehen eine Mehrheit ins-

158 Bericht des Ko-Kreises an den Ratschlag in Aachen, 17.10.2003.

159 Vgl. die Berichte der AG (Attac Friedenstour, Reader, [www.attac.de/globkrieg/reader/ft2.pdf](http://www.attac.de/globkrieg/reader/ft2.pdf) [15.2.07]) und die Sicht eines Kritikers aus der Attac-Führungsebene (Rätz, Werner: Ist zwei und zwei vier? Zum Streit um Antisemitismus in Attac, *ak* 477, vom 17.10.2003).

besondere gegen Boykottaufrufe auf ihrer Seite. Auch der wohl lauteste und härteste interne Kritiker Attacs, der DGB-Funktionär Sebastian Wertmüller schildert die Debatte im Gespräch mittlerweile als Erfolg und konstatiert eine gewachsenen Behutsamkeit beim Thema Antisemitismus, insbesondere bei radikaleren Linken, wo Abgrenzung vom Antisemitismus mittlerweile zum Grundrepertoire der Positionen zähle.

Auch die Jusos sind von der Auseinandersetzung betroffen, wenngleich vorausgeschickt werden muss, dass diese ohnehin nicht einfach in Gänge der Linken im hier verwendeten Sinn zugerechnet werden können.<sup>160</sup> Nach Ansicht einer sächsischen Juso-Funktionärin gibt es einzelne Ortsgruppen, deren Argumente aus ihrer Sicht tendenziell »antideutsch ausgerichtet« (Int. 26) waren, besonders in Berlin und Bayern.<sup>161</sup> Der Berliner Landesverband grenzte sich bspw. in einer Erklärung von der seiner Meinung nach einseitig israelkritischen Öffentlichkeit ab und betont den antisemitischen Charakter der Israel-Gegner.<sup>162</sup> Viele Organisationen widmeten dem Thema Kongresse und Konferenzen, so der BUKO und die Hans-Böckler-Stiftung (Brosch et al. 2007), und eine wahre Publikationsflut setzte ein. Die Beispiele ließen sich auf der Ebene verschiedener kleiner Organisationen fortsetzen, wo es z. T. einzelne AktivistInnen sind, die das Thema auf- und die Gruppe damit zur Diskussion und u. U. gar zum Zerbrechen bringen. Hier ist aber auch noch einmal daran zu erinnern, dass es sich trotzdem um einen Streit mit begrenzter Wirkung und Bedeutung handelt. Linkspartei, WASG und linke Gewerkschafter sowie der NSB-Sektor bspw. werden davon eben nur in Teilen tangiert, der Nahostkonflikt steht dort mehrheitlich hinter sozialen Fragen der Sozialstaatslinken oder der Themenvielfalt der NSB zurück. Dies hervorzuheben ist wichtig, weil es alarmistische Einschätzungen, die einen grassierenden Antizionismus der Linksparteien sehen (Bozic 2006), durch die Zweitrangigkeit des Themas in diesen klar relativiert.

## 8 Deutungsmuster im linken Nahostdiskurs

Die Aggregation der hier im Detail nachgezeichneten Auseinandersetzungen um den Nahostkonflikt in der deutschen Linken ergibt vier grundsätzliche, die Debatte steuernde Deutungsmuster. Innerhalb der einzelnen *frames* gibt es jeweils

160 Die Landesverbände und auch Ortsgruppen sind sehr verschieden, manche tendieren eher zur »Neuen Mitte« oder gar zum typischerweise als rechts apostrophierten Seeheimer Kreis, während andere sogar eine gewisse Affinität zu Positionen der radikalen Linken aufweisen und antikapitalistische, feministische und antirassistische Positionen beziehen.

161 Auch in der radikalen Linken finden sich diese regionalen Unterschiede. Aus den schon erwähnten Gründen des Neuanfangs sind antideutsche Positionen im Osten recht weit verbreitet. Sachsen gilt dabei als Hochburg, daneben aber auch Nordrhein-Westfalen (VS NRW 2004: 137, LfVS Sachsen 2002: 63).

162 Vgl. die Erklärung des Berliner Juso-Landesverbandes »Für die Sicherung des Existenzrechts Israels!« ([www.jusos-berlin.de/index.php?m1=beschluesse](http://www.jusos-berlin.de/index.php?m1=beschluesse) [30.08.2006]).

eine dominante Positionierung (also einen mit höherer Wahrscheinlichkeit bezogenen Standpunkt) im Konflikt.

Das weiterhin dominante Deutungsmuster der Linken soll hier »Besatzungsframe« heißen. Inhaltliche Elemente, die in diesem *frame* diskutiert werden können, sind im Wesentlichen Israels Stärke, Macht und Tätercharakter sowie die Machtlosigkeit und der Opferstatus der PalästinenserInnen/AraberInnen. Ein solches Framing des Nahostkonflikts wurzelt z. T. im antiimperialistischen Antizionismus, aber, wie gezeigt wurde, auch in menschenrechtlich und internationalistisch oder antinational beeinflussten Positionierungen. Die dominante Positionierung in diesem Deutungsmuster ist pro-palästinensisch und israelkritisch, oft, vor allem bei antiimperialistischen AntizionistInnen israelfeindlich.

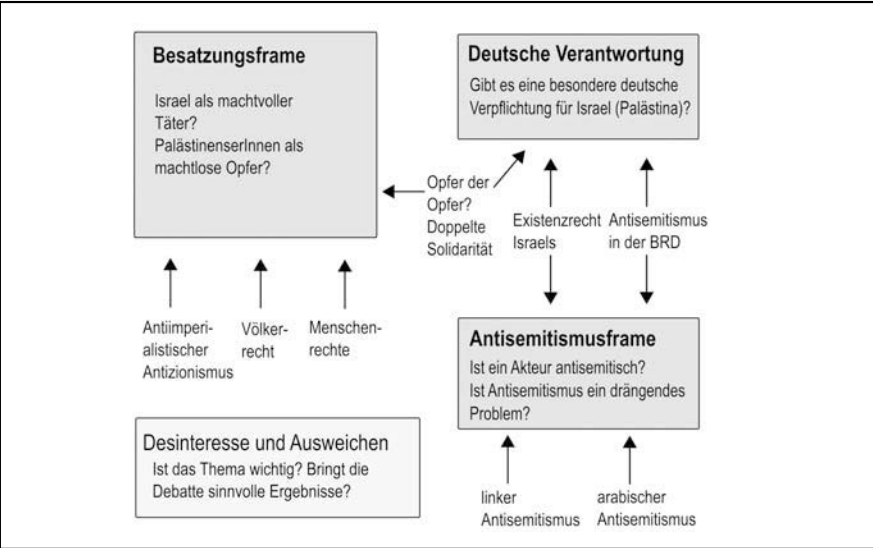
Zwei andere Deutungsmuster fungieren als ein direktes Gegenframing, weil sie in der Regel in Anschlag gebracht werden, um die dominante Position im Besatzungsframe zu delegitimieren oder abzuschwächen. Sie hängen, was ihre diskursiven Gelegenheitsstrukturen und ihre tatsächliche Verwendung angeht, sehr eng miteinander zusammen. Es handelt sich um die *frames* »deutsche Verantwortung« und »Antisemitismus«. Im *frame* deutsche Verantwortung wird verhandelt, ob aus der deutschen Geschichte eine Verpflichtung resultiert. Dass eine solche besteht, ist fast allgemeiner Konsens. Wie dargelegt, kann sich dies auf alle Konfliktparteien oder auf nur eine der beiden Seiten beziehen. Die dominante Position in diesem Deutungsmuster ist aber die einer Verantwortung für Israel und die Sicherung seiner Existenz. Aufgrund der deutschen Geschichte gelte es zudem, Israel zu unterstützen oder sich in der Kritik am jüdischen Staat zurückzuhalten. Schließlich folge aus der historischen Verwicklung Deutschlands und der Deutschen auch eine Verpflichtung gegenüber Massenverbrechen aller Art, aber besonders gegenüber dem Antisemitismus wachsam zu sein. Nur selten gibt es eine Zurückweisung dieser historischen Verantwortung.

Trotz der engen Verflechtung mit dem Deutungsmuster »deutsche Verantwortung« hat sich der Antisemitismusframe von diesem Kontext teilweise gelöst. Die in diesem Deutungsmuster wichtigen Überlegungen und Diskussionen fragen danach, ob am Nahostkonflikt beteiligte Akteure antisemitisch sind oder ob eine bestimmte Sicht auf den Nahostkonflikt oder eine Thematisierung des Nahostkonflikts an sich in der Bundesrepublik Antisemitismus befördern oder gar als Ursache haben. Die im Deutungsmuster dominante Position ist eine, die bei einer hohen Sensibilisierung vor Antisemitismus warnt; die Gegenposition weist Antisemitismusvorwürfe oft als unberechtigt zurück.<sup>163</sup> Von der deutschen Situation weggehend, gelangt auch immer mehr das Thema arabischer Antisemitismus und der Transfer des Antisemitismus aus Deutschland in die arabische Welt in den Blick.

163 Die Diskussion um Antisemitismus verläuft ohnehin sehr speziell. Während bspw. auf den Vorwurf »Du bist Kommunist und das ist schlecht!« geantwortet werden könnte »Ja, ich bin Kommunist, aber das ist gut!«, also eine Diskussion um den evaluativen Aspekt stattfindet, ist die Reaktion auf den Antisemitismusvorwurf außer in der radikalen Rechten i. d. R. ein Abstreiten des Wahrheitsgehaltes des Vorwurfs.

Im Prinzip gibt es zweierlei Reaktionen auf die Existenz konkurrierenden Framings für dieselbe Sache. Lernen und Verhärtung. Letzteres tritt auf, da oft genug mit der Wahl unterschiedlicher *frames* schlicht aneinander vorbei geredet wird. So erklärt sich, dass zumindest Hardliner der antideutschen und antiimperialistischen Linken nicht miteinander kommunizieren können, weil sie sich nicht auf grundlegende Sichtweisen und Begriffe einigen könnten. Der Antisemitismusvorwurf bspw. wird in der Linken nicht nur gelegentlich, innerhalb der Antideutschen inflationär, ausgesprochen, sondern auch häufig schlicht nicht verstanden. Die Folge ist Abwehr und Abgrenzung. Die Diffusion der Auseinandersetzung um Antisemitismus und den Nahostkonflikt hatte aber auch die beschriebenen Lernprozesse zur Folge, die zu komplexeren Sichtweisen auf den Konflikt führten, weil sie Elemente der verschiedenen *frames* in ihre jeweilige Positionsbildung mit aufnahmen. Sowohl die Verhärtungen als auch die Lernprozesse führen zu Deutungsmustern, die in der grafischen Darstellung nur am Rand angezeigt werden (»Desinteresse und Ausweichen«), weil sie eher davon abraten, sich als deutsche Linke mit dem Nahostkonflikt zu befassen. Das Thema wird in solchen *frames* als nervenaufreibend und nicht zielführend sowie von anderen bzw. wichtigeren Fragen ablenkend gedeutet. Im real vorhandenen Diskurs kommen diese Deutungsmuster fast immer zusammen und zwingen so zu Komplexitätssteigerung. Genau dies ist die Ursache für den erfolgten Lernprozess.

Abbildung 13: Die Deutungsmuster des deutschen linken Diskurses über den Nahostkonflikt





## 9 Fazit: Lernprozesse?

Insgesamt besteht in der Linken mittlerweile eine recht große Einigkeit in der Anerkennung Israels als Staat – bei KritikerInnen wie UnterstützerInnen dieses Landes (außer bei einem harten Kern des traditionellen Antiimperialismus), Uneinigkeit jedoch in der Frage, welche Kritik an Israel legitim oder notwendig ist. Und dass es an der israelischen Besatzungspolitik und der – so die weit verbreitete Deutung – dadurch verursachten schlechten Lebenssituation der PalästinenserInnen etwas zu kritisieren gibt, ist relativer *common sense*, außer beim harten Kern der explizit pro-israelischen Gruppen und Organisationen. Das Problem ist heutzutage also nicht mehr ein Antizionismus, der Israels Existenz bestreitet. Die linken Antisemitismusk Diskussionen waren nämlich tatsächlich Lernprozesse und haben diesbezüglich zu einer deutlich komplexeren Sicht auf den Konflikt als in der Vergangenheit der Linken geführt. Das Potenzial Israel (im positiven wie negativen Sinne) immer besonders zu bewerten bleibt weiterhin bestehen, wie sich auch in der neuen militanten Israelsolidarität der Antideutschen zeigt.

Neben anderem haben die Antisemitismusk Diskussionen dazu geführt, dass auch die PalästinenserInnen mittlerweile differenziert wahrgenommen werden. Wenn auch Empathie für sie und ihre in der Regel als misslich gedeuteten Lage besteht, so sind sie nicht mehr wie früher Objekt blinder Idealisierung und werden, besonders im Hinblick auf die Attentate auch harscher Kritik unterzogen. Doch es gibt weiterhin Residuen einer unkritischen Palästina-Solidarität im traditionskommunistischen Sektor. Manche Antideutsche wiederholen allerdings in Bezug auf die PalästinenserInnen ein Muster des Antizionismus. Wenn von den PalästinenserInnen wie auf der Homepage der Berliner Autonomen Antifa Nordost nur als »sogenannten Palästinensern«<sup>164</sup> die Rede ist, wiederholen sie den Brauch, Israel nur in Anführungszeichen erscheinen zu lassen und ihm damit die Existenzberechtigung abzuspochen – nur an der anderen Konfliktpartei. Für beide Seiten zeigt sich: Distanz zu halten ist extrem schwierig und Parteinahme noch gelegentlich total.

Das dominierende Bild ist das einer Linken, die durch das stete Vorhandensein konkurrierender Sichten auf den Konflikt immer wieder zu Reflexion gezwungen ist und somit langsame Positionswandlungen erfährt. Die Heftigkeit, in der die Diskussion geführt wird, ist dafür sogar Voraussetzung, weil sich das Thema nicht totscheiden lässt. Die Art und Weise, wie die Diskussion geführt wird und die den Positionen zugrunde liegenden differierenden Weltbilder führen jedoch auch zu Verhärtungen an den Polen und zu Verunsicherung bzw. Vermeidung des Themas. In diesem Sinne unterscheidet sich die Linke nicht von der Mehrheitsgesellschaft. Die Ursache dieses Lernprozesses findet sich im spezifisch deutschen Framing des Konfliktes, das wiederum die diskursiven Opportunitäten der deutschen

164 <http://www.nadir.org/nadir/initiativ/aanb/aano.html> [12.02.2006]

politischen Öffentlichkeit und politischen Kultur spiegelt. Ganz klar zeigte sich, dass, wenn über den Nahostkonflikt gesprochen wird, eigentlich etwas anderes Thema ist – politische Kultur und politische Legitimität in Deutschland.

## VII Die britische Linke

Die Aufgabe des folgenden Kapitels ist die Beantwortung der Frage, wer die britische Linke ist und welche linken Anschlussdiskurse für den Nahostdiskurs bestehen. Wie für die deutsche Fallstudie konnte dabei auf wenig aktuelle Sekundärliteratur zurückgegriffen werden, weshalb auch hier die eigenen Interviews die Hauptquelle der Informationen bilden.<sup>165</sup> In der Grundstruktur sich am Kapitel über die deutsche Linke orientierend, soll es auch hier zunächst darum gehen, das gesamte Feld der Linken zu beschreiben. Darstellung finden die für die Binnengliederung entscheidenden innerlinken Konfliktlinien, die wichtigsten Akteure, deren Kommunikationsmedien und die für sie wichtigen Themen, Debatten und Auseinandersetzungen mit besonderem Augenmerk auf diejenigen, die als Anschlussdiskurse für den linken Nahostdiskurs fungieren. Im Zentrum des Interesses stehen dabei verschiedene Entwicklungen, die mit dem Krieg gegen den Irak zusammenhängen. Die Kriegsbeteiligung des eigenen Landes und der als besondere imperialistische Bedrohung wahrgenommenen USA resultierten in der größten Protestmobilisierung der britischen Geschichte, bestimmten die Agenda der Linken und führten zu neuen ideologischen und organisatorischen Koalitionen. Wieder einmal erwies sich dabei der traditionelle Antiimperialismus als bestimmendes Element britischen linken Denkens.

### 1 Wer ist die britische Linke?

#### 1.1 Konfliktlinien, Lager und Organisationen

Für fast alle Befragten war es unzweifelhaft, dass sich mit dem Begriff »die Linke« politische Parteien, Gruppierungen und Bewegungen zusammenfassen lassen, die sich auf einem impliziten Links-Rechts-Kontinuum links von der Labour Party befinden.<sup>166</sup> Eingeschlossen in die Linke wird jedoch meist deren »linker Rand«, die Labour-Linke, die sich derzeit insbesondere um die Socialist

165 Überblickte zur Geschichte und Politik der britischen Linken vgl. Callaghan (1987, 1990, 1990a), Leach (1991), Adams (1998). Diese Autoren behandeln allerdings nur die sozialistischen Strömungen.

166 Mehrfach wurde eine andere Bezeichnung für die politischen Verortung gewählt: *radical*. Diese Kategorie steht nicht im Widerspruch zu links, bezieht sich aber auf eine breitere Tradition radikaldemokratisch-libertären Denkens.

Campaign Group konzentriert. Dieses Verständnis der Grenzziehung nach rechts wurde entweder explizit geäußert oder ergab sich implizit – als die Summe der genannten Lager oder Strömungen. Großbritannien unterscheidet von vielen kontinentaleuropäischen Ländern, dass es nie eine starke kommunistische, sozialistische oder anarchistische Partei mit Massenbasis gab (Leach 1991: 153).<sup>167</sup> Somit war die Labour Party mit ihrer tiefen gewerkschaftlichen Verankerung immer auch Handlungsfeld und Bezugspunkt für sonst zu Bedeutungslosigkeit verdammt andere Linke (Chun 1996: 31).

Zur Linken gezählt wurden vor allem die sozialistischen (marxistischen, kommunistischen, leninistischen, trotzkistischen) Gruppen, Parteien und Personen; ferner die libertäre, anarchistische Linke und eine Reihe von Bewegungen, Kampagnen und Themen. Gibt es aber neben den einzelnen Lagern auch grundlegendere Begrifflichkeiten, mit denen sich »die Linke« beschreiben lässt? Für die Darstellung kann auf die grundsätzlichen Beschreibungsdimensionen, die auch für die deutsche Linke gelten, zurückgegriffen werden. Daran müssen jedoch einige Modifikationen vorgenommen werden. Ganz klar stellt ein antagonistisches Verhältnis den zentralen Konflikt in der britischen Linken dar. Dies ist der Materialismus-Postmaterialismus-Konflikt, der sich in Großbritannien weitaus deutlicher gestaltet und eine kaum durchdringbare Grenze schafft, die weit einschneidender wirkt als ihr bundesdeutsches Pendant. Auf der einen Seite stehen die klassischen sozialistischen und hierarchisch strukturierten Organisationen, die strategisch auf Massenmobilisierung fokussieren (*sozialistische Linke*<sup>168</sup>). Auf der anderen stehen die vielfältigen, nicht hierarchischen radikalen Linken und Neuen Sozialen Bewegungen, die über *direct action* als bevorzugte Handlungsoption verfügen (*libertäre Linke*). Die Stärke dieses Antagonismus und Übereinstimmungen hinsichtlich des Aktionsrepertoires führt dazu, dass die Grenze zwischen reformorientierten (NSB-Feld) und radikalen Linken deutlich weniger scharf ist. Trotzdem gibt es sie. Innerhalb des sozialistischen Feldes hängt diese zweite (Radikalitäts-)Linie vor allem mit der Frage des Verhältnisses zur Labour Party zusammen, und trennt diejenigen, die um die und mit der Labour Party für den Sozialismus/Kommunismus etc. kämpfen wollen, von denen, die dies außerhalb Labours tun. Die libertäre Abgrenzung von der anderen Gruppe erfolgt aufgrund ihrer Frustration durch Methoden und Arbeitsweisen der organisierten SozialistInnen bei gleichzeitiger Anerkennung inhaltlicher Gemeinsamkeiten, z. B. in der Regel übereinstimmend positiver prinzipieller Wertung des Konzeptes Sozialismus.

Die folgende Tabelle fasst die verschiedenen gegensätzlichen Begriffe zusammen, wie sie, meist gut entlang dieser Konfliktlinie anzuordnen, in den Interviews beschrieben wurden und die sich als Ebenen oder Dimensionen der Konfliktlinie verstehen lassen.

167 Im Vergleich zu anderen Ländern, insbesondere Deutschland, waren Theorie und Ideologie immer unwichtiger als eine moralische und wertorientierte Fundierung des Linksseins (Owen 1999: 208, Howe 1993: 170).

168 Andere, bspw. McKay (1998a: 15), bezeichnen die sozialistische Linke ebenso treffend als *traditional left*.

Tabelle 1: Selbstbeschreibungen britischer Linker auf der Materialismus/Postmaterialismus-Konfliktlinie

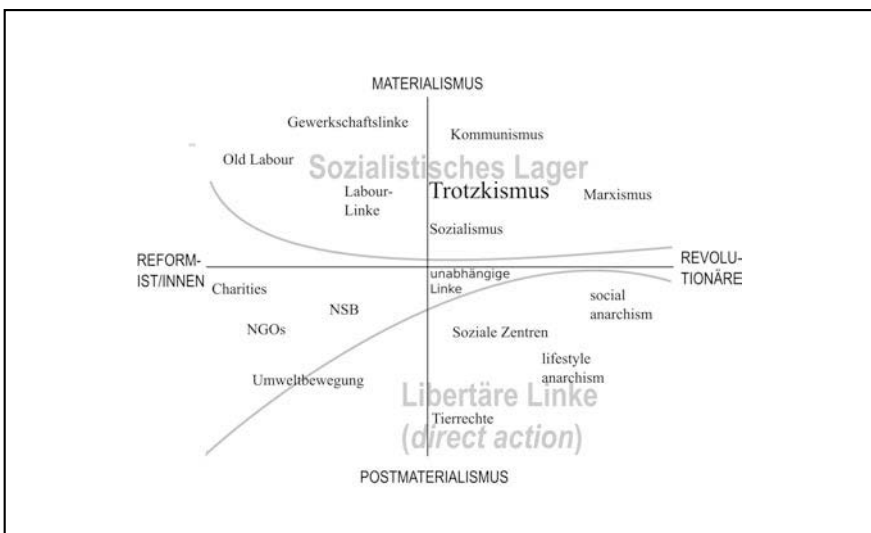
Dimension	Ausprägung (Oppositionspaare)	
	materialistisch	postmaterialistisch
Ideologisch-dogmatisch	SozialistInnen, trotzkistische/leninistische Linke	AnarchistInnen, libertäre, ( <i>independent left</i> )
Aktionsform (Anspruch)	Massenmobilisierung	<i>direct action</i>
Organisationsform	Partei <i>verticals</i>	nicht hierarchisch, Kleingruppen <i>horizontals</i>

Die Begriffe vertikal/horizontal sollen die unterschiedliche Organisationsstruktur beschreiben – auf der einen Seite klare Hierarchien, Ämter, Weisungen, oft das bekannte leninistische Parteiorganisationsprinzip mit dem euphemistischen Namen »demokratischer Zentralismus« und auf der anderen Seite flache Hierarchien (mit angestrebter Hierarchielosigkeit), Basisdemokratie oder Konsensorientierung mit den Hauptzielen Unabhängigkeit und Freiheit. Auf dieser Grundlage werden hierarchische Organisationsformen abgelehnt, als ein Mittel, das sich nicht eigne um Herrschaft von Menschen über Menschen zu überwinden. Zwischen den beiden großen Lagern der Linken besteht eine Beziehung, die von Nichtbeachtung (die meisten Interviewten aus dem sozialistischen Lager erwähnen die Libertären nicht oder kaum) über Vorsicht und Argwohn bis hin zu Feindseligkeit reicht. Die aus libertärer Sicht negativen Aspekte an den als zu hierarchisch empfundenen sozialistischen Parteien kristallisieren sich häufig am Feindbild SWP, welche die ganze antiautoritäre Wut auf sich zieht. Die SWP ist somit nicht nur die größte und aktivistischste Partei der Linken außerhalb Labours, sondern erweist sich auch in der Abgrenzung als wichtigster Bezugspunkt.

Wie auch im deutschen Fall korreliert die Materialismus-Postmaterialismus-Konfliktlinie auch mit der sozialen Frage. Tendenziell stehen die libertären Gruppen mit ihrer Werteorientierung der sozialen Frage deutlich ferner als die SozialistInnen. Doch, wie weiter unter ausgeführt wird, orientiert sich auch ein großer Teil der AnarchistInnen an Klassenpolitik, somit sind Organisations- und Aktionsform ihre entscheidenden Elemente.

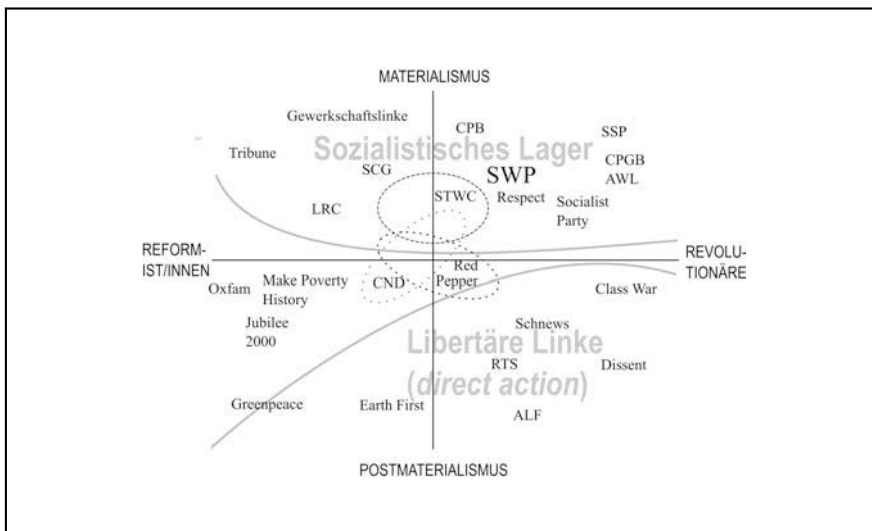
Die Deutlichkeit der Lagerabgrenzung zeigt sich auch im Fehlen von Akteuren, die dauerhaft zwischen den beiden Seiten angesiedelt oder auf beiden Seiten verwurzelt sind. Intermediäre Netzwerke, wie sie in der Bundesrepublik vor allem durch Attac repräsentiert werden, fehlen weitgehend. Nur die Campaign for Nuclear Disarmement (CND) ist über Lagergrenzen hinweg anerkannt. Und nur wenige vereinzelte Akteure, wie die Zeitschrift *Red Pepper* werden einer nicht lagermäßig festgelegten *independent left* zugeordnet. Die folgenden Grafiken zeigen die Anwendung und Spezifizierung des in Kapitel V entwickelten Modells für die britische Linke und die Übersetzung auf die wichtigsten Einzelorganisationen, die im weiteren Verlauf behandelt werden.<sup>169</sup>

Abbildung 14: Lager und Strömungen der britischen Linken



169 Die grundlegenden Dimensionen konnten wegen der Ähnlichkeit und zum Zwecke der Vergleichbarkeit aus dem deutschen Modell übernommen werden. Trotzdem wurde diese Darstellung zuallererst aus den Akteureinschätzungen in den Interviews gewonnen.

Abbildung 15: Organisationen in der britischen Linken



## 1.2 Das sozialistische Lager

Das sozialistische Lager der Linken steht ganz klar in einer leninistisch geprägten Tradition. Der Einfluss schon damals rivalisierender und den Marxismus erneuernder Strömungen war nie groß. In diese Gruppe gehören Parteien und Gruppierungen, die sich selbst meist als kommunistisch oder sozialistisch bezeichnen. Neben Überresten des Kommunismus und Stalinismus dominiert die trotzkistische Tradition des Sozialismus, die auch einen großen Teil der *Labour*-Linken prägt. Sehr abstrakte Einigkeit besteht in der angestrebten grundsätzlichen Umgestaltung der Gesellschaft (auf revolutionärem oder reformistischem) Weg in eine sozialistische. Der Konflikt über den Weg kristallisiert sich in Großbritannien vorrangig an der Frage des Verhältnisses zur Labour Party.

Ist die Labour Party ein Agent des Wandels zu einer sozialen oder gar sozialistischen Politik? Dass Labour dafür gewonnen werden kann, ist Ansicht der in der Labour Party selbst tätigen Linken, aber auch bspw. der Communist Party of Britain (CPB) und mit ihr vieler GewerkschafterInnen. Sie sehen in Labour die dominante und historisch legitimierte Kraft, an der nicht vorbei zu kommen ist. Zudem stellt das britische Mehrheitswahlrecht kleinere Konkurrenten zumindest auf nationaler Ebene vor fast unüberwindbare Hürden. Nicht alle unzufriedenen wollen aber vor diesen kapitulieren.

Der *national organiser*<sup>170</sup> einer anderen Nachfolgepartei der ursprünglichen britischen kommunistischen Partei, der kleinen Communist Party of Great Britain

170 Die Position des *national organisers* ist wohl am besten mit Geschäftsführer zu übersetzen. Einen Vorsitz gibt es nicht.

(CPGB), kritisiert die auf Labour orientierten Genossen heftig und glaubt selbst nicht mehr, dass diese aus strategisch wohlüberlegten Gründen noch immer die allgemein als neoliberal eingeschätzte Labour Party wählen, sondern mittlerweile aus bloßer Gewohnheit.

Briefly, the left would make very great noises of revolution and socialism and when elections come, neatly vote Labour, but! That's been the but-tactic for 40 or 50 years. It stopped being a tactic and became a way of life. (4)

Diese Frage ist seit jeher ein Thema der sogenannten *far left*, ein Terminus, der hauptsächlich die revolutionären Organisationen links der Labour Party, also KommunistInnen und SozialistInnen aller Couleur, bezeichnet. Diese schwankten immer zwischen offener Arbeit innerhalb der Partei, verdecktem Entrismus (dazu ausführlich Callaghan 1987: 189-215) und Unterstützung von außen. In manch einer Person oder Gruppierung vereinigen sich alle Möglichkeiten (Leach 1991: 153 f., Adams 1998: 188-191). Doch ein großer Teil der linken Gruppen konzentriert sich derzeit auf die Arbeit in eigenen Parteien und Bündnissen, denn gerade Labour in der Regierung unter Tony Blair verkörpert für sie eine Rechtswende, hin zu untragbaren Prinzipien und somit die Diskreditierung der Partei.<sup>171</sup> Die Gegenposition des Kampfes für eine linke Politik unabhängig von Labour vertreten vor allem Bündnisse wie die Socialist Alliance und Respect, sowie die Scottish Socialist Party, die dementsprechend bei Wahlen mit eigenen Kandidaten auch gegen Labour antreten (s. u.).

Die Linke innerhalb der Labour Party und besonders in ihrer Parlamentsfraktion (Parliamentary Labour Party) ist heute äußerst schwach und heterogen. Ganz anders war die Situation Anfang der achtziger Jahre, als mit Michael Foot ein Vertreter der Linken kurzzeitig die Partei führte und mit der Militant Tendency eine revolutionäre Gruppe über einigen Einfluss verfügte. Die derzeitige Bedeutungslosigkeit der Linken reflektiert hauptsächlich den Umbau der Partei unter der Führung Tony Blairs (Parteivorsitz seit 1994). Mit der fortan gebräuchlichen Bezeichnung New Labour war mehr als ein neuer Name verbunden. Der kategoriale Politikwechsel kam am deutlichsten in der Änderung der *clause IV* des Parteistatus zum Ausdruck, worin bis 1994 die Nationalisierung der Produktionsmittel gefordert wurde. Heute enthält die Stelle nur unverbindliche Wertorientierungen. Der Parteiumbau wirkte sich auch auf die interne Struktur aus. Die Mitgliederzahlen sanken immens (von über 400 000 im Jahr 1997 auf nunmehr ca. 200 000)<sup>172</sup> und die Partei wurde stärker zentralisiert. Die Linke steht diesen Prozess höchst feindselig gegenüber, bleibt aber in der Partei, weil zu ihr als Repräsentantin der Arbeiterbewegung keine realistische Alternative gesehen wird. Es gibt daher in der Partei eine Vielzahl von oppositionellen Initiativen, die ihrem Verständnis

171 Diese Zitate stammen auch und gerade (!) von Interviewten, die sich selbst nicht der *far left* zuordnen, sondern sich als links oder Mitte/links einschätzen.

172 O. A. 2005: Labour membership halves under Blair, *Epolitix*, 24.5.2005.

<http://www.epolitix.com/EN/News/200505/9a8caf09-3585-4bb9-9764-e1f74fc244b7.htm> [21.7.06].

nach Old Labour repräsentieren. Den Kern der eigentlichen Parteilinken bildet die Socialist Campaign Group. Sie ist ein loser Zusammenschluss von linken Hinterbänklern im Unterhaus unter Führung von John McDonnell. Neben ihm und Jeremy Corbyn sind weniger als 30 Mitglieder in der Gruppe (Stand 7/2006). Ihr Einfluss auf die Regierungspolitik ist sehr begrenzt, da sie zu wenige sind, um die Regierungsmehrheit (derzeit 66 Sitze) zu gefährden und sie zudem in vielen Fragen nicht geschlossen stimmen. Die Gruppe publiziert monatlich die Zeitschrift *Socialist Campaign Group News*.

Außerhalb der Parliamentary Labour Party gibt es jedoch eine Vielzahl von Initiativen, die sich als linke Opposition gegen den New Labour-Kurs verstehen. Dazu gehört Labour Against the War, die sich gegen die Beteiligung Großbritanniens am sogenannten Krieg gegen den Terrorismus und die in diesem Kontext erfolgten Grundrechtseinschränkungen wenden. Auch unter der Führung John McDonnells steht das Labour Representation Committee (LRC).<sup>173</sup> Es hat sich zur Aufgabe gemacht, SozialistInnen innerhalb der Partei wieder eine Stimme zu verschaffen. Tatsächlich haben sich einige Gewerkschaften und regionale Gewerkschaftszweige mit insgesamt mehreren hunderttausend Mitgliedern dem LRC affilliiert. Schon eher zur *soft left* tendiert hingegen, auch wenn es Überschneidungen mit dem LRC gibt, die Grassroots Alliance. Als Mitte-Links, wenngleich sehr New-Labour-kritisch sind die Initiativen (und Zeitschriften) *Chartist* und *Renewal* einzuschätzen. Ein Zentrum für linke AktivistInnen in der Labour Party und den Gewerkschaften stellt die Zeitschrift *Labour Left Briefing* dar. Sie steht der Campaign Group nahe und ist Organ für Information und Debatte der linken Opposition in der Partei.

Die inhaltlichen Differenzen zwischen der Linken und New Labour sind vielfältig. Im Zentrum der aktuellen Auseinandersetzung stehen jedoch der Irakkrieg und die neoliberale Privatisierungspolitik. Die Motivationen für das Engagement der Linken können mit dem Namen einer anderen Initiative zusammengefasst werden: Save the Labour Party. Ob eine Rettung der Labour Party als sozialistische oder ArbeiterInnenpartei, eben Old Labour möglich ist, ist auch Konfliktthema für die *far left* außerhalb Labours.

Dazu gehört die 1920 gegründete Communist Party of Great Britain, die bis 1968 der Moskauer Linie folgte und sich im Zuge des Prager Frühlings mehr dem Eurokommunismus zuwandte. Es kam zu Streitigkeiten zwischen der eurokommunistischen Fraktion, welche die Theorie-Zeitschrift *Marxism Today* kontrollierte, und der moskautreuen Fraktion, deren Machtposition in der Tageszeitung *Daily Star* (heute *Morning Star*) lag. Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks und zerfiel die CPGB 1991 endgültig.<sup>174</sup> Zwei noch existente Überbleibsel bilden

173 Labour wurde im Jahr 1900 von den Gewerkschaften als politische Repräsentanz der Arbeiterbewegung unter dem Namen Labour Representation Committee gegründet und erst 1906 in Labour Party umbenannt.

174 Einen kompakten Überblick über die Geschichte des britischen Kommunismus gibt Callaghan (1987: 27-54,



die Communist Party of Britain (CPB) und eine neue Communist Party of Great Britain (CPGB). Die CPB ist vor allem erwähnenswert, weil sie mit dem *Morning Star* über die einzige Tageszeitung der Linken verfügt. Mit etwas unter eintausend Mitgliedern ist sie auch immer noch die größte nichttrotzkistische kommunistische Partei Großbritanniens.

Die deutlich kleinere CPGB entstammt einer leninistischen Strömung der Kommunistischen Partei, die nach der Umwandlung in Democratic Left den alten Namen übernahm. Sie ist eine kleine Gruppe von kaum mehr als 100 bis 200 Mitgliedern. Ihre Zeitschrift *Weekly Worker* aber nimmt als strömungsübergreifender Beobachter eine gewisse Sonderstellung ein. Beide kommunistische Parteien engagieren sich auch in Gewerkschaften, unterscheiden sich aber, wie oben schon erwähnt, in ihrer Haltung zu Labour. Außerdem tritt die CPGB anders als die CPB für eine konsequente Auseinandersetzung mit dem Stalinismus und für Kritik noch bestehender kommunistischer Staaten wie Nordkorea und China sowie der undemokratischen Strukturen der kommunistischen Linken ein. Trotz ihrer eigenen sehr geringen Größe gilt ihr erklärter Kampf dem Sektenunwesen in der gespaltenen britischen (trotzkistischen) Linken. Die CPB hingegen ist ihrem traditionalistischen Erbe treuer. Sie unterhält auch Beziehungen zur chinesischen und vietnamesischen KP. Andererseits ist sie durch ihre traditionelle Orientierung an Labour deradikalisiert.

Daneben gibt es noch kleinere dogmatische Splittergruppen und frühere Abspaltungen wie die New Communist Party, die sich 1987 von der CPGB trennte, und die Revolutionary Communists Group. Die meisten sozialistischen Gruppen gehören jedoch zu einer anderen leninistischen Strömung: dem Trotzismus.

### 1.3 Trotzismus

The predominant trend on the British revolutionary [left] is Trotskyism and variations of it. I include the Labour left in that, because many of them are actually Trotskyists with a particular project in the Labour Party. (4)

Den ideologischen Hintergrund der meisten sozialistischen Gruppierungen innerhalb und außerhalb Labours bildet das politische Vermächtnis Leo Trotzki, der im Machtkampf um Lenins Nachfolge Stalin unterlag und eine eigene Strömung aufbaute. Wie Callaghan (1987) betont, schließt dies eine i. d. R. eine unkritische Bezugnahme auf die meisten leninistischen Prinzipien (Avantgarde-Partei, demokratischer Zentralismus, Antiimperialismus) ein. Trotz seiner Gegnerschaft zum Stalinismus steht der Trotzismus damit nicht in der Tradition von undogmatischem oder Reformkommunismus.

161-188). Der ganzen CPGB-Geschichte widmen sich Thompson (1992) und Becket (1995). Detailliertere Studien gibt es zu einzelnen Zeitabschnitten: Callaghan (2003) für die beiden Nachkriegsjahrzehnte und Andrews (2004) für die Zeit von 1968 bis zum Ende der alten CPGB 1991.

Bedeutendste trotzkistische Strömungen in der jüngeren britischen Geschichte waren Militant Tendency, die innerhalb Labours für Aufsehen sorgte,<sup>175</sup> die International Marxist Group und die International Socialists. Aus diesen gingen die heutigen trotzkistischen Parteien wie die Socialist Workers Party, die Socialist Party, die Alliance for Workers Liberty oder Workers Power hervor. Sie sind i. d. R. in Internationalen organisiert, die sich auf die von Trotzki gegründete IV. Internationale berufen, bzw. waren Bestandteil von dieser oder entstanden aus ihren Unterorganisationen. Verwirrend ist die Geschichte all ihrer Spaltungen, Zusammenschlüsse, Neu- und Wiedergründungen. Mit der Vielzahl der Gruppen gibt es auch eine Vielzahl von trotzkistischen Internationalen. Die Entwicklung dieser Parteien ist oft untrennbar mit je einer Führungsfigur oder einem Parteitheoretiker verbunden. Zu nennen wäre hier Gerry Healy, der den frühen britischen Trotzkismus prägte und sein Leben lang verschiedene, auseinander hervorgehende Parteien dominierte. Ähnliche Wurzeln (in The Club, einem Zusammenschluss verschiedener trotzkistischer Strömungen Anfang der fünfziger Jahre) haben Tony Cliff (Socialist Review Group und die daraus hervorgegangenen International Socialists, später SWP) und Ted Grant (Militant, Committee for a Workers International, Committee for a Marxist International), die jeweils eigene Abspaltungen gründeten und dominierten. Die Abspaltungen von Strömungen mit Minderheitenpositionen gilt gemeinhin als trotzkistisches Spezifikum. Die britische Linke ist durch die trotzkistische Dominanz somit in besonderer Weise davon betroffen.

Also Trotzkismus ist sehr wichtig in Großbritannien. Es hat aber leider auch die Auswirkung, dass man sich ganz schnell trennt. [...] Wenn du da 'ne andere Meinung hast als die Führungsspitze, ist es ganz gewöhnlich, dass man sich dann trennt und dass dann drei Leute eine eigene Partei bilden so, und sich dann auch Partei nennen. Und da gibt's halt, es gibt sechs, sieben trotzkistische Parteien oder Strömungen oder Tendenzen, die sich – 95 stimmen die in allem überein. Vielleicht sogar 99 Prozent. Und dann gibt's halt das eine – Sowjetunion, ja, war's Staatskapitalismus oder war's ein degenerierter Arbeiterstaat? Darüber trennt man sich dann und nicht über Sachen, die einen heute irgendwie bewegen und so weiter. Und es ist das Problem in Großbritannien, dass es keine Partei gibt, die interne Differenzen austragen kann, offen. Also man muss immer miteinander übereinstimmen. (23)

Was hier angesprochen wird, ist Folge eines sehr eng verstandenen »demokratischen Zentralismus«. Auf der Basis der Maxime »Freiheit der Diskussion – Einheit der Aktion« wird in vielen dieser Gruppen und Parteien keine Bildung interner Strömungen oder Fraktionen gestattet. Auseinandersetzung um die Parteilinie

175 Zu Militant vgl. Adams (1998: 188ff.), Callaghan (1987: 189-215), aus Innensicht Taafe (1995). Um die Zeitschrift *Militant* arbeitete die Gruppe jahrelang in der Labour Party mit dem Höhepunkt ihres Einflusses bei der »Übernahme« der Partei in Liverpool. Unter Labour-Chef Neil Kinnock wurden jedoch viele Militant-UnterstützerInnen aus der Partei ausgeschlossen. *Militant* war entscheidend an der Gründung der Scottish Socialist Party beteiligt.

werden nur intern, i. d. R. im Führungsgremium, geführt. Nach außen haben alle Parteimitglieder die gleiche offizielle Linie zu vertreten. Dies führt zu absurden Kleinstkriegen. So schloss im Juli 2006 die League for the Fifth International (in Großbritannien Workers Power) etwa ein Drittel ihrer weltweit rund 100 Mitglieder aus. Offensichtlich hatte diese Minderheit über längere Zeit große Differenzen zur Parteilinie empfunden. Dies war jedoch aufgrund des extrem disziplinierenden demokratisch-zentralistischen Parteiaufbaus nicht an die Öffentlichkeit gedrungen, bis sich beide Fraktion so anfeindeten und gegeneinander intrigierten, dass nur mehr eine absolute Trennung möglich war. Die Erklärungen der beiden Strömungen zur Trennung offenbarten die Grundstrukturen dieses extrem dogmatischen und objektivistischen Denkens, das der Vorstellung des demokratischen Zentralismus zugrunde liegt. Beide Seiten versuchen sich »objektive Fehler« auf dem Weg zum Sozialismus nachzuweisen. Doch bis dahin hatten sie nach außen auf Veranstaltungen und Demonstrationen, in Erklärungen und Artikeln alle loyal und unterwürfig die gleiche Parteilinie vertreten.

We regard arguing for a democratically agreed policy as an elementary duty – even if we, as individuals, disagree with it. Why? Because we retain perfect freedom to persuade our organisation to change its mind.<sup>176</sup>

Der Glaube an eine von der Partei gefundene und somit zu vertretende Wahrheit ist sehr tief verankert; es ist zu erwarten, dass dies auch Auswirkungen auf die Nahostdiskussion hat – durch Begrenzung der gedanklichen Beweglichkeit und Kompromissfähigkeit.

Eine ursprünglich aus Deutschland stammende Interviewpartnerin geht berechtigterweise davon aus, dass die Dominanz des Trotzkismus ein Charakteristikum ist, das die Situation in Großbritannien gerade von der deutschen unterscheidet.<sup>177</sup>

Also es war ein echter Schock für mich, als ich hierhergekommen bin. Also in Deutschland, trotzkistische Gruppen, die irgendwas zu sagen haben, gibt's kaum welche. Halt Linksruck und so, ganz kleinere noch, aber so trotzkistisches Gedankengut, so wichtig wie das hier ist, ist mir noch nicht untergekommen. (23)

Diese Gruppen sehen sich mehrheitlich als Kern einer Avantgarde-Partei der kommenden sozialistischen Revolution. Angesichts ihrer geringen Größe, ihrer starken hierarchischen Struktur und ihrer gegenseitigen Konkurrenz wird dieses Spektrum, besonders von Seiten der libertären Linken als äußerst selbstbezogen eingeschätzt.

Most of the Trotskyists think of the left as themselves and that's it. (19)

176 O. A. 2006: In defence of democratic centralism, Editorial, *Workers Power* 307 (July/August), S. 3.

177 D. h., dass Tausende aktiver Sozialistinnen und Sozialisten einer trotzkistisch geprägten Organisation angehören (allein ca. 4.000 Mitglieder der SWP, ein Großteil der Mitglieder der schottischen SSP hat ebenfalls trotzkistische Wurzeln, dazu die unzähligen anderen Kleingruppen), während der Trotzkismus in der Bundesrepublik wohl nur auf einige hundert Aktive kommt.

Bis auf die gewerkschaftlich relativ stark verankerte Socialist Party sind die anderen trotzkistischen Gruppen vergleichsweise einflusslos. Eine Ausnahme ist die Socialist Workers Party (SWP), die derzeit größte linke Partei. In fast jedem Interview wird sie erwähnt. Sie ist die Hauptkraft der International Socialist Tendency, einer der trotzkistischen Internationalen. Zu den wichtigsten Funktionären gehören neben den Hauptamtlichen wie dem *national organiser* und dem Chefredakteur der Parteizeitung *Socialist Worker* auch einige Intellektuelle, wie Chris Harman (Chefredakteur des Theorieorgans *International Socialism*) oder die Universitätsprofessoren Alex Callinicos und Colin Barker. Lange Jahre wurde die Partei von Tony Cliff geführt, der ihr in vieler Hinsicht seinen Stempel aufdrückte.<sup>178</sup> Tony Cliff war der Gründer der Partei, die sich vom restlichen Trotzkismus damals durch seine Theorie des Staatskapitalismus abhob, nach der die Sowjetunion nicht nur – so die dominante Auffassung – ein degenerierter Arbeiterstaat sei, sondern gar kein Arbeiterstaat mehr. Deswegen entschied man sich im Kalten Krieg nicht für ein zu unterstützendes Lager: »Neither Washington nor Moscow«. Diese Abweichung von einem der antiimperialistischen Kernprinzipien ist jedoch kein generelles Charakteristikum der Partei, vertritt doch gerade ihre aktuelle Politik wieder stark binäre Schemata.

Seit den siebziger Jahren versuchte die SWP eine Basis innerhalb der Industriearbeiterschaft aufzubauen, was ihr nie recht gelang; sie blieb mit ihrer Konzentration auf antiimperialistische Themen mehrheitlich von Studierenden und Angestellten geprägt. Größte Erfolge feierte die Partei Ende der siebziger Jahre mit antirassistischen Kampagnen durch ihre dominierende Rolle in der Anti-Nazi League. Für die letzten Jahre ist festzuhalten, dass die SWP, solange sie sich aktiv beteiligte, auch die größte Gruppe innerhalb des sozialistischen Parteienbündnisses Socialist Alliance darstellte. Auch die neue linke (Bündnis-)Partei Respect – The Unity Coalition wird von der SWP dominiert. Die SWP beteiligt sich aktiv an den globalisierungskritischen Protesten der vergangenen Jahre und baute dafür auch Vorfeldorganisationen auf (Globalise Resistance). Insbesondere aber stellte sie eine der Hauptkräfte der Stop the War Coalition (StWC) dar, die sich um das Nummer-Eins-Thema der Linken der vergangenen Jahre bildete – den Widerstand gegen den US-geführten »Krieg gegen den Terror«.

Ihre heutige Bedeutung für die britische Linke resultiert aber nicht nur aus ihrer relativen Größe und aus ihrem vielfältigen Engagement, sondern auch aus ihrer Strategie. Dazu zählen die Vorfeldorganisationen und das Verteilen von großen Mengen von Plakaten zu Demonstrationen und anderen Protesten, die zu einer optischen Überrepräsentation führen und die Konkurrenz verärgern. Dies führte so weit, dass in Zeitschriften schon beschrieben wurde, wie man aus einem SWP-Plakat (typischerweise bestehend aus zwei vorn und hinten an einer Leiste befe-

178 Vgl. Callaghan (1987: 84-112). Cliff selbst resümiert in seiner Autobiografie »A World to win« (Cliff 2000).

stigten Plakaten) ein eigenes gestalten kann.<sup>179</sup> Die SWP ist aber nicht nur die dominante Gruppe, sondern auch Objekt der Abgrenzung und Ablehnung. Die Konflikte um die SWP zählen zu den wichtigsten im revolutionären Feld. Ihr Auftreten und ihre innere Verfasstheit sorgen dafür, dass sich die Geister an der SWP scheiden. Der Hauptvorwurf, der immer wieder gegen die SWP erhoben wurde, ist der des Opportunismus. Andere TrotzistInnen, die CPGB und libertäre Linke werfen der SWP vor, für Einfluss und Wahlerfolge sämtliche linken Prinzipien zu verraten. Die SWP vermeide jede Positionierung, die unpopulär sein könnte, um so Massen auf die Straßen zu bringen.

Someone put it quite nicely: Trotskyism moves between the poles of purism and opportunism. The SWP is at the pole of opportunism. That's partly because it is the biggest group. [...] Wherever social movement is happening. They are opportunist, almost populist tendency, want to have an impact, success. (19)

Diese Tendenz, neue Entwicklungen und neue Themen bereitwillig aufzugreifen und sich mit aller Kraft dahinterzustellen, hat der britischen Linken unbestreitbar schon große Impulse gegeben und stellte oft den Kern von Kampagnen (wie der Anti-Nazi-League) dar. Doch immer wieder entsteht bei anderen der Eindruck, die SWP würde Themen und Events nur für eigene Zwecke benutzen. Ihnen wird dominantes Verhalten vorgeworfen, wo immer sie sich an Bündnissen beteiligen.

Da durchaus ein Wissen um die Nachteile der allgemeinen Fragmentierung besteht, gab es mehrere Versuche, die verschiedenen sozialistisch orientierten Parteien zu Bündnissen zu vereinigen. Insbesondere war dies wichtig für Gruppen, die ihre Hoffnungen nicht oder nicht mehr auf die Labour Party setzten. Aus diesem Geist entstanden, zuerst auf lokaler, später auch auf regionaler/nationaler Ebene Socialist Alliances. Verschiedene Parteien der Linken, wie die Socialist Party, die AWL, die CPGB, WP und schließlich die SWP (um nur einige der wechselnden UnterstützerInnen zu nennen) beteiligten sich. Wahlerfolge konnten jedoch kaum verbucht werden, nur eine Handvoll KandidatInnen kamen in Stadt- und Gemeinderäte. Dafür gab es auch in der Socialist Alliance (SA) harte Auseinandersetzungen und auch hier oft im Zusammenhang mit der Rolle der SWP, die sich letztlich aus der SA zurückzog und somit ihren Zerfall einleitete. Die SA wurde deshalb im Frühjahr 2005 auch formell aufgelöst.

Ein neues Bündnisprojekt, für das die SWP seitdem einen großen Teil ihrer Ressourcen aufwendet, heißt Respect – The Unity Coalition. Der Ursprung von Respect liegt in der Anti-Kriegs-Kampagne der Stop the War Coalition in den Jahren 2002 bis 2004. Die großen Massenmobilisierungen und die neu zusammengefundene untypische Koalition der Protestbewegung aus Linken, Gewerkschaften aber auch muslimischen Gruppen, sollte nun auch in Wahlerfolge umgemünzt werden. Aus diesem Geist wurde im Frühjahr 2004 Respect gegründet. Endlich, so die Hoffnung, bestand eine realistische Chance, eine Partei links der Labour

179 Tolley, Jane 2004: The European Social Forum, *Red Pepper* 124, S. 8.

Party im britischen Parteiensystem zu etablieren. Im Zentrum der Partei und ihrer medialen Rezeption steht der Parlamentsabgeordnete George Galloway, der wegen seiner Anti-Kriegs-Haltung aus der Labour Party ausgeschlossen worden war, die unter Regierungschef Tony Blair mehrheitlich die US-amerikanisch-britische Invasion im Irak mittrug. Ansonsten stehen hinter Respect Gruppen und Personen aus der Stop the War Coalition, insbesondere die SWP und die Muslim Association of Britain (MAB). Es war die Birminger MAB-Aktivistin Salma Yaqoob, die das Bündnis forcierte und durch ihre Aufgeschlossenheit und Liberalität erst möglich machte. Außerdem sind in Respect noch weitgehend einflusslose kleine sozialistische Gruppen (CPGB, Socialist Resistance) vertreten. Die Formierung von Respect war eines der wichtigen Themen der britischen Linken im Untersuchungszeitraum und erfährt starke Unterstützung wie auch Ablehnung. Dabei geht es einerseits um die Chancen für fortschrittliche Politik durch Einbeziehung von Minderheiten. Aber es geht auch hier wieder um die Rolle der SWP, der Populismus, Opportunismus und ein Demokratiedefizit vorgeworfen werden, und unter ähnlichem Blickwinkel auch um die Person George Galloways und inhaltlich um die Frage, wie links oder radikal Respect sich geben solle. Denn mit dem Umwerben als muslimisch definierter Zielgruppen wurde explizit der Anspruch erhoben, auch sich nicht als links begreifende Wählerinnen zu mobilisieren, so der Sprecher Chris Bambery (Kachel 2006: 188). Dies wird von anderen Linken als Prinzipienlosigkeit gewertet.

We [the CPGB] were in the Socialist Alliance, with SWP and five, six main groups on the revolutionary left. The largest organisation, the SWP dumped it, as to go for what they imagine to be the big time. After Stop the War Coalition – they led Stop the War Coalition – I think it must be a wonderful experience, looking at one million faces, all looking up to them. Politically, the SWP leaders – Lindsey German, John Rees – dumped the Socialist Alliance and went for Respect and explicitly said, the problem with Socialist Alliance was, that it was too Socialist. They need a left populist type of (party). (4)

Die Kritik an der SWP beschränkte sich jedoch nicht auf das Abweichen von einer klar sozialistischen Politik, sondern konstatierte teilweise sogar antiemanzipatorische Tendenzen. Die AWL bspw. hält der SWP vor, dass die an Respect beteiligte MAB eine Schwesterorganisation der Ägyptischen Muslimbruderschaft sei und somit als religiöse, frauenfeindliche, schlicht reaktionäre Organisation keinen Partner für Linke darstelle. Respect vermeide alle inhaltlichen Positionierungen, die potenzielle islamische WählerInnen verschrecken könnten. Auf dem Prüfstand stehen die Themen Säkularismus, Kampf für die Rechte Homosexueller und für das Recht auf Abtreibung. Die Träger dieser Kritik an der SWP und Respect sind neben der libertären Linken innerhalb des Trotzismus die nicht so vordergründig antiimperialistischen Kräfte, wie die AWL und die CPGB. Auch der Vertreter der Scottish Socialist Party (SSP) kritisiert, beispielhaft für viele:

The new Respect, which isn't really socialist, it brought some politics which I would not like to be involved with. They wouldn't speak out against anti-abortion, against homophobia. They make many compromises to involve more people. (11)

Die dahinterstehende Strategie ist die united front, ein Konzept, dass die SWP schon mehrfach, bspw. während ihrer Konzentration auf die Antifa-/Antira-Arbeit in der Anti-Nazi-League angewandt hat (Copsey 2000: 170 f.). Für solche Fronten werden radikale Positionen bewusst zurückgestellt, wenn man die Lage als momentan nicht geeignet für sozialrevolutionäre Politik analysiert, um mögliche Impulse aus Ein-Punkt-Bewegungen in breitere Sozialproteste zu überführen. Einige Achtungserfolge erzielte Respect bei Wahlen in Gegenden mit hoher muslimischer Bevölkerung. Respect stellt einige Stadträte und mit George Galloway einen Abgeordneten im Unterhaus, der sich bei der Wahl gegen eine Labour-Kandidatin im Londoner Wahlbezirk Bethnal Green and Bow durchsetzte. Jedoch ist es kaum gelungen, die Energie der Anti-Kriegsproteste, wie von der Linken gewünscht, in Proteste gegen die neoliberale Politik des Sozialabbaus zu überführen (vgl. Kachel 2006: 188 f.). Deshalb wurden auch andere Wahlbündnisse gebildet, so die Socialist Green Unity Coalition. Ein diskutierter Anlauf, die zerstrittene revolutionäre Linke außerhalb Respects zu vereinen, ist die von der Socialist Party ausgehende Campaign for a New Workers' Party. Doch es ist nicht abzusehen, dass diesen Projekten größerer Erfolg beschieden sein wird.

Auch nach der Betrachtung der alternativen Parteienbündnisse zeigt sich: die SWP ist neben Labour der umstrittene Hegemon eines zerstrittenen Lagers von SozialistInnen aller Couleure, die viel Zeit und Energie für die Abgrenzung untereinander verwenden und doch zumindest den Bündnisgedanken nicht aufgegeben haben. Nur selten in den Blick dieser Streitereien gelangen jedoch andere Sektionen der Linken, nämlich die libertären Gruppen.

#### 1.4 Die libertären Strömungen

Die Libertären können nicht ohne Weiteres als Lager bezeichnet werden. Es handelt sich vielmehr um ein Ansammlung teils un-, teils wenig verbundener Gruppen und Grüppchen, eher ein loses Netzwerk. Zum Lager macht es bestenfalls die gemeinsame Abgrenzung von den traditionell organisierten sozialistischen Parteien, mit denen man zwar inhaltliche Übereinstimmungen hat, jedoch auch stark trennende Dispute. Der hier gewählte Bezeichnung »libertäre Linke« dient der Typologisierung, stimmt aber bei weitem nicht in allen Fällen mit der präferierten Selbstbezeichnung überein. Als Selbstbeschreibung dienen besonders Begriffe wie Anarchismus, Direct Action, libertär, autonom. Nur selten ist von unabhängiger oder radikaler Linker die Rede. Eher traditionell und leicht pejorativ ist die Bezeichnung *loony left* (»verrückte Linke«), was ihre zentralen Wertorientierungen verkörpert: antiautoritär, die alte Ordnung und tradierte Grenzen und Normen überwindend, auf Freiheit und Selbstverwirklichung bedacht. All diese Begriffe

decken sich nicht komplett, überlappen aber stark. Der Begriff »libertäre Linke« erwies sich als der zur Lagerabgrenzung am besten geeignete. Es gibt eine antikapitalistische, antipatriarchale und ökologische Grundorientierung. Viel mehr als für den hier als sozialistisch bezeichneten Teil der Linken sind auch *nicht* politische Elemente konstitutiv für diese *Subkultur*, die McKay (1998) als *Do it Yourself culture* bezeichnet. Der Untertitel seines diesbezüglichen Buches spricht Bände über die Konstitution der DiY culture: »Party and Protest in Nineties Britain«. Politische Ziele und politischer Protest gehen hier eine Einheit mit bestimmten Lebens- und Handlungsformen ein.<sup>180</sup> Wichtiger Bezugspunkt vieler libertärer sind sogenannte *Social Centres*, Häuser, die – oft auch besetzt<sup>181</sup> – der politischen Arbeit und dem Beisammensein außerhalb der Konsumwelt dienen. Wichtiger als Theorie und Weltrevolution ist ihnen Politik mit Bezug auf die eigene Lebenswelt, also Fragen oft im Umkreis von »housing and community«, die wichtiger sind als Palästina und der Irakkrieg.

Auf nationaler Ebene gibt es zumindest bei *general issue groups* kaum übergreifende Strukturen, vielmehr kommt es anlassbezogen zur Bildung von Netzwerken, z. B. bei der Organisation von Anti-Kriegs-Protesten, im Fall globalisierungskritischer Protestevents, wie dem Europäischen Sozialforum im Jahre 2004 und den Protesten gegen den G8-Gipfel in Schottland im darauf folgenden Jahr. Der Zersplitterungscharakter der Linken kommt bei diesen Gruppen besonders zum Ausdruck, da sie in der Regel nicht, wie die meisten der sozialistischen Parteien/Gruppen zumindest versuchen, im ganzen Land präsent zu sein. Eine Verbindung über Medien gibt es nur in dezentraler Form. Es gibt jedoch einzelne Gruppen, die in mehreren Städten präsent und auch international organisiert sind, wie die Anarchist Federation und Class War UK<sup>182</sup>. Diese beiden stehen für den – anders als in der BRD – stark am Anarchismus orientierten Charakter der britischen libertären Linken.

Neben den Social Centres und einigen Gruppen mit allgemeinen Zielen gibt es viele single issue groups, die als zur Szene gehörig gesehen werden. Dazu gehören z. B. die auf Ökologithemen fokussierten Earth First<sup>183</sup>. Gerade die auf Ökologie orientierten Gruppen markieren den sanften und undeutlichen Übergang zum NSB-Feld. Selbst Greenpeace, die als straff und zentralistisch geführte Organisation die libertären Ansprüche der meisten nicht erfüllen, wurde in einem Interview als dazugehörig klassifiziert. Dies liegt sicherlich zuallererst an Überschneidungen bei den Aktionsformen, dem direct action (Grant 2000: 139). Direct action (kurz DA) ist eine Protestform unabhängiger Kleingruppen, das i. d. R. gewaltfrei, aber doch meist nicht im gesetzlichen Rahmen agieren (z. B. mit Beset-

180 Diese depolitisierende Deutung der Szene als kultureller Zusammenhang ist entsprechend von AktivistInnen kritisiert worden (O. A. 1998: Review: Gathering Force, *Do or Die!* 7, S. 139-144).

181 Hausbesetzungen leerstehender Gebäude sind in Großbritannien einfacher und vor allem nicht illegal.

182 Die Zeitschrift Class War hat nach eigenen Angaben eine Auflage von immerhin 5000 Exemplaren.

183 Diese verfügen zwar auch über nationale Strukturen, jedoch ohne zentralisierte Koordinierung.



zungen und Blockaden). Weinstein (2004) beschreibt die Entstehung von DA als Reaktion auf die Deradikalisierung der Neuen Sozialen Bewegungen und der Bewegungsorganisationen wie Friends of the Earth. Diese Aktionsform ist letztlich der individualistische Gegenpol zur Massenbewegung, wie sie von traditionellen sozialistischen Parteien zur Erreichung ihrer Ziele angestrebt wird.

Kennzeichen der Libertären ist aber nicht nur die direkte Aktionsform, sondern auch die Ideologie, die vielleicht besser als das Fehlen einer expliziten Ideologie zu bezeichnen ist.

In some ways this is obvious: they're activists because they're active. Action means movement, spectacle, confrontation; what it doesn't mean is reflection, history, theory. Those awkward demands are usually dealt with by being rejected in favour of activism or (worse) uttered platitude. (McKay 1998: 12)

Auch spiritualistische Elemente sind folgerichtig aus diesem Weltbild nicht ausgeschlossen. Im Vordergrund stehen Werte wie individuelle Freiheit, Dezentralität und die Ablehnung von Hierarchien und formalen Strukturen. Thematisch stehen neben den Social Centres Ökologieprobleme an vorderster Front, z. B. Tierrechtskampagnen oder Widerstand gegen Straßenbauprojekte<sup>184</sup>. All dies ist jedoch eingebettet in eine kapitalismus- und vor allem konsumkritische Grundorientierung.

Zu den kulturellen Momenten der libertären DiY culture gehören die *free parties*. Das sind selbstorganisierte, kostenlose und dementsprechend unkommerzielle große Partys, die im öffentlichen (oder besetzten) Raum veranstaltet werden. Dazu gehören auch die *Reclaim the Streets*-Aktionen, meist Musik und Tanzen auf belebten Straßen, die kurzerhand umfunktioniert werden, mit entweder spezifischen politischen Protestzielen oder dem Anspruch die selbstbestimmte Nutzung öffentlichen Raumes auf unkonventionelle Art durchzusetzen. In beiden Fällen gehen politische und unpolitische Momente ineinander über, entweder weil direkt politische Ziele verfolgt werden, oder, im Falle der *free parties* dadurch, dass ein Teil der Betroffenen eine Politisierung in diesem Rahmen erfährt, da in diesem Zusammenhang häufig Erfahrungen mit staatlicher Repression gegen die Partys gesammelt wurden. Die Kriminalisierung der *free parties* oder *raves* durch den *Criminal Justice Act* stellte in den neunziger Jahren ein bedeutendes Mobilisierungs- und Politisierungspotenzial für die Szene dar.<sup>185</sup> Hier zeigt sich auch, dass dieser Teil der Linken sehr jugendlich geprägt ist. Nur in diesem Bereich unkonventioneller Politik ist die Jugend überrepräsentiert (Weinstein 2004: 183, 189 ff.).

Vom sozialistischen Lager unterscheidet sie auch noch das Misstrauen in staatliche Auswege aus der kritisierten Gesellschaftsform. Während es also den sozialistischen und Arbeiterparteien um Verstaatlichung und auch Übernahme von Funktionen im Machtapparat geht, um die Lebenssituation der Arbeitermassen zu verbessern, ziehen die Libertären selbstverwaltete und überschaubare Strukturen

184 Vgl. dazu McKay (1998a), Aufheben (1998), Grant (2000: 142 ff.).

185 Zu beiden Aspekten vgl. Rietveld (1998), Weinstein (2004: 181 ff.).

vor und vertreten ungleich mehr postmaterialistische Wertorientierungen, also Lebensstilfragen. Die Definition als eine Gruppe erfolgt für die libertäre Seite vor allem als Abgrenzung von den *Parteien* der Linken, die sich in vielerlei Hinsicht von den Libertären unterscheiden. Die Abgrenzung stellt sich als konstitutiver Anteil der eigenen Identität dar. Die Ablehnung der hierarchischen sozialistischen Organisationen bedeutet jedoch nicht den kompletten Ausschluss von Kooperation in Arbeitskämpfen. Gelegentliche Solidarisierungen gab es während größerer Streikwellen (Rootes/Saunders 2006: 50).

Nicht ganz in den Mainstream der Libertären hinein passt die »Ultralinke«, wie sie z. B. in dem postoperaistischen und rätekommunistischen Journal *Aufheben* repräsentiert wird. Solche theoretisch orientierten Kräfte, wie sie gerade für den deutschen Linksradikalismus wichtig sind, sind in der britischen libertären Linken extrem marginalisiert. Sie stehen für die in der britischen Geschichte so untypischen Einflüsse unorthodoxen marxistischen Denkens.

## 1.5 Weitere

Nicht in die Gruppe der libertären oder sozialistischen Organisationen gehören zwei weitere, die in einigen Interviews als tendenziell für die Linke relevant benannt werden. Dabei handelt es sich um die Liberalen (Liberal Democrats) und die Grünen (Green Party). Die Liberalen gelten manchem zumindest als mehr links als New Labour, weil sie sich neben liberalen Freiheitsrechten auch schon für progressive Besteuerung, Umweltthemen und libertäre Anliegen einsetzen.<sup>186</sup> Und auch die Grünen seien etwas fortschrittlicher als in Deutschland (Int. 1) und eine Alternative für frustrierte ehemalige Labour-Anhänger. Es gibt bspw. Überschneidungen mit Linken in der Kritik an Privatisierungen.<sup>187</sup> Beide vertreten, zusammen mit unzähligen NGOs, Wohltätigkeitsorganisationen und lokalen Bürgerbewegungen den reformistischen und nichtkonfrontativen Flügel der postmaterialistischen Linken. Doch die Bedeutung der Selbsteinschätzung als links ist für diese Akteure nicht so hoch wie in den anderen Feldern.

Neben all den erwähnten gibt es größere Organisationen der Linken, die keine Parteien sind und die vielleicht auch deshalb lagerübergreifende Relevanz haben, sowie anlassbezogene Netzwerke, die, sehr begrenzt, die Funktion intermediärer Netzwerke übernehmen. Von herausragender, aber auch sehr aktueller Bedeutung ist dabei die Stop the War Coalition. Doch die libertäre Linke ist in ihr zumindest auf nationaler Ebene nicht vertreten. Eine sehr traditionsreiche Organisation hingegen, die auch an der STWC beteiligt ist, wurde immer wieder von VertreterInnen aller Lager achtungsvoll erwähnt: CND, die Campaign for Nuclear Disarmament.

186 Russel (2004: 185 ff.) meint, dass die Liberal Democrats nicht in das Rechts-Links-Schema passen, aber auf jeden Fall Teil des »antikonservativen Blocks« (ebd. 196) seien.

187 »The Greens alone of significant national parties oppose privatisation« (Ruane 2004: 161).

Gegründet wurde sie 1958,<sup>188</sup> ihr ursprüngliches Hauptziel war, wie der Name sagt, der Kampf gegen nukleare Aufrüstung. In den vergangenen Jahren war sie aktiv u. a. gegen die neuen Weltordnungskriege, so den Krieg gegen Jugoslawien 1999 und den Irakkrieg, im Jahre 2003. Schon immer stellte CND eine Organisation dar, in der sich viele politische Strömungen wegen gemeinsamer inhaltlicher Interessen oder auch aus taktischen Gründen überschneiden. Auch heute ist sie in der Linken generell renommiert und anerkannt. Ihr Beispiel machte Schule, und so gibt es auch Labour-CND, Liberal CND, Christian CND.

Eine christliche Linke scheint insgesamt nur von sehr begrenzter Bedeutung. Viele kritische oder sich als dissident verstehende ChristInnen und christliche Organisationen (Methodisten, Nonkonformisten, Quäker) begreifen sich eher als *liberals*. Somit sind zwar Überschneidungen mit Teilen der Linken gegeben (v. a. im NSB-Feld), aber organisierte ChristInnen spielen keine bedeutende Rolle. Allerdings gehören zu den Wurzeln der Labour-Party nicht zuletzt christliche Wertvorstellungen, im Gegensatz zur marxistischen Anfangszeit der deutschen SPD. Innerhalb der Partei ist dies auch heute noch von Belang. Zu nennen wäre hier das New Labour nahestehende Christian Socialist Movement (Bryant 1996). Die Verbindung von marxistischen und christlichen Einflüssen, wie sie Tony Benn verkörpert ist selten (vgl. Montefiore 1990).

## 1.6 Eine etwas andere Situation: Schottland

Eine gesonderte Betrachtung verdient Schottland. Die vorangegangenen Darstellungen bezogen sich eigentlich auf England und mit kleinen Einschränkungen auf Wales. Während alle Fragen im Interview auf die Situation in ganz Großbritannien zielten, berichteten die meisten Interviewpartner jedoch vor allem über die englische und insbesondere die dominante Londoner Situation. Nur einige, hauptsächlich aus Schottland stammende und/oder dort Interviewte, nahmen die jeweiligen Spezifika explizit auf. Dies geht auf den *devolution*-Prozess zurück. Unabhängigkeitsbestrebungen und linksnationalistische Parteien gibt es auch in Wales (am wichtigsten Plaid Cymru), doch sorgt dort die tiefere Integration in die englisch-britischen Strukturen und das geringere Ausmaß an *devolution* für größere Ähnlichkeiten.<sup>189</sup> Die Situation in Nordirland hingegen ist so sehr durch den jahrelangen Bürgerkrieg bestimmt, dass dieser Sonderfall aus den Betrachtungen hier ausgeschlossen wird.<sup>190</sup>

Mit dem Prozess der *devolution* wurden Schottland unter der Regierung Blair (1997/98) zunehmend Selbstverwaltungsrechte eingeräumt, die eine starke Unabhängigkeitsbewegung lange gefordert hatte. Schottland verfügt seitdem über ein

188 Zur frühen Geschichte der CND vgl. Byrne (1988), Chun (1996: 36-40), zur Bedeutung der leninistischen Linken innerhalb der CND Callaghan (1987: 72, 118-130, 170, 201).

189 Ein Überblick über die begrenzte walisische *devolution* findet sich in Butler/Butler (2000: 459 ff.) sowie Leeke et al. (2003).

190 Vgl. zur Parallelität Nordirland-Nahostkonflikt Pope (1986: 116).

eigenes Parlament und Entscheidungskompetenzen in einer Vielzahl von Bereichen, u. a. die Möglichkeit den Einkommenssteuersatz zu variieren.<sup>191</sup> Auch wenn verschiedene prinzipielle Muster der politischen Landschaft sich in Schottland und England ähneln, gibt es doch auch signifikante Unterschiede. Entscheidender Grund dafür ist die Überlagerung der anderen Themen durch die Frage der Unabhängigkeit oder Aspekte schottischer Besonderheit. Die meisten Linken in Schottland sprechen sich für weitgehende Unabhängigkeit Schottlands von Großbritannien aus.

Auf organisatorischer Ebene besteht der größte Unterschied wohl in der Existenz einer vereinigten sozialistischen Partei, der Scottish Socialist Party (SSP), in der die wichtigsten sozialistischen Linkskräfte deutlich tiefer integriert sind als die englischen. Die meisten schottischen Zweige der verschiedenen Gruppen haben unter der Führung der Militant Tendency der Gründung einer gemeinsamen Partei zugestimmt, in der sie nur noch als Plattformen weiterexistieren. Diese Plattformen und »Tendenzen« sind zum Teil jedoch Gruppierungen, die auch englische Pendanten haben, denen sie nahestehen. Einzelmitgliedschaften von Individuen ohne Assoziation mit einer der Plattformen sind möglich und üblich. Der SSP-Vertreter gab im Interview an, dass die Mehrheit der Mitglieder keiner Plattform angehöre. Schillernde Führungs- und Symbolfigur der Partei war bis zu seinem Rücktritt Ende 2004 Tommy Sheridan.<sup>192</sup> Die SSP hat im Gegensatz zu ihren englischen GenossInnen auch an der Wahlurne Erfolg. In der Legislaturperiode 2003 bis 2007 saßen sechs Abgeordnete der SSP im schottischen Parlament in Edinburgh und waren eine Quelle schottischen linken Stolzes.

Do you want to know something about the recent history of the left in Scotland? It is stronger than in the UK. There are no socialist MPs; in Scotland there are 6 out of (129)! (12)

Neben der Tatsache der Vereinigung der Linkskräfte in der SSP liegt diese Differenz aber auch am schottischen Wahlsystem, das im Gegensatz zum gesamtbritischen ein Verhältniswahlrecht ist. Bei manchen Interviewten in bzw. aus Schottland (insgesamt 5) wird diese Entwicklung in Abgrenzung zu England oder ganz Großbritannien sogar als typisch schottische Eigenschaft konstruiert, ein weiteres Indiz für die Überlagerung anderer Themen durch die nationale oder Unabhängigkeitsfrage.

It's completely different in Scotland than it is in England. It's fair to say, the English left is fractured. [...]

191 Vgl. den Überblick in Butler/Butler (2000: 457 ff.) und die aktuellere Darstellung in Leake et al. (2003).

192 Zum Zeitpunkt der Niederschrift befindet sich die SSP in einer schweren Krise, in deren Zentrum eine Verleumdungsklage Sheridans gegen die News of the World sowie Vorwürfe sein Verhalten gegenüber Abgeordnetenkolleginnen betreffend steht. Dies führte zu gerichtlichen Ermittlungen gegen die Partei und einige Abgeordnete, neuen Fraktionsbildungen und letztlich zu einer massiven Zerreißprobe. Neben den persönlichen oder charakterlichen Aspekten Sheridans, die dabei verhandelt werden, geht es auch um einen Richtungsstreit zwischen traditioneller gewerkschaftsorientierter Klassenkampfpolitik (Sheridan) und VertreterInnen postmaterialistischer Themen wie Feminismus.

The difference between Scotland and England is, we have a strong record of class-based issues. [...]

In England the left has failed to connect with working class and they attract more middle class radicals. (11)

People who define themselves as socialist are so small in England compared to the proportion in Scotland. It's just so normal to be socialist in Scotland, in England so unusual. (12)

I am from Scotland, which is a very left-wing country, which has a strong socialist party which I would probably support, if I was there. But England will never be socialist in a million years. It is totally contrary to the temperament of the English people. (16)

Schottland und die SchottInnen werden also als insgesamt mehr links und sozial konstruiert. Und tatsächlich hat dies auch einen realen Hintergrund in Vorstellungen von *Scottishness* (immer im Gegensatz zu *Englishness* gedacht) als sozialstaatsorientiert und antikonservativ. Dies zeigt sich im schottischen Parteiensystem, wo Labour und die Scottish National Party (SNP) die größten Parteien bilden, während die Tories nur eine vergleichsweise marginale Rolle spielen. Der Nationalismus ist auch Anliegen der meisten Linken und die wichtigste nationalistische Partei (SNP) wird auch mit dem Label »links« in Verbindung gebracht (vgl. McCrone 2001, Dickson 1989).

### 1.7 Linke Medien: Orte der Debatte?

Entscheidend für die linke Diskussion, Kommunikation und Wirklichkeitsdeutung, die im Zentrum der Arbeit stehen, sind die Medien. Die Interviewfragen zielten neben generellen Einschätzungen der linken Medienlandschaft darauf ab, herauszufinden, welche Medien für die Linke bedeutsam sind, welche dabei auch strömungsübergreifend wirken können, oder anders formuliert: Gibt es Foren der linken Diskussion und des Konfliktaustrags über Lagergrenzen hinweg?

Der *Morning Star* verdient dabei besondere Beachtung. Er ist die einzige Tageszeitung, die nicht als »bürgerlich« oder nur »linksliberal« wahrgenommen wird und findet mit Abstand am häufigsten Erwähnung in den Interviews (in mehr als der Hälfte). Der *Morning Star* steht der CPB nahe, hat aber auch Nichtmitglieder unter seinen ständigen AutorInnen, z. B. den linken Ex-Bürgermeister von London Ken Livingstone. Der *Morning Star* ist inhaltlich stark an den Gewerkschaften orientiert und hat eine *working class*-freundliche Aufmachung im Boulevardzeitungs-Stil. Auch wenn er aufgrund begrenzter Ressourcen nicht mit der Informationsvielfalt großer Qualitätszeitungen mithalten kann, bietet er eine für Großbritannien Presselandschaft einmalige Perspektive mit kritischer Berichterstattung zu Krieg und Frieden, Arbeitskämpfen und anderen sozialen Fragen. Doch auch allgemeine Nachrichten, das Fernsehprogramm und eine Sportseite machen den *Morning Star* fast zu einer kompletten Tageszeitung. Ansonsten spiegelt aber auch die Zeitungslandschaft die Fragmentierung der Linken wider. Viele InterviewpartnerInnen erwähnen

ten die große Zahl kleinster Zeitschriften. Ein Medium für einen übergreifenden linken Diskurs existiert faktisch nicht (Becker 2005). Die meisten Zeitschriften sind auch inhaltlich an die sie herausgebende Partei oder Gruppe gebunden und vertreten die Parteilinie, anstatt unterschiedliche Sichtweisen zu diskutieren.

Most of [the papers] are of political groups. There is no debate ... not within the papers. (20)

Most of the journals don't cover what's happening in the other groups. They pretend, they don't exist. (4)

Der leninistische Anspruch selbst die Avantgarde der Revolution zu bilden schließt die Anerkennung konkurrierender Strömungen fast automatisch aus. Nur eine halbwegs relevante Ausnahme aus dieser Regel des Parteiblattes scheint es zu geben. Die Fähigkeit zu lagerübergreifender Debatte und als Voraussetzung dafür Unabhängigkeit von einer spezifischen Organisation wird fast ausschließlich der Zeitschrift *Red Pepper* unter Chefredakteurin Hilary Wainwright attestiert. In der Selbstbeschreibung nennt sich *Red Pepper* »magazine for radical and green left« und »magazine of the independent left«. Ihrem Ansatz entsprechend, wird die Zeitschrift im sozialistischen wie im libertären Lager wahrgenommen, innerhalb und außerhalb Labours hat sie UnterstützerInnen und AutorInnen. Mit einer Auflage von etwa 3 000 bis 4 000 Abonnements plus Verkäufen pro Monat ist sie jedoch weit davon entfernt, ein umfassendes Forum zu bieten, in dem die Linke diskutiert oder abgebildet wird.

Dann gibt's noch Red Pepper, das ist die einzige nicht parteiverbundene, aber das ist auch ihre Schwäche. Da gibt es ganz verschiedene Positionen – von Liberalen bis zu Anarchisten. Das kann mal interessant sein, aber dem fehlt schon ein wenig der Sinn. (23)

Dieses Zitat ist in doppelter Hinsicht interessant. Die Interviewte ist Mitglied der CPGB, ebenso eine leninistische, wenn auch recht offene und auseinandersetzungsfreudige Organisation. Sie erkennt zwar das Fehlen unabhängiger Publikationen, negiert jedoch aufgrund der eigenen objektivistischen Orientierung zugleich den Sinn einer undogmatischen Debatte. Eine gewisse Ausnahme unter den wöchentlich erscheinenden Parteizeitungen stellt der *Weekly Worker* dieser CPGB trotzdem dar. Seine HerausgeberInnen haben sich die Einheit der sozialistischen Kräfte auf die Fahnen geschrieben und berichten deshalb auch explizit von anderen Gruppen, diskutieren verschiedene Standpunkte und beleuchten Entwicklungen der Linken, doch auch in engen streng marxistischen Grenzen. Für ihre Insider-Berichte von anderen Gruppen haben sie den Spitznamen *gossip of the left* (linker Tratsch und Klatsch) bekommen.

Die am dritthäufigsten genannte Zeitung ist der *Socialist Worker*. Das ist die wöchentliche Zeitung der SWP und somit eines der Blätter, die vorwiegend bei Demonstrationen und Veranstaltungen verkauft werden, allerdings die größte und äußerlich anspruchsvollste unter der Vielzahl von Parteizeitungen. Thematisch unterscheidet er sich kaum von den anderen.

Eine Rolle spielen noch Monatsmagazine wie die *Socialist Review* der SWP oder der *New Internationalist* und der *New Statesman*, eine Labour nahestehende Traditionszeitschrift der ArbeiterInnenbewegung, die im linken Labour-Spektrum verortet wird, heute aber nicht mehr wie noch in den achtziger Jahren Massenauflagen erreicht. Zu erwähnen sind ferner die linken akademischen und halb akademischen Zeitschriften. Ihre bekannteste Vertreterin ist die *New Left Review*. Sie war das Organ der Neuen Linken, aus deren Reihen die großen Historiker E. P. Thompson und Eric Hobsbawm, die *cultural studies* (Stuart Hall) und die Marxistischen Theoretiker Perry Anderson und Tom Nearn hervorgingen (vgl. Chun 1996). Sie sind jedoch weniger von Interesse für konkrete Politik. In ihnen und anderen Publikationen (*Capital and Class*, *Radical Philosophy*) kommt aber die Tatsache zum Ausdruck, dass radikale und selbst der revolutionären Linken angehörige Personen nicht wie in Deutschland weitgehend aus dem akademischen Betrieb verbannt sind. Auch in den Reihen der SWP finden sich einige Universitätslehrer.

Die beliebteste Tageszeitung für Linke ist wohl der *Guardian*, als linksliberales und Irakkriegs-kritisches Blatt durchaus erwähnenswert, aber nicht als Zeitschrift der Linken im engeren Sinne.

Von noch immer wachsender Bedeutung ist das Internet. In Großbritannien gibt es, im Gegensatz zu Deutschland, zusätzlich zu *indymedia UK* noch zehn lokale oder regionale *IMCs*. Sie berichten längst nicht mehr nur über Gipfelproteste, sondern über politische Ereignisse aller Art, in Großbritannien gerade auch auf lokaler Ebene. Allerdings wird auf *indymedia* vorrangig berichtet. Anschließend lange Diskussionen wie bei *indymedia Germany* sind die Ausnahme. Daneben gibt es noch viele andere Portale und natürlich die Homepages der einzelnen Organisationen und Kampagnen, sowie Weblogs (Internettagebücher). Eine politische Initiative zur Erneuerung der Linken, das Euston Manifesto, wurde im Wesentlichen von vernetzten BloggerInnen (WeblognutzerInnen) verfasst. Ebenso wichtig ist E-Mail. Zwei Aspekte sind dabei von Bedeutung. Zuerst wird eine große Zahl von Informationen innerhalb formaler und informeller Netzwerke per E-Mail weitergeleitet. Außerdem gibt es eine große Zahl von Newsgroups, also E-Maillisten, durch die verschiedene Organisationen SubskribentInnen mit Informationen versorgen und Diskussionsforen mit vielen TeilnehmerInnen, die frei per Mail diskutieren. Der libertäre Newsletter *SCHNEWS* hat über 10 000 BezieherInnen.

## **2 Anschlussdiskurse I: Aktuelle Themen und Debatten**

Als die Linke über die internen Grenzen hinweg einigend kann die Themensetzung der vergangenen Jahre beschrieben werden. Ihre Politik steht eindeutig im Zeichen der Entwicklungen, die sich seit dem Anschlag auf das World Trade Center abzeichnen, besonders des Irakkriegs. Andere Themen wurden dadurch ver-

drängt (Ruane 2004: 171). Mit gewissem Abstand folgt an zweiter Stelle das Themengebiet Antirassismus/Antifaschismus. Beide Themen sind im Diskurs der britischen Linken eng miteinander verflochten und dienen als Kristallisationspunkte für viele Auseinandersetzungen und als Anschlussdiskurse für die Nahostdebatte. Neben den beiden Hauptthemen gibt es eine Vielzahl weiterer Betätigungsfelder, die sich analytisch zu Gruppen zusammenfassen lassen, die aber hier nur kurz behandelt werden, da sie in keiner direkten Beziehung zum Nahostdiskurs stehen.

Da sind an erster Stelle all die Protest- und Diskussionsthemen zu nennen, die zum Bereich Wirtschaft und Soziales, oder besser Sozialabbau gehören. Die Regierung Blair/Brown vertritt eine restriktive Haushaltspolitik, die in vielen Punkten an die seiner konservativen VorgängerInnen anschließt. Ihren Kern bilden die Maßnahmen zum Umbau der sozialen Sicherungssysteme und weit reichende Privatisierungen. Dies sind präsenste Themen der Linken, wobei die sozialistische Linke diesen einen höheren Stellenwert einräumt als die libertäre Seite. Letztere tendiert dazu, einen konsumkritischen Aspekt mit einzubringen, während das sozialistische Lager sich auf materielle Forderungen seiner Klientel konzentriert. Die einzelnen Politikfelder im Untersuchungszeitraum waren der Kampf gegen Studiengebühren und für Verbesserungen bzw. Erhalt des Gesundheitssystems NHS (National Healthservice), Arbeitslosigkeit, Armut, Renten, Löhne usw. Problematisiert werden diese Themen von der Linken als Privatisierung und Vermarktwirtschaftlichung im Kontext des Neoliberalismus New Labours, aber auch im Kontext von Globalisierung und EU-Integration. Auch Gewerkschaftsarbeit ist, selbst wenn sie gerade nicht akut im Vordergrund steht, ein immer präsent Thema. Die Parteizeitungen berichten regelmäßig und ausführlich über Arbeitsbedingungen, betriebliche Auseinandersetzungen und Streiks, aber auch internationale soziale Themen. Den Höhepunkt internationalistisch-sozialpolitischen Protests bildete das G8-Treffen 2005 im schottischen Gleneagles. Die gemäßigte Linke startete die Kampagne *Make Poverty History*, für die der Rockstar Bob Geldof weltweit Konzerte organisierte, um an die G8 zu appellieren, nachhaltige Schritte zur Verringerung der Armut in Afrika einzuleiten. Unzählige NGOs, Wohltätigkeitsorganisationen und christliche Gruppen beteiligten sich, während die revolutionäre Linke ihre Proteste unter dem Motto *Make Capitalism History* dagegenstellte.

Ein weiterer Schwerpunkt sind Umweltthemen wie Gen-Food, Klimawandel, Straßenbau und Tierrechte. Großbritannien hat die wohl größte, bestorganisierte und am breitesten unterstützte Umweltbewegung der Welt (Rootes/Saunders 2006: 15). Eine deutlich größere Sensibilisierung für Umweltprobleme besteht jedoch im libertären Lager, während die sozialistischen Gruppierungen deutlich größeres Interesse an *bread-and-butter-actions* haben. Umweltschutz ist für die britische (libertäre) Linke auch viel wichtiger als für die deutsche. Wie schon erwähnt, waren die *road protests* eine Angelegenheit der anarchistischen und ökologischen Gruppen. Besonders radikal und im britischen Anarchismus besonders



häufig anzutreffen sind TierrechtlerInnen (Becker 2005). Diese blicken auf eine lange Tradition bis ins 19. Jahrhundert zurück. Als Motivationen kommen zu Tierversuchen oder Massentierhaltung auch typische britische Faktoren. So entstand die militante Animal Liberation Front, auf deren Konto Bombenanschläge und Brand-Attacken gehen, aus einer Gruppe von Fuchsjagd-Saboteuren (Byrne 1997: 149). Im libertären Lager verbinden sich die Sensibilisierung für Umweltthemen mit der gelegentlichen Neigung zum Spiritualismus und Konsumkritik – Ausdruck der vorrangig moralischen Fundierung der britischen Linken.

Die letzte größere Gruppe von zusammengehörigen Themen entstammt dem Bereich Law and Order. Kritisiert wurden Entwicklungen, die zur Beschneidung bürgerlicher Grund- und Freiheitsrechte führten wie der Public Order and Criminal Justice Act<sup>193</sup>, ASBOs<sup>194</sup>, Angriffe auf das Abtreibungsrecht, sowie Fragen aus dem Bereich selbstbestimmter Lebensformen (Wohnprojekte, Hausbesetzungen). Ganz im Vordergrund standen die Gesetzesverschärfungen nach dem 11.9.2001. Auch diese Themen stehen also im Schatten des Krieges, da auch in Großbritannien nach den Anschlägen eine sogenannte Anti-Terror-Gesetzgebung zur Beschneidung von Grund- und Freiheitsrechten geführt hat (Chakrabarti 2004), bspw. dem Recht der Polizei jede »verdächtige« Person anzuhalten, zu durchsuchen, datentechnisch zu erfassen und des Platzes zu verweisen. In diesem Zusammenhang wird von der Regierung die Einführung eines Personalausweises betrieben, den es bisher in Großbritannien nicht gab. Diese Pläne riefen einen breiten Widerstand hervor, in dem sich Linke wie auch viele Liberale einig sind.

## **2.1 Stop the War und der Flirt mit dem Islam**

Die Proteste gegen den Irakkrieg der USA und ihrer Verbündeten, zu denen an erster Stelle Großbritannien gehört, führten zu einer Welle von Protest, wie sie Großbritannien zuvor nicht erlebt hatte. Zum europaweiten Aktionstag, dem Höhepunkt der Mobilisierung gegen den Krieg am 15.2.2003, strömten bis zu zwei Millionen Menschen in London zusammen, um ihre Kritik an der Kriegspolitik auf die Straße zu tragen. Übereinstimmend berichteten die InterviewpartnerInnen über die Begeisterung, die von einer so großen Kampagne ausging. Neben der schieren Größe wurde angemerkt, dass viele »neue«, junge, unpolitische, muslimische, nicht linke und nicht organisierte Menschen an den Protesten beteiligt waren.

193 Ein Gesetz, das die Möglichkeiten direkten polizeilichen Vorgehens gegen Demonstrationen, Hausbesetzungen und sogenannte free parties oder raves verschärft und die Kriminalisierungsschwelle von ehemals als Ordnungswidrigkeit eingestuftem Verhalten deutlich herabsetzt.

194 Anti Social Behaviour Orders, Verordnungen gegen sogenanntes antisoziales Verhalten, die von lokalen Behörden gegen »Gefahren, Belästigung und Bedrängnis« verhängt werden können – eine Rekriminalisierung bestimmter, bisher tolerierter Abweichungen von Alltagsnormen wie Trunkenheit usw., die von der Linken u. a. wegen ihres Ausgrenzungseffektes gegenüber Minderheiten und Randgruppen kritisiert wird, aber auch zur Kriminalisierung von Demonstrationen und anderen Protestformen zur Anwendung kommt.

Auf den Demonstrationen und z. T. auch in lokalen Antikriegskomitees trafen sich – eine erwähnenswerte Ausnahme – libertäre wie sozialistischen Linke. Hauptorganisatorin des landesweiten Protests war die Stop the War Coalition. In London und in vielen anderen Städten gründeten sich damals gleichnamige Bündnisse. Und in diesen fand sich eine neuartige politische Konstellation. Die STWC war (und ist) dominiert von Linkskräften von SWP und CND, aber auch SCG und Socialist Action. Im leitenden *steering committee* sind Gallionsfiguren der Linken, wie Tony Benn, George Galloway und Tariq Ali vertreten, ebenso Gewerkschaften und Mitglieder verschiedenster Kampagnen und NGOs. Das eigentlich Neue bestand jedoch in der für den Nahostdiskurs folgenreichen Beteiligung muslimischer AktivistInnen und Organisationen, vor allem in Gestalt der Muslim Association of Britain (MAB), die eine tragende Rolle in der Stop the War Coalition spielte. Daraus ergaben sich ein großes Mobilisierungspotenzial, aber auch Spannungen innerhalb der Linken. Viele AktivistInnen, besonders die in der Stop the War Coalition organisierten bzw. die ihr nahestehenden Organisationen, begrüßten die breite Basis dieser Bewegung. Denn sie konzedieren, dass mit dem sogenannten Krieg gegen den Terror auch eine Welle anti-islamischen Ressentiments einhergehe. Die Involvierung der Muslim community wird zudem als ein positiver Schritt gesehen, der die Muslime politisiere, sie in die Lage versetze, sich gegen das als zunehmend rassistisch empfundene Klima zu wehren.

The identification of an Anti-Islamic development. And that became one of the issues around which we mobilised. That became a big offer to Muslim population, which responded. (2)

There are many Muslims in the country and they're less welcome than the Jews. The racism in this country [...] is severe and so what MAB is attempting to do is, to show, that they have something to contribute, to show that they are an addition to British life. They had some success but generally speaking they fight an up-hill battle against racism rather than against the war. They see it as a war against Islam. So they are more likely to be attacked physically and verbally, than they were before. But politically that leads to the right. (5)

Diese Liaison führte auch zur Entstehung der Antikriegspartei Respect und zu massivem ideologischen Streit. Dieser klingt im zweiten Zitat schon an. Denn während die antirassistische Grundorientierung klar und einigend ist, teilt die Linke doch mit vielen der muslimischen Protestierenden, so wird von Kritikern argumentiert, recht wenig.

I probably felt unhappy about that some time, and I know, other people, too. Essentially, what we are in the extreme left intolerant of is intolerance. They [some Muslims] are quite intolerant. (3)

Für die AWL kommt Zusammenarbeit mit islamischen, religiös definierten Organisationen dieser Art nicht infrage, weil sie zum Teil für rückwärtsgewandte, religiös-fundamentalistische Positionen stehen oder zumindest eine große Nähe zu den entsprechenden Institutionen aufweisen.

So, they [the MAB] are moderate reformist Islamic fundamentalists. As is the Muslim Brotherhood in Egypt, but their programme is for an Islamic state. (22) Für die AWL kommt die Zusammenarbeit mit der MAB fast der Zusammenarbeit mit FaschistInnen gleich.<sup>195</sup> Ähnliche Kritik kommt von den AnarchistInnen von Class War.

Ein wichtiger Motor hinter dieser neuen, umstrittenen Liaison ist die taktische Entscheidung der SWP und der Organisationen, in denen sie mitarbeitet, den Kampf gegen Islamophobie in den Mittelpunkt ihrer politischen Arbeit zu rücken. Dies drückt sich am deutlichsten in ihrem Slogan »Defend the Muslim community!« aus. Die inhaltliche Begründung folgt der Antiimperialismusideologie (Aufteilung der Welt in zwei antagonistische Lager) in kleinerem Maßstab. Die Muslime wurden als die Minderheit ausgemacht, die von der angenommenen Welle staatlichen Rassismus derzeit am meisten bedroht seien, demzufolge seien sie kritisch, aber bedingungslos zu unterstützen. Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt aber, wie schnell aus einer solchen möglicherweise strategisch begründeten Entscheidung fast eine Obsession werden kann. Dazu einige Beispiele.

Da wäre zunächst der Fall Ramadan. Tarik Ramadan ist islamistischer Theologe und gehört in mancher Hinsicht zu den aufgeklärteren Vertretern der islamischen Theologie, weil er sich für die Integration von Muslimen in der westlichen Welt einsetzt. Trotzdem ist er immer wieder Ziel von Vorwürfen, er sei antisemitisch eingestellt und lehne Menschenrechtsverletzungen aus der Sharia wie die Steinigung oder das Abhacken der Hand als Strafe für Diebstahl nicht ab.<sup>196</sup> Aufgrund dieser Vorwürfe forderte die National Union of Students (NUS) im Jahre 2004 seinen Ausschluss vom Europäischen Sozialforum, wo er in einem Panel über Menschenrechte sprechen sollte. Gegen diese Ausladung sprach sich der Respect-Parlamentarier George Galloway vehement aus. Sein Lager sah in der Forderung Islamophobie, aber keine berechtigte Kritik an reaktionären Positionen.<sup>197</sup> Die gänzliche Unvereinbarkeit der beiden Sichtweisen erinnert an die deutsche Diskussion (und Diskussionsabwehr) um linken Antisemitismus. Die NUS war daraufhin wiederholt Schauplatz ähnlicher Auseinandersetzungen. SWP-nahe (Socialist Worker Students Society) und Socialist-Action-nahe (Student Broad Left) Organisationen verbündeten sich mit der islamischen FOSIS-Fraktion (Federation of Student Islamic Societies) und wurden hart von AWL-nahen Kräften (Education Not For Sale) dafür angegriffen, denn die islamisch-linke Koalition sprach sich u. a. gegen säkulare Bildung aus. Auch umstritten waren, entlang der

195 Alliance for Workers Liberty 2003: 9th AWL conference, March 2003, S. 1: »Joining up with fascists? No socialist would ever want to do that. Yet on 28 September the Stop The War Coalition, a coalition led by socialists, did something very close to that. Stop The War co-organised the 28 September anti-war march with the Muslim Association of Britain. The MAB was given equal billing as demonstration organiser.«

196 Wolter, Udo 2006: Falschfahrer der euro-islamischen Reformation, *Telepolis* 7.7.2006, <http://www.heise.de/bin/tp/issue/r4/dl-artikel2.cgi?artikelnr=22944> [24.7.2006].

197 O. A. The Alliance for Workers' Liberty and Tariq Ramadan: A Case History of Islamophobia, *what next journal*, <http://www.whatnextjournal.co.uk/Pages/Politics/Ramadan.html> [24.7.2006].

bekannten Konfliktlinien, die Haltung zum Iran und zum Holocaustgedenktag, den die links-islamische Koalition ablehnte – wohl um mit dem Shoahgedenken nicht die Gegenseite im Nahostkonflikt zusätzlich zu legitimieren.<sup>198</sup>

Noch klarer als im Fall Ramadan wurden die verschiedenen Positionen zur Koalition aus Linker und Islam im Fall der Einladung des Islamisten Yussuf al-Qaradawi durch den damaligen Londoner Bürgermeister Ken Livingston. Qaradawis Inkompatibilität mit linken Kernvorstellungen ist für die AWL und andere KritikerInnen umso deutlicher; Qaradawi rechtfertige, so die Anklage, Selbstmordattentate, billige Genitalverstümmelung und sei homophob.<sup>199</sup> Die auch von anderer Seite, bspw. der Vertretung der britischen Jüdinnen und Juden<sup>200</sup>, vorgelegte Kritik, fand kein Gehör bei Livingston. Vielmehr nahm dieser den Eingeladenen gegen alle Kritik in Schutz und bezeichnete die gut belegten Vorwürfe als Lügen.

Den hinter diesen Erscheinungen liegenden Einstellungswandel, insbesondere die positive emotionale Besetzung des Islam in Teilen der britischen Linken, konnte man in aller Deutlichkeit bei Ereignissen des Jahres 2006 verfolgen. Die Konferenz *Marxism 2006*<sup>201</sup> der Socialist Workers' Party stand ganz im Zeichen der Nähe zum Islam. Unzählige Redner forderten »Defend the Muslims« und bekamen dafür laute Ovationen, mit einer Begeisterung, wie sie – außer Palästina – kaum ein anderes Thema zu erzeugen vermochte. Redner auf der Abschlussveranstaltung war auch Azzam Tamimi. Dieser bekannte vor den Hunderten SWP-Anhängern »I've been a member of the Muslim Brotherhood all my life. I am a staunch supporter of Hamas. And I am proud of it.«<sup>202</sup> Die Reaktion des Publikums war eine Woge der Begeisterung. Fast alle Anwesenden standen zum Beifall auf, laute Jubelrufe durchdrangen den Saal – als Folge des Bekenntnisses zu einer autoritären, fundamentalistischen, frauenfeindlichen, antiliberalen und antisemitischen Organisation.

In einem Panel zum Thema »Islamophobia and the rise of the new racism« wurde über eine Entscheidung der kanadischen Schwesterorganisation der SWP berichtet. Diese unterstützte die Forderung muslimischer Organisationen nach Einführung einer Sharia-basierten zivilen Gerichtsbarkeit für Muslime in Kanada.<sup>203</sup> Unterschiedliche Begründungen wurden in der Diskussion vorgebracht und mit lautem Beifall bedacht. Zunächst wurde darauf hingewiesen, dass anderen Religionen in Kanada religiöse Schiedsgerichtsbarkeit zustehe, Muslimen

198 NUS-Conference 2005: What really happened. An Education Not for Sale briefing (unveröffentlicht); Report on NUS Conference 2006, <http://www.free-education.org.uk/?p=207> [18.8.2006].

199 O. A. 2004: The writing on the wall, *Solidarity* 3/62, <http://www.workersliberty.org/taxonomy/term/322> [24.7.2006].

200 O. A. 2004: Islamic cleric to address event, *BBC online*, [http://news.bbc.co.uk/2/hi/uk\\_news/3880675.stm](http://news.bbc.co.uk/2/hi/uk_news/3880675.stm) [24.07.-2006].

201 *Marxism2006. A Festival of Resistance*, 6.-10. Juli 2006, University of London.

202 Quelle: eigenes Beobachtungsprotokoll.

203 Zur Position der kanadischen SWP: Fidler, Richard 2005: Even with new mcguinty bill, we still need ... Equal rights for Muslims, *Socialist Worker* 461, 10 December, <http://www.socialist.ca/En/SW2005/461-08-EqualRights.htm> [25.7.2006].

aber nicht, was Ausdruck der herrschenden Islamophobie sei. Eine andere Sprecherin hob hervor, dass sie selbst auch lieber nicht von einem »kapitalistischen Gericht« stehen möchte, womit sie implizit die islamischen Schiedsgerichte zu nicht- oder antikapitalistischen erklärte, und brachte somit eine öffentliche Wertschätzung religiöser Gerichte zum Ausdruck. Aufschlussreich war auch die Reaktion auf den Kommentar eines Diskussionsteilnehmers aus dem Publikum. Dieser, selbst Mitglied einer konkurrierenden trotzkistischen Organisation, forderte eine Unterscheidung zwischen dem Kampf gegen Islamophobie und dem Sich-zu-eigen-Machen sämtlicher Forderungen von Muslimen. Stattdessen bestand er auf der säkularen Tradition der Linken, forderte sämtliche Rechte für alle Glaubensrichtungen zu wahren, sich aber für eine laizistische Gesellschaftsausrichtung stark zu machen. Sein Beitrag wurde nur von vereinzelt Personen mit Beifall bedacht, rief aber viel Widerspruch hervor.

Der Annäherung der Linken an den Islam widmeten sich mehrere Veranstaltungen der Konferenz. George Galloway, der unumstritten im Zentrum von Respect steht, würzte – die Liaison symbolisch untermauernd – seine Beiträge wiederholt mit der Anrede »Dear brothers and sisters!«; erst im Anschluss folgte das traditionell-linke »Dear comrades!«. Zur Verbindung mit den Muslimen sagt er »We stand hand in hand, arm in arm, shoulder to shoulder, indivisibly with the most oppressed community – the Muslims«.<sup>204</sup>

Der sich hier abzeichnende Prozess ist eine mehrstufige Entwicklung. An ihrem Beginn steht die Identifikation einer Gruppe, die als Opfer, aber auch als potenzielle UnterstützerInnen-Basis für das eigene Projekt wahrgenommen wird. Im Laufe der Annäherung zwischen den Gruppen kommt es zur zunächst strategischen Übernahme von Positionen, aber auch zur allgemeinen Identifikation mit der Gruppe und ihren Symbolen und Inhalten.<sup>205</sup> Am Ende besteht die Option einer Überidentifizierung, welche die Grenzen zwischen dem Selbst und dem Objekt der Identifikation verwischt und zum einschneidenden Wandel der eigenen Identität führt. In diesem Fall besteht der Identitätswandel in einer Zurückdrängung des Stellenwertes von Säkularismus zugunsten einer Aufwertung von Religion als Ausgangspunkt gesellschaftlicher Veränderungen. Letztlich ist dies ein Konversionsprozess, wie ihn Snow et al. (1986) mit dem Begriff *frame transformation* beschreiben. Linke, die diesen Wandel nicht mitgemacht haben, werden bspw. die Frage nach der mögliche Einführung islamischer Schulen innerhalb eines Fortschritts-Säkularismus-Deutungsmusters (religiös = rückschrittlich, säkular = fortschrittlich) kritisieren, während diejenigen, die diesen Konversionsprozess durchlaufen haben, die Frage in einem Antirassismus- oder Antiislamismusframe wahrnehmen, der Religionskritik verdrängt.

204 Quelle: eigenes Beobachtungsprotokoll.

205 Noch vollständig offen ist die Frage einer Wirkung der Linken auf die muslimische Bevölkerung.

Warum von kritikloser Überidentifizierung gesprochen werden kann, sei an einem weiteren Beispiel geschildert. Im Umfeld der erwähnten SWP-Konferenz präsentierten sich auch andere linke Gruppen dem Publikum, meist indem sie vor dem Gebäude Stände aufstellten und versuchten ihre Zeitungen zu verkaufen. Dabei entwickelte sich ein Streitgespräch zwischen einem Mitglied der Socialist Party und einem Zeitungsverkäufer der *Socialist Workers' Party*. Der SP-Vertreter kritisierte die SWP für ihre strategische Konzentration auf die Belange der Muslime und forderte einen allgemeinen Kampf gegen Rassismus, von dem schließlich auch andere Gruppen betroffen seien. Der SWP-Vertreter, der sich auch als Antirassist begreift, lehnte dies strikt ab und forderte die Einheit mit der einen von ihm als derzeit am meisten unterdrückt ausgemachten Gruppe, den Muslimen. Was zunächst als eine Strategiedifferenz anmutet, erwies sich aber als emotional aufgeladener ideologischer Antagonismus – die beiden Streitenden wurden fast handgreiflich. Und dies ist kein Einzelfall: Die SWP-VertreterInnen machten an vielen Stellen deutlich, dass es gelte, ausschließlich *spezifisch* Partei zu ergreifen.

Die KritikerInnen des Flirts mit dem Islam zielen nicht in erster Linie auf die muslimischen Organisationen, sondern auf jene Linken, die Konfliktthemen umgehen und dafür opportunistischer Gründe beschuldigt werden.

They [SWP, Respect] use the religious structures of domination, using the imam to say how to vote. We are against that. But it is good for workers to work together across nationalities. We don't want anybody to vote for a party because religious leaders told them to. We don't want Christians to vote for the socialist candidate, because the Archbishop of Canterbury told them to! We want them to vote (for) him because they are socialists. (14).

Dass diese Furcht nicht unbegründet ist, zeigte eine Rede von Chris Nineham, Hauptorganisator der SWP-Vorfeldorganisation Globalise Resistance. In Vorbereitung auf eine Anti-Kriegs-Veranstaltung forderte er die anwesenden AktivistInnen auf, mehr für die Proteste zu werben: »Talk to the mosques! Talk to the imams!«. <sup>206</sup> Nur in wenigen Interviews deutet sich eine ernsthafte Diskussion um dieses Thema an. Insgesamt überwiegt die positive Wertung des *empowering* der Muslime gegenüber der als rassistisch empfundenen Umwelt. Aus diesen Gründen gibt es in der britischen Linken auch eine tendenziell freundliche Position gegenüber muslimischen Distinktionssymbolen wie dem Schleier. Diese Problematik beschränkt sich jedoch nicht auf die SWP. Ähnliche Diskussionen spielen sich auch in der Labour-Linken ab. Auf der Jahreskonferenz von Labour Against the War, so kritisiert ein Bericht, sei zu häufig die Forderung, einen Krieg gegen den Iran zu verhindern, damit verknüpft worden, die »iranische Demokratie« zu loben. <sup>207</sup>

206 Vorbereitungstreffen für Proteste gegen die Labour Party Conference 2006 in Manchester am 09.07.2006, University of London (eigenes Beobachtungsprotokoll). Ähnliche Tendenzen aus Frankreich berichtet Camus (2006).

207 Deville, Simon 2006: How can we stop this war?, Labour Left Briefing, July, S. 10.

Den Hintergrund dieser Einseitigkeit bildet wahrscheinlich die insgesamt hohe Sensibilisierung der britischen Linken für Rassismus und Kolonialismus (dazu im folgenden Abschnitt). Die Identifizierung mit den Muslimen schloss jedoch auch eine Vielzahl von Kontakten und Kooperation mit dem Islamismus ein. Dass dessen Positionen, von der Auslöschung Israels bis zur Feindschaft gegenüber individuellen Freiheitsrechten, akzeptiert werden und ihnen immer wieder an prominenter Stelle Podien geboten werden (vor allem durch die SWP), legt den Schluss nahe, dass es mittlerweile auch *ideologische* Überschneidungen gibt, bzw. diese sich entwickeln. Am deutlichsten finden sie sich beim Respect-Star George Galloway. Dieser fordert in seinen Reden einen neuen Gamal Abdel Nasser<sup>208</sup>, trotz dessen extremen Nationalismus und Nähe zum Faschismus. Er träumt sogar von einem arabischen Großreich auf ethnisch, religiös und kulturell exklusiv-homogener Grundlage.

What your lives would be if from the Atlantic to the Gulf we had one Arab union – all this land, 300 million people, all this oil and gas and water, occupied by a people who speak the same language, follow the same religions, listen to the same Um Kulthum... The Arabs would be a superpower in the world if they had this unity, instead of the shameful situation in which the Arabs find themselves today.<sup>209</sup>

Das Mischungsverhältnis von Strategie, Opportunismus und ideologischer Übereinstimmung zwischen der Linken und dem politischen Islam und Islamismus lässt sich schwer bestimmen; sicher ist, dass bei einem großen Teil der antiimperialistische Linken verschiedene Komponenten zusammenkommen. Die geschilderten emotionalen und explizit-inhaltlichen Bezugnahmen auf religiöse, nationalistische, antisemitische Organisationen sprechen für große Schnittmengen zwischen beiden. Auf der Leitungsebene wird dies jedoch meist verklärt, indem der anti-linke Charakter der betreffenden Organisationen wie der MAB geleugnet, oder indem die Zusammenarbeit als Cover für andere Ziele strategisch begründet wird. Eine Vertreterin der deutschen SWP-Schwesterorganisation Linksruck z. B. sieht dieses Bündnis vorrangig als »Eintrittskarte« in die arabische Welt, um dann dort letztlich doch genuin linke Organisationen unterstützen oder aufbauen zu können. Die Person George Galloway stellt in ihrer derben und homogenisierenden Anbiederung an Islam und AraberInnen deshalb ein besonderes Extrem dar. Einen Gegenpol bildet neben der AWL die libertäre Linke, die in ihrer Grundorientierung auf individuelle Freiheiten und ihrer Expressivität nicht für Bündnisse mit religiösen Gruppen anfällig ist.

Der Krieg stand also im gesamten Untersuchungszeitraum im Zentrum des Interesses und war sowohl Auslöser für Diskussionen als auch, im Zusammenhang mit der Gründung von Respect aus einer links-muslimischen Koalition, Anlass für

208 <http://www.memri.org/bin/articles.cgi?Page=archives&Area=sd&ID=SP91805> [15.8.2006].

209 <http://memri.org/bin/articles.cgi?Page=archives&Area=sd&ID=SP102405> [15.8.2006].

strukturelle Wandlungen der Situation der britischen Linken. Die Wandlungen auf Organisationsebene haben ein ideologisches Korrelat in der Aufwertung der Religion, insbesondere des Islam, und einer tendenziellen Abwendung vom traditionellen marxistisch-universalistischen, nicht kulturellrelativistischen Säkularismus und Antisexismus (vgl. das folgende Kapitel) im Dienste einer antiimperialistischen Einheitsfront.

## 2.2 Antirassismus

Die hier deutliche Sensibilisierung (und bei Teilen des sozialistischen Lagers Übersensibilisierung) der Linken für antirassistische Themen hängt mit Großbritanniens Rolle als ehemaliges koloniales Weltreich und wichtiges Einwanderungsland zusammen. Von Bedeutung ist dabei einerseits das schwierige Verhältnis zu Irland und den IrInnen, das von der Kolonialzeit und der noch aktuellen Auseinandersetzung um Nordirland geprägt ist. Das Thema Irland hat auch einen gewissen Einfluss auf die Wahrnehmung des Konfliktes zwischen den PalästinenserInnen und Israel (vgl. Kap. VIII). Die Rassismusproblematik wird jedoch *hauptsächlich* auf aus Asien stammende MigrantInnen bezogen (Farrar 2004: 239). Zu negativer Berühmtheit gelangte in den sechziger und siebziger Jahren das sogenannte *Paki-bashing*, die systematische Gewalt gegen asiatische Einwanderer durch rassistische Schlägertrupps. Diese stehen entsprechend im Fokus antirassistischer Arbeit. Immer wieder kam es zu rassistischen Gewaltausbrüchen bei gleichzeitiger institutioneller Diskriminierung und in diesem Zusammenhang auch zu großen Kampagnen der britischen Linken gegen diese Missstände, z. B. mit *Rock Against Racism*-Konzerten (ebd.: 229 ff.).

Die größte Kontinuität ist in der antifaschistischen und antirassistischen Arbeit durch das investigative Magazin *Searchlight* gegeben. Verschiedene Kampagnen entstanden sonst immer wieder anlassbezogen. Aktuell gibt es Aktivitäten gegen die rechte British National Party durch Organisationen wie Unite against Fascism und die Anti-Nazi League. Während hinter der UAF auch viele honorige Personen, u. a. eine große Zahl von Unterhausabgeordneten stehen, gibt es auch noch, allerdings in viel geringerem Maße als in der Bundesrepublik, autonome antifaschistische Gruppen, z. B. die Londoner Antifa.<sup>210</sup> Doch gerade im Untersuchungszeitraum war die tatsächlich gegen die extreme Rechte gewandte Arbeit weitaus weniger wichtig als der Kampf gegen gesamtgesellschaftlichen Rassismus. Wie gezeigt wurde, gelten aktuell besonders Muslime als davon betroffen. Allgemeiner Konsens scheint darüber zu bestehen, dass die Entwicklungen nach dem 11.9.2001 zu einer Verschärfung des Rassismus gegen Muslime beigetragen haben. Aktivitäten, und sei es nur verbaler Art, gegen die rechten Tendenzen des Islamismus, die immerhin manche von Islamfaschismus sprechen lassen, gibt es wie beschrieben nur von kleinen Gruppen und Einzelpersonen. Mehrfach als

210 Zur britischen Antifa vgl. Copsey (2000).



wichtiges Thema genannt wurde auch die Situation Asylsuchender und im Besonderen der Protest gegen das Abschiebelager Dungable und das Gefängnis Belmarsh, in dem »terrorverdächtige« AusländerInnen ohne Verfahren festgehalten werden.<sup>211</sup>

Dass Antirassismus zu den wichtigen *konstitutiven Elementen* der gesamten britischen Linken gehört, zeigt sich auch in Antworten auf Fragen, die eigentlich auf andere Themenfelder zielten:

[other things] do not have the same resonance like the war or racism. (20)  
It is just something that never ( ) in the same way as antifascism or anti-racism has. And because we [gays] don't need pronouncements on race issues, on similar attitudes of ( ), they can't sort of fit us into their skin of things. (16)

Das Zitat stammt von einem Schwulen-Aktivisten, der in vielen Jahren des Engagements den Eindruck gewann, dass seine Thematik (Kampf gegen Homophobie) deutlich weniger Resonanz findet als Antirassismus. Homophobiekritik passt nicht so gut in die wichtigen Deutungsmuster der antikolonialismus- und antirassismusgeprägten Linken. Schwulen-Aktivisten werden deshalb immer wieder mit Rassismusvorwürfen konfrontiert, wenn sie bspw. die Reggae-Szene für ihre Homophobie angreifen. Diese Szene ist so militant schwulenfeindlich, dass es immer wieder zu Mordaufrufen gegen Homosexuelle kommt<sup>212</sup>, die Kritik daran wird aber von einigen als Aufweichung der Front gegen den Rassismus gesehen, da ImmigrantInnen aus der Karibik auch Ziel rassistischer Diskriminierung seien.<sup>213</sup> Mehrere Artikel im linksliberalen *Guardian*, aber auch in der SWP-Zeitung *Socialist Worker* argumentierten in diese Richtung. Ziel der Angriffe war immer wieder der linke *OutRage!*-Aktivist Peter Tatchell. Er ist Mitglied der Grünen, aber bekennender Linker, seit vielen Jahren in Menschenrechts- und Antirassismusarbeit involviert und doch Zielscheibe von Rassismusvorwürfen, weil er und seine Gruppe erfolgreich Auftrittsverbote und Strafverfolgung für »*Jamaican murder music*« forderten. Während Brian Richardson und Kevin Ovenden im *Socialist Worker* Peter Tatchell noch moderat kritisierten<sup>214</sup>, gab es in diesem Kontext auch homophobe Äußerungen von dem Respect-Aktivisten Adam Yosef, der Peter Tatchell in einer Kolumne auch mit den rechtsradikalen Nick Griffin und dem Islamisten Omar Bakri Mohammed gleichsetzte, die er alle als widerwärtige Eiferer (*vile, bigots*) bezeichnete.<sup>215</sup> Ebenso tut sich die Webseite *Islamophobia-watch* mit Angriffen gegen Tatchell und andere Outrage-Mitglieder hervor. Auf

211 Vgl. bspw. Winterman, Denise 2004: Belmarsh – Britain's Guantanamo Bay?, BBC News, 6.10.2004, <http://news.bbc.co.uk/1/hi/magazine/3714864.stm> [online: 22.1.2005]

212 <http://www.petertatchell.net/hate%20crimes/policeinaction.htm> [25.7.2006]

213 E-Mail von Peter Tatchell [26.7.2006].

214 Richardson, Brian; Ovenden, Kevin 2004: Homophobia and the Mobo Awards, *Socialist Worker* 1919, 18.9.2004, [http://www.socialistworker.co.uk/article.php?article\\_id=2466](http://www.socialistworker.co.uk/article.php?article_id=2466) [16.8.2006].

215 Yosef, Adam 2006: Hate-filled bigots, *DesiXpress* 42; in der nachfolgenden Ausgabe folgte eine leichte Abschwächung als Reaktion auf die Kritik.

dieser Webseite findet sich neben Informationen über rassistische und antiislamische Aktivitäten und Äußerungen eben auch die islamophile Kehrseite der neuen linken Entwicklung, die mit Zugeständnissen an vermutete islamische Homophobie einhergeht. Auch Respect wurde schon vorgehalten<sup>217</sup> – allerdings auch aus den eigenen Reihen<sup>218</sup> –, dass es die eigene Programmforderung nach dem Kampf gegen Diskriminierung von Schwulen, Lesben, Bisexuellen und Transgendern nicht ins Wahlmanifest 2005 aufnahm, auch dies wohl aus Rücksicht auf die neuen muslimischen PartnerInnen.

Aus der hohen Sensibilisierung für Rassismus wurde also, wie bereits am Beispiel der Zusammenarbeit mit MuslimInnen gezeigt wurde, eine Tendenz des Übersensibilisierung bzw. Überidentifizierung, die sich in Widerspruch zum linken Universalismus begibt und bestimmte Gruppen von Diskriminierten oder Verfolgten auf Kosten anderer bevorzugt. Derzeit ist ein (Anti-)Rassismusframe in der Linken prominenter als universalistische Deutungsmuster, die andere Diskriminierungsformen wahrzunehmen in der Lage sind. Von diesem Antirassismusframe ausgehend ist sogar Fraternisierung mit explizit rechten (homophoben, antisemitischen, radikalislamischen) Positionen in Teilen der antiimperialistischen Linken legitim geworden.

### 3 Anschlussdiskurse II: Kultureller Background

Die Linke, wie sie hier bisher dargestellt wurde, erscheint als heterogene Zusammenfassung zerstrittener Gruppen mit vielfältigen Interessen. Dies mag auch daran liegen, dass die meisten Fragen der Interviews auf das konkrete Hier und Jetzt zielten, was tieferliegende Gemeinsamkeiten ein wenig hinter die drängenden Alltagsstreitigkeiten zurückfallen lies. In Nebenbemerkungen und zwischen den Zeilen kommen bedeutende formative Elemente jedoch deutlich zum Vorschein. Als immer präsente Bezugspunkte bilden sie den kulturellen Background des Agierens der Linken, ihren Traditionsbestand. Zu diesem gehört der schon erläuterte Antirassismus, der zugleich auch aktuelles Handlungsfeld ist. Eine andere Rolle spielen konkrete Kämpfe und Kampagnen, die prägende Erlebnisse für die Linke darstellen, weil sie es schafften, eine große lagerübergreifende Einigkeit herzustellen (wie die *poll tax rebellion* Anfang der neunziger Jahre gegen eine geplante einkommensunabhängige Kopfsteuer) oder aber trotz aller Solidarisierung eine tiefgreifende und weiter schwächende Niederlage darstellten, wie der Bergarbeiterstreik 1984/85, der ein letztes Aufbäumen der ArbeiterInnenbewegung gegen ihre Zerschlagung in der Ära Thatcher darstellt (Lawrence 2004: 140, Atkin-

216 <http://www.islamophobia-watch.com> [16.08.2006].

217 *Weekly Worker* 633 (13.7.2006), S. 5.

218 Ein diesen Umstand kritisierender Beschluss wurde auf einer nachfolgenden Parteikonferenz eingebracht, vgl. Respect National Conference 2005: <http://www.respectcoalition.org/index.php?ite=932> [18.8.2006].

son 2002) und auf ein weiteres wichtiges Element britischer linker Tradition verweist: der großen Rolle der Gewerkschaften und der hohen Bedeutung eines zentralen Konzeptes der Linken: (*working*) *class*.

### 3.1 Die Linke und die Gewerkschaften<sup>219</sup>

■ »Most left activists are likely to be strong trade unionists« (Ruane 2004: 161 f.) Viele sozialistische AktivistInnen engagieren sich nicht nur in der jeweiligen Gruppe oder Partei, sondern auch zusätzlich in den Gewerkschaften. Dahinter steht aber noch mehr als die traditionelle Verwurzelung der Linken in der ArbeiterInnenbewegung. Es geht um die Rolle der Gewerkschaften in der Labour Party, die mit ihrer durch das Mehrheitswahlrecht zementierten Position kaum linke Konkurrenz neben sich zulässt. Die Labour Party wurde u. a. von den Gewerkschaften gegründet (zuerst als Labour Representation Committee<sup>220</sup>) und finanziert sich auch zum großen Teil durch Beiträge der Gewerkschaften, die auch über einen großen Teil der Stimmen auf der Labour Party Conference, dem jährlichen Parteikongress, verfügen. Gewerkschaftliches Engagement stellte somit traditionell eine Möglichkeit dar, die Partei zu beeinflussen, was auf dem alternativen Wege – über Strukturen innerparteilicher Einflussnahme von der Basis aus – im Fall Labours als hoffnungslos eingeschätzt wird, gerade wegen zunehmend zentraler Steuerung der Partei und abnehmender Basisaktivitäten (Edmunds 2000: 2 f., Grzincic 2004). In einzelnen Gewerkschaften und in der Linken wurde deshalb darüber diskutiert, die Bindungen zu Labour zu lösen (Lawrence 2004: 152). So wurde die Affiliierung der Transport-Gewerkschaft RMT seitens der Labour Party beendet, weil die RMT ihren lokalen Gliederungen freistellte, welchen Kandidaten oder welche Kandidatin sie bei Wahlen unterstützen. In anderen Gewerkschaften, bspw. der GMB, einer der vier größten landesweiten Gewerkschaften, wird darüber nachgedacht, die Haltung zu Labour zu verändern und Unterstützung nicht mehr als Blankoscheck zu liefern, sondern von konkreter inhaltlicher Übereinstimmung mit den jeweiligen KandidatInnen abhängig zu machen (Wainwright 2004: 27). Die Feuerwehrgewerkschaft FBU löste sich von Labour. Die SSP betreibt eine Kampagne unter dem Titel »Make the Break«, die das Ziel hat, Gewerkschaften zur Lösung von Labour zu ermutigen und sie dazu zu bewegen, ihre finanzielle Unterstützung der Linken zukommen zu lassen. Die ist dringend notwendig im Hinblick auf die angestrebte Schaffung von Wahlalternativen zu Labour. Die SWP und Respect gelten als weniger stark in den Gewerkschaften verwurzelt als ihre Konkurrenten wie die Socialist Party, deren Mitglieder in den Vorständen mehrerer großer Gewerkschaften vertreten sind. Zudem lagen die Schwerpunkte des SWP-Engagements bei internationalistischen, antiimperialis-

219 Vgl. zu diesem Thema auch den Überblick von Lawrence (2004).

220 Schon der Name offenbart vieles vom Charakter dieser Partei, der es tatsächlich vorrangig um angemessene Repräsentation der ArbeiterInnenschaft im Parlament ging.

tischen Themen. Man ist jedoch in der SWP bestrebt, mit der »Organising for Fighting Unions Conference« diesen Schwachpunkt abzustellen und mehr Gewerkschaften zu ermutigen, den endgültigen Bruch mit (New) Labour zu wagen.

Natürlich ist auch in Großbritannien mit der Neuen Linken und 1968 eine post-materialistische, nicht mehr so sehr klassenbezogene Linke entstanden, doch diese libertäre Linke befand sich immer in Konkurrenz zum klassischen und dominanten labourism oder workerism. Doch seit den achtziger Jahren, so Wright (1993), gewinnt die traditionelle Politik sogar wieder an Terrain.

### 3.2 Class

Quantitativ in dieser Studie mindestens ebenso bedeutsam wie der Bezug auf Gewerkschaften war die Verwendung des Klassenkonzeptes, ein weiteres Anzeichen für die eher traditionskommunistische Orientierung des Sozialismus in Großbritannien. Häufig fiel das Wort *class*, meist in Kombination mit einem Begriff aus dem semantischen Umfeld von *worker*. Der Begriff Klasse hat nicht so sehr die Konnotation des Überkommenen oder Angestaubten wie in der Bundesrepublik.

Das Konzept *class* wurde an keiner Stelle der Interviews explizit problematisiert, sondern war omnipräsent als eine Grundkategorie und funktioniert auch wie ein *frame*, der spezifischen anderen Themen erst Relevanz verleiht. Die Kooperation mit Muslimen bspw. wird gelegentlich als Kooperation mit muslimischen ArbeiterInnen begründet, bzw. mit der Zugehörigkeit der meisten Muslime zur ArbeiterInnenklasse:

We criticise the SWP's attempt not to talk directly with Asian and Muslim workers. There's been deals cut with the mosque. (14)

Nowadays Muslims are an important part of British working class. (15)

Festzuhalten ist, dass das Konzept Klasse die Linke eint und nicht nur eine Grundkategorie ideologisch marxistisch oder leninistisch orientierter Gruppen ist, sondern auch für die anarchistische Szene, die zwischen *class-war anarchists* oder *social anarchists* auf der einen und *life-style-anarchists* auf der anderen Seite unterscheidet (Morland/Carter 2004, Bookchin 1995). Bei dieser Unterscheidung geht es um die Frage, ob der politische Kampf »nur« um Lebensstilfragen und persönliche Befreiung oder im Kontext einer Auseinandersetzung zwischen gesellschaftlichen Klassen stattfindet. Eine der bedeutendsten anarchistischen Gruppen heißt *Class War*. Den größten Teil der Linken, aber besonders das sozialistische Lager, kennzeichnet, was Callaghan (1987: 101), damals allerdings nur mit Bezug auf die SWP, *uncritical »workerism«* nannte: eine Gewissheit, ja fast Heilserwartung an die Rolle der Arbeiterinnen und Arbeiter. »Working class« ist trotz der geringen tatsächlichen Verwurzelung der *far left* in eben jener, das ultimative positive Attribut, die Letztbegründung für jedes Engagement.

### 3.3 Antiimperialismus und die USA

Eine andere Grundbegrifflichkeit, die dem eher am deutschen Diskurs geschulten Beobachter ins Auge fällt, ist die Häufigkeit des Begriffs des (Anti-)Imperialismus. Hier ist klar die Lenin'sche Tradition zu spüren, die aber auch bis ins liberale Lager hineinwirkt. Der Begriff des Antiimperialismus repräsentiert ein, innerhalb der Linken z. T. auch kritisiertes, weltpolitisches Lagerdenken, das bei allen Konflikten die Entscheidung für eine Seite, nämlich die als antiimperialistisch betrachtete, impliziert, wie auch immer dessen konkrete Politik aussehen mag. Dies impliziert z. B. eine Unterstützung nationaler Befreiungskämpfe. Klar scheint im derzeitigen Diskurs, dass die imperiale Seite die USA darstellen (wenn auch sekundiert von Großbritannien), was sich in der Anti-Kriegs-Politik manifestiert. Überwiegend wird der Irakkrieg als imperialistisch gerahmt, somit der Widerstand gegen die Besatzung von den AntiimperialistInnen unterstützt. Folgerichtig forderte die Stop the War Coalition nach dem Krieg »Troops out now!«, obwohl es in der Linken durchaus unterschiedliche Positionen zur »Unterstützungswürdigkeit« des irakischen Widerstands gibt.

Auch hier ist es wieder die SWP, die in ihrer Positionierung die größte Eindeutigkeit zeigt. Sie fordert die klare Solderisierung mit dem irakischen Widerstand. Etwas unentschlossener zeigt sich die CPGB. In ihrer Zeitung *Weekly Worker* forderte sie, bestenfalls kurzfristige und episodenhafte Zusammenarbeit mit dem irakischen Widerstand gegen den Hauptfeind, die Besatzungsmächte, betont aber die tiefgreifenden Widersprüche zwischen religiös-fundamentalistischen oder nationalistischen Gruppen und Parteien der Linken.<sup>221</sup> Noch einen Schritt weiter geht hier wieder die AWL, die sich unentschlossen zeigt, ob in Anbetracht des Charakters des irakischen Widerstands derzeit überhaupt ein Rückzug der Truppen sinnvoll sei. Sie konzentrieren sich daher auf die Berichterstattung über und Zusammenarbeit mit linken irakischen Organisationen und Gewerkschaften, ohne den »Widerstand« zu unterstützen.<sup>222</sup> Wenn auch das antiimperialistische Parteiergreifen gegen die USA, das die Nichtbeachtung der Gräuel des »Widerstands« beinhaltet, insbesondere im sozialistischen Lager dominiert, gibt es also doch Widerspruch. Neben der AWL sind es AnarchistInnen, die dem Flirt mit dem Islam genauso skeptisch gegenüberstehen wie der Unterstützung des irakischen Widerstands. *Class War* fordert deshalb auf einem Flugblatt »Troops out now! Victory to the Iraqi Workers! Down with the ›resistance!‹«.<sup>223</sup> Diese nicht so eindimensionalen Positionen sind insgesamt aber marginalisiert. Wer den Antiimperialismus

221 *Weekly Worker* 541, S. 1, 12.

222 O. A. 2005: Iraq: Has The Time Come For »Troops Out Now«?, *Solidarity* 3/80, 23.9.2005, <http://www.workersliberty.org/node/4854> [25.07.2006]. Ähnlich positionierten sie sich im Afghanistankrieg »Against the war, against the Taliban«, in: *Alliance for Workers' Liberty* 2002: 8th Alliance for Workers' Liberty conference, held in London 2002, S. 3. Ein Resolutionsentwurf, der aber abgelehnt wurde, sprach sich sogar moderat für eine Unterstützung des US-Krieges gegen die Taliban aus (ebd. S. 20).

223 Vgl. *Class War* Issue 90, S. 5.

dieser Provenienz nicht teilt, wird oft harsch kritisiert. Eine Vertreterin von Workers Power äußerte im Gespräch, dass die AWL die Rechten unter den Linken seien, weil sie den Imperialismus nicht so wichtig nähmen und sowohl die USA als auch den irakischen Widerstand schlecht fänden. Einer ihrer Gegner nennt die AWL in einem Artikel »Britains revolutionary imperialists« (Greenstein 2005). Hier stoßen zwei verwandte, aber doch unterschiedliche Weltsichten aufeinander, eine klassenkampfzentrierte und die antiimperialistische.

Entlang ähnlicher Konfliktlinien verlief die Diskussion um die Reaktion auf die Anschläge auf die Londoner U-Bahn und einen Bus durch fundamentalistische Muslime am 7. 5. 2005. Damals starben 52 Menschen, über 700 wurden verletzt. Der SWP wurde vorgeworfen, sich nicht deutlich genug von den Attentätern distanziert, stattdessen aber die Verbrechen rationalisiert zu haben, indem sie sie als Reaktion auf den Imperialismus darstellte. Damals wies auch noch das antifaschistische Magazin *Searchlight* auf die Ähnlichkeiten zwischen Islamismus und Faschismus hin und warnte vor unkritischer Zusammenarbeit mit der MAB.<sup>224</sup> Solche Kritiken werden von der traditionell antiimperialistischen Linken ignoriert oder bekämpft und somit wird die Gegnerschaft zur USA sowie die Unterstützung der Gegner der USA in einem Lagerdualismus zur von vielen unhinterfragten Grundannahme. Und die britische Außenpolitik wird nicht nur in ihren spezifischen Inhalten, sondern immer auch als amerikahörig kritisiert.<sup>225</sup> So erklärt sich, dass ein Interviewpartner, »links« und »antiamerikanisch« als gleichwertige Grundkategorien zur Selbstbeschreibung verwendet:

■ If you are really truly left and anti-American then Palestine is the cause. (08)  
Die manichäische Eindeutigkeit der Positionsbestimmung reflektiert sich auch auf einer bewegungskulturellen Ebene. Sie kommt in dem zum Ausdruck, was *preaching to the converted* genannt wird. Viele politische Veranstaltungen (und hier ist die libertäre und anarchistische Linke ganz explizit herauszunehmen) sind von diesem Stil gekennzeichnet, der tatsächlich an Predigten erinnert. Ein Redner hält in diesem Setting, das deutlich häufiger als in der Bundesrepublik anzutreffen ist, eine Rede, die einfach strukturiert ist, viele motivierende emotionale Elemente (kleine Späße, anrührende Erzählungen usw.) enthält und oft die eigene Stärke und moralische Überlegenheit beschwört. Dieser folgt meist keine Diskussion im engeren Sinn. Vielmehr tritt nun eine große Zahl von RednerInnen aus dem Publikum auf, die i. d. R. im Sinne des Redners eigene Beiträge bringen, oder nur lose thematisch verbundene eigene Anliegen vertreten. Kritik am Hauptredner hingegen kommt in diesem Setting fast nicht vor, auch keine weitere Problematisierung oder Elaborierung seiner Thesen. Diese zweite Stufe dauert eine Weile, bis der

224 Trafford, David 2005: Radical Islamism and global jihad. A neo-fascist movement for the 21st century, *Searchlight*, August, S. 20-21.

225 So bspw. George Galloway, der in einer Rede in Damaskus den Wechsel Tony Blairs zu einer antisyrischen Haltung auf Vorgaben von US-Präsident Bush zurückführte (<http://memri.org/bin/articles.cgi?Page=archives&Area=sd&ID=SP102405>, [14.8.2006]).

Hauptredner eventuell noch einige kurze Erwiderungen gibt, um dann mit einer aufputschenden kleinen Mobilisierungsrede zu schließen.

Innerhalb der Linken existiert nur eine zaghafte Kritik an der so dominanten extrem traditionalistisch-antiimperialistischen Ausrichtung. Es gibt diese Kritiker im traditionskommunistischen Lager selbst (bei der CPGB und der AWL). Auch im anarchistischen Spektrum sehen sich modernere, aufgeklärte Linke jenen gegenüber, die in grenzenlosem USA-Hass nur über einfache, manichäische Weltbilder verfügen. Insgesamt scheint dort die Offenheit aber größer zu sein – da man hier nicht so sehr vom orthodox-objektivistischen Erbe eines einfach verstandenen Marxismus geprägt ist. In jüngster Zeit gab es auch Ansätze zu einer Neubestimmung linker Politik im Sinne dieser Kritik. Verschiedene Publizisten, unter ihnen viele Blogger (u. a. Norman Geras und Nick Cohen), entwickelten seit einiger Zeit Kritikpunkte, die gewisse Parallelen zu den deutschen Diskussionen aufweisen (Ullrich 2006b). Die dahinterstehenden Personen haben politisch-sozialisatorische Hintergründe z. T. im Trozismus,<sup>226</sup> zum Teil eher im intellektuellen Linksliberalismus. In publizistischen Beiträgen und ihren Weblogs kritisierten sie u. a. die zu große Nähe von Teilen der Antikriegsbewegung zum Baath-Regime Saddam Husseins im Irak. Sie kritisieren die Linke für ihren Antizionismus, Antisemitismus und Antiamerikanismus. Aus diesem Kreis heraus entstand das Euston Manifesto<sup>227</sup>, benannt nach dem Londoner Bahnhof, in dessen Nähe ein Teil der Beteiligten sich im Pub O'Neill's zu Diskussionen traf. Dieses Manifest wurde viel diskutiert, auch in britischen Mainstream-Zeitungen, und hat sogar ein Echo auf internationaler Ebene gefunden. Mit ihm sollen grundlegende Prinzipien einer erneuerten progressiven Politik spezifiziert werden. Viele Parallelen zu Themen, wie sie in der Bundesrepublik besonders von Antideutschen forciert werden, fallen auf. So ist bspw. das erste der 15 grundlegenden Prinzipien des Manifests ein Bekenntnis zu Demokratie und Liberalismus, die gegen Tyrannei und reaktionäre Regime in Schutz genommen werden. Klar spricht sich das Manifest gegen Kulturrelativismus in Fragen der Menschenrechte aus, gegen Antiamerikanismus und Anti-Zionismus und falsche Rücksicht gegenüber totalitären Bewegungen und Terroristen, die, wenn sie als antiimperialistisch wahrgenommen werden, allzu oft damit rechnen können, dass ihre Inhalte unkritisch akzeptiert werden. Gegen die starre Weltsicht des Antiimperialismus zielt ihr Engagement. Besonderen Anlass zur Kritik, die wiederum das Euston Manifesto schnell und zuhauf eingefahren hat, gab die Unterstützung von »humanitären Interventionen«, auch wenn nicht alle – wohl aber die meisten – der UnterstützerInnen zu den Befürwortern des Irakkrieges zählten. Ob aus diesen Impulsen eine Strömung wird, die die Entwicklung der Linken entscheidend beeinflusst, ist noch offen. Bisher ist es nicht

226 Allerdings eher bei der AWL oder der Militant Tendency, die ebenfalls für eine weniger orthodox-antiimperialistische Position standen.

227 <http://eustonmanifesto.org/> [22.08.2006].

angebracht, von neuen Koalitionen zu sprechen. So gibt es zwar Übereinstimmung zwischen Engage, Euston Manifesto, der AWL und Class War in der Einschätzung des irakischen Widerstandes oder im Verhältnis der Linken zum Islam. Diese geht auch einher mit einem schlechten Verhältnis aller Erwähnten zur SWP. Doch bei anderen Fragen ist bisher keine Übereinstimmung erzielt – oder auch nur ernsthaft versucht worden.

#### 4 Fazit

Die britische Linke ist in zwei große Lager gespalten – ein libertär-anarchistisches und ein trotzkistisch geprägtes sozialistisches. Trotz aller Animositäten zwischen diesen Strömungen standen die meisten aktuellen Entwicklungen für beide im Zeichen des Krieges gegen den Irak. Auch in einigen Themenschwerpunkten und Hintergrundannahmen erweisen sie sich trotz Differenzen als ähnlich und typisch britisch. Dies betrifft die Grundkategorien und die inhaltlichen Orientierungen (*class politics*, Antirassismus, Antiimperialismus). Aus Letzterem ergab sich einer der großen aktuellen Problembereiche – die Zusammenarbeit und Identifikation mit Muslimen als Gruppe. Innerhalb dieser Diskussion wurde eine neue Konfliktlinie deutlich. Sie verläuft zwischen den traditionell antiimperialistischen Kräften, in deren Zentrum die SWP steht, auf der einen Seite, die sich mit Muslimen verbünden, Antiislamismus als Hauptproblem deuten und ihren linken Universalismus in mehrererlei Hinsicht zumindest einschränken – als Anpassungsleistung an den neuen Partner. Auf der anderen Seite stehen verschiedene KritikerInnen, die in sich aber extrem heterogen sind. Von der strikt leninistischen CPGB über die trotzkistische AWL, die AnarchistInnen von Class War bis hin zu linksliberalen Intellektuellen und den radikalen Bloggern unterschiedlichster Couleur im Umkreis des Euston Manifesto.

Diese Spaltung zeigt sich auch beim Thema Krieg und Besatzung, vor allem in der Bewertung des Widerstands im Irak. Diese Konfliktlinie überlagert die anderen Konfliktlinien, aber ist noch nicht in der Lage, Lager zu bilden, die die bestehenden Allianzen überwinden.<sup>228</sup>

228 So kann man auf einer SWP-kritischen Veranstaltung der CPGB durchaus Class War-AnhängerInnen treffen, eine aktive Zusammenarbeit in vielen anderen Fragen ist jedoch unwahrscheinlich. Zu groß ist hier die gegenseitige prinzipielle Abneigung zwischen Anarchismus und Kommunismus.



## VIII Die britische Linke und der Nahostkonflikt

Die Aufgabe dieses Kapitels ist es, die Grundlinien des Verhältnisses der britischen Linken zum Nahostkonflikt zu skizzieren. Dieser ist für die Linke in den letzten Jahren ein wichtiges Thema geworden. Quer durch die verschiedenen Lager dominiert eine Position der Unterstützung der PalästinenserInnen bzw. der Kritik an Israel; man kann fast von einem antizionistischen Konsens sprechen. Nur kleine Gruppen gelten als Ausnahmen und vertreten heterodoxe Positionen. Die Alliance for Workers Liberty bspw. ist solidarisch mit Israel und den PalästinenserInnen und kritisiert gleichzeitig den tiefverwurzelten Antizionismus der britischen Linken als antisemitisch.

Auch wenn auf der grundlegenden Ebene der Solidarisierung mit einer Konfliktpartei Einigkeit besteht, wird das Thema doch als kontrovers begriffen. Die Auseinandersetzungen drehen sich vorrangig um die Ideallösung des Konfliktes. Die Wahrnehmung des Nahostkonflikts gründet in Strukturen und Kategorien links-britischer Weltbilder, die sich vorrangig als Folge der Empire-Vergangenheit verstehen lassen, besonders hervorzuheben darunter: Antiamerikanismus und Antiimperialismus sowie Antirassismus. Weniger entscheidend für den Diskurs erscheinen die konkrete historische Verwicklung des Vereinigten Königreichs in den Konflikt oder der Zusammenhang zwischen der Gründung des Staates Israel und dem Holocaust.

Eingang in die Auswertung fanden 29 Interviews und zehn thematisch enger eingegrenzte ExpertInnengespräche. In Anbetracht der Neuheit dieser Forschung konnte nur in geringem Maße Sekundärliteratur eingearbeitet werden.

### 1 Die britische Linke und der Nahostkonflikt: Geschichte

»There has been no single international issue on which British socialists, and indeed socialists in all countries, have been more deeply divided than the question of Palestine. Attitudes to Zionism and to the contending claims of Jews and Palestinians have cut across most of the conventional distinctions of left and right.« (Howe 1993: 148).

Diese Einschätzung Howes entstammt seinem Buch über den britischen Antikolonialismus der Nachkriegsjahre. Es zeigt, dass die heute dominierende deutlich pro-palästinensische Ausrichtung der britischen Linken nicht schon immer so deutlich war. Die historische Entwicklung des linken Umgangs mit dem Nahostkonflikt in Großbritannien ist allerdings noch nicht ausführlich untersucht worden. Systematisch untersucht wurden nur das Verhältnis der Labour Party, inklusive der Labour-Linken zu Zionismus und Israel (für die Zeit bis 1948 Gorny 1983, Kelemen 1996, 2000; für die Zeit danach Edmunds 1997, 2000). Edmunds

(2000) widmet ein Kapitel ihres Buches zudem der kommunistischen Partei und ihrer Positionierung im Konflikt. Hinweise für die Politik der beiden Nachkriegsjahrzehnte finden sich in Howes (1993) Buch. Eine gewisse Aufmerksamkeit erfuhren auch die Neue Linke und der radikale trotzkistische Antizionismus, doch schon hier ist man auf kursorische Untersuchungen angewiesen, deren Schwäche in der Tatsache liegt, dass extreme Ausprägungen als beispielhaft geschildert werden. Eine Einordnung in die jeweilige linke Politik und eine Einschätzung der Relevanz des Geschilderten (und in der Regel auch Kritisierten) erfolgt jedoch nicht (Billig 1984, Pope 1986, Cohen 2005). Entsprechend wird die Darstellung hier Lücken aufweisen und nur grundlegende Tendenzen angeben können. Den Quellen entsprechend wird sie ideologisch-organisatorischen Differenzierungen folgen. Doch auch im britischen Fall markieren Ereignisse im Nahostkonflikt selbst Wendepunkte. Dies betrifft besonders den Sechs-Tage-Krieg (1967) und die israelische Libanon-Invasion (1982). Anlass für Beschäftigung mit dem Thema waren aber auch die Suez-Krise, der Beginn der ersten Intifada und der Friedensprozess der neunziger Jahre.

### **1.1 Labour**

Die Labour Party ist trotz ihrer Randständigkeit für diese Untersuchung von Interesse, hatte doch der Zionismus in ihr eine wichtige Unterstützerin. Zudem war Labour immer auch Aktionsfeld von AktivistInnen, die Positionen links vom Kurs der Gesamtpartei bezogen. Auch wenn die Affinität zwischen der Labour Party und dem Zionismus einen Dämpfer erhielt, als Labour 1946 die Regierung in London übernahm und auf Beachtung arabischer Interessen bedacht war (Owen 1998), war die Partei bis Anfang der achtziger Jahre trotzdem immer auf gute Beziehungen zu Israel bedacht. Die Labour Party hielt 1956 trotz ihrer Gegnerschaft zur Suez-Intervention zu Israel. Auch 1967 stand die Partei zu Israel und kritisierte die arabischen Länder für ihre Aggression. Die Gründe sind bereits angegeben worden. Die gewerkschaftlich-sozialistische, aber keineswegs revolutionärer Aspirationen verdächtige Hauptströmung des Zionismus fand in Labour einen natürlichen Verbündeten. Zudem gehörte die Vorstellung der zivilisierenden Mission des Westens im zurückgebliebenen Orient zum gemeinsamen ideologischen Repertoire. Die arabischen Feudalherren hingegen, die auch die palästinensische Nationalbewegung während des britischen Mandats führten, fanden keine positive Resonanz. Nicht unwichtig waren auch die Beziehungen zu den Jüdinnen und Juden im eigenen Land und die Mitgliedschaft der Poale-Zionisten in der Labour Party seit 1920 (Watkins 1984: 32).

Trotz dieser Grundausrichtung war das Thema auch in den Jahren der großen Nähe zwischen Israel und der Labour Party kein unumstrittenes. Selbst die traditionelle Trennlinie zwischen Antikolonialisten und Kolonialisten lässt sich in dieser Frage nicht ganz klar durchhalten (Owen 1993: 149). Parteilinke äußerten immer wieder Kritik am dominanten Kurs, viele waren unentschieden. Insofern sind

Äußerungen pro-arabischer Labour-Politiker (Watkins 1984: 31, Adams/Mayhew 1975), dass die Israel-Lobby damals allmächtig gewesen sei, wohl etwas übertrieben. Die Hoffnungen der Labour-Politik ruhte eher auf der Verständigung von jüdischer und arabischer Bevölkerung Palästinas (Owen 1993: 149 f.). Fest steht, dass Israelfeindschaft und Antizionismus, wie er in der kommunistischen Partei und bei den TrotzistInnen dominierte, nie wichtig für Labours Israelpolitik wurde. Die Situation in Israel/Palästina war zu komplex und verfahren, um dauerhaft palästinensische Interessen missachten zu können. Die Kriege 1967 und 1973 führten zu vermehrter Aufmerksamkeit für deren Anliegen (Watkins 1984: 37), vertreten bspw. durch den 1969 gegründeten Labour Middle East Council als Gegenstück zu den Labour Friends of Israel<sup>229</sup> (gegründet 1948, ebd. 34 ff.). Spätestens 1982 war dann das vollzogen, was Edmunds (1998: 112) »collapse of the pro-Israeli consensus« nennt. Während es 1967 fast 30 pro-israelische Anträge auf der alljährlichen Parteikonferenz gegeben hatte (und 5 pro-palästinensische), sah es 1982 genau andersherum aus – es gab keine pro-israelischen und 24 pro-palästinensische. Dies steht unter dem Eindruck der israelischen Libanon-Invasion, ist aber auch Ausdruck des kurzzeitigen Linksschwenks in der Partei wie auch der Gewerkschaften zu Beginn der achtziger Jahre. Die ohnehin zionismuskritischere Parteilinke hatte es mit Hilfe von jungen AktivistInnen (Edmunds 1998: 115) geschafft, ihren Positionen Geltung zu verschaffen.<sup>230</sup> In diese Zeit fällt auch die Gründung des Labour Committee on Palestine, das den Kampf für die Durchsetzung des palästinensischen Selbstbestimmungsrechts und die Auslöschung des Zionismus zu seiner Aufgabe machte (Billig 1986: 9). Der sich unter Neil Kinnock abzeichnende Machtverlust der Parteilinken dämpfte diese Stimmung wieder, jedoch ohne Labour zur pro-zionistischen Einseitigkeit zurückzuführen. Seit Ende der achtziger Jahre ist nun Konsens, Israel zu respektieren, seine Existenz zu verteidigen und gleichzeitig auf dem palästinensischen Recht auf Selbstbestimmung zu beharren.

Auch heute noch kritisiert die Parteilinke Israel am vehementesten und unterstützt die PalästinenserInnen. Ihre Distanz zur eher israelfreundlichen Führungsebene ging immer mit verschiedenen anderen Konflikten einher. Dies betraf vor allem die Frage, inwiefern sozialistische Prinzipien (statt bloße nationale Interessenspolitik) die Außenpolitik dominieren sollten (Edmunds 2000: 130) und zeigte sich in der von der Linken (ILP, Campaign Group, Tribune Group) in der Labour Party kritisierten Nähe zur USA während des Vietnamkrieges wie während des Irakkrieges heute. Edmunds (1998: 114) differenziert diese Linke aber weiter in eine *soft left*, die um ausgeglichene Positionen bemüht ist, und eine *far left*, die einen radikalen Antizionismus pflegt, der Israels Existenzberechtigung nicht aner-

229 Rose (1970) schildert das linke Verhältnis zu Israel aus pro-zionistischer Sicht (mit einem Anhang über LFI).

230 Eine ähnliche Entwicklung wurde auch für die linksliberale Zeitung *The Guardian* beschrieben (Baram 2004), die einst zu den wichtigsten Förderern des Zionismus gehörte.

kennt. In diesen Randpositionen spiegeln sich Vorstellungen der kommunistischen und trotzkistischen Linken, die beide innerhalb der Labour Party aktiv waren oder zumindest enge Kontakte dorthin pflegten.

## **1.2 Communist Party of Great Britain (1948 bis 1991)<sup>231</sup>**

Auch wenn man sich die Nahostpositionen der kommunistischen Partei anschaut, ergibt sich kein einfaches Bild, wenn auch pro-arabische und antizionistische Positionen generell ihre Haltung dominierten. Die CPGB kritisierte den Zionismus früh, weil er die Arbeiterklasse spalte, sich mit dem Imperialismus verbünde und nur Lippenbekenntnisse in Richtung Sozialismus abgebe (Edmunds 2000: 111). Doch auch in der CPGB gab es immer wieder von der Parteilinie abweichende Positionen und einige aufschlussreiche Politikwechsel. Einen markiert die Zeit des Zweiten Weltkrieges, in der wie auch in der Sowjetunion ein pro-jüdischer Kurs gesteuert wurde, um Unterstützung für den Kampf gegen die Nazis zu organisieren. Gerade das antifaschistische Engagement beförderte ihre Popularität unter der jüdischen Bevölkerung und einen hohen Anteil jüdischer Mitglieder (ebd. 124). Die im Angesicht der Shoah und in der Hoffnung auf Einbindung in den Ostblock erfolgte Unterstützung der Gründung Israels wurde auch von der CPGB getragen. Doch mit dem stalinistischen Slánský-Prozess und der fingierten »Ärzteverschwörung« wurde auf einen harten antizionistischen Kurs umgestellt. Zudem weitete sich schrittweise die Annäherung an die arabische Seite aus, da im Sinne der Shdanow-Doktrin der zwei Weltlager nun nicht mehr nur sozialistische, sondern auch bürgerliche nationale Befreiungsbewegungen Unterstützung erfuhren, wenn sie als antiimperialistisch eingestuft werden konnten, was für den mit dem Westen verbundenen und mittlerweile Staat gewordenen Zionismus nicht zutraf.

Diese Politik, die 1967 noch einmal eine besondere Zuspitzung erfuhr, indem eine Verschwörungstheorie über die Zusammenarbeit von Israel, Juden, den USA, den Profiteuren des Münchner Abkommens und der britischen Faschisten konstruiert wurde (ebd.: 116), blieb jedoch in der Partei nicht ohne Widerspruch. In den Diskussionen, die nach Chruschtschows Rede auf dem XX. Parteitag auch in der britischen KP geführt wurden, kamen neben Fragen der Demokratie auch der Antisemitismus in der Sowjetunion auf die Tagesordnung und – Ende der Sechziger – die antijüdische Politik in Polen. Die oft jüdischen KritikerInnen wurden jedoch marginalisiert und reihten sich unter die tausenden Mitglieder, die nach 1956 die CPGB verließen und sie damit zu einer bedeutungslosen Kraft werden ließen.

In der Partei gab es weiter Strömungskämpfe. Diese führten Anfang der achtziger Jahre, als andere im Angesicht der Libanon-Invasion radikale Israelkritik

231 Dass sich hier ein eigener Abschnitt der kommunistischen Partei widmet, liegt nicht an ihrer großen Bedeutung für die heutige Linke. Trotzdem ist es aufschlussreich, sich mit ihr zu beschäftigen, weil ihre Politik Rückschlüsse auch auf andere Politiker am linken Rand der Labour Party und links von der Labour Party zulässt. Als einzige Partei dieser Linken ist sie systematisch untersucht worden.

übten und Labour anfang, eine pro-palästinensische Haltung durchzusetzen, zu der ungewöhnlichen Situation, dass das Verhältnis zu Israel sich entspannte. Dies galt jedoch nur für den zu dieser Zeit dominierenden eurokommunistischen Flügel. Dieser erkannte den Linkszionismus an und knüpfte Kontakte zur israelischen Friedensbewegung (ebd.). Ideologisch stand dieser Flügel vielen Positionen der soft left innerhalb Labours nahe (ebd. 131). Im *Morning Star*, der Zeitung des traditionelleren Flügels, hingegen dominierte weiter der Antizionismus. Die Libanon-Invasion wurde »Blitzkrieg« genannt, in dem mit Nazi-Methoden eine »Endlösung der PalästinenserInnenfrage« angestrebt werde (ebd.: 116). Dieser radikale Antizionismus erreichte ein Ausmaß, das bestenfalls noch die maoistischen und trotzkistischen Splittergruppen zu übertreffen in der Lage waren.

### 1.3 Neue Linke und K-Gruppen

Auch in Großbritannien war das Jahr 1967 ein Wendepunkt der Nahostwahrnehmung. Erst mit der sich bildenden Neuen Linken, ihrer internationalistischen Ausrichtung und dem Aufschwung der Splittergruppen maoistischer, bolschewistischer oder trotzkistischer Prägung wurde Nahost wieder zu einem wichtigen Thema. Aus den siebziger und achtziger Jahren sind entsprechende Kontroversen dokumentiert. Die von den realpolitischen Erwägungen Labours und der Moskaubindung der CPGB freie Neue Linke konnte anders mit dem Thema umgehen und nutzte diese Freiheit für besondere Radikalität. Aber den Erinnerungen von Interviewten zufolge konnte das Nahostthema nie eine solche Aufmerksamkeit auf sich ziehen wie der Vietnamkrieg oder die Auseinandersetzung mit der südafrikanischen Apartheid. Doch er passte in das Raster des Gegensatzes zwischen Imperialismus und Kolonialismus auf der einen Seite und deren Opfern und GegnerInnen auf der anderen. Gerade die Nähe der USA zu Israel fügte auch den Nahostkonflikt in dieses Schema. Und mit den linken Flügeln der PLO gab es Bündnispartner, die linksmetropolitanen Wünschen entsprachen. Die dauerhafte Besetzung des Territoriums einer anderen Nation, der keinerlei demokratische Rechte zugestanden wurden, bestätigte zudem die antikolonialistische Sichtweise. Es kam zur Gründung von Solidaritätskampagnen und zu reger Behandlung des Themas in linken Medien. Wie in anderen Ländern nahm die Palästinasolidarität jedoch schnell Züge der Israelfeindschaft an.

Dass dieses Gebiet ein Desiderat der Forschung ist, zeigt sich auch in der folgenden Darstellung, die vorrangig auf Quellen angewiesen ist, die sich mit dem linken Antizionismus in *kritisierender* Absicht befassen. Die internationalistische Zusammenarbeit, die für geraume Zeit in den Mittelpunkt linker Politik rückte (Cesarani 2004: 64), die Hilfskampagnen, die ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Konflikt und anderes Engagement, das keine Vorwürfe erfuhr, sind leider nicht untersucht worden und kommen hier entsprechend zu kurz. Eine Ausnahme in der »Anklageliteratur« stellt der Text von Billig (1984) dar, der anerkennt, dass nicht nur die israelische Besatzungspolitik und das damit verbundene Leid der

PalästinenserInnen, sondern auch die Zusammenarbeit zwischen Israel und dem südafrikanischen Apartheidregime einen realen Hintergrund berechtigter Kritik an Israel darstellen. Trotzdem behält er eine untrügliche Wachsamkeit, wenn es darum geht, solche Kritik von der pauschalen, nicht differenzierenden, weltbildhaften Feindschaft gegen Israel, Zionismus oder Jüdinnen und Juden zu unterscheiden. Das insgesamt gezeichnete Bild mag also schwärzer ausfallen, als die dahinterliegende reale Geschichte tatsächlich war.

Die studentische Prägung der Neuen Linken ist ursächlich für den neuen Ort der Auseinandersetzung: die Universität. AktivistInnen versuchten an verschiedenen Unis antizionistische Positionen in den students unions zu verankern. Dazu wurde insbesondere die sogenannte *no platform*-Politik genutzt, also die Vereinbarung, Rassismus keine Plattform an den Universitäten zu bieten. Im Einklang mit der UN-Resolution von 1975, die Zionismus als eine Form des Rassismus definierte, wurde diese Politik auch auf jüdische Studierendengruppen angewandt. An der Universität York wurde die Jewish Students Society aus dem Register gestrichen und erst nach öffentlichem Protest wieder aufgenommen; die Universität Salford verabschiedete eine Resolution, die besagt, dass der Zionismus wie die Apartheid eine rassistische Ideologie sei und immer bleiben werde (o. A. 1977, 1977a). Ähnliche Vorkommnisse werden auch aus den achtziger Jahren berichtet. Eine lokale students union musste erst Druck von der nationalen Ebene erfahren, da sie keine jüdische Studierendenvereinigung zuließ (Lucas 1985). Die Versuche, Universitäten und students unions antizionistisch zu positionieren, gingen von Koalitionen aus, in denen sich arabische und linke Studierende zusammentaten. Auf Seiten der Linken betraf dies wohl sowohl die Broad Left (Labour und KommunistInnen) als auch die Studierendenorganisation der SWP.

Auch außerhalb der Universitäten gab zu Auseinandersetzungen. Pope (1986) berichtet von Streitigkeiten in der Frauenbewegung, die sich in den siebziger Jahren immer mehr öffnete und frauenspezifische Fragen in einen allgemeineren Kontext zu stellen begann. Die wichtigen feministischen Zeitschriften *Outwrite* und *Spare Rib* versuchten eine antizionistische Ausrichtung zu forcieren. Sie berichteten über die Lage der PalästinenserInnen in den besetzten Gebieten und schufen auch ein spezifisch feministisches Deutungsmuster, in dem Vergewaltigungen und Gewalt gegen Frauen in den Vordergrund gestellt wurden. Neben der Nahostberichterstattung, die *Spare Rib* als Erste in die Frauenbewegung einbrachten, gab es klare antizionistische Agitation. Während der Libanon-Invasion wurde Israel vorgeworfen, die palästinensische »Nation« eliminieren zu wollen. Der Zionismus, hieß es, richte sich nicht nur gegen die PalästinenserInnen, sondern gegen alle Menschen (ebd. 16 f.).

Diese antizionistischen Vorstöße blieben aber nicht unbeantwortet. Die Kritikerinnen waren nicht einverstanden, dass feministische Solidarität hinter nationale Partikularismen zurücktreten solle, damit würden vielmehr feministische Prinzipien verletzt. Und besonders jüdische Frauen befürchteten eine Vermi-

schung antizionistischer und antisemitischer Agitation (ebd. 18). Ein antizionistischer Artikel löste breite Leserinnenresonanz aus. Die eingehenden Briefe wurden aber ignoriert und als »reaktionärer Müll« abgetan (ebd. 21). Die Bedenken einiger Frauen wurden von den antirassistischen und mehrheitlich schwarzen Aktivistinnen von *Spare Rib* als Problem der Weißen abgetan, und dies führte dazu, dass die letzte jüdische Redakteurin das Blatt verließ. Der Streit spitzte sich weiter zu; es kam zu Vorwürfen, es hätte telefonische Belästigungen und Bombendrohungen gegeben. Antizionistische Frauen belagerten ein Treffen der Jewish Women's Group. *Spare Rib* wiederum berichtet von Angriffen auf Mitglieder, die pro-palästinensische Anstecker trugen. In dieser Auseinandersetzung gab es keine Entscheidung, vielmehr wurde sich die Frauenbewegung über interne Differenzen klar, die mit anderen Konfliktlinien zusammenhängen. Die antizionistische Positionierung erfolgte dabei hauptsächlich durch jene Frauen, die eine sozialistische Frauenbewegung forderten, während es jüdische und liberale Teile waren, die ein Unbehagen mit dem Antizionismus spürten. Schon hier zeigt sich die Affinität des linken Antirassismus und Antikolonialismus zum Antizionismus, während eine Sensibilität für Antisemitismus eher mit liberalen Einstellungen in der Linken einhergeht. Ähnliche Konflikte werden auch aus anderen Sektoren berichtet. Auch im zeitweilig von der SWP dominierten antifaschistischen Bündnis Anti Nazi League gab es Streit über den Versuch der antizionistischen Positionierung dieser Organisation, die eigentlich ganz andere Ziele verfolgte. Und auch als die Linke in den achtziger Jahren mit Ken Livingstone das Londoner Rathaus dominierte, führten unterschiedliche Einschätzungen des Verhältnisses von Antizionismus und Antisemitismus zu Konflikten (Cesarani 2004: 67).

Diese neue antizionistische Stoßrichtung war also ein Import aus der im Zuge der StudentInnenbewegung einen Aufschwung erlebenden sozialistischen Linken, die in Großbritannien besonders in Form des Trotzismus präsent ist. Dieser hatte eine Schlüsselfunktion in der Etablierung des radikalen Antizionismus. Die trotzkistische Ablehnung des Zionismus ist nicht neu, sondern fügt sich nahtlos in die Geschichte der kommunistischen Bewegung ein. Doch wie am Beispiel Cliffs gezeigt wurde (Kap. III.2.3.), fand in den sechziger/siebziger Jahren ein Bedeutungswechsel statt. Aus der Kritik an nationalistischen Bewegungen und ihren reaktionären Ausprägungen auf jüdischer wie arabischer Seite wurde eine radikale, kaum mehr zu überbietende Feindschaft gegen den Zionismus, der als rassistisches Kolonisierungsprojekt und Gehilfe des US-Imperialismus gedeutet wurde. Auch wenn Cliffs Socialist Workers Party in dieser Zuspitzung eine dominante Rolle zukommt, hielten sich auch andere nicht mit radikalen Positionierungen zurück. Die maoistische Gruppierung Revolutionary Communist League forderte 1982 »Death to Zionism and Imperialism!«, während die SWP erklärte, dass es keinen Frieden geben könne, solange Israel existiere (Billig 1984: 10).

Die Bedeutung des nationalen Elementes im Denken dieser ML-Linken konnte sich teilweise noch zu biologistisch-rassistischen Äußerungen steigern. Im *Agita-*

tor, der Zeitung der SWP-Studierendenorganisation, war zu lesen, dass die Jüdinnen und Juden kein Anrecht auf das Land hätten, da sie keine »racial links« zu den »Hebräern« besäßen; die PalästinenserInnen hingegen würden direkt von den Kanaanitern (aus dem Jahre 3000 v. u. Z.) abstammen (zit. nach ebd. 11). Billig (ebd. 28) beobachtet durchaus, dass, wenn es um Antisemitismus in Großbritannien geht, die Linke und die Jüdinnen und Juden natürliche Partner wären (und im Kampf gegen die faschistische Bewegung auch tatsächlich waren), andererseits das Judentum aber Anerkennung nur im Opferstatus erhalte. In Bezug auf den Nahostkonflikt werde dieser hingegen ausgespart, wie verschiedene Darstellungen der Geschichte des Zionismus in linken Medien zeigten, in denen die Shoah explizit bestritten wurde (ebd. 29.), keine Erwähnung fand oder als faschistisch-zionistische Kollaboration beschrieben wurde, ein Topos, den die International Marxist Group, eine wichtige trotzkistische Gruppierung der Zeit, immer wieder aufgriff, um den Zionismus zu delegitimieren.<sup>232</sup> Dieser Topos bestimmte auch die *Perdition Affair* (Cesarani 1990, Edmunds 1997: 15 ff.). Das Stück »Perdition« des trotzkistischen Autors Jim Allan thematisierte die Shoah in Ungarn und die mögliche Verstrickung jüdischer Funktionäre. Nach Vorwürfen, dass das Stück antisemitisch sei und dass es, um Israel und den Zionismus delegitimieren zu können, eine falsche Zusammenarbeit von Nazis und ZionistInnen unterstelle, wurde das Stück am *Royal Court Theatre* kurzfristig abgesagt. Es kam zu einer öffentlichen Debatte und sogar eine Historikerkommission wurde einberufen. Was auch immer der Wahrheitsgehalt des Stückes sein mag, nach Einschätzung von Cesarani (1990) ist es durchtränkt von antisemitischer Metaphorik. Die antisemitischen Motive der vergifteten Quellen tauchen ebenso auf, wie betrügerische, hinterhältige, doppelzüngige und grausame Jüdinnen und Juden, dazu auch die Kreuzigungsszene.

Nur wenige Akteure in der britischen *far left* waren um einen universalistischen Standpunkt bemüht. Die Socialist Party of Great Britain verwahrte sich gegen den Antizionismus als eine Tunnelmentalität, die Nationalismus nur ablehne, wenn er jüdisch sei (Billig 1984: 9). Auch Militant (Vorläufer der heutigen Socialist Party) galt mit seiner politischen Fokussierung auf Fragen des Arbeitskampfes als traditionell weniger empfänglich für den Sog des marxistisch-leninistischen Antimperialismus.

Fast nichts kann hingegen über den anderen Zweig der neuen Linken gesagt werden, die antiautoritären, libertären Strömungen. Dass sie in den wenigen Schriften zum Thema nicht vorkommen, kann auf ihre relative Bedeutungslosigkeit hin interpretiert werden, als auch vermuten lassen, dass sich in diesem Spektrum nicht so sehr mit dem Nahostthema beschäftigt wurde bzw. zumindest kein radikaler Antizionismus wie bei den K-Gruppen vorkam. Es deutet jedoch auch

232 In ihrer Broschüre »Zionism. What it is and how to fight it« schrieben sie zudem, dass der Zionismus schlimmer als Faschismus sein könne. (Billig 1984: 11)



nichts auf gegenteilige Positionen hin. Nur eine längere Schrift, die das Verhältnis der Linken zum Antisemitismus thematisiert, kommt aus diesem Teil der Linken. Es handelt sich um Steve Cohens »It's funny, you don't look antisemitic«. Die im Jahre 2005 neu aufgelegte Schrift entstand 1982 im Zuge des Libanon-Feldzuges, geschrieben von einem pro-palästinensischen Aktivist. Im Prozess des Schreibens, so Cohen (2005: 7), habe er mit Schrecken bemerkt, wie die linke Presse über den Krieg berichtete. Seine Kritik an antisemitischen Ausfällen des linken Antizionismus machte ihn, so erinnert er sich heute, damals zum Paria. Doch auch jetzt stößt er kaum auf Zustimmung in der Linken. Diese interessiert sich seit Beginn der zweiten Intifada wieder verstärkt für das Thema – in altbekannter pro-palästinensischer Eindeutigkeit.

## 2 Streit im Konsens über ein wichtiges Thema

In einem Punkt besteht Einigkeit: Der Nahostkonflikt ist wichtig für die Linken in Großbritannien. Darin stimmten alle Befragten überein.<sup>233</sup> Die Frage nach dem Grund dieser so hocheingeschätzten Bedeutung wird hingegen sehr unterschiedlich beantwortet. Genannt werden die Verwicklung Großbritanniens, die Rolle der USA, die Bedeutung des Konflikts für AntiimperialistInnen, die Lage der betroffenen PalästinenserInnen, die Verbindung mit dem Thema Irakkrieg und mit der muslimischen Welt sowie den MuslimInnen in Großbritannien.

Während die Mehrheit der Befragten diese Wichtigkeit für die gesamte Linke beobachtet, grenzen dies einige ein und betonen die Rolle der *far left*, insbesondere der SWP sowie der Palästina-Gruppen. Doch was bedeutet das im Einzelnen: Wem ist das Thema wichtig, mit welcher Positionierung, aus welchen Gründen und mit welchen Begründungen? Welche Faktoren beeinflussen seine Wahrnehmung und *was wird überhaupt wahrgenommen*? Einen Einstieg zur Beantwortung dieser Fragen bieten die drei folgenden Zitate aus den Interviews.

Generally, I perceive more lefty people tend to be in support for the Palestinian situation. (06)

Everyone is generally against the occupation of Palestine. (13)

There is a broad identification with the Palestinian cause now, right across the British left and right across the anti-war movement. (15)

Diese Zitate bringen die Grundorientierung der britischen Linken in Bezug auf diesen Konflikt klar zum Ausdruck. Bis auf kleine Ausnahmen sind sich alle linken Parteien und Gruppierungen einig in der strikten Ablehnung der israelischen Okkupation der Westbank und des Gaza-Streifens und einer, allerdings unter-

233 Ohne Maßstab ist die Angabe der Wichtigkeit problematisch. Im ersten Teil des Interviews war nach den wichtigsten Themen der Linken im Allgemeinen gefragt worden. An dieser Stelle nannten nur drei Interviewte den Nahostkonflikt. Die Präsenz des Themas in linken Medien, auf Demos und Veranstaltungen unterstützt jedoch den Befund nachhaltig.

schiedlich starken, Identifikation mit der »palästinensischen Sache«. Und doch wird diese im Vergleich zur deutschen Linken als relativer Konsens erscheinende Situation nicht als solcher empfunden, das Thema *gilt sogar als kontrovers*, die Anti-Besatzungs-Orientierung nur als oberflächliche Übereinstimmung bei einem ansonsten strittigen Thema. Inhalt dieses »endlosen Streits« (int. 26E) sind u. a. die Frage, wie die Ideallösung des Konfliktes auszusehen habe (ein oder zwei Staaten) und das Verhältnis zu Selbstmordattentaten. Auseinandersetzungen gibt es also kaum um das generelle Partei-Ergreifen für eine Konfliktpartei, die PalästinenserInnen, sondern um darunter liegende Fragen.

## 2.1 One state? Two states?

Wie sieht die ideale Lösung für den Konflikt aus? Dies ist wohl die meistdiskutierte Frage, wenn die Gefühle der Anti-Besatzungs-Übereinstimmung verlassen werden. Es stehen sich im Prinzip zwei Positionen gegenüber. Die eine fordert eine Zwei-Staaten-Lösung unter Anerkennung des Existenzrechts Israels, die andere fordert »one democratic secular state«. Beispielhaft der Vertreter der SSP:

We have a big debate in the party, whether there should be a one state solution, a two-state solution. But this has always changed. At the moment we have a two-state-solution. (11)

Interessant ist nicht nur der anscheinend häufige Wechsel der Positionierung, sondern auch die Formulierung: »Wir haben eine Zwei-Staaten-Lösung«. An ihr wird deutlich, welche Normalität es darstellt, in diesem fernen Konflikt eine ganz spezifische Lösung als etwas ganz Selbstverständliches anzubieten. Man kann dementsprechend vermuten, dass diese Normalität bzw. Zwangsläufigkeit der Positionierung im Konflikt Ausdruck entsprechend tiefsitzender Identifikationen ist. In der Mehrheit der Interviews wird dieser Zwist erwähnt. Nach Ansicht vieler Interviewter überwiegt, ganz besonders in der *far left*, die *one state position*.

One is for a single-state-solution, which in essence means the ending of the Israeli nation, for a democratic secular Palestine. That's what the majority of comrades say. (04)

Es besteht also relative Einigkeit in der Unterstützung der PalästinenserInnen und – begrenzter – zumindest dem Streben nach einer Ein-Staaten-Lösung. Dabei ist nicht davon auszugehen, wie das Zitat aus Interview 04 anzeigt, dass sich alle Linken auf den »demokratischen Staat für alle seine BewohnerInnen« einigen können. Vielmehr gibt es Linke wie den *arabist*<sup>234</sup> George Galloway, die, wie oben ausgeführt, von einem arabischen Großreich träumen, in dem für Israel oder die Israelis kein Platz mehr ist.

234 Merriam Websters online Dictionary definiert Arabist, eine Bezeichnung, die auf Galloway gelegentlich angewendet wird, als »a person who favors Arab interests and positions in international affairs«, <http://www.merriam-webster.com/dictionary/Arabist> [30.8.2006].

Für einen Teil der Involvierten berührt die Frage nach der angestrebten Lösung Kernfragen der linken Identität, wie u. a. im folgenden Zitat aus dem Interview mit einem SWP-Funktionär deutlich wird. An der Positionierung im Nahostkonflikt und der Lösung, die man anstrebt, zeige sich, wo man politisch stehe, also ob man das richtige Lager unterstützt (die antizionistische one-state-solution).

I think it is increasingly becoming in the British left and (globally) an acid test on where you stand. Not just simply a question of identification with Palestine, also what solution there is in Palestine. (15)

Hier zeigt sich ein strukturelles Moment des antiimperialistischen Antizionismus, der wesentlich und prägend für den linken Umgang mit dem Nahostkonflikt in Großbritannien ist – die radikale und einseitige Identifizierung mit einer (der palästinensischen) Konfliktpartei. Die SWP, eine resolute Vertreterin der one-state-solution, wird für diese Eineindeutigkeit in der Positionierung gelegentlich kritisiert, da die angestrebte Lösung das Ende Israels impliziere und somit des Selbstbestimmungsrechts der jüdischen Bevölkerung. Die nichttrotzkistische, in ihren Stellungnahmen weniger israelfeindliche CPGB erkennt darin irrationale Aspekte einer zu platten Einseitigkeit.

Frankly, when you speak to comrades about it, the irrationality of it starts to come out and they get to an extremely undemocratic, anti-democratic position! (04)

They will come on demonstrations with petitions and chants »Two-state solution – no solution!«. (22)

Doch diese Kritik an »irrationalen« Identifizierungen wird von marginalen Akteuren geübt. Zudem ist diese Metakritik des Nahostdiskurses zumeist kein Anliegen mit hoher Salienz. Dies fällt besonders im Vergleich mit der BRD auf, wo ein großer Teil des Diskurses ein Metadiskurs ist und viele Akteure der linken Selbstbeobachtung beim Nahostthema höchste Priorität einräumen. Nur am Rande ist hier zu erwähnen, dass AnarchistInnen gelegentlich eine weitere Alternative anbieten: die no-state-solution. Doch diese Option wurde auch von den Interviewten aus der libertären Linken selten ins Spiel gebracht.

## **2.2 Haltung zu gewaltsamem Widerstand**

Ein zweiter Bereich, der innerhalb der Linken umstritten ist, ist die Haltung zum palästinensischen Widerstand und speziell zu den Selbstmordattentaten. Es gibt verschiedene Arten der Positionierung zu dem Thema: das Spektrum reicht von unbedingter Unterstützung bis zu klarer Ablehnung. Dazwischen befinden sich Positionen, die trotz Problemen mit Anschlägen, insbesondere auf ZivilistInnen, ein gewisses Verständnis für das Zustandekommen der Attacken aufbringen bzw. aus strategischen Erwägungen eine offene Positionierung ablehnen. Insbesondere die israelfreundlichere Alliance for Workers Liberty ist überzeugt, dass ein großer Teil der Linken nicht zur Verurteilung der Attentate bereit sei. Einige Interviewte äußerten sich selbst explizit ablehnend und bezeichneten die Attentate als »böse«

oder »Schande«. Diese Ablehnungen erfuhren aber keine tieferen Erörterungen. Der andere Pol (die Nichtablehnung der Attentate) wurde von mehreren InterviewpartnerInnen erwähnt, ohne jedoch auf Nachfrage die zugehörigen Akteure näher bezeichnen oder bestimmten Lagern zuordnen zu können. Unter den Interviewten selbst gab es nur einen, der sich explizit positiv auf die Selbstmordattentate bezog. Doch auch dieser (ein Anarchist) schränkt seine Unterstützung im Nachhinein zumindest dadurch ein, dass er Attacken auf bewaffnete Kräfte bevorzugen würde. Die Unterstützung für palästinensische Selbstmordattentate erfolgt tatsächlich eher implizit, indem diese rationalisiert und aus strategischen Gründen nicht offen abgelehnt werden. Auch hier spielt wieder der Antiimperialismus hinein. Die Entscheidung für das als antiimperialistisch wahrgenommene Lager impliziert eine Unterstützung dieser »richtigen« Seite, die zu kritisieren als Inden-Rücken-Fallen gedeutet würde. So lehnt der SWP-Kader persönlich Selbstmordattentate ab, will sie aber nicht öffentlich kritisieren. Aber nicht nur klar leninistische AntiimperialistInnen äußern sich dergestalt. So findet sich auch im International Solidarity Movement (ISM), einer selbst gewaltlos agierenden Organisation, die sogenannte *no-comment*-Position, die den PalästinenserInnen bei der Wahl ihrer Mittel nicht hineinreden möchte.

The general stance is the ISM operates on a non-violent basis, however, they won't comment on the messages Palestinian people use. So they won't take a stance against suicide bombers, we don't need to comment on the violent activity. (10)

Auffällig ist das Ausweichmanöver, die Selbstmordattentate euphemistisch als eine message zu bezeichnen. Auch die offiziellen Verlautbarungen der Organisation sind vom Dilemma gekennzeichnet, einerseits grundsätzliche Gewaltfreiheit zu propagieren, andererseits aber auch ein gewisses Verständnis durch die Einsicht in die angenommenen Entstehungsbedingungen des Terrorismus zu haben.<sup>235</sup> Ähnlich, wenn auch mit einem stärker ablehnenden Akzent, ist die Position der CPGB, die zwar mit der kritiklosen Haltung, die sie der SWP attestiert, nicht zufrieden ist, aber trotzdem das Thema nicht unnötig in den Vordergrund spielen will.

We are not in favour of suicide bombings, we're not in favour of that tactic, although we don't scream it from every headline. (04)

Als Begründung für dieses begrenzte Verständnis wird meist die scheinbar aussichtslose Situation der PalästinenserInnen im Konflikt und das Kräfteungleichgewicht zwischen diesen und Israel angegeben.

235 Interessant dazu die FAQ-Seite der Organisation, deren Fragen sich fast ausschließlich auf das Verhältnis von ISM zu Gewalt und Terrorismus beziehen: <http://www.palsolidarity.org/main/about-ism/faq> [27.2.07].

## 2.3 Nichtthematisierung der Israelis

Auffällig ist in allen Interviews die Nichtthematisierung bzw. die nicht vorkommende tiefere Reflexion über die israelische Bevölkerung – von Sympathien für sie ganz zu schweigen. Dies kommt schon bei der Benennung des Themas zu Ausdruck, das meist nicht als »Israeli-Palestinian conflict«, sondern meist schlicht als »Palestine« eingeführt wird. Die Israelis und ihre Bedürfnisse oder eventuell ihre Leiden sind kein Thema. In fast allen Interviews ist explizit von Israel und den Israelis die Rede. Doch nur in wenigen Ausnahmen kommen Israelis ohne negativen Kontext vor. Israelis erscheinen als Unterdrücker, Rechte, Besatzer, Soldaten, aber nicht in einer umfassenden Darstellung und aus einer Berechtigung an sich, als einfache, normale Menschen. Israelis tauchen letztlich nur als die schuldige Seite im Konflikt auf.

Wie sehen die Textstellen aus, an denen Israelis in einem nicht (nur) abwertenden Kontext vorkommen? Auch sie sind kein wirkliches Gegenbild zu dem Befund. Zwei Interviewte unterscheiden lediglich zwischen israelischer Regierung und israelischer Bevölkerung, die aber weiterhin unbestimmt bleibt. In zwei weiteren Interviews werden friedensbewegte Israelis erwähnt, also auch hier nur durch die pro-palästinensische Brille betrachtet. Nur in vier Interviews wird explizit das Existenzrecht Israels gefordert oder dessen Nichtanerkennung durch andere Linke kritisiert.

Und das ist schon symbolisch für die Art, wie hier das Problem behandelt wird. Also, dass die Israelis damit sehr wenig zu tun haben, dass man das Problem irgendwie lösen kann, indem also die Palästinenser noch mehr Steine schmeißen und sich noch mehr umbringen lassen, dass man nicht z. B. die Israelis auch dazu gewinnen muss, dass sie das Recht der Palästinenser erkämpfen und umgekehrt auch, dass die Palästinenser auch für das Recht der Israelis kämpfen müssen, dass die ihr eigenes Land haben dürfen. (23)

Bei drei Personen davon handelt es sich um VertreterInnen der Gruppen CPGB und AWL, die in ihrer Politik das Existenzrecht Israels anerkennen. Die vierte begründete diese Argumentation mit ihrer Bindung an das Land als Jüdin. Das Fazit ist eindeutig: Nur für wenige Linke sind die Israelis eine relevante Bezugsgröße, die einer über ihre Rolle als wegen der Besatzung zu bekämpfende Militärmacht hinausgehenden Erörterung bedürfte. Im Folgenden sollen deshalb zuerst die Inhalte und Akteure der dominanten pro-palästinensischen und antizionistischen Positionen dargestellt werden und im Anschluss die wenigen abweichenden Positionen.

### 3 Antizionismus und Palästinasolidarität

■ Israel is a racist state, backed by imperialism. (Sprecherin der SSP)

Die diskursive Grundlage für diese Orientierungen bildet ein weit verbreiteter Antizionismus. Seine Akteure sind zunächst die leninistischen, besonders die trotzkistischen Gruppen und Parteien, die Palästina-Solidaritätsgruppen und weite Teile der libertären Linken. Wahrscheinlich eine überwältigende Mehrheit der Linken in Großbritannien hat eine antizionistische Position. Viele, die sich zumindest ein wenig für die Frage interessieren, bezeichnen sich als Antizionisten. Dabei ist aber zwischen der Selbstbezeichnung »antizionistisch« und einem analytischen Antizionismusbegriff zu unterscheiden, wie er eingangs erläutert wurde und der alle Arten von grundsätzlicher, weltbildhafter Israelfeindschaft und Aberkennung des israelischen Existenzrechts beinhaltet sowie Anschlüsse an bloße Israelkritik als auch an Antisemitismus bietet. Zu diesen Differenzierungen nun im Einzelnen.

#### 3.1 Übergänge: Israelfeindschaft und Antisemitismus

Der weit verbreitete Antizionismus, der offene Flanken zum Antisemitismus hat, zeigt sich vor allem in einer einseitigen Schuldzuweisung im Nahostkonflikt an Israel. Für Kritik an den PalästinenserInnen sowie allgemein der arabischen/islamischen Welt ist kein Platz. Die ausgedehnten Erörterungen über islamistischen Antisemitismus, über die Rückständigkeit der arabischen Welt oder die Friedensunwilligkeit der PalästinenserInnen, die der deutsche Diskurs aufzubieten hat, finden sich in Großbritannien bestenfalls am Rande. Dafür wird Israel i.d.R. umso heftiger abgelehnt, die Legitimität des Staates nicht anerkannt bzw. sein Charakter als besonders negativ eingeschätzt. Israel wird als rassistisch, kolonialistisch, militaristisch und imperialistisch bezeichnet. Ein großer Teil der auf Israel bezogenen Äußerungen schreibt diesem Staat dauerhafte negative, ihm seit seiner Entstehung aus der zionistischen Bewegung innewohnende Eigenschaften zu. Das Typische dieser Israelfeindschaft ist eine Abneigung, wie sie anderen Regimen oder Staaten nicht zuteil wird. Seinen deutlichsten Ausdruck findet dies in der Charakterisierung Israels als »oppressor nation« in Grundsatzpapieren der SWP und anderer Organisationen,<sup>236</sup> hier in einem Artikel eines unabhängigen Sozialisten über die AWL (die diese Ansicht nicht teilt):

■ Both «nations» according to them [the AWL] are entitled to their own state. Leaving aside the question of whether or not the Israeli Jews are a nation, what the AWL position ignores is the fundamental difference between Israeli Jews and Palestinians – one is the oppressor and the other is the oppressed (Greenstein 2005).

236 Neben vielen weiteren Fundstellen vgl. bspw. die SWP-Broschüre »The Hijack State« von John Rose, und die Broschüre »Intifada« von *Workers Power* (Privatarchiv des Autors).

Diese Position ist die deutlichste Zuspitzung eines Antizionismus, der kaum seine antisemitischen Anschlüsse verbirgt. Denn in dieser Position werden die israelischen Jüdinnen und Juden als Unterdrückernation kategorisiert, ohne auch nur im geringsten Maße Binnendifferenzierungen vorzunehmen. Diese Position ist, wie Cohn (1991) gezeigt hat, die Spitze einer israelfeindlichen Radikalisierung im Trotzismus, in der den Israelis keine Rechte zugestanden werden.

Zur Aufrechterhaltung und aktuellen Radikalisierung dieser Feindschaft trägt die beschriebene Allianz der antiimperialistischen Linken mit dem Islam bei. Arabischen oder islamischen Personen wird so ein Forum geboten, auf dem Positionen vertreten werden, die an Schärfe selbst das offizielle Vokabular der SWP überbieten, wohl aber geduldet werden. Bereits erwähnt wurde dabei der Islamist Azzam Tamimi, der u. a. mehrfach Selbstmordattentate gerechtfertigt haben soll.<sup>237</sup> Im *Weekly Worker* wird ihm vorgeworfen, dass er in Bezug auf Israel kein Blatt vor den Mund nimmt: »Something will be done about Israel. We will fight until they are no more there«.<sup>238</sup> Ganz unverblümt äußerte er seine Unterstützung für die Hamas (siehe Kap. VII.2.2) und wurde dafür von einem linken Publikum mit frenetischem Applaus bedacht. Ähnlich verhält es sich bei der Hofierung Gilad Atzmons durch die SWP. Atzmon ist ein in London lebender jüdischer Jazzmusiker, der wiederholt, selbst von ausgewiesenen Antizionisten beschuldigt wurde, Theorien einer jüdischen Weltverschwörung zu verbreiten. Er sprach auf mehreren Veranstaltungen der SWP, die aufgrund seiner harten Israelkritik und seiner Prominenz gern mit ihm zusammenarbeitet. Selbst radikalste Antizionisten wie Tony Greenstein (Jews Against Zionism) veranlasste das zur Distanzierung und zum Protest gegen offenen Antisemitismus in der Palästinasolidarität, doch dies beeinflusste die SWP nicht.<sup>239</sup>

Die mehrheitliche Orientierung der britischen Linken kommt aber nicht in offenen antisemitischen Äußerungen zum Ausdruck, sondern in Unspezifischerem, Mehrdeutigem wie dem Slogan »Victory to the Intifada!«. Die Offenheit dieser Forderung, die die Interviews und die linke Presse durchzieht und die so vieles implizieren kann, ist instruktiv. Denn sie umschließt diejenigen Intifada-KämpferInnen, die friedlich oder militant ein Ende der israelischen Besatzung erreichen wollen ebenso wie diejenigen, denen es um die Zerstörung Israels geht oder darum, die Jüdinnen und Juden ins Meer zu treiben. Sie umschließt, wenn nicht näher spezifiziert, OrganisatorInnen von Sitzblockaden, Streikende, SteinewerferInnen und SelbstmordattentäterInnen. Der insgesamt israelfeindliche Diskurs verlangt – von begrenzten Ausnahmen abgesehen – nicht die deutliche Spezifizie-

237 Taylor, Ben 2006: Firebrand Islamic academic: »dying for your beliefs is just«, *Daily Mail*, 20.8.2006, [http://www.dailymail.co.uk/pages/live/articles/news/news.html?in\\_article\\_id=401481&in\\_page\\_id=1770](http://www.dailymail.co.uk/pages/live/articles/news/news.html?in_article_id=401481&in_page_id=1770) [25.8.2006].

238 Becker, Tina 2006: High on rhetoric, low on solutions, *Weekly Worker* 634, S. 6.

239 Greenstein, Tony o. J.: On Gilad Atzmon, <http://www.marxists.de/racism/antisemitism/counterpunch.htm> [6.9.2006].

rung der eigenen Position. Die Identifikation mit dem, was als palästinensische Sache angesehen wird, schafft eine Israelfeindschaft, die u. a. auch implizit geäußerte Sympathie für Antisemitismus dulden kann – getreu dem Motto: »Der Feind meines Feindes ist mein Freund«.

### 3.2 Antizionismus als Kampfbegriff

Abgesehen von jener Israelfeindschaft, die unter den analytischen Begriff des Antizionismus fällt, gibt es auch die explizite Verwendung des Begriffs. Da wäre erstens die *direkte Selbstbezeichnung* bzw. *Etikettierung der Linken* als antizionistisch. Zweitens kommt »zionistisch« als ein *Negativwort* bzw. *Attribut zur Kennzeichnung der gegnerischen Partei* vor und schließlich drittens in der Betonung der *Nichtidentität von Antizionismus und Antisemitismus*. Zunächst zur offensiven Selbstbezeichnung:

■ We say loud and clear: We are anti-Zionist. (11)

Was der SSP-Funktionär hier stellvertretend für die Mehrheitenposition seiner Partei sagt, gilt für die Mehrheit der Linken in Schottland wie in England, die sich zu einem klaren Antizionismus bekennt. Viele Interviewte sind der Ansicht, dass es sich beim Antizionismus um eine hegemoniale Position in der Linken handelt. Der Zionismus wird nicht als nationale Befreiungsbewegung anerkannt, sondern als Kolonialismus abgelehnt. In einigen Interviews wird der Inhalt dieser Begrifflichkeit, die deutliche Ablehnung des Zionismus und des Staates Israel, ganz offen und explizit benannt, wie im folgenden Beispiel.

■ Zionism is a political, colonialist, racist doctrine with the aim to take much more from the Middle East than it has got right now. That means the ultimate annihilation of the Palestinians. (09)

Der »rassistische Siedlerkolonialismus« strebe sogar die »Vernichtung« der PalästinenserInnen an. Deutlich wird hier der Charakter des antiimperialistischen Antizionismus. Nicht nur Israel und seine Politik, sondern das Ganze, der Zionismus, die jüdische Besiedlung Palästinas werden abgelehnt. Israel wird zu etwas von Beginn an wesentlich Schlechtem. Nur in diesem einen Interview wird mit den Anschuldigungen an Israel so weit gegangen. Doch auch ohne solche Vorwürfe lehnt bspw. die SWP, also die größte Gruppe der Linken, Israel prinzipiell ab, da es »keine Lösung für das jüdische Volk« darstelle.

■ We've always taken a very clear position to Israel. We rejected the idea, that the creation of a Zionist state is a solution for the Jewish people. (15)

Doch auch diese Explizitheit ist nur gelegentlich anzutreffen. Häufiger finden sich in den Interviews antizionistische Äußerungen der beiden im Folgenden beschriebenen Typen. Diese lassen die Selbstpositionierung etwas mehr im Dunkeln. Denn auch diejenigen, die keinen so radikal antizionistischen Ansatz vertreten, verwenden häufig die Begriffe Zionist, Zionismus und zionistisch als negative Attribute, als deutliche Markierungen für die gegnerische Seite, bzw. mit der Ergänzung »anti« als Bezeichnung des Unterstützten. Dies wird deutlich im



Bericht einer Interviewpartnerin über die wachsende Aufmerksamkeit für das Thema Nahost durch das Engagement einiger Gruppierungen.

PSC, left Jewish, Marxist Jewish, anti-Zionist organisations have been raising issues and it has a wider resonance than 10 years ago. (02)

»Antizionistisch« steht hier als Attribut gleichberechtigt neben »links« und »marxistisch« und weist somit auf den Charakter des Antizionismus als Weltbild hin.

Eine andere beschreibt eine pro-palästinensische Demonstration, deren Gegen-demonstrantInnen sie mehrfach als »ZionistInnen« klassifiziert.

One Saturday I went down with the camera. And the Zionists organised a national demonstration against the [pro-Palestinian] picket. There were maybe a hundred Zionists on the street.

Manchester Police on horseback ... shut down the picket ... with like a hundred **really aggressive** Zionists.

I made a film about it. It was awful. I never had so much hassle from the police with the camera. (10)

Ebenso erfolgt Kritik an Israel und dessen Besatzungspolitik sehr häufig als Kritik an der »zionistischen Regierung« bzw. wird auf Israel in einem eindeutig pejorativen Kontext als »zionistischer Staat« Bezug genommen.

The Zionist government in Israel is (perpetuating) one of the most horrific acts of inhumanity against Palestinian people. (11)

It's such a mess behind the Zionist state. (12)

Also, die »zionistische Regierung Israels«, nicht die israelische Regierung handelt inhuman und der »zionistische Staat« ist eine »Schweinerei«. Zionismus als Begriff hat also die Funktion einer zusätzlichen Etikettierung der Ablehnung. Zudem wird – dies ist erneut zu betonen – mit der Verwendung des Begriffs Zionismus (anstelle von Israel) der Allgemeinheitsanspruch und die eigene Radikalität (im Sinne von »Das Problem an der Wurzel packen«) betont. Bei dieser klaren Ablehnung Israels und des Zionismus wird jedoch immer wieder betont, dass Antizionismus und Antisemitismus nichts miteinander gemein hätten und strikt voneinander zu trennen seien. Betrachtungen darüber, ob es einen solchen Zusammenhang geben könnte, wurden i. d. R. nicht angestellt. Antisemitismus würde im britischen linken Diskurs nur anerkannt, wenn explizite Judenfeindlichkeit geäußert würde. Strukturelle Übereinstimmungen und Anschlussmöglichkeiten (wie die doppelten Standards) sind kein Thema. Den wenigen alternativen Deutungsmustern widmet sich Kap. VIII.4.

### 3.3 Themen der Israelkritik

Trotz der generalisierte Ablehnung Israels und Unterstützung der palästinensischen Seite entzündet sich Kritik häufig an konkreten Anlässen. Insgesamt erlebte das Thema nach allgemeiner Beobachtung mit dem Beginn der Al-Aqsa-Intifada einen neuen Boom. Verschiedene Vorkommnisse im Nahen Osten führten dann jeweils zu einem Aufflammen. Dazu gehören aus der Frühzeit der Tod des kleinen

Jungen Muhammad al-Durah (September 2000), der Einmarsch der Israelis in die Westbank (2002), später der Abzug Israels aus dem Gaza-Streifen im Jahre 2005 und die teilweise Wiederbesetzung im Jahre 2006, sowie der Krieg im Libanon im gleichen Jahr. Doch es gab stetig vorhandene Themen. Die humanitäre Lage in den besetzten Gebieten wurde thematisiert, die Unterversorgung und die Abriegelungen der palästinensischen Städte kritisiert. Kein Thema war so prominent wie die Mauer. Diese war Gegenstand eines großen Teils der Berichterstattung in linken Medien und Thema von Flugblättern und ganzen Kampagnen. Das Bauwerk durchschneidet Teile der Westbank und trägt mit zu dem bei, was die KritikerInnen Israels »Bantustanisierung« nennen – der Fragmentierung in Bereiche, deren Grenzen von den palästinensischen BewohnerInnen nicht oder nur mit Mühen oder Schikanen passierbar sind. Dieses Thematik zieht sich wie ein roter Faden durch die Aktivitäten und erleichterte eine Wahrnehmung des Konflikt in bekannten Deutungsmustern, wie dem der Apartheid. Der Anti-Apartheid-Kampf war eines der wichtigsten Themen linken Engagements in den achtziger Jahren. Jetzt fungiert als eine diskursive Gelegenheitsstruktur, als Mittel der Relevanzzuschreibung für die Mauer in Palästina.

### **3.4 Wichtige Akteure**

#### *Die SWP und Palästina*

Unbestritten ist die SWP als größte Gruppe entscheidend für den Umgang mit dem Thema Nahostkonflikt. Sie hatte einen Anteil daran, dass der Nahostkonflikt wieder zum Thema für die Linke wurde und auch wie. Ihre Position, hier stimmen Selbstbeschreibung und Aussagen der Kritiker überein, ist schon seit langem unverändert antizionistisch, was nicht zuletzt der Rolle des langjährigen Parteiführers Tony Cliff, einem radikalen Antizionisten, zuzuschreiben ist, der, selbst Jude, nach dem Zweiten Weltkrieg aus dem Mandatspalästina nach Großbritannien kam. Dabei dauerte es zunächst geraume Zeit, bis Cliff seine Position so stark radikalisiert hatte. Wie Cohn (1991) herausarbeitet, waren seine Schriften zum Konflikt in Palästina in den vierziger Jahren noch deutlich ausgewogener. Ziel seiner Kritik wurden letztlich alle Beteiligten: die britische Mandatsmacht, der Zionismus, die arabischen Grundbesitzer, der Jerusalemer Mufti (wegen seiner NS-Beziehungen) und die KP. Wie die Linke weltweit vollzog er bis 1967 eine Wende. Plötzlich wird einseitig Israel angegriffen und der palästinensische Widerstand heroisiert. Die vormals wichtige Unterscheidung zwischen ArbeiterInnen und Herrschenden entfällt plötzlich. Und, dies hebt Cohn als bedeutendsten Unterschied hervor, sämtliche Verweise auf arabische Gewalt gegen Jüdinnen und Juden sowie die Zusammenarbeit des Mufti al-Husseini mit Nazi-Deutschland sind verschwunden, selbst wo sich die Texte ansonsten ähneln. Die vorherige komplexere Sicht war nun der antiimperialistischen Eindeutigkeit gewichen. Der Cliff-Biograf Ian Birchall (SWP) bietet eine andere Deutung an als Cohn. Für ihn reflektiert der Positionswandel eine Verschlimmerung des Charakters des Zionis-

mus. Zudem sei in den dreißiger und vierziger Jahren noch nicht vorherzusehen gewesen, »in welcher Art der Imperialismus den Zionismus benutzt.«<sup>240</sup>

Die Solidarität der SWP mit dem palästinensischen Widerstand hat im Sinne antiimperialistischer Eindeutigkeit keinen Platz für Kritik. Die SWP-Parteipresse berichtet ausführlich aus pro-palästinensischer Sicht über den Konflikt. Beim Europäischen Sozialforum in Paris im Jahre 2003 stand ihre ganze Präsenz im Zeichen der Palästinasolidarität. Ihre Stände waren mit palästinensischen Nationalflaggen und Kuffijahs geschmückt, die Schlagzeile des verteilten *Socialist Worker* bezog sich auf den Nahostkonflikt. Eine Zeit lang betrieb die SWP eine eigene Palästina-Kampagnen-Organisation, die Campaign for Palestinian Rights, die im Vergleich zu anderen aber marginal blieb und sich letztlich auflöste. Wie kaum eine andere Gruppe demonstriert die SWP mit brachialer Eindeutigkeit ihre antizionistische Position. Am deutlichsten und komprimiertesten kommt sie in ihrem Pamphlet »The Hijack State – Americas Watchdog in the Middle East« (Rose 2003) zum Ausdruck, der schon erwähnten Schrift in der die Position der SWP zum Konflikt ausführlich erläutert wird. Das einseitige und manichäische Bild kulminiert in der Einschätzung »Israel is the terror state«.<sup>241</sup>

Doch auch andere trotzkistische Gruppen stehen der SWP nicht nach. Auch Strömungen in der SSP oder die kleine Gruppe Workers Power vertreten diesen radikalen Antizionismus. In ihrem »Intifada!« betitelten Heftchen aus dem Jahre 2002 wird Israel als »oppressor settler state« kategorisiert und eine Lösung des Konflikts, so lange Israel besteht, ausgeschlossen.

### *Victory to the Intifada!*

Angesichts ihrer absoluten Marginalität innerhalb der Linken häufig genannt wurde die Revolutionary Communists Group<sup>242</sup>, die Ableger in einigen Städten, auch in Schottland hat. Sie ist im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt bekannt, weil sie hinter einer der bekanntesten diesbezüglichen Kampagnen steht, dem *Marks & Spencer picket*. Seit dem Beginn der zweiten Intifada im Jahr 2000 platziert sich diese Kampagne, auch unter dem Titel »Victory to the Intifada«, vor Läden der Kette »Marks & Spencer« und fordert deren Boykott. Sie kritisieren die Kette für ihre engen Handelsbeziehungen zu Israel. Dagegen werfen ihr Kritiker, auch Linke, vor, die Aktion sei zumindest antisemitisch konnotiert, da bekannt sei, dass die Kette jüdische Besitzer habe. Die Beziehung der Kette zu Israel erläutert ein Historiker und Fachmann auf diesem Gebiet, der selbst Bedenken über die Nützlichkeit der Kampagne für die Palästinasolidarität äußert.

240 Vortrag von Ian Birchall auf der Konferenz Marxism2006, 8.7.2006, eigenes Protokoll.

241 O. A. 2006: Israel is the terror state, *Socialist Worker* 2010, 22.7.2006, [http://www.socialistworker.co.uk/article.php?article\\_id=9282](http://www.socialistworker.co.uk/article.php?article_id=9282) [25.07.2006].

242 Sie geben die Zeitung *Fight Racism, Fight Imperialism!* heraus und sind z. T. auch unter diesem Namen bekannt.

Why do they single out Marks & Spencer? Other big companies also import goods from Israel. It is known to be a Jewish owned company with a strong support for the Zionist cause. For example while the UN partition in 1948 the Marks & Spencer headquarters in London was used as a Zionist campaigning office. Subsequently they had a policy of buying only British products, with one exception: Israel. But in recent years they are not different from any other company that has trading relations with Israel: Starbucks, Tesco, all this. We don't think this is productive, because of the danger, people think (they) singled out Marks & Spencer because it is a Jewish owned firm. (05)

Auch andere berichten vom umstrittenen, weil aggressiven Charakter der Kampagne, der sogar die pro-palästinensischen Gruppen entzweie, allerdings mit kaum verhohlener Begeisterung für die Standhaftigkeit der seit vier Jahren wöchentlich Aktiven.

There is nothing else like that in Manchester against Israel. Maybe PSC sets up a stall or a demo. But this constant vigilant presence for four years! It has led to a division between the pro-Palestinian groups in Manchester. Because the used methodology is confrontational. Because they have banners like »victory to the intifada!«. that is not necessarily the best way to support the Palestinians, because of the word's connotation. It is quite militant and aggressive. (10)

### *Die Single-Issue-Palästina-Gruppen*

Im Themenfeld Nahost sind auch Single-Issue-Groups vertreten, die Nahostpolitik machen. Verschiedene Gruppen der Palästina-Solidaritätsbewegung wurden auch auf die Frage genannt, welche Linken sich besonders für den Nahostkonflikt interessieren. Ihre generelle Linksorientierung wurde auf Nachfrage auch bestätigt, und in keinem Interview wurde ein Zweifel an ihrer Zugehörigkeit zur Linken geäußert. Auch dies kann als ein Gradmesser für den Stellenwert des Nahostkonflikts für linke Identitätsbildung gedeutet werden. Die beiden größten und bekanntesten Organisationen dieser Art sind die Palestine Solidarity Campaign (PSC) und International Solidarity Movement (ISM). Daneben gibt es noch verschiedene jüdische Organisationen, wie Jews for Justice for the Palestinians (JfJfP) und NGOs oder Wohltätigkeitsorganisationen (*charity*), die sich auch verstärkt mit dem Thema befassen, wie War-On-Want.

ISM ist keine genuin britische Organisation, sondern wurde von einem amerikanischen-palästinensischen Ehepaar gegründet, hat aber viele Aktive in Großbritannien. Ziel von ISM ist die Unterstützung der PalästinenserInnen mit Hilfe gewaltlosen Widerstands. Zur Erreichung dieses Ziels gehen ISM-AktivistInnen, die zuvor in Praktiken gewaltfreien Widerstands geschult wurden, in die besetzten Gebiete. Ihre Aktivitäten dort sind vielfältig. Sie versuchen Wohnhäuser vor der Zerstörung durch die israelische Armee zu bewahren, begleiten Schulkinder, die Angriffe zu befürchten haben, zeigen Präsenz auf Ländereien, die, bspw. für den Bau der Mauer, enteignet werden sollen. Die ISM-AktivistInnen sind meist junge

Leute, die einem links-alternativen Milieu nahestehen. ISM verfügt über keine spezifische politische Ideologie. Ihr Hauptziel ist die Unterstützung einer gewaltfreien palästinensischen »Selbstermächtigung«. In Hinblick auf Selbstmordattentate beziehen sie eine no comment-Position. Sie stehen eindeutig eher der libertären Linken als den sozialistischen Parteien nahe, teilen sie doch mit ersteren die *direct-action*-Methoden. In die Schlagzeilen geriet die Organisation durch den gewaltsamen Tod zweier ihrer Mitglieder. Die US-Amerikanerin Rachel Corie und der Brite Tom Hurndall starben während ihrer Aktionen. Corie wurde von einem Bulldozer überfahren, während sie Hauszerstörungen verhindern wollte; Hurndall wurde beim Versuch, Kinder aus der Schusslinie eines Gefechts zu holen, von einem israelischen Scharfschützen erschossen. Erst nach Protest von Eltern, AktivistInnen und offiziellen britischen Stellen wurde der Fall verhandelt und der Soldat verurteilt.

Die Palestine Solidarity Campaign (PSC) entstand schon im Vorfeld der israelischen Libanon-Invasion 1982<sup>243</sup>, dementsprechend hat sie eher ältere Mitglieder. Sie sind auch vom Anspruch her politischer als ISM. Im Jahre 2004 startete sie eine Kampagne zum Boykott Israels. Die PSC ist die größte pro-palästinensische Organisation in Großbritannien. Sie setzt sich für das Rückkehrrecht aller Flüchtlinge ein. Sie organisiert Demonstrationen und andere Formen politischen Protests sowie Öffentlichkeitsarbeit für die PalästinenserInnen. Zweimonatlich erscheint ihr Journal *Palestine-News*. Auch die PSC-Vertreter berichten von neuerdings erhöhter Aufmerksamkeit für das Thema Nahostkonflikt, denn teilweise war die Arbeit der Gruppe fast lahmgelegt und wurde nur von einer Handvoll, noch dazu ausschließlich jüdischer Mitglieder getragen. Mittlerweile erfreuen sich die Treffen wie ihr Thema wieder größter Beliebtheit.

### 3.5 Fazit

Wie gezeigt wurde, bewegt sich das antizionistische Spektrum der britischen Linken in einem Spannungsfeld von Israelkritik, die wegen der Politik des Staates in den besetzten Gebieten in ihrer Legitimität kaum sinnvoll angezweifelt werden kann und einem zum Weltbild gewordenen Antizionismus mit fließenden Übergängen zum Antisemitismus. Nur wenige, relativ marginale Akteure innerhalb der Linken haben dafür ein Gespür entwickelt. Ein Bewusstsein für Anschlüsse an klassische antisemitische Diskurse besteht kaum. Diese Möglichkeit oder Gefahr wird nur anerkannt, wenn offen Jüdinnen und Juden als solche beschimpft werden. Seinen Ausdruck findet dies im Beharren auf der eindeutigen Trennbarkeit von Antisemitismus und Antizionismus. Hier stößt man auf ein die mögliche Meta-Diskussion immens erschwerendes Problem, nämlich die Unterscheidung zwischen antisemitischen bzw. für Antisemitismus anschlussfähigen Manifestationen und dem subjektiven Vorurteil oder gar Hass auf Jüdinnen und Juden.

243 Nach der Selbstdarstellung auf ihrer Homepage <http://www.palestinecampaign.org/about.asp> [16.2.05]

Tatsächlich muss wohl den meisten Antizionisten dieser Hass nicht unterstellt werden, schon gar nicht die Vorstellung, dass er, wenn schon existent, auch bewusst wäre. Der Anschluss an den Antisemitismus wird eben nicht auf der subjektiven Ebene der Einstellungen zu Jüdinnen und Juden vollzogen, sondern durch Dämonisierung Israels (die sogenannten doppelten Standards) und durch die Hifizierung von antisemitischen Organisationen und Personen.

#### 4 Heterodoxe: Solidarität auch mit Israel?

Ob nun als expliziter Antizionismus oder nicht, eine deutliche Kritik an Israel und seinem Umgang mit den PalästinenserInnen sowie eine Unterstützung dieser als Opfer ist in der britischen Linken hegemonial. Abweichungen davon sind marginal oder eher im Grenzbereich der Linken angesiedelt. Eine Frage des Leitfadens war die nach untypischen, von diesem häufig beschriebenen »Mainstream« abweichenden Positionen. Die Antworten weisen eindeutig in eine Richtung. Es wurde entweder erwidert, dass es andere, bspw. pro-israelische Positionen in der Linken eigentlich nicht gebe oder es wurde auf die Alliance for Workers Liberty (AWL) verwiesen. Von der Existenz einer stärkeren Strömung oder politischen Richtung mit pro-israelischen oder anti-palästinensischen Zielen kann nicht die Rede sein, deswegen werden die wenigen Ausnahmen hier einzeln dargestellt.

It will be hard to find people who can defend Israel. I am sure there are a few, but I don't think they are significant. (05)

Dieses Zitat steht für eine ganze Reihe Interviewter, die sich Positionen, die von der generellen Unterstützung der PalästinenserInnen auf irgendeine Art abweichen, kaum vorstellen können. Schließlich wurde auch eine aus diesem Grundkonsens abweichende Position durch die AWL sehr lange quasi von nur einer noch dazu sehr kleinen Gruppe vertreten. Erst in jüngster Zeit haben sich weitere Akteure zu Wort gemeldet. Daher ergibt sich auch, dass die Darstellung sich an den Akteuren orientiert und nicht wie der Abschnitt zum Antizionismus auch zusätzliche systematische Gliederungen enthält.

##### 4.1 Alliance for Workers Liberty

Die AWL ist eine kleine trotzkistische Gruppe, die eigentlich fast nur wegen ihrer Position zu Israel überhaupt in den Interviews Erwähnung fand. Sie unterscheidet sich von anderen Gruppen hauptsächlich durch ihre Position zu Israel.

There is the AWL, which has separated itself from the rest of the left by not being so Anti-Zionist. (19)

Nach Auskunft eines langjährigen führenden Mitglieds unterscheidet sich die AWL dadurch, dass sie sich solidarisch mit den PalästinenserInnen verhalte *und* die Anerkennung des Existenzrechts Israels einfordere. Diese Grundsicht auf den Konflikt kommt im Titel ihrer Grundsatzbroschüre »Two nations, two states« zum

Ausdruck.<sup>244</sup> Sie anerkennen in Israel/Palästina die legitimen Rechte zweier »Nationen« auf »nationale Selbstbestimmung«.

Our view is: we are in solidarity with the Palestinians. We also believe that there are now two nations in the territory of pre-1948 Palestine and the only possible democratic solution is the one that has the democratic agreement of both nations. That means both nations have the right to self-determination of their own state. (22)

Die AWL führt verschiedene Begründungen dafür an. Einerseits sei es nach einem solchen Konflikt für die beiden Parteien kaum möglich friedlich miteinander in einem Staat zu leben. Aber auch tiefer liegende ideologische Aspekte werden angegeben. Zum einen beharrt die AWL auf »*consistent democracy*«, ihrem Verständnis der Lenin'schen Demokratiekonzeption, innerhalb derer für sie das Recht auf »nationale Selbstbestimmung« ein entscheidendes Element darstellt. Die AWL deutet die Politik der antiimperialistischen Israelfeinde, also insbesondere der SWP so, dass dieses Recht Israel und den Israelis nicht zugestanden wird, vielmehr offen oder (nur leicht) verdeckt, die Zerstörung Israels gefordert werde. Zum zweiten, so der Interviewte weiter, lehne die AWL das antiimperialistische Lagerdenken ab, das sich ihrer Meinung nach nicht zur Erklärung komplexer Konflikte (wie z. B. des Nahostkonflikts) eigne. Schließlich habe sich, drittens, der Charakter des Imperialismus seit der Unabhängigkeit der Kolonien verändert.

Es gibt verschiedene Versuche zur Erklärung der Spezifika in der Entwicklung dieser Organisation, die auch für andere kleine Gruppen angewandt werden, z. B. Distinktionsbedürfnisse innerhalb der konkurrierenden trotzkistischen Gruppen oder die Persönlichkeit des Chefideologen Sean Matgamna.<sup>245</sup> Auf ideologischer Ebene sind entscheidende Impulse von seiner Deutung des Nordirlandkonflikts ausgegangen und somit auch von einem politischen Kontext, der zunächst nichts mit dem Nahostkonflikt zu tun hat, wohl aber mit der Vergangenheit des britischen Empire (vgl. aber Pope 1986: 116). Im Gegensatz zu anderen linken Gruppen kritisierten Matgamna und die AWL (bzw. damals Socialist Organiser) die Unterstützung des katholischen irischen Nationalismus durch die meisten britischen Linken als romantisch und ignorant gegenüber den Rechten der protestantischen Nordiren. Sie sahen die Gefahr einer Umkehrung der Rollen von Unterdrückern und Unterdrückten im Falle der Erreichung der staatlichen Einheit auf der gesamten irischen Insel.

One thing that helped us, is the attention that we paid to the Irish question. We have been critical of the romantic idealisation of the catholic Irish national struggle by the left and always argued for an attention also to the rights of the protestant community in the northeast. That alerted us to the question that you

244 Bradley, Clive; Croke, Stan; Matgamna, Sean; Warshawski, Michel 2002: Two nations, two states, London.

245 Matgamna ist der führende Theoretiker der AWL und ihrer Vorläuferorganisationen Workers Fight und Socialist Organiser. Dieses Muster, also die Dominanz einer Person, ist, wie schon erwähnt, typisch für viele trotzkistische Gruppen.

can't take position in situations of conflict like this. You can't take a Marxist view by deciding which is the good people and which is the bad people, because a group or a nation or a people which is now oppressed can become an oppressor. (22)

Im Zitat zeigt sich der Einfluss der *third camp*-Position (die dem Imperativ des orthodoxen trotzkistischen Antiimperialismus, nämlich sich für die eine Seite entscheiden zu müssen, widerspricht). Wichtig zu ihrem Verständnis ist aber ihr Framing, das die Frage nach Nationalität zum Eingangsfilter macht. Die theoretische Position der AWL ist also auch nicht konsequent menschenrechtsuniversalistisch auf den individuellen Menschen bezogen, sondern basiert auch auf der Zuweisung von Kollektivrechten für jene Kollektive, denen der Nationalitätenstatus zuerkannt wird. Dieses Denken in Gruppenrechten führt denn in einer Spezifizierung zu solchen Forderungen wie der nach dem Abzug der Israelis nur aus denjenigen Gebieten, wo PalästinenserInnen die Mehrheit bilden.<sup>246</sup> Sie beharren dementsprechend nicht wie radikale AntizionistInnen auf dem Rückkehrrecht für alle palästinensischen Flüchtlinge. Allerdings stellen sie sich der Frage in ihrer dominanten pragmatischen Gegenwartsorientierung auch nicht, was Widerspruch von Gegnern produziert. Und so stößt die AWL mit ihrer Position häufig auf Unverständnis und Ablehnung, bis hin zu offener Feindschaft.

We get very hostile reactions on this question. People accuse us of being apologists for Israel and so on. We are not apologists for Israel. We are opposed to demonising Israel, to presenting Israel as uniquely oppressive state. (22)

Die von der AWL selbst als in gewissem Sinne ausgleichend und alle berechtigten Interessen beachtend verstundene Position, die sich gegen die vereinfachende Verdammung der einen Konfliktpartei wendet, wird in der Linken als Israel-Apologetik verstanden – auch dies ein Indikator für die insgesamt israelfeindliche Stimmung. Unterstützung für ihre Position sehen sie selbst fast nur bei jüdischen und ausländischen Gruppen<sup>247</sup>, nicht aber in der als eher feindlich gestimmt wahrgenommenen britischen Linken. In dieser Konstellation ist es auch nicht verwunderlich, dass z. T. sonderbare Vorstellungen über die AWL kursieren. Ein Interviewer meinte, die AWL sei für die Besetzung (worauf keine Verlautbarungen der Gruppe hindeuten), und zwar wegen des Größenvorsprungs der israelischen Arbeiterklasse vor der palästinensischen!

246 »Back Palestinian resistance to Israeli occupation where Palestinians are the majority.«, ebd.: 1.

247 Im Interview als gelegentliche Unterstützer/Verbündete genannt werden jüdische Linke wie die Jews for Justice for the Palestinians sowie irakische und iranische KommunistInnen. Zu den UnterstützerInnen der JfJP gehören aber auch jede Menge AntizionistInnen, sogar John Rose, der Autor der berühmten »The Hijack State“-Brochüre der SWP. Die Programmatik der Organisation ist aber klar auf einen Frieden ausgerichtet, den »beide Seiten als gerecht empfinden«. Zudem sprechen sie sich klar gegen Gewalt gegen Zivilisten und für die Anerkennung der 1967er-Grenze aus, repräsentieren also in ihren Forderungen nicht den radikalen antiimperialistischen Antizionismus (<http://www.jfjp.org/about.htm> [28.08.2006]).



I don't know much, but what I have heard, they support the occupation. I think it's on the basis that the Israeli working class is larger than the Palestinian working class? (11)

Was die AWL selbst als Kritik an der Dämonisierung Israels sieht, bzw. als Kritik an antisemitischen Ausfällen, ist für einige andere ein substanzloses Beschimpfen.

AWL calls the rest of the left anti-Semites. [...] It is just nonsense. The SWP is not an anti-Semitic organisation. It's just rubbish. (04)

Diese Äußerung kam vom Vertreter der CPGB, die, wie die AWL auch, eine Zwei-Staaten-Position vertritt und ihr somit auch etwas nähersteht. Überhaupt sei man (in der CPGB) ansonsten recht freundlich zu den Genossen der AWL. Der SWP-Vertreter hingegen sieht die AWL-Position als außerhalb der Linken stehend.

I think, anyone who defends the state of Israel under these circumstances, I don't see how they can identify themselves as being on the left. (15)

Die diskursive Separierung der AWL suggeriert eine deutliche Lagerbildung, die so nicht ganz stimmt. Es gibt durchaus Gruppen, die der AWL-Position (nicht nur im Nahostkonflikt) etwas näherstehen, einzelne Punkte sogar mit ihr teilen. So vertreten auch die CPGB und Teile der SSP eine Zwei-Staaten-Option.<sup>248</sup> Was die AWL aber unterscheidet, ist ihre für den britischen Kontext starke Zuspitzung der Positionen. Die AWL gilt als pro-israelisch und als der schärfste Feind der Zusammenarbeit mit muslimischen Organisationen, dementsprechend wird ihr Verhältnis zur SWP, die für all dies steht, an einer Stelle als phobisch bezeichnet. Sie selbst wird für ihre Position angefeindet. Das antiimperialistisch-antizionistische Eindeutigkeitsverlangen lässt keine Differenzierungen zu. Die Differenzierungen, die die AWL vornimmt, katapultieren sie aus dem Mainstream der Linken. Diese Feindschaft gegenüber jeder Störung des antizionistischen Konsenses bekam auch die CPGB zu spüren, die während der Gaza- und Libanon-Krise im Sommer 2006 ihre Zeitung *Weekly Worker* mit der Schlagzeile »Two nations, two secular states« betitelte. Tenor des Artikels war die Forderung an die Linke, nicht nur vage Gerechtigkeit für PalästinenserInnen und den Libanon zu fordern, sondern einer demokratischen Lösung zuzustimmen, die auch das israelische Recht auf Selbstbestimmung anerkenne. Die Leserbriefspalten der folgenden Ausgaben waren voll mit Widerspruch inklusive der Betonung, dass nur die Zerstörung Israels eine demokratische Lösung bringen könne.<sup>249</sup>

248 Außerdem teilten die Vertreter von CPGB und SSP auch Elemente der Kritik der AWL an der SWP/Respect und der Zusammenarbeit mit der Muslim Association of Britain.

249 Vgl. *Weekly Worker* 634, 635, 636, 637 (»Letters«).

## 4.2 Die libertäre Linke

In der libertären und unabhängigen Linken gibt es nur wenige und nur graduelle Abweichungen vom typischen linken Nahostkonflikt-Bild. Die Redaktion der Zeitschrift *Aufheben* ist ein Beispiel für eine mehr abwägende Position. Sie sehen den Konflikt vorrangig als hochkomplexes Problem, das keine naheliegende Lösung offeriere. Der Interviewpartner deutet einen möglichen positiven Bezugspunkt an – den Klassenkonflikt auf beiden Seiten.

So, when we wrote about it that article, we tried to describe the different levels. When we came to write a conclusion, what is the conclusion? It is such a mess! It's just a horrible situation. The only positive thing might be the connection with the class struggle within each side. (19)

Auch *Aufheben* lehnt die Identifikation mit einer der beiden »Nationen« ab, jedoch anders als die AWL, die nationale Selbstbestimmung fordert, von einem antinationalen Standpunkt. Auch anarchistische Gruppen lehnen es ab, sich einseitig komplett mit den PalästinenserInnen zu solidarisieren, bzw. sind in der Lage weitere komplexitätssteigernde Faktoren mitzubedenken. Die Klassen- statt Lebensstilorientierung scheint dabei wieder ein Faktor zu sein, der die einseitige Identifizierung mit den PalästinenserInnen bremsst. Der Class-War-Vertreter schätzte bspw. ein, dass auch in seinem politischen Spektrum Sympathie und Mitgefühl für die palästinensische Seite vorherrsche, dass aber das Thema an sich nicht so im Vordergrund stehe und man deswegen nicht mit reaktionären Islamisten zusammenarbeite. Class War kritisiert dementsprechend in seinen Stellungnahmen die israelische Besatzung und die islamistischen Gegner Israels von Hamas und Hisbollah. Eine Überschrift wie »Mad Mullahs«, gefunden in ihrer Zeitschrift,<sup>250</sup> ist in einer Publikation aus dem traditionskommunistischen und antiimperialistischen Lager nicht denkbar und würde dort als islamophob eingeordnet. Aber die Diskussion über die große Nähe anderer Linker zu reaktionären Elementen des Islam hat keinen besonders hohen Stellenwert für Class War. Und selbst antisemitische Verschwörungstheorien – geäußert in einem Leserbrief<sup>251</sup> – werden von Class War zwar klar abgelehnt, aber auf eine beiläufige und unaufgeregte Art, die kaum mit der Emotionalität der entsprechenden Diskussion in der Bundesrepublik zu vergleichen ist.

Die höhere Differenzierungs- und Distanzierungsfähigkeit im libertären Lager zeigte sich auch bei einer Speaker-Tour der israelischen Militärdienstverweigerer Adam Maor und Matan Kaminer. Sie sprachen im Oktober 2004 in London sowohl auf dem Europäischen Sozialforum (ESF) als auch auf dem autonomen, ESF-kritischen Beyond ESF. Die Stimmungen bei beiden Veranstaltungen fielen doch recht unterschiedlich aus. Auf dem ESF, wo eine breitere Linke vertreten

250 Class War 90 (2006), S. 1.

251 Ebd. S. 13, Der Briefautor beschuldigt Israel zusammen mit Großbritannien hinter den Anschlägen auf die Londoner U-Bahn zu stecken, um dann Muslimen die Schuld zu geben und repressive »Nazi-Gesetze« erlassen zu können.

war, gab es eine euphorische pro-palästinensische und anti-israelische Stimmung, die – dem Phänomen des *preaching to the converted* entsprechend – keinen Raum für Zweifel oder kritische Debatte lies. Anders auf dem Beyond ESF. Die Stimmung war eher unsicher und fragend. Die versammelten AnarchistInnen des Beyond ESF warfen verschiedene Punkte auf, die sich einer platten Totalidentifikation mit einer Konfliktpartei widersetzen. Angesprochen wurde, dass es ein Problem mit Antisemitismus und Antiamerikanismus gäbe und dass man genauer zwischen Regierungen und Bevölkerung unterscheiden müsse. Es wurde auch Kritik an den undemokratischen arabischen Staaten geäußert. Einigkeit wurde also durch generelle Ablehnung von Regierungen und Staatlichkeit jeder Art hergestellt. Auffällig war auch, dass es sehr wenige »Nahostexperten« gab, also wenig Menschen, die vor dem Hintergrund eigener Erfahrungen in der Konfliktregion oder eigener Involvierung in Nahostkampagnen argumentierten. Auch dies förderte den eher offenen und fragenden Charakter der linksradikalen Konkurrenzveranstaltung. Trotzdem war der Tenor der Beiträge nicht israelfreundlich. Offensichtlich ist die radikale anarchistische Weltsicht aber etwas besser in der Lage, zwischen verschiedenen Dimensionen zu unterscheiden und zu den Parteien Distanz zu wahren. Darauf deutet auch der Streit um die Gleichsetzungen Sharons mit Hitler hin (siehe Kap. VIII.5.5). Doch dies soll nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch die libertäre Linke dominant israelkritisch bis antizionistisch eingestellt ist.

### 4.3 Engage

Anders als in Deutschland gibt es in Großbritannien kaum linke AktivistInnen, die eine zumindest etwas israelfreundlichere Position vertreten und schon gar nicht solche, die dies auch noch zum Mittelpunkt ihres Engagements machen.<sup>252</sup> Eine Debatte über den Nahostkonflikt auf einer Metaebene wird fast nicht geführt. Die große Ausnahme, die zudem erst in allerjüngster Zeit entstand, stellt die Initiative Engage dar. Die Gruppe aus AkademikerInnen fand sich zusammen, als die britische Universitätslehrer-Gewerkschaft AUT 2005 beschloss, israelische Universitäten zu boykottieren. Die AUT und demzufolge auch ihre Beschlüsse gibt es mittlerweile nicht mehr, da sie sich 2006 mit der anderen Uni-Gewerkschaft NATFHE zur University and College Union vereinigt hat. Doch auch die NATFHE empfahl ihren Mitgliedern auf ihrer letzten Konferenz im Jahre 2006, noch kurz vor der eigenen Auflösung, einen Boykott derjenigen israelischen WissenschaftlerInnen zu überlegen, die sich nicht von der israelischen Besatzungspolitik distanzieren (Ullrich 2006b).

Diese israelfeindliche Politik der Gewerkschaften anzugreifen war Hauptziel von Engage. Doch ihr Engagement blieb nicht bei diesem Thema stehen. Aus der Empörung über die Boykott-Beschlüsse wurde mittlerweile eine kontinuierliche

252 Für die AWL ist Nahost zwar ein wichtiges, aber nicht das Hauptthema.

Arbeit mit dem generellen Ziel, Antisemitismus und Antizionismus in der Linken zu bekämpfen. Die kleine Gruppe von AkademikerInnen gibt das Journal *Engage* heraus, das sich mit Antisemitismus und Antizionismus auseinandersetzt. Gleichzeitig bietet die Homepage reichlich Informationen und ein Diskussions-Forum. In diesem wird regelmäßig und aktuell über Entwicklungen berichtet, die den Aktiven Sorgen bereiten.

Wie der AWL geht es *Engage* darum, zu zeigen, dass das Antisemitische im Antizionismus sich daran zeigt, dass Israel wie kein anderes Land sonst, immer wieder Zielscheibe von Hass und Kritik wird. Man kritisiert also die doppelten Standards. Der Antizionismus gilt ihnen als die aktuelle Ausprägung des Antisemitismus. *Engage* beklagt eine Dämonisierung Israels, wobei eine Vermischung mit antijüdischen Diskursen auftritt. Das Argument ist einfach und überzeugend: Es gibt vielerlei Kritikwürdiges in der Welt, z. B. die systematische Unterdrückung von Frauen und Meinungsfreiheit in Saudi Arabien, doch bisher hat die Linke noch keinen Boycott Saudi Arabiens erwogen. Warum dann ausgerechnet Israel?

Die Sensibilisierung für das Thema ist kein Zufall. Ein Teil der Aktiven von *Engage* hat einen jüdischen Hintergrund und ein Teil kommt aus der AWL. Wie für die anderen nicht antizionistischen Gruppen gilt aber auch für *Engage*: Kritik am Antisemitismus und Antizionismus bedeutet nicht, einseitig für Israel Partei zu ergreifen. Im Gegenteil, man unterstützt den Kampf der PalästinenserInnen für Eigenstaatlichkeit und ein Ende der Besatzung. Auch hier geht es also in erster Linie um Balance, darum, zu vermeiden, dass eine Gruppe dem Kampf gegen die Ungerechtigkeit, die einer anderen widerfährt, zum Opfer fällt. Solidarität mit den PalästinenserInnen und Kampf gegen Antisemitismus und Israelhass schließen sich nicht aus. *Engage*-Initiator David Hirsh formuliert es im *Guardian* so:

Since before it even existed, Israel has been engaged in two wars with its neighbours. One is a just war, waged by Palestinian Arabs for freedom – which became a demand for Palestinian national independence; the other is a genocidal war that aims to end Jewish life in the Middle East.<sup>253</sup>

Israel sei also Ziel eines gerechten Krieges der Palästinenser für ihre Freiheit und eines genozidalen Krieges der Fundamentalisten – Hirsh nennt Hamas, Hisbollah, Al-Qaida und die Regime Syriens und Irans – gegen die Jüdinnen und Juden. Dies steht im Widerspruch zum antiimperialistischen Antizionismus, der eine Seite unterstützt und sich so in einem Boot mit Hamas und Hisbollah wiederfindet.

#### 4.4 Jüdische Linke

Eine Sensibilisierung für die Gefahren und Probleme des Antizionismus, der nicht zwischen den beiden Kriegen, wie sie Hirsh benennt, unterscheiden kann, gibt es auch bei verschiedenen jüdischen Linken in Großbritannien. Als Jüdinnen und Ju-

253 Hirsh, David 2006: This is really two wars, *Guardian Unlimited – Comment is free*, 18.07.2006, [http://commentisfree.guardian.co.uk/david\\_hirsh/2006/07/two\\_wars.html](http://commentisfree.guardian.co.uk/david_hirsh/2006/07/two_wars.html) [28.8.2006].

den sind sie oft wacher, wenn die Grenze legitimer Kritik an Israel (die sie oft teilen) zum Antisemitismus hin überschritten wird. Einige der AktivistInnen bei *Engage* bspw. haben einen jüdischen Hintergrund. Allerdings muss ergänzt werden, dass viele politisch links stehende und aktive Jüdinnen und Juden selbst harsche antizionistische Positionen einnehmen, wie die Interviews mit den jüdischen AktivistInnen der Palestine Solidarity Campaign zeigen.

Aus einer explizit jüdischen Betroffenen-Sicht berichtet Michaels (2004) im *New Internationalist* von einer pro-palästinensischen Demonstration, auf der eine jüdische Sprecherin Opfer antisemitischer Angriffe wurde. Arabische Männer, die sich wie Selbstmordattentäter gekleidet hatten, riefen laut ihrem Bericht »Gas, Gas Israel!« und »Scud, Scud Israel« sowie »Death to Jews«. Das besonders problematische und angsteinflößende für Michaels war, dass die Sprecherin aus Israel gegen diese antisemitischen Ausfälle keinerlei Unterstützung aus dem Podium erhielt. Vielmehr wurde sich von ihr noch mit der Bemerkung distanziert, dass sicher nicht alle mit ihren Positionen übereinstimmten. Hier ist es nicht entscheidend, ob die Geschichte, die nur aus einer Betroffenen-Sicht geschildert wurde, sich tatsächlich so zugetragen hat. Das dominante israelfeindliche Klima der Linken erfasst sie aber ebenso gut wie die Tatsache, dass für Einigkeit im antizionistischen Lager der Kampf gegen Antisemitismus geopfert wird.

Auch aus der NUS gibt es Kritik von Jüdinnen und Juden an Antisemitismus und Antizionismus. Wie erwähnt sind die *students' unions* öfter Schauplatz von Auseinandersetzungen um das Thema Linke und Islam gewesen. Im April 2005 trat das Vorstandsmitglied der NUS Luciana Berger zurück, die für die Union of Jewish Students dem Gremium angehörte, weil sie das Ausmaß an antisemitischen Vorfällen bzw. den laxen Umgang damit durch die NUS nicht hinnehmen wollte. In einem Artikel im Guardian kritisiert sie, dass auf einer NUS-Konferenz ein antisemitisches Flugblatt der General Union of Palestinian Students erhältlich gewesen sei, in dem u. a. aus den Protokollen der Weisen von Zion zitiert wurde, ohne das dagegen vorgegangen wurde. In dem Flugblatt war u. a. zu lesen, dass Lenin Jude gewesen sei und den jüdischen Nationalismus unterstützte (beides trifft nicht zu). Die Juden insgesamt seien gespalten gewesen, zwischen den Anhängern von »International Proletariat Dictatorship« und der Gruppe, die die »Protokolle der Weisen von Zion« (*realiter* ein Machwerk des zaristischen Geheimdienstes) schuf.<sup>255</sup>

#### 4.5 Euston Manifesto

Auch die UnterzeichnerInnen des Euston Manifesto vertreten eine Position im Nahostkonflikt, die sich keineswegs mit dem linken Mainstream deckt. In den fünfzehn Prinzipien ihrer Erklärung widmen sie sich in Punkt sieben (»For a two-

254 Berger, Luciana 2005: Why I had to resign, Guardian, 15.4.2005, <http://education.guardian.co.uk/students/politics/story/0,,1460500,00.html> [20.07.2006].

255 NUS-Conference 2005: What really happened. An Education Not for Sale briefing (unveröffentlicht). Der Text des Flugblatts ist auch im Internet zugänglich: <http://www.allaboutpalestine.com/zionists.html> [29.08.2006].

state solution«) und acht (»Against Racism«) auch dem hier behandelten Problembereich. Die Unterzeichnenden fordern darin die Anerkennung des Rechts der Israelis wie der PalästinenserInnen auf Selbstbestimmung. Antizionismus wird als eine Form des Rassismus bezeichnet, für den einige die legitimen Belange der PalästinenserInnen ausbeuteten.

In diesem Umfeld finden sich die Israel gegenüber freundlichsten Äußerungen, was nicht verwundert, da die meisten der Beteiligten auch recht fern von der traditionellen Linken stehen, oder wie es der Vertreter der AWL ausdrückt: »Es sind Anzugträger.«, also Intellektuelle und AkademikerInnen, die nicht in erster Linie politisch aktiv und schon gar nicht mit linksradikaler oder working-class-Politik befasst sind. Doch einige von ihnen haben eine Vergangenheit in kommunistischen und sozialistischen Gruppen und eine sehr kleine Zahl hat sogar gewisse Affinitäten zu den stark israelapologetischen Tendenzen der deutschen Antideutschen, wie die beiden Blogger Hakmao and Dialectic Will.<sup>256</sup> Letzterer antwortete, zu seiner Meinung zu Israel befragt:

Those of us who maintain communistic solidarity with Israel as a society, like myself, don't grasp onto any sort of theological, idealist, or racial ›theories‹ as a basis for that solidarity. Israel is not an agent of revolution in the middle east (for anyone), but it is very much so a defensive formation that is made **necessary** by an international context that constantly produces the need for it. There is a reason, historically, for Israel to exist and to exist now – **its role** – the barricade against anti-semitism while international society is incapable of erecting its own.

Sie betonen die Bedeutung Israels als Bollwerk gegen den Antisemitismus und neigen zu einer Sichtweise des Konfliktes, in der den GegnerInnen Israels eine größere Schuld am Konflikt zugeschrieben wird, als Israel selbst. Aus dieser ideologischen Übereinstimmung hat sich ein Austausch mit antideutschen Israelfreunden in der Blogosphere (den miteinander verlinkten Weblogs) ergeben.

#### 4.6 Einigkeit der Heterodoxen?

Die KritikerInnen des anti-israelischen Kurses eint, dass sie ebenso die Zusammenarbeit mit islamischen Kräften kritisch sehen. Kaum jemand bestreitet dabei, dass die PalästinenserInnen mit ihrem Kampf gegen die Besatzung ein legitimes Anliegen vertreten. Die Differenz zum linken Mainstream wird erst in der Bewertung konkreter Ereignisse deutlich. Die Linke war sich prinzipiell einig in der klaren Ablehnung des Libanon-Krieges im Jahre 2006, mit dem Israel versuchte, die Hisbollah auszuschalten, während diese nordisraelisches Territorium mit Raketen beschoss. Während die meisten linken Publikationen und Stellungnahmen von einer harten Israelkritik getragen waren (Ullrich 2006b), nahmen nur die Heterodoxen auch Israel in Schutz. Während also der *Socialist Worker* über israelische

256 <http://blog.hakmao.com/http://www.gentheoryrubbish.com> [28.08.2006].

Gräueltaten berichtete, findet sich auf der Website von *Engage* Berichterstattung über Israel fälschlicherweise angelastete Verbrechen.<sup>257</sup> Und während sonst die Schuld für die Entstehung des neuen Libanon-Konfliktes Israel gegeben wurde, betont ein Eintrag auf der Webseite von Engage, dass die Entführung eines israelischen Soldaten und Raketenangriffe der Hisbollah auf Israel am Anfang des Konfliktes standen.<sup>258</sup> Innerhalb der Euston Manifesto Group wurden unterschiedliche Positionen vertreten – israelkritische und solche, die zur Unterstützung Israels im Krieg aufriefen.<sup>259</sup> *Class War* veröffentlichte ein Statement, in dem sie Israel hart kritisierten und sich gleichzeitig von der Hisbollah und ihrer linken UnterstützerInnen distanzierten.

Es bildete sich kein neues Lager derjenigen, die mit dem antizionistischen Mainstream der Linken nicht übereinstimmen, wie dies in der Bundesrepublik bei der Ausdifferenzierung der antideutschen Linken der Fall war. Zu marginal und zu heterogen sind die Akteure, die sich durch ihre alternativen Sichtweisen hervor-tun. Es lassen sich aber Kriterien angeben, die mit solchen Positionen zusammenhängen. Ganz klar ist ein traditionell antiimperialistisches Weltbild ein Push-Faktor für Antizionismus. Je größer aber die ideologische und tatsächliche Bedeutung sozialer statt nationaler Fragen für linke Akteure ist, umso geringer ist die Neigung, die richtige Position zu Palästina zum Zugangskriterium zur Linken zu erheben. Tatsächlich ausgewogene Positionen, die die ganze Komplexität des Nahostkonflikts zu begreifen und berechnete Interessen aller Konfliktparteien zu erkennen in der Lage sind, werden begünstigt durch einen jüdischen Hintergrund und durch libertäre und linksliberale, also postmaterialistische Einstellungen.

## 5 Diskursverflechtungen

Britische linke Akteure verleihen dem Thema auch mit Hilfe gewisser Grundkategorien ihres Denkens und durch Bezugnahme auf weitere Kontexte, die als diskursive Gelegenheitsstrukturen für spezifisches Framing fungieren, Relevanz. Der Nahostkonflikt wird im Zusammenhang mit der Rolle der USA gesehen, die als größte Imperialmacht größte kritische Aufmerksamkeit bis hin zu radikalem Hass auf sich zu ziehen vermag. Auch werden Parallelen zwischen dem Irakkrieg und der israelischen Besatzung gezogen und es wird, eng damit zusammenhängend, der Konflikt meist als nationale Befreiung (der PalästinenserInnen) gegen eine Imperialmacht (Israel) gedeutet. Besonders relevant ist die Bedeutung des Konfliktes für Muslime. Weniger zentral ist die Einordnung des Konfliktes in Klassenkampfvorstellungen und die Parallelisierung mit der südafrikanischen

257 Auf <http://www.engageonline.org.uk/blog/article.php?id=612> [31.08.2006] bspw. wird über einen ihrer Ansicht nach fälschlicherweise Israel angelasteten Angriff auf einen libanesischen Krankenwagen berichtet.

258 <http://www.engageonline.org.uk/blog/article.php?id=591> [31.08.2006].

259 <http://eustonmanifesto.org/joomla/content/view/55/44/> [31.8.2006].

Apartheid und die Einordnung in den Kontext von Genozid. Die Themen Antisemitismus und Shoah sind keine prominenten Arten den Konflikt zu deuten. Die einzelnen Punkte sollen, auch in ihrer diskursiven Verschränkung, im Folgenden dargestellt werden.

### **5.1 Imperialismus, USA, Irakkrieg und nationale Befreiung**

In der Mehrzahl der Interviews wird der Nahostkonflikt mit der Rolle der USA und ihrer (Kriegs-)Politik in Verbindung gebracht. Es handelt sich hierbei um einen der wichtigsten Filter, die dem Nahostkonflikt aus Sicht britischer Linker Relevanz verleihen. Zwei größere Gruppen von Argumenten lassen sich hier unterscheiden. Zum einen werden direkte Verbindungen des Konflikts zwischen Israel und den PalästinenserInnen mit dem Krieg der USA und ihrer Verbündeten gegen den Irak, sowie den jeweiligen Bewegungen dagegen, hergestellt. Zum anderen wird die enge Beziehung zwischen den USA und Israel zur Unterstreichung der Relevanz des Nahostkonflikts für die Linke angeführt.

Zunächst wenden wir uns dem ersten Teilaspekt zu, der in zehn Interviews direkt zur Sprache kam. Dafür wurden mehrere Arten von Argumenten angeführt. Zum einen verschaffe der Irakkonflikt dem Thema Nahost neue Aufmerksamkeit, zumal sich die Methoden der USA und Israels ähnelten und außerdem formierten sich die Lager der Linken in beiden Konflikten gleich. Die meisten in dieser Gruppe von Argumenten konstatierten einen neuen Schub an Aufmerksamkeit für den Nahostkonflikt durch den Irakkrieg und die Proteste dagegen. Zudem wird eine Gleichheit der Methoden und Taktiken der beiden Besatzungsmächte Israel und USA konstatiert:

I think the topic was always important, but I think it's quite clear, that opposition to the war on Iraq has fumed support for the Palestinians. And the parallels between the occupation of Iraq and the occupation of Palestine are very obvious, especially at this moment, where Americans and Israelis are adopting the same tactics, the operations in Gaza City and in Samara, Falluja and Sadr City. (15)

Mit der engen Verknüpfung dieser beiden Themen in der Wahrnehmung geht auch eine Verknüpfung der Protestbewegungen gegen Israel und gegen den Irakkrieg bzw. die Besetzung des Iraks einher.

Ich weiß nicht, wie es in Deutschland ist, aber hier: Wenn man gegen den Krieg ist, ist man auch für die Intifada. Das ist immer ein Doppelthema auf den Demos usw. (23)

A lot of groups and people see the Palestinians as fighting a liberation war, and relate that to their own struggles and struggles elsewhere, e. g., the anti-occupation struggle in Iraq. (26E)

Die Vorstellung eines Zusammenhangs zwischen dem (US-)Irakkrieg und dem Nahostkonflikt ist in der Linken weit verbreitet und wird sowohl auf der Ebene *abstrakter* Parallelität, als auch als konstitutiver Zusammenhang gesehen. In eini-



gen Interviews reicht schon die bloße Verknüpfung der USA und Israels als Modus der Relevanzzuschreibung aus. In dieser Wahrnehmung ist Israel oft nur ein imperialistischer Gehilfe des eigentlichen Hauptfeindes USA. Dabei muss unterschieden werden zwischen Äußerungen, die sich, wie die folgende, nur auf die tatsächliche Verbundenheit der beiden Staaten konzentrieren und solchen, die dieses noch mit anderen politischen und z. T. emotionalen Bedeutungen aufladen.

Die Tatsache ist, dass alles, was Israel macht, ist direkt oder indirekt von der USA unterstützt. (01)

Manche erwähnen das Verhältnis USA/Israel nur, um die Relevanz des Nahostkonflikts zu verdeutlichen. Andere führen Teilaspekte aus. Dabei geht es um die Dominanz dieser beiden Mächte im Nahen Osten, bzw. die Vorstellung einer Stellvertreterrolle der dominanten Lokalmacht Israel für die USA. Einige Interviewte behandeln das mit einer deutlich derben Sprache. So wird Israel als Amerikas *outrider* (Vortrupp, Eskorten- oder Patrouillenfahrzeug) bezeichnet und als größte nahöstliche Militärmacht, die mit Deckung des Westens tun und lassen dürfe, was ihr gefällt, bis hin zu einer »Endlösung« an den PalästinenserInnen.

Israel is America's outrider. So that is how the west views Israel: the gateway to the Middle East. Israel has no oil, but tremendous military power. And of course it has the full backing of the US. It's free to do whatever it likes, at the moment: remove the Palestinians from their own land, what Hitler called the final solution. (09)

Eine andere Aktivistin nennt Israel den 54. US-Bundesstaat und verweist auf Israels Nuklearpotenzial, den Einfluss der christlichen (und zionistischen) Rechten der USA und diesbezügliche Armageddon-Vorstellungen um die Nähe zwischen den beiden Ländern zu erläutern.

Schon weiter oben erwähnt wurde das John-Rose-Buch zum Nahostkonflikt »Hijack State« von 1986, das die SWP im Jahre 2002 wiederauflegte. Auf dem Buchcover wird die USA als von dem grässlichen Hund Israel gesteuert dargestellt (vgl. Abb. 16, S. 269). Insbesondere die AWL kritisiert dies. In genau die gleiche Richtung weist die Stellungnahme des SWP-Vertreters, der Israel als »Wachhund des Imperialismus in der Region« bezeichnet.

Die Großmacht USA und ihre Politik sowie deren Wahrnehmung bildet also eine Folie, auf der dem Nahostkonflikt Relevanz zugeschrieben wird, eine Wirkung der traditionellen Gelegenheitsstruktur »links«. Denn die USA sind im System des weltweiten Imperialismus der eigentliche große Feind. Der Irakkrieg, der hauptsächlich von den Vereinigten Staaten geführt wurde, diente somit als Katalysator und Verstärker für Aufmerksamkeit für den Nahostkonflikt und für eine spezifisch antiimperialistische Erklärungsweise desselben. Der Irakkrieg wurde jedoch auch von Großbritannien geführt. Dies findet auch Erwähnung, allerdings in viel geringerem Maße. Und so wird eine Verantwortung oder Verwicklung Großbritanniens in das Geflecht Irakkrieg/Nahostkonflikt fast ausschließlich in Zusammenhang mit der Rolle der USA erwähnt. Die britische Rolle wird somit

als nachrangig und in Abhängigkeit von den USA stehend wahrgenommen. Erst auf Nachfrage werden spezifisch britische Verwicklungen benannt. Grund der Verknüpfung ist die enge Beziehung der beiden Länder.

Die Omnipräsenz der USA im linken Diskurs macht auch plausibel, was sich in einem Interview andeutet: Es geht bei der Beschäftigung der britischen Linken, besonders der TrotzkiInnen, mit dem Nahostkonflikt oft weniger um einen Kampf gegen Israel oder für die PalästinenserInnen, sondern um einen Kampf gegen die USA selbst. Die USA nehmen die Rolle des Hauptfeindes allerdings nicht ohne Grund ein. Diese Rolle fällt ihr, und in geringerem Maße ihrem Verbündeten Großbritannien, aufgrund ihrer realen weltpolitischen Rolle und verstärkt im Rahmen des antiimperialistischen Weltbildes zu. So wird sehr häufig die Parallelität zwischen dem Krieg im Irak und der israelischen Besatzung der Westbank als *imperialistische* gedeutet, wie aus verschiedenen Zitaten weiter oben bereits deutlich wurde, der Widerstand dagegen jedoch als positiv bewerteter nationaler Befreiungskampf.

It is the most prominent current case of a national liberation struggle together with leftwing ideas of anti-imperialism (with a socialist dimension). For many on the left it offers an inspirational example of resistance to imperialism. (27E)  
Palestine is critical from the perspective of Imperialism, because Israel is a means by which they maintain an intimidation of all of the Arab states. (20)

Kurz: die PalästinenserInnen kämpfen einen nationalen Befreiungskampf gegen den die arabischen Staaten unterjochenden Imperialismus, dessen Mittel Israel ist. Die Grundschemata des Antiimperialismus konkretisieren sich in Vorstellungen über die dominante Rolle der USA, ihr enges Verhältnis zu Israel und der Unterdrückung der arabischen Bevölkerung zu einem festen Gefüge, einem antiimperialistischen Nahostdispositiv, das sich durch Eindeutigkeit und Parteilichkeit auszeichnet und sich gegen Irritationen und Kritik abschottet.

Diese sich um den Antiimperialismus und das Nahostthema bildende Konfliktlinie wirkt aber nicht über das Thema hinaus lagerbildend, weil beide Seiten bestimmte grundsätzliche Positionen doch teilen. Auch die AWL bewegt sich prinzipiell im Raster des Antiimperialismus, ebenso die CPGB. Nur die Euston Manifesto-Gruppe und *Engage* bringen linksliberale Ideen in den Diskurs und *Class War* anarchistische, bieten somit eine grundsätzliche Alternative, die über den mehrheitlichen Nahostdiskurs hinausweist. Alle nicht oder nicht stark antiimperialistisch-antizionistischen Kräfte kommen aus unterschiedlichen Lagern und kooperieren kaum.

## 5.2 Muslime

Eine besondere Relevanz kommt dem Nahostkonflikt jedoch auch zu, weil von der Linken wahrgenommen wird, dass er die muslimische Bevölkerung bewegt, die sich i. d. R. mit den PalästinenserInnen solidarisiert. Dementsprechend wird die Bedeutung des Konfliktes für Muslime weltweit angesprochen. Auch für

Großbritannien sei die Thematik wegen seiner großen muslimischen Minderheit von Interesse.

■ It's a Muslim issue and we have quite a lot of Muslims in Britain. (14)

Die Meinungen zur Zusammenarbeit mit Muslimen im Protest gehen, wie erläutert, auseinander und reichen von Begeisterung bis hin zu strikter Ablehnung. Hier sind wieder die AWL und unabhängige Linke als KritikerInnen zu sehen, während sich das antiimperialistische Lager begeistert über die neue Koalition zeigt. Allerdings ist das Thema Israel/Palästina an sich für britische Muslime bzw. das *framing* des Themas Nahostkonflikt in der Linken als »muslimisches« nicht ganz so wichtig, wie dies beim Thema Irakkrieg der Fall ist.

### 5.3 Class

Die Kategorie *class* war als wichtige Grundkategorie der Linken eingeführt worden. Auch der Nahostkonflikt wird mit Klassenbegrifflichkeiten gedeutet. Jedoch gibt es nur wenige, noch dazu widersprüchliche Nennungen in diesem Bereich. So sind die im Folgenden zitierten Aussagen aus einem E-Mailinterview eher die Ausnahme.

■ Yes, apart from the fate of those involved, it has an important effect on world relations and the world class struggle. The question of Israel/Palestine is a very complicated one, but shows the need for independent workers' organisations with socialist policies, without which the situation will degenerate into further atrocities. (26E)

Der Befragte gibt, auf die Frage, warum der Konflikt wichtig sei, sowohl das Leiden der Betroffenen an, als auch seine Auswirkungen auf den weltweiten Klassenkampf. Schließlich könnten nur unabhängige Arbeiterorganisationen weitere Grausamkeiten verhindern. Nur zwei Befragte argumentieren in diese Richtung. Für die Gegenposition steht der SSP-Vertreter, der angibt, dass gerade der Klassencharakter seiner Partei dafür Sorge, dass man sich erst um die für die ArbeiterInnen grundlegenderen *bread-and-butter-actions* kümmere als um entfernte Konflikte.

■ But we are mainly working class based. So people say, I can't feed my children. After that I care about what's happening on the other side of the world. (11)

Der Vertreter von Aufheben – ähnlich wie auch Class War – stellt sich wiederum mit seinem zaghaften Versuch einer Betonung der Klassenkampfformposition gegen das, was er als die dominierende, nämlich antiimperialistische, Sichtweise des Konfliktes ausmacht, die es nicht schaffe, sich aus dem nationenbezogenen Diskurs zu lösen. Doch auch die Klassenperspektive sei kaum hilfreich, diesen Konflikt zu erklären.

■ The only positive thing might be the connection with the class struggle within each side. It's the thing, that the left accepts the national discourse, which sees all as united and not the different interests. Similarly Sharon has been dismant-

ling the welfare state in Israel. But any attempt to understand the situation in class terms is almost impossible (19)

Die letzte Darstellung des hier interessierenden Themas in Klassenbegriffen erfolgte mit Bezug auf die Solidaritätsbewegung, nicht den Konflikt selbst. Ein Interviewter macht eine neue Entwicklung aus, nämlich, dass sich auch die Mittelklassen für das Thema zu interessieren begännen und langsam ärgerlich würden. Insgesamt bleibt aber festzuhalten, dass die Kategorie *class* keine entscheidende Auswirkung auf die Wahrnehmung oder Darstellung des Konflikts hat, aber als wichtige linke Grundkategorie zumindest auf ihre Anwendbarkeit auf den Konflikt getestet wird

#### 5.4 Menschheitsverbrechen

Deutlich wurde noch eine weitere Parallelisierung. Sechs Interviewte konstatieren, dass »Palästina« für die Linke die ehemals vom Anti-Apartheid-Kampf besetzte Stelle eingenommen habe (vgl. Billig 1984).

South Africa was like that in the 1970s and 80s. (05)

It is the same support that we gave to people in South Africa, when they were fighting against Apartheid. (20)

In anderen Interviews wird die israelische Besatzungspolitik als Genozid oder ethnische Säuberung bezeichnet.

It is not just another national conflict, it is racist genocide. The Zionist government in Israel is (perpetuating) one of the most horrific acts of inhumanity against Palestinian people. (11)

So you've got a history of the Zionist project that ended up in Israel. [Israel] (pushing) Palestinians off their Land, an ethnic cleansing. (19)

Im letzten Zitat bezieht sich der Begriff ethnische Säuberung eher auf die Gründungsphase des Staates Israel und die dabei erfolgten Vertreibungen. Andere bezeichnen die aktuelle Politik als Genozid. Dies unterstreicht, vor allem wenn man die NS-Vergleiche noch mit hinzuzieht, die Tragweite, die dem Konflikt beigegeben wird und den Grad der Abneigung, der die israelische Seite trifft und Anschläge zum antisemitischen Antizionismus bietet.

#### 5.5 Antisemitismus, Jüdinnen und Juden

Ist der Antizionismus, der doch für die Linke so bestimmend ist, antisemitisch? Der fließende Übergang zwischen der Israelkritik und dem Antisemitismus ist oben geschildert worden. Doch wie wird es in der Linken diskutiert? Einige wenige Akteure sehen hier Gefahren, während viele auf einer klaren Trennbarkeit der beiden Phänomene bestehen. Antisemitismus, auch linker Provenienz, ist für die britische Linke kaum Thema.

Für die AWL kritisiert ihr Vertreter diesbezüglich zwei Punkte. Zum einem sei die Dämonisierung Israels und die unkritische Unterstützung jedweden palästinensischen Widerstandes gefährlich. Doch sogar offen antisemitische Stereotype

gebe es in der Linken. Er verdeutlicht dies am Beispiel einer Broschüre der SWP zum Nahostkonflikt, die verschiedene antijüdische Ressentiments bediene.

For example the SWP has a pamphlet, they put into wide circulation [...] Hijack State [...]. And it [das symbolisch stilisierte Israel auf dem Buchdeckel] is a mad dog pulling Uncle Sam. So Israel is a mad dog and moreover it controls the USA. It is from a left wing point of view, but you can see, how that (can feed) into the right wing view according to which the USA is run by the Jews, you know. That capitalism is run by the Jews and so on. (22)

Mehrere antisemitische Topoi tauchen in diesem Bild auf. Da wäre die Entmenschlichung Israels als wilder Hund, der krallenbewehrt und mit schrecklichen Zähnen bestückt, vor Blut triefend, gleichzeitig die USA und Finanzinteressen (dargestellt durch einen schwachen *Uncle Sam* mit einem großen Dollarzeichen auf dem Hut) dominiert.

Weitere Interviewte erwähnen die Möglichkeit des Vorhandenseins antisemitischer Stereotype in der Linken, bspw. wenn kritisierte konservative und jüdische Politiker als »Jewish Tories« bezeichnet werden, als ob ihr Jüdischsein für konkrete politische Fragen relevant wäre.

Abbildung 16: Broschüre der SWP



Auseinandersetzungen im Themenfeld »linker Antisemitismus« gab es im Zusammenhang mit gelegentlichen Gleichsetzungen zwischen Israel und den Nazis. Dies wurde berichtet in Form der Gleichsetzung Sharons mit Hitler durch einen politischen Künstler, durch antisemitische Rufe auf Demos und durch Demoplate, auf denen der Davidstern und das Hakenkreuz in eins gesetzt wurden.

There was great concerns on some of the early demonstrations. There were posters, where the star equals the swastika, and [that] was **hugely** offensive to many of the Jews on the demos.<sup>260</sup> And we ended up having discussions with some of the Muslim organisations, who were issuing this. We couldn't stop them, but it was a question, that this analysis didn't actually help anybody, because it wasn't about Jews. [...]

And there was also some Anti-Semitic chanting on some of the demos, which again, we've been talking to stewards about. And the Muslim organisation always ensured from their platform speakers, they would always identify the difference between the state of Israel and Jews. (02)

A really unfortunate thing I noticed on demos, was this Sharon-Hitler kind of chant, designer, who connects that. I feel very uncomfortable with that, I think it's quite misguided. (07)

Mehrere Interviewte berichten von entsprechenden Plakaten oder Sprechchören auf Demonstrationen, wie »Down, down JewSA« (Int. 05). Auffällig ist im vorletzten Zitat die Sichtweise, dass die Gleichsetzung von Davidstern und Hakenkreuz wohl nur für Jüdinnen und Juden beleidigend gewesen sei (andere werden zumindest nicht erwähnt). Hier zeigt sich deutlich die Wirkung und Tiefe der links-islamischen Allianz. Sie führte trotz vorhandener Kritik zur Duldung antisemitischer Manifestationen.

Die beiden anderen angeführten Interviewten waren durch diese Gleichsetzungen beunruhigt. Allerdings ist Interviewpartner Nr. 05 selbst Kind jüdischer Eltern und somit spezifisch sensibilisiert. Während diese antijüdischen Vorkommnisse auf Demonstrationen in erster Linie der Muslim Association of Britain (MAB) angelastet werden, also keiner linken Organisation, sondern nur einem ihrer Bündnispartner, soll es zu Diskussionen um ähnlich geartete Gleichsetzungen in Cartoons des brasilianischen Cartoonisten Latuff gekommen sein, was auch im letzten Zitat angedeutet wurde.

There is a debate on indymedia. Somebody posted some artwork, sort of likening Sharon and Hitler. And lots of people complain. It's an issue where people are very careful.( ) dangerous issue. It was a few month ago, there was a cartoon by this Brazilian artist called Latuff. Basically that was like, a lot of people reacted, saying that is stupid.

260 Diese wurden auch später weiter verwendet, z. B. auf der Abschlussdemonstration des ESF 2004. Ein solches dort zur Verwendung gekommenes Plakat befindet sich im Archiv des Autors.

*Have there been many replies?*

Yeah! A lot. There is a website called [www.subvertise.org](http://www.subvertise.org). And there is a picture with Israeli troops welcoming Palestinians to Auschwitz, and Palestinian refugees entering Auschwitz. There was a big debate. The person who runs the website saying, whether to put this in or not. That was really, really weird and controversial. [...]

It's a sensitive issue. People in the ISM for example would be very careful, you know.

There was a fundraising event a few months ago and they had a nice Jewish folk band playing and a Jewish comedian. One of the people, L., she is Jewish, ISM, saying, we are not anti-Semitic. It is not about religion, but the government. (10)

Die diskursive Herstellung von Verbindungen zwischen der israelischen Politik und der Vernichtungspolitik der Nazis führte also zu Auseinandersetzungen in Internet-Diskussionsforen.<sup>261</sup> Gleichzeitig wird aber mehrheitlich hervorgehoben, dass auch der radikale Antizionismus nicht antisemitisch sei, sich also nicht gegen Jüdinnen und Juden richte.

Manche Vorkommnisse werden als »möglicherweise missverständlich« gedeutet, darüber hinaus gehende Vorwürfe (z. B. dass bestimmte Argumentationsmuster, wie der NS-Vergleich antisemitisch konnotiert seien), sind die Ausnahme. Während es einige besorgte Stimmen gibt, die bei den aufgeführten Fällen zumindest ein Unwohlsein verspüren, weisen andere die Vorwürfe, die mit Antisemitismus in Zusammenhang stehen, weit von sich.

Also die AWL, also der Chef von denen, der Sean Matgamna meint, die Linke wäre antisemitisch. Punkt. Die ganze Linke ist antisemitisch. Weil sie eben Israel das Recht verweigert. Ich glaube nicht, dass die ganze Linke wirklich antisemitisch ist. Sie sind nur sehr simplistisch und besonders die SWP. (23)

Generell spielt das Thema Antisemitismus in der Linken eine untergeordnete Rolle und ebenso wenig ist Antisemitismus der Gesamtgesellschaft ein Phänomen, das erörtert wird. Nur drei Interviewte erwähnen Antisemitismus in der Bevölkerung. Nur in zwei Interviews wird die Existenz Israels mit dem Antisemitismus in Verbindung gebracht. Viel häufiger ist von Antisemitismus in einem anderen Zusammenhang die Rede. Zwölf Interviewte (das ist eine äußerst hohe und die Lager übergreifende Übereinstimmung) äußern, dass der Vorwurf des Antisemitismus unberechtigt gegen IsraelkritikerInnen benutzt wird, um deren Kritik

261 Die hier erwähnte Auseinandersetzung wurde im libertären Lager geführt. Ähnliche Aspekte werden aber auch im sozialistischen Lager diskutiert. Im UK-Left-Network, einer Diskussionsliste des traditionellen sozialistischen Lagers, gab es bspw. sehr kontroverse Debatten darüber, ob ein vom damaligen Londoner Bürgermeister Ken Livingston angestellter Vergleich antisemitisch sei. Anlass war, dass Livingston einem jüdischen Reporter einer rechts orientierten Zeitung, deren Verlag in den dreißiger Jahren mit dem Faschismus sympathisierte, ein Verhalten »wie ein KZ-Wächter« bescheinigt hatte. Vgl. Muir, Hugh 2005: Livingstone faces inquiry over Nazi guard jibe at Jewish reporter, *The Guardian* vom 12.02., <http://politics.guardian.co.uk/gla/story/0,9061,1411433,00.html> [02.08.07].

zu delegitimieren, bzw. dass die Angst vor dem Antisemitismusvorwurf zu Selbstkontrolle führt. Nur zwei Beispiele aus den insgesamt recht ähnlichen Belegstellen:

Von Menschen ohne Sympathie für die Palästinenser kommt der Antisemitismusvorwurf (01)

The British media is itself very cautious of being accused of Anti-Semitism and so it constantly guards itself from being as critical of Israel as it would be of other states. It is an effective way to silence the media. (05)

Hinzugefügt werden muss aber auch, dass dieser Antisemitismus-Vorwurf für nicht so problematisch und erfolgreich gehalten wird, wie dies in Deutschland der Fall ist. Dieser Vorwurf der Instrumentalisierung des Antisemitismus taucht in der Wahrnehmung linker AktivistInnen in etwas abgewandelter Form auch als Gleichsetzung der IsraelkritikerInnen mit den Nazis auf. Als Akteure hinter diesen Vorwürfen werden die rechten Teile der Mainstream-Presse, aber auch Israelis, ZionistInnen und die »Jewish Lobby« gesehen. Nur die AWL und die neuen Initiativen wie Engage und Euston Manifesto Group nehmen die Problematisierung der antisemitischen Anschlüsse des Antizionismus wirklich inhaltlich ernst.

## 5.6 Shoah

Ein ähnliches Bild zeichnet sich ab, wenn nach der Bedeutung der deutschen Geschichte und vor allem der Shoah gefragt wird. Für einige der Befragten und nach ihrer Einschätzung für einen Teil der Linken folgt aus der Shoah eine gewisse allgemein verbreitete Sympathie bzw. ein Verständnis für die Entstehung des Staates Israel. Jedoch äußerte sich niemand dergestalt, dass aus dem Nationalsozialismus und der Shoah etwa die Notwendigkeit der Gründung eines israelischen Staates entstünde. Nach Ansicht einer weiteren Gruppe ergibt sich aus dem Nationalsozialismus und der Shoah kein Einfluss auf die britische Debatte. Wiederum andere lehnen den Einfluss, den es geben mag, ab. So kritisiert der CPGB-Vertreter, dass die AWL wegen des Nationalsozialismus unter Schuldgefühlen leide, die die CPGB selbst nicht betreffen.

They are like guilty white liberals. The poor Jews, they were fleeing the Holocaust and- We know they were fleeing the Holocaust, repression in Germany. But they oppressed another people. So we are not in favour of oppression. That had an influence on the AWL, not for us. (04)

Das Vorkommen dieser Art Meinungen bestätigt auch die einzige in Großbritannien befragte Deutsche, die das Gefühl hat, dass Verständnis für das den Jüdinnen und Juden zugefügte Unrecht als Solidarisierung mit der gegnerischen Seite aufgefasst wird. Nach einem möglichen Einfluss von Nationalsozialismus und Shoah auf die links-britische Debatte gefragt, antwortet sie:

Kaum. Wenn man es erwähnt, wird man immer gleich als Unterdrückerfreund angesehen. Es war schon ein Kulturschock, als ich hier herkam. Ich hatte schon mal überlegt, nach Israel zu gehen: Kibbuz, Sozialismus etc., deutsche Schuld.



Aber wenn man das hier anspricht –. Das Unrecht, was die Nazis den Juden angetan haben, wird überhaupt nicht in Betracht gezogen. Da gibt es ein Unrecht, was die Juden den Palästinensern antun, das war's. (23)

Allerdings kommen in den Interviews ganz andere Bezugnahmen auf die Shoah vor, nämlich universalisierende und ent- bzw. rekontextualisierende.

Eine Erwähnung betrifft Salma Yaqoob, eine prominente Vertreterin von MAB und *Respect*, die sich stark in der Bewegung gegen den Irakkrieg engagierte. Sie lernte aus der Beschäftigung mit der Shoah in britischen Schulen, dass sie alles tun wolle, um etwas Ähnliches an den Muslimen zu verhindern. Erwähnt werden muss auch noch, dass die Berichtende (ein Präsidiumsmitglied der Stop the War Coalition) die folgende Anekdote im Kontext ihrer Analyse eines wachsenden antimuslimischen Rassismus einordnet, also nicht im Kontext des Nahostkonflikts oder der Frage nach der Bedeutung der Shoah.

There is a very good woman in Birmingham, Salma Yaqoob, young mother in the early thirties, she said, she was horrified by the actions, but nobody else around her did anything. She said, for her, growing up in Britain, in a British school, one of the things that have been taught in the secondary school, was the thing what happened to the Jews in world war II in Germany. She said she was absolutely determined to make certain that it wasn't going to happen to the Muslims. (02)

Die Shoah wird als ein Argument gegen eine andere Form von Unterdrückung angeführt. Ein anderer Interviewter hat entsprechend den Eindruck, beide Konfliktseiten würden die Politik der jeweils anderen mit der Shoah vergleichen. Dies findet sich zumindest im linken Diskurs.

Einige Interviewte berichten von Gleichsetzungen zwischen Israel oder israelischen Politikern (meist Ariel Sharon) mit den Nazis auf Demonstrationen oder durch Künstler. Diese sind oben schon aufgeführt worden, weil sie wegen ihres möglicherweise antisemitischen Gehaltes in die Diskussion kamen. Drei InterviewpartnerInnen berichten von konkreten derartigen Ereignissen und von darauf folgenden kritischen Reaktionen, aber nicht von größeren Auseinandersetzungen.

Generally both of the things are discussed and very often there is an analogy between the Zionist propaganda and Nazi propaganda, which is, you know, empty space, **Lebensraum**. People without culture, who just have to be annihilated. That is discussed. (12)

Drei Interviewte schließlich nehmen selbst eine solche Gleichsetzung von Israel und dem Nationalsozialismus vor. Der erste beschreibt, dass israelische Siedler das Vorhandensein von Zeugen für ihre Angriffe auf palästinensische Schulkinder vermeiden wollten, wie auch die Nationalsozialisten versucht haben, die Vernichtung der Juden zu verbergen.

Israel always refuses witnesses of the genocide it is carrying out. You have American Christians, who bring children to school, so that they don't get attacked by the settlers, because they don't want witnesses, of what they are

doing. It is similar to the situation in Germany during and before the war. These things were never put on paper. We do not kill the Jews. (08)

Ähnlich verfährt ein anderer, der Israel implizit eines Versuches der Vertreibung der PalästinenserInnen im Stile der nationalsozialistischen sogenannten Endlösung bezichtigt. Hinzugefügt werden muss, dass beide Sprecher einen jüdischen Hintergrund haben und in der Palästinasolidarität aktiv sind.

It [Israel] is free to do whatever it likes, at the moment: remove the Palestinians from their own land, what Hitler called the final solution. (09)

Die Interviewte im dritten Beispiel vergleicht nicht die Probleme der PalästinenserInnen mit denen der Juden im NS, sondern wirft den ZionistInnen Antisemitismus und Übereinstimmung mit den Nazis in der Frage der Vertreibung großer Bevölkerungsteile vor.

I want to highlight the fact ( ) the Zionists and the Nazis. They wanted the Jews out [of] Europe and into Israel. And a lot of Zionist literature and propaganda was actually anti-Semitic and they actually gave way to those Nazis, saying they should go somewhere else.

*Isn't there a difference?*

Yeah, probably, there is. But when you talk about masses of population to get rid of, in fact you get rid of them, no matter which way. (10)

Insgesamt entsteht der Eindruck, dass die Shoah zwar einen historischen Bezugspunkt für britische Linke darstellt, der für unterschiedliche Zwecke herangezogen wird, insbesondere beim Thema Nahostkonflikt. Die Bedeutung der Shoah scheint jedoch keine die Grundzüge der britischen linken Wahrnehmung des Themas Nahostkonflikt bestimmende zu sein, aber diskursive Verweise auf die Shoah sind ein verfügbares Mittel der Dramatisierung des Konflikts, das aber in seiner Bedeutung weit hinter anderen zurücksteht.

Im Vergleich zum deutschen Fall ist die zumindest oberflächlich geringe Rolle offensichtlich, welche die eigene nationale Geschichte und Involviertheit für die Erörterung des Nahostkonflikts spielen. In wenigen Interviews wird die Mandatszeit oder die Balfour-Deklaration erwähnt. Der »britische Imperialismus« war in dieser Sicht entscheidend für das heutige Leiden der PalästinenserInnen. Eher als die historischen Verflechtungen kritisieren Interviewte das heutige freundliche Verhältnis des offiziellen Großbritannien zu Israel bzw. die aus Sicht der Linken fehlende deutliche Kritik der britischen Regierung an der israelischen Besatzungspolitik. Tiefere Erörterung dazu gibt es nicht. Diese Ergebnisse deuten insgesamt darauf hin, dass die britische Involviertheit in die Entstehung des Nahostkonflikts und die aktuelle Rolle Großbritanniens keine entscheidenden direkten Faktoren für die Dynamik des linken Nahostdiskurses darstellen.

## 6 Framing

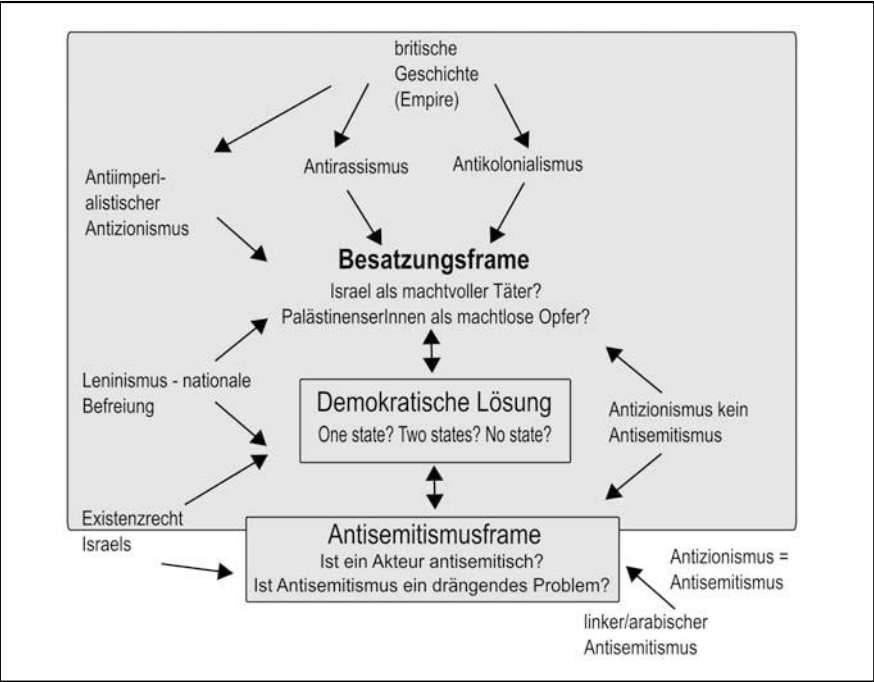
Die Aggregation des nachgezeichneten Nahostdiskurses auf grundlegende *frames* ergibt ein deutliches Bild. Zunächst gibt es nur ein einziges dominantes Grundmuster der Deutung des Konfliktes, den Besatzungsframe. Wie im deutschen Fall behandelt dieses Deutungsmuster Fragen der israelischen Täterschaft und Verantwortung, sowie des palästinensischen Leidens und Opferstatus. Die dominante Position in diesem ist eine pro-palästinensische, bei einem Großteil der Akteure eine antizionistische. Die ideologische Hauptquelle des Besatzungsframes ist der traditionelle linke Antiimperialismus und Antikolonialismus. Alle britischen linken Akteure mit absolut vernachlässigbaren Ausnahmen (es handelt sich dabei um Einzelpersonen) bewegen sich innerhalb dieses Deutungsmusters. Abweichungen vom dominanten Diskurs bestehen also weniger im Benutzen anderer Deutungsmuster als in der bloßen Ergänzung des einzig wichtigen Musters durch zusätzliche Aspekte. Dieser Besatzungsframe bestimmt die Darstellung des Nahostkonflikts durch die Linke nach außen. Zwei andere, weniger bedeutende Deutungsmuster im Diskurs (»Antisemitismus« und »demokratische Lösung«) sind nur für die *innerlinke* Auseinandersetzung wichtig.

Das konkurrierende Deutungsmuster ist **Antisemitismus**. In diesem geht es darum, ob bestimmte Akteure oder Symboliken antisemitisch oder antisemitisch konnotiert sind. Hauptsächlich islamistische Organisationen, aber auch die anti-imperialistische Linke und die Zusammenarbeit beider werden in diesem Muster gedeutet. Es ist aber nur bei wenigen Akteuren verbreitet, die keinen starken Einfluss auf den linken Gesamtdiskurs haben. Die dominante Position in diesem Deutungsmuster ist keine einfach pro-israelische, sondern eine Einseitigkeiten in der Linken kritisierende und für mehr Verständnis auch für die israelische Seite werbende. Pro-palästinensische Positionen weisen innerhalb dieses Deutungsmusters den Antisemitismusverdacht meist als strategisches Mittel zur Delegitimierung ihrer pro-palästinensischen Position zurück.

Ein weiteres Deutungsmuster ist mit den beiden anderen verknüpft. Es ist der *frame* **demokratische Lösung**. In diesem werden Fragen des Existenzrechts Israels und der anzustrebenden Lösung diskutiert. Im Kern geht es darum, ob eine Ein- oder Zwei-Staaten-Lösung des Nahostkonflikts angestrebt wird, oder anders, ob auch den Jüdinnen und Juden das Recht nationaler Unabhängigkeit im Gebiet des historischen Palästina zugestanden werden soll. Damit zusammen hängt auch die Frage der zugesprochenen Legitimität von politischer Gewalt seitens der PalästinenserInnen. Es gibt in diesem Deutungsmuster eine leichte Dominanz derjenigen Position, die auch die Rechte Israels anerkennt. Seine Quelle liegt in der Lenin'schen Demokratiekonzeption und deren Beharren auf nationaler Selbstbestimmung, die aber anders als im traditionellen Antiimperialismus auch auf den Zionismus angewandt wird. Dieses Deutungsmuster tritt demzufolge verstärkt innerhalb der innerlinken Diskussion auf. Die möglichen Positionen werden be-

stimmt von der Nähe zu einem der beiden konkurrierenden Deutungsmuster. Legitime Ansprüche zweier Seiten werden i. d. R. von Akteuren anerkannt, die im Antisemitismus eine Dimension des Nahostkonflikts sehen. Von Akteuren, die Antisemitismus als relevante Konfliktdimension (oder die Einschätzung einer linken Einseitigkeit) komplett ablehnen, wird i. d. R. nur die Legitimität der palästinensischen Ansprüche anerkannt.

Abbildung 17: Deutungsmuster im Nahostdiskurs der britischen Linken



## 7 Fazit

Zweifellos ist Palästina ein Thema, das britische Linke bewegt. Die Besatzung, die schlechte Lebenssituation der PalästinenserInnen, die Armut in den besetzten Gebieten, der Bau der Mauer – all dies bringt britische AktivistInnen in Rage. Die Schuld an dieser Situation wird ganz klar und unmissverständlich Israel attribuiert, das in der Linken Kritik bis hin zu radikaler Ablehnung erfährt und dem von nicht wenigen AntizionistInnen sogar die Vernichtung gewünscht wird. Nur kleine Gruppen weichen von diesem Kontext der klaren und einseitigen Partei-

nahme ab. Auch sie deuten den Konflikt als ein Ungleichgewicht, in dem Israel als dem mächtigeren Akteur große Verantwortung und Schuld zukommt, jedoch sehen sie Fehler und Schuld auch bei anderen Akteuren, nicht zuletzt bei radikalislamischen Gruppierungen, die, von antisemitischem Wahn getrieben, nicht nur legitime Widerstandszielstellungen verfolgen. In diesem Sinne geriet auch die Allianz, die zwischen Teilen der Linken und diesen islamischen und islamistischen Kräften geschmiedet wird, in die Kritik.

Da man von den gänzlich marginalen pro-israelischen Positionen absehen kann, gibt es ein Kontinuum der Positionen im Nahostkonflikt, das von israelkritisch bis weltbildhaft-antizionistisch reicht. Die (im britischen Fall dominanten) AntizionistInnen, der eine Pol, sind nicht nur radikale KritikerInnen Israels, sondern wie auch ihre deutschen Counterparts nicht bereit, Antisemitismus als relevante Konfliktdimension anzuerkennen, und schon gar nicht als eine, von der die Linke selbst betroffen sein könnte. Vielmehr wird Kooperation mit islamischen Personen und Institutionen gesucht und über diese Brücke ein direkter Anschluss an rechte Ideologien wie Islamismus und Antisemitismus hergestellt. Den Hintergrund bildet das populistische Streben nach einer Einheitsfront gegen den Imperialismus, der für die britische Linke besonders in Israel und den USA verkörpert erscheint. Das manichäische antiimperialistische Weltbild ist die ideologische Voraussetzung für diese linke Komplexitätsreduktion im Nahostkonflikt.

Den anderen Pol des Kontinuums bilden diejenigen KritikerInnen Israels, die ein gewisses Verständnis auch für einige israelische Positionen haben; die anerkennen, dass Antisemitismus ein reales Problem darstellt oder darstellen könnte; die der kritiklosen Verbindung mit religiösen islamischen und islamistischen Gruppierungen skeptisch bis ablehnend gegenüberstehen. Dabei sind grundsätzlich zwei – widersprüchliche – Prädiktoren für die relative Mäßigung in der Positionierung im Nahostkonflikt durch diese Akteure zu unterscheiden. Diese beiden Faktoren sind »Klassen«- oder »Sozialpolitik« und »Postmaterialismus«. Der Faktor Postmaterialismus (oder: Libertarismus) wirkt im Falle von Initiativen wie Engage oder dem Euston Manifesto. Beide sind nur historisch im britischen linken Mainstream, dem traditionellen Antiimperialismus trotzistischer Prägung angesiedelt, fast schon besser als Linksliberale zu bezeichnen. Die radikalen Zuspitzungen des traditionskommunistischen Antiimperialismus sind ihnen fremd und ihre Wirkung in der Linken ist marginal. Ebenso zeigt sich der Faktor in der anarchistischen libertären Linken, die offener und etwas weniger einseitig argumentiert. Die größere Komplexität, die solche Positionen zu erzeugen in der Lage sind, rührt nicht in erster Linie aus mehr Verständnis für israelische Anliegen, sondern vorrangig aus der Skepsis dieser Linken gegenüber den Bündnissen, die der Antiimperialismus eingeht. Die lebensbejahenden, säkularen und postnationalen Orientierungen der postmaterialistischen Linken stehen im Widerspruch zum Nationalismus und Konservatismus von Teilen des palästinensischen Widerstands und auch eines Teils seiner linken UnterstützerInnen. Diese Skepsis erzeugt zu-

sätzlich zur Distanz zu Israel auch eine gewisse Distanz zu den PalästinenserInnen – eine Distanz, die im nach Einfachheit und Einigkeit strebenden antiimperialistischen Lager nicht anzutreffen ist. Auch das zweite Differenzierungsmerkmal, der Faktor Klassen- oder Sozialpolitik, ist ein Antidot zum traditionellen Antiimperialismus. Diejenigen Akteure, die soziale Fragen über die Fragen des Antiimperialismus stellen, haben, schon durch ihre geringere Neigung, sich intensiv mit dem Konflikt zu befassen, weit weniger die Tendenz, sich in internationalistischen und antiimperialistischen Fragen zu radikalisieren. Der starke Klassenbezug in den Positionen von AnarchistInnen wie denen von Class War, aber auch der traditionskommunistischen Parteien wie der AWL, der CPGB oder der Socialist Party und dementsprechend die Skepsis gegenüber der Identifikation mit *nationalen* oder *religiösen* Kollektiven führt zu Distanz gegenüber und Kritikfähigkeit an der palästinensischen Seite im Nahostkonflikt. Dass beide Richtungen abweichender Positionen aber eine klare Minderheit bilden, ist Ausdruck der dominanten traditionell-antiimperialistischen Orientierung der britischen Linken.

## **TEIL C: VERGLEICH**

### **IX Die linken Nahostdiskurse in Großbritannien und der Bundesrepublik im Vergleich**

#### **1 Überblick**

Im Kapitel III ist gezeigt worden, dass die diskursiven Gelegenheitsstrukturen der Linken eine spezifische Deutung des Nahostkonflikts nahelegen. Diese hat bis weit in die frühe ArbeiterInnenbewegung und deren Verhältnis zum Zionismus zurückreichende Traditionen und ist inhaltlich gekennzeichnet durch eine Ablehnung des Zionismus (außer in der rechten Sozialdemokratie und kurz nach dem Zweiten Weltkrieg), eine Unterschätzung der Problematik des Antisemitismus und eine kritische bis feindliche Position dem Staat Israel als militärisch starke Besatzungsmacht in den palästinensischen Gebieten gegenüber. Insbesondere im marxistisch-leninistisch inspirierten Antiimperialismus, mit seinem einfach strukturierten, manichäischen, identifizierenden und personifizierenden Weltbild, konnten sich diese Elemente sogar zu offen antisemitischen Auswüchsen amalgamieren. Pro-palästinensische und anti-israelische Deutungen des Nahostkonflikts, die ihren deutlichsten Ausdruck im in beiden Ländern präsenten Besatzungsframe finden, werden auch durch andere, heutige Ereignisse wachgerufen, iteriert und gefestigt, zuletzt innerhalb der Bewegungen gegen den Irakkrieg und die neoliberale Globalisierung.

Andererseits hat die ausführliche Darstellung des britischen und des deutschen Nahostdiskurses und seiner Anschlussdiskurse (Kapitel V–VIII) erhebliche Differenzen zutage gefördert. Die gesamte britische Linke, für die der Nahostkonflikt ein sehr wichtiges Thema ist, deutet den Konflikt im Besatzungsframe. In diesem gibt es eine klare pro-palästinensische und israelkritische bis israelfeindliche Positionierung. Nur marginale Akteure fallen aus dieser Tendenz heraus, indem sie in unterschiedlichem Maße, allerdings ebenfalls immer auf Basis einer palästina-solidarischen Position, auch israelische Interessen als legitim anerkennen. Diese Akteure stellen den Antisemitismusframe als konkurrierende Deutung gegenüber. Auch über den Charakter einer wahrhaft demokratischen Lösung wird debattiert; doch auch in diesem, ohnehin nachrangigen, Deutungsmuster weicht nur ein Teil der Akteure etwas von der klar anti-israelischen Positionierung ab. Eine insgesamt sehr traditionalistische, vom Trotzismus geprägte Linke steht hinter diesen Weltbildern. Ganz anders ist die Situation in der Bundesrepublik. Wie gezeigt wurde, gibt es innerhalb der deutschen Linken, oder zumindest in Teilen dieser

eine ausgeprägte Debatte über den Nahostkonflikt mit antagonistischen Positionierungen. Zu einem großen Teil ist diese Debatte eine Metadiskussion, die nicht nur den Konflikt selbst, sondern eben den richtigen Umgang der Linken mit diesem zum Inhalt hat. Im inhaltlichen Kern dreht sie sich um Fragen des Verhältnisses der Deutschen zu Israel und um die Lehren, die aus der deutschen Geschichte zu ziehen sind. Dabei sind verschiedenste Positionen möglich. Die Pole der Diskussion, die allerdings nicht eindimensional, sondern sehr gebrochen verläuft, werden von klar pro-palästinensischen (klassisch-linken) und klar pro-israelischen Ansichten gebildet. Zwischen diesen findet man jedoch Abstufungen, Schattierungen und Mittelpositionen unterschiedlichster Art. Insbesondere sind dabei diejenigen zu erwähnen, die berechnete Interessen aller am Konflikt beteiligten Parteien anerkennen, sowie diejenigen, die sich gerade aufgrund der Härte der Debatte in der radikalen Linken oder aufgrund anders gelagerter Interessen einer Positionierung enthalten und das Thema meiden. Die Ursache für das Vorhandensein so verschiedener Positionierungen, somit der größeren Komplexität des deutschen linken Nahostdiskurses, ist zunächst die Existenz *verschiedener* konkurrierender Deutungsmuster, die *alle* von großer Wertigkeit für den deutschen linken Diskurs sind. Auch im deutschen Diskurs ist der Besatzungsframe prominent vertreten. Das offensichtliche Ungleichgewicht der Kräfte, die Tatsache der israelischen Kontrolle und Siedlungspolitik innerhalb der palästinensischen Gebiete sowie die miserable Lebenssituation der meisten PalästinenserInnen sind die augenscheinlichen Gründe, aber eben auch der traditionelle linke antizionistische Bias. Der Besatzungsframe tritt jedoch *fast immer in Konfrontation* mit den Deutungsmustern »Deutsche Verantwortung« und »Antisemitismus« auf. Diese grundlegenden deutsch-britischen Differenzen zeigen die erwartete Brechung oder zumindest Überlagerung der dominanten diskursiven Gelegenheitsstruktur »links« durch spezifisch nationale diskursive Gelegenheitsstrukturen.

Die diskursiven Gelegenheitsstrukturen sind so zu verstehen, dass sie durch Anreize zur Hervorbringung oder als Restriktionen zur Behinderung bestimmter Deutungsmuster beitragen und somit auch zum Ausgangspunkt der Veränderung von Weltbildern werden können. Diese soll hier im Vergleich konkretisiert werden. Dabei zeigt sich, dass nur indirekt die politisch-kulturelle Tiefenstruktur der Gesellschaften, wie sie die ländervergleichende politische Kulturforschung untersucht, für die Erklärung der Differenz von Bedeutung ist. Ungleich entscheidender sind die Interventionen durch andere Diskursstränge, die mit dem Nahostdiskurs eine Verflechtung eingehen. Gerade für die deutsche Linke ist dies wichtig. Mit dem Erinnerungsdiskurs, der wiederum mit der Grundfrage politischer Legitimität in der Bundesrepublik verknüpft ist, liegt ein entscheidender intervenierender Faktor vor. Die Verknüpfung des Nahostdiskurses mit diesem Grundthema führt zu einem verstärkten Bedürfnis nach Metakommunikation und zu einer Elaborierung der Debatte. Dies wiederum verlangt von am Diskurs beteiligten Akteuren eine bessere argumentative Wappnung. Diese Situation ist der Ausgangspunkt



kollektiver Lernprozesse. Die Spezifik des Wirkens der diskursiven Gelegenheitsstrukturen soll zunächst an einem Detailvergleich im *most similar design* veranschaulicht werden.

Die diskursiven *Gelegenheitsstrukturen* haben keine Determination bestimmter Diskurse zur Folge, sie legen nur fest, was überhaupt ein im jeweiligen Kontext interessierendes (resonanzfähiges) Thema ist und was nicht, sowie welche Themen diskutiert werden müssen und welche, als für den jeweiligen Diskurs unproblematische, keiner weiteren Erörterung bedürfen. Dies bedeutet, dass Diskursbeiträge, die ideologisch gleich oder sehr ähnlichen fundiert sind, sich trotzdem in beiden Ländern unterscheiden müssten, weil sie andere Kontexte in Rechnung stellen müssen. Dazu werden zunächst zwei Interviews verglichen, die mit deutschen und britischen VertreterInnen einer internationalen Organisation geführt wurden. Nach der Detailanalyse ist im Makrovergleich zu erklären, welche diskursiven Gelegenheitsstrukturen auf welche Art den Diskurs konkret beeinflussen.

## 2 Ein Detailvergleich: Antiimperialistischer Antizionismus

Für den direkten und detaillierten Vergleich auf der individuellen Ebene eignen sich die Interviews mit S. (SWP) und L. (Linksruck);<sup>262</sup> beide sind Funktionäre im jeweiligen nationalen Zweig *einer* internationalen Organisation, nämlich der International Socialist Tendency (IST), einer trotzkistischen Internationale. Bei anderen Akteuren ist eine solche grenzüberschreitende Nähe nicht gegeben. S. (ca. 50 Jahre) ist seit Jahren hauptamtlicher Funktionär aus dem engsten Führungsgremium der SWP, der durch ihre Größe die gesamte Strömung dominierenden britischen Sektion der IST. L. (ca. 30) gehört zum Kader der deutschen Sektion Linksruck. Zusätzlich zu ihren dortigen Funktionen war sie zum Interviewzeitpunkt Vorstandsmitglied in einem Landesverband der WASG und aktiv bei Attac. Auch wenn nach Auskunft der Befragten die strukturelle Integration in der IST nicht sehr stark ausgeprägt ist, also bspw. keine direkte ideologische oder Themenfestlegung auf internationaler Ebene erfolgt, besteht doch eine große inhaltlich-thematische Übereinstimmung durch die Orientierung an der britischen Sektion. Die theoretischen Schriften stammen z. B. meist von der SWP. Außerdem ist gerade die Gründung von Linksruck auf starke Interventionen des Begründers der IST, Tony Cliff, zurückzuführen. Die Repräsentativität des Vergleichs wird durch die geringe interne Heterogenität der Organisationen befördert, was vor allem ihrem »demokratisch-zentralistischen« Organisationsaufbau geschuldet ist, der allgemeingültige ideologische Festlegungen aller Mitglieder beinhaltet.

262 Alle Zitate in diesem Abschnitt stammen, wenn nicht anders gekennzeichnet, aus den beiden Interviews, die deutschen von L., die englischen von S. Die Namenskürzel wurden für bessere Nachvollziehbarkeit aus den Organisationsnamen abgeleitet.

Die IST ist im Grundsatz eine leninistisch-trozkistische Strömung. Sie begreift sich als antikapitalistisch und antiimperialistisch. Diese Grundorientierung bedeutet für beide Sektionen sowohl im Irakkonflikt als auch im Palästina-Israel-Konflikt eine klare antiimperialistische, also anti-israelische und Anti-US-Position einzunehmen. Die Verflechtung beider Diskurse ist immens und die Argumentationen verlaufen parallel; deswegen werden hier auch nicht nur Sequenzen ausgewertet, die sich direkt auf den israelisch-palästinensischen Konflikt beziehen. Beide InterviewpartnerInnen sprechen sich bei beiden Themen für eine klare und einseitige Parteinahme aus. Linksruck vertritt eine »bedingungslose Solidarität mit den Widerstandsbewegungen« gegen den Imperialismus, insbesondere eine »bedingungslose Solidarität mit den Palästinensern als auch mit dem irakischen Widerstand«. Diese bedingungslose Unterstützung fordert L. durchaus im Bewusstsein der Heterogenität dessen, was als Widerstand bezeichnet werden kann, denn es gelte zunächst, die Lösung des Hauptproblems (Beendigung der imperialistischen Besatzung) anzugehen, um die weltweiten Bedingungen des antiimperialistischen Kampfes zu verbessern:

Also, die Arbeit gegen die Besatzung im Irak ist sozusagen ein Schwerpunkt, und zwar deswegen sozusagen politisch, weil wir darin die Möglichkeit sehen, den USA als Haupt-Imperialist quasi eine Niederlage beizufügen und damit auch politische Freiräume zu schaffen für Befreiungsbewegungen in der ganzen Welt.

Es gibt auch durchaus Vorstellungen darüber, welche Teile des Widerstands der eigenen Strömung ideologisch näher stehen, deren Wirken also mehr unterstützt werden soll.

Also, als Linksruck unterstützen wir den irakischen Widerstand. Also, was heißt denn das? Wir finden es legitim, dass es irakischen Widerstand gibt. Wir finden, dass es eine Besatzung ist, die beendet werden muss. Und wir finden, dass wir erst mal nicht darüber zu urteilen haben, welche Widerstandsformen sich die Leute da unten geben. Im Rahmen der politischen Auseinandersetzung befürworten – oder versuchen wir die Kräfte zu unterstützen, die ein politisches und kein militärisches Verständnis von der Auseinandersetzung gegen die Besatzung haben. Also insofern ist der Versuch, diese irakischen Gewerkschafter zu fördern und die sozusagen hier auf eine Solidaritätstour zu schicken, einerseits ein Signal an die deutsche Friedensbewegung – eben es gibt den zivilen Widerstand, und andererseits aber auch der Versuch natürlich die Kräfte eher zu unterstützen, die sozusagen nicht auf einen individuellen terroristischen Widerstand setzen, sondern auf einen gewerkschaftlich organisierten, auf Massenaktivität ausgerichteten Widerstand.

Nicht militaristische, auf Massenaktivität setzende, gewerkschaftliche, nicht terroristische Kräfte werden von Linksruck positiver eingeschätzt als deren Gegenstück (»militärisches Verständnis«), also diejenigen Kräfte, auf deren Konto die beinahe täglichen Anschläge im Irak mit vielen Toten gehen. Im Kampf gegen

den imperialistischen Hauptfeind ist diese Differenzierung jedoch eine sekundäre Frage, die grundsätzliche Solidarisierung erfolgt mit dem gesamten Widerstand. Man enthält sich bewusst einer differenzierenden Parteinahme und übt »bedingungslose Solidarität«, im Irak wie im Palästinakonflikt.

Auch S. vertritt diese Position. Wie L. solidarisiert er sich grundsätzlich mit dem als antiimperialistisch gedeuteten Widerstand, und auch er hält es für notwendig, dessen Gewalttätigkeit zu erwähnen.

It is a big argument, what position you take (on) the resistance in Palestine, which parallels the argument of what position to take in the resistance in Iraq. My position is simple. I defend the right of the people both in Palestine and Iraq to fight back. Personally I don't like seeing suicide bombers, but I don't blame the people doing that. I just wish they had the warplanes, the tanks, the arms that Israel has, so that they are not reduced to the desperation to strike back in that form.

Auch für S. gibt es mehr und weniger positiv bewertete Aspekte des irakischen und palästinensischen Widerstands. Er zieht es aber vor, sich nicht differenzierend dazu zu positionieren. Auch wenn er Selbstmordattentate nicht mag, rationalisiert er sie als verständlich (da die Bevölkerung unter Besatzung über keine anderen Waffen verfüge) und lehnt somit die Verurteilung dieser Gewalt ab.

In beider Argumentation wird deutlich, dass der Charakter der unterstützten Akteure und ihrer Widerstandsformen im gesellschaftlichen Diskurs zumindest umstritten ist, beide können die vom Mainstream der Medien und auch von anderen Linken hervorgehobenen deutlich negativen Seiten, insbesondere die mörderischen, unspezifisch ZivilistInnen der Gegenseite treffenden Selbstmordattentate, nicht ausklammern. Dies ist aber nur eine rhetorische Reverenz an den Mehrheitsdiskurs, die jedoch zunächst folgenlos für die eigene Positionierung bleibt. In beiden Interviews erfolgt keine explizite Abgrenzung von bestimmten Aktionen oder Handlungsformen irakischer oder palästinensischer Militanter.

Unterschiede zwischen den geäußerten Positionen in den beiden Interviews treten zutage, wenn es um Implikationen und Folgen des Nationalsozialismus für die Konfliktdynamik im Nahen Osten geht oder um die Bedeutung der Reflexion des linken Antizionismus und seiner möglichen Anschlüsse an den Antisemitismus. S. macht nur eine kurze Anmerkung dazu.

The worst action is, if you are anti-Zionist, you are associated with Nazis. We should just reject that.

Und an einer anderen Interviewstelle:

For much of the 1980 and 90s, particularly in student politics any criticism of the state of Israel was attacked being anti-Semitic. We've moved on from that and actually there is a broad identification with the Palestinian cause now, right across the British left and right across the anti-war movement.

Der Einfluss des Nationalsozialismus auf die Nahostdebatte besteht seiner Meinung nach im unberechtigten Diskreditieren von AntizionistInnen, indem man

diese mit den Nazis assoziiert. Die derzeitige besonders starke Identifizierung mit der »palästinensischen Sache« sieht er als Fortschritt gegenüber denjenigen Zeiten an, in denen es auch zu Metadiskussionen kam. Auch auf Nachfrage ist ihm dieser Punkt keine weitere Erörterung wert – die Antisemitismuskussion ist im Nahostdiskurs für ihn reiner Störfaktor. Dies ist anders im Interview mit L. Auch sie beharrt zwar vehement auf der strikten Trennbarkeit von Antizionismus und Antisemitismus, im Gegensatz zu S. ist ihr dies jedoch Anlass einer tiefer gehenden Beschäftigung und Antisemitismus wird auch als Dimension des Nahostkonflikts anerkannt.

Ich glaub', dass der Nahostkonflikt seine eigene Genese vor Ort hat, was mit Antisemitismus im Allgemeinen zu tun hat. Mit der Entstehung massenhafter zionistischer Siedlungen, ... aber dann, also um die vorletzte Jahrhundertwende, und dann, sozusagen, mit der Nazi Herrschaft und dem Holocaust sozusagen noch mal einen zusätzlichen Schub – insofern hat das natürlich was mit dem Faschismus zu tun, aber primär ist die Genese des Konfliktes da unten anzusiedeln und, sozusagen in dem zionistischen Projekt sich einen eigenen Staat, rein jüdischen Staat zu basteln, in einem Land, wo zur Zeit des Beginns der Siedlungen, des Siedlungsprojektes eines der dichtbesiedeltesten des Mittelmeerraumes war. Und, sozusagen, das ist sozusagen die Genese des Konfliktes; und die Verbindung dieses Konfliktes mit einer Auseinandersetzung Kolonialismus und imperialistische Interessen vor Ort.

Sie verlässt mit dieser Deutung keineswegs das antiimperialistisch-antizionistische Weltbild, demzufolge die zionistische Besiedlung den Kern der Problematik bilde und klärt für sich klar die Schuldfrage. Sie erkennt aber auch an, dass der Antisemitismus und die nationalsozialistische Judenverfolgung Gründe für die Entstehung Israels sind. Und auch für die heutige Situation findet sie, dass die Existenz von Antisemitismus etwas Hochproblematisches mit Einfluss auf die Wahrnehmung des Konfliktes ist.

*Und Antisemitismus – inwiefern spielt das eine Rolle für die Wahrnehmung des Konfliktes, für euch an sich?*

Also natürlich gibt es das auch. Also meine Oma z.B. redet dann immer von den Juden. Und die Juden hätten doch schon wieder einen ( ). Wenn wir so was machen würden wie die Juden da unten, dann also – klar. Natürlich spielen antisemitische Stereotypen auch eine Rolle. Und das hat man ja gesehen, als der Möllemann sein Zeug von sich gegeben hat, wo er sozusagen Juden selbst die Verantwortung für antisemitische Übergriffe – Wie weit das auch Verbreitung gefunden hat. Andererseits, finde ich, gibt es halt eine klare Unterscheidung zwischen Kritik an Israel und Kritik an der israelischen Politik und Kritik am Zionismus und Antisemitismus.

Deutlich wird hier ihr Bewusstsein für die Aspekte des sekundären Antisemitismus in Form der Homogenisierung von Jüdinnen und Juden (»Die Juden hätten ...«) sowie der Täter-Opfer-Umkehr (»Fall Möllemann«<sup>263</sup>). Die Reflexion über Anti-

semitismus, die also stattfindet, wird aber gleichzeitig abgewehrt. Antisemitismus sei, so L., klar von Antizionismus und Israelkritik zu trennen. Anders als bspw. antideutsche Kritiker ihrer antiimperialistischen Position, sieht sie bestimmte gegen Juden gerichtete Gewaltakte nicht als antisemitisch an.

das ist eine wesentliche Auseinandersetzung, die wir mal bei ATTAC hatten. Die gab es, als es mal in Frankreich so eine Welle-, eine Auseinandersetzung zwischen jüdischen Migranten und jüdischen Franzosen- in den Banlieus-, und marokkanischen und algerischen usw. es gegeben hat, wo in ATTAC einfach sozusagen antideutsche Kräfte ( ) da gab es Riesenaufschwung antisemitischer Übergriffe, wo ich das Problem gesehen habe, dass das oft nicht so genau [zu] unterscheiden ist, oder alles als antisemitisch bewertet wird, wenn z. B. die Organisation der französischen [jüdischen] Gemeinde, die haben zwei Dachverbände-. Der eine Dachverband ist absolut Pro-Likud, fährt auch eine sehr harte anti-migrantische Linie in Frankreich selbst und wenn dementsprechend da z. B. Schmierereien Tod Sharon an deren Gebäude sind, dann finde ich, kann man das nicht einfach unter Antisemitismus abspeichern.

L. bezieht sich, wie ihr ursprünglicher Einstieg in diese Sequenz andeutet, auf das, was überwiegend als vor allem von arabischen MigrantInnen getragene Welle antijüdischer Gewalt in Frankreich und anderen westeuropäischen Staaten im Zusammenhang mit der zweiten Intifada beschrieben wurde und in Attac-internen Diskussionen unterschiedlich bewertet wurde.<sup>264</sup> Dann jedoch beschreibt sie diese Vorfälle, die sowohl Angriffe auf jüdische Einrichtungen als auch physische Verletzungen von Jüdinnen und Juden beinhalteten, als einen *realen* Interessenskonflikt zwischen diesen Gruppen, in dem es nicht nur um den Nahostkonflikt, sondern auch um Migrationspolitik in Frankreich ging. L. spricht hier einen Kern der Debatte um den »Neuen Antisemitismus« (Rabinovici et al. 2004) an und entscheidet sich klar für eine Position. Als Beispiel für die Übergriffe führt sie lediglich den Slogan »Tod Sharon« an. Erklärt wird von ihr der Unmut gegen jüdische Personen und Institutionen mit rechten, Likud-nahen Positionen eines jüdischen Dachverbandes. Letztlich bewegt sich das hart an der Grenze zur Legitimierung antijüdischer Gewalt, da sämtliche Jüdinnen und Juden (als Betroffene der Gewalt) in Kollektivhaftung für die Politik Israels oder eines jüdischen Dachverbandes genommen werden. Eine Deutung der Fälle als antisemitisch wird von ihr abgewehrt. Dies wiederum könnte nun den Schluss nahelegen, dass es doch keinen qualitativen Unterschied zwischen der deutschen und der britischen Variante des radikalen Antizionismus gibt, stattdessen fehlende Kritik und, wie in Kapitel VII und VIII gezeigt, auch offene Solidarisierung mit antisemitischen Akteuren. Doch

263 Der FDP-Politiker Jürgen Möllemann hatte im Jahre 2002 erklärt, der Journalist und stellvertretende Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Michel Friedmann, und der israelische Ministerpräsidenten Ariel Sharon würden dem Antisemitismus Zulauf verschaffen.

264 Siehe bspw. Gessler, Philipp 2003: Eine Welle antisemitischer Vorfälle, taz vom 4.12., S. 10, <http://www.taz.de/pt/2003/12/04/a0055.1/text> [28.09.06].

die Position von L. ist nicht so monolithisch; die auf das letzte Zitat folgende Interviewsequenz macht das deutlich.

Weil, ich finde, Antisemitismus ist eine spezifische Erscheinungsform des Kapitalismus- einer kapitalistischen Ideologie eben einerseits- da würde ich sozusagen gewisse Analysemuster, die vielleicht auch die Antideutschen mitentwickelt haben und so, durchaus richtig finden. Dass Antisemitismus etwas zu tun hat damit, dass es sozusagen den Versuch gibt, eine Personalisierung eines abstrakt und nicht menschlich gesteuerten Systems gibt und dementsprechend Antisemitismus auch für die Nationalsozialisten auch eine entscheidende Rolle gespielt hat als so eine Weltverschwörung, als der entscheidende ideologische Kick, den es auch, denke ich, heute noch für die nationalsozialistische Bewegung hat. Ich hatte kurz mal ein Interview mit Horst Mahler gelesen, ja also, das ist ja wirklich so, dass die an das Weltjudentum und die Weltverschwörung glauben; dass das da eine entscheidende Rolle spielt. Aber ich glaube, dass man das ganz klar unterscheiden muss. Sozusagen Antisemitismus als spezifisch kapitalistische Ideologie und anti-israelische Meinungen, Positionen und auch Ressentiments, die sich natürlich mischen können, aber die nicht zwangsweise zusammengehören. Dass man da, denke ich, eine genaue Unterscheidung treffen muss.

Diese Sequenz zeigt, dass die Diskussionen in der deutschen Linken um Antisemitismus und Antizionismus oder allgemein um die Verkürzungen und Unzulänglichkeiten des antiimperialistischen Weltbildes, wie sie spätestens seit den achtziger Jahren geführt wurden, und die heute besonders mit den Antideutschen assoziiert werden, auch in sehr begrenztem Umfang Eingang in das argumentative Repertoire von Linksruck gefunden haben. L. erkennt die Berechtigung von Kritik an zu starken Personalisierungen abstrakter Verhältnisse und die hohe Bedeutung ideologischer Faktoren für den Nationalsozialismus an. Beides sind Sichtweisen, welche die linke Antisemitismuskritik gegen die Beschränkungen des traditionellen linken Antiimperialismus gesetzt hat. L. erwähnt an anderer Stelle auch, dass einige ehemalige Linksruck-Mitglieder sich nach ihrem Austritt aus dieser Organisation antideutschen Positionen zugewandt haben. Die Existenz der Antisemitismus- und Nahostdebatten wird also auch in diesem Spektrum anerkannt und ihr Sinn, wenn auch begrenzt, gewürdigt.

Der eigene Antizionismus wird im Interviewverlauf mehrfach, quasi präventiv, gegen einen (im Interview nicht vorgebrachten) Antisemitismusvorwurf verteidigt. Man kann eine gewisse Defensivhaltung konstatieren, auch eine höhere Aufmerksamkeit. Es zeigt sich, dass die größere Komplexität und Diversität des deutschen linken Nahostdiskurses eine bessere argumentative Wappnung auch denjenigen abverlangt, die eine einseitige Sicht bevorzugen. Diese bessere argumentative Wappnung und sehr begrenzte Öffnung der klassischen Positionen des Traditionskommunismus gegenüber den neueren Sichtweisen ist ein Beispiel für kleine Früchte des kollektiven Lernprozesses (der Gesamtlinken) im traditions-

kommunistisch-antiimperialistischen Feld. Deutlich wird dies auch in den Publikationen von Linksruck. Mehrfach wurde schon die SWP-Broschüre »Israel – The Hijack State« erwähnt (Kap. VIII.5.5). Seine deutsche Ausgabe, die von Linksruck vertrieben wird,<sup>265</sup> ist auffälligerweise äußerlich ganz anders gestaltet. Nicht das Bild voller antisemitischer Klischees aus der britischen Ausgabe zielt das Cover, sondern eines mit einem (israelischen) Panzer und einem Steine werfenden (palästinensischen) Kind. Dies entstammt der Ikonografie der ersten Intifada. Auch der Titel ist deutlich entschärft worden und weniger reißerisch und tendenziös. Der Text jedoch ist ansonsten identisch.

Das, was hier als begrenzte Repertoire-Erweiterung, als in geringem Umfang gewachsene Sensibilität gegenüber der Komplexität des Nahostkonflikts (durch Einbeziehung des deutschen Kontextes und vor allem des Faktors Antisemitismus in die Betrachtung) dargestellt wurde, kann auch bei anderen VertreterInnen von antiimperialistischen Strömungen, z. T. mit noch viel größerer Deutlichkeit nachgewiesen werden. Dies betrifft mehrere Interviewte, die aus dem traditionellen antiimperialistischen Milieu der radikalen, militanten Linken stammen: ein ehemaliges Mitglied der RAF, ein Mitglied der Gruppe Libertad! sowie weitere ältere antiimperialistische Autonome.<sup>266</sup> Die RAF gehörte zum antiimperialistischen Teil der militanten Linken, der immer auch mit palästinensischen Militanten zusammenarbeitete. Ihre damaligen Mitglieder gerieten früh mit Antisemitismusrwürfen ins Kreuzfeuer der Kritik, bspw. als Horst Mahler und Ulrike Meinhof die Ermordung der israelischen Olympiamannschaft durch ein palästinensisches Kommando im Jahre 1972 lobten. Die Gruppe Libertad! hingegen stammt eher aus dem Umfeld der Stadtguerilla und gehört nicht selbst zum militanten Flügel. Doch gibt es große ideologische Übereinstimmungen; zudem besteht ein wichtiger Teil ihrer Arbeit im Engagement für politische Gefangene der militanten Linken. Die beiden anderen VertreterInnen des traditionellen Autonomen-Milieus engagieren sich in verschiedenen Basisbewegungen (Hausprojekte, PGA, Antikriegsbewegung) und der Antifa. Sie alle vertreten eine prinzipiell mit den PalästinenserInnen solidarische und Israel gegenüber sehr kritische Position. Aber alle erklären übereinstimmend, dass damit die Komplexität der Gesamtsituation nicht erfasst ist. Sie thematisieren, dass die deutsche Linke mit ihrem bis in die achtziger Jahre vorherrschenden weltbildhaften Antizionismus zumindest übers Ziel hinausgeschossen war und dabei in gewissem Sinne blind wurde, einseitig, unsensibel gegenüber Israel und Fragen des Antisemitismus. Bei ihnen hat die linke Debatte der letzten 20 Jahre zu einer grundlegenden Erweiterung der Positionen ge-

265 Rose, John 2002: Öl, Imperialismus und Zionismus: Israel und seine Rolle in Nahost, Frankfurt: VGZA e.V., [http://www.edition-aurora.de/palaestina/jr\\_israel.pdf](http://www.edition-aurora.de/palaestina/jr_israel.pdf) [28.9.06].

266 Antiimperialistische Autonome stehen an der Grenze der Felder Traditionskommunismus und Radikale Linke. Während sie in Habitus, Organisationsstruktur und postmaterialistischer Wertorientierung die radikale Linke vertreten, sind doch einzelne ideologische Fragmente stark vom Traditionskommunismus beeinflusst. Insbesondere betrifft dies den Antiimperialismus, den Antizionismus und die Sympathie für nationale Befreiungsbewegungen.

führt, die sich sowohl deutlich von der antiimperialistischen Eindeutigkeit der SWP als auch der geringfügig modifizierten Variante Linksrucks unterscheidet. Der Libertad!-Vertreter bringt zwei Komplexitätserhöhende Momente mit ein. Zum ersten:

Das andere, was wir von Libertad tun, ist über die Frage politischer Gefangenschaft zu schreiben. Wir haben nicht nur über die politischen palästinensischen Gefangenen geschrieben, die in Israel im Knast sitzen, sondern wir haben auch Artikel publiziert über palästinensische Gefangene im palästinensischen Knast, weil es dort auch eine Leerstelle gibt, ... sie hatten Gefängnisse, auch wenn sie keine Souveränität hatten, die alles andere als nett waren, und es natürlich dort auch zu massiven Menschenrechtsverletzungen gekommen ist und wir es als Linke wichtig fanden, auch darüber zu sprechen und in den kleinen Initiativen, die wir gemacht haben, immer wieder den Versuch der Zusammenarbeit von Israelis und Palästinensern zu unterstützen. (14)

Auch wenn für den Interviewten die Hauptrichtung seiner internationalistischen Solidarität die Unterstützung der PalästinenserInnen gegen die israelische Besatzung darstellt, ist jedoch auch Platz für Kritik der innerpalästinensischen Verhältnisse – die palästinensische Seite wird also differenziert und die Solidarisierung erfolgt nicht bedingungslos mit dem kompletten Kollektiv, sondern möglichst mit vermittlungsbereiten Akteuren beider Konfliktparteien. Diese Differenzierung ist im britischen Diskurs kaum vorzufinden, die Identifikation mit den PalästinenserInnen als Kollektiv ist dort weitaus umfassender. Die zweite Ebene der Komplexitätssteigerung besteht im Einbeziehen der Implikationen der deutschen Geschichte.

Natürlich guckt man auf einer bestimmten Ebene anders hin. Und das hat natürlich was mit dem zu tun, dass ich meinen Sprechort Deutschland zwar intellektuell versuchen kann zu verlassen, aber dass ich natürlich hier lebe und gleichzeitig um die Geschichte und die geschichtlichen Zusammenhänge weiß. Ich bin aber jemand, der, um das, was passiert ist wohl wissend, was Israel nach 45 für die überlebenden Juden, die Überlebenden der Shoah bedeutet hat und was Israel als Zufluchtsort für Menschen bedeutet hat, die weltweit Antisemitismus ausgesetzt waren und sind, glaube ich trotzdem, dass man einen Staat und das Handeln eines Staates auch über seine unmittelbare Politik sehen muss. Ich hab immer wieder Auseinandersetzungen mit israelischen Linken gehabt, oder hab die auch nach wie vor, die mir z. B. immer sagen, dass auf der einen Seite, die Tatsache, dass Juden, sprich Israelis im Nahen Osten, eine Faktizität ist, die man nicht ändern kann, die auch militärisch nicht zu ändern ist, selbst wenn man das wollte, ist es Unsinn, es würde nicht funktionieren, und dass es gleichzeitig doch nicht um die Frage Israels geht, sondern, inwieweit im geografischen Landstrich Israel und Palästina eine demokratische Gesellschaft sich entwickeln kann, die allen dort lebenden Menschen die gleichen Rechte einräumt. Und ich glaube, das ist mein Bezug und damit neigere ich



nicht die Geschichte und damit verwerfe ich auch nicht das, was der deutsche Faschismus getan hat. Weil, das Problem ist doch, das die Rekurrerung auf den deutschen Faschismus und die Kausalität des Holocausts und der Staatsgründung Israels eigentlich, wenn man das in einer linken deutschen Diskussion anbringt, einen Moment sagt, denkt nach darüber, wenn ihr über den Konflikt redet! Ich finde das richtig, dass man das tun muss. Ich finde auch richtig, dass man das nicht beiseiteräumen kann. Und es ist auch falsch im Nachhinein dies, wie es zum Teil in den Siebzigern und auch z. T. in den Achtzigern geschah, vor allem im Zusammenhang mit dem Libanon-Feldzug damals, Israel nur als imperialistischen Vorposten zu sehen, der den amerikanischen Imperialismus exekutiert oder als Kettenhund des Imperialismus oder was es da so für Begriffe gab, sozusagen, nur zu charakterisieren. Israel war natürlich als Gesellschaft oder als sich organisierende Gesellschaft trotz aller rassistischen, chauvinistischen, kolonialistischen Momente auch immer Zufluchtsort. Das, finde ich, darf man nicht vergessen. Das ist vergessen worden. (13)

Das Zitat ist z. T. schon analysiert worden (Kap. VI.4.3.). Es enthält die Momente der Anerkennung Israels als Ort der Zuflucht für Opfer des Antisemitismus und die Kritik an der simplifizierenden Israel-Verdammung in der Geschichte der Linken. Zusätzlich wird erwähnt, dass die Kritik an Israel, wenn sie in Deutschland geäußert wird, sich immer fragen muss, wessen Bedürfnisse sie erfüllt, also, ob sie nicht antisemitisch rezipiert wird. Eine gänzlich eindeutige und einfache Identifizierung mit »der palästinensischen Sache« ist nach der Einbeziehung dieser Komplexität erhöhenden Überlegungen nicht mehr möglich.

Die Kritik am traditionellen antiimperialistisch-antizionistischen Weltbild hat aber keineswegs die gesamte antiimperialistische Traditionenlinie erreicht. Dies wurde deutlich bei der nur geringfügigen, ja fast kosmetischen Differenzierung im Weltbild von Linksruck. Auch im RAF-Umfeld gibt es zwar Diskussionen und bei einzelnen ehemaligen Mitgliedern eine selbstkritische Reflexion, bei einem großen Teil jedoch eine Abwehr, weil eine kritische Reflexion der Geschichte der militanten Linken als Entwertung des eigenen Lebensinhalts und der eigenen politischen Positionen erfahren wird. In dieser Logik lässt sich auch der Vertreter der *jungen Welt* verstehen, für den die Reflexion über linken Antisemitismus eine Ablenkung von wichtigen sozialen Kämpfen darstellt.

Das Hauptproblem ist das Übergreifen auch vom linksliberalen Milieu, dieses postmoderne Politologie-Geschwätz und Philosophie-Geschwätz bei Grünen, bei Teilen der SPD, der Zeit. Wenn das sich in der Linken breitmacht und sozusagen Leitfigur werden soll, dann wird das in meinen Augen. Ich sag's mal so: Wenn völlig aus den Augen verloren wird, dass in diesem Land hunderttausende, wahrscheinlich Millionen Menschen, sich auf sehr niedrigem Einkommensniveau bewegen müssen, wo man sagen kann, das sind zum Teil Dritte-Welt-Verhältnisse, stattdessen mir ständig erzählt wird, es geht um Lifestyle. ... Aber geistig ist das überhaupt nicht überwunden, wenn mir zum hundertsten

Mal irgendwelche Szene-Nachrichten erklärt werden, dass also insbesondere bei den Antideutschen: jede Kapitalismuskritik ist antisemitisch, z. B. wenn mir so was erzählt wird, dann halte ich das wirklich für ein absolutes Ablenkungsmanöver. Ich sehe natürlich mit Interesse, dass diese Position in einem Blatt wie der Zeit oder bis hin zum Spiegel breitgetreten wird und großen Einfluss auf Debatten bis in die DKP hat. Dass dann gesagt wird, man kann z. B. über den bewaffneten Widerstand im Irak nicht reden, ohne erst mal zu sagen, das sind alles Antiamerikaner und Antisemiten. Da werden Debatten verschoben. Außenpolitisch ist das nicht so gravierend wie das Ablenken von den gravierenden sozialen Problemen, die sich in diesem Land selber kumulieren und von denen offensichtlich andere Medien nichts wissen wollen. (04)

Die Themen jüngerer linker Debatten, wie etwa die um die durchlässigen Grenzen von Antisemitismus und Israelkritik oder um Antiamerikanismus und den Charakter des Widerstandes im Irak, werden von ihm zu bloßen Ablenkungsmanövern erklärt, die Ausdruck einer postmodernen Wende hin zu »Geschwätz« und eine Abwendung von den eigentlichen sozialen Problemen (Armut) seien. Auffällig ist, dass er nicht nur offensichtlich abwegige und marginale Extrempositionen (»jede Israelkritik ist antisemitisch«) ablehnt, sondern kritisiert, dass die Debatte im traditionskommunistischen Milieu (»DKP«) auch nur rezipiert wird. Mit einem funktionalistischen Argument (das ja sogar stimmen kann) wird der Debatte jede inhaltliche Berechtigung abgesprochen, eine Auseinandersetzung seinerseits mit der Thematik nicht für notwendig erachtet. Doch auch er verwahrt sich strikt gegen den Vorwurf, die *junge Welt* würde das israelische Existenzrecht nicht anerkennen. Solche Positionen würden im Blatt nicht geduldet werden. Die (antideutschen) Kritiker seines Blattes werfen genau das aber der *jungen Welt* und insbesondere ihrem Nahostredakteur Werner Pirker vor.

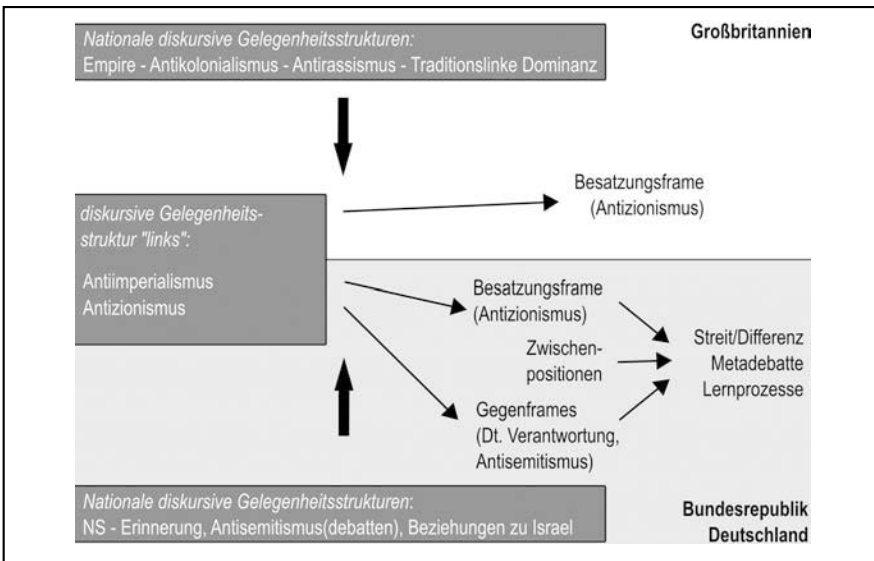
### 3 Bewegungsdiskurs und diskursive Gelegenheitsstrukturen

Was hier am Beispiel des Vergleichs traditionell-antiimperialistischer Positionen zum Nahostkonflikt aus beiden Ländern gezeigt wurde, wird in der Vogelperspektive des Gesamtdiskurses umso deutlicher. Die Hauptdifferenz zwischen der britischen und der deutschen Linken besteht darin, dass der deutsche Nahostdiskurs aufs Engste mit dem Thema »Vergangenheitsbewältigung« verbunden ist, mit Diskursen über die Bedeutung und Folgen des sowie den Umgang mit dem Nationalsozialismus und der Shoah.

Das Wirken der diskursiven Gelegenheitsstrukturen lässt sich wie folgt resümieren: Es gibt ein dominantes, historisch gewachsenes linkes (nicht sozialdemokratisches) Deutungsmuster des Nahostkonflikts (»Besatzungsframe«), in dem die Solidarität klar auf der palästinensischen Seite angesiedelt ist. Dieses Muster wird in Großbritannien durch spezifische Bedingungen verstärkt. Die nationalen

diskursiven Gelegenheitsstrukturen, insbesondere der aus der Empire-Geschichte resultierende starke Antikolonialismus und Antirassismus der Linken, sind Push-Faktoren für eine antiimperialistische Deutung des israelisch-palästinensischen Konfliktes. In der Bundesrepublik jedoch wird die dominante linke Positionierung gebrochen durch die Verwobenheit mit einem anderen Diskursstrang, der konkurrierende Deutungen evoziert, die nicht ohne Weiteres mit dem antiimperialistischen Framing vereinbar sind. Die Abb. 18 fasst diese Hauptdifferenzen im Framing und den dieses bedingenden diskursiven Gelegenheitsstrukturen zusammen.

*Abbildung 18: Zusammenwirken von nationalen und linken diskursiven Gelegenheitsstrukturen in Großbritannien und der Bundesrepublik*



### 3.1 Großbritannien: Trotzismus und die Folgen des Empire

Für die Erklärung der Spezifik des britischen Falles sind zwei Faktoren ausschlaggebend. Einer ist die insgesamt sehr traditionalistische Prägung der überwiegend trotzkistischen und vom Trotzismus beeinflussten Linken. Der andere ist die Vergangenheit Großbritanniens als weltumspannendes Empire, die in der Linken des Landes ihre Spuren in Gestalt einer antikolonialistisch, antirassistisch und antiimperialistisch ausgerichteten Politik hinterließ. Der »klassische« antiisraelische Bias, die geringe Aufmerksamkeit gegenüber dem Antisemitismus und der weltbildhafte antiimperialistische Antizionismus, wurden durch die diskursiven Gelegenheitsstrukturen verstärkt.

Der Trotzismus oder noch genereller der Leninismus im Allgemeinen (mithin die Dominanz des traditionskommunistischen Feldes) ist wichtig für die Grundstruktur der pro-palästinensischen Solidarisierung in Großbritannien. Sie erfolgt total, mit einer klaren Gut-Böse-Dichotomisierung, fügt sich in ein radikales, aber simpel gestricktes Weltbild, das gesellschaftliche Strukturen vorrangig personifiziert oder sie bestimmten Kollektiven oder Staaten zuordnet. Eine so geprägte Linke (und dies betrifft auch den kleinen traditionskommunistischen Teil der deutschen Linken) empfindet Ambivalenzen, Uneinigkeit, offene Debatten, nicht für jede Situation eine klare Antwort zu haben, die sich aus dem allgemeinen Weltbild deduzieren lässt, als problematisch. Sie strebt nach Klarheit in der Positionierung, unmissverständlicher Grenzziehung zwischen dem »Lager des Imperialismus« und dem »antiimperialistischen Lager«. Dass der Nahostkonflikt, wie wohl die meisten anderen Politikfelder auch, sich gegenüber einer solchen eindimensionalen Beurteilung sperrt, wird ignoriert und durch nur noch radikalere Einseitigkeit und Abwehr jedweder möglichen Verunsicherung zu kaschieren versucht. Seine aktuell radikalste Zuspitzung findet diese Lagerdenken in der Bereitschaft, Grundprinzipien linker Identität (Säkularismus, individuelle Freiheitsrechte, Minderheitenrechte) aufzugeben bzw. zurückzustellen, um eine Einheitsfront mit rechten Kräften – der islamistischen Reaktion (Hamas) oder Holocaustleugnern (Irans Präsident Ahmadinejad) – zu bilden. Verstärkt wird diese Tendenz in ihrer Radikalität auch durch die gesellschaftliche Marginalität der radikalen Linken. Reverenzen an den politischen Mainstream, etwa den Diskurs der politischen Eliten, die i. d. R. mäßige Wirkung haben, sind aus dieser Marginalität heraus nicht vonnöten. Doch diese ideologischen Fragen und Fragen der politischen Inklusion sind, obgleich wichtig für die Erklärung des Phänomens, nicht hinreichend. Es bedarf weiterer diskursiver Gelegenheitsstrukturen, die eine derartige Zuspitzung der Solidarisierung mit den PalästinenserInnen hervorrufen.

Lin Chun (1996: 25) schreibt, dass die britische Neue Linke noch gegen das Empire kämpfte, als dieses schon längst nicht mehr existierte. Das Empire prägte Selbstverständnis und Weltsichten der britischen Linken. Hierin liegt ein Schlüssel zum Verständnis des britischen linken Antizionismus. Die britische Linke kann nur verstanden werden als Linke im Zentrum einer ehemaligen kolonialen Weltmacht, die dadurch mit spezifischen Aufgaben und Möglichkeiten konfrontiert war und ist. Was während des Bestehens des Empire selbstverständlich war, ist auch heute noch Grundinventar linken Denkens in Großbritannien und von höchster Priorität – ein strikter Antikolonialismus und Antiimperialismus (im weiteren Sinne des Wortes, vgl. Kap. 1.5).<sup>267</sup> Zusammen mit der insgesamt traditiona-

267 Natürlich ist die deutsche Linke ebenso klar antiimperialistisch und antikolonialistisch im weiteren Sinne eingestellt (mit Ausnahmen bei den Antideutschen), dies hat bei ihr jedoch eine niedrigere Priorität, da der Kolonialismus in der deutschen Geschichte eine im Vergleich zu Großbritannien relativ geringe Rolle gespielt hat und da im Zentrum der Erinnerung der imperialen Phasen deutscher Politik nicht dieser Aspekt steht, sondern die Shoah.

listischen und auch im engeren Sinne antiimperialistischen Prägung im Stile des Marxismus-Leninismus ergibt sich eine Situation, in der die Einordnung des israelisch-palästinensischen Konfliktes in das antiimperialistische Deutungsmuster außer vom Mainstream keine wirkungsmächtige diskursive Herausforderung erfährt. Der Zusammenhang zwischen diesen diskursiven Gelegenheitsstrukturen, also der Situation in einer (post)imperialen Gesellschaft, und der links-britischen Nahostwahrnehmung ist jedoch keineswegs so offensichtlich, wie dies beim Einfluss der NS-Erinnerung auf die deutsch-linke Nahostwahrnehmung ist. Im britischen Fall ist viel mehr »Spurensuche« nötig. Eine Vielzahl von Hinweisen ist jedoch vorhanden.

Erstens erfolgt die Deutung des Nahostkonflikts vorrangig als *imperialistischer* Konflikt,<sup>268</sup> mit den Opfern des Imperialismus erfolgt die Solidarisierung und Identifizierung. Interessanterweise war dieser Antiimperialismus nicht nur gegen den Imperialismus des eigenen Landes gerichtet, sondern seit 1945 ebenso gegen die USA (Howe 1993: 167). Denn die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg war genauso Zeit des Niedergangs des britischen Empire wie auch die des Aufstiegs der USA zur Weltmacht. Die entstehende Abhängigkeit Großbritanniens von den USA wirkte somit sogar als Verstärker, weil der so ausgerichtete Antiimperialismus auch nicht mehr mit dem Patriotismus kollidierte. Die mit dem Namen Balfour verbundene Verantwortung der eigenen Regierung für die Konfliktentstehung im Bewusstsein, ebenso die wachsende Nähe zwischen der neuen imperialistischen Hauptmacht USA und Israel, und das angesichts der israelischen Völkerechtsverletzungen und der miserablen Lage der PalästinenserInnen, die ganz offensichtlich unter der Besatzung leiden – all dies stellt eine Gelegenheit für antiimperialistische Deutungen dar, die sich nahtlos die ideologische Strukturierung einer vom Leninismus und Moralismus geprägten Linken einfügt und so auch zum Antizionismus als Weltbild werden kann. Wie Howe (1993: 312) herausgestellt, müssen auch menschenrechtliche oder sonstige Defizite im »antiimperialistischen Lager« dieser Identifikation nicht entgegenstehen. Die traditionell absolute Konzentration auf das Konzept »nationale Selbstbestimmung« war auch schon immer die flexible Basis für Rücksicht gegenüber Diktaturen, die sich aus ehemaligen Befreiungsbewegungen entwickelt hatten. Die unilaterale Politik der Weltmacht USA und ihres britischen Partners im »Krieg gegen den Terror« sowie die Machtungleichheiten im Prozess der »Globalisierung«<sup>269</sup> stellen akute Anschlusspunkte für antiimperialistische Deutungen zur Verfügung, die wiederum den Manichäismus vor allem im traditionskommunistischen Feld bestärken.

Zweitens entwickelten sich vom Konsens abweichende Positionen, wie die der Alliance for Workers Liberty, auch im (post-)imperialen Kontext. Das britische

268 Diese Sicht dominiert klar über andere Deutungen, wie religiöser, nationaler oder kultureller Konflikt.

269 Damit ist hier die Politik der weltweiten Neoliberalisierung, des Abbaus von Handelsbegrenzungen und die wachsende Ungleichheit der Einkommensverteilungen gemeint, die zumindest für die europäische Linke im Zentrum der Globalisierungskritik stehen.

koloniale Erbe, Ursache bspw. für die andauernden Auseinandersetzungen um Nordirland, erwies sich als diskursive Gelegenheitsstruktur für Diskussionen und Auseinandersetzungen, die im Fall der AWL zu einer Revision antizionistischer Positionen führten, weil sie erkannte, dass die klare Trennung zwischen Kolonisierern und Kolonisierten sich nicht mehr durchhalten lässt, wenn zwei oder mehr Bevölkerungsgruppen seit Jahrzehnten oder noch länger in einem Gebiet wohnen und auch die Kolonisierer mittlerweile »einheimische« Nachkommen haben, deren »Heimatrechte« beachtet werden müssen (vgl. Kap. VIII.4.1).

Drittens ist die große Rolle zu beachten, die der Antirassismus spielt. Antirassismus war immer vorrangig Solidarität mit »Nicht-Weißen«, mit Menschen, die wegen ihrer Herkunft und Hautfarbe für minderwertig erachtet und diskriminiert wurden und somit, ganz besonders im Fall der Kolonialmacht Großbritannien, mit Menschen, deren geringerer Status und deren schlechtere Lebensbedingungen in direktem kausalen Zusammenhang mit dem Wohlstand und dem hohen Status der »Weißen«, der ehemaligen Kolonialherren, stehen. Die PalästinenserInnen (wahrgenommen als unterdrückt, nicht weiß, arm) erfahren so eher Solidarität als die Jüdinnen und Juden (wahrgenommen als weiß, reich, imperial), noch dazu, angesichts der Rolle des britischen Empire bei der Entstehung des jüdischen (»imperialistischen«) Staates. Mit dem Kampf gegen die Apartheid in Südafrika steht auch ein historischer Präzedenzfall zur Verfügung. Auch diese ehemalige britische Kolonie und ihre weiße »Herrenrasse« waren für Jahrzehnte prominenteste Zielscheibe der Kritik der Linken für ihre Politik der Unterdrückung der schwarzen Bevölkerung. Dem gegenüber stand die Nähe der britischen Regierung zum südafrikanischen Regime. Das Muster findet im Nahostkonflikt erneut Anwendung angesichts der zunächst sehr guten Beziehungen zwischen der ehemaligen Kolonialmacht Großbritannien und dem Staat der ehemals protegierten Kolonialbevölkerung: Israel.

Der vierte Punkt schließlich, die Verbrüderung eines besonders radikalen Teils der antiimperialistischen Linken mit dem Islam und die Aufgabe der Distanz zum Islamismus, stellt nur eine spezifische Aktualisierung der bereits genannten Elemente dar. Die Palästina-Solidarität erlebte im Zuge des Irakkrieges einen großen Aufschwung. Augenscheinlich sind auch hier die diskursiven Gelegenheiten. Porter (1996: 300 f.) sieht in der Tatsache, dass die britische Armee seit dem Golfkrieg 1991 wieder in den ehemaligen Kolonien und Einflussosphären im Nahen Osten operiert nur eine Koinzidenz, jedoch keinen kausalen Zusammenhang. Dabei ist dieser recht deutlich nicht nur in den Übereinstimmungen damaliger und heutiger strategischer Interessen, sondern auch im Hinblick auf den diskursiven Umgang mit dem Thema an der »Heimatfront«. Die Linke muss nur auf die bestehende antiimperialistische Interpretation zurückgreifen. Dieser schnelle Rückgriff geht offensichtlich nicht mit einer genaueren Bewertung der gewählten Bündnispartner im »antiimperialistischen Lager« einher. Andererseits ist es gerade der Antirassismus als notwendige Antwort auf den gesamtgesellschaftlichen Rassis-

mus, der die Solidarisierung mit MuslimInnen in Zeiten islamophober Zuspitzungen fundiert. Porter (ebd.) bemerkt, dass es eine Konstante in der britischen Wahrnehmung der Muslime darstellt, diese als besonders fanatisch zu sehen. Mit dem nach dem 11.9.2001 verstärkelt einsetzenden *othering* des Islam und des Islamismus in westlichen Gesellschaften und dem ganz materiellen Krieg gegen islamisch geprägte Gesellschaften scheint die Solidarisierung mit diesen Gruppen zunächst logisch, eine Überidentifizierung im Sinne der antiimperialistischen Eindeutigkeit zumindest angelegt.

### **3.2 BRD: Nationalsozialismus, Antisemitismus, Israel und diskursive Hyperkomplexität**

Die Spezifik des deutschen linken Nahostdiskurses besteht in seiner diskursiven Verflechtung mit dem nationalen Geschichts- und Erinnerungsdiskurs. Dieser stellt eine diskursive Gelegenheitsstruktur dar, die aufgrund ihrer absoluten Zentralität für die deutsche politische Kultur die Ursache dafür ist, dass aus diesem Diskurs entlehnte Deutungsmuster bei Anwendung auf den Nahostkonflikt ein Gegengewicht zum dominanten linken, im antiimperialistischen Antizionismus wurzelnden, Besatzungsframe bilden. Besonders die linke Wahrnehmung des Nahostkonflikts in den Kategorien der Vergangenheitsaufarbeitung zeigt die Wirkmächtigkeit der behandelten Gelegenheitsstrukturen.

Dabei tauchen die deutsche Geschichte und die Erinnerung an sie in verschiedenen Arten und Weisen im Nahostdiskurs auf. Erstens werden die Konfliktakteure beider Seiten mit dem Nationalsozialismus assoziiert oder mit Begriffen aus der NS-Zeit kategorisiert (»Sharon = Hitler«, »faschistisches Regime Israel«, »Islamofaschismus«, »palästinensische Volksgemeinschaft«). Zum zweiten ist deutlich geworden, dass die pro-israelische antideutsche Strömung nur vor dem Hintergrund ihrer radikalen Auseinandersetzung mit der deutschen NS-Vergangenheit zu verstehen ist. Drittens lassen sich sowohl im Antizionismus als auch im Philosemitismus Elemente des sekundären Antisemitismus, des Antisemitismus wegen Auschwitz finden. Dies stärkt die These, dass eine Betrachtung des linken deutschen Nahostdiskurses schlichtweg nicht möglich ist, ohne die Beschäftigung mit dem umfassenderen Geflecht von Diskurssträngen, zu denen neben dem israelisch-palästinensischen Konflikt auch Konflikte um das Verhältnis zur deutschen »Nation«, zu den Lehren aus der deutschen Geschichte und hauptsächlich um Antisemitismus gehören.

Wie v. a. Werner Bergmann (1997) gezeigt hat, ist der postnationalsozialistische Umgang mit der deutschen Geschichte nicht zuletzt ein Prozess der Austragung öffentlicher Deutungskonflikte um den Antisemitismus und damit auch um Israel. Die deutsche Linke ist historisch eingebettet in diesen und somit Teil des *deutschen* Streits um die Legitimität, historischen Verpflichtungen und aktuellen Politiken einer »deutschen Nation« nach Auschwitz. Die Linke führt diesen Streit derzeit am Beispiel des Nahostkonflikts. Aber aus dem deutschen *linken* Erbe

folgt keine eindeutige und notwendige Positionierung im Konflikt. Sowohl der gegen Besatzung gerichtete Antiimperialismus (vorrangig seit Mitte der sechziger Jahre) als auch die als Lehre aus der deutschen Geschichte zu sehende Sensibilität beim Umgang mit Jüdinnen, Juden, Antisemitismus und Israel (vorrangig bis Mitte der sechziger Jahre, erneut ab den Neunzigern) lösen im linksdeutschen politischen Kontext positive Resonanz aus. Aus dieser Unsicherheits-Situation erwächst das Bedürfnis nach Selbstvergewisserung (Schwab-Trapp 1996: 54), wie sie ihren Ausdruck in der so häufig auf der Metaebene angesiedelten diskursiven Beschäftigung mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt findet. Die Unsicherheit ist dabei allgemein, weil die Verflechtungen so vielfältig, so tiefgehend und alle auch widersprüchlich sind. Das Verdrängen der Erinnerung an Taten und Täter in den Familien und die hohe *öffentliche* Präsenz der Erinnerung, das hohe Potenzial an Antisemitismus in der Bevölkerung und die öffentlichen Konflikte um Neonazis und Antisemitismus, die Gewalttätigkeit des Nahostkonflikts und seine hohe mediale Repräsentation, die Dichte des Beziehungsnetzes zwischen Israel bzw. den palästinensischen Gebieten auf der einen und der Bundesrepublik auf der anderen Seite – all dies sind Faktoren, die es für einen politisch interessierten Menschen aus Deutschland richtiggehend unwahrscheinlich machen, nicht mit dem Nahostkonflikt auf die eine oder andere Weise in Berührung zu geraten. Aufgrund der komplexen Verbindungen und Verwicklungen sind auch die anknüpfenden Motivlagen komplex. In der Regel ist der Kontakt mit den hier interessierenden Themenbereichen schon auf der Individualebene konfliktreich. Dies beginnt bei innerpsychischen Konflikten und Verdrängungsprozessen. Es setzt sich fort in fragmentarischen, nicht in klare Übereinstimmung zu bringenden Erfahrungen bei der Beschäftigung mit dem Konflikt oder beim Besuch der Konfliktregion. Doch auch auf gesellschaftlicher, aggregierter Ebene lassen sich diese Elemente nicht widerspruchsfrei zusammenführen, zu viele Akteure konkurrieren mit höchst unterschiedlichen Deutungsangeboten.

Auf diese Situation der Unsicherheit gibt es zunächst eine augenfällige Reaktion: den Versuch der besonders radikalen Überwindung all dieser strukturellen Ambivalenzen durch extreme und eindeutige Zuspitzung der Identifikationen (Ullrich 2005). Dies ist sowohl beim antiimperialistischen Antizionismus wie auch bei philo-semitischen Antideutschen der Fall. Auf individueller, wie auf Organisationsebene ist diese Strategie eine kognitive Entlastung, welche die Welt erfahrbar, in binären Schemata verortbar und die Erfahrungen zunächst leicht kommunizierbar macht. Diese kommunikative Entlastung kann als solche aber nur im geschützten Rahmen der eigenen Ingroup erfahren werden, im Rahmen derjenigen, die die grundsätzliche Sicht auf den Konflikt teilen. Denn im linken Diskurs insgesamt findet sich ja immer auch das radikale Gegenstück. Und dies ist die Voraussetzung für eine zweite, heute wichtigere Reaktion: die Auslösung gesellschaftlicher Lernprozesse.

Wie lernen Kollektive? In der Tradition der Luhmann'schen Systemtheorie stehend, beantwortet Eder (2000) in einer vergleichbaren Untersuchung (es geht um



das Verhältnis Linksalternativer zur Nation) die Frage allgemein mit »Erhöhung der Informationsverarbeitungskapazität« und speziell mit »Institutionalisierung« und »Erzählen einer Geschichte«. Was wir in der deutschen Linken beim Thema Nahostkonflikt vorfinden, ist ein solcher Prozess der Komplexitätssteigerung des kollektiven Wissens. Dieser Prozess wurde erreicht durch die Institutionalisierung einer der traditionell pro-palästinensischen linken Sicht der späten Sechziger bis Achtziger entgegengesetzten Strömung in Zeitschriften und Gruppenstrukturen, die für die Verbreitung zunächst *anderer* Geschichten sorgten. Mit den Antideutschen war die pro-israelische Position nicht mehr nur durch jüdische oder gelegentlich andere Einzelpersonen oder durch das Establishment vertreten, sondern fand eine gefestigte linke Organisationsbasis. Die Antideutschen setzten den Nahostkonflikt in neue Kontexte, verbreiteten andere Versionen seines Verlaufs, attribuierten Schuld auf andere Weise und deuteten ihn aus einer abweichenden Perspektive. Solche Perspektivwechsel hatte es im Verlauf der bundesdeutschen Geschichte schon mehrfach gegeben. Doch immer war eine Positionierung ganz klar dominant (zunächst pro-israelisch, dann pro-palästinensisch), nur in Ansätzen gab es Vermittlung und Zwischenpositionen. Seit den neunziger Jahren nun sind beide Extreme der Identifikation institutionalisiert, mit interessanten Folgen.

»Gesellschaften können nur lernen, wenn ihre Mitglieder lernen (was nicht heißt, dass alle gelernt haben müssen – das wäre nur der idealtypische Grenzfall)« (Eder 2000: 210). Lernen von Gesellschaften (oder auch gesellschaftlichen Subsystemen) basiert gar nicht notwendigerweise auf einem Lernen von vielen, sondern, wie im geschilderten Fall, auf Umdeutungsprozessen einiger und der darin sich begründenden neue Herausforderung für bestehende Deutungen der Wirklichkeit.

Hier zeigt sich ein *Analogon* zu sozialpsychologischen Untersuchungen, die offenbarten, dass Testleistungen synthetischer Gruppen im Aggregat hervorragend sein können, selbst wenn die individuellen Leistungen der Mitglieder mehrheitlich schlecht sind. Die deutsche Linke in ihrer Zersplitterung ist eine solche synthetische Gruppe, ihre Gruppenleistung ergibt sich aus dem, was ich Hyperkomplexität des Nahostdiskurses nennen möchte. Eingangs ist erwähnt worden, dass ein Bericht über ein palästinensisches Kind, das durch israelische Soldaten getötet wurde, möglicherweise an antisemitische Semantiken anschließt (Juden als Kindermörder) und zugleich aber auch für den konkreten Fall eine wahre Aussage sein kann. Zum Streit um den (nahöstlichen) Vorfall (haben israelische Soldaten schuldhaft palästinensische Kinder getötet?), kommt nun der emotionale Streit, um die »wirkliche« Bedeutung der Äußerungen dazu (Ist der Bericht eine Faktendarstellung oder ein Aufwärmen antisemitischer Semantiken?). Als weitere Komplexitätsstufe ergibt sich die Metadiskussion, die fragt, ob wiederum der Antisemitismusvorwurf nicht nur aus strategischen Gründen eingesetzt wird. Außerdem hat die Auseinandersetzung eine von konkreten Auslösern abgelöste eigene Dynamik und Polarisierung angenommen. Bestimmte Positionen werden nicht

mehr aufgrund ihres Inhalts, sondern aufgrund der tatsächlichen oder angenommenen Lagerzuordnung des Trägers/der Trägerin bewertet. Noch dazu bedienen sich die DiskutantInnen höchst differierender Deutungsmuster. Für die einen sind Antisemitismus, Israel als Konsequenz aus der Shoah und heutige israelische Opfer der dominante Zugang zum Thema, für die anderen das palästinensische Leid, die palästinensischen nationalen Aspirationen und das Völkerrecht. Diese grundsätzlichen Deutungsmuster können oft auch im Aufeinandertreffen dem Gegenüber nicht verständlich gemacht werden. Die kognitive Dissonanz reduzierende Polarisierung der Konfliktkonstellation erfolgt sowohl im Hinblick auf Israel/Palästina als auch im linksdeutschen Nahostkonflikt zweiter Ordnung. Aber im hier untersuchten Fall der deutschen Nahostdebatte lässt sich zeigen, dass das Vorhandensein unterschiedlichster Positionen, die teilweise nicht nur extrem voneinander abweichen, sondern gelegentlich auch absurd anmuten mögen, kein Hinderungsgrund für Lernen (Komplexitätssteigerung) auf der Kollektivebene ist, sondern sogar eine Voraussetzung.<sup>270</sup> Die konkrete inhaltliche Basis dieser Unsicherheit und somit des Lernerfolgs liegt in den diskursiven Gelegenheitsstrukturen (also vor allem in der diskursiven Verwobenheit von NS-Erinnerung und dem Nahostdiskurs) begründet. Jede zum Nahostkonflikt geäußerte Meinung rührt durch diese Verknüpfung immer an die Grundfragen der politischen Kultur, die Grundfrage politisch-moralischer Legitimität in der Bundesrepublik und ruft damit automatisch den grundlegenden Deutungskonflikt (Schwab-Trapp 1996) hervor.<sup>271</sup> Jede Erwähnung dieser Fragen, seien sie nun direkt auf die NS-Erinnerung bezogen oder durch den Nahostkonflikt nur indirekt hervorgerufen, provoziert im bundesdeutschen Diskurs insgesamt wie auch im linken Subdiskurs fast automatisch eine Gegenmeinung. Dies hat zur Folge, dass zur Absicherung eigener Positionen die Gegenpositionen und der Metadiskurs schon mit in Rechnung gestellt werden müssen, ihnen auf die eine oder andere Art und Weise Reverenz erwiesen werden muss. So erfolgt in gewissem, aber noch sehr begrenztem Umfang eine Anreicherung der bestehenden Position.

Entscheidender für das Lernen ist aber die überindividuelle Diskursebene, für die eine aus Sicht eines Sprechers mitunter bloße Reverenz an Erwartungen und kommunikative Rituale als plötzlich Materialität gewordener Diskursbeitrag unerwartete und unter Umständen unerwünschte Folgen hat. Über diesen Umweg des gesellschaftlichen Diskurses können unsichere, unentschlossene und zentristisch Orientierte wiederum auf der individuellen Ebene (kognitive) Komplexität steigern, da sie aus einer relativen Vielzahl von Deutungsmustern wählen können. Im untersuchten Fall führte dies zum weit verbreiteten Tatbestand der Wahl von Elementen verschiedener Deutungsmuster und somit einem mehrdimensionalen

270 Es soll jedoch auch nicht verschwiegen werden, dass es durch die Rigidität und den immensen Deutungsanspruch einiger Positionen auch zu unnötigen Verhärtungen und Lernverunmöglichkeiten kommt.

271 Schwab-Trapp (1996: 54 ff.) bezeichnet diese aus Unsicherheit resultierenden Neuthematisierungen als rituelle Wiederholungen des Gründungsaktes der Bundesrepublik.

Bild.<sup>272</sup> Sowohl die extrem pro-palästinensische und israelfeindliche als auch die extrem pro-israelische Position sind mit eigenen Deutungsmustern verknüpft (Besatzungsframe vs. Antisemitismusframe/Deutsche Verantwortung). Diese Deutungsmuster werden aber nicht nur von diesen Akteuren ins Spiel gebracht, sondern waren bereits verfügbar. Somit ergibt sich eine Situation, in der Unentschlossene angesichts der Zuspitzung Elemente der verschiedenen Deutungsmuster in moderaterer Form übernehmen. Jetzt, im Prozess des gewissen Abflauens der Nahost- und Antisemitismusdiskussionen, die durch die zweite Intifada ausgelöst wurden, ist eine Situation erreicht, in der ein Großteil der deutschen linken Positionierungen von dem Versuch geprägt ist, sich einer einseitigen und undifferenzierten Parteinahme zu enthalten. Solche Positionen entgehen besser der Gefahr, Menschen einer Seite und deren berechnete Bedürfnisse der identifikatorischen Eindeutigkeit zu opfern. Es ist eine Situation mit relativ hoher Informationsverarbeitungskapazität auf Kollektivebene erreicht. Allerdings ist zu fragen, warum gerade jetzt diese Situation erreicht wurde, die zudem auch nicht vergessen machen darf, dass die den linken Menschenrechtsuniversalismus aufgebenden Positionen ja nicht gänzlich verschwunden sind.

An dieser Stelle kommt der geschilderte Wandel ins Spiel, der vor allem mit den Jahreszahlen 1989 und 1990 verbunden ist. Die Lernprozesse zugrunde liegende Kommunikation ist ja nicht einfach gegeben, sondern erfolgt verstärkt als Reaktion auf Krisenprozesse und Zuspitzung von Unsicherheit (Eder 2000: 216), wie sie die Zeit nach 1989 für die deutsche Linke verkörpert. Die von Bergmann (1997) beschriebenen konflikthafter Lernprozesse der deutschen Mehrheitsgesellschaft, die zur Ausschließung des Antisemitismus aus den öffentlichen Diskursen führten, hatten ihren Schwer- und Höhepunkt in den achtziger Jahren. Der sich anschließende Renationalisierungsprozess der Nachwendeepoche und die teilweise Umdeutung des in den achtziger Jahren erreichten, waren ein Anreiz für die politische Linke i. e. S. ihre gesellschaftliche Oppositionsfunktion neu zu artikulieren. Soziale Bewegungen als Selbstreflexionsfunktion der Gesellschaft (Eder 2000: 217) sind der Ausgangspunkt für das Verständnis dieses Wandels. Wie in der Wende Mitte der sechziger Jahre, als die Linke ihre Positionen zu Israel änderte, u. a. um nicht mit dem Philosemitismus der Konservativen und des Establishments in einem Boot zu sitzen, begann die (radikale) Linke nach 1990 verstärkt die Aufarbeitung ihrer eigenen und der gesamtgesellschaftlichen Verstrickung in den Nationalsozialismus und seine Folgen, als die Gesamtgesellschaft eine erinnerungspolitische Revision begann und einige wesentliche Folgen der NS-Geschichte (bspw. die deutsche Teilung, Ende des völkerrechtlichen Sonderstatus, militärische Zurückhaltung) tatsächlich beseitigt wurden. Die deutsche Einheit, der auflebende Rechtsradikalismus der frühen neunziger Jahre, der neue deutsche

272 Weitgehender Einstellungswandel erfolgt intergenerational (vgl. Bergmann 1994), da neue Deutungen, wie gezeigt, nur in begrenztem Umfang schon ideologisch Gefestigte erreichen.

Nationalismus, all dies brachte die Vergangenheit wieder auf die Tagesordnung. Die selbstbewusste Gründung der »Berliner Republik« durch einen Teil der arri-vierten ehemaligen 68er, die Generation der scheinbar am Nationalsozialismus Unbeteiligten, symbolisierte diese Gesamttendenz noch einmal. Teile der Linken traten gegen diese Tendenz als Korrektiv auf. Bei weltpolitischen Problemen im Nahen Osten war es dann naheliegend, dass diese Teile einer vergangenheitspoli-tisch wachsam gewordenen Linken auch ihre Positionen im israelisch-palästinensischen Konflikt einer Überprüfung unterzogen.<sup>273</sup> Die seitdem mal mehr, mal weniger offensiv geführte Kontroverse ist letztlich, trotz aller Absurdität im De-tail und trotz aller Gewaltförmigkeit und Konfrontativität im Konkreten eine Erfolgsgeschichte aus Sicht eines aufgeklärten linken Universalismus.

### **3.3 (Politische) Tiefenkultur und der Nahostdiskurs**

Dass sich der deutsche Nahostdiskurs so und nicht anders gestaltet, liegt also zu-vörderst an der diskursiven Gelegenheitsstruktur, die der Vergangenheitsdiskurs darstellt. Im britischen Fall sind es die traditionalistische Prägung der Linken und das Erbe des Antiimperialismus und Antikolonialismus, die dem Nahostdiskurs der Linken seine hauptsächliche Gestalt verleihen. Im Theoriekapitel ist aller-dings darauf hingewiesen worden, dass die diskursiven Gelegenheitsstrukturen auf verschiedenen Ebenen angesiedelt sind. Die bisher behandelten Elemente ha-ben zu großen Teilen einen manifesten und deutlich sichtbaren Charakter. Gerade die politische Kulturforschung und die kulturvergleichenden Studien Richard Münchs (1993, 1993a) ermitteln jedoch besonders grundlegende und allgemeine kulturelle Charakteristika der beiden Länder, die am konkreten Einzelfall nicht leicht nachzuweisen sind, aber im Vergleich erschlossen werden können. Einige Elemente dieser begrifflich etwas schwammigen Forschung werden auch im Ver-gleich der Nahostdiskurse deutlich. Sie hängen hauptsächlich mit den divergie-renden Vorstellungen und Praxen des Wissens, der Wissensproduktion und der Auseinandersetzung unterschiedlicher Auffassungen zusammen.

Für britische Linke mutet es nicht nur seltsam an, wenn deutsche Linke mit Is-raelfahnen demonstrieren, weil Israel für sie klarer Feind und kein Bündnispartner ist, sondern sie verwundert auch, zu welch hochtheoretischen Diskussionen über den Nahostkonflikt die deutsche Linke in der Lage ist. Die britische Diskussion um den Nahostkonflikt hat klar umrissene Inhalte. Es geht um Opfer und ihr Leid auf der einen und um Täter, deren Helfershelfer und deren Machtinteressen auf der anderen Seite.

273 Allerdings muss der innerlinken Debatte während des zweiten Golfkrieges noch mehr eine Katalysatorfunktion für die Entwicklung der Antideutschen und der linken Antisemitismusdebatte zugesprochen werden. Bei Beginn der zweiten Intifada hingegen waren die Fronten markiert und nur mehr ein Aufgreifen der bekannten Deutungs-muster nötig.

Diesen, im Wesentlichen vom Besatzungsframe abgedeckten, Elementen stehen kaum alternative Deutungsmuster entgegen, wie in der Bundesrepublik das in der Shoah-Erinnerung begründete Deutungsmuster Antisemitismus, die einen ganz anderen Blickwinkel einnehmen. Dies liegt darin begründet, dass die Shoah ein deutsches und kein britisches Verbrechen war. Deswegen ist sie und der Antisemitismus kein wie in der Bundesrepublik jederzeit abrufbares Motiv, keine allgegenwärtige Gelegenheitsstruktur. Doch wie Kushner (1989, vgl. Kap. II.4.3.) betont, ist dies auch Resultat einer im britischen liberalen Pragmatismus wurzelnden Bodenständigkeit, die eine Beschäftigung mit den philosophischen Implikationen des Menschheitsverbrechens Shoah verhindert, eine Diskussion, die in Deutschland ganze Regale füllt, in Großbritannien aber eher als abgehoben klassifiziert wird. Der deutsche Diskurs erscheint angesichts dessen als vergleichsweise esoterisch und teilweise vollkommen von Bezügen zum realen Konflikt enthoben. Hier sei noch einmal an die Formulierung erinnert, Israel sei die erste gelungene Abschlagszahlung auf den Kommunismus. Diese philosophische Aufladung der Beschäftigung mit dem Konflikt, verunmöglicht eine Verständigung der gegnerischen Lager umso mehr. Nicht nur, dass mit der Nahostdiskussion der politisch-kulturelle Grundkonflikt der deutschen Vergangenheitsdiskussion aufgeworfen wird, nein, auch das »richtige« Verständnis und die »korrekte« Auslegung der wiederum so typisch deutschen Denker Hegel, Marx, Adorno und Horkheimer stehen oft mit auf dem Prüfstand, wenn deutsche Linksradikale und Linksinтеллекuelle sich streiten, ob und wie auf Ereignisse in Nahost zu reagieren ist.

Die deutsche Wissenstradition mit ihrer von Innerlichkeit sowie absolutem Geltungsanspruch geprägten Tradition ist ein weiterer Quell des so hart ausgetragenen Nahost- und Antisemitismusstreits der radikalen Linken, der zu so vielen, auch und gerade persönlichen Verletzungen, geführt hat. Die Kategorie der persönlichen Verletztheit taucht dagegen im Kapitel zur britischen Linken nicht auf. Dabei herrscht dort teilweise ein sehr rauer Ton in politischen Auseinandersetzungen (die jedoch meist zu anderen Themen geführt werden).<sup>274</sup> In der bundesdeutschen Debatte ist sie jedoch ein entscheidendes Moment! Freundschaften, Wohnprojekte und politische Kleinstgruppen haben sich gespalten, weil sie die Differenz in der Bewertung Israels oder des Antisemitismus nicht ertragen konnten. Ignoriert man nämlich die am Nahost- und Antisemitismusstreit nicht so vordergründig Beteiligten und nicht so laut vernehmbaren Zwischenpositionen, die auch in der bisherigen Forschung kaum Beachtung gefunden haben, so fällt tatsächlich zunächst der erbitterte Widerstreit der gegnerischen Fraktionen ins Auge.

Dabei geht der hoch elaborierte universalistische deutsche Wissensanspruch auch eine Koalition mit Überbleibseln der passivischen deutschen Untertanenkul-

<sup>274</sup> Ein *thread* in der E-Mailliste UK\_Left\_Network war die Suche nach dem gemeinsten oder unhöflichsten Listenmitglied.

tur ein. Die sei am Beispiel einer Diskussionsveranstaltung der SWP zum Thema »Die Linke und der Islam« illustriert.<sup>275</sup> Der Verlauf einer solchen Veranstaltung ist im Kap. VII.3.3 geschildert worden. Nach dem kurzen, mehr mobilisierendem als theoretisierendem Eingangsreferat der Hauptrednerin kam es zu einer langen Reihe von ebenso auf gegenseitige Bestätigung und nicht auf vertiefende Diskussion abzielenden, längeren Kommentaren und Co-Referaten (einige Minuten pro SprecherIn). Nur eine deutsche Besucherin der Veranstaltung (ein Linksruck-Mitglied) meldete sich zu Wort. Ihr Beitrag unterschied sich grundlegend von den anderen. Sie stellte zwei sehr knappe, vertiefende und auch kritische Nachfragen zum Referat, um die Thesen der Rednerin klarer herauszuarbeiten, die aber angesichts des strukturell gänzlich anders gelagerten (aktivistischen und mobilisierenden) Settings von der Hauptrednerin nicht beantwortet wurden.<sup>276</sup> Das Politische in Großbritannien erweist sich als in moralischen Gut-böse-Abwegungen fundiertes pragmatisches Agieren mit vorrangigem Praxisbezug und ist Ausdruck einer handlungsleitenden politischen Kultur (Dörner/Rohe 1991). Dies hilft auch zu erklären, warum eine auf praktisches Handeln in der Konfliktregion angelegte Organisation wie ISM in der britischen libertären Linken über Popularität verfügt, theoretische Debatten hingegen einen absolut nachrangigen Stellenwert haben, während in Deutschland die radikale Linke bei diesem Thema schwerpunktmäßig theoretische *Metadiskussionen* führt. Das deutsche politische Agieren erweist sich im Kontrast als Suche nach letzten Begründungen, als Sehnsucht nach einem Gesamtentwurf und somit als das organisationslegitimierende Gegenstück zur handlungsleitenden Kultur (ebd.). Doch die hochphilosophische und abstrakte Variante der Auffassungen des Politischen in Teilen(!) der deutschen Linken hängt wiederum auch mit dem NS zusammen. Die in der absoluten Marginalisierung einer marxistischen und anarchistischen Linken im Nationalsozialismus und weiter im Antikommunismus der Adenauerzeit begründete subkulturelle Abschottung der Linken von breiten Bevölkerungsschichten findet in den besprochenen geistesgeschichtlichen Traditionen nur einen zusätzlichen Verstärker.

Andere der aus den kulturvergleichenden Studien herausgearbeiteten, zwischen den beiden Ländern divergierenden Gelegenheitsstrukturen sind von weniger großer Relevanz. So hat die Bedeutung der Kategorie *class* für den britischen (linken) Diskurs durchaus zur Folge, dass dieses begriffliche Instrumentarium auch im Nahostkonflikt zur Anwendung kommt. Der Bezug auf die israelische und palästinensischen ArbeiterInnenklasse (oder im anderen akuten Konflikt auf die irakische) als Identifikationsobjekt (und politisches Subjekt) ist ein Ausweg für diejenigen, welche die Konflikte als zu komplex ansehen, um sich mit einer national oder mit der Unterscheidung Imperialismus/Antiimperialismus definier-

275 Quelle: eigenes Beobachtungsprotokoll.

276 Es gibt natürlich beide Diskussionssettings in beiden Ländern, doch in Großbritannien ist der motivationale Aspekt stärker vertreten.

ten Seite komplett zu identifizieren. Dies ist jedoch keineswegs dominant. Auffällig aber ist es im Vergleich zum deutschen Diskurs, der noch weit weniger geneigt ist, Klassenbegrifflichkeiten anzuwenden. Für weitere Elemente ließen sich gar keine Anhaltspunkte finden. So sind deutsche Deutungsmuster im Nahostkonflikt nicht kollektivistischer als britische, eher die umgekehrte Situation ist der Fall. Auch in Bezug auf das Staatsverständnis (Staatsgesellschaft vs. Nichtstaatsgesellschaft) lassen sich keine deutlichen Differenzen finden.

Neben all dem Besprochenen bleibt die Prägung der deutschen Gesellschaft durch ihre Geschichte als die entscheidende diskursive Gelegenheitsstruktur für vom linken antizionistischen Erbe abweichende Interpretationen. Dies ist der entscheidende Faktor zur Erklärung der Varianz zwischen beiden Fällen.

## **X Linke Identität und Universalismus: ein Fazit**

In diesem Fazit sollen nicht noch einmal die Differenzen der linken Nahostdiskurse in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland zusammengefasst und erklärt werden, dies leistet Kapitel IX ausreichend. Vielmehr ist zu fragen, welche allgemeineren Erkenntnisse aus dem Untersuchten gezogen werden können.

Eines springt zunächst ins Auge. Wie universalistisch auch immer der von Protestbewegungen vertretene Geltungsanspruch ihrer Deutungen der Wirklichkeit sein mag – die Akteure sind doch immer gefangen im Diskurs ihrer Umgebung. »Die Protestkommunikation erfolgt zwar *in* der Gesellschaft, sonst wäre sie keine Kommunikation, aber so, *als ob es von außen wäre*.« (Luhmann 1997: 853, Hervorh. i. Orig.). Protestbewegungen sind aber eine Funktion der gesellschaftlichen Selbstbeobachtung »in sich selbst *gegen* sich selbst« (ebd.: 864, Hervorh. i. Orig.). Bewegungsakteure, die ihre Ziele ernst nehmen, sollten sich dessen, also der Grenzen ihrer Fähigkeit zur Gesellschaftsbeobachtung, bewusst sein. Wie Eders (2000) Untersuchungen über die Identitäten der Neuen Sozialen Bewegungen zeigt auch die vorliegende Arbeit, dass Bewegungen sich »nicht aus ihrer nationalen Kultur verabschieden können, sondern an ihre nationale Kultur gebunden bleiben« (ebd.: 232). Viele Beobachter des linken Nahostdiskurses in der Bundesrepublik haben deshalb immer wieder pessimistische Einschätzungen zum bundesdeutschen linken Nahostdiskurs abgegeben. Extreme und einseitige Identifizierungen bestimmten das Bild; Antisemitismus, Philosemitismus, Gewalt und Denunziation ließen vermuten, dass die vielfältigen historischen Verwicklungen der Deutschen in die Geschichte des israelisch-palästinensischen Konfliktes nur Unproduktives hervorbrächten, ja, dass eine Beschäftigung mit diesem Konflikt besser zu vermeiden sei.

Die systematische Untersuchung im Ländervergleich brachte jedoch ein Bild hervor, das dieser pessimistischen Einschätzung zwar nicht komplett entgegensteht, wohl aber ein deutlich differenzierteres Licht auf sie wirft. Dass gerade in der Extremheit und Absurdität einiger Positionen, die ganz eindeutig Ausdruck spezifisch nationaler Prägung sind, der Keim für Deutungskomplexität steigernde Lernprozesse liegt, und dass der Gesamtdiskurs eben nicht nur aus den Extremen besteht, wurde erst durch die genauere Analyse und im internationalen Vergleich deutlich.

Und doch bleibt auch die Problematik der Extrempositionen, die in ihrer Solidarisierung mit der einen Konfliktpartei universalistische Positionen verlassen und die Rechte der jeweils anderen Partei opfern. In beiden Ländern zeigte sich die Neigung zu einer Koalitionsbildung. Israelkritik geht oft mit einer Neigung zur Bagatellisierung des Antisemitismus einher, Antisemitismuskritik oft mit einer Bagatellisierung der palästinensischen Leidenserfahrung (Müller/Ullrich 2007: 280). So entstehen Konflikte, in denen die Nichtübereinstimmung in einer Frage Ausgangspunkt kompletter Abschottung ist.

Erinnert sei hier auch noch einmal an den Fahnenstreit in der deutschen radikalen Linken und die ihn begleitenden gewaltförmigen Auseinandersetzungen. Er verdeutlicht das Funktionieren der Auseinandersetzung, die an ihren Extrempolen durch die diskursive Produktion von klaren Typisierungen gekennzeichnet ist, obwohl sich doch gerade solche angesichts der hyperkomplexen Situation verbieten. Die Ablehnung der Israelflagge deuteten Antideutsche apodiktisch als Ausdruck von Antizionismus und Antisemitismus. Doch die Flagge steht nicht mehr nur für Israel oder Judentum, sondern auch für die Antideutschen und alles, was mit dieser Strömung assoziiert wird; sie ist somit Symbol (und damit Diskussionsauslöser) für Positionen im Nahostkonflikt selbst *und* in der *Metadebatte* über den Nahostkonflikt, Antisemitismus, die Nation, Krieg, die Linke. Die Hyperkomplexität folgt aus der Überlagerung dieser Ebenen mit einer von inhaltlichen Differenzen z. T. losgelösten eigenständigen Konfliktdynamik und dem gleichzeitigen Versuch, die verschiedenen Positionen eindimensional und binär gegenüberzustellen. Darin liegt der Schlüssel zum Verständnis der scheinbaren Unauflöslichkeit der verhärteten Fronten des Streits.

Der antizionistische Antimperialismus mit seinem starken Standbein vor allem in Großbritannien, aber auch in der Bundesrepublik, und der deutsche antideutsche Philosemitismus weisen, wenn man vom Objekt der Identifizierung abstrahiert, eine große Parallelität auf. Der Identifikationsprozess begann bei beiden mit der Bestimmung einer Opfergruppe (die PalästinenserInnen als Opfer der israelischen Besatzung bzw. die Jüdinnen und Juden als Opfer oder Bedrohte des Antisemitismus) und endete bei der homogenisierenden Überidentifizierung mit dieser (imaginierten) Gruppe. Am Anfang des Prozesses stand jeweils ein rationales Anliegen. Im Fall der Antideutschen war es die Kritik am linken Antizionismus und seinen antisemitischen Ausfällen, die den Ausgangspunkt einer Strömung bilde-



ten, die sich aber noch im Rahmen der Linken bewegte und sich an die Linke wandte. Am Ende stand für einen radikalen Teil der Bewegung die Generalisierung der anfänglichen Kritik, die nun relativ beliebig als omnipräsenter Antisemitismusvorwurf zum Einsatz kommen konnte. Gleichzeitig verabschiedete sich ein Teil der Akteure auch aus der Linken, die als durch und durch antisemitisch eingestuft wurde, fand Anschluss an liberale und konservative Diskurse und stellt heute im Kern nur mehr eine Antisemitismuskritik- und Israel-Solidaritäts-Bewegung dar, die sich aus dem generellen Kontext linker politischer Utopien verabschiedet, indem sie das universalistische Emanzipationsvorhaben der Linken aufgibt (in einigen extremen Fällen) oder aber eine Form annimmt, die im Rest der Linken nicht anschlussfähig ist. Dies wurde am deutlichsten in der Unterstützung der US-geführten Kriege und der Verteidigung der israelischen Politik, bis hin zur Solidarisierung mit antipalästinensischem Rassismus.

Umgekehrt stellt sich der Identifikationsprozess des antiimperialistischen Lagers dar. Neben einer allgemeinen Sensibilisierung für Rassismus standen die Entwicklungen nach den Anschlägen des 11.9. am Anfang einer erneuten Zuspitzung. In dieser Situation wurde ein Anwachsen der Islamophobie konstatiert, die im Kontext linker Antikriegsaktivitäten zu einem zentralen Punkt linker Kritik, hauptsächlich in Großbritannien, wurde. Im Verlaufe der aus dieser Situation resultierenden Zusammenarbeit mit islamischen Organisationen begann eine Verwischung der Außengrenzen der Linken. Dazu gehörten Zugeständnisse an reale oder angenommene muslimische Bedürfnisse und Einstellungen, eine kritiklose Aneignung von Positionen muslimischer Verbände und die Hofierung von radikalen VertreterInnen dieses Spektrums. Die extremste Zuspitzung findet dies in der Solidarisierung mit den islamistischen Organisationen Hamas und Hisbollah, die nicht nur gegen Israel kämpfen, sondern unverkennbar Akteure sind, die mit einem linken Grundverständnis nichts zu tun haben, da sie Tradition und Werte der Linken in fast jeder Hinsicht ablehnen. Sie stehen anders als die Linke gegen die Aufklärung, den Säkularismus, die individuelle Freiheit vom stummen Zwang hierarchischer Strukturen, die Gleichheit aller Menschen.

Beide Phänomene lassen sich als ein Aufgeben des linken Universalismus, also des Anstrebens der Emanzipation für alle Menschen, der Überwindung aller Verhältnisse, »in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist« (MEW, Bd. 1: 385) verstehen. Der sich aus zunächst vielleicht strategischen Gründen in kurzfristig angelegten Bündnissen entwickelnde extreme Partikularismus dieser Positionierungen führt über die Inklusion selbst rechter und rechtsextremer Elemente der »Zielgruppe« (die homogenisierend und idealisierend wahrgenommen wird) zu einer Aufgabe des Linksseins. Die drei Stufen des Prozesses sind:

- 1) Benennung eines Missstands und Bestimmung der Opfer
- 2) Identifikation mit den Opfern
- 3) Grenzverwischung zwischen sich und den Opfern: Überidentifikation.

Nun ist aber nicht die ganze deutsche Linke israelfreundlich eingestellt und frei von simplifizierender Palästinasolidarität. Ebenso ist nicht die gesamte britische Linke so feindlich gegenüber Israel eingestellt, dass sie dafür Koalitionen mit reaktionären Regimen oder Terrorgruppen einzugehen bereit wäre. Aber dass die jeweilige radikalste Zuspitzung der einseitigen Parteinahme in Großbritannien nur die palästinensische Seite und nur in der Bundesrepublik auch die israelische Seite erfährt, ist kein Zufall, sondern angelegt in den diskursiven Gelegenheitsstrukturen, die in beiden Ländern den Kontext des Agierens der Linken bilden. Und dies erklärt, um zur Ausgangsfrage der Arbeit zurückzukehren, warum mit Marx auf den Lippen Geld für die israelische Armee gesammelt und islamistische Gruppen unterstützt werden können.

Das größere Problem, vor allem auf internationaler Ebene, stellt dabei sicher das Verhältnis der Linken zu Jüdinnen und Juden dar. Denn in den meisten Ländern scheint eine Sympathie mit den PalästinenserInnen zu überwiegen. Jüdinnen und Juden und ihre Betroffenheit vom Antisemitismus stellen die Linke vor eine besondere Herausforderung. Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass der revolutionäre, marxistische Klassenkampfuniversalismus die Herausforderung des Antisemitismus mit seinem Antizionismus nicht meisterte, ebenso – und dies erleben wir heute noch – versagt der Antiimperialismus, der den klassischen Antizionismus der kommunistischen und sozialistischen Arbeiterbewegung noch bis zu gelegentlich offener Judenfeindschaft zuspitzte. Die Schlussfolgerung kann nur lauten, dass die Linke eine universalistische und inklusive Menschenrechtskonzeption mit gleichschwebender Aufmerksamkeit für allgemeine und Partikularinteressen braucht und diese dann auch verbinden und verfolgen muss, oder sie läuft Gefahr, im Vertreten bestimmter Gruppeninteressen ihre eigenen humanistischen Grundlagen zu untergraben. Doch es ist zu sehen, dass eine solche Konzeption nicht aus der Theorie oder Ideologie folgt, sondern erst konkrete gesellschaftliche Bedingungen, in dieser Arbeit konzeptualisiert über die diskursiven Gelegenheitsstrukturen, die Voraussetzungen für Reflexionsprozesse schaffen, die der Linken ihre eigenen Grenzen, ihre Beschränktheiten und die Exklusivität ihrer Solidarität (Brosch et al. 2007) vor Augen führen und ihr somit Chancen für kollektives Lernen eröffnen.

# Literatur

- A. G. Grauwaske 2003: *Autonome in Bewegung*. Aus den ersten 23 Jahren, Berlin.
- Adams, Ian 1998: *Ideology and politics in Britain today*, Manchester/New York.
- Adams, Michael; Mayhew, Christopher 1975: *Publish it not-. The Middle-East cover-up*, London.
- Agethen, Manfred; Jesse, Ekkhard; Neubert, Erhard (Hrsg.) 2002: *Der missbrauchte Antifaschismus. DDR-Staatsdoktrin und Lebensläufe der deutschen Linken*. Freiburg.
- Almond, Gabriel A.; Verba, Sydney 1963: *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*. Princeton/New York.
- Almond, Gabriel A.; Verba, Sydney 1980: *The Civic Culture Revisited*, Newsbury Park u.a.
- Altmann, Gerhard 2004: *Sammelrezension: Britain and Empire, H-Soz-U-Kult*,  
<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2004-4-061> [20.11.06].
- Améry, Jean 1969: *Der ehrbare Antisemitismus*, *Die Zeit*, 25.7.1969.
- Andretta, Massimiliano; della Porta, Donatella; Mosca, Lorenzo; Reiter, Herbert 2003: *No Global – New Global. Identität und Strategien der Antiglobalisierungsbewegung*, Frankfurt/New York.
- Andrews, Geoff 2004: *Endgames & New Times. The Final Years of British Communism 1964-91*, London.
- Angermüller, Johannes 2001: *Einleitung: Diskursanalyse: Strömungen, Tendenzen, Perspektiven*, in: Angermüller, Johannes; Bunzmann, Katharina; Nonhoff, Martin (Hrsg.): *Diskursanalyse: Theorien, Methoden, Anwendungen*, Berlin/Hamburg.
- Angermüller, Johannes; Bunzmann, Katharina; Nonhoff, Martin (Hrsg.) 2001: *Diskursanalyse : Theorien, Methoden, Anwendungen*, Berlin/Hamburg.
- Ästhetik u. Kommunikation e.V. (Hrsg.) 1983: *Deutsche, Linke, Juden*, Berlin: Verlag Ästhetik und Kommunikation.
- Atkinson, Gream 2002: *Eine gefährliche Entwicklung, junge Welt* 8.6.2002.
- Attac Österreich (Hrsg.) 2005: *Blinde Flecken der Globalisierungskritik. Gegen antisemitische Tendenzen und rechtsextreme Vereinnahmung*, Wien.
- Aufheben 2000: *The politics of anti-road struggle and the struggle of anti-road politics: the case of the No M11 Link Road campaign*, in: McKay, George (Hrsg.): *DiY culture. Party & Protest in Nineties Britain*, London/New York.; S. 100-128.
- Azcarate, Manuel 1989: *Die europäische Linke*, Wien/Zürich.
- Baida, Jamaa 2004: *Das Bild des Nationalsozialismus in der Presse Marokkos*, in: Höpp, Gerhard; Wien, Peter; Wildangel, René (Hrsg.): *Blind für Geschichte? Arabische Begegnungen mit dem Nationalsozialismus*, Berlin, S. 19-37.
- Baram, Daphna 2004: *Disenchantment. The Guardian and Israel*, London.
- Baringhorst, Sigrid 1998: *Einwanderung und multiethnische Gesellschaft*, in: Kastendiek, Hans; Rohe, Karl; Volle, Angelika (Hrsg.): *Länderbericht Großbritannien. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, Bonn, S. 146-159.
- Barisic, Thomas; Reinhardt, Arnd 2004: *Linksextremismus im Internet*, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.): *Extremismus in Deutschland. Erscheinungsformen und aktuelle Bestandsaufnahme*, Berlin, S. 222-252.
- Bartel, Daniel; Ullrich, Peter 2008: *Kritische Diskursanalyse. Darstellung anhand der Analyse der Nahostberichterstattung linker Medien*, in: Freikamp, Ulrike; Leanza, Matthias; Mende, Janne; Müller, Stefan; Ullrich, Peter; Voss, Heinz-Jürgen (Hrsg.): *Kritik mit Methode? Sozialwissenschaftliche Forschungsmethoden und Gesellschaftskritik*, Berlin, S. 53-72.
- Bartholomew, Richard 2006: »Eine seltsam kalte Zuneigung«. *Christlicher Zionismus, Philosemitismus und die Juden*, in: Loewy, Hanno (Hrsg.): *Gerüchte über die Juden. Antisemitismus, Philosemitismus und aktuelle Verschwörungstheorien*, Essen, S. 234-254.
- Beck, Martin 2002: *Friedensprozess im Nahen Osten. Rationalität, Kooperation und politische Rente im Vorderen Orient*, Wiesbaden.
- Becker, Matthias 2005: *Trotz und Trotzki*, *jungle world* 4, 26.1.2005,  
<http://www.jungle-world.com/seiten/2005/04/4791.php> [27.4.07].
- Becker, Ulrike; Frank Behn; Clara Fall; Matthias Küntzel; Wladimir Schneider; Jürgen Starck; Klaus Thörner; Rolf Woltersdorf 1997: *Goldhagen und die deutsche Linke oder die Gegenwart des Holocaust*, Berlin.
- Beinin, Joel 1990: *Was the red flag flying there? Marxist Politics and the Arab-Israeli Conflict in Egypt and Israel, 1948-1965*, Berkeley.
- Berg-Schlosser, Dirk 2002: *Politische Kultur*, in: Dieter Nohlen (Hrsg.): *Kleines Lexikon der Politik*, 2. Aufl., Bundeszentrale für politische Bildung, München.

- Berg, Sebastian 2003: Multiculturalism and Racism in Blair's Britain, in: Tönnies, Merle (Hrsg.): Britain under Blair, Heidelberg: Universitätsverlag, S. 33-48.
- Berg, Sebastian 2007: British Muslims, Multiculturalism, and War, in: Linke, Gabriele; Rossow, Holger (Hrsg.): Rhetoric and Representation: the British at War, Heidelberg, S. 203-216.
- Berger, Stefan 1997: Ungleiche Schwestern? Die britische Labour Party und die deutsche Sozialdemokratie im Vergleich, 1900-1931, Bonn.
- Bergmann, Werner 1994: Effekte öffentlicher Meinung auf die Bevölkerungsmeinung. Der Rückgang antisemitischer Einstellungen als kollektiver Lernprozess, in: Neidhardt, Friedhelm (Hrsg.): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen, KZfSS Sonderheft 34, Opladen, S. 296-318.
- Bergmann, Werner 1997: Antisemitismus in öffentlichen Konflikten. Kollektives Lernen in der politischen Kultur der Bundesrepublik 1949-1989, Schriftenreihe des Zentrums für Antisemitismusforschung Berlin Bd. 4, Frankfurt/Main; New York.
- Bergmann, Werner 2004: Die Verbreitung antisemitischer Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Extremismus in Deutschland. Erscheinungsformen und aktuelle Bestandsaufnahme, Berlin, S. 25-55.
- Bergmann, Werner; Erb, Rainer 1986: Kommunikationslatenz, Moral und öffentliche Meinung. Theoretische Überlegungen zum Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland, KZfSS 38, S. 223-246.
- Bergmann, Werner; Erb, Rainer 1991: Antisemitismus in der BRD. Ergebnisse der empirischen Forschung von 1946-1989, Opladen.
- Bergmann, Werner; Erb, Rainer; Lichtblau, Albert (Hrsg.) 1995: Schwieriges Erbe. Der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/New York.
- Bergmann, Werner; Heitmeyer, Wilhelm 2005: Communicating Anti-Semitism – Are the »Boundaries of the Speakable« shifting?, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte XXXIII. Antisemitismus, Antizionismus, Israelkritik, S. 70-89.
- Bezirksvorstand der JungsozialistInnen in der SPD Niederrhein 1991: Der Nahe Osten nach dem zweiten Golfkrieg. Deutsche Linke und der Nahostkonflikt, Düsseldorf.
- Bialer, Uri 1992: Sterlin Balances and claims negatioation: Britain and Israel 1947-52, Middle Eastern Studies 28(1), S. 157-177.
- Bielefeld, Ulrich 2006: Die Realisierung der Volksgemeinschaft und ihre allmähliche Auflösung, Abstract und Vortrag auf der Konferenz »Zivilisationsbruch und Gesellschaftskontinuität«, Dresden 27./28. 10. 2006.
- Biestmann-Kotte, Dirk 2004: Doppelte Solidarität: Anspruch oder Utopie? Einige auch theologische Überlegungen zu einem schwierigen Begriff, Berlin.
- Billig, Michael 1984: Anti-Jewish Themes and the British Far Left, Patterns of Prejudice 18, S. 3-17; 28-34.
- Bobbio, Norberto 1993: Die Linke und ihre Zweifel. Eine Bestandsaufnahme, in: o. A. (Hrsg.) 1993: What's left. Prognosen zur Linken, Berlin, S. 9-24.
- Bobbio, Norberto 1998 [1994]: Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung, Berlin.
- Bogner, Alexander; Littig, Beate; Menz, Wolfgang (Hrsg.) 2002: Das Experteninterview. Theorien, Methoden, Anwendung, Opladen.
- Bogner, Alexander; Menz, Wolfgang 2002: Das theoriegenerierende Experteninterview. Erkenntnisinteresse, Wissensformen, Interaktion, in: Bogner, Alexander; Littig, Beate; Menz, Wolfgang (Hrsg.): Das Experteninterview. Theorien, Methoden, Anwendung, Opladen, S. 33-70.
- Bookchin, Murray 1995: Social Anarchism or Lifestyle Anarchism. An Unbridgeable Chasm, Edinburgh (online: [http://raforum.apinc.org/article.php3?id\\_article=248](http://raforum.apinc.org/article.php3?id_article=248) [06.06.07]).
- Boyce, D. George 1999: Decolonisation and the British Empire, 1775-1997, London.
- Bozic, Ivo 2006: Angst vor den Oskars, jungle world 47, vom 22.11, S. 9.
- Brähler, Elmar; Decker, Oliver 2003: Einstellungen zu Juden und Amerikanern, Einschränkungen der Bürgerrechte, Militäraktionen und Ausländerängste in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Befragung im Herbst 2003, Forschungsbericht.
- Brand, Karl-Werner 1985: Vergleichendes Resümee, in: ders. (Hrsg.): Neue soziale Bewegungen in Westeuropa und den USA, Frankfurt, S. 306-334.
- Brendler, Konrad 1997: Die NS-Geschichte als Sozialisationsfaktor und Identitätsballast der Enkelgeneration, in: Bar-On, Dan; Brendler, Konrad; Hare, Paul A. (Hrsg.): »Da ist etwas kaputtgegangen an den Wurzeln ...« : Identitätsformation deutscher und israelischer Jugendlicher im Schatten des Holocaust, Frankfurt.
- British Emabassy Tel Aviv o. J.: Britain-Israel Relations, <http://www.britemb.org.il/ukisrael/bilateral.htm#Commercial> [28.11.06].
- Brod, Peter 1980: Die Antizionismus- und Israelpolitik der UdSSR. Voraussetzungen und Entwicklung bis 1956, Baden-Baden.
- Broder, Henrik M. 1986: Der ewige Antisemit. Über Sinn und Funktion eines beständigen Gefühls, Frankfurt.

- Brosch, Matthias; Elm, Michael; Geißler, Norman; Simbürger, Brigitta Elisa; Wrochem, Oliver von (Hrsg.) 2007: *Exklusive Solidarität. Linker Antisemitismus in Deutschland*, Berlin.
- Brumlik, Micha; Kiesel, Doron; Reisch, Linda (Hrsg.) 1991: *Der Antisemitismus und die Linke*, Frankfurt.
- Brünner, Gisela; Fiehle, Reinhard; Kindt, Walther (Hrsg.) 1999: *Angewandte Diskursforschung. Band 1: Grundlagen und Beispielanalysen*, Opladen; Wiesbaden.
- Brünner, Gisela; Fiehle, Reinhard; Kindt, Walther (Hrsg.) 1999a: *Angewandte Diskursforschung. Band 2: Methoden und Anwendungsbereiche*, Opladen; Wiesbaden.
- Bryant, Christopher 1996: *Possible Dreams. A Personal History of British Christian Socialists*, London/Sydney/Auckland.
- Bublitz, Hannelore 2001: Differenz und Integration. Zur diskursanalytischen Rekonstruktion der Regelstrukturen sozialer Wirklichkeit, in: Keller, Rainer; Hirsland, Andreas; Schneider, Werner; Viehöver, Willy: *Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Bd. 1: Theorien und Methoden*, Opladen, S. 225-260.
- Bundesamt für Verfassungsschutz 2004: *Massiver ideologischer Streit zum Nahostkonflikt unter Linksextremisten*, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.): *Extremismus in Deutschland. Erscheinungsformen und aktuelle Bestandsaufnahme*, Berlin, S. 197-210.
- Bundesamt für Verfassungsschutz 2004a: *Verfassungsschutzbericht 2003*, Berlin.
- Burton, Antoinette 2003: Introduction: On the Inadequacy and Indispensability of the Nation, in: dies.: *After the Imperial Turn. Thinking with and through the Nation*, Durham/London, S. 1-23.
- Butler, David; Butler, Garreth 2000: *Twentieth Century British Political Facts 1900-2000*, Basingstoke u. a.
- Byrne, Paul 1988: *The Campaign for Nuclear Disarmament*, London.
- Byrne, Paul 1997: *Social Movements in Britain*, London/New York.
- Callaghan, John 1984: *British Trotskyism*, Oxford.
- Callaghan, John 1987: *The Far Left in British Politics*, Oxford.
- Callaghan, John 1990: *Socialism in Britain since 1884*, Oxford.
- Callaghan, John 1990a: *The Left Since 1964*, in: Seldon, Anthony (Hrsg.): *UK Political Parties Since 1945*, London, S. 63-78.
- Callaghan, John 2003: *Cold War, Crisis, and Conflict: The History of the CPGB 1951-68*, London.
- Camus, Jean-Ives 2006: *The French Left and political Islam: Secularism versus the temptation of an alliance*, Engage 3, [http://www.engageonline.org.uk/journal/index.php?journal\\_id=12&article\\_id=44](http://www.engageonline.org.uk/journal/index.php?journal_id=12&article_id=44) [5.10.06].
- Centre for Contemporary Cultural Studies 1982: *The Empire strikes Back*, Birmingham.
- Cesarani, David 1990: *The Perdition Affair*, in: Wistrich, Robert S. (Hrsg): *Anti-Zionism and antisemitism in the contemporary world*, London, S. 53-60.
- Cesarani, David 2002: *Britain, the Holocaust and its Legacy: The Theme for Holocaust Memorial Day, 2002*, <http://www.hmd.org.uk/files/1149797162-22.pdf> [20.11.06].
- Cesarani, David 2004: *The Left and the Jews. The Jews and the Left*, London: Labour Friends of Israel.
- Ceylanoglu, Sena 2004: *Linksextremismus in Deutschland heute*, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.): *Extremismus in Deutschland. Erscheinungsformen und aktuelle Bestandsaufnahme*, Berlin, S. 136-162.
- Chakrabarti, Shami 2004: *Freedom in Blair's Britain*, London School of Economics and Political Science: Centre for the Study of Human Rights, [http://www.lse.ac.uk/Depts/human-rights/Documents/17.02.04\\_SC.pdf](http://www.lse.ac.uk/Depts/human-rights/Documents/17.02.04_SC.pdf) [21.08.06].
- Chambers, Iain; Curti, Lidia (Hrsg.) 1996: *The Post-Colonial Question. Common Skies, divided Horizons*.
- Chertoff, Mordecai S. 1971: *The New Left and the Jews*, New York.
- Chun, Lin 1996: *Wortgewitter. Die britische Linke nach 1945*, Hamburg.
- Claussen, Detlef 1992: *Versuch über den Antizionismus. Ein Rückblick*, in: Leon Poliakov: *Vom Antizionismus zum Antisemitismus. Mit einem Vorwort von Detlef Claussen und einem Beitrag von Thomas Haury*, Freiburg, S. 7-20.
- Claussen, Detlef 1995: *Versuch über den Antizionismus – Ein Rückblick*, in: Hentges, Gudrun; Kempfert, Guy; Kühnl, Reinhard (Hrsg.): *Antisemitismus. Geschichte, Interessenstruktur, Aktualität*, Heilbronn, S. 169-180.
- Cliff, Tony 2000: *A world to win. Life of a Revolutionary*, London/Chicago/Sidney.
- Codell, Julie F. (Hrsg.) 1998: *Orientalism Transposed. The Impact of the Colonies an British Culture*, Aldershot.
- Cohen, Steve 1984: *That's Funny You Don't Look Anti-Semitic*, edited and produced by Libby Lawson and Erica Bunnan, Leeds: Beyond the Pale Collective.
- Cohen, Steve 2005: *That's Funny You Don't Look Anti-Semitic. An anti-racist analysis of left anti-semitism*, London, <http://www.engageonline.org.uk/ressources/funny/contents.html> [19.7.06].
- Cohn, Werner 1991: *From Victim to Shylock and Oppressor: The New Image of the Jew in the Trotskyist Movement*, *Journal of Communist Studies* 7(1), S. 46-68, <http://www.wernercohn.com/Trotsky.html> [27.4.07].
- Cole, Tim 2004: *Nativization and Nationalization: A Comparative Landscape Study of Holocaust Museums in Israel, the US and the UK*, *The Journal of Israeli History* 23(1), S. 130-145.
- Collette, Christine; Bird, Stephen (Hrsg.): *Jews, Labour and the Left, 1918-48*, Aldershot.
- Colley, Linda 1992: *Britishness and Otherness: An Argument*, *Journal of British Studies* 31 (4), S. 309-329.
- Copsey, Nigel 2000: *Anti-Fascism in Britain*, Houndsmills, Basingstoke/London.

- Crome, Erhard 2002: Die Linke und ihr Verhältnis zu Nation und Nationalstaat. Die Nation zwischen Europäischer Union und Regionen, Manuskripte 28 der RLS, Berlin.
- Crome, Erhard 2002a: Wir sind ein Volk! Und eine Nation?, Freitag, 15.2., <http://www.freitag.de/2002/08/02080601.php> [09.12.05].
- Curtis, Mark 2006: The myth of the »honest broker«: Britain and Israel, *Global Research*, 30.3.06, <http://www.globalresearch.ca/index.php?context=viewArticle&code=CUR20060330&articleId=2203> [28.11.06].
- Dahrendorf, Ralf 1965: Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München.
- Darwin, John 1990: Review of »Suez 1956: The Crisis and its Consequences. Edited by Wm. Roger Louis and Roger Owen. Oxford, Clarendon Press, 1989«, 20<sup>th</sup> Century British History 1, S. 215-217.
- Darwin, John 1991: The End of the British Empire. The Historical Debate, Oxford.
- Darwish, Nonie 2007: »Den Begriff Islamophobie halte ich für Propaganda«, *jungle world* 1 (03.1.), S. 18.
- Davis, Mike 2002: Late Victorian Holocausts. El Niño Famines and the Making of the Third World, London.
- Deeke, Axel 1995: Experteninterviews – ein methodologisches und forschungspraktisches Problem, in: Brinkmann, Christian, Deeke, Axel; Völkel, Brigitte. (Hrsg.): Experteninterviews in der Arbeitsmarktforschung, Diskussionsbeiträge zu methodischen Fragen und praktischen Erfahrungen, Nürnberg: S. 7-22.
- Deppe, Frank 2000: Die Linke in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Hamburg.
- Deutscher, Isaac 1977: Die ungelöste Judenfrage. Zur Dialektik von Antisemitismus und Zionismus, Berlin.
- Diaz-Bone-Rainer; Schneider, Werner 2003: Qualitative Datenanalysesoftware in der sozialwissenschaftlichen Diskursanalyse – Zwei Praxisbeispiele, in: Keller, Rainer; Hirsland, Andreas; Schneider, Werner; Viehöver, Willy (Hrsg.): Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Bd. 2 Forschungspraxis, Opladen, S. 457-494.
- Dickson, Tony 1989: Scotland is different, OK?, in: McCrone, David; Kendrick, Stephen; Straw, Pat (Hrsg.): The Making of Scotland. Nation, Culture and Social Change, Edinburgh, S. 53-70.
- Dietzel, Horst; Irmischer, Konrad (Hrsg.) 1991: Was ist heute links? Ein Diskussionsangebot, Berlin.
- Diez Medrano Juan 2003: Framing Europe. Attitudes to European Integration in Germany, Spain and the United Kingdom. Princeton.
- Diner, Dan 2003: Gedächtniszeiten. Über jüdische und andere Geschichten, München.
- Dobbing, Herbert 1970: Cause for Concern. A Quaker's View Of the Palestine Problem, Beirut: Institute for Palestine Studies.
- Dogan, Mattei; Pelassy, Dominique 1990: How to Compare Nations. Strategies in Comparative Politics, 2. Aufl., Chatham, NJ.
- Döll, Kristine 2004: Wenn Linke weinen, taz vom 8.9., <http://www.taz.de/pt/2004/09/08/a0229.nf/text> [28.11.05].
- Donati, Paolo R. 2001: Die Rahmenanalyse politischer Diskurse, in: Keller, Rainer; Hirsland, Andreas; Schneider, Werner; Viehöver, Willy (Hrsg.): Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Bd. 1: Theorien und Methoden, Opladen, S. 145-175.
- Döring, Herbert 1986: Politische Kultur in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland. Ein Vergleich. Studienbrief für die Fernuniversität Hagen.
- Döring, Herbert 1988: Parteienstaat und »Party Government«: Politische Verhaltensweisen und Entscheidungsstrukturen, in: Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung: Großbritannien und Deutschland. Nachbarn in Europa, Hannover, S. 87-107.
- Döring, Herbert 1990: Demokratie im technischen Zeitalter. Einheit oder Vielfalt der politischen Kultur(en) in Westeuropa. Politische Bildung 23(3), S. 67-83.
- Dörner, Andreas 1999: Politische Kulturforschung und Cultural Studies, in: Haberl, Othmar-Nikola; Tobias Korenke (Hrsg.): Politische Deutungskulturen. Festschrift für Karl Rohe, Baden-Baden, S. 93-110.
- Dörner, Andreas; Rohe, Karl 1990a: Von der Untertanenkultur zur »Partizipationsrevolution«? Kontinuität und Wandel politischer Kultur in Deutschland, Politische Bildung 23, S.18-33.
- Dörner, Andreas; Rohe, Karl 1991: Politische Sprache und Politische Kultur. Diachron-kulturvergleichende Sprachanalysen am Beispiel von Großbritannien und Deutschland, in: Opp de Hipt, Manfred; Latniak, Erich (Hrsg.): Sprache statt Politik? Politikwissenschaftliche Semantik- und Rhetorikforschung, Opladen, S. 38-65.
- Dreßler, Rudolf 2005: Gesicherte Existenz Israels – Teil der deutschen Staatsräson, Aus Politik und Zeitgeschichte 15 (April), S. 3-8.
- Dunaway, Wilma A; Clelland Donald A. o. J.: Indigenism and Ethnification in the Modern World-System: The Dialectics of Counter-hegemonic Resistance in an Age of Transition, Department of Sociology, Virginia Polytechnic Institute & State University, Blacksburg, VA.
- Dyson, Kenneth H. F. 1980: Die Ideen des Staates und der Demokratie. Ein Vergleich »staatlich verfaßter« und »nicht staatlich verfaßter« Gesellschaften, Der Staat 19 (4), S. 485-515.
- Eder, Klaus 2000: Kulturelle Identität zwischen Tradition und Utopie. Soziale Bewegungen als Ort gesellschaftlicher Lernprozesse, Frankfurt.
- Edmunds, June 1997: The Left's Views on Israel. From the Establishment of the Jewish State to the Intifada, Thesis, London: LSE.

- Edmunds, June 1998: The British Labour Party in the 1980s: The Battle Over the Palestinian/Israeli Conflict, *Politics* 18 (2), S. 111-118.
- Edmunds, June 2000: The Evolution of British Labour Party Policy on Israel from 1967 to the Intifada, *Twentieth Century British History* 11(1), S. 23-41.
- Edmunds, June 2000: The left and Israel. Party – policy change and internal democracy, London.
- Eisinger, P.K. 1973: The Conditions of Protest Behaviour in American Cities, *American Political Science Review* 67, S. 11-28.
- Elbe, Ingo o. J.: Zwischen Marx, Marxismus und Marxismen. Lesarten der Marxschen Theorie, <http://www.oekonomiekritik.de/ElbeLesarten.htm> [12.12.05].
- Elias, Anwen 2003: Europeanisation and the symbolic politics of ethno-regionalism: towards an expanded framework of analysis, ECPR Joint Sessions of Workshops, Edinburgh, 28 March – 2 April 2003, Workshop: Building a Party Family: Comparing Regionalist Parties, EUI, Florence.
- Elkins, David J.; Simeon, Richard E.B. 1979: A Cause in Search of its Effect, or What does Political Culture Explain? *Comparative Politics* 11, S. 127-145.
- Elsässer, Jürgen 2004: Kriegslügen – vom Kosovokonflikt zum Milosevic-Prozess, Berlin.
- Engartner, Tim 2006: Ökonomisierung ohne Normativität – oder: Die lautlose Konversion zum Neoliberalismus, in: Engartner, Tim; Kuring, Diana; Teubl, Thorsten (Hrsg.): Die Transformation des Politischen. Analysen, Deutungen, Perspektiven, Berlin, S. 10-31.
- Esser, Frank 1998: Die Kräfte hinter den Schlagzeilen. Englischer und deutscher Journalismus im Vergleich, Freiburg/München.
- Fairclough, Norman; Wodak, Ruth 1997: Critical Discourse Analysis, in: van Dijk, Teun A.: Discourse as social interaction, London u.a., S. 258-283.
- Farrar, Max 2004: Social Movements and the Struggle over »Race«, in: Todd, Malcolm J.; Taylor, Gary (Hrsg.): Democracy and Participation. Popular Protest and New Social Movements, London, S. 218-247.
- Ferree, Myra Marx; Gamson, William A.; Gerhards, Jürgen; Rucht, Dieter 2002: Shaping Abortion Discourse: Democracy and the Public Sphere in Germany and the United States, Cambridge.
- Fine, Norbert 2006: Karl Marx and the Radical Critique of Anti-Semitism, Engage 1.
- Fischer, Joschka 1992: Die Linke nach dem Sozialismus, Hamburg.
- Flick, Uwe; Kardorff, Ernst von; Steinke, Ines 2003: 1. Was ist qualitative Forschung? Einleitung und Überblick, in: dies. (Hrsg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch, Reinbek bei Hamburg, S. 13-29.
- Forum Against Islamophobia and Racism (FAIR) o. J.: Defining Islamophobia, [http://www.fairuk.org/docs/defining\\_islamophobia.pdf](http://www.fairuk.org/docs/defining_islamophobia.pdf) [12.12.06].
- Foschepoth, Joseph 1991: »Helfen sie uns, und sie helfen Deutschland...«. Die Anfänge der Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Zwischen Antisemitismus und Philosemitismus. Juden in der Bundesrepublik, Berlin, S. 63-70.
- Foucault, Michel 1974: Die Ordnung des Diskurses, Inauguralvorlesung am Collège de France – 2. Dez. 1970, München.
- Foucault, Michel 1995 [1973]: Archäologie des Wissens, 7. Aufl., Frankfurt.
- Frei, Norbert 2005: 1945 und Wir. Das Dritte Reich im Bewusstsein der Deutschen, München.
- Fuchs, Dieter 1990: Zum Wandel politischer Konfliktlinien: Ideologische Gruppierungen und Wahlverhalten, Discussion Paper FS III 90-205, WZB, Berlin.
- Fuchs, Dieter; Klingemann, Hans-Dieter 1990: Chapter 7: The Left-Right-Schema, in: Jennings, Kent M., Deth, Jan van et al. (Hrsg.): Continuities in Political Action. A Longitudinal Study of Political Orientations in Three Western Democracies, Berlin/New York.
- Fukuyama, Francis 1992: Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?, Berlin.
- Gabriel, Oscar W. 1994: Politische Einstellungen und politische Kultur, in: Gabriel, Oscar W.; Brettschneider, Frank (Hrsg.): Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt. Opladen, S. 96-133.
- Gallissot, René 1985: Imperialismus, Kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 3, Berlin: Argument, S. 526-538.
- Galtung, Johan 1994: Menschenrechte – anders gesehen, Frankfurt.
- Gamson, William; André Modigliani (1989): Media Discourse and Public Opinion on Nuclear Power. A Constructionist Approach, *American Journal of Sociology* 95(1), S. 1-37.
- Gehrke, Bernd, Rüdtenklau, Wolfgang 1999: ... das war doch nicht unsere Alternative. DDR-Oppositionelle zehn Jahre nach der Wende, Münster.
- Generaldelegation Palästinas o. J.: Deutsch-Palästinensische Beziehungen, [http://www.palaestina.org/generaldelegation/brd\\_palaestina/brd\\_beziehungen.php](http://www.palaestina.org/generaldelegation/brd_palaestina/brd_beziehungen.php) [06.12.06].
- Georgi Dimitroff 1958: Ausgewählte Schriften, Bd.2, Berlin.
- Gerber, Jan 2003: Deutsche Selbstfindung. Israel und die radikale deutsche Linke 1989 bis 2002, unv. Magisterarbeit, Institut für Politikwissenschaft der Universität Halle.
- Gerhards, Jürgen 1992: Dimensionen und Strategien öffentlicher Diskurse, *Journal für Sozialforschung* 3/4, S. 307-318.

- Gerhards, Jürgen 1993: Neue Konfliktlinien in der Mobilisierung öffentlicher Meinung: eine Fallstudie. Studien zur Sozialwissenschaft Band 130, Opladen.
- Gerhards, Jürgen 2003: Diskursanalyse als systematische Inhaltsanalyse. Die öffentliche Debatte über Abtreibungen in den USA und in der Bundesrepublik im Vergleich, in: Keller, Rainer; Hirsland, Andreas; Schneider, Werner; Viehöver, Willy (Hrsg.): Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Bd. 2 Forschungspraxis, Opladen, S. 299-324.
- Gerhards, Jürgen; Lindgens, Monika 1995: Diskursanalyse im Zeit- und Ländervergleich. Methodenbericht über eine systematische Inhaltsanalyse zur Erfassung des öffentlichen Diskurses über Abtreibung in den USA und der Bundesrepublik in der Zeit von 1970 bis 1994, Berlin: WZB.
- Gerhards, Jürgen; Neidhardt, Friedhelm; Rucht, Dieter 1998: Zwischen Palaver und Diskurs: Strukturen öffentliche Meinungsbildung am Beispiel des Abtreibungsdiskurses in der Bundesrepublik, Opladen.
- Gerhards, Jürgen; Rucht, Dieter 1992: Mesomobilization Contexts: Organizing and Framing in Two Protest Campaigns in West Germany, *American Journal of Sociology* 98 (3), S. 555-589.
- Gerhards, Jürgen; Rucht, Dieter 2000: Öffentlichkeit, Akteure und Deutungsmuster: Die Debatte über Abtreibungen in Deutschland und den USA, in: Gerhards, Jürgen (Hrsg.): Die Vermessung kultureller Unterschiede. USA und Deutschland im Vergleich, Wiesbaden, S. 165-188.
- Gershoni, Israel 2004: Al-Hilals Reaktionen auf den Antisemitismus in Europa, in: Höpp, Gerhard; Wien, Peter; Wildangel, René (Hrsg.): Blind für Geschichte? Arabische Begegnungen mit dem Nationalsozialismus, Berlin, S. 39-72.
- Givet, Jacques 1979: *The Anti-Zionist Complex*, Englewood.
- Glotz, Peter 1992: *Die Linke nach dem Sieg des Westens*, Stuttgart: DVA.
- Goffman, Erving 1980: *Rahmenanalyse. Ein Versuch über die Organisation von Alltagserfahrungen*. Frankfurt.
- Goldberg, Chad Alan 2001: Welfare Recipients or Workers? Contesting the Workfare State in New York City, *Sociological Theory* 19 (2), S. 187-218.
- Goldenbogen, Nora 1993: »Säuberungen« und Antisemitismus in Sachsen (1949-1953), in: Keßler, Mario (Hrsg.): *Arbeiterbewegung und Antisemitismus. Entwicklungslinien im 20. Jahrhundert*, Bonn, S.121-128.
- Gorholt, Martin; Norbert W. Kunz (Hrsg.) 1991: *Deutsche Einheit – deutsche Linke. Reflexionen der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung*, Köln.
- Gorny, Joseph 1983: *The British Labour Movement and Zionism, 1917-1948*. London.
- Gorny, Josef 1985: *The Arab Question and the Jewish Problem*. Tel Aviv: Am Oved.
- Gorz, André; Kallscheuer, Otto 1991: *Und jetzt wohin? Zur Zukunft der Linken*, Berlin.
- Graf, William D. 1976: *The German Left since 1945. Socialism and Social Democracy in the German Federal Republic*, with an Epilogue by Ossip K. Flechtheim, Cambridge/New York.
- Gräfe, Stefanie o. J. [2002]: Im Westen nichts Neues. Der Islam als Antithese zum »freien Westen«, *Forum Wissenschaft* 1/2002, S. 30-33.
- Grant, Wyn 2000: *Pressure Groups and British Politics*, Basingstoke.
- Greenstein, Tony 2005: *The Alliance for Workers' Liberty: Britain's Revolutionary Imperialists*, Whatnext 30, <http://www.whatnextjournal.co.uk/Pages/Latest/AWL.html> [10.5.06].
- Greiffenhagen, Martin/Greiffenhagen, Sylvia 1993: *Ein schwieriges Vaterland. Zur politischen Kultur im vereinigten Deutschland*. München; Leipzig.
- Greiffenhagen, Martin; Greiffenhagen, Sylvia; Prätorius, Rainer (Hrsg.) 1981: *Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland. Ein Lehr- und Nachschlagewerk*, Opladen.
- Groehler, Olaf 1993: Die Diskussion um die Judenverfolgung in SBZ und DDR (1947-1953), in: Keßler, Mario (Hrsg.): *Arbeiterbewegung und Antisemitismus. Entwicklungslinien im 20. Jahrhundert*, Bonn, S.79-85.
- Grzincic, Natahsa 2004: *Ghosts in the machine*, Red Pepper 124 (Oktober), S. 24-26.
- Gurr, T. R. 1972: *Rebellion. Eine Motivationsanalyse von Aufruhr, Konspiration und innerem Krieg*, Düsseldorf/Wien.
- Habermas, Jürgen 1992: Staatsbürgerschaft und nationale Identität, in: ders.: *Faktizität und Geltung. Beiträge zu einer Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaates*, Frankfurt, S. 632-660.
- Hachmeister, Lutz 2002: Die Rolle des SD-Personals in der Nachkriegszeit. Zur nationalsozialistischen Durchdringung der Bundesrepublik, *Mittelweg* 36, Jg. 11 (2).
- Hafez, Kai 2002: *Die politische Dimension der Auslandsberichterstattung, Bd. 2: Das Nahost- und Islambild der deutschen überregionalen Presse*, Baden-Baden.
- Hagen, Patrick 2004: Die Antideutschen und die Debatte der Linken über Israel, unv. Magisterarbeit, Universität Köln, Forschungsinstitut für Politische Wissenschaft und Europäische Fragen, <http://www.politik.uni-koeln.de/jaeger/downloads/hagen.pdf> [7.12.05].
- Hague, Rod; Harrop, Martin; Breslin, Shaun 1998: *Comparative Government and Politics. An Introduction*, 4<sup>th</sup> edition, Houndsmills/London.
- Hall, Catherine (Hrsg.) 2000: *Cultures of Empire. Colonizers in Britain and the Empire in the Nineteenth and Twentieth Centuries: A Reader*, Manchester.



- Hall, Catherine 1996: *Histories, Empires And the Post-Colonial Moment*, in: Chambers, Iain; Curti, Lidia (Hrsg.): *The Post-Colonial Question. Common Skies, divided Horizons*, London u. a., S. 65-77.
- Hanloser, Gerhard (Hrsg.) 2004: *Sie warn die antideutschesten der deutschen Linken. Zu Geschichte, Kritik und Zukunft antideutscher Politik*, Münster.
- Hanloser, Gerhard 2005: Bundesrepublikanischer Linksradikalismus und Israel – Antifaschismus und Revolutionismus als Tragödie und als Farce, in: *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte XXXIII. Antisemitismus, Antizionismus, Israelkritik*, S. 213.
- Hartewig, Karin 2000: *Die Geschichte der jüdischen Kommunisten in der DDR*, Köln, Weimar, Berlin.
- Hartmann, Jürgen 1995: *Vergleichende Politikwissenschaft. Ein Lehrbuch*. Frankfurt/New York.
- Haug, Christoph; Teune, Simon; Yang, Mundo 2007: *Lokale Sozialforen in Deutschland: Kommunale Politik von unten zwischen Protest und Kooperation*, in: Schwalb, Lilian; Walk, Heike (Hrsg.): *Local Governance – mehr Transparenz und Bürgernähe?*. Wiesbaden. S. 206–227.
- Haury, Thomas 1992: Zur Logik des Bundesdeutschen Antizionismus, in: Leon Poliakov: *Vom Antizionismus zum Antisemitismus. Mit einem Vorwort von Detlef Claussen und einem Beitrag von Thomas Haury*, Freiburg, S. 125-159.
- Haury, Thomas 2002: Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR, Hamburg.
- Haury, Thomas 2003: »Zionistenverfolgung« durch die SED? Horch und Guck. *Historisch-literarische Zeitschrift des Bürgerkomitees* »15. Januar« e. V., 12.Jg./Heft 44, S. 14-17.
- Haury, Thomas 2004: Der neue Antisemitismusstreit der deutschen Linken, in: Rabinovici, Doron; Speck, Ulrich; Sznajder, Natan (Hrsg.): *Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte*. Frankfurt, S. 144-167.
- Haury, Thomas 2004a: Von der linken Kritik des Zionismus zum antisemitischen Antizionismus von links, in: Salzborn, Samuel (Hrsg.): *Antisemitismus. Geschichte und Gegenwart*, Gießen, S. 127-158.
- Haury, Thomas 2004b: Die »Dollarkönige«. Der Anti-Amerikanismus der DDR, in: Thadden, Rudolf von, Escudier, Alexandre (Hrsg.): *Amerika und Europa – Mars und Venus? Das Bild Amerikas in Europa*, Göttingen, S. 65-85.
- Haury, Thomas 2004c: Von den Finanzkapitalisten zu den Zionisten – Das »werk tätige Volk« und seine Feinde. Spezifika des Wechselspiels von kommunistischem Selbst- und Feindbild in der frühen DDR, in: Satjukow, Silke; Gries, Rainer (Hrsg.): *Unsere Feinde. Konstruktionen des Anderen im Sozialismus*, Leipzig, S. 107-126.
- Haury, Thomas 2005: Die DDR und der »Aggressorstaat Israel«, *Tribüne. Zeitschrift zum Verständnis des Judentums* 173, S. 202-215.
- Heer, Hannes 1997: Von der Schwierigkeit, einen Krieg zu beenden. Reaktionen auf die Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944«. *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, Heft 12.
- Heinrich, Michael 2004: *Kritik der politischen Ökonomie. Eine Einführung*, Stuttgart.
- Hertzfeld, Hella (Hrsg.) 2002: *Ferienakademie der Stipendiatinnen und Stipendiaten der Rosa-Luxemburg-Stiftung* Hannover, Berlin.
- Herz, Dietmar; Steets, Julia 2002: *Palästina. Gaza und Westbank. Geschichte Politik Kultur*, 3. Aufl., München.
- Herz, Thomas 1995: Basiserzählung und NS-Vergangenheit. Zur Veränderung der politischen Kultur in Deutschland, in: Clausen, Lars (Hrsg.): *Gesellschaften im Umbruch. Verhandlungen des 27. Kongresses der deutschen Gesellschaft für Soziologie in Halle an der Saale*, Frankfurt/New York, S. 91-109.
- Herzog, Andreas 1999: War die DDR antisemitisch? Kritische Anmerkungen zu den Studien einiger Historiker, in: Schuppener, Georg (Hrsg.): *Jüdische Intellektuelle in der DDR. Politische Strukturen und Biographien*, (Hochschule Ost. leipziger beiträge zu hochschule und wissenschaft 1-2/1999), S. 62-74.
- Heyder, Aribert; Iser, Julia; Schmidt, Peter 2004: *Israelkritik oder Antisemitismus? Meinungsbildung zwischen Öffentlichkeit, Medien und Tabus*, <http://www.uni-bielefeld.de/Universitaet/Einrichtungen/Zentrale%20Institute/IWT/FWG/Feindseligkeit/Ergebnisse-Antisemitismus-2004.pdf> [07.12.04].
- Hofmann, Jürgen 1989: *Ein neues Deutschland soll es sein*, Berlin.
- Holz, Klaus 1999: Ist Walsers Rede antisemitisch?, *Kulturosoziologie. Aspekte, Analysen, Argumente* 2/99, Halbjahreshefte der Gesellschaft für Kulturosoziologie e.V.
- Holz, Klaus 2001: *Nationaler Antisemitismus: Wissenssoziologie einer Weltanschauung*, Hamburg.
- Holz, Klaus 2005: *Die Gegenwart des Antisemitismus*, Hamburg.
- Holz, Klaus 2005a: Neuer Antisemitismus? Wandel und Kontinuität der Judenfeindschaft, *Mittelweg* 36, S. 3-23, [www.eurozine.com/article/2005-04-21-holz-de.html](http://www.eurozine.com/article/2005-04-21-holz-de.html) [12.09.06].
- Holz, Klaus 2006: Aus trüber Quelle, *Die Zeit*, Nr. 6, 01.02.
- Holz, Klaus; Müller, Elfriede; Traverso, Enzo 2002: *Schuld und Erinnerung. Die Shoah, der Nahostkonflikt und die Linke*, jungle world 47.
- Höpp, Gerhard 2004: Arabische Opfer des Nationalsozialismus, in: Höpp, Gerhard; Wien, Peter; Wildangel, René (Hrsg.): *Blind für Geschichte? Arabische Begegnungen mit dem Nationalsozialismus*, Berlin, S. 215-268.
- Höpp, Gerhard; Wien, Peter; Wildangel, René (Hrsg.) 2004: *Blind für Geschichte? Arabische Begegnungen mit dem Nationalsozialismus*, Berlin.
- Horkheimer, Max; Theodor W. Adorno 1998: *Dialektik der Aufklärung*, Frankfurt.

- Hörnle, Micha 2000: What's left? Die SPD und die British Labour Party in der Opposition, Frankfurt u. a.
- Howe, Stephen 1993: Anti-Colonialism in British Politics. The Left and the End of Empire, 1918-1964, Oxford.
- Inglehart, Ronald 1971: The Silent Revolution in Europe, *American Political Science Review* 4, S. 991-1017.
- Initiative Sozialistisches Forum 2002: Furchtbare Antisemiten, ehrbare Antizionisten. Über Israel und die links-deutsche Ideologie, Freiburg.
- Iwand, Wolf-Michael 1985: Paradigma politische Kultur. Konzepte, Methoden, Ergebnisse der Political Culture-Forschung in der Bundesrepublik, Opladen.
- Jacobs, Jack 1994: Sozialisten und die »jüdische Frage« nach Marx. Mit einem Vorwort von Susanne Miller, Mainz.
- Jaeger, Kinan 1997: Quadrat der Dreiecks: die deutsch-israelischen Beziehungen und die Palästinenser. Mit einem Vorwort von Hans-Jürgen Wischnewski, Schwalbach/Ts.
- Jaeger, Kinan 2000: Der »Staat Palästina«: Herausforderung deutscher Außenpolitik, *Aus Politik und Zeitgeschichte* B49, <http://www.bpb.de/publikationen/6539ZS.html> [06.12.06].
- Jäger, Michael (Hrsg.) 2003: Globalisierung, Nation, Internationalismus: Orte des Widerstands. Eine linke Debatte, Berlin.
- Jäger, Siegfried 1999: Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung, Duisburg: Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung.
- Jäger, Siegfried 2001: Diskurs und Wissen. Theoretische und methodische Aspekte einer kritischen Diskurs- und Dispositivanalyse, in: Rainer Keller, Andreas Hirsland, Werner Schneider, Willy Viehöfer (Hrsg.): *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse*, Band 1, Theorien und Methoden, Opladen, S. 81-112.
- Jäger, Siegfried 2005: Zur diskursiven Dynamik des Redens über Antisemitismus – Überlegungen zu den EUMC-Berichten 2003 und 2004 zum Thema Antisemitismus, in *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte* XXXIII. Antisemitismus, Antizionismus, Israelkritik, S. 110-139.
- Jäger, Siegfried; Jäger, Margarethe 2003: Medienbild Israel. Zwischen Solidarität und Antisemitismus, Münster.
- Jäger, Siegfried; Jäger, Margarethe 2003a: Medienbild Israel. Zwischen Solidarität und Antisemitismus, Kurzfassung, <http://www.uni-duisburg.de/DISS/Internetbibliothek/Artikel/Deutsch Kurzfassung Israel Studie.pdf> [02.03.04].
- Jelinek, Yeshayahu A. 2004: Deutschland und Israel 1945 - 1965: ein neurotisches Verhältnis, München.
- Jenkins, Craig J.; Perrow, Charles 1977: Insurgency of the Powerless: Farm Worker Movements (1946-1972), *American Sociological Review* 42: 249-268.
- Joppke, Christian 1995: East German Dissidents and the Revolution of 1989. Social Movements in a Leninist Regime, New York.
- Joseph, Detlef 2002: Nazis in der DDR: Die Deutschen Staatsdiener nach 1945 – woher kamen sie? Berlin.
- Joseph, Detlef 2006: Hammer, Zirkel, Hakenkreuz – wie antifaschistisch war die DDR? Berlin.
- Judd, Denis 2004: *Empire. The British Imperial Experience from 1765 to the Present*, London: Phoenix. [org. 1996: Harper].
- Judd, Dennis 2004: *The Lion and the Tiger*, Oxford.
- Kaase, Max 1983: Sinn oder Unsinn des Konzepts »Politische Kultur« für die Vergleichende Politikforschung, oder auch: Der Versuch, einen Pudding an die Wand zu nageln, in: ders.: Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.): *Wahlen und politisches System. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1980*, Opladen, S. 144-171.
- Kachel, Thomas 2006: New Labours zweite Legislatur oder: Der lange Weg zum solidar-gesellschaftlichen Denken, in: Brie, Michael, Hildebrand, Cornelia (Hrsg.): *Parteien und Bewegungen. Die Linke im Aufbruch*, Berlin, S. 184-190.
- Kapferer, Norbert: Das Feindbild »Zionismus« in der marxistisch-leninistischen Ideologie. Eine kommunistische Variante des Antisemitismus, in: Satjukow, Silke; Gries, Rainer (Hrsg.): *Unsere Feinde. Konstruktionen des Anderen im Sozialismus*, Leipzig, S. 299-319.
- Karsh, Efraim; Miller, Rory 2004: Freya Stark in America. Orientalism, Antisemitism and Political Propaganda, *Journal of Contemporary History* 39(3), S. 315-332.
- Kassner, Karsten; Wassermann, Petra 2002: Nicht überall, wo Methode draufsteht, ist auch Methode drin. Zur Problematik der Fundierung von ExpertInneninterviews, in: Bogner, Alexander; Littig, Beate; Menz, Wolfgang (Hrsg.): *Das Experteninterview. Theorien, Methoden, Anwendung*, Opladen, S. 95-111.
- Kavanagh, Dennis 1980: Political Culture in Great Britain: The Decline of the Civic Culture: in: Almond, Gabriel A.; Verba, Sydney (Hrsg.): *The Civic Culture Revisited*, Newsbury Park u. a.
- Kelemen, Paul 1996: In the Name of Socialism: Zionism and European Social Democracy in the Inter-War Years, *International Review of Social History* 41, S. 331-350.
- Kelemen, Paul 1996a: Zionism and the British Labour Party: 1917-39, *Social History* 21(1), Jan, 71-87.
- Kelemen, Paul 2000: Looking the other way: the British Labour Party, Zionism and the Palestinians, in: Collette, Christine; Bird, Stephen (Hrsg.): *Jews, Labour and the Left, 1918-48*, Aldershot.
- Keller, Reiner 2000: Der Müll in der Öffentlichkeit. Reflexive Modernisierung als kulturelle Transformation. Ein deutsch-französischer Vergleich, *Soziale Welt* 51(3), S. 245-266.

- Keller, Reiner 2001: Wissenssoziologische Diskursanalyse, in: Reiner Keller, Andreas Hirsland, Werner Schneider, Willy Viehöfer (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Band 1, Theorien und Methoden, Opladen, S. 113-143.
- Keller, Reiner 2003: Der Müll der Gesellschaft. Eine Wissenssoziologische Diskursanalyse, in: Keller, Reiner; Hirsland, Andreas; Schneider, Werner; Viehöfer, Willy: Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Bd. 2 Forschungspraxis, Opladen, S. 197-232.
- Keller, Reiner; Hirsland, Andreas; Schneider, Werner; Viehöfer, Willy (Hrsg.) 2001: Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Band 1: Theorien und Methoden, Opladen.
- Keller, Reiner; Hirsland, Andreas; Schneider, Werner; Viehöfer, Willy (Hrsg.) 2003: Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Band 2: Forschungspraxis, Opladen.
- Keller, Reiner; Hirsland, Andreas; Schneider, Werner; Viehöfer, Willy 2001a: Zur Aktualität sozialwissenschaftlicher Diskursanalyse – Eine Einführung, in: dies. (Hrsg.): Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Band 1: Theorien und Methoden, Opladen, S. 7-27.
- Keßler, Mario (Hrsg.) 1993: Arbeiterbewegung und Antisemitismus. Entwicklungslinien im 20. Jahrhundert, Bonn.
- Keßler, Mario 1993a: Arbeiterbewegung und Antisemitismus. Zur Problematik des Themas, in: ders. (Hrsg.): Arbeiterbewegung und Antisemitismus. Entwicklungslinien im 20. Jahrhundert, Bonn, S. 9-17.
- Keßler, Mario 1993b: Stalinismus und Antisemitismus. Die ungelöste jüdische Frage in der Sowjetunion (1917-1953), in: ders. (Hrsg.): Arbeiterbewegung und Antisemitismus. Entwicklungslinien im 20. Jahrhundert, Bonn, S. 47-55.
- Keßler, Mario 1993c: Arbeiterbewegung und Antisemitismus. Bericht über einen Workshop am 5. Dezember 1992 in Berlin, Internationale wissenschaftliche Korrespondenz 29(1), S. 52-55.
- Keßler, Mario 1994: Zionismus und internationale Arbeiterbewegung 1897-1933. Vorwort von Theodor Bergmann, Berlin.
- Keßler, Mario 1994a: Antisemitismus, Zionismus und Sozialismus. Arbeiterbewegung und jüdische Frage im 20. Jahrhundert, 2. Aufl., Mainz.
- Keßler, Mario 1995: Die SED und die Juden – zwischen Repression und Toleranz. Politische Entwicklungen bis 1967 (Zeithistorische Studien, Bd. 6), Berlin.
- Keßler, Mario 1995a: Zwischen Repression und Toleranz. Die SED-Politik und die Juden (1949-1967), in: Keßler, Mario; Groehler, Olaf (Hrsg.): Die SED-Politik, der Antifaschismus und die Juden. In der SBZ und der frühen DDR, Berlin: Gesellschaftswissenschaftliches Forum, S. 32-54.
- Keßler, Mario 1996: Zionismus und marxistische Linke, Berliner Dialog-Hefte 7, Nr. 3, S. 3-11.
- Keßler, Mario 1996a: Die SED und die Juden. Neuere Forschungsergebnisse, Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien 7, S. 59-63.
- Keßler, Mario 2004a: Kommunismus und Antisemitismus in Deutschland: Der »Fall Merker«, seine Vorgeschichte und seine Folgen, in: Ephraim Carlebach Stiftung/Sächsische Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Antisemitismus in Sachsen im 19. und 20. Jahrhundert, Dresden, S. 193-200.
- Kettenacker, Lothar 1988: Die Briten und ihre Geschichte. Was ist anders als bei uns?, in: Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung: Großbritannien und Deutschland. Nachbarn in Europa, Hannover, S. 131-140.
- Kiefer, Michael 2003: Antisemitismus in den islamischen Gesellschaften. Der Palästina-Konflikt und der Transfer eines Feindbildes, Düsseldorf: Verein zur Förderung gleichberechtigter Kommunikation e.V.
- Kießling, Wolfgang 1993: Paul Merker und der »Sozialismus der dummen Kerls«, in: Keßler, Mario (Hrsg.): Arbeiterbewegung und Antisemitismus. Entwicklungslinien im 20. Jahrhundert, Bonn, S. 87-94.
- Kistenmacher, Olaf 2005: »Antizionismus« in der KPD der 1920er Jahre, Context XXI, Heft 3-4, S. 32-34.
- Kistenmacher, Olaf o. J.: Vom »Judenkapital« zur »jüdisch-faschistischen Legion in Jerusalem«. Zur Entwicklung des »Antizionismus« in der Kommunistischen Partei Deutschlands der Weimarer Republik, 1925-1933, Vortrags-Manuskript, <http://www.isf-freiburg.org/isf/beitraege/pdf/kistenmacher-antisemitismus.kpd.pdf> [19.7.06].
- Kitschelt, Herbert P. 1986: Political Opportunity Structures and Political Protest. Anti-Nuclear-Movements in Four Democracies, British Journal of Political Science 16, S. 57-85.
- Klandermans, Bert 1988: The Formation and Mobilization of Consensus, in: Bert Klandermans, Hanspeter Kriesi, Sidney Tarrow. (Hrsg.): International Social Movement Research 1, Greenwich, London. S. 173-198.
- Klein, Thomas; Vordenbäumen, Vera; Wiegrefe, Carsten; Wolf, Udo (Hrsg.) 1991: Keine Opposition. Nirgend? Linke in Deutschland nach dem Sturz des Realsozialismus, Berlin.
- Kloke, Martin W. 1994: Israel und die Deutsche Linke. zur Geschichte eines schwierigen Verhältnisses, 2. erw. & akt. Aufl., Frankfurt.
- Kloke, Martin W. 2001: Zwischen Scham und Wahn. Israel und die deutsche Linke 1945-2000, in: Gremliza, Hermann L. (Hrsg.): Hat Israel noch eine Chance? Palästina in der neuen Weltordnung, Hamburg: konkret Literatur Verlag.
- Kloke, Martin W. 2004: Antizionismus und Antisemitismus als Weltanschauung? Tendenzen im deutschen Linksradikalismus und -extremismus, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Extremismus in Deutschland. Erscheinungsformen und aktuelle Bestandsaufnahme, Berlin, S. 163-195.

- Knobloch, Clemens 1999: Links Mitte Rechts, Blätter für deutsche und internationale Politik 6, <http://www.blaetter.de/kommenta/knob0699.htm> [20.7.04].
- Koelble, Thomas A. 1991: The Left Unraveled. Social Democracy and the New Left Challenge in Britain and West Germany, Durham/London.
- Kolb, Felix 2003: The Impact of Transnational Protest on Social Movement Organizations: Mass Media and the Making of ATTAC Germany, unv. Paper für die Konferenz »Transnational Processes and Social Movements«, Villa Serbelloni, Bellagio, 22.-26.7. 2003.
- Kölsch, Julia 2000: Politik und Gedächtnis. Zur Soziologie funktionaler Kultivierung von Erinnerung, Wiesbaden.
- Koopmans Ruud; Statham, Paul 1999, »Ethnic and Civic Conceptions of Nationhood and the Differential Success of the Extreme Right in Germany and Italy«, in: Giugni Marco et al. (eds.), How Social Movement Matter, Minneapolis, 225-251.
- Koopmans, Ruud; Kriesi, Hanspeter 1997: Citizenship, National Identity and the Mobilisation of the Extreme Right., Berlin: WZB.
- Koopmans, Ruud; Statham, Paul 2000: Migration and Ethnic Relations. An Opportunity Structure Approach, in: dies. (Hrsg.): Challenging Immigration and Ethnic Relations Politics: Comparative European Perspectives, Oxford, New York, S. 13-56.
- Kowalsky, Wolfgang; Schroeder, Wolfgang (Hrsg.) 1993: Linke, was nun? Berlin.
- Kraushaar, Wolfgang 2005: Die Bombe im jüdischen Gemeindehaus, Hamburg.
- Kreis, Georg 2005: Antisemitismus und Israelkritik, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte XXXIII. Antisemitismus, Antizionismus, Israelkritik, S. 17-32.
- Küntzel, Matthias 2003: Dihad und Judenhaß. Über den neuen antijüdischen Krieg: Freiburg.
- Küntzel, Matthias 2004: Von Zeesen bis Beirut. Nationalsozialismus und Antisemitismus in der arabischen Welt, in: Rabinovici, Doron; Speck, Ulrich; Sznajder, Natan (Hrsg.): Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte. Frankfurt, S. 271-293.
- Küntzel, Matthias 2004a: Über die europäischen Wurzeln des Antisemitismus im gegenwärtigen islamischen Denken, Vortragsmanuskript, <http://www.matthiaskuentzel.de/contents/ueber-die-europaeischen-wurzeln-des-antisemitismus-im-gegenwaertigen-islamischen-denken> [06.12.06]
- Kurz, Robert 2003: Die antideutsche Ideologie: vom Antifaschismus zum Krisenimperialismus: Kritik des neuesten linksdeutschen Sektenwesens in seinen theoretischen Propheten, Münster.
- Kushner, Tony 1989: The British and the Shoah, Patterns of Prejudice 23 (3), S. 3-16.
- Kushner, Tony 1990: The Western Allies and the Holocaust. Rules of the Game: Britain, America and the Holocaust in 1944, in: Holocaust and Genocide Studies 5(4), S. 381-402.
- Landesamt für Verfassungsschutz Hessen 1999: Autonome, Broschüre, Wiesbaden.
- Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen 2002: Verfassungsschutzbericht 2002, Dresden.
- Landeshauptstadt München (Hrsg.) 1998: Bilanz einer Ausstellung. Dokumentation der Kontroverse um die Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944« in München, München.
- Lang, Jürgen P. 2001: Partei ohne Mitte. Die programmatischen Auseinandersetzungen in der PDS, in: Uwe Backes, Eckhard Jesse (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie 13, Baden-Baden 2001 [19.12.05].
- Lau, Jörg 2005: Oskar Haider, Die Zeit 26 (23.6.), [http://www.zeit.de/2005/26/Spr\\_9fche?page=all](http://www.zeit.de/2005/26/Spr_9fche?page=all) [13.12.05].
- Lawrence, Elizabeth 2004: Trade Unions, in: Todd, Malcolm J.; Taylor, Gary (Hrsg.): Democracy and Participation. Popular Protest and New Social Movements, London: Merlin Press, S. 135-157.
- Leach, Robert 1991: British Political Ideologies, New York u. a.
- Leeke, Matthew; Sear, Chris; Gay, Oonagh 2003: An introduction to devolution in the UK, House of Commons Library Research Paper 03/84, <http://www.parliament.uk/commons/lib/research/rp2003/rp03-084.pdf> [25.4.05].
- Leggewie, Claus 2004: Globalisierungskritik – Eine neue außerparlamentarische Linke im Weltmaßstab?, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Extremismus in Deutschland. Erscheinungsformen und aktuelle Bestandsaufnahme, Berlin, S. 211-221.
- Lehmkuhl, Ursula 1995: »Größe« und »Selbstbehauptung« als Formeln britischer Weltgeltung: einige theoretische und methodische Überlegungen, in: Jansen, Hans-Heinrich; Lehmkuhl, Ursula (Hrsg.) 1995: Großbritannien, das Empire und die Welt. Britische Außenpolitik zwischen »Größe« und »Selbstbehauptung«, 1850-1990, Bochum, S. 3-29.
- Leibold, Jürgen; Kühnel, Steffen 2003: Islamophobie, Sensible Aufmerksamkeit für spannungsreiche Anzeichen, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände, Folge 2, Frankfurt, S. 100-119.
- Leibold, Jürgen; Kühnel, Steffen 2006: Islamophobie. Differenzierung tut not, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände, Folge 4, Frankfurt, S. 135-155.
- Lenin, Wladimir Iljitsch 1986 [1917]: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: ders. Ausgewählte Werke, Bd. II, Berlin, S. 643-770.
- Lenin, Wladimir Iljitsch 1986 [1920]: Der »linke Radikalismus«, die Kinderkrankheit im Kommunismus, in: ders.: Ausgewählte Werke, Bd. V, Berlin, S. 463-573.
- Leon, Abram 1970: The Jewish Question. A Marxist Interpretation, New York.

- Lepsius, M. Rainer 1988: Das Erbe des Nationalsozialismus und die politische Kultur der Nachfolgestaaten des »Großdeutschen Reiches«, in: Haller, Max; Hoffmann-Nowotny, Hans-Jürgen; Zapf, Wolfgang (Hrsg.): Kultur und Gesellschaft, Frankfurt: 247-264.
- Levey, Zach 1995: Anglo-Israeli strategic relations, 1952-1956, *Middle Eastern Studies* 31(4), S. 772-803.
- Levin, Nora 1988: *The Jews in the Soviet Union since 1917. Paradox of Survival*, vol. I, London/New York.
- Levin, Nora 1988a: *The Jews in the Soviet Union since 1917. Paradox of Survival*, vol. II, New York/London.
- Levy, Daniel; Sznajder, Nathan 2001: Erinnerung im globalen Zeitalter: der Holocaust, Frankfurt.
- Liebman, Arthur 1979: *Jews and the left*, New York u. a.
- Liebold, Renate; Trinczek, Rainer 2002: Experteninterview, in: Kühl, Stefan; Strodtzholz, Petra (Hrsg.): *Methoden der Organisationsforschung. Ein Handbuch*, Reinbek bei Hamburg, S. 33-71.
- Lindenau, Gisela 1991: Links – ein zeitgemäßer Begriff?, in: Dietzel, Horst; Irmschler, Konrad (Hrsg.): *Was ist heute links? Ein Diskussionsangebot*, Berlin, S. 7-25.
- Link, Jürgen 1983: *Elementare Literatur und generative Diskursanalyse*, München.
- Lipset, Seymour M., Stein Rokkan, 1967: *Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments: An Introduction*, in: Lipset, Seymour M., Stein Rokkan, (1967): *Party Systems and Voter Alignments. Cross-National Perspectives*, New York, S.1- 64.
- Lipski, M. 1970: *Protest in City Politics*, Chicago.
- Lochner, Axel (Hrsg.) 1990: *Linke Politik in Deutschland: Beiträge aus der DDR und BRD*, Hamburg.
- London, Louise 2000: *Whitehall and the Jews, 1933-1948. British Immigration Policy, Jewish Refugees and the Holocaust*, Cambridge.
- Lötzsch, Ronald 2001: *Die Linke und ihr Verhältnis zu Nation und Nationalstaat: Nationalsozialismus und nationale Minderheiten*, Manuskripte 16 (RLS), Berlin.
- Lowi, T. 1971: *The Politics of Disorder*, New York.
- Luber, Silvia 2003: *Berufliche Selbständigkeit im Wandel. Ein empirischer Vergleich der sozialen und wirtschaftlichen Struktur Selbständiger in Deutschland und Großbritannien*, Frankfurt u. a..
- Lucas, Noah 1985: Jewish Students, the Jewish Community and the »Campus War« in Britain, *Patterns of Prejudice* 19(4), S. 27-34.
- Ludwig, Andrea 1992: *Israel-Kritik von links : über die Auseinandersetzung in der bundesdeutschen Linken seit 1967*, Berlin : Zentralinst. für Sozialwiss. Forschung (FU Berlin), Berliner Arbeitshefte und Berichte zur sozialwissenschaftlichen Forschung Nr. 69.
- Ludwig, Andrea 1995: *Neue oder deutsche Linke? Nation und Nationalismus im Denken von Linken und Grünen*, Opladen.
- Luhmann, Niklas 1997: *Die Gesellschaft der Gesellschaft*, Frankfurt.
- Lustiger, Arno 1998: *Rotbuch: Stalin und die Juden. Die tragische Geschichte des jüdischen antifaschistischen Komitees und der sowjetischen Juden*, Berlin.
- Maasen, Sabine 2003: Zur Therapeutisierung sexueller Selbst. »The Making Of« einer historischen Diskursanalyse, in: Keller, Rainer; Hirsland, Andreas; Schneider, Werner; Viehöver, Willy: *Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse*, Bd. 2 Forschungspraxis, Opladen, S. 119-146.
- MacKenzie, John 1999: *The Popular Culture of Empire in Britain*, in: Browne, Judith M.; Louis, Wm. Roger (Hrsg.): *The Oxford History of the British Empire, Volume IV. The Twentieth Century*, Oxford/New York, S. 212-231.
- Mallmann, Klaus-Michael 2006: Der Holocaust war auch in Palästina geplant, Interview, *jungle world* 44, 1.11., S. 21.
- Mallmann, Klaus-Michael; Cüppers, Martin 2006: *Halbmond und Hakenkreuz. Das »Dritte Reich«, die Araber und Palästina*, Darmstadt.
- Märthesheimer, Peter; Ivo Frenzel (Hrsg.) 1979: *Im Kreuzfeuer: Der Fernsehfilm Holocaust. Eine Nation ist betroffen*, München.
- Maser, Peter 1995: *Juden und jüdische Gemeinden in der Innenpolitik der DDR*, in: Bergmann, Werner; Erb, Rainer; Lichtblau, Albert (Hrsg.): *Schwieriges Erbe. Der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt/New York, S. 339-368.
- Maubach, Franka 2003: Rezension von: Haury, Thomas: *Antisemitismus von Links, H-Soz-U-Kult*, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/type=rezbuecher&id=2144> [19.7.06].
- May, Fritz 1993: *Israel heute – ein lebendiges Wunder. Ein aktueller Streifzug durch die Gegenwart Israels*, Asslar.
- Mayring, Philipp 1999: *Einführung in die qualitative Sozialforschung. Eine Anleitung zum qualitativen Denken*, 4. Aufl., Weinheim.
- McAdam, Doug 1982: *Political Processes and the development of black insurgency*, Chicago.
- McAdam, Doug 1994: *Culture and Social Movements*, in: Laraña, Enrique, Johnston, Hank, Gusfield, Joseph R. (Hrsg.): *New Social Movements. From Ideology to Identity*, Philadelphia, S. 36-57.
- McCarthy, John; Mayer N. Zald 1977: *Resource Mobilization and Social Movements. A partial Theory*, *American Journal of Sociology* 82 (6), S. 1212-1241.
- McCrone, David 2001: *Understanding Scotland. The sociology of a nation*, 2. ed., London/New York.

- McKay; George (Hrsg.) 1998: *DiY culture. Party & protest in Nineties Britain*, London/New York.
- McKay, George 1998a: *DiY Culture. Notes towards an intro*, in: ders. (Hrsg.): *DiY culture. Party & Protest in Nineties Britain*, London/New York, S. 1-54.
- McNamara, Robert 2000: Britain, Nasser, and the outbreak of the Six Day War, *Journal of Contemporary History* 35 (4), S. 619-641.
- Meinhof, Ulrike 1968: *Drei Freunde Israels*, Vorwort von Deutscher, Isaac 1968: *Der israelisch-arabische Konflikt. Voltaire-Flugschrift 21*, hrsg. von Bernward Vesper, Frankfurt, Berlin, S. 3-5.
- Meining, Stefan 2002: *Kommunistische Judenpolitik. Die DDR, die Juden und Israel. Mit einem Vorwort von Michael Wolffsohn*, Hamburg.
- Melucci, Alberto 1995: *The Process of Collective Identity*, in: Hank Johnston; Bert Klandermans (Hrsg.) *Social Movements and Culture*, Minneapolis, S. 41-64.
- Mendelsohn, Ezra (Hrsg.) 1997: *Essential papers on Jews and the left*, New York/London.
- Mertens, Lothar 1995: Antizionismus: Feindschaft gegen Israel als eine neue Form des Antisemitismus, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): *Antisemitismus in Deutschland. Zur Aktualität eines Vorurteils*, München.
- Mertens, Lothar 1995: Die SED und die NS-Vergangenheit, in: Bergmann, Werner; Erb, Rainer; Lichtblau, Albert (Hrsg.): *Schwieriges Erbe. Der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt/New York, S. 194-211.
- Mertens, Lothar 1997: *Davidstern unter Hammer und Zirkel, Die jüdischen Gemeinden in der SBZ/DDR und ihre Behandlung durch Partei und Staat 1945-1990*, Hildesheim, u. a.
- Mertens, Lothar (Hrsg.) 2006: *Deutschland und Israel : ausgewählte Aspekte eines schwierigen Verhältnisses*, Berlin.
- Merton, Robert K., Kendall, Patricia 1946: *The focussed Interview*, *American Journal of Sociology* 51, S. 541-557.
- Merton, Robert K., Kendall, Patricia 1979: *Das fokussierte Interview*, in: Hopf, Christel; Weingarten, Elmar: *Qualitative Sozialforschung*, 2. Aufl., Stuttgart, S. 171-204.
- Meuser, Michael; Nagel, Ulrike 1991: *ExpertInneninterviews – vielfach erprobt, wenig bedacht. Ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion*, in: Garz, Detlef; Kraimer, Klaus (Hrsg.): *Qualitativ-empirische Sozialforschung. Konzepte, Methoden, Analysen, Opladen*, S. 441-471.
- Meuser, Michael; Nagel, Ulrike 1994: *Expertenwissen und Experteninterview*, in: Hitzler, Ronald; Honer, Anne; Maeder, Christoph. (Hrsg.): *Expertenwissen: die institutionalisierte Kompetenz zur Konstruktion von Wirklichkeit*, Opladen, S. 180-192.
- Meuser, Michael; Nagel, Ulrike 1997: *Das ExpertInneninterview. Wissenssoziologische Voraussetzungen und methodische Durchführung*, in: Frieberthäuser, Barbara; Prengel, Annedore (Hrsg.) *Handbuch qualitative Forschungsmethoden in der Erziehungswissenschaft*, Weinheim-München, S. 481-491.
- Meuser, Michael; Nagel, Ulrike 2002: *ExpertInneninterviews – vielfach erprobt, wenig bedacht. Ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion*, in: Bogner, Alexander; Littig, Beate; Menz, Wolfgang (Hrsg.): *Das Experteninterview. Theorien, Methoden, Anwendung*, Opladen, S. 71-93.
- Michaels, Lucy 2004: *Fear and Loathing*, *New Internationalist* 372, October, <http://www.newint.org/issue372/fear.htm> [1.11.04].
- Mielke, Gerd 2004: *Wähler im Wartestand. Entstehungs- und Erfolgchancen einer neuen Linkspartei*, *Forschungs-journal Neue Soziale Bewegungen* 17(2), S. 6-21.
- Miller, Susanne 1994: *Vorwort*, in: Jacobs, Jack 1994: *Sozialisten und die »jüdische Frage« nach Marx*, Mainz: Decaton-Verlag.
- Modood, Tariq 2004: *Britishness out of Imigration and Anti-Racism*, in: Brocklehurst, Helen; Phillips, Robert (Hrsg.): *History, Nationhood and the Question of Britain*, Houndmills/New York, S. 85-98.
- Montefiore, Hugh 1990: *Christianity and Politics. The Drummond Lectures 1989*, Houndmills/London.
- Morland, Dave; Carter, John 2004: *Anarchism and Democracy*, in: Todd, Malcolm J.; Taylor, Gary (Hrsg.): *Democracy and Participation. Popular Protest and New Social Movements*, London, S. 78-95.
- Müller-Hohagen, Jürgen o. J.: *Täter und ihre Nachkommen*, <http://www.dachau-institut.de/psychologie/seelischeauswirkungen/taeter/index.html> [22.01.07].
- Müller, Andreas; Ullrich, Peter 2007: *Rezension von: Rabinovici, Doron; Speck, Ulrich; Sznajder, Natan (Hrsg.) 2004: Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte. Frankfurt, UTOPIE kreativ 197, S. 279-281.*
- Musolf, Andreas 1996: *Krieg gegen die Öffentlichkeit. Terrorismus und politischer Sprachgebrauch*, Opladen.
- Muukkonen, Martti: *A Model for Federal International Nongovernmental Organizations. A presentation to Social Movement Research Network at the meeting of European Sociological Association. August 28 – September 1, 2001.*
- Neidhardt, Irit; Willi Bischof (Hrsg.) 2000: *Wir sind die Guten: Antisemitismus in der radikalen Linken*, Münster.
- Neuberger, Benyamin 2005: *Israel und Deutschland. Emotionen, Realpolitik und Moral*, *Aus Politik und Zeitgeschichte* 15 (April), S. 14-22.
- Niedermayer, Oskar 2006: *Die Veränderung des deutschen Parteiensystems*, in: Brie, Michael, Hildebrand, Cornelia (Hrsg.): *Parteien und Bewegungen. Die Linke im Aufbruch*, Berlin, S. 101-110.

- Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung 1988: Großbritannien und Deutschland. Nachbarn in Europa, Hannover.
- Niehr, Thomas; Böke, Karin (Hrsg.) 2000: Einwanderungsdiskurse. Vergleichende diskurslinguistische Studien. Wiesbaden.
- Nieuwebeerta, Paul 1996: The Democratic Class Struggle in Postwar Societies: Class Voting in Twenty Countries, 1945-1990, *Acta Sociologica* 39, S. 345-383.
- Noelle-Neumann, Elisabeth 2003: Der Linkstrend ist gestoppt, FAZ vom 12.11., S. 5.
- Noelle-Neumann, Elisabeth; Petersen, Thomas 2006: Eine fremde, bedrohliche Welt. Die Einstellungen der Deutschen zum Islam, FAZ vom 17.05., S. 5.
- o. A. 1969: Al Fatah has friends on the fringes. *Wheels within wheels, Patterns of Prejudice* 3(3), S. 9-11.
- o. A. 1977: anti-Zionism at British universities, by a correspondend, *Patterns of Prejudice* 11(4), S. 1-3.
- o. A. 1977a: student's war on zionism, *Patterns of Prejudice* 11(6), S. 23-24.
- o. A. 1979: Neues Deutschland and Israel: A Diary of East German Reactions, in: Wistrich, Robert S. (Hrsg.): *The Left Against Zion. Communism, Israel and the Middle East*, London, S. 114-136.
- o. Hrsg. 1993: *What's left. Prognosen zur Linken*, Berlin.
- Oertzen, Peter von 1998: Behelfsbrücken. Linkssozialistische Zeitschriften in der Ära der »Restauration« 1950-1962, in: Buckmiller, Michael; Perels, Joachim (Hrsg.): *Opposition als Triebkraft der Demokratie*, Hannover.
- Offenberg, Ulrike 1998: »Seid vorsichtig gegen die Machthaber«. Die jüdischen Gemeinden in der SBZ und der DDR 1945-1990, Berlin 1998.
- Oliver, Pamela; Hank Johnston 2000: What a good Idea! Ideology and Frames in Social Movement Research, *Mobilization* 5(1), S. 37-54.
- Opp de Hipt, Manfred; Latniak, Erich (Hrsg.) 1991: *Sprache statt Politik? Politikwissenschaftliche Semantik- und Rhetorikforschung*, Opladen.
- Orenstein, Mordekhai 1936: *Jews, Arabs and British in Palestine. A left socialist view*, London, pr. by Narodiczky.
- Otto, Wilfriede 1993: Antizionismus – übergestülptes Feindbild und antisemitische Haltung, in: Keßler, Mario (Hrsg.): *Arbeiterbewegung und Antisemitismus. Entwicklungslinien im 20. Jahrhundert*, Bonn, S. 95-119.
- Owen, Nicholas 1998: Britain and decolonization: The Labour governments and the Middle East, 1945-1951, in: Cohen, Michael, J.; Kolinsky, Martin (Hrsg.): *Demise of the British Empire in the Middle East. Britain's Response to nationalist Movements 1943-55*, London, S. 3-22.
- Owen, Nicholas 1999: Criticis of Empire in Britain, in: Browne, Judith M.; Louis, Wm. Roger (Hrsg.): *The Oxford History of the British Empire, Volume IV. The Twentieth Century*, Oxford/New York, S. 188-211.
- Packpapier Verlag (o.J.) *Deutsche Linke und die Kritik an Israel: Ein Reader*, <http://www.packpapier-verlag.de/Krieg+Frieden/DtLinke> [25.11.02].
- Pappe, Ilan 1990: Overt conflict to tacit alliance: Anglo-Israeli relations 1948-51, *Middle Eastern Studies* 26 (4), S. 561-581.
- Pappi, Franz U. 1973: Parteiensystem und Sozialstruktur in der Bundesrepublik, *Politische Vierteljahresschrift* 14, S. 191-213.
- Philo, Greg; Berry, Mike 2004: *Bad News from Israel*, London.
- Pohrt, Wolfgang 1982: *Endstation. Über die Wiedergeburt der Nation. Pamphlete und Essays*. Berlin.
- Pohrt, Wolfgang 2004: *FAQ*, Berlin.
- Poliakov, Leon 1992: *Vom Antizionismus zum Antisemitismus. Mit einem Vorwort von Detlef Claussen und einem Beitrag von Thomas Haury*, Freiburg.
- Polkahn, Klaus 1999: Die DDR und Palästina, *Aus Politik und Zeitgeschichte B* 38/99, S. 32-39.
- Pope, J. 1986: »Anti-Racism, Anti-Zionism and Anti-Semitism. Debates in the British Women's Movements«, *Patterns of Prejudice* 20, S. 13-25.
- Porter, Bernard 1996: *The Lion's Share. A Short History of British Imperialism 1850-1995*, 3. Aufl., Harlow/Essex.
- Porter, Bernard 2004: *Absent-Minded Imperialists. Empire, Society, and Culture in Britain*, Oxford.
- Postone, Moishe 1992: Nationalsozialismus und Antisemitismus, in: Redaktion diskus (Hrsg.): *Küss den Boden der Freiheit. Diskus – Texte der Neuen Linken*, Berlin; Amsterdam, S. 425-437.
- Postone, Moishe 1995: Nationalsozialismus und Antisemitismus, in: Werz, Michael (Hrsg.): *Antisemitismus und Gesellschaft. Zur Diskussion um Auschwitz, Kulturindustrie und Gewalt*, Frankfurt, S. 29-43.
- Postone, Moishe 2005: *Deutschland, die Linke und der Holocaust*, Freiburg.
- Potthoff, Heinrich 1995: *Die Auseinandersetzung der SPD und der Gewerkschaften mit dem NS-System und dem Holocaust*, in: Bergmann, Werner; Erb, Rainer; Lichtblau, Albert (Hrsg.): *Schwieriges Erbe. Der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt/New York, S. 120-137.
- Przeworski, Adam; Teune, Henry 1970: *The Logic of Comparative Social Inquiry*, New York u. a.
- Rabinovici, Doron; Speck, Ulrich; Sznajder, Natan (Hrsg.) 2004: *Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte*. Frankfurt.

- Raheb, Viola 2001: Jenseits von entweder – oder: Doppelte Solidarität mit Israel – Palästina, [http://www.dioezese-linz.at/einrichtungen/sion/websites/d/jerusalem/icb/jenseits\\_von\\_entweder\\_oder.htm](http://www.dioezese-linz.at/einrichtungen/sion/websites/d/jerusalem/icb/jenseits_von_entweder_oder.htm) [12.02.07].
- Rapoport, Louis 1992: Hammer, Sichel, Davidstern: Judenverfolgung in der Sowjetunion, Berlin.
- Redaktion Arbeiterkampf (Hrsg.) 1988: Deutsche Linke zwischen Israel und Palästina, Hamburg.
- Redaktion Fantómas 2002: Hundert Jahre Einsamkeit. Linke und soziale Bewegung in der »Berliner Republik«, ak 466, 18.10., S. 30 ff.
- Redaktion Gegenstandspunkt 2000: Israel, die Palästinenser, die arabischen Staaten, die USA – vier unvereinbare Versöhnungsprogramme. Klarstellung zum Friedensprogramm in Nahen Osten, Gegenstandspunkt 4-2000, S. 127-142.
- Reißig, Rolf 2005: Mitregieren in Berlin. Die PDS auf dem Prüfstand (Reihe: Texte/Rosa-Luxemburg-Stiftung; Bd. 22), Berlin.
- Reiter, Margit 2000: Unter Antisemitismusverdacht. Die Österreichische Linke und Israel nach der Shoah, Innsbruck.
- Renger, Reinhard (Hrsg.) 1994: Die deutsche »Linke« und der Staat Israel, Leipzig.
- Rensmann, Lars 2004: Demokratie und Judenbild. Antisemitismus in der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden.
- Rich, Paul B. 1986: Race and Empire in British Politics, Cambridge.
- Ridderbusch, Katja 2003: Laut Umfrage sehen EU-Bürger in Israel die größte Gefahr für den Weltfrieden, Die Welt vom 04.11., <http://www.welt.de/data/2003/11/04/192074.html> [27.04.07].
- Rietveld, Hillegonda 1998: Repetitive Beats: free parties and the politics of contemporary DiY culture in Britain, in McKay, George (Hrsg.): DiY culture. Party & Protest in Nineties Britain, London/New York, S. 243-267.
- Roesler, Jörg 2003: Wie hältst Du es mit der Region? Linke Regionalparteien im westlichen Europa – Erfahrungen für die PDS?, UTOPIE kreativ 158, S. 1077-1086.
- Rohe, Karl 1982: Zur Typologie politischer Kulturen in westlichen Demokratien, in: H. Dollinger; H. Gründer; A. Hansschmidt (Hrsg.): Weltpolitik, Europagedanke, Regionalismus, Münster 1982, S. 581-596.
- Rohe, Karl 1984: Großbritannien: Krise einer Zivilkultur?, in: Reichel, Peter (Hrsg.): Politische Kultur in West-europa. Bürger und Staaten in der Europäischen Gemeinschaft, Frankfurt/New York, S. 167-193.
- Rohe, Karl 1987: Politische Kultur und der kulturelle Aspekt von politischer Wirklichkeit. Konzeptionelle und typologische Überlegungen zu Gegenstand und Fragestellung Politischer Kultur-Forschung, in: Berg-Schlosser, Dirk; Schissler, Jakob (Hrsg.): Politische Kultur in Deutschland, Opladen.
- Rohe, Karl 1990: Politische Kultur und ihre Analyse. Probleme und Perspektiven der politischen Kulturforschung, Historische Zeitschrift 250, S. 321-346.
- Rohe, Karl 1992: Einleitung, in: Rohe, Karl; Schmidt, Gustav; Pogge von Strandmann, Hartmut (Hrsg.): Deutschland – Großbritannien – Europa. Politische Traditionen. Partnerschaft und Rivalität. Veröffentlichungen des Arbeitskreises Deutsche Englandforschung 20, Bochum, S. 229-238.
- Rohe, Karl; Dörner, Andreas 1990: Political Culture and Concepts of Politics: Linguistic investigations into the British and the German Understanding of Politics, in: Hänninen; Palonen: Texts, Contexts, Concepts. Studies on Politics and Power in Language, The Finnish Political Science Association, Jyväskylä, S. 50-68.
- Rohe, Karl; Schmidt, Gustav; Pogge von Strandmann, Hartmut (Hrsg.) 1992: Deutschland – Großbritannien – Europa. Politische Traditionen. Partnerschaft und Rivalität. Veröffentlichungen des Arbeitskreises Deutsche Englandforschung 20, Bochum.
- Rommelpacher, Birgit 2005: Was ist eigentlich Rassismus? Vortrag auf der Tagung »Rassismus – eine Jugend-sünde?«, Bonn, November 2005, [http://www.birgit-rommelpacher.de/was\\_ist\\_rassismus.pdf](http://www.birgit-rommelpacher.de/was_ist_rassismus.pdf) [29.09.06].
- Rootes, Christopher; Saunders, Claire 2006: Social Movements and the Rise of the Global Justice Movements in Britain, unv. EU-Projektbericht, EUI, Florence.
- Rose, John 2003 [1986]: Israel: The Hijack State. Americas Watchdog in the Middle East, A Socialist Workers Pamphlet, London.
- Rose, John 2003: The Myths of Zionism, London.
- Rose, Paul 1970: Israel and the left, London: Labour Friends of Israel.
- Rose, Richard 1965: England: The Traditionally Modern Political Culture, in: Pye, Lucian W.; Verba, Sidney (Hrsg.): Political Culture and Political Development, Princeton, New Jersey, S. 83-129.
- Ruane, Sally 2004: UK Anti-Privatisation Politics, in: Todd, Malcolm J.; Taylor, Gary (Hrsg.): Democracy and Participation. Popular Protest and New Social Movements, London, S. 158-175.
- Rubin, Daniel (Hrsg.) 1987: Anti-Semitism and Zionism. Selected Marxist Writings, New York: International Publishers.
- Rubinstein, W.D. 1982: The Left, the Right and the Jews, London.
- Rucht, Dieter 1995: Kollektive Identität. Konzeptionelle Überlegungen zu einem Desiderat der Bewegungsforschung, Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 1-95, S. 9-25.



- Rucht, Dieter, Teune, Simon, Yang, Mundo 2007: Moving Together? The Global Justice Movements in Germany, in: della Porta, Donatella (Hrsg.): The Global Justice Movement: A Crossnational and Transnational Perspective, Boulder.
- Rucht, Dieter; Neidhardt, Friedhelm 2002: Towards a ›Movement Society‹? On the possibilities of institutionalizing social movements, *Social Movement Studies* 1(1), S. 7-30.
- Runnymede Trust 1997: Islamophobia. A Challenge for Us All, London.
- Runnymede Trust o. J. [1997]: Islamophobia. A Challenge for Us All. Summary, <http://www.runnymedetrust.org/publications/pdfs/islamophobia.pdf> [12.12.06].
- Runnymede Trust 2004: Islamophobia. Issues, Challenges and Action, London.
- Russel, Andrew 2004: Neither Left Nor Right? The Liberal Democrats and the Electorate, Manchester, Edward Fieldhouse.
- RZ 1993 [1991]: Gerd Altbartus ist tot, in: Internationales Institut für Sozialgeschichte/Amsterdam (Hrsg.): Die Früchte des Zorns. Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora. 2 Bde., Bd. 1, Berlin, S. 20-34.
- Said, Edward 1979: Orientalism, New York.
- Sandercock, Josie; Blincoe, Nicholas; Khalili, Hussein; McLaughlin, Marissa; Sainath, Radhika (Hrsg.) 2004: Peace under fire. Israel/Palestine and the International Solidarity Movement, London/New York.
- Sassoon, Donald (Hrsg.) 1997: Looking left. Socialism in Europe after the Cold War, New York.
- Schatzker, Chaim 1994: Juden, Judentum und der Staat Israel in den Geschichtsbüchern der DDR, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Schelsky, Helmut 1967: Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart. Darstellung und Deutung einer empirisch-soziologischen Tatbestandsaufnahme, Stuttgart.
- Schiffer, Sabine 2005: Der Islam in deutschen Medien, *Aus Politik und Zeitgeschichte* 20/2005, S. 23-30.
- Schiller, Dietmar 2002: Brennpunkt Plenum. Die Präsentation von Parlamenten im Fernsehen. Britisches House of Commons und Deutscher Bundestag im Vergleich, Wiesbaden.
- Schleker, Manfred; Ulrich Wacker (Hrsg.) 1990: Einmischungen. Israel, der Nahe Osten und die Deutschen, Stuttgart.
- Schmid, Bernard 2004: Deutschlandreise auf die »Bahamas«. Vom Produkt der Linken zur neo-autoritären Sekte, in: Hanloser, Gerhard (Hrsg.): Sie warn die antideutschesten der deutschen Linken. Zu Geschichte, Kritik und Zukunft antideutscher Politik, Münster.
- Schmid, Bernard 2006: Der Nahe Osten als Projektionsfläche, *Telepolis* (18.8.), <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/23/23343/1.html> [30.3.07].
- Schmidinger, Thomas o.J.: Struktureller Antisemitismus und verkürzte Kapitalismuskritik, <http://www.trend.infopartisan.net/trd0101/t120101.html> [08.12.06].
- Schmidt, Christiane 2003: Auswertung von Leitfadeninterviews, in: Flick, Uwe; Kardorff, Ernst von; Steinke, Ines (Hrsg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch, 2. Aufl., Reinbeck bei Hamburg, S. 447-456.
- Schmitt-Beck, Rüdiger 2000: Politische Kommunikation und Wählerverhalten. Ein internationaler Vergleich, Wiesbaden.
- Schneider, Karlheinz; Nikolaus Simon (Hrsg.) 1984: Solidarität und deutsche Geschichte: die Linke zwischen Antisemitismus und Israelkritik; Dokumentation einer Arbeitstagung in der Evangelischen Akademie Arnoldshain, Deutsch-Israelischer Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten e.V., Berlin.
- Schreiber, Jürgen 2005: Ein Maler aus Deutschland. Gerhard Richter. Das Drama einer Familie, München.
- Schulz, Markus S. 2000: Die dynamischen Netze der Öffentlichkeit. Struktur, Dynamik und Effektivität politischer Telekommunikation, in: Jarren, Otfried; Imhof, Kurt; Blum, Roger (Hrsg.): Zerfall der Öffentlichkeit?, Wiesbaden 2000, S. 266-281.
- Schwab-Trapp, Michael 1996: Konflikt, Kultur und Interpretation. Eine Diskursanalyse des öffentlichen Umgangs mit dem Nationalsozialismus, Opladen.
- Schwanitz, Wolfgang 1993: »Israel ja, Zionismus nein«: Zum Israel-Bild in SED-Akten über Arabien (1948-1968), in: Keßler, Mario (Hrsg.): Arbeiterbewegung und Antisemitismus. Entwicklungslinien im 20. Jahrhundert, Bonn, S. 129-164. [mit Dokumentenanhang].
- Schwarz, Salomon M. 1972: The Jews in the Soviet Union, 2. Aufl., New York.
- Schwarzmeier, Jan 2001: Die Autonomen zwischen Subkultur und sozialer Bewegung, Libri books on demand.
- Seck, Wolfgang 1991: Politische Kultur und politische Sprache. Empirische Analysen am Beispiel Deutschlands und Großbritanniens, Frankfurt.
- Seebacher-Brandt, Brigitte; Elitz, Ernst (Hrsg.) 1991: Die deutsche Linke und die Vereinigung, Bonn.
- Seidel, Eberhard 2003: Die schwierige Balance zwischen Islamkritik und Islamphobie, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände, Folge 2, Frankfurt, S. 261-279.
- Sela, Avraham 1998: Britain and the Palestine question, 1945-48: The Dialectic of regional and international constraints, in: Cohen, Michael, J.; Kolinsky, Martin (Hrsg.): Demise of the British Empire in the Middle East. Britain's Response to nationalist Movements 1943-55, London, S. 220-245.

- Senatsverwaltung für Inneres, Abteilung Verfassungsschutz 2004: Antisemitismus im extremistischen Spektrum Berlins, Berlin.
- Senatsverwaltung für Inneres, Abteilung Verfassungsschutz 2005: Verfassungsschutzbericht 2004, Berlin.
- Shatzkes, Pamela 2000: Review of »Britain and the Holocaust. The Failure of Anglo-Jewish Leadership?«, The Jewish Quarterly Review 91(1/2), S. 197-207.
- Shepherd, Naomi 1999: Ploughing Sand. British Rule in Palestine 1917-1948, London.
- Sheridan, Tommy; McCombes, Allan 2000: Imagine. A Socialist Vision for the 21st Century, Edinburgh.
- Shlaim, Avi 1988: Britain and the Birth of Israel, Contemporary Review 253 (1470, July), S. 7-13.
- Sichrovsky, Peter 1987: Schuldig geboren. Kinder aus Nazi-Familien, Köln.
- Silberner, Edmund 1949: Was Marx an anti-Semite? Historica Judaica 11, S. 3-52.
- Silberner, Edmund 1962: Sozialisten zur Judenfrage, Berlin.
- Silberner, Edmund 1983: Kommunisten zur Judenfrage. Zur Geschichte von Theorie und Praxis des Kommunismus, Opladen.
- Skenderovic, Damir 2001: The Swiss Radical Right in Perspective. A Reevaluation of Success Conditions in Switzerland, Paper for the Workshop on »Democracy and the New Extremist Challenge in Europe«, ECPR Joint sessions of Workshops (Grenoble, April 6-11, 2001).
- Smelser, N. 1963: Theory of Collective Behavior, New Yorks.
- Snow, David A.; Burk Rochford jun.; Steven K. Worden; Robert D. Benford 1986: Frame Alignment Processes, Micromobilization and Movement Participation, American Sociological Review 51, S. 464-481.
- Snow, David A.; Robert D. Benford 1988: Ideology, Frame Resonance and Participant Mobilization, in: Klandermans, Bert; Kriesi, Hanspeter, Tarrow, Sidney (Hrsg.): From Structure to Action. Comparing Social Movement Research Across Cultures, International Social Movement Research 1, Greenwich, London, S. 197-218.
- Sompolinsky, Meier 1999: Britain and the Holocaust. The Failure of Anglo-Jewish Leadership?, Brighton.
- Später, Jörg 1994: ... alles ändert sich die ganze Zeit. Einleitende Bemerkungen zu Internationalismus und sozialen Bewegungen, in: ders.: ... alles ändert sich die ganze Zeit. Soziale Bewegung(en) im Nahen Osten, Freiburg.
- Späti, Christina 2005: Die Schweizerische Linke und Israel. Israelbegeisterung, Antizionismus und Antisemitismus zwischen 1967 und 1991, Essen.
- Stalin, Josef 1950: Marxismus und Nationale Frage, in: Werke Bd. 2, Berlin, S. 266-333.
- Staritz, Dietrich 1995: Von der »Schande der Judenpogrome« zur »zionistischen Diversionsarbeit«. Judenverfolgung und Antisemitismus in der Wahrnehmung der KPD, in: Bergmann, Werner; Erb, Rainer; Lichtblau, Albert (Hrsg.): Schwieriges Erbe. Der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/New York, S. 212-235.
- Statham, Paul; Guiraudon, Virginie 2003: Europeanization, Public Debates and Contentious Politics in Britain and France: Two Different Paths?, International Conference »Europeanisation of Public Spheres? Political Mobilisation, Public Communication, and the European Union«, WZB, June 20-22, 2003, Berlin.
- Steinke, Ines 1999: Kriterien qualitativer Forschung. Ansätze zur Bewertung qualitativ-empirischer Sozialforschung, Weinheim/München.
- Steinke, Ines 2003: Gütekriterien qualitativer Forschung, in: Flick, Uwe; Kardorff, Ernst von; Steinke, Ines (Hrsg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch, 2., Reinbeck bei Hamburg, S. 319-331.
- Stellman, Henri 1982: The ideology of anti-Zionism 1881 to the present day, PhD thesis, London School of Economics.
- Stern, Frank 1991: Im Anfang war Auschwitz. Antisemitismus und Philosemitismus im deutschen Nachkrieg, Gerlingen.
- Stern, Frank 1991a: Philosemitismus statt Antisemitismus. Entstehung und Funktion einer neuen Ideologie in Westdeutschland, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Zwischen Antisemitismus und Philosemitismus. Juden in der Bundesrepublik, Berlin, S. 47-61.
- Strauss, Anselm L.; Corbin, Juliet M. 1996: Basics of Qualitative Research. Grounded Theory Procedures and Techniques, Newbury Park u. a.
- Sturm Roland 2003: Das politische System Großbritanniens, in: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): Die politischen Systeme Westeuropas, Opladen, S. 225-262.
- Sturm, Roland 2002: Der regulatorische Staat in Deutschland und Großbritannien: Konvergenz und Divergenz im intersektoralen Vergleich, London.
- Szymanski, Mike 2005: Der »Aufstand der Anständigen« verläuft sich, Süddeutsche Zeitung vom 14.3., <http://www.sueddeutsche.de/deutschland/artikel/414/49365/> [12.12.05].
- Taafe, Peter 1995: The rise of Militant – Militant's 30 years, Militant Publications.
- Taipei Times 2003: Britain and Israel quarrel over new peace conference, Taipei Times, 08.01.03, <http://www.taipetimes.com/News/archives/2003/01/08/0000190160/print> [28.11.06].
- Tarrow Sidney 1983: Struggling to reform. Social Movements and the policy change during Cycles of protest, West. Soc. Pap. No. 15, Ithaca.

- Tarrow Sidney 1988: National Politics and Collective Action: Recent Theories and Research in Western Europe and the United States. *Annual Review of Sociology* 14, 1988, S. 421-440.
- Tarrow, Sidney 1991: Kollektives Handeln und politische Gelegenheitsstruktur in Mobilisierungswellen: Theoretische Perspektiven: *KZfSS* 43 (4), S. 647-670.
- Tarrow, Sidney 1994: Social Movements in Europe: Movement Society or Europeanization of Conflict?, *EUI Working Paper RSC No. 94/8*, Florenz.
- Tarrow, Sidney; Imig, Doug 1999: The Europeanization of Movements? A New Approach to Transnational Contention, in: DellaPorta, Donatella; Rucht, Dieter; Kriesi, Hanspeter (Hrsg.): *Social Movements in a Globalizing World*, London, S. 112-131.
- Teubert, Wolfgang 2003: Provinz eines föderalen Superstaates – regiert von einer nicht gewählten Bürokratie? Schlüsselbegriffe des europakritischen Diskurses in Großbritannien, in: Keller, Rainer; Hirsland, Andreas; Schneider, Werner; Viehöver, Willy (Hrsg.): *Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse*, Bd. 2 Forschungspraxis, Opladen, S. 353-388.
- Thiele, Hans-Günther (Hrsg.) 1997: *Die Wehrmachtausstellung. Dokumentation einer Kontroverse*, Bonn.
- Thomaß, Barbara 1998: *Journalistische Ethik. Ein Vergleich der Diskurse in Frankreich, Großbritannien und Deutschland*, Opladen/Wiesbaden.
- Thompson, Willie 1992: *The Good Old Cause: British Communism, 1920-1991*, London.
- Tilly, Charles 1978: *From Mobilization to Revolution*, New York u. a.
- Timm, Angelika 1993: Die DDR, die Shoah und der offizielle Antizionismus, in: Keßler, Mario (Hrsg.): *Arbeiterbewegung und Antisemitismus. Entwicklungslinien im 20. Jahrhundert*, Bonn, S. 65-77.
- Timm, Angelika 1997: Hammer, Zirkel, Davidstern. Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und Staat Israel, Bonn.
- Timm, Angelika 1997a: Wie antisemitisch war die DDR? Über das Verhältnis der SED zum Zionismus und zum Staat Israel diskutieren Angelika Timm und Jürgen Elsässer, *Jungle World* 39.
- Traverso, E. 1990: *The Marxists and the Jewish Question*, New Jersey.
- Traverso, Enzo 1995: Die Marxisten und die jüdische Frage. Geschichte einer Debatte (1843-1943), Mit einem Vorwort von Pierre Vidal-Naquet, *Jüdische Studien*, Bd. 1, Mainz.
- Traverso, Enzo 2000: *Nach Auschwitz. Die Linke und die Aufarbeitung des NS-Völkermords*, Köln.
- Tzahor, Zeev 1993: The 1949 air clash between the Israeli Air Force and the RAF, *Journal of Contemporary History* 28(1), S. 75-101.
- Ullrich, Peter 2001: Projektionen. Der Nahostkonflikt und die antideutsche Linke, *Marxistische Blätter* 4-01, Sonderheft: Israel, die Palästinenser und wir, S. 105-110.
- Ullrich, Peter 2002: Der Weltgipfel von Johannesburg in der Kritik der sozialen Bewegungen, *Marxistische Blätter* 6-02, S. 8-10.
- Ullrich, Peter 2002a: Spiegelfechtereien der deutschen Linken. Analyse oder Antideutschtum?, in: *Israel, die Palästinenser und die deutsche Linke. Beiträge einer Tagung der Marx-Engels-Stiftung Wuppertal, Essen*.
- Ullrich, Peter 2003: Gegner der Globalisierung? Protest-Mobilisierung zum G8-Gipfel in Genua, *Hochschulschriften der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen* Bd. 6, Leipzig/ Schkeuditz.
- Ullrich, Peter 2004: Die Genuamobilisierung und Lernmöglichkeiten für das Verhältnis der Linken zu sozialen Bewegungen, *UTOPIE kreativ* 160, S. 165-173.
- Ullrich, Peter 2005: Mythenbildung in der Nahostsolidarität, in: *Identität in Israel und Palästina. Von den Ursprungsmythen zur Zwei-Staaten-Lösung*, Bad Boll. Skripte 9/2005, Bad Boll, S. 14-23.
- Ullrich, Peter 2005a: Antisemitismus etc. Bedingungen und Grenzen der (linken) Solidarität mit Palästina/Israel. *UTOPIE kreativ* 173, S. 233-242.
- Ullrich, Peter 2005b: Integration ohne Identifikation? Identität und Framing einer globalisierungskritischen Protestmobilisierung, in: Ondoa, Hyacinthe (Hrsg.): *Identität und interkulturelle Beziehungen*, Leipzig, S. 15-40.
- Ullrich, Peter 2005c: Diskursanalyse, Diskursforschung, Diskurstheorie. Ein- und Überblick, in: Hella Hertzfeldt (Hrsg.): *4. Ferienakademie der Rosa-Luxemburg-Stiftung*, Berlin.
- Ullrich, Peter 2005d: Diskursanalyse im internationalen Kulturvergleich, in: Ullrich, Peter; Kachel, Thomas (Hrsg.): *EUropa – Transnationale Normierung und nationales Beharren. Drittes DoktorandInnenseminar der Rosa-Luxemburg-Stiftung*, Berlin, S. 149-171.
- Ullrich, Peter 2005e: Was ist Globalisierung? Eine Begriffsklärung und linke Positionsbestimmung, *Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Onlinetexte*, <http://www.rosa-luxemburg-stiftung-sachsen.de/ebook/2005-10-25-ullrich.pdf> [25.01.07].
- Ullrich, Peter 2006: Rezension von: Meining, Stefan 2002: *Kommunistische Judenpolitik. Die DDR, die Juden und Israel*. Mit einem Vorwort von Michael Wolffsohn, Hamburg, *UTOPIE kreativ* 187, S. 475-476.
- Ullrich, Peter 2006a: Das explorative ExpertInneninterview. Modifikation und konkrete Umsetzung der Auswertung von ExpertInneninterviews nach Meuser/Nagel, in: Engartner, Tim; Kuring, Diana; Teubl, Thorsten (Hrsg.): *Die Transformation des Politischen. Analysen, Deutungen, Perspektiven*, Berlin, S. 100-109.
- Ullrich, Peter 2006b: Vielleicht doch kein Satan, *jungle world* 30, S. 13.

- Ullrich, Peter 2007: Nationaler Kommunismus nach Auschwitz – die DDR und die Jüdinnen und Juden. Ein Bilanzierungsversuch, *UTOPIE kreativ* 199, S. 455-467.
- Ullrich, Peter 2007: Begrenzter Universalismus. Sozialismus, Kommunismus, Arbeiter(innen)bewegung und ihr schwieriges Verhältnis zu Judentum und Nahostkonflikt, Berlin.
- Ullrich, Peter 2008: Diskursanalyse, Diskursforschung, Diskurstheorie. Ein- und Überblick, in: Freikamp, Ulrike; Leanza, Matthias; Mende, Janne; Müller, Stefan; Ullrich, Peter; Voss, Heinz-Jürgen (Hrsg.): *Kritik mit Methode? Forschungsmethoden und Gesellschaftskritik*, Berlin, S. 19-32.
- Ullrich, Peter 2008a: Neuer Antisemitismus von links? Der Nahostkonflikt, Antizionismus, Antisemitismus und die Linke in Großbritannien und der Bundesrepublik, *Berliner Debatte Initial* 19 (1/2), S. 57-69.
- Vaksberg, Arkady 1994: *Stalin against the Jews*, New York.
- Verfassungsschutz des Landes Nordrhein-Westfalen 2004: Zwischenbericht 2004, Entwicklungen und Analysen des Extremismus in Nordrhein-Westfalen, [http://www.im.nrw.de/sch/doks/vs/zwischenbericht\\_2004.pdf](http://www.im.nrw.de/sch/doks/vs/zwischenbericht_2004.pdf) [30.9.05].
- Verfassungsschutz des Landes Nordrhein-Westfalen 2005: Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2004, Düsseldorf, <http://www.im.nrw.de/sch/doks/vs/aktuell.pdf> [9.2.06].
- Vetter, Matthias 1995: Antisemiten und Bolschewiki: Zum Verhältnis von Sowjetsystem und Judenfeindschaft 1917-1939, Berlin.
- Vogt, Ernst 1976: Israel-Kritik von links: Dokumentation einer Entwicklung, Wuppertal.
- Wahl, Peter 2004: Zur Antisemitismuskritik in und um Attac, in: Wissenschaftlicher Beirat von Attac Deutschland (Hrsg.): *Globalisierungskritik und Antisemitismus*, Frankfurt.
- Wainwright, Hilary 2004: Union wild card seeks to trump modernisers from within, *Red Pepper* 124 (Oktober), S. 27.
- Ward, Stuart (Hrsg.) 2001: *British Culture and the End of Empire*, Manchester.
- Ward, Stuart 2001a: Introduction, in: ders. (Hrsg.): *British Culture and the End of Empire*, Manchester, S. 1-20.
- Ward, Stuart 2004: *Britishness Since 1870*, London/New York.
- Ware, Vron 1996: Defining Forces: »Race«, Gender and Memories of Empire, in: Chambers, Iain; Curti, Lidia (Hrsg.): *The Post-Colonial Question. Common Skies, divided Horizons*, S. 142-156.
- Watkins, David 1975: *Labour and Palestine*, Labour Middle East Council, London.
- Watkins, David 1984: *The Exceptional Conflict. British Political Parties and the Arab-Israeli Confrontation*, London.
- Wehling, Hans-Georg 1993: Politische Kultur als Schlüssel zur Landeskunde, in: o. A. 1993: *Länderprofile. Politische Kulturen im In- und Ausland*, Stuttgart/Berlin, S. 7-12.
- Weichold, Jochen 1991: Die neuen sozialen Bewegungen – die neuen Linkskräfte?, in: Dietzel, Horst; Irmschler, Konrad (Hrsg.): *Was ist heute links? Ein Diskussionsangebot*, Berlin, S. 132-144.
- Weichold, Jochen 1991: Stehen grüne Parteien links?, in: Dietzel, Horst; Irmschler, Konrad (Hrsg.): *Was ist heute links? Ein Diskussionsangebot*, Berlin, S. 145-159.
- Weingardt, Markus A. 2002: *Deutsche Israel- und Nahostpolitik. Die Geschichte einer Gratwanderung*, New York/Frankfurt
- Weingardt, Markus A. 2005: *Deutsche Israelpolitik: Etappen und Kontinuitäten*, *Aus Politik und Zeitgeschichte* 15 (April), S. 22-31.
- Weinstein, Mark 2004: Political Activity and Youth in Britain, in: Todd, Malcolm J.; Taylor, Gary (Hrsg.): *Democracy and Participation. Popular Protest and New Social Movements*, London, S. 176-195.
- Weiß, Volker 2005: Die antizionistische Rezeption des Nahostkonflikts in der militanten Linken der BRD, in: *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte XXXIII. Antisemitismus, Antizionismus, Israelkritik*, S. 214-238.
- Weißbrod, Carol 1968: The New Left in America. Alienation from the Establishment, *Patterns of Prejudice* 3 (2), S. 3-12.
- Welzer, Harald; Moller, Sabine; Tschuggnall, Karoline (Hrsg.) 2002: *Opa war kein Nazi. Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis*, Frankfurt.
- Wetzel, Dietrich (Hrsg.) 1983: *Die Verlängerung von Geschichte. Deutsche, Juden und der Nahostkonflikt*, Frankfurt
- Wien, Peter; Wildangel, René 2004: Einführung, in: Höpp, Gerhard; Wien, Peter; Wildangel, René (Hrsg.): *Blind für Geschichte? Arabische Begegnungen mit dem Nationalsozialismus*, Berlin, S. 7-17.
- Wildangel, René 2004: »Der größte Feind der Menschheit«, in: Höpp, Gerhard; Wien, Peter; Wildangel, René (Hrsg.): *Blind für Geschichte? Arabische Begegnungen mit dem Nationalsozialismus*, Berlin, S. 115-154.
- Winkler, Jürgen R. 2001: Rechtsextremismus. Gegenstand – Erklärungsansätze – Grundprobleme, in: Schubarth, Wilfried; Stöss, Richard (Hrsg.): *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland – Eine Bilanz*, Opladen.
- Wippermann, Wolfgang 1997: *Wessen Schuld? Vom Historikerstreit zur Goldhagen-Kontroverse*, Berlin.
- Wistrich, Robert 2002: Muslim Anti-Semitism. A Clear and Present Danger, *American Jewish Committee*.
- Wistrich, Robert S. 1990: Left-Wing Anti-Zionism in Western Societies, in: ders. (Hrsg.): *Anti-Zionism and anti-semitism in the contemporary world*, London, S. 46-52.
- Wistrich, Robert S. (Hrsg.) 1979: *The Left Against Zion. Communism, Israel and the Middle East*, London.

- Wistrich, Robert S. 1982: *Socialism and the Jews. The Dialectics of Emancipation in Austria and Austria-Hungary*, London u. a.
- Witzel, Andreas 2000: Das problemzentrierte Interview, *Forum Qualitative Sozialforschung* 1(1), <http://www.qualitative-research.net/fqs-texte/1-00/1-00witzel-d.htm> [30.01.07].
- Wojak, Andreas; Áqavayâ; Miryam (Hrsg.) 1985: *Schatten der Vergangenheit. Deutsche und Juden heute*, Gütersloh.
- Wolffsohn, Michael 1995: *Die Deutschland-Akte. Juden und Deutsche in Ost- und West. Tatsachen und Legenden*, München.
- Wolffsohn, Michael 2004: »Kinder der Nazi-Eltern«? Vergangenheitsbewältigung, Antisemitismus und die 68er, in: ders.: *Deutsche, Juden und andere Weltbürger*, hrsg. von Ulrich Zwiener, Jena.
- Wolter, Udo 2005: Nicht im Namen des Anderen. Der Antirassismus und sein Verhältnis zu Islamismus und Islamophobie. *SOPOS - Sozialistische Positionen* 4, <http://www.sopos.org/aufsaeetze/426464ff28045/1.phtml> [12.12.06].
- Wright, Susan 1993: »Working Class« vs. »ordinary people«: Contested ideas of Local Socialism in England, in: C. M. Hann (Hrsg.): *Socialism. Ideals, Ideologies and local Practice*, ASA Monographs 31, London.
- Zimmer-Winkel, Rainer 2000: *Die Araber und die Shoa. Über die Schwierigkeiten dieser Konjunktion*, Trier.
- Zuckermann, Moshe 1998: *Zweierlei Holocaust. Der Holocaust in den politischen Kulturen Israels und Deutschlands*, Göttingen.
- Zuckermann, Moshe 1999: *Gedenken und Kulturindustrie*, Berlin/Bodenheim.
- Zuckermann, Moshe 2005: *Antisemitismus, Antizionismus, Israelkritik*, Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte, Göttingen.
- Zwerenz, Gerhard 1994: *Links und lahm: die Linke stirbt, doch sie ergibt sich nicht*, Hamburg.

# Abkürzungen

ak	Analyse und Kritik (Zeitschrift)	NGO	Non-Governmental Organisation (Nichtregierungsorganisation)
ALF	Animal Liberation Front	NSB	Neue Soziale Bewegungen
ANL	Anti Nazi League	NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
APO	Außerparlamentarische Opposition	NUS	National Union of Students
AS	Antisemitismus	PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
AUT	Association of University Teachers	PGA	Peoples' Global Action
AWL	Alliance for Workers' Liberty	PK	Politische Kultur
BUKO	Bundeskoordination Internationalismus	PLO	Palästinensische Befreiungsorganisation
CND	Campaign for Nuclear Disarmement	POS	Political Opportunity Structures/Politische Gelegenheitsstrukturen
CPB	Communist Party of Britain	PSC	Palestine Solidarity Campaign
CPGB	Communist Party of Great Britain	RAF	Rote Armee Fraktion
ČSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik	RCG	Revolutionary Communist Group
DA	Direct Action	RLS	Rosa-Luxemburg-Stiftung
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund	RMT	National Union of Rail, Maritime and Transport Workers
DKP	Deutsche Kommunistische Partei	RTS	Reclaim the Streets
EKKI	Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale	SA	Socialist Alliance
ESF	Europäisches Sozialforum	SAI	Sozialistische Arbeitsinternationale
FAU-IAA	Freie Arbeiterinnen- und Arbeiterunion – Internationale ArbeiterInnen-Assoziation	SAV	Sozialistische Alternative
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung	SBZ	Sowjetische Besatzungszone
FBU	Fire Brigades Union	SCG	Socialist Campaign Group of MPs
GMB	Britische Gewerkschaft, kein ausgeschriebener Name	SDS	Sozialistischer Deutscher Studentenbund
ILP	Independent Labour Party	SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
IRA	Irish Republican Army	SNP	Scottish National Party
ISF	Initiative Sozialistisches Forum	SP	Socialist Party
IST	International Socialist Tendency	SSP	Scottish Socialist Party
IWF	Internationaler Währungsfonds	STWC	Stop The War Coalition
jW	junge Welt	SWP	Socialist Workers Party
Komintern	Kommunistische Internationale	taz	Tageszeitung
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands	UAF	Unite Against Fascism
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion	UCU	University and College Union
KZfSS	Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie	(Bf)VS	(Bundesamt für) Verfassungsschutz
LFI	Labour Friends of Israel	VVN-BdA	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten e.V.
LRC	Labour Representation Committee	WASG	Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit
MAB	Muslim Association of Britain	WP	Workers Power
MEW	Marx-Engels-Werke, Dietz Verlag Berlin	WTO	Welthandelsorganisation
ML	Marxismus-Leninismus	WZB	Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
MLPD	Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands		
NATFHE	National Association of Teachers in Further and Higher Education		
ND	Neues Deutschland (Tageszeitung)		
NS	Nationalsozialismus		

# Abbildungen

1: Quellen des Konzepts »diskursive Gelegenheitsstrukturen«	23
2: Der linke Nahostdiskurs und die diskursiven Gelegenheitsstrukturen	38
3: Diskursverschränkungen – Deutsche Geschichte und Nahostkonflikt	68
4: Die Gelegenheitsstruktur links – Brechungsfaktoren der linken Wahrnehmung des Nahostkonflikts	96
5: Untergliederung der deutschen Linken: Vier-Felder-Modell	111
6: Wichtigste Organisationen im Vier-Felder-Modell	112
7: Printmedien der deutschen Linken	122
8: Der Antideutsche Diskurs	135
9: Nation, Nationalismus und Antinationalismus in der deutschen Linken	140
10: Die Entstehung der antinationalen Position im Nahostdiskurs	150
11: Positionierungen der deutschen Linken im Nahostkonflikt	151
12: Antisemitismus als Thema der Linken	176
13: Die Deutungsmuster des deutschen linken Diskurses über den Nahostkonflikt	192
14: Lager und Strömungen der britischen Linken	197
15: Organisationen in der britischen Linken	198
16: Broschüre der SWP	269
17: Deutungsmuster im Nahostdiskurs der britischen Linken	276
18: Zusammenwirken von nationalen und linken diskursiven Gelegenheitsstrukturen in Großbritannien und der Bundesrepublik	291

